

Kanton Zürich

**Konsolidierter Entwicklungs-
und Finanzplan 2009–2012**

Entwurf Budget 2009

Vom Regierungsrat festgelegt
am 10. September 2008



Antrag des Regierungsrates vom 10. September 2008

4543

**Beschluss des Kantonsrates
über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2009
und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und
Finanzplans 2009–2012 (KEF 2009)**

(vom ...)

Der Kantonsrat,

gestützt auf Art. 56 Abs. 1 lit. a der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 und die §§ 13 und 17 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung vom 1. April 2008 sowie nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 10. September 2008,

beschliesst:

I. Vom Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2009–2012 (KEF 2009) wird Kenntnis genommen.

II. Das Budget für das Rechnungsjahr 2009 wird wie folgt beschlossen:

Konsolidierte Rechnung

Erfolgsrechnung:	Aufwandüberschuss von	Fr.	89'942'959
Investitionsrechnung:	Investitionsausgaben von	Fr.	1'385'844'400

Die Leistungsindikatoren mit Zielwerten gemäss KEF.

Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung der Beamtenversicherungskasse und der Arbeitslosenkasse gemäss Entwurf des Regierungsrates.

III. Veröffentlichung im Amtsblatt.

IV. Mitteilung an den Regierungsrat.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:
Notter

Der Staatsschreiber:
Husi

Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) Entwurf Budget

Inhaltsübersicht	Seite
A Legislaturziele 2007–2011	7–36
B Finanzentwicklung des Kantons Zürich	37–84
C Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei	85–472
D Entwicklungen der Funktionsbereiche	473–502
Anhang 1: Konsolidierungskreis 2	
– Planungen der Behörden	1–3 bis 12
– Planungen der Rechtspflege	1–13 bis 28
Konsolidierungskreis 3	
– Planungen der zu konsolidierenden Anstalten	1–29 bis 46
Planungen der übrigen nicht zu konsolidierenden Organisationen	1–47 bis 52
Anhang 2: Entwurf Budget 2009	2–1 bis 10
Anhang 3: Parlamentarische Vorstösse und strategische Planung des Regierungsrates/Übersicht zu den Erklärungen zum KEF	3–1 bis 17
Anhang 4: Richtlinien und Konventionen KEF	4–1 bis 4

Hinweis:

Der KEF 2009-2012 ist auch im Internet zu finden unter www.regierungsrat.zh.ch

Einleitung

Grundlagen

Der Regierungsrat legt die mehrjährige Planung in der Form eines Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplanes (KEF) für die Planperiode 2009 - 2012 sowie daraus abgeleitet den Entwurf des Budgets 2009 vor. Der KEF zeigt die kurz- und mittelfristigen Entwicklungen der Leistungen und Ressourcen auf. Er umfasst einen Planungszeitraum von vier Jahren und wird jährlich im Sinne der rollenden Planung aktualisiert.

Inhalte und Gliederung des KEF

Der vorliegende KEF gliedert sich in die folgenden Abschnitte:

- **A Legislaturziele**

Der Regierungsrat umschreibt in diesem Abschnitt seine Ziele für die Legislaturperiode 2007-2011. Diese bleiben während der Legislaturperiode unverändert.

- **B Finanzentwicklung des Kantons Zürich**

Dieser Abschnitt zeigt für die Planperiode 2009 - 2012 die finanzielle Entwicklung der Verwaltung, der Behörden, der Rechtspflege und der Anstalten insgesamt.

- **C Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei**

Jede Direktion und die Staatskanzlei umschreiben in diesem Abschnitt bedeutende Veränderungen gegenüber dem KEF vom Vorjahr (Kapitel 1), ihre Aufgabenschwerpunkte (Kapitel 2), ihre strategischen Ziele (Kapitel 3) sowie die entsprechenden finanziellen Entwicklungen (Kapitel 4). In Kapitel 5 werden die Entwicklungs- und Finanzplanungen nach Leistungsgruppen dargestellt. Der Regierungsrat hat verwaltungsweit 109 Leistungsgruppen festgelegt. Sie enthalten Aussagen über die finanziellen Entwicklungen sowie über die Wirkung/Effektivität, Leistung/Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Im Weiteren sind bedeutende Entwicklungsschwerpunkte aufgeführt, abgestimmt auf die strategischen Ziele der entsprechenden Direktion. Zudem wird auf bedeutende Entwicklungen über den Planungszeitraum hingewiesen. Kapitel 6 enthält die Entwicklungsplanungen der Fonds. Es werden die Entwicklung der einzelnen Finanzierungsgrössen, der steuerbaren finanziellen Grössen und fallweise weiterer bedeutender Grössen sowie die Entwicklung des Fondsbestandes dargestellt. Wo ein Bezug zu einzelnen Leistungsgruppen besteht, wird dieser aufgezeigt. Wenn Leistungen und Zahlungen direkt an Dritte erfolgen, werden zum Teil Aussagen über die Wirkung/Effektivität, Leistung/Effizienz und Wirtschaftlichkeit gemacht. In Kapitel 7 werden bedeutende Projekte, abgestimmt auf die strategischen Ziele der einzelnen Direktionen, dargestellt. Die Projektbeschreibungen enthalten Angaben über die angestrebten Wirkungen und Projektergebnisse sowie über wichtige Meilensteine. Zudem sind der Projektaufwand sowie die zu erwartenden wiederkehrenden finanziellen Auswirkungen auf den Staatshaushalt aufgeführt.



- **D Planungen der Funktionsbereiche**

In diesem Abschnitt werden bedeutende zukünftige Entwicklungen in Funktionsbereichen sowie deren Auswirkungen auf die Zürcher Verwaltung, die strategischen Ziele des Regierungsrates und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen aufgezeigt. Im vorliegenden KEF sind die Funktionsbereiche Immobilien, Informatik, Personal und Umwelt dargestellt.

- **Anhang 1: Planungen der Behörden/ Planungen der Rechtspflege/ Planungen der zu konsolidierenden Anstalten sowie Planungen der übrigen nicht zu konsolidierenden Organisationen**

Im Anhang 1 sind die vom Regierungsrat unverändert übernommenen Planungen der Behörden und der Rechtspflege ausgewiesen. Zudem werden die Planungen der zu konsolidierenden Anstalten sowie der übrigen nicht zu konsolidierenden Organisationen aufgeführt. Die Darstellung erfolgt in Anlehnung an die formale Gestaltung des regierungsrätlichen KEF.

- **Anhang 2: Entwurf Budget 2009**

Im Anhang 2 wird der Budgetentwurf 2009 zusammengefasst dargestellt für die Gesamtverwaltung und die Leistungsgruppen.

- **Anhang 3: Parlamentarische Vorstösse und strategische Planung Regierungsrat / Übersicht über die Erklärungen zum KEF**

Im Anhang 3 sind alle dem Regierungsrat überwiesenen Motionen und Postulate aufgelistet. Die Vorstösse werden solange im KEF aufgeführt, bis der Kantonsrat über den regierungsrätlichen Antrag beschlossen hat.

Neu werden die KEF-Erklärungen aufgelistet, die vom Kantonsrat am 29. Januar 2008 überwiesen (KR-Nr. 25/2008) und vom Regierungsrat bis Ende April 2008 nicht abgelehnt wurden. In der Tabelle wird auf weitere Informationen zu den KEF-Erklärungen hingewiesen.

- **Anhang 4: Richtlinien und Konventionen KEF**

Im Anhang 4 sind Richtlinien und Konventionen ausgewiesen, auf denen die Planungen für den vorliegenden KEF 2009 - 2012 basieren.

Budgetentwurf des Regierungsrates

Der Regierungsrat leitet den KEF dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme und gleichzeitig den Entwurf zum Budget 2009 zur Festlegung weiter. Der Budgetentwurf ist im KEF integriert.

Der KEF 2009-2012 und das Budget 2009 werden nach der neuen Rechnungslegung gemäss dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) und seinen Ausführungserlassen erstellt. Dies hat Auswirkungen auf den Ausweis der Budgetkredite. In den Leistungsgruppen werden für das Budgetjahr 2009 die Budgetkredite der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie Kredite mit Sperrvermerk hervorgehoben. Die Budgetkredite der Erfolgsrechnung werden als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag angegeben. Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung werden neu nicht mehr in die Budgetkredite der Erfolgsrechnung

eingerechnet, nachdem das CRG in Kraft getreten ist (§ 15 Abs. 2). Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die Budgetkredite im Kästchen der Leistungsgruppen auf tausend Franken auf- und abgerundet.

Die Budgetkredite 2009 aller Leistungsgruppen werden im Anhang 2, Entwurf Budget 2009, in einer Tabelle zusammen mit den Sperrvermerken frankengenau aufgelistet. Sie sind für den Budgetbeschluss des Kantonsrates massgebend, zusammen mit den Leistungsindikatoren mit Zielwerten der Leistungsgruppen für das Budgetjahr 2009. Diese Tabelle wird nachgeführt, wenn der Regierungsrat Nachträge zum Budget (Novemberbrief) vorlegt und wenn der Kantonsrat mit seinem Budgetbeschluss Änderungen gegenüber dem Budgetentwurf des Regierungsrates festlegt

KEF-Erklärungen

Gemäss § 13 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG) kann der Kantonsrat zum KEF Erklärungen beschliessen. Diese Bestimmungen traten am 1. November 2007 in Kraft und entfalten daher erstmals im vorliegenden KEF ihre Wirkung. Im Anhang 3: „Parlamentarische Vorstösse und strategische Planung Regierungsrat“ wird aufgezeigt, wo die Erklärungen im KEF umgesetzt sind.

Leseempfehlung

Kanton Zürich

Wer sich über die Entwicklung der Leistungen und Finanzen des Kantons Zürich insgesamt (Gesamtverwaltung) informieren will, dem ist die Lektüre der Kapitel „A. Legislaturziele“ und „B. Finanzentwicklung des Kantons Zürich“ empfohlen. Weitere Informationen dazu finden Sie im Anhang 3, „Parlamentarische Vorstösse und strategische Planung Regierungsrat“.

Planung in einzelnen Aufgabenbereichen

Informationen über die Planung in einzelnen Aufgabenbereichen wie Bildung, Gesundheit oder Justiz sind im Entwicklungs- und Finanzplan der zuständigen Direktion im Kapitel „C. Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei“ aufgeführt. Die Planungen in den Bereichen Informatik, Personal, Immobilien und Umwelt sind im Kapitel „D. Planungen der Funktionsbereiche“ dargestellt.

Entwicklungen detailliert

Wer sich detaillierter über bestimmte Leistungen und finanzielle Entwicklungen informieren will, dem ist das Studium der entsprechenden Leistungsgruppen- und Projektplanungen im Kapitel „C. Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei“ sowie im Anhang 1, „Planungen der Behörden, der Rechtspflege und der zu konsolidierenden Anstalten“, empfohlen.



Legislaturziele 2007 – 2011



Legislaturziele des Regierungsrates 2007–2011

Innovation und Integration

Am 12. September 2007 hat der Regierungsrat drei Leitlinien und siebzehn Ziele für die Legislatur 2007–2011 festgelegt. Die Schwerpunkte wurden aufgrund der Ergebnisse einer breiten Analyse, gestützt auf Berichte zu Nachhaltigkeit, Verkehr, Umwelt, Gesundheit, Standort, Integrations- und Alterspolitik, auf statistische Publikationen und Berichte des Bundes sowie wissenschaftliche Fachliteratur bestimmt.

Die Lebensqualität im Kanton Zürich ist hoch. Die Magnetwirkung der Zentrumsstädte Zürich und Winterthur auf urbane Menschen ist ungebrochen. Aber auch ländliche Gemeinden wachsen stark. Ihre Attraktivität für Familien ist dank intakter Natur und hervorragender Verkehrsanbindungen hoch. Die Neuansiedlung zahlreicher Unternehmen zeigt, dass der Kanton Zürich ein begehrter Standort ist. Doch Finanzen und Produktionsmittel, aber zunehmend auch die Arbeitskräfte sind in der globalisierten Welt mobil. Die verschärfte Standortkonkurrenz spüren auch die im Kanton Zürich traditionellen Branchen wie der Finanzplatz oder der mit seiner für die ganze Region hohen Wertschöpfung sehr leistungsfähige Flughafen. Unternehmen im Bereich neuer Technologien führen zunehmend zu Spezialisierungen, die mit grossen Chancen verbunden sind.

Die Situation der öffentlichen Finanzen im Kanton Zürich hat sich dank der guten Wirtschaftslage verbessert. Auf der Einnahmenseite will der Regierungsrat angesichts des Steuerwettbewerbs unter den Kantonen für konkurrenzfähige Rahmenbedingungen sorgen. Auf der Ausgabenseite bleibt der Staatshaushalt mit den immer noch steigenden Gesundheits- und Sozialkosten und kommenden Investitionsvorhaben weiter unter Druck.

Die Siedlungsausdehnung in dynamische Gebiete sowie Ansprüche von Unternehmen und der Bevölkerung führen zu Forderungen nach Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr und einem leistungsfähigen Strassennetz. Der Regierungsrat nimmt die Zielkonflikte und die unterschiedlichen Interessen ernst und ist sich im Klaren, dass die Erhaltung der Lebensqualität einen nachhaltigen Natur- und Landschaftsschutz bedingt, der gegenüber dem Siedlungsdruck gebührend gewichtet werden muss.

Die Leitlinien und Ziele der nächsten Legislatur orientieren sich am Gedanken der Nachhaltigkeit mit den drei Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Der Regierungsrat will mit effizienten, innovativen und finanzierbaren Lösungen die Zukunftsfähigkeit des Kantons Zürich sichern.

Die Planungen der Direktionen erfolgen im Rahmen der Legislaturziele des Regierungsrates. Die Anpassung der Direktionsplanungen an die Ziele des Regierungsrates für die neue Legislatur konnte im Rahmen des KEF 2008–2011 aus zeitlichen Gründen noch nicht vollumfänglich erfolgen. Sie erfolgt deshalb im Rahmen des vorliegenden KEF 2009–2012.



Leitlinie 1

Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Zürich stärken

Legislaturziel

1 Spitzenleistungen im Wissens- und Forschungsbereich sowie in der hochspezialisierten medizinischen Versorgung ermöglichen und fördern

Massnahmen

1.1 In der hochspezialisierten Medizin eine kantonale Gesamtstrategie mit Schwerpunktbildungen entwickeln

In einem ersten Schritt erarbeiten die Universitätsspitäler und die Universität jeweils für ihren Betrieb eine Strategie in der hochspezialisierten Medizin. In einem zweiten Schritt werden die erarbeiteten Strategien im Bereich der Dienstleistung unter Leitung der Gesundheitsdirektion, im Bereich der Lehre und Forschung unter der Leitung der Universität aufeinander abgestimmt. In einem dritten Schritt soll auf dieser Grundlage die Festlegung der gesamtkantonalen Strategie durch die Bildungsdirektion und die Gesundheitsdirektion erfolgen.

1.2 In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren

Diese laufende, in der kommenden Legislaturperiode jedoch noch zu verstärkende Massnahme beruht auf dem übergeordneten Ziel, die hochspezialisierte Medizin zu stärken, indem die erforderliche, international konkurrenzfähige bauliche Infrastruktur sowie die technische Ausstattung, vor allem im Bereich der medizinischen Kerndisziplinen, bereitgestellt wird. Schlanke, schnelle Entscheidungsprozesse sollen ermöglichen, rasch und zielgerichtet auf spitzenmedizinische Entwicklungen und neue Angebote anderer Leistungserbringer zu reagieren.

1.3 Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandortes Zürich schaffen

Innovationen sind massgebende Erfolgsfaktoren für eine Volkswirtschaft. Sie erschliessen neue Märkte und können auch bei der mit der Globalisierung einhergehenden Intensivierung des internationalen Wettbewerbs zusätzliches Wachstum schaffen. Die Förderung von innovativen Ideen und Projekten durch einen kantonalen Förderpreis bietet die Chance, die Zukunft des Wissenschaftsstandortes Zürich zu sichern und konsequent weiterzuentwickeln.

1.4 Schwerpunktbildung der Hochschulen fördern

Der Kanton Zürich verfolgt eine kantonale Hochschulstrategie, die es einzelnen Institutionen ermöglicht, thematische Schwerpunkte zu setzen, etwa in den Lebenswissenschaften (Life



Sciences), in den Bank- und Finanzwissenschaften, in der Hochschulmedizin und den Gestaltungs- und Kunstdisziplinen Design und Musik. Die Schwerpunktbildung ist in der Entwicklungs- und Finanzplanung von Universität und Zürcher Fachhochschule festgehalten und wird über Staatsbeiträge finanziert.

1.5 *Begabung und Begabte in der Volksschule fördern*

Die individuelle Förderung mit dem Ziel, jedem Kind die bestmögliche Ausbildung zu bieten, steht im Zentrum der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes. Die Begabungs- und Begabtenförderung ist Gegenstand der vom Regierungsrat beschlossenen Verordnung über sonderpädagogische Massnahmen sowie des darauf gestützten neuen sonderpädagogischen Konzepts. Gestützt darauf findet die Begabungs- und Begabtenförderung im Rahmen des Regelunterrichts und in der integrativen Förderung statt.

1.6 *Zweisprachige Maturitätsausbildung an Mittelschulen weiterentwickeln*

Das Pilotprojekt zur Einführung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen (deutsch/englisch), das 2006 für drei Jahre verlängert und auf drei weitere Pilotschulen ausgeweitet wurde, soll auf der Grundlage einer externen Evaluation weiterentwickelt werden.

Legislaturziel

2 *Das strukturelle Defizit im Staatshaushalt beseitigen*

Massnahmen

2.1 *Finanzstrategie des Regierungsrates festlegen*

Im KEF 2008–2011 vom September 2007 sind Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele 2007–2011 nur teilweise enthalten, weil die Finanzplanung im Juli 2007 vor der Festlegung der Legislaturziele des Regierungsrates abgeschlossen werden musste. Der gesetzlich notwendige mittelfristige Haushaltsausgleich und die anzustrebende Verstetigung der Finanzpolitik mit strategischen Handlungsspielräumen erfordern die Beseitigung des strukturellen Defizits. Die Verschuldung soll höchstens für die teilweise Finanzierung von Investitionen in zukunftsweisende Grossprojekte erhöht werden. Zudem wird bei steigenden Steuererträgen eine sinkende Steuerbelastung angestrebt, um interkantonal und international steuerlich konkurrenzfähig zu bleiben. Grundlage für die Finanzstrategie sollen Szenarien für die langfristige Finanzentwicklung sein. Die Finanzstrategie zeigt auf, wie die Ziele mittelfristig erreicht werden sollen. Dazu werden die Finanzmittel festgelegt, die den Aufgabenbereichen sowie der Steuerstrategie zur Verfügung stehen. Der KEF 2009–2012 vom September 2008 wird aufzeigen, wie die Finanzstrategie konkret umgesetzt werden soll.



Legislaturziel

3 Das Standortmarketing verstärken

Massnahmen

3.1 Führung der Marke Zürich beanspruchen

Der Kanton Zürich setzt sich für die Bündelung der Massnahmen des Standortmarketings auf nationaler und interkantonaler Ebene ein. Er führt die Marke Zürich und definiert deren Inhalt. Insbesondere die Bedeutung Zürichs als Wissensstandort und Werkplatz mit höchster Lebensqualität muss stärker kommuniziert werden. Ein neu gebildeter Markenrat unter Einbezug aller massgeblichen Kreise (Standortförderung, Tourismus, Hochschulen, Wirtschaft, Kulturinstitutionen) koordiniert die Massnahmen verbindlich und überwacht deren Wirkung.

3.2 Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten

Der zunehmende Standortwettbewerb macht es notwendig, wichtige Indikatoren der Standortqualität systematisch zu erheben, deren Entwicklung national und international zu vergleichen, darüber regelmässig Bericht zu erstatten und aus dem Monitoring Politikempfehlungen abzuleiten. Typische Beispiele solcher Indikatoren der Standortqualität sind die Steuerbelastung juristischer Personen oder die Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte mit Tertiärabschluss.

3.3 Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken

Vertretungen aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Hochschulen wirken zusammen auf eine Stärkung des Finanzplatzes im internationalen Wettbewerb hin (Finanzplatzmonitoring, Stärkung von Bildung und Forschung, Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen, internationale Vermarktung).

3.4 Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern

Mit gezielten Kommunikationsmassnahmen soll das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die bestehenden Standortvorteile gestärkt werden. Nur wenn sich die (lokale) Bevölkerung über die Vorzüge ihres Standorts bewusst ist und sich mit diesem identifiziert, kann sie als Multiplikator nach Aussen wirken.

3.5 Infrastruktur an internationalen Schulen stärken

Der Kanton Zürich fördert die Schaffung internationaler Schulen. Zu diesem Zweck schafft er die Voraussetzungen zur finanziellen Unterstützung von deren Infrastruktur.



3.6 Neuansiedlungen von juristischen und natürlichen Personen im Kanton Zürich unterstützen

Neuansiedlungen sollen in Zukunft durch eine direktionsübergreifend koordinierte und damit verbesserte Auskunftsbereitschaft verschiedener Verwaltungseinheiten unterstützt werden.

Legislaturziel

4 Die Position des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb zur Erhaltung des Steuersubstrates stärken

Massnahmen

4.1 Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen

Es wird eine Steuerstrategie mit begleitenden Massnahmen erarbeitet. Sie weist folgende Stossrichtungen auf:

- Jährliches Monitoring: Damit die Konkurrenzfähigkeit des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb laufend überprüft und bei Bedarf Massnahmen ergriffen werden können, richtet das kantonale Steueramt zusammen mit BAK Basel Economics AG ein jährliches Monitoring ein.
- Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung. Die dafür notwendige Steuergesetzänderung soll bei Annahme in der Volksabstimmung ab Steuerperiode 2008 eingeführt werden.
- Aufgrund des Monitorings, der Entwicklung der Steuererträge und der konkreten Gesetzesänderungen konkurrierender Standorte wird neu in einem laufenden Prozess der Handlungsbedarf ermittelt. Zur Sicherstellung der Konkurrenzfähigkeit sind gezielte Massnahmen allgemeinen Steuerentlastungen vorzuziehen. In einer ersten Phase will der Regierungsrat die Attraktivität insbesondere bei den natürlichen Personen steigern. In einer zweiten Phase wird je nach Ausgang der Volksabstimmung über die Unternehmenssteuerreform II des Bundes entschieden, welche Massnahmen im Bereich der Unternehmensbesteuerung zu ergreifen sind.



Legislaturziel

5. Die Interessenwahrung durch verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen, dem benachbarten Ausland sowie den Städten und Gemeinden verbessern

Massnahmen

5.1 Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen

Der Regierungsrat prüft laufend die Mitgliedschaften des Kantons in interkantonalen und internationalen Konferenzen. Wo es die Sache erfordert, sollen auch regionsübergreifende Allianzen mit variabler Geometrie gepflegt werden. Angestrebt wird im Weiteren eine verstärkte institutionelle Zusammenarbeit bzw. die Beziehungspflege zu Nachbarkantonen und Gremien innerhalb der Metropolregion Zürich sowie eine wirkungsvolle Wahrung der Zürcher Interessen im Haus der Kantone.

5.2 Kantonsinterne und externe Informationen zu den Aussenbeziehungen bündeln

Auf einer Informationsplattform soll ein institutionalisiertes Berichtssystem über die Kontakte und Arbeiten der Direktionen auf Aussenbeziehungs- und Bundesebene eingerichtet werden. Dieses soll gleichzeitig die Früherkennung von bundespolitischen Entwicklungen schon im vorparlamentarischen Verfahren verbessern.

5.3 Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren

Um dem Kanton Zürich in Bern mehr politisches Gewicht zu verschaffen, sind die zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier gezielter über Anliegen der zürcherischen Politik und Auswirkungen der Bundespolitik auf den Kanton Zürich zu informieren. Neben einer periodischen Information ist die Einrichtung einer Anlaufstelle beabsichtigt, bei der im Einzelfall aktuelle Auskünfte bezogen werden können.

5.4 Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen

Der Kanton Zürich fördert die Schaffung von grenzüberschreitenden Innovationsnetzwerken im Alpenraum und schafft Plattformen zur Stärkung von internationalen Geschäftsbeziehungen mit Baden-Württemberg und anderen Nachbarregionen. Insbesondere verstärkt er die Zusammenarbeit in den Bereichen Innovation und Jungunternehmerprogramme.

5.5 Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren

Die Stiftung Greater Zurich Area wird überprüft und die gemeinsamen Interessen der beteiligten Kantone sollen durch eine verstärkte Abstimmung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit besser wahrgenommen werden.



5.6 *Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten*

Vertreterinnen und Vertreter des Kantons in den verschiedenen Fachgremien sollen in Zukunft vermehrt auch für die Gesamtinteressen des Kantons sensibilisiert werden. Diese Führungsaufgabe soll in den Direktionen unter anderem durch die Auswahl von geeigneten Vertreterinnen und Vertretern wahrgenommen werden. Zudem wird der Informationsaustausch und die Koordination zu «ausserpolitischen» Themen im Koordinationsgremium für Aussenbeziehungen (KAB) verbessert.

Legislaturziel

6 *Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern*

Massnahmen

6.1 *Einheitliches Corporate Design für die kantonale Verwaltung einführen und Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren*

Ein einheitliches Corporate Design nach einem umfassenden Verständnis ist notwendig zur Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls der Angestellten zum Kanton und damit zur Schaffung einer identitätsstiftenden «Verwaltungskultur», zur Verbesserung der Transparenz staatlicher Leistungen sowie zur Kosteneinsparung. Dieser Prozess muss unterstützt werden durch die Modernisierung des Erscheinungsbildes der Gebäude der Zentralverwaltung (Sitzungszimmer, Eingangs- und Publikumsbereiche).

6.2 *Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten*

Es wird eine Teilrevision des Lohnsystems durchgeführt mit Überprüfung und Nachführung einzelner Richtpositionen sowie Erarbeitung eines flexibleren und verstärkt leistungsorientierten Konzepts der individuellen Lohnentwicklung, verbunden mit der Einführung halber Stufen. Das bestehende System der Arbeitsbewertung, die Lohnklassen und die Lohnkurve werden unverändert beibehalten.

6.3 *Personalmanagement-Strategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber erarbeiten und umsetzen*

Zur Steigerung der Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber wird ausgehend von den für das Personalmanagement relevanten Trends eine Personalmanagement-Strategie mit folgenden Stossrichtungen erarbeitet und umgesetzt:

- Stärkung der Führung, Personalmanagement wird als zentrale Führungsaufgabe anerkannt und gelebt. Gewinnung, Erhaltung und Motivation der Mitarbeitenden durch professionelle Führung



- Stärkung der Personalentwicklung, gezielte Förderung der Mitarbeitenden zur Bewältigung bestehender und künftiger Aufgaben und gezielte Nachwuchsplanung für Schlüsselpositionen. Förderung von Job-Rotation zwischen den Direktionen und mit Betrieben der Privatwirtschaft
- Stärkung der Personalbereiche, durch Anerkennung des Personalmanagements als zentraler Erfolgsfaktor, durch Personalcontrolling zur Beurteilung und Optimierung des Personalmanagements sowie zur Planung, Evaluation und Qualitätsentwicklung strategischer HR-Projekte
- Stärkung der Marktpositionierung, Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber gegen innen und aussen, Steigerung der Leistungsorientierung durch Anreize im Bereich der Honorierung, marktübliche Anstellungsbedingungen, auch im Lohnbereich.

6.4 *Neue Informatikstrategie erarbeiten und umsetzen*

Mit einer neuen Informatikstrategie, die Standards und Architekturen vorgibt, sollen Effizienzsteigerungen sowie Verbesserungen in der Informatikstruktur der kantonalen Verwaltung erreicht werden. Zudem sollen Kompetenzzentren für das Projektmanagement und die Informatik-sicherheit aufgebaut werden. Mit allgemein verwendbaren Lösungen für das Dokumentenmanagement soll die mittelfristige Archivierung als Vorarbeit zur Langzeitarchivierung durch das Staatsarchiv standardisiert und ein Workflowmanagement für die elektronische Ausführung von Geschäftsprozessen ausgearbeitet werden.

6.5 *Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern*

Die Zentralverwaltung ist heute frei zugänglich. Dies ist ein Sicherheitsrisiko (Personenschutz, Diebstähle). Hinzu kommt, dass sich verwaltungsexterne Personen oft in den Gebäuden nicht zurechtfinden. Die Zugänglichkeit der Zentralverwaltung ist deshalb zu überprüfen und anzupassen, wobei eine Zugangskontrolle geschaffen werden soll, die an die jeweilige Bedrohungslage angepasst werden kann.

6.6 *Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government)*

Alle Bewilligungsverfahren und der gesamte Amtsverkehr im weiteren Sinn sollen ab spätestens 2011 elektronisch und interaktiv über das Internet abgewickelt werden können. Dazu gehört insbesondere auch die Anbindung von Steuerpflichtigen und Treuhändern an ein Online-Steuerportal (e-taxes).



Legislaturziel

7 Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung stärken

Massnahmen

7.1 Gemeindestrategie erarbeiten

Der Kanton soll eine einheitliche und klare Haltung gegenüber den Gemeinden einnehmen und für deren Aufgabenerfüllung sichere Rahmenbedingungen schaffen. Die Strategie soll aufzeigen, wie der Kanton im Bereich der Gemeindestrukturen und der interkommunalen Zusammenarbeit Gemeindereformen unterstützen will. Die Gemeinden sollen in der Lage sein, ihre Kernaufgaben selbstständig und kostengünstig zu erfüllen. Starke Gemeinden sind das Fundament eines starken Kantons.

7.2 Innerkantonalen Finanzausgleich revidieren

Der Finanzausgleich soll dafür sorgen, dass alle Gemeinden über genügend finanzielle Mittel verfügen, um ihre Kernaufgaben mit einem vertretbaren Steuerfuss wahrnehmen zu können. Er soll die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb zwischen den Gemeinden schaffen und negative Anreize für die Anpassung der Gemeindestrukturen an veränderte Verhältnisse beseitigen.

7.3 Grundsätze für eine stufengerechte Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden festlegen

Jedes Gemeinwesen soll diejenigen Aufgaben wahrnehmen, die es am besten erfüllen kann. Dabei sind insbesondere staatspolitische, gesellschaftliche und ökonomische Kriterien zu berücksichtigen. Die Grundsätze sollen vor allem bei der Rechtsetzung im Bereich der Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden angewendet werden und Kriterien für die Beurteilung von Aufgaben- oder Lastenverschiebungen umfassen. Besondere Aufmerksamkeit ist dem späteren Vollzug zu widmen. Die Verantwortung für Entscheidung, Vollzug und Finanzierung soll wenn möglich in eine Hand gelegt werden. Es soll ein Bericht an den Kantonsrat zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden erarbeitet werden.

7.4 Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen

Mit einer Gebietsreform soll die Gemeindeflandschaft gestärkt werden. Es soll eine bessere Übereinstimmung der historisch entstandenen Gemeindegrenzen mit den heutigen Lebensräumen geschaffen werden. Grössere Gemeinden sind besser in der Lage, die immer komplexer werdenden Aufgaben selbstständig zu lösen. Ausserdem sollen neue Zusammenarbeitsmodelle erarbeitet werden, die eine verbindliche und bereichsübergreifende Steuerung der kommunalen Aufgaben erlauben.



7.5 Koordinationsgremium für kantonale Vorhaben, welche die Gemeinden betreffen, aufbauen

Kantonale Massnahmen mit Auswirkungen auf die Gemeinden sollen durch ein Koordinationsgremium inhaltlich und zeitlich koordiniert werden. Die Gemeinden sind frühzeitig in kantonale Vorhaben mit einzubeziehen.

7.6 Im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden vermindern

Das geltende Gesundheitsgesetz geht von einer gemeinsamen Finanzierung der stationären Grundversorgung, der Pflegeheimversorgung und der Spitexversorgung aus. Im Rahmen der Reform des Zürcher Finanzausgleichs (REFA) wurde ein Modell Szenario Spital 100 erarbeitet, bei dem die Finanzströme entflochten werden. Das Szenario Spital 100 würde dazu führen, dass der Kanton künftig die stationäre Akutversorgung alleine finanziert, wohingegen die Gemeinden für die Pflegeheimfinanzierung zuständig blieben. Eine gemeinsame Finanzierung würde einzig bei der Spitexversorgung beibehalten.



Leitlinie 2

Natürliche Lebensgrundlagen schützen

Legislaturziel

8 Attraktive Siedlungs- und Landschaftsräume als wesentliche Faktoren einer hohen Lebensqualität erhalten und fördern

Massnahmen

8.1 Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen

Eine Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans wurde letztmals Anfang der 90er-Jahre vorgenommen. Der gesamthaft revidierte Richtplan wurde am 31. Januar 1995 durch den Kantonsrat festgesetzt. Mit der laufenden Gesamtüberprüfung sollen nun die Weichen für die räumliche Entwicklung der nächsten 25 Jahre gestellt werden.

Nicht zuletzt aus Gründen der Verlässlichkeit und Rechtssicherheit soll an den bewährten Festlegungen des kantonalen Richtplans festgehalten und eine Fokussierung auf die wesentlichen Fragen der räumlichen Entwicklung vorgenommen werden. Im Zentrum stehen der Erhalt und die Förderung der hohen Lebensqualität. Deshalb soll die künftige Entwicklung innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiets und an gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossenen Lagen erfolgen. Die S-Bahn bildet dabei weiterhin das Rückgrat der Siedlungsentwicklung. Im Bereich öffentliche Bauten und Anlagen ist neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen. Schliesslich sollen auch die Leitplanken für die nachhaltige Landschaftsentwicklung überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

8.2 Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf erarbeiten und entsprechende Rahmenbedingungen festsetzen

Der Regierungsrat wird 2008 über die grundsätzliche Ausrichtung des Flugplatzes Dübendorf entscheiden. Auf dieser Grundlage soll ihm ein Vorgehenskonzept zur Kenntnis gebracht werden, damit das eigentliche Entwicklungsprojekt unter Einbezug aller massgebenden Stellen 2008 gestartet werden kann.

8.3 Renaturierung von Gewässern fördern

Mit einer Änderung des Wasserwirtschaftsgesetzes sollen die Grundlagen für eine Förderung der Renaturierung von Gewässern festgelegt werden. Die Renaturierung erfordert die Ausdehnung des jeweiligen Gewässerraums, was raumplanerisch zu sichern ist. Es soll ein kantonales Programm für die Renaturierung von Gewässern erarbeitet werden.



8.4 Sanierung von Altlasten vorantreiben

Bis 2009 wird eine Übersicht der belasteten Standorte im Kanton Zürich fertiggestellt sein. Auf dieser Grundlage sollen die vordringlichen Altlastensanierungen auch unabhängig von konkreten Bauprojekten vorangetrieben und so die Nutzung von Industriebrachen ermöglicht werden.

8.5 Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung einer nachhaltigen Grünraumnutzung

Der Kanton Zürich ist der fünftgrösste Agrarkanton der Schweiz. Die Landwirtschaft steht wegen der Handelsliberalisierung im Agrarbereich vor grossen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund hat sich der Regierungsrat im Rahmen des Projektes «Zukunftsfähige Landwirtschaft im Kanton Zürich» klar zu einer produzierenden multifunktionalen Zürcher Landwirtschaft bekannt. Die Nutzung des Waldes wird mit den steigenden Holzpreisen und einer Verknappung nicht erneuerbarer Energien an Bedeutung gewinnen.

8.6 Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen

Die am stärksten mit Lärm belasteten Strassenzüge im überbauten Gebiet werden vorrangig entlastet.

Die Massnahmen (Lärmschutzwände, Schallschutzfenster) sollen schneller umgesetzt werden als in der mit dem Bund für die Jahre 2008 bis 2011 abzuschliessenden Programmvereinbarung vorgesehen. Der Kanton wird die Massnahmen vorfinanzieren.

8.7 Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten

Mit einer vorbildlichen Gestaltung öffentlicher Hoch- und Tiefbauten wird ein Beitrag zur Erhaltung attraktiver Siedlungs- und Landschaftsräume geleistet. In den kommenden Jahren stehen dabei Projekte wie das Polizei- und Justizzentrum (PJZ), die 5. Etappe der Universität Zürich-Irchel, die Entwicklungsplanung Hochschulgebiet Zürich-Zentrum, die laufenden Autobahnausbauten und Hochwasserschutzprojekte entlang der Achse Sihl-Limmat-Zürichsee im Vordergrund.



Legislaturziel

9 Die CO₂-Emissionen durch Substitution fossiler Energieträger senken

Massnahmen

9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferem Treibstoffverbrauch und geringerem Emissionsausstoss schaffen

Mit einer Revision des Verkehrsabgabengesetzes soll dem Verursacherprinzip besser Rechnung getragen werden. Dabei ist auf bereits vorhandene Bemessungsgrundlagen abzustellen, die Energieverbrauch und Emissionen stärker berücksichtigen als die heutige Hubraumbesteuerung.

9.2 Verbrauch fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich senken

Harmonisiert mit anderen Kantonen sollen die energetischen Mindestanforderungen an Bauvorhaben ab 2009 verschärft werden. Der zulässige Energieverbrauch pro m² Wohnfläche wird dabei um einen Drittel gesenkt. Zudem soll durch verstärkte Information und Motivation der Bevölkerung zum bewussten Umgang mit fossilen Energien der Energieverbrauch gesenkt werden. Minergie und Minergie-P-Standards werden weiterhin gefördert und zudem steuerliche Anreize bei energetischen Gebäudeerneuerungen angestrebt.

9.3 Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen

26 kantonale Neu- und Umbauten mit einer Bruttogeschossfläche von 145'000 Quadratmetern erfüllen den Minergie-Standard. Im Sinne der Vorbildfunktion soll die Anzahl Minergie-Bauten kontinuierlich steigen. Dadurch verbessert der Kanton die Energieeffizienz der eigenen Bauten unter gleichzeitiger Verminderung des Bedarfs fossiler Energien.

Legislaturziel

10 Die Energieeffizienz und erneuerbare Energien verstärkt fördern und die zukünftige Stromversorgung sicherstellen

Massnahmen

10.1 Umfassenderen Rahmenkredit für die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien beantragen

Die Förderung beruht heute auf dem Rahmenkredit 2002 bis 2010 (2,5 Mio. Franken jährlich) gestützt auf § 16 des Energiegesetzes. Dieser Rahmenkredit soll bereits 2008 durch einen umfassenderen Rahmenkredit (4 Mio. Franken jährlich) für verstärkte Information der Bevölkerung,



Weiterbildung der Baufachleute und Förderung der erneuerbaren Energien sowie energieeffizienter Gebäudeerneuerungen abgelöst werden. Daneben werden die Zielvereinbarungen betreffend Energieeffizienz mit Energie-Grossverbrauchern im Kanton weitergeführt.

10.2 Eigentümerstrategie Strom neu festlegen

Mit dem 2008 in Kraft tretenden eidgenössischen Stromversorgungsgesetz wird die Liberalisierung des Strommarktes in der Schweiz eingeführt. Die bisherigen staatlichen Monopole in den Bereichen Stromproduktion und Stromhandel fallen weg. Zur Sicherstellung der zukünftigen Stromversorgung unter veränderten Rahmenbedingungen ist die Eigentümerstrategie des Kantons bezüglich seiner Beteiligungen an EKZ und Axpo anzupassen.

10.3 Die Einföhrungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten

Mit dem eidgenössischen Stromversorgungsgesetz erhalten die Kantone neue Aufgaben. Insbesondere haben sie die Netzgebiete zuzuteilen und die Einföhrung eines Ausgleichsfonds für den Fall unterschiedlicher Netznutzungsgebühren zu prüfen. Das kantonale Energiegesetz, das EKZ-Gesetz sowie der NOK-Gründungsvertrag sind an die neue Gesetzgebung anzupassen.

Legislaturziel

11 Die Mobilität steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abstimmen

Massnahmen

11.1 Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben

Die Verkehrsinfrastrukturen im Kanton Zürich haben eine weit über die Kantongrenzen hinausreichende Bedeutung. Sie sind für den ganzen Lebens- und Wirtschaftsraum Zürich von grosser Bedeutung, stellen im internationalen Wettbewerb einen wichtigen Standortfaktor dar und sind deshalb für die Bevölkerung aus allen Kantonen und Landesteilen von Nutzen. Es ist deshalb notwendig, dass der Kanton seine Interessen beim Bund – wo geeignet im Verbund mit anderen Kantonen – und bei anderen Kantonen vertritt.

Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) übernimmt der Bund grundsätzlich die Verantwortung für Planung, Bau und Betrieb der Nationalstrassen. Der Kanton Zürich setzt sich dafür ein, dass die im Richtplan festgesetzten Schlüsselvorhaben wie Ausbau Nordumfahrung, Oberlandautobahn, Glattalautobahn, Stadttunnel und Kapazitätsausbau Winterthur vom Bund prioritär behandelt werden. Der Kanton ist bereit, auch nach Umsetzung der NFA die Bauherrschaft für komplexe Projekte zu übernehmen (z. B. Einhausung Schwamendingen, Lärmschutz Grünau).



11.2 *In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen*

Der Flughafen Zürich ist in Bezug auf die internationale Erreichbarkeit des Wirtschaftsraums Zürich und die hier erzielte Wertschöpfung und Beschäftigung ein bedeutender standortpolitischer Erfolgsfaktor. In den laufenden Prozessen zur Festlegung des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) und der Teilrevision des Richtplans Verkehr (Kapitel 4.6.1) sind Lösungen zu suchen, mit denen die Lärmschutzziele erreicht werden, ohne die Drehkreuzfunktion oder die Verkehrsentwicklung des Flughafens unverhältnismässig einzuschränken. Zudem sind mit einer beständigen und langfristigen Bezeichnung der fluglärmbelasteten Gebiete durch die sogenannte Abgrenzungslinie die Weichen für die künftige Siedlungsentwicklung in der Flughafenregion zu stellen. Damit werden die Grundlagen für den Erlass des Betriebsreglements für den Flughafen Zürich gelegt.

11.3 *Strategieprozess und Controlling zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption gestalten und weiterentwickeln*

Die verkehrspolitischen Entscheide sind immer aus der Gesamtsicht des Gesamtverkehrskonzepts zu fällen. Zukünftig sind die verkehrspolitischen Entscheide darüber, welche Vorhaben mit welcher Dringlichkeit und mit welchen finanziellen Ressourcen vorangetrieben werden sollen, im Rahmen des «Strategieprozesses Gesamtverkehr» zu treffen.

11.4 *Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen*

Der Kantonsrat hat mit Beschluss zum kantonalen Richtplan festgelegt, welche Verkehrsvorhaben mit welcher Priorität voranzutreiben sind und welche Massnahmen zur Umsetzung ergriffen werden sollen.



Leitlinie 3

Gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren

Legislaturziel

12 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern

Massnahmen

12.1 Tagesstrukturen für Kinder im Schulalter gemäss Volksschulgesetz umsetzen und eine gesetzliche Grundlage für eine bedarfsgerechte ausserfamiliäre Betreuung von Kindern im Vorschulalter schaffen

Mit der Einführung von Blockzeiten und der Gewährleistung einer bedarfsgerechten ausser-schulischen Betreuung durch die Gemeinden bis im Schuljahr 2009/10 verbessert das neue Volksschulgesetz die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Familien mit Schulkindern im Kanton Zürich. Im Rahmen der Jugendhilfereform sollen die notwendigen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, damit die Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot an ausserfamiliärer Betreuung und Frühförderung für die Kinder im Vorschulalter gewährleisten.

12.2 Fehlanreize im Steuer- und Sozialleistungssystem beseitigen

Das Zusammenspiel von Beitragsreglementen für familienergänzende Kinderbetreuung (Krippen- und Horttarife), Sozialleistungen und Steuern kann dazu führen, dass eine Einkommenserhöhung zu einer Reduktion der tatsächlich einem Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel führt. Damit liegt ein Fehlanreiz in Bezug auf die Erhöhung des Haushaltseinkommens vor. Eine ungelöste Betreuungssituation führt zudem dazu, dass eine arbeitslose Person kein Erwerb-slo-sengeld beziehen kann, weil sie als nicht vermittlungsfähig gilt. Das Steuer-, Abgaben- und Sozialleistungssystem soll auf solche Fehlanreize in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern untersucht und es sollen Massnahmen zu deren Beseitigung umgesetzt werden.

12.3 Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen

Nach dem geltenden kantonalen Steuergesetz können für jedes weniger als 15 Jahre alte Kind für die Betreuung durch Drittpersonen während der Erwerbstätigkeit der Eltern maximal Fr. 6'000 abgezogen werden. Aufgrund der geltenden Vorgaben des Steuerharmonisierungsgesetzes des Bundes sind weitere Abzüge nicht möglich. Finanzdirektion und Regierungsrat setzen sich jedoch beim Bund dafür ein, dass weitere Möglichkeiten, wie insbesondere ein allgemeiner Abzug für die Kinderbetreuungskosten, eingeführt werden.



12.4 Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren

Die Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Angestellte des Kantons sollen direktionsübergreifend koordiniert und flächendeckend ausgerichtet werden. Dazu soll eine Projektorganisation errichtet werden. Für die Verwirklichung der familienergänzenden Kinderbetreuung sind folgende Schritte notwendig:

- Erhebung des Bedarfs der kantonalen Angestellten an familienergänzender Kinderbetreuung
- Erarbeiten von Konzepten zu Koordination, Vermittlung und eventuell finanzieller Unterstützung
- Regelung der Dienstleistungen der kantonalen Verwaltung als Arbeitgeberin durch den Regierungsrat.

12.5 Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern

Es sollen bestehende flexible Arbeitszeitmodelle auf der Grundlage von Jahres- oder Lebensarbeitszeit verstärkt kommuniziert, technische und organisatorische Möglichkeiten zur Heimarbeit geprüft, Konzepte für Teilzeitarbeit auch im Kaderbereich entwickelt und Rahmenbedingungen für Heimarbeit und Teilzeitarbeit festgelegt werden.

12.6 Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen

Folgende Schritte sind notwendig:

- Erarbeiten von Konzepten für eine systematische Laufbahnplanung in direktionsübergreifender Projektgruppe
- Besondere Berücksichtigung von frauenspezifischen Lebensläufen / Frauenförderung
- Festlegung von Standards zur Laufbahnplanung durch den Regierungsrat
- Einführung einer systematischen Laufbahnplanung, Information und Schulung der Führungskräfte.



Legislaturziel

13 Mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt stärken

Massnahmen

13.1 Information zu Migration und Integration verbessern und Kampagne «*Aller Anfang ist Begegnung*» der Nordwestschweizer Kantone übernehmen

Die Bevölkerung soll regelmässig über die Integrationspolitik, die Chancen und Risiken der Migration, die Fortentwicklung der Integrationsmassnahmen und die Optimierung der Projekte breit und sachlich informiert werden, um Vorurteile ab- und Vertrauen aufzubauen. Die Information ist dabei zielgruppenspezifisch ausgerichtet (Gemeinden, Bevölkerung mit Deutschkenntnissen, Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger, Migrantinnen und Migranten und deren Vereine, kantonale Behörden, Integrationsfachleute, Projektanbieter, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Religionsgemeinschaften).

13.2 Aktive Integrationsbereitschaft fordern

Als Gegenstück zur Förderung der Integration soll die aktive Integrationsbereitschaft und -betätigung gefordert werden. Diese Forderung wird klar kommuniziert und mit individuellen Vereinbarungen umgesetzt.

13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern

Als Folge der NFA fallen Einrichtungen für erwachsene invalide Menschen in die alleinige Zuständigkeit der Kantone. Mit dem Gesetz über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen schafft der Kanton die Voraussetzung, um die soziale Integration der betroffenen Menschen zu gewährleisten.

13.4 Leistungsniveau und Bildungschancen für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler verbessern

Im Rahmen der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (Projekt Qualität in multikulturellen Schulen [QUIMS], Deutsch als Zweitsprache [DAZ]) führen alle Schulen mit hohen Anteilen Fremdsprachiger zur Sicherung der Qualität bis 2010 zusätzliche Angebote und Massnahmen ein. Die Schulen werden dabei finanziell unterstützt. Damit sollen das Leistungsniveau und die Bildungschancen der betroffenen Kinder verbessert werden.

13.5 Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen integrativ ausrichten

Die Unterstützung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen ist Gegenstand der vom Regierungsrat im Juli 2007 beschlossenen Verordnung über sonderpädagogische Massnahmen. Das Angebot wird darin neu gestaltet und integrativ ausgerichtet. Kinder mit Lernschwierigkeiten wie



auch besonders begabte Schülerinnen und Schüler werden so weit als möglich innerhalb der Regelklasse gefördert. Zur Umsetzung der Verordnung wird ein neues sonderpädagogisches Konzept ausgearbeitet.

13.6 Berufliche Grundbildung stärken und Übergang in die Berufsbildung gewährleisten

Das neue kantonale Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz wird im Herbst 2007 im Kantonsrat beraten. Es ermöglicht die Weiterführung einer aktiven Lehrstellenförderung, die Mitwirkung an der Entwicklung neuer Bildungsangebote, die Förderung von beruflichen Grundbildungen für Schulschwächere (zweijährige Grundbildung mit Attest, fachkundige individuelle Begleitung) und die Verbesserung der Brückenangebote.

13.7 Weiterbildungsmassnahmen zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration fördern

Der Entwurf zum neuen kantonalen Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz sieht vor, dass der Kanton berufsorientierte Weiterbildung anbietet und entsprechende Angebote Dritter unterstützen kann. Er kann ferner Angebote zur allgemeinen Weiterbildung unterstützen, wenn diese der Integration von Personen in die Gesellschaft dienen. Gestützt darauf erarbeitet der Kanton ein Weiterbildungskonzept.

Legislaturziel

14 Die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung aller Bevölkerungsgruppen fördern

Massnahmen

14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern

Das revidierte Sozialhilfegesetz schafft die Voraussetzungen für eine bessere Eingliederung der Hilfesuchenden in die Gesellschaft und in die Arbeitswelt, indem insbesondere Organe der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung und der Berufsberatung zur Zusammenarbeit verpflichtet werden («Interinstitutionelle Zusammenarbeit»).

14.2 Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen

Die Kampagnen der Gesundheitsförderung sind auf die Befähigung der Bevölkerung zu einem gesunden Lebensstil auszurichten und in der Umsetzung des Konzeptes für Prävention und Gesundheitsförderung zu berücksichtigen.



Legislaturziel

15 Herausragende Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte fördern

Massnahmen

15.1 Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren erarbeiten

Der Kanton unterstützt in einem ausgewogenen Verhältnis einerseits die Erhaltung kultureller Traditionen, er fördert aber auch neue Impulse. Sein Engagement beschränkt sich nicht auf Partnerschaften mit etablierten, prestigeträchtigen Institutionen. Es ist vielmehr die Aufgabe des Kantons, das Kulturschaffen vor allem ausserhalb der Zentrumsstädte zu fördern. Mittels gezielter Massnahmen sollen in ländlicheren Regionen und Gemeinden Projekte unterstützt werden, deren Initianten hinsichtlich Finanzierung und Publikumsaufkommen Risiken eingehen müssen. Besonderes Augenmerk gilt der Nachwuchspflege. Voraussetzung für die massgebliche Finanzierung eines Projekts mit überregionaler Bedeutung ist jedoch ein angemessenes Engagement durch die Standortgemeinde. Regionale Kulturzentren in Landgemeinden sollen mit zweckgebundenen Produktionsmitteln für Projekte von regionalen Kunstschaffenden und Nachwuchskünstlern ausgestattet werden. Gemeinden, die Strukturen für ein vielfältiges Kulturleben schaffen und erhalten beziehungsweise kulturelle Projekte initiieren, werden verstärkt unterstützt. Damit besteht ein Anreizsystem für kommunale Eigeninitiativen.

Legislaturziel

16 Objektive und subjektive Sicherheit fördern durch verstärkte Bekämpfung von Gewaltdelikten und eine vernetzte Gewaltprävention

Massnahmen

16.1 Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden

Veranstaltungen und Örtlichkeiten, an denen scheinbar ungestraft gegen die Rechtsordnung verstossen werden darf, verursachen eine schwere Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls (Ausschreitungen im Umfeld von Sportveranstaltungen, Kundgebungen, Drogen- und Rotlichtmilieu). Mit einer verstärkten polizeilichen Präsenz an solchen Veranstaltungen und Örtlichkeiten kann die Entstehung rechtsfreier Räume verhindert werden. Mit Blick auf die EURO 08 ist die Bekämpfung des «Hooliganismus» besonders wichtig. Das Massnahmenpaket «Langstrasse plus» zielt auf die Betäubungsmittelkriminalität und damit verbundene Auswüchse.



16.2 Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren

Stärken der föderalistischen Polizeistruktur sind Vertrautheit mit dem Einsatzort und kurze Entscheidungswege. Da Delinquenz nicht an Landes-, Kantons- und Gemeindegrenzen Halt macht, ist eine laufend zu verstärkende Zusammenarbeit unabdingbar. International sind Verbesserungen mit dem Schengener Informationssystem zu erwarten. National von Bedeutung ist das künftige Funksystem «POLYCOM». Innerhalb des Kantons schafft das Polizeiorganisationsgesetz die rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Kantons-, Stadt- und Gemeindepolizeien. Die Planung des Polizei- und Justizentrums bietet die Möglichkeit, die Abläufe zwischen Polizei und Justiz zu verbessern.

16.3 Schwerepunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen

Die Gewaltdelikte nehmen zu, wobei vor allem die Zunahme jugendlicher Gewalttäter auffällt. Der Regierungsrat hat deshalb Schwerpunkte für die Strafverfolgung festgelegt, zu denen unter anderem Gewaltdelikte und Jugendkriminalität gehören.

16.4 Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen

Das neue Strafprozessgesetz des Bundes führt zu Anpassungen in den Kantonen. Dabei wird ein Verfahrensrecht und eine Gerichtsorganisation angestrebt, die den heutigen Anforderungen an eine effiziente und effektive Rechtsdurchsetzung entsprechen, die präventive Wirkung des Rechts verstärken und die objektive und subjektive Sicherheit erhöhen.

16.5 Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzuges verstärken

Die Rückfall- und Gewaltprävention ist eine Kernaufgabe des Justizvollzuges. Die diesbezüglichen Bemühungen sollen in den Institutionen des Justizvollzuges weiter verstärkt, durch Projekte und Programme – insbesondere auch der Bewährungs- und Vollzugsdienste und des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes – unterstützt und auf ihre Wirkung hin evaluiert werden. Dies betrifft einerseits die Lernprogramme der Bewährungs- und Vollzugsdienste, in denen in der Auseinandersetzung mit der Straftat Änderungen in der Einstellung und im Verhalten angestrebt werden sollen, andererseits aber auch die deliktorientierten Therapien des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes, die Behandlungen für das gesamte Spektrum der seelischen Störungen und Erkrankungen anbieten und darauf hinzielen, die Klienten zu befähigen, in Zukunft rückfallfrei zu leben. Insbesondere sind auch die Umsetzungsmassnahmen nach Art. 59 Abs. 3 StGB zu erwähnen, wonach psychisch schwer gestörte Täter stationär therapeutisch behandelt werden sollen. Ferner wird in den Gefängnissen eine stufengerechte Schulbildung in Form von Lernwerkstätten angestrebt, die den Wiedereintritt in die Gesellschaft erleichtern und die Rückfälligkeit minimieren soll. Für die jugendstrafrechtlichen Sanktionen gemäss neuem Recht (insbesondere Freiheitsentzug und geschlossene Unterbringung) fehlen



im Kanton Zürich geeignete Vollzugsplätze. Diese sind durch einen Aus- und Umbau des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU) zu schaffen.

16.6 *Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt «Junge Intensivtäter» verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren*

Ein wichtiges Ziel des jugendstrafrechtlichen Handelns ist es, straffällige Jugendliche vom weiteren Delinquieren abzuhalten. Zwei Gruppen von Jugendlichen stehen dabei im Vordergrund: Jugendliche, die immer wieder delinquieren und Jugendliche, bei denen ein erhöhtes Risiko besteht, dass sie Gewalt anwenden. Die jugendstrafrechtlichen Massnahmen tragen damit, zusammen mit Massnahmen anderer Behörden, dazu bei, das Risiko zukünftiger Gewaltstraftaten zu vermindern.

16.7 *Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken*

Die Zusammenarbeit im Bereich Gewaltprävention (Jugendgewalt) soll ausgebaut und zwischen den Direktionen verankert werden. Die Massnahmen zur wirksamen Gewaltprävention und -intervention im schulischen Umfeld werden verstärkt.

16.8 *Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten*

Schulsozialarbeit bietet der Schule niederschwellige Unterstützung zur Vermeidung und Bewältigung von Konflikt- und Krisensituationen. Im Rahmen der Jugendhilfereform sollen bis 2009 kantonale Empfehlungen zur Schulsozialarbeit erarbeitet und eine kantonale Fachstelle aufgebaut werden.

16.9 *Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten*

Gewaltprävention in der Schule muss möglichst früh ansetzen. Damit sie wirksam sein kann, müssen die Eltern einbezogen werden. Studien zeigen, dass Eltern von Problemkindern vielfach nicht freiwillig an Präventionskursen teilnehmen. Das Volksschulgesetz regelt die Mitwirkungsrechte und -pflichten der Eltern. Die Verpflichtung zur Kursteilnahme soll in einer neuen Bestimmung geregelt werden.



Legislaturziel

17 Eine qualitativ hochstehende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung erhalten

Massnahmen

17.1 Planung der Spitäler einschliesslich Psychiatrien, Rehabilitationskliniken sowie Pflegeheime optimieren

Die absehbaren Neuerungen auf Bundesebene (KVG-Revision) müssen in die Planungsprozesse einbezogen werden, damit die Festlegungen bezüglich Versorgungsstruktur, die in den kantonalen Spitallisten und in den Rahmenkontrakten zwischen dem Kanton und den institutionellen Leistungserbringern enthalten sind, aktualisiert und präzisiert werden können. Die Planung der stationären Versorgung soll vermehrt auch die Zusammenhänge von Strukturen einerseits und Kosten und Qualität andererseits einbeziehen.

17.2 Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern

Je nach Leistungsbereich sind innovative und zukunftsgerichtete Entwicklungen zu stärken und mit Pilotprojekten zu validieren; dazu zählen vor allem auch Konzepte der integrierten Versorgung sowie des institutionen- und dienstleisterübergreifenden Fallmanagements.

17.3 Medizinische Leistungen im Interesse der Qualitätsförderung und effizienten Leistungserbringung konzentrieren

Damit medizinische Leistungen qualitativ hochstehend und wirtschaftlich erbracht werden können, müssen sie in einem adäquaten medizinischen Umfeld zusammengefasst und in einer minimalen Häufigkeit (Mindestfallzahl) getätigt werden. Dazu sind ausgewählte medizinische Fachbereiche nach Diagnose- und Behandlungsarten zu analysieren und anschliessend zur Optimierung von Qualität und Wirtschaftlichkeit gegebenenfalls unter den Leistungserbringern neu aufzuteilen.

17.4 Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren

Das Sportkonzept des Kantons Zürich und das Schwerpunktprogramm «Bewegung – Ernährung – Entspannung» mit einer breit angelegten Sensibilisierungskampagne zielen auf eine nachhaltige Förderung der Bewegung in breiten Kreisen der Bevölkerung ab. Ab 2008 wird das Schwerpunktprogramm in Anlehnung an die Aktivitäten des Bundes und der nationalen Organisationen auf das Thema «Übergewicht» fokussiert werden. Eine grosse Bedeutung kommt dabei der Bewegungsförderung in der Schule, in der Kinderbetreuung und gemäss Sportkonzept im ganzen Sportbereich zu. Weiter ist vorgesehen, besonders auch die Gemeinden im Bereich von Bewegung und Ernährung für Massnahmen gegen das Gesundheitsrisiko Übergewicht zu



sensibilisieren. Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung werden dazu, insbesondere im Schulbereich, Daten erhoben, die für das Monitoring des Übergewichts bedeutsam sind.

17.5 *Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln*

Um die Kostendaten der psychiatrischen Kliniken aussagekräftig auswerten zu können, bedarf es einer Gruppierungsmethodik, nach der die Behandlungsfälle in Gruppen zusammengefasst werden können. Mit Hilfe des zu entwickelnden Fallgruppierungssystems lassen sich verbesserte Aussagen über die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung in den psychiatrischen Kliniken gewinnen. Die Fallgruppierung ist zudem die Grundlage für ein Benchmarking unter den psychiatrischen Kliniken. Damit wird die Voraussetzung für eine verbesserte Ressourcenallokation geschaffen, was die wirtschaftliche und zweckmässige Leistungserbringung fördert.

17.6 *Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln*

Das leistungsorientierte Abgeltungssystem DRG wird sich in den nächsten Jahren flächendeckend durchsetzen. Mit diesem Wechsel weg von der Objekt- bzw. Kostenfinanzierung hin zu einer Leistungsfinanzierung werden die wettbewerbstypischen Anreize für Leistungserbringer gestärkt, Kosten zu senken beziehungsweise das Preis-Leistungs-Verhältnis zu optimieren.

**Rechtsetzungsprogramm für die Legislaturperiode 2007–2011**

Staatskanzlei	
<i>Publikationsgesetz</i>	Anpassung an Kantonsverfassung und weitere Anpassungen
<i>Gesetz über die Finanzkontrolle</i>	Anpassung an Kantonsverfassung
Direktion der Justiz und des Innern	
<i>Kantonsratsgesetz</i>	Regelung des Einbezugs des Kantonsrates in die Aushandlung von interkantonalen und internationalen Verträgen
<i>Finanzausgleichsgesetz</i>	Mängel des geltenden Systems und strukturerhaltende Wirkung für Gemeindelandschaft erfordern Revision des Finanzausgleichssystems
<i>Gemeindegesezt</i>	Anpassung an Kantonsverfassung sowie an heutige Anforderungen
<i>Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht</i>	Anpassung an neue Kantonsverfassung
<i>Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs</i>	Professionalisierung des Betreuungswesens
<i>Verfahrensrecht und Gerichtsorganisation (Rechtsmittelzug in Verwaltungssachen, Einführungsgesetz Bundesstrafprozessordnung, Einführungsgesetz Bundeszivilprozessordnung, Gerichtsorganisationsgesetz)</i>	Anpassung des kantonalen Verfahrensrechts an die neuen Anforderungen, die die Bundesverfassung, das Bundesgerichtsgesetz (Totalrevision der Bundesrechtspflege), die Bundeszivilprozessordnung, die Bundesstrafprozessordnung und die neue Kantonsverfassung stellen. Entsprechende Neuregelung der Gerichtsorganisation
<i>Gesetz über die politischen Rechte</i>	Im Bereich der Volksrechte hat die neue Verfassung zu zahlreichen Änderungen geführt, die in der Praxis grösstenteils bereits in Anwendung sind, die nun aber noch auf Gesetzesstufe umgesetzt werden müssen.
<i>Gesetz über die Volkswahl der Mitglieder der Arbeitsgerichte und der Mietgerichte</i>	Neuerlass Vorlage 4430, in der parlamentarischen Beratung
<i>Verordnung Strafmediation</i>	Anpassung an das Gesetz über Änderungen im Strafverfahren.
<i>Verordnung Kirchengesetz</i>	Ausführungserlass zum Kirchengesetz, das vom Kantonsrat am 9. Juli 2007 in 2. Lesung verabschiedet wurde und voraussichtlich auf 1. Januar 2009 in Kraft treten wird (Teilkraftsetzung Abtretung kirchlicher Liegenschaften voraussichtlich auf 1. Januar 2008)
<i>Verordnung Gewaltschutzgesetz</i>	Ausführungserlass zum Gewaltschutzgesetz
<i>Anpassung an Registerharmonisierungsgesetz</i>	Anpassung an die mit dem Registerharmonisierungsgesetz des Bundes veränderten Registervorgaben
<i>Informationsverwaltungsverordnung</i>	Anpassung an § 5 Abs. 4 des Informations- und Datenschutzgesetzes



<i>Verordnung über die Gebühren- und Kostenansätze der Strafverfolgungsbehörden</i>	Anpassung auf Grund der neuen Verordnung des Obergerichts über die Gerichtsgebühren
---	---

Sicherheitsdirektion	
<i>Polizeigesetz</i>	Neuerlass, Vorlage 4330, Referendumsabstimmung bevorstehend
<i>Bevölkerungsschutzgesetz</i>	Neuerlass, Vorlage 4403, in der parlamentarischen Beratung
<i>Gesetz über das Halten von Hunden</i>	Totalrevision, Vorlage 4402 betreffend Hundegesetz, in der parlamentarischen Beratung
<i>Verkehrsabgabengesetz</i>	Teilrevision im Rahmen der Überprüfung des gesamten Strassenfinanzierungskonzepts durch die Volkswirtschaftsdirektion
<i>Einführungsgesetz AHVG/IVG</i>	Teilrevision als Folge der NFA, Vorlage 4395, in der parlamentarischen Beratung
<i>Zusatzleistungsgesetz</i>	Teilrevision als Folge der NFA, Vorlage 4396, in der parlamentarischen Beratung
<i>Gesetz über Kinderzulagen für Arbeitnehmer</i>	Totalrevision aufgrund Bundesrecht, Ablösung durch Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen, in Vernehmlassung
<i>Gesetz über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen</i>	Neuerlass als Folge der NFA, Vorlage 4394, in der parlamentarischen Beratung
<i>Verordnung über den Vollzug von Nichteintretensentscheiden im Asylverfahren</i>	Totalrevision namentlich zufolge geänderten Bundesrechts
<i>Verordnung über den Schweizer Pass und die Identitätskarte</i>	Teilrevision unter anderem im Zusammenhang mit der durch den Bund gestützt auf internationales Recht vorgegebenen Einführung biometrischer Ausweispapiere
<i>Verordnung über die zivile Kriegsorganisation des Kantons</i>	Totalrevision, neue Verordnung über die Führung in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen gestützt auf das Bevölkerungsschutzgesetz
<i>Verordnung über den Vollzug der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht</i>	Totalrevision namentlich zufolge geänderten Bundesrechts
<i>Verordnung über das kantonale rechtliche Ordnungsbussenverfahren</i>	Teilrevision zur Anpassung an geänderte Gesetzeserlasse
<i>Kantonale Verordnung über den Zivilschutz</i>	Totalrevision gestützt auf das neue Zivilschutzgesetz
<i>Verordnung zum Polizeigesetz</i>	Neuerlass gestützt auf das Polizeigesetz
<i>Verordnung über das Polizei-Informationssystem POLIS</i>	Teilrevision in Erfüllung parlamentarischer Vorstösse
<i>Verordnung über Waffen, Waffenzubehör und Munition</i>	Teilrevision zur Anpassung an die gestützt auf internationales Recht erfolgte Änderung der Waffengesetzgebung des Bundes
<i>Verordnung zum Gesetz über das Halten von Hunden</i>	Totalrevision gestützt auf das neue Hundegesetz
<i>Verkehrsabgabenverordnung</i>	Teilrevision gestützt auf das geänderte Verkehrsabgabengesetz



<i>Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung</i>	Teilrevision als Folge der kantonalen Gesetzgebung zur NFA
<i>Vollziehungsverordnung zum Gesetz über Kinderzulagen für Arbeitnehmer</i>	Totalrevision gestützt auf das neue Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen
<i>Verordnung zum Sozialhilfegesetz</i>	Teilrevision als Folge der kantonalen Gesetzgebung zur NFA
<i>Verordnung zum Gesetz über die Beitragsleistungen des Staates für Altersheime sowie Heime, Eingliederungsstätten und Werkstätten für Invalide</i>	Teilrevision als Folge der kantonalen Gesetzgebung zur NFA

Finanzdirektion	
<i>Gesetz über die Haftung des Staates und der Gemeinden sowie ihrer Behörden und Beamten (Haftungsgesetz)</i>	Anpassung an Kantonsverfassung, Vorlage 4416 in der parlamentarischen Beratung
<i>Steuergesetz (StG) Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz (ESchG)</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung der Rechtsmittel an Art. 29a BV, Bundesgerichtsgesetz (BGG) und die neue KV (Federführung liegt bei der Direktion der Justiz und des Innern) - Anpassung an das im Unternehmenssteuerreformgesetz II geänderte Steuerharmonisierungsgesetz, vorbehältlich der Annahme dieses Bundesgesetzes in der Volksabstimmung vom 24. Februar 2008 - Eventuell Änderungen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des Kantons im Steuerwettbewerb
<i>Verordnung über die Notariats- und Grundbuchgebühren (Notariatsgebührenverordnung)</i>	Verschiedene Änderungen im materiellen Recht (insbesondere Fusionsgesetz und Gesetz über die eingetragene Partnerschaft)
<i>Rechnungslegungsverordnung</i>	Neuerlass gestützt auf Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG), Teilgenehmigung, Vorlage 4432 in der parlamentarischen Beratung
<i>Finanzcontrollingverordnung</i>	Neuerlass gestützt auf Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG)
<i>Verordnung zum Steuergesetz</i>	Anpassung an die neue Bestimmung des Steuergesetzes zum vereinfachten Abrechnungsverfahren gemäss Schwarzarbeitsgesetz
<i>Personalverordnung</i>	Verschiedene Aktualisierungen des Personalrechts
<i>Vollzugsverordnung zum Personalgesetz</i>	Verschiedene Aktualisierungen des Personalrechts

Volkswirtschaftsdirektion	
<i>Verkehrsabgabengesetz</i>	Schaffung einer verursachergerechten Verkehrsabgabe auf der Grundlage des Gesamtverkehrskonzeptes
<i>Strassengesetz</i>	Neugestaltung der politisch-strategischen Steuerung des Strassenverkehrs auf der Grundlage des Gesamtverkehrskonzeptes



<i>Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr</i>	Anpassung an Erlasse des Bundes im Rahmen der Bahnreform 2
<i>Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz</i>	Anpassung an NFA, Vorlage 4393, in der parlamentarischen Beratung
<i>Strassenbeitragsverordnung</i>	Streichung des Finanzkraftindexes als Bemessungsgrundlage für Staatsbeiträge in §§ 2 und 8 in Anpassung an den neuen kantonalen Finanzausgleich
<i>Verordnung zum Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz</i>	Anpassung an das geänderte Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz
<i>Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der wirtschaftlichen Landesversorgung</i>	Das Bundesamt für Wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) beauftragte die Kantone, ihre organisationsrechtlichen Erlasse im Bereich der Wirtschaftlichen Landesversorgung (WL) zu überprüfen und gegebenenfalls an die bundesrechtliche Neuorientierung anzupassen

Gesundheitsdirektion

<i>Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962 und Gesundheitsgesetz vom 2. April 2007</i>	Neuregelung der Finanzierung und Steuerung der Institutionen des Gesundheitswesens im Zusammenhang mit der Reform des kantonalen Finanzausgleiches
<i>Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962 und Gesundheitsgesetz vom 2. April 2007</i>	Anpassung an laufende KVG-Revision im Bereich der Spital- und der Pflegefinanzierung
<i>Gesetz über das Universitätsspital Zürich und Gesetz über das Kantonsspital Winterthur</i>	Anpassung an das Gesetz über die ärztlichen Zusatzhonorare, Vorlagen 4437 und 4436 in der parlamentarischen Beratung
<i>Ausführungsverordnungen zum Gesetz über das Gesundheitswesen</i>	Die neuen Regelungen des Gesundheitsgesetzes erfordern Anpassungen verschiedener Ausführungsverordnungen zum bisherigen Gesetz über das Gesundheitswesen vom 4. November 1962
<i>Verordnung über die Berufe im Gesundheitswesen</i>	Die im Medizinalberufegesetz statuierten Regelungen bezüglich Berufsausübung der Fachpersonen im Bereich der Humanmedizin, der Zahnmedizin, der Chiropraktik, der Pharmazie und der Veterinärmedizin erfordern Anpassungen der Verordnungen über die Berufe im Gesundheitswesen
<i>Vollzugsverordnung zur eidgenössischen Epidemiengesetzgebung</i>	Die Revision des Epidemiengesetzes, mit der den veränderten Lebensumständen wie zum Beispiel der erhöhten individuellen Mobilität und einem damit einhergehenden substanziell erhöhten Ausbreitungspotenzial von Infektionskrankheiten Rechnung getragen werden soll, wird eine Anpassung der kantonalen Vollzugsverordnung zur eidgenössischen Epidemiengesetzgebung vom 19. März 1975 erfordern und je nach definitiver Ausgestaltung der bundesrechtlichen Bestimmungen auch auf Stufe des Gesundheitsgesetzes vom 2. April 2007 Änderungen erfordern

Bildungsdirektion

<i>Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung</i>	Vorlage 4351 in der parlamentarischen Beratung
--	--



<i>Gesetz über das Zentrum für Gehör und Sprache</i>	Vorlage 4380 in der parlamentarischen Beratung
<i>Volksschulgesetz</i>	Anpassungen in den Bereichen Bedarfsplanung Sonderschulung, Elternpflichten und Frühförderung
<i>Gesetz über die Jugendhilfe</i>	Anpassungen in den Bereichen Schulsozialarbeit, ausserfamiliäre Betreuung und regionale Strukturen
<i>Verordnungen zum Einführungs-gesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung</i>	Ausführungserlasse zum Einführungs-gesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung
<i>Verordnungen zum Fachhochschulgesetz</i>	Ausführungserlasse zum Fachhochschulgesetz
<i>Verordnungen zum Volksschul-gesetz</i>	Ausführungserlasse zum neuen Volksschulgesetz

Baudirektion	
<i>Waldgesetz</i>	Anpassung an revidiertes Bundesrecht
<i>Kantonales Geoinformationsgesetz Anpassung der Verordnungen zu Amtliche Vermessung, GIS und Datenlogistik</i>	Anpassung an Bundesrecht
<i>Wasserwirtschaftsgesetz</i>	Renaturierung von Gewässern inkl. Raumsicherung für Gewässer; Umsetzung Art. 105 Abs. 3 Satz 2 KV
<i>EKZ-Gesetz</i>	Anpassung an Vorgaben des eidg. Stromversorgungsgesetzes
<i>Energiegesetz</i>	Anpassung an Vorgaben des eidg. Stromversorgungsgesetzes
<i>Planungs- und Baugesetz PBG</i>	Teilrevisionen in vier Bereichen: Verfahren und Rechtsschutz; Parkierungsregelung und publikumsintensive Einrichtungen; behindertengerechtes Bauen; private Kontrolle
<i>NOK-Gründungsvertrag (KR-Beschluss betreffend Beteiligung Kt. ZH beim Erwerb der Kraftwerke Beznau-Löntschi durch Übernahme von 38% oder 13'680 Stück der Aktien dieser Gesellschaft vom 6. Juli 1914)</i>	Anpassung an Vorgaben des eidg. Stromversorgungsgesetzes
<i>Verordnung über den Rebbau</i>	Änderungen der Bundesgesetzgebung bezüglich Ursprungsbezeichnungen
<i>Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung</i>	Anpassung an die Revision der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung des Bundes
<i>Gesamtes Bauordnungsrecht</i>	Die Revision des Bauordnungsrechts soll den Beitritt zur IVHB ermöglichen. Sie zieht eine Totalrevision der kommunalen Bauordnungen nach sich



Finanzentwicklung des Kantons Zürich

Finanzentwicklung des Kantons Zürich

§ 9 Abs. 1 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG) legt fest, dass mit dem Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) jährlich für die folgenden vier Jahre die zu erzielenden Wirkungen, die zu erbringenden Leistungen sowie deren Finanzierung ausgewiesen werden. Der KEF wird vom Regierungsrat beschlossen und dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme zugeleitet (§ 13 Abs. 1 CRG).

Der Budgetentwurf entspricht dem ersten Planjahr des KEF (§ 14 Abs. 2 CRG). Er wird vom Regierungsrat erstellt und dem Kantonsrat vorgelegt (§ 17 CRG).

Inhaltsverzeichnis:

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres
 - 1.1 Strukturelle Veränderungen
 - 1.2 Änderungen in der Rechnungslegung
 - 1.3 Weitere Änderungen
 - 1.4 Wesentliche finanzielle Veränderungen zum KEF Vorjahr
2. Eckwerte des Staatshaushaltes
 - 2.1 Saldo Erfolgsrechnung und Eigenkapital
 - 2.2 Verschuldung
3. Erfolgsrechnung
 - 3.1 Aufwand und Ertrag
 - 3.2 Steuern
 - 3.3 Saldo Erfolgsrechnung der Direktionen
4. Investitionsrechnung
5. Fonds
6. Staats- und Steuerquote
7. Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen und Gemeinden
8. Besondere Berichterstattungen
 - 8.1 Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)
 - 8.2 KEF Erklärung Nr. 1 „Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan“
9. Finanzpolitische Beurteilung

Anhänge:

- I. Planungsgrundlagen
- II. Finanzielle Entwicklung Staatshaushalt
- III. Erfolgsrechnung nach Sachgruppen
- IV. Investitionsrechnung nach Sachgruppen
- V. Finanzielle Entwicklung nach Direktionen
- VI. Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen, Gemeinden und Dritten
- VII. KEF Erklärung Nr. 1 „Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan“
- VIII. KEF Erklärung Nr. 5 „Transparenz bei den Ausgaben für Dienstleistungen Dritter“
- IX. Kennzahlen der Finanzlage des Kantons Zürich

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Strukturelle Veränderungen

Im KEF 2009-2012 wurden folgende strukturelle Änderungen umgesetzt:

- Die Leistungsgruppen Nr. 1990, Sanierungsprogramm 04, Querschnittmassnahmen, und Nr. 1991, Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06, Querschnittmassnahmen, in der Staatskanzlei werden nicht mehr dargestellt.
- Die Leistungsgruppe Nr. 2203, Zentrale Dienstleistungen JI, in der Direktion der Justiz und des Innern wird aufgehoben und in die Leistungsgruppe Nr. 2201, Generalsekretariat, integriert.
- Die Finanzdirektion eröffnet eine neue Leistungsgruppe Nr. 4921, Schadenausgleich.
- Die Volkswirtschaftsdirektion hat unter der Leistungsgruppe Nr. 5205, Amt für Verkehr, die bisherigen Leistungsgruppen Amt für Verkehr und Verkehr Infrastruktur Strassen (VIS) zusammengeführt. Zudem stellt sie die Entwicklungs- und Finanzplanung der Abteilungen in der Leistungsgruppe Nr. 5300, Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA), nicht mehr dar. Der Strassenfonds erhält zur logischen Einordnung eine neue Leistungsgruppennummer (Nr. 5925).
- Volkswirtschaftsdirektion/Baudirektion: Die ursprüngliche Schnittstelle im Bereich Verkehr zwischen der Volkswirtschaftsdirektion (Planung, Projektierung) und der Baudirektion (Realisierung, Bewirtschaftung) wurde dahingehend angepasst, dass die Baudirektion neu auch für die Projektierung zuständig ist.

Weitere kleinere strukturelle Änderungen gegenüber dem KEF vom 12. September 2007 (KEF Vorjahr) werden in den einzelnen Direktionsplanungen im Kapitel C detaillierter beschrieben.

1.2 Änderungen in der Rechnungslegung

Der KEF 2009-2012 und das Budget 2009 wurden nach der neuen Rechnungslegung gemäss dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) und seinen Ausführungserlassen erstellt. Als Regelwerk bestimmt die Rechnungslegungsverordnung (RLV) die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS).

Das CRG verlangt eine Konsolidierung. Nach § 54 Abs. 2 CRG legt der Regierungsrat den Kreis der zu konsolidierenden Einheiten fest. Die konsolidierte Planung umfasst die Planungen der folgenden Organisationen:

- Direktionen des Regierungsrates und Staatskanzlei mit ihren nachgeordneten Verwaltungseinheiten im ersten Konsolidierungskreis
- Kantonsrat; Finanzkontrolle; Obergericht; Bezirksgerichte; Notariate, Grundbuch- und Konkursämter; Kassationsgericht; Landwirtschaftsgericht; Verwaltungsgericht; Sozialversicherungsgericht; Ombudsmann und Datenschutzbeauftragter im zweiten Konsolidierungskreis
- Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Universität Zürich, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürcher Hochschule der Künste, Pädagogische Hochschule Zürich, Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation) und Zentralbibliothek Zürich im dritten Konsolidierungskreis



Die Konsolidierung erfolgt nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung. Dies bedeutet, dass die Positionen der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (gegenseitige Forderungen, Verbindlichkeiten, Aufwand, Ertrag, etc. der konsolidierten Einheiten). In der Planung wird lediglich die Erfolgs- und die Investitionsrechnung konsolidiert, aber keine konsolidierte Planbilanz erstellt.

Um die Planungen für 2009-2012 mit dem Budget 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei (erster Konsolidierungskreis), die Behörden und Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Budgets 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepassten Budgets 2008 gemäss CRG weichen von dem vom Kantonsrat beschlossenen Budget 2008 ab. Die Umstellung der Rechnungslegung erschwert den direkten Vergleich mit dem KEF 2008-2011 („KEF Vorjahr“). Der vorliegende KEF wird deshalb nur für die Gesamtverwaltung und die Direktionen mit dem KEF Vorjahr verglichen.

1.3 Weitere Änderungen

Das Rechnungsergebnis 2007 ist über Erwarten gut ausgefallen. Die Erfolgsrechnung 2007 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 438 Mio. Franken ab, was einer Verbesserung von 726 Mio. Franken gegenüber dem Budget entspricht. Von dieser Verbesserung sind rund zwei Drittel im Ertrag und ein Drittel im Aufwand angefallen. 250 Mio. Franken sind auf höhere Steuererträge zurückzuführen. Verschlechterungen bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern und Quellensteuern werden durch deutliche Verbesserungen bei den Direkten Bundessteuern und Staatssteuern (ohne Quellensteuern) überkompensiert. Auch der Kapital- und Zinsendienst schliesst dank der guten Konjunkturlage 157 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Davon sind Verbesserungen von 90 Mio. Franken auf die höhere Gewinnausschüttung der ZKB zurückzuführen.

Im Vergleich zu den Annahmen im KEF Vorjahr sind die Steuererträge in der Rechnung 2007 höher ausgefallen. Dieser Verbesserung der bisherigen Planungsannahmen stehen weitere, zukünftig zu erwartende Steuerausfälle als Folge der US-Hypothekenkrise gegenüber. Im Übrigen sind die Ausfälle aus dem Teilsatzverfahren (Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung) zu berücksichtigen (relevant ab 2009). Zudem hat der Regierungsrat im Rahmen der Steuerstrategie bis Mai 2008 eine Gesetzesvorlage für Steuerentlastungen bei den natürlichen Personen ausgearbeitet. Nach ersten Schätzungen ist in den beiden Jahren 2010 und 2011 mit Steuerausfällen von insgesamt rund 740 Mio. Franken zu rechnen, wobei rund die Hälfte davon auf den Ausgleich der kalten Progression zurückzuführen ist. Schliesslich sieht die Steuerstrategie vor, dass die vom Volk in der Abstimmung vom 24. Februar 2008 angenommene Unternehmenssteuerreform II zügig umgesetzt und weitere Steuerentlastungen für juristische Personen geprüft werden. Heute wird davon ausgegangen, dass sie ab 2011 zu Steuerausfällen von rund 100 Mio. Franken pro Jahr führen. Die finanziellen Auswirkungen dieser Steuergesetzesrevisionen sind im vorliegenden KEF neu eingestellt, wie das in der vom Kantonsrat überwiesenen KEF-Erklärung Nr. 7 „Staatssteuererträge“ verlangt wird.

**1.4 Wesentliche finanzielle Veränderungen zum KEF Vorjahr**

Tabelle 1: Veränderung Saldo Erfolgsrechnung und Nettoinvestitionen zum KEF Vorjahr vom 12. September 2007

in Mio. Franken, + Verbesserung; - Verschlechterung	Veränderungen KEF zu KEF Stand 12.9.2007 (KEF Vorjahr)	
	Saldo Erfolgsrechnung 09-11 (kum.) *	Nettoinvestitionen 09-11 (kum.) *
Veränderung Total	-1'013.0	-423.4
- Regierungsrat und Staatskanzlei	-64.5	-
- Justiz und Inneres	-76.6	-6.7
- Sicherheit	-10.3	-4.0
- Finanzen	-755.7	10.4
- Volkswirtschaft	250.9	70.4
- Gesundheit	40.0	-40.3
- Bildung	-339.9	263.1
- Bau	-42.3	-414.5
- Übrige (Behörden, Rechtspflege und zu konsolidierende Anstalten)	-14.7	-301.8

* Abweichungen der Jahre 2009-2011 zusammengezählt.

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Der Vergleich zum KEF Vorjahr ist erschwert, weil die Werte in Erfolgs- und Investitionsrechnung im vorliegenden KEF gemäss dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) mit denjenigen im KEF Vorjahr gemäss Finanzhaushaltsgesetz (FHG) verglichen werden.

Der Saldo der Erfolgsrechnung in den Jahren 2009-2011 verschlechtert sich im Vergleich zum KEF Vorjahr um insgesamt 1'013 Mio. Franken. Wichtigste Ursachen:

- 64 Staatskanzlei
 - 53 Verbesserungen aus Massnahme Beschaffungswesen im MH06 fallen nicht in der Staatskanzlei, sondern in den Direktionen an.
 - 8 Höherer Personal- und Sachaufwand, vor allem wegen der Erhöhung des Beschäftigungsumfangs und des Projekts Corporate Design.
 - 3 Übrige Abweichungen.
- 77 Justiz und Inneres
 - 30 Höhere Belastung im innerkantonalen Finanzausgleich insbesondere als Folge des Projekts REFA.
 - 18 Höhere Belastung durch die Fachstelle Kultur, vor allem wegen höheren Subventionen an das Opernhaus.
 - 17 Mehraufwand der evangelisch-reformierten Landeskirche nach Abtretung von kirchlichen Liegenschaften durch den Staat.
 - 13 Mehraufwand in der Jugendstrafrechtspflege für Schutzmassnahmen und zusätzliche Stellen.



- 9 Erstmalige Belastung der Erfolgsrechnung durch den Investitionsfonds infolge der neuen Rechnungslegung gemäss CRG.
- +10 Übrige Abweichungen.
- 10 Sicherheit
 - 8 Höhere Belastung im Sozialamt, vor allem für vorläufig aufgenommene Personen mit Aufenthalt über 7 Jahre und sinkenden Bundesbeiträge im Asylbereich.
 - 7 Saldoverschlechterung im Strassenverkehrsamt, insbesondere wegen einer Gebührensenkung im Fahrzeug- und Zulassungsbereich.
 - +10 Tiefere Belastung im Amt für Militär und Zivilschutz, insbesondere wegen höheren Entschädigungen für die Benützung des Waffenplatzes Reppischtal durch den Bund sowie leicht höheren Erträgen aus dem Wehrpflichtersatz.
 - 5 Übrige Abweichungen.
- 756 Finanzen
 - 843 Steuerausfälle als Folge der geplanten Steuergesetzrevisionen für die natürlichen und juristischen Personen.
 - 401 Tiefere Prognose der Staatssteuererträge wegen der tieferen Ausgangslage in der Rechnung 2007 (Finanzmarktkrise).
 - 314 Höhere Belastung im interkantonalen Finanzausgleich. Der Bund hat die Ressourcen- und Lastenindices der Kantone gemäss des in der NFA vorgesehenen Verfahrens aktualisiert.
 - 31 Übertrag der beiden Leistungsgruppen Liegenschaftenverwaltung und Liegenschaftenerfolg in die Baudirektion.
 - +405 Höhere Erträge aus der Direkten Bundessteuer.
 - +272 Saldoverbesserung in der Leistungsgruppe Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen: Die internen Zinserträge sind höher als Folge der Höherbewertung des Vermögens gemäss CRG.
 - +161 Verbesserung im Kapital- und Zinsendienst wegen eines höheren Ertrages aus dem Anteil am ZKB-Gewinn, höheren Zinserträgen und tieferem Zinsaufwand.
 - 5 Übrige Abweichungen.
- +251 Volkswirtschaft
 - +109 Der Ertragsüberschuss des Strassenfonds ist gemäss neuer Rechnungslegung erstmals erfolgswirksam. Der Übertrag an das Amt für Verkehr und an das Tiefbauamt ist tiefer, vor allem weil die fertig gestellten Nationalstrassen an den Bund übergegangen sind und die Abschreibungen dafür nicht mehr anfallen.
 - +99 Tiefere Belastung bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, vor allem wegen tieferen Beiträgen an den Zürcher Verkehrsverbund.



- +55 Der Ertragsüberschuss des Flughafenfonds ist gemäss neuer Rechnungslegung erstmals erfolgswirksam. Er kommt zustande, weil die Zinserträge wesentlich höher ausfallen, nachdem der Fondsbestand als Folge des CRG aufgewertet wurde.
 - 11 Höherer Aufwand im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) vor allem für interne Zinsen, nachdem Wohnbaurdarlehen als Folge des CRG aufgewertet wurden.
 - 1 Übrige Abweichungen.
- +40 Gesundheit
- +75 Die tiefere Belastung in der somatischen Akutversorgung ist auf die Verschiebung der geplanten KVG-Revision sowie auf Taxmehrerträge und Mehrleistungen zurückzuführen. Diese Verbesserungen werden teilweise durch den Mehraufwand für Teuerungsausgleich und Beförderungen sowie durch höhere Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung der Liegenschaften kompensiert.
 - +31 Tiefere Beiträge für die Verbilligung der Krankenkassenprämien.
 - 36 Höhere Belastung in der psychiatrischen Versorgung, insbesondere für Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung der Liegenschaften.
 - 11 Mehraufwand in der Leistungsgruppe Steuerung Gesundheitswesen insbesondere für Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele.
 - 6 Höhere Belastung in der Leistungsgruppe Prävention und Gesundheitsförderung wegen Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele und der HPV-Impfung (Impfung zur Vorbeugung von Gebärmutterhalskrebs).
 - 6 Mehraufwand in der Leistungsgruppe Aufsicht und Bewilligung, vor allem für die Bekämpfung der Blauzungenkrankheit.
 - 7 Übrige Abweichungen.
- 340 Bildung
- 132 Höhere Belastung der Fachhochschulen durch Personalkosten, den starken Anstieg der Studierendenzahlen in der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften sowie höhere kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen als Folge des CRG.
 - 126 Mehraufwand in der Universität, insbesondere für Abschreibungen und Zinsen infolge der Neubewertung aufgrund des CRG, für Teuerungsausgleich und Beförderungen, für die Administration infolge des Bologna-Modells sowie zur Verbesserung der Betreuungsverhältnisse.
 - 75 Höhere Belastung in den Volksschulen für Teuerungsausgleich und Beförderungen, wegen einer Erhöhung des Beschäftigungsumfangs sowie wegen eines Mehraufwandes für die Sonderpädagogik aufgrund einer Neubeurteilung nach Einführung des neuen Bundesfinanzausgleichs NFA.



- 29 Höhere Belastung in den Mittelschulen vor allem wegen Teuerungsausgleich und Beförderungen, steigenden Schülerzahlen und höheren Aufwendungen für Projekte.
- 28 Mehraufwand in der Leistungsgruppe Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen, insbesondere Personalaufwand wegen Teuerungsausgleich, Beförderungen und leicht steigenden Lernendenzahlen.
- 10 Mehraufwand in der Bildungsverwaltung zur Umsetzung der Entwicklungsschwerpunkte.
- +69 Minderaufwand in der Leistungsgruppe Sonstige universitäre Leistungen, weil die bisherigen Zahlungen für Ruhegehälter und Rentenanteile der Professorinnen und Professoren der Universität mit der Einführung des CRG nicht mehr erfolgswirksam verbucht werden.
- 9 Übrige Abweichungen.
- 42 Bau
 - 94 Höhere Belastung im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) insbesondere durch höhere kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen als Folge des CRG.
 - +71 Die Belastungen für die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken werden als Folge des CRG nicht mehr erfolgswirksam verbucht, sondern über die Auflösung von Rückstellungen finanziert.
 - 19 Übrige Abweichungen.
- 15 Übrige Abweichungen (vgl. insbesondere Planungen der Behörde und Rechtspflege)

Die Nettoinvestitionen 2009-2011 liegen um insgesamt 423 Mio. Franken über dem KEF Vorjahr. Wichtigste Ursachen:

- +70 Volkswirtschaft
 - +316 Die Investitionsplanung im Amt für Verkehr verbessert sich, weil die Investitionen für Strassenbauprojekte nach der Schnittstellenbereinigung im Verkehr neu in der Baudirektion geplant werden.
 - 251 Im Verkehrsfonds sind insbesondere für die Vorfinanzierung der Bundesanteile des Durchgangsbahnhofs deutlich mehr Mittel eingestellt. Die für die Vorfinanzierung eingesetzten Gelder fließen ab 2014 wieder zurück.
 - +5 Übrige Abweichungen.
- 40 Gesundheit
 - 27 Mehrausgaben in der Somatischen Akutversorgung und Rehabilitation vor allem wegen dringenden Sanierungs- und Modernisierungsbedarf am Universitätsspital.
 - 13 Übrige Abweichungen.



+263 Bildung

Die Bildungsdirektion hat ihre Planung der Hochbauinvestitionen im Auftrag des Regierungsrates stark überarbeitet.

-415 Bau

Investitionen für Strassenbauprojekte werden nach der Schnittstellenbereinigung im Verkehr neu im Tiefbauamt der Baudirektion geplant.

-302 Behörden, Rechtspflege und zu konsolidierende Anstalten

Diese deutliche Erhöhung der Investitionsausgaben ist auf die erstmalige Konsolidierung der Investitionsplanungen des Universitätsspitals Zürich, des Kantonsspital Winterthur, der Universität, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürcher Hochschule der Künste, und Pädagogische Hochschule Zürich (dritter Konsolidierungskreis) zurückzuführen. Diese Investitionen waren im KEF 2008-2011 („KEF Vorjahr“) noch nicht dazugerechnet worden.

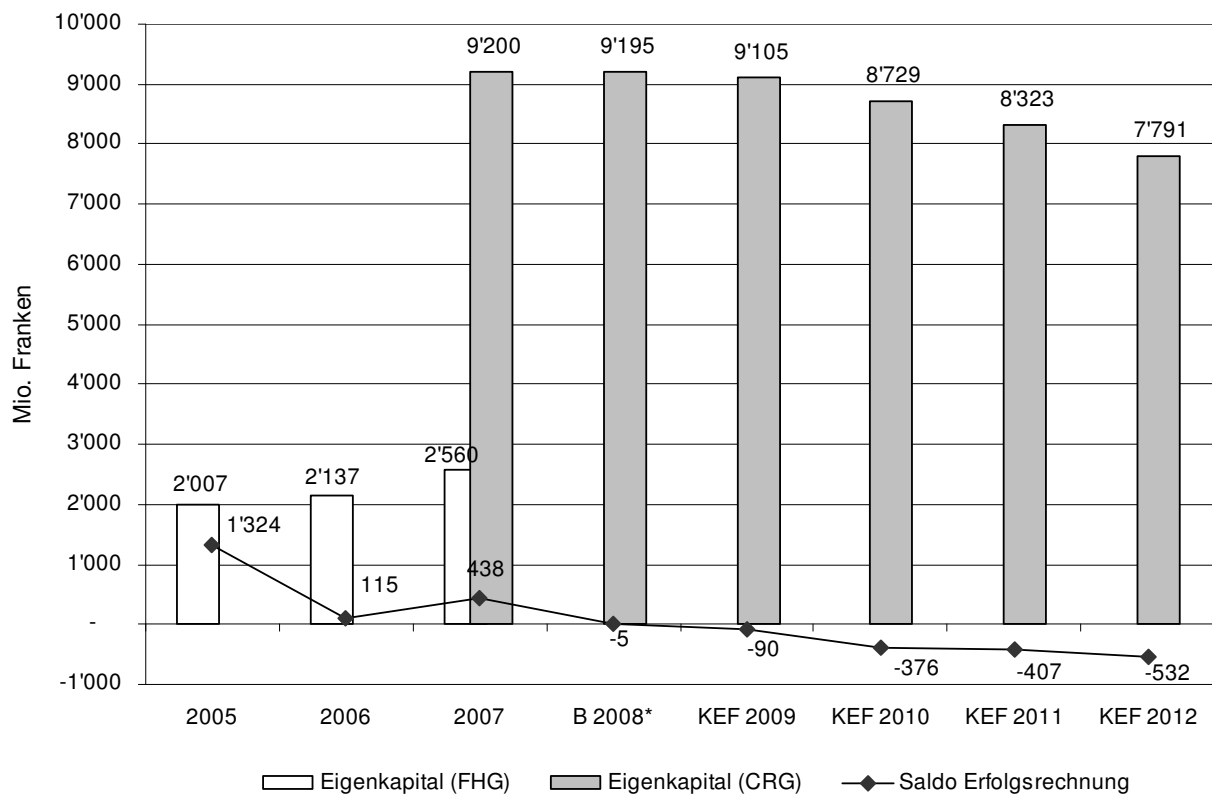
-1 Übrige Abweichungen

2. Eckwerte des Staatshaushaltes

2.1 Saldo Erfolgsrechnung und Eigenkapital

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Saldos der Erfolgsrechnung sowie des Eigenkapitals in den acht Jahren 2005-2012. Bis 2007 ist das Eigenkapital gemäss der bisherigen Rechnungslegung FHG berechnet und dargestellt, ab 2007 wird das Eigenkapital gemäss CRG gezeigt. Das Eigenkapital per Ende 2007 gemäss CRG wird wegen Neubewertungen im Vergleich zum Eigenkapital gemäss bisheriger Rechnungslegung FHG mit 9,2 Mrd. Franken um 6,6 Mrd. Franken oder rund 3,5 mal höher ausgewiesen (gemäss Bericht zur Bilanzanpassung per 31. Dezember 2007 vom 10. September 2008).

Abbildung 1: Saldo Erfolgsrechnung und Eigenkapital 2005-2012



* Budget 2008 restated

Der Kantonsrat hat für 2008 ein Budget mit einem Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung von 29 Mio. Franken bewilligt. Die Anpassung des Budgets an die neue Rechnungslegung gemäss CRG hat – unter Einbezug der Organisationen im Konsolidierungskreis 3 - zu einem Aufwandüberschuss von 5 Mio. Franken geführt.

Für die Planjahre 2009-2012 wird mit steigenden Aufwandüberschüssen gerechnet. Insbesondere die geplanten Steuergesetzrevisionen für die natürlichen und juristischen Personen, die höheren Zahlungen an den Interkantonalen Finanzausgleich NFA sowie die KVG-Revision im Gesundheitsbereich ab 2012 belasten die Finanzplanung. Der mittelfristige Ausgleich wird mit einem kumulierten Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung 2005-2012 von 444 Mio. Franken oder durchschnittlich 55 Mio. Franken pro Jahr erreicht.

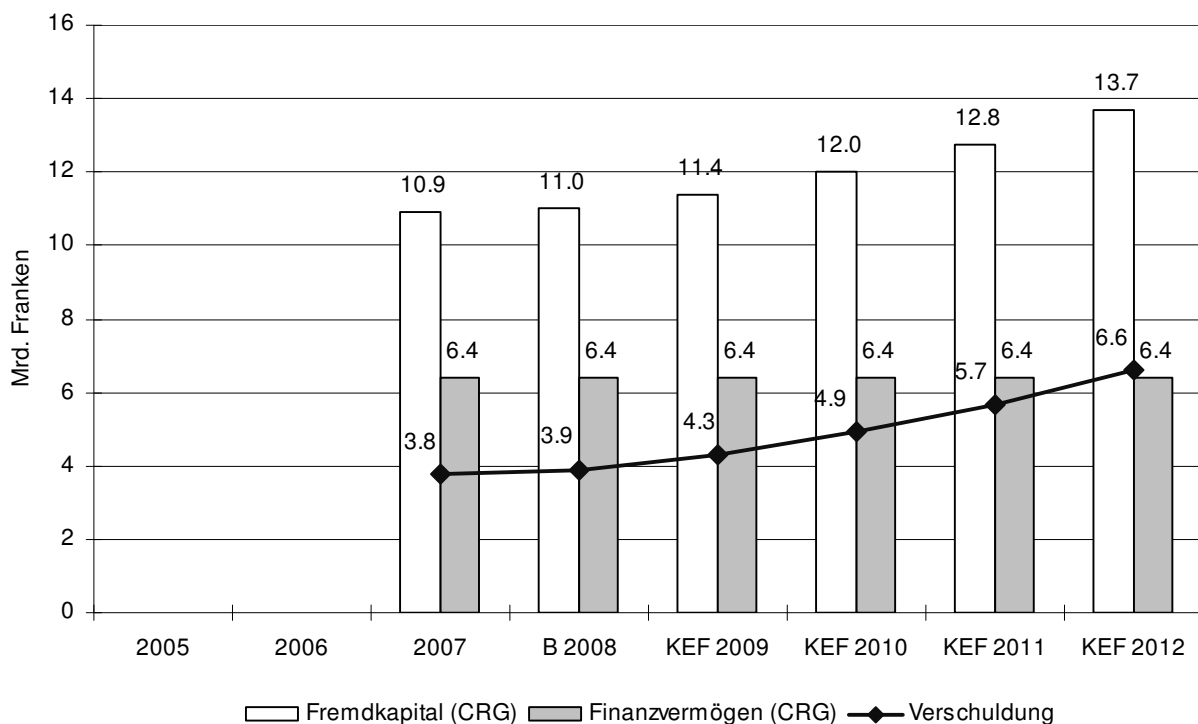
Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Rechnung im laufenden Jahr 2008 gemäss den Schätzungen der Direktionen im Zwischenbericht per Ende April 2008 voraussichtlich um rund 200 Mio. Franken besser ausfällt als budgetiert. Damit würde sich der kumulierte Ertragsüberschuss für die Jahre 2005-2012 auf rund 650 Mio. Franken erhöhen.

Mit der vorliegenden Planung wird das Eigenkapital in der Planperiode um rund 1,4 Mrd. Franken vermindert. Es beträgt Ende 2012 noch 7,8 Mrd. Franken– nach einem Bestand von 9,2 Mrd. Franken in der Eröffnungsbilanz per Ende 2007.

2.2 Verschuldung

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Fremdkapitals, des Finanzvermögens und der Verschuldung in den Jahren 2007 bis 2012. Für die Ausgangslage 2007 wird auf den Bericht zur Bilanzanpassung per 31. Dezember 2007 vom 10. September 2008 abgestützt.

Abbildung 2: Fremdkapital, Finanzvermögen und Verschuldung 2007-2012



Annahmen: Finanzvermögen ab 2007 konstant. Für die Berechnung des Fremdkapitals 2008-2012 wird mit einer Ausschöpfung der Investitionsbudgets von 80% gerechnet.

Das Fremdkapital umfasst sämtliche Verpflichtungen gegenüber Dritten. Zur Ermittlung der finanzpolitisch relevanten Verschuldung wird das Fremdkapital um die passivierten Investitionsbeiträge (2007 rund 0,7 Mrd. Franken) vermindert. Von diesem Wert wird das Finanzvermögen abgezogen, das aus jenen Vermögenswerten besteht, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.

Die so errechnete finanzpolitisch relevante Verschuldung per Ende 2007 ist unter der neuen Rechnungslegung mit 3,8 Mrd. Franken praktisch gleich hoch wie unter der bisherigen Rechnungslegung.

Als Folge der hohen Nettoinvestitionen einerseits und der wegen der Aufwandüberschüsse bescheidenen Selbstfinanzierung andererseits wird die Verschuldung in der Planperiode 2009-2012 um 2,7 Mrd. Franken auf 6,6 Mrd. Franken ansteigen. Dieser Entwicklung steht die Annahme zugrunde, dass die Investitionsbudgets nur zu 80% ausgeschöpft werden, was den Erfahrungen in den vergangenen Rechnungsjahren entspricht. Ebenso sind die Aufwände für Abschreibungen in der Erfolgsrechnung korrigiert worden.

Tabelle 2: Veränderung Verschuldung 2009-2012

in Mio. Franken	Planungsperiode 2009-2012 (kumuliert)				
	Mittelbedarf Erfolgsrechnung*	Mittelbedarf Investitionsrechnung**	Mittelbedarf Total	Finanzierung Total	ungedeckter Mittelbedarf***
- Mittelbedarf, + Finanzierung					
- Regierungsrat und Staatskanzlei	-84	-	-84		
- Justiz und Inneres	-2'437	-48	-2'485		
- Sicherheit	-3'835	-154	-3'990		
- Finanzen, ohne Steuern	-64	-62	-126		
- Finanzen, Steuern				23'749	
- Volkswirtschaft	-693	-964	-1'657		
- Gesundheit	-5'125	-561	-5'687		
- Bildung	-9'642	-618	-10'260		
- Bauten	-481	-1'033	-1'514		
- Übrige****	-276	-392	-668		
Total	-22'638	-3'832	-26'470	23'749	-2'721

* Mittelbedarf Erfolgsrechnung = Saldo Erfolgsrechnung plus Abschreibungen des Verwaltungsvermögens und der Investitionsbeiträge, minus Auflösung passivierter Investitionsbeiträge, plus Fondseinlagen in Fonds im Eigenkapital, minus Fondsentnahmen aus Fonds im Eigenkapital.

** Mittelbedarf Investitionsrechnung = 80 Prozent der Nettoinvestitionen.

*** Zunahme der Verschuldung in der Planperiode 2009-2012.

**** Behörden, Rechtspflege und zu konsolidierende Anstalten.

Dem Mittelbedarf in der Planperiode von 26,5 Mrd. Franken steht eine Finanzierung aus Steuererträgen von 23,8 Mrd. Franken gegenüber. Zur Deckung der restlichen 2,7 Mrd. Franken muss sich der Kanton zusätzlich verschulden, d. h. entweder zusätzliches Fremdkapital aufnehmen oder Finanzvermögen veräussern. Die Nettoinvestitionen 2009-2012 von rund 3,8 Mrd. Franken können also nur zu 30 % aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden.



3. Erfolgsrechnung

Die folgenden Tabellen in diesem Kapitel vergleichen jeweils den Budgetentwurf 2009 mit dem Budget 2008 restated einerseits sowie den jährlichen Durchschnitt der Planjahre 2009-2012 mit dem Niveau des Budgets 2008 restated andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen). Die Zahlen werden konsolidiert dargestellt. Dies bedeutet, dass die Positionen der Erfolgsrechnung der zu konsolidierenden Organisationen vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (gegenseitiger Aufwand und Ertrag der konsolidierten Einheiten).

3.1 Aufwand und Ertrag

Tabelle 3: Veränderung Aufwand und Ertrag gegenüber Budget 2008 restated

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2008 restated			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2009	Ø-2009-2012	Budget 2009	Ø-2009-2012
Aufwand	-421.3	-815.0	-3.5%	-6.9%
- Personalaufwand	-211.8	-340.7	-4.9%	-7.9%
- Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	-162.2	-222.4	-6.7%	-9.2%
- Transferaufwand	-167.7	-382.2	-4.4%	-10.0%
- Übriger Aufwand	120.4	130.3	8.9%	9.7%
Ertrag	336.4	469.1	2.8%	3.9%
- Fiskalertrag	5.3	23.0	0.1%	0.4%
- Entgelte	121.8	167.2	5.8%	8.0%
- Transferertrag	195.8	263.8	7.3%	9.8%
- Übriger Ertrag	13.5	15.1	0.9%	1.0%

Veränderungen Budget 2009 gegenüber Budget 2008 restated

Der Aufwand steigt 2009 gegenüber dem Budget 2008 restated um 421,3 Mio. Franken oder 3,5%. Eingerechnet ist eine Teuerung 2008 von 1,6%.

- 212 Personalaufwand, vor allem wegen der Vorgaben zur Lohnentwicklung von 3,1% (Teuerungsausgleich auf Anfang 2009 von 1,6% und Stufenaufstieg von 1,5%). In den unten aufgeführten Zunahmen ist die Teuerungszulage von 0,9% auf den 1. Januar 2008 auch enthalten, die im November 2007 nur als Ganzes in der Finanzdirektion und nicht in den einzelnen Leistungsgruppen ins Budget eingestellt wurde.
 - 36 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, zusätzlich deutliche Erhöhung des Beschäftigungsumfangs wegen stark steigender Studierendenzahlen im Bachelorstudium und als Folge des Aufbaus der Masterstudiengänge.
 - 36 Universität Zürich, zusätzlich Erhöhung des Beschäftigungsumfangs um rund 196 Stellen oder 5,4%, unter anderem zwecks Stabilisierung der Betreuungsverhältnisse, und zusätzliche Belastung durch Neubudgetierung der Kinderzulagen und des Case Management (vgl. Anhang I, Planungsgrundlagen).
 - 32 Universitätsspital Zürich, zusätzlich Erhöhung des Beschäftigungsumfangs um 129 Stellen oder 2,7%, insbesondere wegen der Unterstellung des Personals unter das Arbeitsgesetz sowie Mehraufwand für Fort- und Weiterbildung.



- 24 Volksschulen, zusätzlich effektive Erhöhung des Beschäftigungsumfangs um 207 Stellen oder 2,4%, insbesondere für Poollektionen, wegen der Initiativen Handarbeitsunterricht und Klassengrössen sowie Schulleitungen.
- 16 Kantonsspital Winterthur, zusätzlich Erhöhung des Beschäftigungsumfangs um 75 Stellen oder 5,1%, insbesondere wegen der Unterstellung des Personals unter das Arbeitsgesetz sowie Mehraufwand für Mehrleistungen im ambulanten und stationären Bereich.
- 14 Kantonspolizei, zusätzlich Erhöhung des Beschäftigungsumfangs um 177 Stellen oder 5,9%, davon 144 Sicherheitsbeauftragte der Flughafenpolizei, die durch die Flughafen Zürich AG finanziert werden. Zudem ist eine Verminderung des Unterbestandes bei den Korpsstellen in die Planung eingestellt, unter anderem durch eine Erhöhung der Aspirantenzahl.
- 12 Psychiatrische Versorgung.
- 12 Mittelschulen, zusätzlich Erhöhung des Beschäftigungsumfangs um 24 Stellen oder 1,4%, insbesondere wegen steigender Schülerzahlen.
- 9 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen, zusätzlich Erhöhung des Beschäftigungsumfangs um 16 Stellen oder 1,2% wegen steigender Lernendenzahlen sowie Entlastungen für Sonderaufgaben und Projekte.
- 21 Übrige Verschlechterungen.
- 162 Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand
 - 45 Höherer Aufwand im Zürcher Verkehrsverbund für die Entschädigungen der Verkehrsunternehmen. Es handelt sich dabei um Leistungsentgelte an Verkehrsunternehmen für die Erbringung von Transportleistungen (Dienstleistung Dritter).
 - 21 Mehraufwand im Bereich Verkehr, insbesondere für projektbezogenen Strassenunterhalt.
 - 13 Mehraufwand in der Leistungsgruppe Prävention und Gesundheitsförderung, vor allem für die HPV-Impfung.
 - 11 Mehraufwand in der Universität Zürich für die Forschung und die Umsetzung der Bologna-Reformen sowie für den Liegenschaftenerhalt.
 - 10 Mehraufwand im Universitätsspital Zürich für den medizinischen Bedarf.
 - 10 Mehraufwand in der Leistungsgruppe Somatische Akutversorgung und Rehabilitation für den medizinischen Bedarf.
 - 10 Höherer Sachaufwand in der Kantonspolizei, insbesondere für die Informatik.
 - 42 Übrige Abweichungen.
- 168 Transferaufwand (konsolidiert und deshalb ohne Staatsbeiträge an zu konsolidierende Anstalten)
 - 87 Höhere Zahlungen im Interkantonalen Finanzausgleich (Ressourcenausgleich).



- 26 Höhere Beiträge in der Leistungsgruppe Somatische Akutversorgung an die Spitäler (ohne Beiträge an das Universitätsspital Zürich und das Kantonsspital Winterthur, die mit der Konsolidierung herausgerechnet werden).
- 26 Höhere Beiträge an die Verbilligung der Krankenkassenprämien.
- 18 Höhere Beiträge des Lotteriefonds für Grossprojekte.
- 13 Höherer Aufwand in der Fachstelle Kultur, vor allem für die Beiträge an das Opernhaus.
- 13 Mehraufwand in den Volksschulen für Beiträge an kommunale Sonderschulen, an die auswärtige Sonderschulung wegen höherer Versorgertaxen als Folge des neuen Bundesfinanzausgleichs NFA sowie an Sonderschulheime.
- 13 Mehraufwand in der Leistungsgruppe Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen für Beiträge wegen des Berufsbildungsgesetzes, an Ausbildungskosten für Lernende in überbetrieblichen Kursen von Ausbildungsbetrieben sowie an Gemeinden für Brückenangebote.
- +47 Minderaufwand im Sozialamt, weil die Restzahlung 2008 an die Leistungen der IV wegfällt; zu mehr als der Hälfte kompensiert wird die wegfallende Restzahlung vor allem durch höhere Beiträge für Zusatzleistungen an die AHV/IV und Kinderzulagen sowie an Behinderteneinrichtungen.
- 19 Übrige Abweichungen.
- +120 Übriger Aufwand
 - +64 Minderaufwand für Abschreibungen des Verwaltungsvermögens, insbesondere für Abschreibungen von Nationalstrassen, nachdem die fertig gestellten Nationalstrassen infolge der NFA an den Bund übergegangen sind und nicht mehr bilanziert werden.
 - +30 Weniger Finanzaufwand, vor allem in der Leistungsgruppe Kapital- und Zinsendienst Staat.
 - +26 Weniger Einlagen in Fonds, insbesondere in den Lotteriefonds und den Verkehrsfonds.

Der Ertrag steigt um 336,4 Mio. Franken oder 2,8%.

- +5 Fiskalertrag, vgl. Ziffer 3.2.
In dieser Sachgruppe sind die Erträge der Staatssteuer, Quellensteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Verkehrsabgaben und Schiffssteuer brutto (vor Abzug des Steueraufwandes) budgetiert.
- +122 Entgelte
 - +45 Höherer Tarifertrag im Zürcher Verkehrsverbund, unter anderem als Folge von Tarifierhöhungen.
 - +19 Mehrerträge im Universitätsspital Zürich.



- +19 Mehrerträge in der Universität Zürich.
- +11 Mehrerträge im Kantonsspital Winterthur.
- +11 Mehrertrag in der Leistungsgruppe Prävention und Gesundheitsförderung, weil der Aufwand der Kantone für die HPV-Impfung von der santésuisse abgegolten wird.
- +17 Übrige Abweichungen.
- +196 Transferertrag (konsolidiert und deshalb ohne Staatsbeiträge in zu konsolidierenden Anstalten)
- +129 Höhere Steuererträge, praktisch ausschliesslich aus der Direkten Bundessteuer.
- +17 Höhere Beiträge vom Bund und von anderen Kantonen an die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften.
- +16 Toto-/Lotto-Erträge im Sportfonds sind ab 2009 neu als Transferertrag budgetiert (bisher als Erträge in der Sachgruppe Regalien und Konzessionen, vgl. nachstehend Übriger Ertrag).
- +13 Höhere Bundesbeiträge an die Verbilligung der Krankenkassenprämien.
- +11 Höhere Entschädigungen für den Nationalstrassenunterhalt im Tiefbauamt. Der Unterhalt wurde mit der NFA eine Bundesaufgabe.
- +10 Übrige Abweichungen.
- +14 Übriger Ertrag
 - +12 Verschiedene Erträge, insbesondere im Tiefbauamt
 - +12 Entnahmen aus Fonds, insbesondere aus dem Lotteriefonds.
 - 15 Regalien und Konzessionen, insbesondere Toto-/Lotto-Erträge im Sportfonds, die ab 2009 neu als Transferertrag budgetiert sind (vgl. oben Transferertrag).
 - +5 Übrige Abweichungen.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2009-2012 gegenüber Budget 2008 restated

Der Aufwand liegt jährlich durchschnittlich um 815,0 Mio. Franken oder 6,9% über dem Niveau des Budgets 2008 restated. Eingerechnet ist eine durchschnittliche Teuerung von 1,4% pro Jahr.

-341 Personalaufwand.

Vgl. die Begründung des Personalaufwands im Budget 2009.

-222 Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand

Vgl. die Begründung des Sachaufwands im Budget 2009. Die Leistungsgruppe Prävention und Gesundheitsförderung wird in den Planjahren 2010-2012 durch die HPV-Impfung jedoch weniger belastet als 2009.

-382 Transferaufwand (konsolidiert und deshalb ohne Staatsbeiträge an zu konsolidierende Anstalten)

-365 Vgl. die Begründung des Transferaufwands im Budget 2009. In den Folgejahren fällt die genannte Verbesserung im Sozialamt weg, dagegen wird die Leistungsgruppe Somatische Akutversorgung und Rehabilitation durch die geplante KVG-Revision ab 2012 mit jährlich rund 200 Mio. Franken zusätzlich belastet.

-23 Höherer Transferaufwand im Amt für Verkehr, insbesondere höhere Beiträge an die Stadt Zürich wegen der Sanierung der Hardbrücke.

-17 Höhere Beiträge an die evangelisch-reformierte Landeskirche.

+23 Tiefere Zuschüsse an finanzschwache Gemeinden im Ausgleichsfonds, weil die konjunkturelle Abkühlung tiefere Abschöpfungen bei den finanzstarken Gemeinden zur Folge hat.

+130 Übrige Aufwand

Vgl. die Begründung des übrigen Aufwands im Budget 2009.

Der Ertrag liegt durchschnittlich um 469,1 Mio. Franken oder 3,9% über dem Niveau des Budgets 2008 restated.

+23 Fiskalertrag, vgl. Ziffer 3.2.

+167 Entgelte

+145 Vgl. die Begründung der Entgelte im Budget 2009.

+11 Mehrerträge in der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften.

+11 Mehrerträge in der Kantonspolizei, insbesondere wegen höheren Rückvergütungen der Flughafen Zürich AG an die zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen im Flughafen.

+264 Transferertrag (konsolidiert und deshalb ohne Staatsbeiträge in zu konsolidierenden Anstalten)

+252 Vgl. die Begründung des Transferertrags im Budget 2009.



- +13 Höhere Beiträge der Gemeinden in der Jugend- und Familienhilfe.
 - +12 Höhere Beiträge der Gemeinden an die Kostenunterdeckung im Zürcher Verkehrsverbund.
 - +10 Höhere Beiträge vom Bund und von anderen Kantonen an die Universität Zürich.
 - 23 Tiefere Abschöpfungen bei den finanzstarken Gemeinden im Steuerkraftausgleich, weil deren Steuerkraft als Folge der konjunkturellen Abschwächung sinkt.
- +15 Übriger Ertrag
- Vgl. die Begründung des übrigen Ertrags im Budget 2009.



3.2 Steuern

Tabelle 4: Veränderung Steuern (netto) gegenüber Budget 2008 restated

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2008 restated			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2009	Ø-2009-2012	Budget 2009	Ø-2009-2012
4910.01 Staatssteuern*	-7.1	11.9	-0.1%	0.2%
4910.02 Direkte Bundessteuer	125.0	140.0	23.8%	26.7%
4910.03 Erbschafts- und Schenkungssteuer	-5.6	-5.2	-2.9%	-2.7%
4910.04 Quellensteuer	10.7	7.6	6.3%	4.5%
4910.05 Verrechnungssteuer	2.7	6.0	3.9%	8.8%
Total Steuern (Leistungsgruppe Nr. 4910 Steuern)	125.7	160.3	2.2%	2.8%
Verkehrsabgaben	3.0	6.0	1.0%	2.1%
Schiffsteuern	0.1	0.1	2.4%	2.4%
Total Steuern	128.8	166.3	2.1%	2.7%

* Nettostaatssteuerertrag = Bruttostaatssteuerertrag einschliesslich Verzugszinsen und Rückerstattungen abzüglich Abschreibungen, Erlasse, Skonti, Zinsvergütungen und Bezugsentschädigungen

Die Prognosen der Steuererträge wurden an einem Hearing mit externen Fachleuten der Credit Suisse, BAK Basel Economics und Zürcher Kantonalbank unter Berücksichtigung der Erwartungen der Stadt Zürich diskutiert. Die Angaben in der Tabelle 4 sind das Ergebnis dieser Diskussion.

- Staatssteuererträge: Die für das Jahr 2009 budgetierten Staatssteuererträge sind praktisch gleich hoch wie im Budget 2008 restated (-0,1%). Höhere Erträge infolge des Wirtschaftswachstums und tiefere Erträge infolge einer tieferen Berechnungsgrundlage halten sich in etwa die Waage. Die Steuerprognosen 2009 bauen auf dem Staatssteuerertrag für die Steuerperiode 2007 auf, der in der Rechnung 2007 unter anderem wegen der Subprime-Krise und ihrer Auswirkung auf die Grossbanken tiefer ausgefallen ist als erwartet. Bei der Budgetierung für 2008 waren diese Auswirkungen noch nicht bekannt. Auch der Durchschnitt der Steuererträge der Jahre 2009 bis 2012 liegt praktisch auf dem gleichen Niveau wie 2008 (+0,2%). Das liegt daran, dass ab 2010 Steuerausfälle als Folge der geplanten Steuergesetzrevisionen für natürliche Personen, ab 2011 Steuerausfälle als Folge der geplanten Steuergesetzrevision für juristische Personen eingestellt sind. Sie belaufen sich in den Jahren 2010 bis 2012 auf 362, 481 bzw. 500 Mio. Franken. Die Staatssteuererträge im 2010 liegen deshalb unter jenen des Vorjahres. Erst 2011 kann das Niveau von 2009 wieder erreicht und im 2012 übertroffen werden. Diese Steuerprognosen sind mit Unsicherheiten behaftet: Einerseits haben die Grossbanken UBS und CS im ersten Halbjahr 2008 weitere hohe Abschreibungen angekündigt, andererseits haben andere Banken und Unternehmen ausserhalb der Finanzbranche gute Abschlüsse vorgelegt. Allgemeinen wird die Konjunktorentwicklung nicht mehr so optimistisch beurteilt wie noch vor Jahresfrist.
- Direkte Bundessteuer: Auf Grund der Erträge in der Rechnung 2007 werden deutliche Mehrerträge gegenüber dem Budget 2008 erwartet.
- Erbschafts- und Schenkungssteuer: Die Anzahl der erbschaftssteuerpflichtigen Fälle geht kontinuierlich zurück. Als Folge davon wird angenommen, dass der Ertrag 2009 nochmals leicht zurückgeht und sich dann stabilisiert.



- Quellensteuer: Der Zuzug qualifizierter Arbeitnehmer aus dem EU-Raum hält an und führt 2009 nochmals zu einem Mehrertrag. Danach wird damit gerechnet, dass sich die Erträge aus der Quellensteuer auf hohem Niveau stabilisieren. Der Grund dafür liegt im steigenden Anteil Quellensteuerpflichtiger, die wegen Überschreitung des Grenzwertes von 120'000 Franken der nachträglichen Veranlagung im ordentlichen Steuerverfahren unterliegen. Es erfolgt also eine Umschichtung von der Quellensteuer zur Staatssteuer.
- Verrechnungssteuer: Als Folge des Wirtschaftswachstums wird damit gerechnet, dass die Erträge leicht ansteigen.

3.3 Saldo Erfolgsrechnung der Direktionen

Tabelle 5: Veränderung Saldo Erfolgsrechnung gegenüber Budget 2008 restated

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2008 restated			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2009	Ø-2009-2012	Budget 2009	Ø-2009-2012
Saldo Erfolgsrechnung	-84.8	-345.9	-	-
- Regierungsrat und Staatskanzlei	-9.3	-9.5	-80.5%	-82.2%
- Justiz und Inneres	-20.5	-32.8	-3.5%	-5.5%
- Sicherheit	25.5	-16.1	2.6%	-1.6%
- Finanzen	85.5	97.1	1.5%	1.7%
- Volkswirtschaft	88.7	65.3	27.3%	20.1%
- Gesundheit	-108.0	-211.6	-8.8%	-17.2%
- Bildung	-166.5	-254.4	-7.3%	-11.2%
- Bauten	0.4	1.4	0.1%	0.5%
- Übrige*	19.4	14.6	11.6%	8.7%

* Behörden, Rechtspflege und zu konsolidierende Anstalten.

Veränderung Budget 2009 gegenüber Budget 2008 restated

Der Saldo der Erfolgsrechnung verschlechtert sich um 84,8 Mio. Franken. Eingerechnet ist eine Teuerung 2008 von 1,6%. Wichtigste Ursachen (vgl. auch die Begründungen in den Entwicklungs- und Finanzplänen der Direktionen):

- +89 Volkswirtschaft
 - +84 Tiefere Überträge im Strassenfonds an das Amt für Verkehr und an das Tiefbauamt.
 - +5 Übrige Abweichungen.
- +86 Finanzen
 - +125 Mehrertrag, vor allem aus den Direkten Bundessteuern.
 - 92 Mehrbelastung durch den interkantonalen Finanzausgleich.
 - +53 Übrige Abweichungen.



- 108 Gesundheit
 - 87 Mehrbelastungen in der somatischen Akutversorgung und in der psychiatrischen Versorgung, insbesondere wegen der Lohnentwicklung.
 - 13 Höhere Belastung durch die Verbilligung der Krankenkassenprämien.
 - 8 Übrige Abweichungen.
- 167 Bildung
 - 51 Mehraufwand wegen der Lohnentwicklung (ohne Anstalten).
 - 43 Höhere Beiträge an die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule.
 - 40 Höherer Beitrag an die Universität Zürich.
 - 33 Übrige Abweichungen.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2009-2012 gegenüber Budget 2008 restated

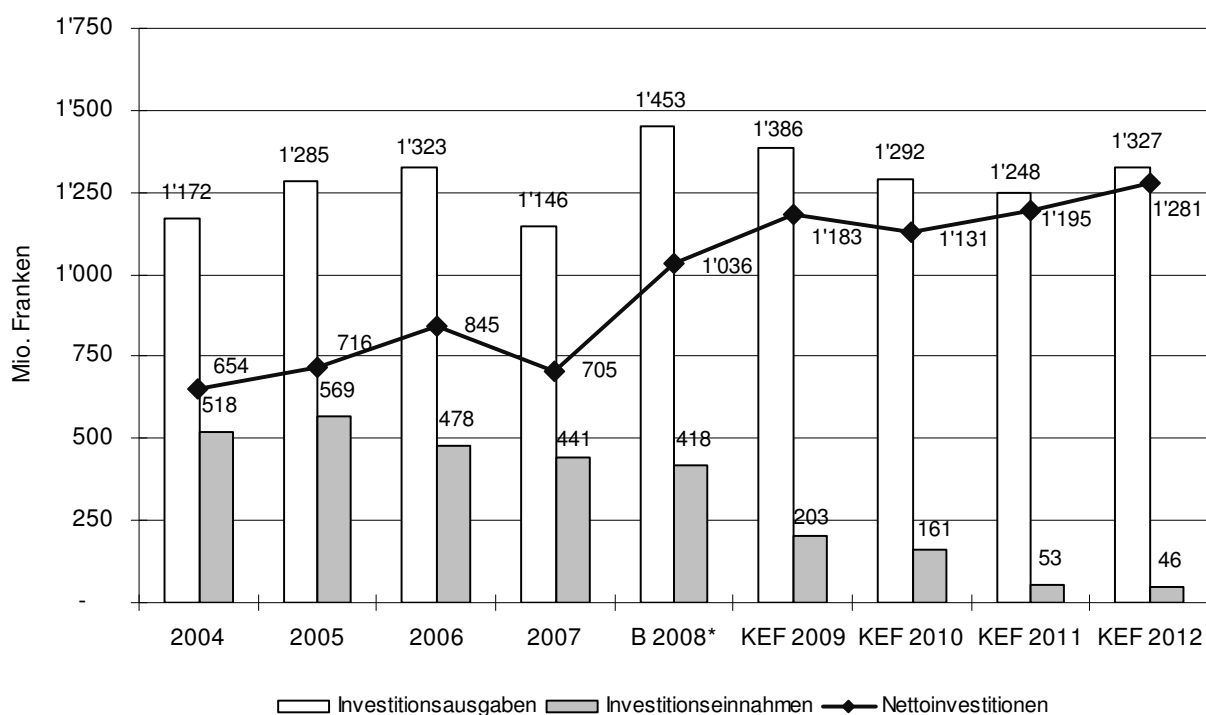
Der Saldo der Erfolgsrechnung verschlechtert sich durchschnittlich um 345,9 Mio. Franken. Eingerechnet ist eine durchschnittliche Teuerung von 1,4% pro Jahr. Wichtigste Ursachen (vgl. auch die Begründungen in den Entwicklungs- und Finanzplänen der Direktionen):

- +97 Finanzen.
 - +160 Mehrertrag, vor allem aus den Direkten Bundessteuern.
 - 127 Mehrbelastung durch den interkantonalen Finanzausgleich.
 - +64 Übrige Abweichungen.
- +65 Volkswirtschaft
 - +76 Tiefere Überträge im Strassenfonds an das Amt für Verkehr und an das Tiefbauamt.
 - 11 Übrige Abweichungen.
- 212 Gesundheit
 - 203 Mehraufwand aus den gleichen Gründen wie im Budget 2009. Der Mehraufwand ist noch höher wegen der im 2012 eingestellten Aufwendungen für die geplante KVG-Revision.
 - +9 Übrige Abweichungen.
- 255 Bildung
 - 217 Mehraufwand aus den gleichen Gründen wie im Budget 2009.
 - 38 Übrige Abweichungen.

4. Investitionsrechnung

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Investitionsausgaben und -einnahmen sowie der Nettoinvestitionen in den acht Jahren von 2005 bis 2012. Die Zahlen werden ab 2008 konsolidiert dargestellt. Dies bedeutet, dass die Investitionsrechnungen der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (gegenseitiger Ausgaben und Einnahmen der konsolidierten Einheiten).

Abbildung 3: Investitionsrechnung 2005-2012



* Budget 2008 restated

Die geplanten Nettoinvestitionen in den Jahren 2009-2012 sind mit Ausgaben von durchschnittlich 1'197 Mio. Franken pro Jahr um 492 Mio. Franken oder 70% höher als in der Rechnung 2007. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass mit der Konsolidierung ab 2008 erstmals auch die Investitionen der Anstalten (dritter Konsolidierungskreis) in die Investitionsplanung eingerechnet sind. Damit steigt das Niveau um rund 100 Mio. Franken.

Die Mehrausgaben im Planungszeitraum sind ausschliesslich auf Grossinvestitionen zurückzuführen. Ab 2009 verursacht der Bau des Polizei- und Justizzentrums deutliche Mehrausgaben. Es wird aber auch mehr in die Verkehrsinfrastruktur investiert, insbesondere in die Stadtbahn Glattal mit Anpassungen im Strassennetz, in den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse und in die 3. Teilergänzung der S-Bahn. Ab 2011 verursacht die 4. Teilergänzung der S-Bahn deutliche Mehrausgaben. Zusätzlicher Investitionsbedarf besteht auch bei der Bildungs- und Spitalinfrastruktur.



Tabelle 6: Veränderung Nettoinvestitionen gegenüber Budget 2008 restated

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2008 restated			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2009	Ø-2009-2012	Budget 2009	Ø-2009-2012
Investitionsrechnung	-147.4	-161.8	-14.2%	-15.6%
- Regierungsrat und Staatskanzlei	1.3	1.3	100.0%	100.0%
- Justiz und Inneres	-0.6	-1.7	-4.6%	-12.5%
- Sicherheit	20.4	18.8	30.4%	28.1%
- Finanzen	-15.3	1.5	-73.4%	7.1%
- Volkswirtschaft	114.2	123.0	26.9%	29.0%
- Gesundheit	-16.3	-31.1	-11.3%	-21.6%
- Bildung	37.8	-8.5	20.5%	-4.6%
- Bauten	-254.0	-235.3	-290.7%	-269.4%
- Übrige*	-35.0	-29.8	-37.8%	-32.2%

* Behörden, Rechtspflege und zu konsolidierende Anstalten.

Veränderung Budget 2009 gegenüber Budget 2008 restated

Die Nettoinvestitionen nehmen um 147,4 Mio. Franken oder 14,2% zu. Wichtigste Ursachen:

- 254 Höhere Investitionsausgaben in der Baudirektion, weil Investitionen für Strassenbauprojekte nach der Schnittstellenbereinigung im Verkehr ab 2009 im Tiefbauamt der Baudirektion budgetiert werden. Zudem steigen die Ausgaben vor allem im Immobilienamt wegen des Landerwerbs für das Polizei- und Justizzentrum.
- 35 Mehrausgaben der Gerichte und Anstalten, insbesondere im Obergericht für den Um- und Erweiterungsbau, in der Universität Zürich, im Universitätsspital Zürich und in den Teilschulen der Zürcher Fachhochschule.
- +20 Weniger Nettoinvestitionen in der Sicherheitsdirektion, in erster Linie wegen des Bundesbeitrags an das Projekt Polycom der Kantonspolizei.
- +38 Weniger Nettoinvestitionen in der Bildungsdirektion.
- +114 Tiefere Nettoinvestitionen in der Volkswirtschaftsdirektion. Die Investitionsplanung im Amt für Verkehr verbessert sich, weil die Investitionen für Strassenbauprojekte nach der Schnittstellenbereinigung im Verkehr ab 2009 in der Baudirektion budgetiert werden. Zudem sind Minderausgaben im Verkehrsfonds für die Glattalbahn und eine höhere Vorfinanzierung des Durchgangsbahnhofs Löwenstrasse eingestellt.
- 30 Übrige Abweichungen.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2009-2012 gegenüber Budget 2008 restated

Die Nettoinvestitionen sind durchschnittlich um 161,8 Mio. Franken oder 15,6% höher. Wichtigste Ursachen:

- 235 Höhere Investitionsausgaben in der Baudirektion (vgl. Begründung zum Budget 2009).



- 31 Höhere Investitionsausgaben in der Gesundheitsdirektion, vor allem in der Leistungsgruppe Somatische Akutversorgung und Rehabilitation für Sanierungs- und Modernisierungsvorhaben im Universitätsspital Zürich sowie Inangriffnahme von Projekten bei kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Spitälern.
- 30 Mehrausgaben der Gerichte und Anstalten (vgl. Begründung zum Budget 2009).
- +123 Tiefere Nettoinvestitionen in der Volkswirtschaftsdirektion (vgl. Begründung zum Budget 2009).
- +11 Übrige Abweichungen.

5. Fonds

Neu werden die Fonds entweder im Fremdkapital oder im Eigenkapital geführt. Fonds werden dem Fremdkapital zugerechnet, wenn sie ihren Ursprung im Bundesrecht haben, die Mittel treuhänderisch zur Verfügung stehen oder gebildet wurden, um in der Vergangenheit begründete Schäden zu decken. Alle anderen Fonds werden dem Eigenkapital zugerechnet.

Tabelle 7: Übersicht Fonds

Bezeichnung	Zu- ständig	Rechtsgrundlage
Fonds im Fremdkapital:		
Ausgleichsfonds (Nr. 2292)	JL	Gesetz über die Staatsbeiträge an die Gemeinden und über den Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 11.9.1966
Sportfonds (Nr. 3910)	DS	Bundesgesetz betreffend die Lotterien (SR 935.51) § 62 CRG
Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus (Nr. 3920)	DS	§ 44-46 Alkoholgesetz (SR 680)
Lotteriefonds des Kantons Zürich (Nr. 4980)	FD	Bundesgesetz betreffend die Lotterien (SR 935.51) § 61 CRG
Denkmalpflegefonds (Nr. 8940)	BD	Bundesgesetz betreffend die Lotterien (SR 935.51)
Deponiefonds (Nr. 8960)	BD	Abfallgesetz (LS 712.1)
Kantonaler Waldfonds (Nr. 8970)	BD	Bundesgesetz über den Wald (SR 921.1) Kantonales Waldgesetz (LS 921.1)
Fonds im Eigenkapital:		
Investitionsfonds (Nr. 2291)	JL	Gesetz über die Staatsbeiträge an die Gemeinden und über den Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 11.9.1966
Verkehrsfonds (Nr. 5920)	VD	Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (LS 740.1)
Flughafenfonds (Nr. 5921)	VD	Flughafenfondsgesetz (LS 748.3)
Strassenfonds (Nr. 5925)	VD	§ 34 Bundesgesetz über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (SR 725.116.2) § 28 Gesetz über den Bau und Unterhalt öffentlicher Strassen (LS 722.1)
Tierseuchenfonds (Nr. 6900)	GD	Kantonales Tierseuchengesetz (LS 916.21)



Bezeichnung	Zu- ständig	Rechtsgrundlage
Fonds für die Teilverlegung der Universität (Nr. 7403)	BI	Gesetz über die Teilverlegung der Universität (LS 414.19)
Natur- und Heimatschutzfonds (Nr. 8910)	BD	Gesetz über die Finanzierung von Massnahmen für den Natur- und Heimatschutz und für Erholungsgebiete (LS 702.21) Gesetz über die Förderung der Landwirtschaft (LS 910.1)
Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen (Nr. 8950)	BD	Abfallgesetz (LS 712.1)
Wildschadenfonds (Nr. 8980)	BD	§13 Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (SR 922.0) § 8bis Gesetz über Jagd und Vogelschutz (LS 922.1)

Die Erfolgsrechnung von Fonds im Eigenkapital (mit Ausnahme des Verkehrsfonds) wird unter der neuen Rechnungslegung nicht mehr mit Einlagen und Entnahmen ausgeglichen. Die Fonds im Eigenkapital weisen deshalb in der Regel einen Saldo auf, der nicht Null ist und den Saldo der Staatsrechnung beeinflusst. Im Durchschnitt der Planperiode 2009-2012 ergeben sich dadurch Ertragsüberschüsse von rund 56 Mio. Franken. Diese fallen vor allem im Strassen- und im Flughafenfonds an.

Dagegen wird die Erfolgsrechnung von Fonds im Fremdkapital wie bisher mit Einlagen und Entnahmen ausgeglichen, so dass sich immer Saldi von Null ergeben und der Erfolg des Kantons insgesamt nicht beeinflusst wird. Das gilt als Ausnahme von IPSAS auch für den Verkehrsfonds als Fonds im Eigenkapital.

6. Staats- und Steuerquote

Die Entwicklung der Kantonsfinanzen kann auf Grund von finanzpolitischen Kennziffern beurteilt werden. Im Anhang unter Kapitel IX. Kennzahlen des Kantons Zürich werden die gängigsten und wichtigsten Kennzahlen für den Kanton Zürich ausgewiesen. Für die Beurteilung der Finanzlage ist nicht nur der aktuelle Wert, sondern der Vergleich über eine längere Zeitperiode wichtig. Im Folgenden wird die Entwicklung der Staats- und Steuerquote über die Planperiode näher erläutert.

Tabelle 8: Staatsquote 2007-2012 (+Zunahme, -Abnahme)

in Mrd. Franken / %	Rechnung 2007	Budget 2008*	Budget 2009	KEF Ø-2009-2012	Veränderung zu Budget 2008 (%)	
					Budget 2009	Ø-2009-2012
Staatsquote	9.9%	12.0%	12.1%	11.9%		
Konsolidierte Gesamtausgaben	9.6	12.0	12.4	12.8	3.8%	6.6%
- Erfolgsrechnung	8.4	10.5	11.0	11.4	5.0%	8.9%
- Investitionsrechnung	1.1	1.4	1.4	1.3	-4.7%	-9.7%
Volkseinkommen	96.3	99.6	102.3	107.0	2.7%	7.4%

* Budget 2008 restated

Veränderung Budget 2008 restated zu Rechnung 2007

Die konsolidierten Gesamtausgaben und die Staatsquote steigen als Folge der Konsolidierung deutlich an, weil der Einbezug der Ausgaben von Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation), Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Universität Zürich und den Teilschulen der Zürcher Fachhochschule ins Gewicht fallen. Dadurch nimmt die Staatsquote im 2008 um rund 1,1% zu, von 10,9% gemäss FHG auf 12,0% gemäss CRG.

Veränderung Budget 2009 zu Budget 2008 restated

Die Staatsquote steigt an, weil die konsolidierten Gesamtausgaben mit 3,8% stärker zunehmen als das Volkseinkommen mit 2,7%. Der Anstieg der konsolidierten Gesamtausgaben ist auf höhere Ausgaben in der Erfolgsrechnung zurückzuführen, während die Investitionsausgaben praktisch gleich bleiben.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2009-2012 zu Budget 2008 restated

Die Staatsquote sinkt, weil das Volkseinkommen in den Jahren 2009-2012 stärker steigt als die konsolidierten Gesamtausgaben. Zwar steigen die Ausgaben in der Erfolgsrechnung weiterhin stärker als das Volkseinkommen, doch nehmen die Investitionsausgaben ab.

Tabelle 9: Steuerquote 2007-2012 (+Zunahme)

in Mrd. Franken / %	Rechnung 2007	Budget 2008*	Budget 2009	KEF Ø-2009-2012	Veränderung zu Budget 2008 (%)	
					Budget 2009	Ø-2009-2012
Steuerquote	5.0%	5.1%	5.0%	4.8%		
Staatssteuern	4.8	5.1	5.1	5.1	0.1%	0.4%
Volkseinkommen	96.3	99.6	102.3	107.0	2.7%	7.4%

* Budget 2008 restated

Veränderung Budget 2009 zu Budget 2008 restated

Die Steuerquote sinkt, weil erwartet wird, dass die Erträge aus Staatssteuern stagnieren, während das Volkseinkommen um 2,7% ansteigt.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2009-2012 zu Budget 2008 restated

Ab 2010 sind Steuerausfälle als Folge der geplanten Steuergesetzrevisionen für natürliche Personen, ab 2011 zusätzlich Steuerausfälle als Folge der geplanten Steuergesetzrevision für juristische Personen eingestellt. Die Steuerquote sinkt deshalb im Durchschnitt der Jahre 2009-2012 im Vergleich zur Steuerquote im Budget 2008 restated deutlich.

**7. Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen und Gemeinden**

Tabelle 10: Veränderung finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen und Gemeinden gegenüber Budget 2008 restated

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2008 restated			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2009	Ø-2009-2012	Budget 2009	Ø-2009-2012
Bund				
Aufwand	109.5	108.1	75.8%	74.8%
Ertrag	170.2	226.1	9.6%	12.7%
Saldo	279.7	334.2	17.1%	20.5%
Ausgaben	-	-	-	-
Einnahmen	-210.1	-289.4	-56.0%	-77.1%
Nettoinvestitionen	-210.1	-289.4	-56.0%	-77.1%
Kantone				
Aufwand	-39.8	-77.9	-6.3%	-12.4%
Ertrag	7.7	16.5	3.3%	7.1%
Saldo	-32.1	-61.4	8.1%	15.5%
Ausgaben	1.1	1.1	-	-
Einnahmen	-	0.1	-	-
Nettoinvestitionen	1.1	1.2	-	-
Gemeinden (ohne Ausgleichsfonds)				
Aufwand	-18.3	-57.0	-2.3%	-7.1%
Ertrag	11.6	29.0	4.1%	10.3%
Saldo	-6.7	-28.0	-1.3%	-5.4%
Ausgaben	-30.3	-15.4	-36.5%	-18.5%
Einnahmen	-2.7	-2.8	-57.3%	-58.9%
Nettoinvestitionen	-33.0	-18.2	-42.1%	-23.1%

Die Ablieferung der Erträge der Direkten Bundessteuern ist in der Staatsrechnung nicht als Aufwand erfasst.

Bund*Veränderung Budget 2009 zu Budget 2008 restated*

Der Saldo der finanziellen Beziehung zum Bund verbessert sich in der Erfolgsrechnung um 280 Mio. Franken oder 17,1% und verschlechtert sich in der Investitionsrechnung um 210 Mio. Franken oder 56,0%.

Wichtigste Ursachen in der Erfolgsrechnung:

- +111 Einmalige Restzahlung 2008 an die IV von 111 Mio. Franken fällt 2009 weg.
- +125 Höhere Erträge aus Direkter Bundessteuer
- +44 Übrige Abweichungen.

Wichtigste Ursachen in der Investitionsrechnung:

- 210 Investitionsbeiträge des Bundes für den Nationalstrassenbau nehmen als Folge der NFA ab.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2009-2012 zu Budget 2008 restated

Der Saldo der finanziellen Beziehung zum Bund verbessert sich in der Erfolgsrechnung durchschnittlich um



334 Mio. Franken oder 20,5% und verschlechtert sich in der Investitionsrechnung um 289 Mio. Franken oder 77,1%.

Vgl. die Begründung der Beziehungen zum Bund im Budget 2009.

Kantone

Veränderung Budget 2009 zu Budget 2008 restated

Der Saldo der finanziellen Beziehung zu den Kantonen verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung um 32,1 Mio. Franken oder 8,1%.

Wichtigste Ursachen in der Erfolgsrechnung:

- 87 Höhere Zahlungen an den Ressourcenausgleich in der NFA.
- +47 Rückgang der Beiträge an Kantone und Konkordate.
- +8 Übrige Abweichungen.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2009-2012 zu Budget 2008 restated

Der Saldo der finanziellen Beziehung zu den Kantonen verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung durchschnittlich um 61,4 Mio. Franken oder 15,5%.

Vgl. die Begründung der Beziehung zu den Kantonen im Budget 2009.

Gemeinden

Veränderung Budget 2009 zu Budget 2008 restated

Der Saldo der finanziellen Beziehung zu den Gemeinden verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung um 6,7 Mio. Franken oder 1,3% und in der Investitionsrechnung um 33,0 Mio. Franken oder 42,1%.

Wichtigste Ursachen in der Investitionsrechnung:

- 31 Höhere Investitionsbeiträge an die Gemeinden.
- 2 Übrige Abweichungen.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2009-2012 zu Budget 2008 restated

Der Saldo der finanziellen Beziehung zu den Gemeinden verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung durchschnittlich um 28,0 Mio. Franken oder 5,4% und in der Investitionsrechnung um 18,2 Mio. Franken oder 23,1%.

Wichtigste Ursachen in der Erfolgsrechnung:

- 23 Amt für Verkehr: Beiträge an Staatsstrassen Stadt Zürich (Erhöhung wegen Hardbrücke)
- 5 Übrige Abweichungen.

Vgl. die Begründung für die Investitionsrechnung im Budget 2009.

8. Besondere Berichterstattungen

8.1 Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Am 1. Januar 2008 ist die NFA in Kraft getreten. Im KEF Vorjahr wurde die jährliche Mehrbelastung für den Kantonshaushalt auf anfänglich knapp 60 Mio. Franken eingeschätzt. Auf Grund der ersten Erfahrungen haben die Direktionen ihre bisherigen Einschätzungen der finanziellen NFA-Auswirkungen einer Überprüfung unterzogen. Dabei haben sich in der Erfolgsrechnung die folgenden Abweichungen zu den Zahlen im KEF Vorjahr ergeben:

Tabelle 11: Abweichungen zu finanziellen NFA-Auswirkungen im KEF 2008-2011 (KEF Vorjahr)

Mio. Fr. (-=Verschlechterung, +=Verbesserung)	2009	2010	2011
Ressourcenausgleich	-79	-97	-117
Soziodemografischen Lastenausgleich	-7	-7	-7
Sonderschulung	-11	-12	-12
Berufsbildung	-8	-8	-8
Direkte Bundessteuer	-5	-6	-7
Diverses	-2	-1	-2
Total	-112	-131	-153

Für die Jahre 2009-2011 wird gegenüber dem KEF Vorjahr mit einer Mehrbelastung von 112, 131 bzw. 153 Mio. Franken gerechnet. Hauptverantwortlich dafür ist die Neuberechnung der Ressourcen- und Lastenindizes in der NFA. Im Vergleich zu den bisher eingestellten Werten erhöht sich die Belastung für den Kanton Zürich im 2009 um 86 Mio. Franken. Davon entfallen 79 Mio. Franken auf höhere Zahlungen im Ressourcenausgleich und 7 Mio. Franken auf tiefere Beiträge aus dem Soziodemografischen Lastenausgleich.

Der Grund für die höheren Zahlungen im Ressourcenausgleich ist die deutliche Zunahme des Ressourcenpotenzials pro Einwohner im Kanton Zürich, nachdem neu auf die Bemessungsjahre 2003-2005 abgestellt wird und nicht nur auf 2003-2004 wie im Vorjahr. In den Jahren 2003 und 2004 litt der Finanzplatz Zürich unter den Folgen der geplatzten Dotcom-Blase. Danach folgten wirtschaftlich sehr erfolgreiche Jahre für den Kanton Zürich. Dies schlägt sich nun in höheren Finanzausgleichszahlungen nieder. Es ist damit zu rechnen, dass die Zahlen für 2010 nochmals höher ausfallen und den Staatshaushalt zusätzlich belasten.

Für den Ressourcenausgleich wird angenommen, dass das Ressourcenpotential der finanzstarken Kantone bis 2011 jährlich um 4,4% steigt. Dies entspricht der Erhöhung, wie sie soeben vom Bund für 2009 gegenüber 2008 errechnet worden ist. Die weitere Zunahme erscheint wahrscheinlich, weil die konjunkturell guten Jahre 2006 und 2007 Bemessungsgrundlage sind. Für 2012 wird die Zunahme halbiert wegen der konjunkturellen Bremsspuren im Bemessungsjahr 2008. Dann aber wird die Dotierung der Ausgleichsgefässe von der Bundesversammlung aufgrund eines Wirkungsberichts überprüft und eventuell angepasst. In allen Jahren wird damit gerechnet, dass sich der Anteil des Kantons Zürich am Topf der finanzstarken Kantone nicht verändert. Dies ist eine optimistische Annahme, insbesondere was 2010 und 2011 betrifft.



Die tieferen Beiträge aus dem Soziodemografischen Lastenausgleich sind vor allem auf die angepasste Datengrundlage beim Teilindikator Ausländerintegration zurückzuführen. Nach der Anpassung der Datengrundlage kann erwartet werden, dass sich die Beiträge aus dem Lastenausgleich – im Gegensatz zu den Beiträgen für den Ressourcenausgleich – stetig entwickeln werden. Im KEF 2009-2012 wird für den Soziodemografischen Lastenausgleich wie bisher damit gerechnet, dass die Beiträge mit der Teuerung von 1,5% steigen, aber neu von der tieferen Ausgangslage von 88 Mio. Franken aus.

Bei der Sonderschulung hat die Neubeurteilung dazu geführt, dass die Mehrbelastung durch die NFA statt bei rund 100 Mio. neu auf über 110 Mio. Franken jährlich veranschlagt wird.

Bei der Berufsbildung wird davon ausgegangen, dass die Entlastung durch die NFA vor allem im Zusammenhang mit dem neuen Berufsbildungsgesetz statt 12 Mio. Franken nur noch etwas über 4 Mio. Franken jährlich ausmachen wird.

Bei der direkten Bundessteuer rührt die höhere Belastung daher, dass die Steuereinnahmen höher als im Vorjahr eingeschätzt werden. Folglich ist auch die errechnete Einbusse grösser, weil die Kantone statt 30% nur noch 17% der Steuererträge erhalten.

8.2 KEF Erklärung Nr. 1 „Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan“

Der Kantonsrat hat am 29. Januar 2008 die KEF-Erklärung Nr. 1 „Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan“ (KR-Nr. 25/2008) überwiesen, die verlangt, dass anhand von Szenarien mindestens drei mögliche Entwicklungen der Finanzlage des Kantons Zürich aufgezeigt werden (beste, schlechteste und mittlere Entwicklung). Die Direktionen und die Staatskanzlei haben auf Grund ihrer Erfahrungen in den letzten zehn Jahren eine Beurteilung vorgenommen, wie hoch sie die obere und untere Grenze des Saldos der Erfolgsrechnung und der Nettoinvestitionen pro Planjahr einschätzen. Im vorliegenden KEF ist die mittlere Variante eingestellt. Folgende Tabelle zeigt die Bandbreiten der eingereichten Szenarien.



Tabelle 12: Szenarien im Finanzplan

Mio. Fr.	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung:				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-617	-959	-1'087	-1'235
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-90	-376	-407	-532
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	364	217	283	280
davon Steuern:				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	+5'778	+5'642	+5'786	+6'091
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	+5'903	+5'767	+5'911	+6'168
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	+6'019	+5'955	+6'128	+6'426
Nettoinvestitionen:				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-1'217	-1'168	-1'233	-1'320
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-1'183	-1'131	-1'195	-1'281
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-1'069	-1'018	-1'084	-1'169

Insbesondere die Ertragsschätzungen sind mit grossen Unsicherheiten (Finanzmarktkrise, Konjunktur-entwicklung, künftige Entwicklung ZKB-Gewinn) behaftet, weshalb die Bandbreite der Schätzungen in der Erfolgsrechnung sowohl nach unten als auch nach oben stark von der mittleren Entwicklung, nämlich der Finanzplanung im vorliegenden KEF 2009-2012, abweicht. Im Gegensatz dazu liegen die Schätzungen über die schlechteste, mittlere und beste Entwicklung in der Investitionsrechnung nahe zusammen. Die eingereichten Szenarien sind nicht begründet worden. Im Anhang VII sind die Details pro Direktion aufgelistet.

9. Finanzpolitische Beurteilung

Der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung in den Jahren 2005-2012 wird mit einem kumulierten Ertragsüberschuss von 444 Mio. Franken erreicht. Der kumulierte Ertragsüberschuss erhöht sich auf rund 650 Mio. Franken, wenn die Rechnung 2008 wie von den Direktionen geschätzt besser ausfällt.

Budget 2009

Der vorliegende Budgetentwurf rechnet mit einem Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung von rund 90 Mio. Franken. Das Ergebnis ist damit besser, als der Regierungsrat im März 2008 nach dem Beschluss der Richtlinien erwartet hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Budgetentwurf insbesondere die zusätzliche Belastung für den Interkantonalen Finanzausgleich (NFA) von 86 Mio. Franken auch noch aufgefangen werden musste. Ohne diese zusätzliche Belastung durch die NFA, worüber der Regierungsrat erst im Juli 2008 informiert worden ist, wäre das Budget 2009 ausgeglichen gewesen.

Der Regierungsrat hat mit den Richtlinien vorgegeben, dass Mittel für den vollen Teuerungsausgleich von 1,6% und für einen Stufenaufstieg von 1,5% der Lohnsumme eingestellt werden. Für Beförderungen stehen darüber hinaus 0,4% der Lohnsumme aus Rotationsgewinnen zur Verfügung.

KEF 2009-2012

Für die Planjahre 2009-2012 wird mit ansteigenden Aufwandüberschüssen gerechnet. Insbesondere die geplanten Steuergesetzrevisionen für die natürlichen und juristischen Personen, die höheren Zahlungen an den Interkantonalen Finanzausgleich NFA sowie die KVG-Revision im Gesundheitsbereich ab 2012 belasten die Finanzplanung. Die Ertragsschätzungen sind vor allem wegen der Finanzmarktkrise und Konjunkturentwicklung mit grossen Unsicherheiten behaftet.

Mit der vorliegenden Planung kann das Eigenkapital Ende 2012 nicht auf dem Niveau von 2007 (gemäss Bericht zur Bilanzanpassung per 31.12.2007) gehalten werden. Es vermindert sich in der Planperiode 2009-2012 um 1,4 auf 7,8 Mrd. Franken.

Die vorliegende Planung weist einen ungenügenden Selbstfinanzierungsgrad aus: Die geplanten Nettoinvestitionen in den Jahren 2009-2012 von rund 3,8 Mrd. Franken (Annahmen: Ausschöpfung 80%) können nicht vollständig aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden. Für rund 2,7 Mrd. Franken muss sich der Kanton zusätzlich verschulden, was die Verschuldung in der Planperiode ansteigen lässt. Für eine bessere Selbstfinanzierung müssten entweder Ertragsüberschüsse in der Erfolgsrechnung geschrieben oder die geplanten Nettoinvestitionen gesenkt werden.

Es zeichnet sich ab, dass der mittelfristige Ausgleich im Sommer 2009 gefährdet ist, wenn der Ertragsüberschuss aus dem 2005 von 1,3 Mrd. Franken aus der Berechnung fällt. Der Ausweis des mittelfristigen Haushaltsausgleichs im vorliegenden KEF spiegelt einen finanzpolitischen Spielraum vor, der mittelfristig nicht vorhanden ist. Es gilt daher auch weiterhin, der Finanzierbarkeit neuer Vorhaben im Entscheidungsprozess grösstes Gewicht beizumessen. Die Lage des Staatshaushaltes eröffnet keine finanzpolitischen Spielräume.

**Anhänge:****I. Planungsgrundlagen**

Planungsgrundlage für die Finanzplanung

Tabelle 13: Planungsgrundlage für die Finanzplanung

in % gegenüber Vorjahr (Werte KEF Vorjahr in Klammern)	Schätzung 2007	2008	2009	2010	2011	2012
Wachstum Bruttoinlandprodukt real	3,1 (1,7)	1,9 (1,7)	1,7 (1,5)	1,5 (1,5)	1,5 (1,5)	1,5
Jahresteuierung (Dez. - Dez.)*	0,7 (0,9)	1,6 (1,1)	1,0 (1,5)	1,5 (1,5)	1,5 (1,5)	1,5
Veränderung Lohnsumme		3,5 (2,6)	3,1 (1,3)	1,4 (1,7)	1,9 (1,7)	1,9

* Landesindex der Konsumentenpreise

Entwicklung der Lohnsumme

Tabelle 14: Entwicklung der Lohnsumme*

in % gegenüber dem Vorjahr (2009 gegenüber Ist-Basis 2008)	2009	2010	2011	2012
Teuerungsausgleich	1,6	1,0	1,5	1,5
Stufenaufstieg per 1. Januar 2009	1,5			
Lohnerhöhungen/Beförderungen**	0,0	0,4	0,4	0,4
Veränderung der Lohnsumme in der Leistungsgruppe gegenüber Vorjahr***	3,1	1,4	1,9	1,9
Im KEF 12. September 2007 geplant	1,3	1,7	1,7	-
Veränderungen gegenüber KEF 12. September 2007	1,8	-0,3	0,2	-

* Die Planung der Jahre 2010-2012 erfolgt auf der Grundlage des angepassten Lohnsystems.

** Für Beförderungen stehen darüber hinaus 0,4% der Lohnsumme aus Rotationsgewinnen zur Verfügung.

*** Die Entwicklung im Budget 2009 wird auf der Basis der Lohnzahlungen von Januar bis März 2008 berechnet. In den Planjahren 2010-2012 wird die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr berechnet.

Erläuterungen: Gemäss §42 Abs. 1 der Personalverordnung (PVO) setzt der Regierungsrat die Teuerungszulage fest. Er berücksichtigt dabei die Situation des kantonalen Finanzhaushalts sowie das wirtschaftliche Umfeld. Weil der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung in den Jahren 2005–2012 nicht gefährdet ist, soll dem Staatspersonal die Teuerung vollständig ausgeglichen werden. Die für 2008–2011 erwartete Teuerung wurde in den Folgejahren in den KEF eingeplant.

Auf den 1. Januar 2009 ist gemäss § 16 Abs. 1 PVO der Stufenanstieg eingeplant für Angestellte in den Erfahrungsstufen, die mindestens mit «Gut» qualifiziert werden. Alle Leistungsgruppen planen dafür 1,5% der Lohnsumme ein. Im 2009 steht den Leistungsgruppen zudem eine Quote von durchschnittlich 0,4% der Lohnsumme für Beförderungen zur Verfügung. Diese wird aus Rotationsgewinnen finanziert. Für Beförderungen sind keine zusätzlichen Budgetmittel eingeplant. Um eine einheitliche Lohnentwicklung zu gewährleisten, dürfen im 2009 alle Leistungsgruppen 1,9% der Lohnsumme für Stufenaufstiege und Beförderungen verwenden. Bei Leistungsgruppen mit tieferen Kosten für Stufenaufstiege als 1,5% der Lohnsumme steht die Differenz für Beförderungen zur Verfügung. Höhere Kosten für Stufenaufstiege als 1,5% der Lohnsumme vermindern die Beförderungsquote entsprechend.



Im März 2006 beauftragte der Regierungsrat die Finanzdirektion mit einer Teilrevision des bestehenden Lohnsystems. Es ist geplant, das angepasste Lohnsystem per Januar 2010 einzuführen. Die Vorgaben zur Entwicklung der Lohnsumme für 2010 bis 2012 orientieren sich am angepassten Lohnsystem. Die Regelung zur Gewährung des Stufenaufstieges gemäss § 16 Abs. 1 PVO soll im Rahmen der Teilrevision des Lohnsystems aufgehoben werden. Es wird daher ab 2010 kein Stufenaufstieg eingeplant. Neu soll sich die reale Lohnentwicklung grundsätzlich an derjenigen von Arbeitgebern mit Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich orientieren. In diesem Zusammenhang sind die Ergebnisse der UBS-Lohnumfrage von Bedeutung. Die UBS-Lohnumfrage vom 26. Oktober 2007 weist für 2000–2008 ein durchschnittliches reales Wachstum der Löhne (ohne Bonuszahlungen) von 0,9% aus. Für die Planung der Lohnentwicklung 2010–2012 ist ausserdem die künftige Entwicklung des wirtschaftlichen Umfeldes von Bedeutung. Das prognostizierte Wachstum des Bruttoinlandproduktes für 2010–2012 ist leicht schwächer als in den Vorjahren. Für Beförderungen steht den Leistungsgruppen 2010–2012 pro Jahr eine Quote von 0,8% der Lohnsumme zur Verfügung. Sie wird finanziert aus Budgetmitteln einerseits und aus Rotationsgewinnen andererseits. Es werden jährlich Budgetmittel von 0,4% der Lohnsumme für Beförderungen in die Planung eingestellt. Zusätzlich zu den budgetierten Mitteln dürfen die Leistungsgruppen für Beförderungen pro Planjahr 0,4% der Lohnsumme aus Rotationsgewinnen verwenden.

Die Finanzcontrollingverordnung (FCV) lässt Ausschüttungen an Mitarbeitende zu Lasten der Rücklagen nicht mehr zu. Ausschüttungen können letztmals 2009 zu Lasten der 2008 gebildeten Rücklagen vorgenommen werden. Ab 2010 soll die Ausschüttung von Einmalzulagen an das Personal ausschliesslich im Personalrecht geregelt werden. Im Projekt Teilrevision des Lohnsystems sind Einmalzulagen im Umfang von 0,2–0,4% der Lohnsumme vorgesehen. Einmalzulagen sind jedoch nicht budgetiert, weil davon ausgegangen wird, dass sie durch die Globalbudgets gedeckt werden können. Diese Annahme wird auf den KEF 2010–2013 hin überprüft.

Familienzulagen (Kinder- und Ausbildungszulagen)

Mit dem eidgenössischen Familienzulagengesetz vom 24. März 2006 und der Familienzulagenverordnung vom 31. Oktober 2007 wurden die Regelungen für Familienzulagen (Kinder- und Ausbildungszulagen) angepasst und neue Mindestansätze festgelegt. Neu ist die Familienausgleichskasse für die Abrechnung von Beiträgen und die Rückvergütung von Familienzulagen des Kantons auf der Basis der AHV-pflichtigen Lohnsumme zuständig. Der Kanton finanziert also die Kinderzulagen nicht mehr direkt, sondern bezahlt neu einen fixen Betrag an die Sozialversicherungsanstalt im Umfang von 1,3% der geplanten AHV-pflichtigen Lohnsumme. Die Leistungsgruppen budgetieren die Familienzulagen entsprechend pauschal mit 1,3% der AHV-pflichtigen Lohnsumme. Die Budgetierung der effektiv anfallenden Familienzulagen in den Leistungsgruppen entfällt.



Arbeitgeberbeiträge in die Beamtenversicherungskasse

Für die Berechnung der Arbeitgeberbeiträge sind die tatsächlichen altersspezifischen Gegebenheiten gemäss § 64 der Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal berücksichtigt. Dabei ist auf die versicherte Lohnsumme (Grundlohn minus Koordinationsabzug mal Beschäftigungsgrad) abzustellen. Der Koordinationsabzug beträgt Fr. 23'205 und der Mindestlohn für die Aufnahme in die berufliche Vorsorge Fr. 19'890.

Planung des Beschäftigungsumfanges

In den Leistungsgruppen unter der Rubrik „Personal (Beschäftigungsumfang)“ wird der pro Planjahr effektiv benötigte Beschäftigungsumfang ausgewiesen. Beim Ausweis des Beschäftigungsumfanges sind sämtliche Anstellungsverhältnisse zu berücksichtigen mit Ausnahme von Lehrlingen und Praktikanten/-innen.

Budget 2008 restated als Vergleichsgrösse

Um die Planungen für 2009-2012 mit dem Budget 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei ihre Budgets 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (Restatement). Im Vorfeld wurden von der neuen Rechnungslegung auf absehbare Zeit nur geringe Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung erwartet. Diese Erwartungen haben sich für 2008 bestätigt. Das Restatement des Budgets 2008 hat nicht zu einer grossen Veränderung des Saldos der Erfolgsrechnung geführt. Das vom Kantonsrat beschlossene Budget 2008 (FHG) sieht einen Aufwandüberschuss von rund 29 Mio. Franken vor. Die Umbewertung nach CRG hat - unter Einbezug der Saldi der Leistungsgruppen des Konsolidierungskreises 3 - zu einem Aufwandüberschuss von rund 5 Mio. Franken geführt. Während die Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung des Gesamtkantons gering ausfallen, sind die einzelnen Leistungsgruppen unterschiedlich betroffen, mit positiven und negativen Abweichungen im Vergleich zur bisherigen Rechnungslegung. Die Investitionsrechnung ist von der Umstellung der Rechnungslegung im 2008 praktisch nicht beeinflusst worden.

Vorfinanzierung der Fluglärmschädigungen

Der Kanton Zürich schloss 2006 mit der Flughafen Zürich AG (FZAG) einen Vertrag, der vor allem eine allfällige Vorfinanzierung der Fluglärmschädigungen durch den Kanton regelt. Gemäss diesem Zusatzvertrag zum ursprünglichen Fusionsvertrag werden diejenigen Lärmverbindlichkeiten, die vor dem Juni 2001 entstanden sind, vom Kanton Zürich vorfinanziert, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass die gesamten Fluglärmskosten den Betrag von 1,1 Milliarden übersteigen. Schätzungen weisen darauf hin, dass alle Kosten durch den Airport Zurich Noise Fund (AZNF) getragen werden können. Gemäss dem Vorsichtsprinzip tritt die Vorfinanzierung nach den Bundesgerichtsentscheiden zu den letzten Pilotfällen nun 2008 in Kraft, da eine Überschreitung des Schwellenwertes von 1,1 Milliarden nicht ausgeschlossen werden kann. Erst wenn für die Finanzierung der vor dem Juni 2001 entstandenen Verpflichtungen der einmalig übertragene Anteil am AZNF-Bestand und der monatlich von der FZAG überwiesene Anteil an Lärmgebühren nicht mehr ausreichen sollten, muss der Kanton Vorleistungen erbringen. Diese werden jedoch zu einem späteren Zeitpunkt vollumfänglich wieder mittels Lärmgebühren refinanziert.



Im KEF 2009 – 2012 sind im Flughafenfonds, in den die Lärmrechnung FZAG integriert wird, noch keine Beträge eingestellt. Die im Budget 2009 einzustellenden Beträge werden mit den Nachträgen zum Budget 2009 (Novemberbrief) beantragt.

Nettoinvestitionen und Abschreibungen

Es wird angenommen, dass die Investitionsbudgets der Jahre 2008-2012 wie in den letzten Jahren nicht voll ausgeschöpft werden. Für die Berechnung der Abschreibungen wird von einer Ausschöpfung der Investitionsbudgets von 80% ausgegangen. Deshalb hat die Finanzdirektion den Abschreibungsaufwand in der Erfolgsrechnung 2009-2012 zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 „Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen“ um 9, 18, 27 und 36 Mio. Franken ohne gleichzeitige Verminderung der Nettoinvestitionen gekürzt.

Interne Verrechnungen

Der Abgleich der Internen Verrechnungen ist für die Jahre 2009-2012 sehr detailliert erfolgt, weshalb nur noch kleine Differenzen zwischen aufwand- und ertragsseitigen internen Verrechnungen zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 „Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen“ ausgeglichen werden mussten.

Rundungsregeln

Die in den Tabellen und Abbildungen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

**II. Finanzielle Entwicklung Staatshaushalt**

Tabelle 15: Finanzielle Entwicklung Staatshaushalt 2007-2012 (konsolidierte Werte)

Mio. Fr.	Rechnung 2007	Budget 2008*	Budget 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Erfolgsrechnung						
Betrieblicher Aufwand		- 11 676	- 12 127	- 12 386	- 12 580	- 12 998
Betrieblicher Ertrag		11 492	11 823	11 797	11 979	12 296
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit		- 184	- 304	- 589	- 601	- 701
Finanzaufwand		- 213	- 184	- 162	- 176	- 205
Finanzertrag		392	398	375	371	375
Finanzergebnis		179	214	214	194	169
Ausserordentlicher Aufwand						
Ausserordentlicher Ertrag						
Ausserordentliches Ergebnis						
Jahresergebnis	438	- 5	- 90	- 376	- 407	- 532
Investitionen						
Investitionsausgaben	- 1 146	- 1 453	- 1 386	- 1 292	- 1 248	- 1 327
Investitionseinnahmen	441	418	203	161	53	46
Nettoinvestitionen	- 705	- 1 036	- 1 183	- 1 131	- 1 195	- 1 281
Bilanz						
Umlaufvermögen						
Anlagevermögen						
Total Aktiven						
Kurzfristiges Fremdkapital						
Langfristiges Fremdkapital						
Eigenkapital						
Total Passiven						
Kennzahlen (in %)						
Selbstfinanzierungsgrad**	150.2	88.5	59.4	30.3	21.2	7.1
Staatsquote	9.9	12.0	12.1	11.9	11.7	11.9
Steuerquote	5.0	5.1	5.0	4.7	4.7	4.8
Volkswirtschaftliche Referenzgrössen (in %)						
Wachstum reales Bruttoinlandprodukt (BIP)	3.1	1.9	1.7	1.5	1.5	1.5
Teuerung Landesindex der Konsumentenpreise (LIK)	0.7	1.6	1.0	1.5	1.5	1.5
Kantonaler Steuerfuss (in % der einfachen Staatssteuern)	100	100	100	100	100	100
Mittelfristiger Ausgleich						
Saldo Erfolgsrechnung 2005-2012***	444					

* Um den Vergleich mit dem Budget 2009 sicherzustellen, wurden die Zahlen zum Budget 2008 auf die neue Rechnungslegung gemäss CRG umgerechnet. Dieser Vorgang wird als "Restatement" bezeichnet. Dadurch ergeben sich teilweise Abweichungen zu den mit dem zum Kantonsratsbeschluss zum Budget 2008 publizierten Ergebnissen.

** Für die Berechnung des Selbstfinanzierungsgrad wird von einer Ausschöpfung der Investitionsbudgets von 80% ausgegangen.

*** Für die Berechnung des mittelfristigen Ausgleichs der Erfolgsrechnung werden für die Jahre vor 2009 die vom Kantonsrat genehmigten Rechnungsergebnisse (bzw. Budget 2008) verwendet. (§ 51 Finanzcontrollingverordnung)

Die Zahlen zum Rechnungsabschluss 2007 sind noch nach den bisherigen FHG-Grundsätzen erstellt worden. Sie sind wegen der Umstellung der Rechnungslegung in der neuen Form nicht vollständig darstell- bzw. vergleichbar.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

**III. Erfolgsrechnung nach Sachgruppen**

Tabelle 16: Erfolgsrechnung 2007-2012 (konsolidierte Werte)

Mio. Fr.	Rechnung 2007	Budget 2008*	Budget 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Personalaufwand		- 4 296	- 4 508	- 4 576	- 4 684	- 4 781
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand		- 2 420	- 2 582	- 2 630	- 2 667	- 2 691
Rüstungsaufwand		-	-	-	-	-
Abschreibungen		- 495	- 431	- 434	- 402	- 406
Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds		- 46	- 20	- 19	- 19	- 11
Transferaufwand		- 3 827	- 3 995	- 4 131	- 4 207	- 4 503
Durchlaufende Beiträge		- 591	- 591	- 596	- 602	- 606
Interne Verrechnungen		-	-	-	-	-
Betrieblicher Aufwand		- 11 676	- 12 127	- 12 386	- 12 580	- 12 998
Fiskalertrag		5 562	5 567	5 418	5 554	5 800
Regalien und Konzessionen		362	346	345	343	343
Entgelte		2 097	2 219	2 243	2 283	2 312
Verschiedene Erträge		189	201	223	194	192
Entnahmen aus Fonds		2	14	44	25	22
Transferertrag		2 688	2 884	2 926	2 977	3 021
Durchlaufende Beiträge		591	591	596	602	606
Interne Verrechnungen		-	-	-	-	-
Betrieblicher Ertrag		11 492	11 823	11 797	11 979	12 296
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit		- 184	- 304	- 589	- 601	- 701
Zinsaufwand		- 207	- 179	- 157	- 172	- 201
Anderer Finanzaufwand		- 7	- 5	- 5	- 4	- 4
Finanzaufwand		- 213	- 184	- 162	- 176	- 205
Finanzertrag Finanzvermögen		119	110	83	75	77
Finanzertrag Verwaltungsvermögen		273	288	292	295	298
Finanzertrag		392	398	375	371	375
Finanzergebnis		179	214	214	194	169
Ausserordentlicher Aufwand						
Ausserordentlicher Ertrag						
Ausserordentliches Ergebnis						
Total Aufwand		- 11 889	- 12 311	- 12 547	- 12 757	- 13 203
Total Ertrag		11 884	12 221	12 172	12 350	12 671
Jahresergebnis		- 5	- 90	- 376	- 407	- 532

* Um den Vergleich mit dem Budget 2009 sicherzustellen, wurden die Zahlen zum Budget 2008 auf die neue Rechnungslegung gemäss CRG umgerechnet. Dieser Vorgang wird als "Restatement" bezeichnet. Dadurch ergeben sich teilweise Abweichungen zu den mit dem zum Kantonsratsbeschluss zum Budget 2008 publizierten Ergebnissen.

Die Zahlen zum Rechnungsabschluss 2007 sind noch nach den bisherigen FHG-Grundsätzen erstellt worden. Sie sind wegen der Umstellung der Rechnungslegung in der neuen Form nicht darstell- bzw. vergleichbar.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



Tabelle 17: Veränderungen Erfolgsrechnung 2009-2012 (konsolidierte Werte)

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2008*			
	Δ absolut (in Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2009	Ø-2009-2012	Budget 2009	Ø-2009-2012
Personalaufwand	- 212	- 341	-4.9%	-7.9%
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 162	- 222	-6.7%	-9.2%
Rüstungsaufwand	-	-	-	-
Abschreibungen	64	77	12.9%	15.5%
Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds	26	29	56.9%	62.5%
Transferaufwand	- 168	- 382	-4.4%	-10.0%
Durchlaufende Beiträge	0	- 7	0.0%	-1.2%
Interne Verrechnungen	-	-	-	-
Betrieblicher Aufwand	- 451	- 847	-3.9%	-7.3%
Fiskalertrag	5	23	0.1%	0.4%
Regalien und Konzessionen	- 16	- 18	-4.5%	-4.8%
Entgelte	122	167	5.8%	8.0%
Verschiedene Erträge	12	14	6.5%	7.2%
Entnahmen aus Fonds	12	24	551.2%	1106.4%
Transferertrag	196	264	7.3%	9.8%
Durchlaufende Beiträge	0	7	0.0%	1.3%
Interne Verrechnungen	-	-	-	-
Betrieblicher Ertrag	331	482	2.9%	4.2%
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	- 120	- 365	-	-
Zinsaufwand	28	30	13.4%	14.3%
Anderer Finanzaufwand	2	2	31.6%	33.3%
Finanzaufwand	30	32	14.0%	14.9%
Finanzertrag Finanzvermögen	- 10	- 33	-8.1%	-27.7%
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	15	20	5.5%	7.4%
Finanzertrag	5	- 13	1.4%	-3.3%
Finanzergebnis	35	19	-	-
Ausserordentlicher Aufwand	-	-	-	-
Ausserordentlicher Ertrag	-	-	-	-
Ausserordentliches Ergebnis	-	-	-	-
Total Aufwand	- 421	- 815	-3.5%	-6.9%
Total Ertrag	336	469	2.8%	3.9%
Jahresergebnis	- 85	- 346	-	-

* Um den Vergleich mit dem Budget 2009 sicherzustellen, wurden die Zahlen zum Budget 2008 auf die neue Rechnungslegung gemäss CRG umgerechnet. Dieser Vorgang wird als "Restatement" bezeichnet. Dadurch ergeben sich teilweise Abweichungen zu den mit dem zum Kantonsratsbeschluss zum Budget 2008 publizierten Ergebnissen.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



Tabelle 18: Steuererträge

Mio. Fr.	Rechnung 2007	Budget 2008*	Budget 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
4910.01 Staatssteuern	4'556	4'824	4'817	4'670	4'805	5'052
4910.02 Direkte Bundessteuer	704	525	650	660	670	680
4910.03 Erbschafts- und	182	190	185	185	185	185
4910.04 Quellensteuer	147	169	180	178	176	173
4910.05 Verrechnungssteuer	37	69	71	73	76	78
Total Steuern (LG Nr. 4910; netto)	5'626	5'777	5'903	5'767	5'911	6'168
Verkehrsabgaben	287	287	290	292	294	296
Schiffsteuern	2	2	2	2	2	2
Total Steuern	5'915	6'066	6'195	6'061	6'207	6'466

* Um den Vergleich mit dem Budget 2009 sicherzustellen, wurden die Zahlen zum Budget 2008 auf die Vorschriften des CRG umgerechnet. Dieser Vorgang wird als "Restatement" bezeichnet. Dadurch ergeben sich teilweise Abweichungen zu den mit dem zum Kantonsratsbeschluss zum Budget 2008 publizierten Ergebnissen.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

**IV. Investitionsrechnung nach Sachgruppen**

Tabelle 19: Investitionsrechnung 2007-2012 (konsolidierte Werte)

Mio. Fr.	Rechnung 2007	Budget 2008*	Budget 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Sachanlagen		- 955	- 846	- 816	- 735	- 817
Immaterielle Anlagen		- 30	- 35	- 36	- 29	- 25
Darlehen		- 18	- 10	- 12	- 12	- 12
Beteiligungen		-	- 20	-	-	-
Eigene Investitionsbeiträge		- 438	- 462	- 416	- 460	- 462
Durchlaufende Investitionsbeiträge		- 12	- 12	- 12	- 12	- 10
Investitionsausgaben		- 1 453	- 1 386	- 1 292	- 1 248	- 1 327
Rückerstattungen		13	9	9	1	-
Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		382	169	129	28	25
Rückzahlung von Darlehen		10	11	11	11	11
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge		0	0	0	0	0
Durchlaufende Investitionsbeiträge		12	12	12	12	10
Investitionseinnahmen		418	203	161	53	46
Nettoinvestitionen		- 1 036	- 1 183	- 1 131	- 1 195	- 1 281

Tabelle 20: Veränderungen Investitionsrechnung 2009-2012 (konsolidierte Werte)

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2008*			
	Δ absolut (in Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2009	Ø-2009-2012	Budget 2009	Ø-2009-2012
Sachanlagen	109	152	11.4%	15.9%
Immaterielle Anlagen	- 5	- 1	-17.6%	-4.3%
Darlehen	8	6	42.4%	33.9%
Beteiligungen	- 20	- 5	-	-
Eigene Investitionsbeiträge	- 24	- 12	-5.4%	-2.8%
Durchlaufende Investitionsbeiträge	- 0	1	-1.8%	6.1%
Investitionsausgaben	67	140	4.6%	9.6%
Rückerstattungen	- 4	- 8	-27.9%	-62.5%
Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	- 213	- 294	-55.7%	-77.0%
Rückzahlung von Darlehen	1	1	8.8%	9.1%
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	0	- 0	54.0%	-11.5%
Durchlaufende Investitionsbeiträge	0	- 1	1.8%	-6.1%
Investitionseinnahmen	- 215	- 302	-51.5%	-72.3%
Nettoinvestitionen	- 147	- 162	-14.2%	-15.6%

* Um den Vergleich mit dem Budget 2009 sicherzustellen, wurden die Zahlen zum Budget 2008 auf die neue Rechnungslegung gemäss CRG umgerechnet. Dieser Vorgang wird als "Restatement" bezeichnet. Dadurch ergeben sich teilweise Abweichungen zu den mit dem zum Kantonsratsbeschluss zum Budget 2008 publizierten Ergebnissen.

Die Zahlen zum Rechnungsabschluss 2007 sind noch nach den bisherigen FHG-Grundsätzen erstellt worden. Sie sind wegen der Umstellung der Rechnungslegung in der neuen Form nicht darstell- bzw. vergleichbar.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



V. Finanzielle Entwicklung nach Direktionen

Tabelle 21: Saldo Erfolgsrechnung 2007-2012 nach Direktionen

Mio. Franken		Rechnung 2007	Budget 2008*	Budget 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)							
Staatskanzlei	Saldo	-16.1	-11.6	-20.9	-22.9	-20.9	-19.5
	Veränd. absolut			-9.3	-2.0	+2.0	+1.4
	Veränd. %			-80.5%	-9.8%	+8.6%	+6.8%
davon Regierungsrat u. Staatskanzlei (ohne San04/MH06)	Saldo	-16.0	-18.7	-20.9	-22.9	-20.9	-19.5
	Veränd. absolut			-2.2	-2.0	+2.0	+1.4
	Veränd. %			-11.5%	-9.8%	+8.6%	+6.8%
Justiz und Inneres	Saldo	-567.3	-592.6	-613.1	-622.5	-628.6	-637.4
	Veränd. absolut			-20.5	-9.3	-6.1	-8.9
	Veränd. %			-3.5%	-1.5%	-1.0%	-1.4%
Sicherheit	Saldo	-1'214.3	-979.4	-953.9	-985.4	-1'008.5	-1'034.5
	Veränd. absolut			+25.5	-31.4	-23.1	-26.0
	Veränd. %			+2.6%	-3.3%	-2.3%	-2.6%
Finanzen	Saldo	6'005.8	5'839.4	5'924.9	5'777.3	5'901.4	6'142.6
	Veränd. absolut			+85.5	-147.5	+124.1	+241.2
	Veränd. %			+1.5%	-2.5%	+2.1%	+4.1%
davon Steuererträge	Saldo	5'626.0	5'777.4	5'902.7	5'766.6	5'911.4	6'168.3
	Veränd. absolut			+125.3	-136.1	+144.7	+257.0
	Veränd. %			+2.2%	-2.3%	+2.5%	+4.3%
davon Ämter Finanzen (ohne Steuererträge, Kapitaldienst, Zinsen)	Saldo	-171.8	-177.3	-186.2	-191.9	-197.1	-199.5
	Veränd. absolut			-8.8	-5.8	-5.1	-2.4
	Veränd. %			-5.0%	-3.1%	-2.7%	-1.2%
Volkswirtschaft	Saldo	-282.6	-325.0	-236.2	-283.3	-257.2	-261.9
	Veränd. absolut			+88.7	-47.1	+26.2	-4.8
	Veränd. %			+27.3%	-19.9%	+9.2%	-1.8%
Gesundheit	Saldo	-1'064.9	-1'229.8	-1'337.8	-1'366.4	-1'409.5	-1'651.7
	Veränd. absolut			-108.0	-28.6	-43.1	-242.1
	Veränd. %			-8.8%	-2.1%	-3.2%	-17.2%
Bildung	Saldo	-2'067.8	-2'273.7	-2'440.2	-2'487.2	-2'552.0	-2'633.2
	Veränd. absolut			-166.5	-47.0	-64.8	-81.2
	Veränd. %			-7.3%	-1.9%	-2.6%	-3.2%
Bauten	Saldo	-237.0	-264.6	-264.2	-235.8	-276.3	-276.5
	Veränd. absolut			+0.4	+28.4	-40.5	-0.3
	Veränd. %			+0.1%	+10.7%	-17.2%	-0.1%
Total	Saldo	555.8	162.8	58.5	-226.1	-251.5	-372.1
	Veränd. absolut			-104.3	-284.6	-25.4	-120.6
	Veränd. %			-64.1%	-486.6%	-11.2%	-47.9%
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)							
Behörden	Saldo	-13.3	-15.8	-15.9	-16.3	-16.6	-16.7
	Veränd. absolut			-0.1	-0.4	-0.3	-0.1
	Veränd. %			-0.5%	-2.3%	-1.9%	-0.7%
Rechtspflege	Saldo	-104.2	-118.6	-132.5	-133.2	-138.5	-143.2
	Veränd. absolut			-13.9	-0.6	-5.4	-4.7
	Veränd. %			-11.8%	-0.5%	-4.0%	-3.4%
Total	Saldo	-117.5	-134.4	-148.4	-149.4	-155.1	-159.9
	Veränd. absolut			-14.0	-1.0	-5.7	-4.8
	Veränd. %			-10.4%	-0.7%	-3.8%	-3.1%
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)							
Total	Saldo	-	-33.5	0.0	0.0	0.0	0.0
	Veränd. absolut			+33.5			
	Veränd. %			+100.0%			
Total	Saldo	438	-5	-90	-376	-407	-532

* Um den Vergleich mit dem Budget 2009 sicherzustellen, wurden die Zahlen zum Budget 2008 auf die neue Rechnungslegung gemäss CRG umgerechnet. Dieser Vorgang wird als "Restatement" bezeichnet. Dadurch ergeben sich teilweise Abweichungen zu den mit dem zum Kantonsratsbeschluss zum Budget 2008 publizierten Ergebnissen.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



Tabelle 22: Nettoinvestitionen 2007-2012 nach Direktionen

Mio. Franken		Rechnung 2007	Budget 2008*	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)							
Staatskanzlei	Nettoinvestitionen	-	-1.3	-	-	-	-
	Veränd. absolut						
	Veränd. %						
Justiz und Inneres	Nettoinvestitionen	-11.4	-13.4	-14.1	-19.0	-16.3	-11.2
	Veränd. absolut			-0.6	-4.9	+2.7	+5.1
	Veränd. %			-4.6%	-34.8%	+14.1%	+31.2%
Sicherheit	Nettoinvestitionen	-34.5	-67.0	-46.7	-45.5	-43.3	-57.3
	Veränd. absolut			+20.4	+1.1	+2.2	-14.1
	Veränd. %			+30.4%	+2.5%	+4.9%	-32.5%
Finanzen	Nettoinvestitionen	-12.8	-20.8	-36.0	-16.4	-14.1	-10.7
	Veränd. absolut			-15.3	+19.6	+2.3	+3.5
	Veränd. %			-73.4%	+54.4%	+13.9%	+24.5%
Volkswirtschaft	Nettoinvestitionen	-326.8	-424.3	-310.1	-275.9	-314.6	-304.6
	Veränd. absolut			+114.2	+34.2	-38.8	+10.1
	Veränd. %			+26.9%	+11.0%	-14.1%	+3.2%
Gesundheit	Nettoinvestitionen	-131.8	-144.3	-160.7	-175.6	-182.0	-183.5
	Veränd. absolut			-16.3	-14.9	-6.4	-1.6
	Veränd. %			-11.3%	-9.3%	-3.7%	-0.9%
Bildung	Nettoinvestitionen	-117.1	-184.6	-146.8	-141.6	-182.6	-301.3
	Veränd. absolut			+37.8	+5.2	-41.1	-118.7
	Veränd. %			+20.5%	+3.5%	-29.0%	-65.0%
Bauten	Nettoinvestitionen	-61.5	-87.4	-341.3	-329.7	-316.3	-303.4
	Veränd. absolut			-254.0	+11.6	+13.3	+12.9
	Veränd. %			-290.7%	+3.4%	+4.0%	+4.1%
Total	Saldo	-695.9	-943.1	-1'055.6	-1'003.5	-1'069.3	-1'172.1
	Veränd. absolut			-112.5	+52.1	-65.7	-102.8
	Veränd. %			-11.9%	+4.9%	-6.6%	-9.6%
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)							
Behörden	Nettoinvestitionen	-0.1	-	-	-0.1	-	-
	Veränd. absolut						
	Veränd. %						
Rechtspflege	Nettoinvestitionen	-9.0	-18.4	-26.0	-25.3	-26.3	-12.9
	Veränd. absolut			-7.7	+0.8	-1.1	+13.4
	Veränd. %			-41.7%	+3.0%	-4.2%	+51.0%
Total	Nettoinvestitionen	-9.1	-18.4	-26.0	-25.4	-26.3	-12.9
	Veränd. absolut			-7.7	+0.6	-0.9	+13.4
	Veränd. %			-41.7%	+2.5%	-3.7%	+51.0%
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)							
Total	Nettoinvestitionen	-	-74.2	-101.5	-101.9	-99.6	-95.8
	Veränd. absolut			-27.3	-0.3	+2.3	+3.8
	Veränd. %			-36.8%	-0.3%	+2.2%	+3.9%
Total	Nettoinvestitionen	-705	-1'036	-1'183	-1'131	-1'195	-1'281

* Um den Vergleich mit dem Budget 2009 sicherzustellen, wurden die Zahlen zum Budget 2008 auf die neue Rechnungslegung gemäss CRG umgerechnet. Dieser Vorgang wird als "Restatement" bezeichnet. Dadurch ergeben sich teilweise Abweichungen zu den mit dem zum Kantonsratsbeschluss zum Budget 2008 publizierten Ergebnissen.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

VI. Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen, Gemeinden und Dritten

Tabelle 23: Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen, Gemeinden und Dritten 2007-2012
(konsolidierte Werte)

Mio. Fr.	Rechnung 2007	Budget 2008*	Budget 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Bund						
Aufwand	-	-144.4	-34.9	-36.4	-36.8	-37.2
Ertrag	-	1'777.9	1'948.1	1'991.4	2'023.1	2'053.5
Saldo	-	1'633.5	1'913.2	1'955.0	1'986.4	2'016.3
Ausgaben	-	-	-	-	-	-
Einnahmen	-	375.3	165.2	126.2	27.4	25.1
Nettoinvestitionen	-	375.3	165.2	126.2	27.4	25.1
Kantone und Konkordate						
Aufwand	-	-628.1	-667.9	-695.5	-723.0	-737.6
Ertrag	-	231.8	239.5	247.0	251.6	255.0
Saldo	-	-396.3	-428.4	-448.5	-471.4	-482.6
Ausgaben	-	-1.1	-	-	-	-
Einnahmen	-	-	-	-	0.3	-
Nettoinvestitionen	-	-1.1	-	-	0.3	-
Gemeinden (ohne Steuerkraftausgleich)						
Aufwand	-	-802.7	-821.0	-857.2	-872.4	-888.4
Ertrag	-	281.8	293.4	308.1	318.1	323.8
Saldo	-	-520.9	-527.6	-549.1	-554.3	-564.6
Ausgaben	-	-83.1	-113.5	-101.3	-89.8	-89.6
Einnahmen	-	4.7	2.0	2.0	1.9	1.8
Nettoinvestitionen	-	-78.5	-111.5	-99.3	-87.9	-87.8
Ausgleichsfonds (Steuerkraftausgleich)						
Aufwand	-	-285.0	-285.0	-255.0	-255.0	-255.0
Ertrag	-	285.0	285.0	255.0	255.0	255.0
Saldo	-	-	-	-	-	-
Öffentliche Unternehmungen						
Aufwand	-	-263.3	-344.4	-353.3	-364.6	-381.5
Ertrag	-	2.0	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	-	-261.3	-342.5	-351.4	-362.7	-379.6
Ausgaben	-	-267.9	-272.6	-249.9	-304.7	-291.9
Einnahmen	-	4.6	1.3	1.3	1.3	1.2
Nettoinvestitionen	-	-263.2	-271.3	-248.6	-303.4	-290.7
Private Institutionen und Unternehmungen						
Aufwand	-	-820.7	-943.7	-1'031.4	-1'040.9	-1'267.8
Ertrag	-	63.6	68.6	73.0	76.4	80.2
Saldo	-	-757.1	-875.0	-958.5	-964.5	-1'187.6
Ausgaben	-	-102.0	-98.8	-70.1	-71.3	-86.3
Einnahmen	-	5.8	6.3	6.1	6.2	6.3
Nettoinvestitionen	-	-96.2	-92.5	-63.9	-65.0	-80.0
Private Haushalte						
Aufwand	-	-641.2	-667.5	-676.4	-696.7	-719.4
Ertrag	-	8.6	6.9	7.2	7.6	7.9
Saldo	-	-632.6	-660.6	-669.2	-689.2	-711.5
Ausgaben	-	-1.3	-6.9	-6.9	-6.9	-6.9
Einnahmen	-	2.0	6.1	5.1	2.7	2.0
Nettoinvestitionen	-	0.7	-0.8	-1.8	-4.2	-4.9
Übrige						
Aufwand	-	-0.1	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Ertrag	-	11.7	15.5	15.6	15.8	15.9
Saldo	-	11.6	15.3	15.4	15.6	15.7

Die Zahlen zum Rechnungsabschluss 2007 sind noch nach den bisherigen FHG-Grundsätzen erstellt worden. Sie sind wegen der Umstellung der Rechnungslegung in der neuen Form nicht darstell- bzw. vergleichbar.



Tabelle 24: Durchlaufende Beiträge 2007-2012 (konsolidierte Werte)

Mio. Fr.	Rechnung 2007	Budget 2008*	Budget 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Erfolgsrechnung						
Bund	-	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0
Kantone und Konkordate	-	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Gemeinden und Gemeindezweckverbände	-	-88.5	-85.2	-81.2	-81.2	-81.2
Öffentliche Unternehmungen	-	-303.6	-314.1	-320.5	-324.1	-326.6
Private Unternehmungen	-	-187.7	-186.7	-188.5	-190.8	-192.9
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	-	-11.0	-4.9	-5.0	-5.0	-4.8
Private Haushalte	-	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Ausland	-	-	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0
Total Aufwand	-	-591.4	-591.4	-595.8	-601.6	-606.0
Bund	-	419.9	419.5	426.4	431.7	435.5
Kantone und Konkordate	-	137.0	137.5	138.0	138.5	139.0
Gemeinden und Gemeindezweckverbände	-	34.2	34.2	31.3	31.3	31.3
Öffentliche Sozialversicherungen	-	0.1	-	-	-	-
Öffentliche Unternehmungen	-	-	0.1	0.1	0.1	0.1
Ausland	-	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Ertrag	-	591.2	591.4	595.8	601.6	606.0
Investitionsrechnung						
Gemeinden und Gemeindezweckverbände	-	-7.2	-6.1	-4.3	-3.8	-3.4
Öffentliche Unternehmungen	-	-2.5	-1.5	-2.5	-3.5	-1.5
Private Unternehmungen	-	-0.5	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	-	-2.0	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Total Ausgaben	-	-12.2	-12.4	-11.6	-12.1	-9.7
Bund	-	12.2	12.4	10.1	10.6	8.2
Gemeinden und Gemeindezweckverbände	-	-	-	1.5	1.5	1.5
Total Einnahmen	-	12.2	12.4	11.6	12.1	9.7

* Um den Vergleich mit dem Budget 2009 sicherzustellen, wurden die Zahlen zum Budget 2008 auf die neue Rechnungslegung gemäss CRG umgerechnet. Dieser Vorgang wird als "Restatement" bezeichnet. Dadurch ergeben sich teilweise Abweichungen zu den mit dem zum Kantonsratsbeschluss zum Budget 2008 publizierten Ergebnissen.

Die Zahlen zum Rechnungsabschluss 2007 sind noch nach den bisherigen FHG-Grundsätzen erstellt worden. Sie sind wegen der Umstellung der Rechnungslegung in der neuen Form nicht darstell- bzw. vergleichbar.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



VII. KEF Erklärung Nr. 1 „Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan“

Tabelle 25: Szenarien im KEF 2009-2012 pro Direktion

Mio. Fr.	Budget 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Saldo Erfolgsrechnung				
1 Regierungsrat und Staatskanzlei				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-21	-23	-21	-19
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-21	-23	-21	-19
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-21	-23	-21	-19
2 Direktion der Justiz und des Innern				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-620	-629	-636	-644
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-613	-622	-629	-637
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-603	-610	-617	-625
3 Sicherheitsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-962	-993	-1'017	-1'042
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-954	-985	-1'009	-1'034
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-948	-979	-1'001	-1'026
4 Finanzdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	+5'534	+5'342	+5'410	+5'649
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	+5'925	+5'777	+5'901	+6'143
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	+6'262	+6'232	+6'434	+6'767
5 Volkswirtschaftsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-251	-290	-270	-273
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-236	-283	-257	-262
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-220	-264	-233	-237
6 Gesundheitsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-1'369	-1'403	-1'451	-1'703
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-1'338	-1'366	-1'410	-1'652
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-1'305	-1'328	-1'367	-1'600
7 Bildungsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-2'500	-2'563	-2'655	-2'750
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-2'440	-2'487	-2'552	-2'633
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-2'400	-2'436	-2'489	-2'557
8 Baudirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-280	-251	-292	-293
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-264	-236	-276	-277
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-252	-226	-268	-262
9 Übrige				
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-148	-149	-155	-160
Total				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-617	-959	-1'087	-1'235
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-90	-376	-407	-532
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	+364	+217	+283	+280
Nettoinvestitionen				
2 Direktion der Justiz und des Innern				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-14	-19	-16	-11
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-14	-19	-16	-11
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-14	-19	-16	-11
3 Sicherheitsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-48	-46	-43	-58
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-47	-46	-43	-57
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-45	-42	-40	-56
4 Finanzdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-39	-20	-17	-13
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-36	-16	-14	-11
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-35	-16	-13	-9
5 Volkswirtschaftsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-330	-299	-340	-331
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-310	-276	-315	-305
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-255	-224	-264	-254
6 Gesundheitsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-161	-176	-182	-184
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-161	-176	-182	-184
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-146	-158	-162	-162
7 Bildungsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-148	-143	-184	-303
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-147	-142	-183	-301
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-145	-141	-183	-301
8 Baudirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-350	-339	-326	-313
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-341	-330	-316	-303
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-302	-292	-281	-269
9 Übrige				
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-128	-127	-126	-109
Total				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-1'217	-1'168	-1'233	-1'320
Eingaben KEF September 2008 („mittlere Entwicklung“)	-1'183	-1'131	-1'195	-1'281
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-1'069	-1'018	-1'084	-1'169

**VIII. KEF Erklärung Nr. 5 „Transparenz bei den Ausgaben für Dienstleistungen Dritter“**

Der Kantonsrat hat am 29. Januar 2008 die KEF-Erklärung Nr. 5 „Transparenz bei den Ausgaben für Dienstleistungen Dritter“ (KR-Nr. 25/2008) überwiesen, die verlangt, dass die Entwicklung der Ausgaben für Dienstleistungen Dritter transparent dargestellt und Ausgabensteigerungen begründet werden. Folgende Tabelle zeigt den Gesamtaufwand für „Honorare externer Berater, Gutachter und Fachexperten“ (Dienstleistungen Dritter im engeren Sinn, Kontierung in der neuen Kontogruppe 3132). Für die Begründung der Entwicklungen wird auf die Leistungsgruppenblätter verwiesen. Dort werden sie in den Rubriken Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr und Entwicklung in den weiteren Planjahren erläutert.

Tabelle 26: Dienstleistungen Dritter („Honorare externer Berater, Gutachter, Fachexperten“)

in Tsd. Franken	Budget 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	-414	-214	-214	-164
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstle	-762	-773	-785	-797
2206 Amt für Justizvollzug	-349	-354	-360	-365
2207 Amt für Gemeinden	-525	-525	-525	-525
2221 Handelsregister	-5	-5	-5	-5
2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen	-45	-46	-46	-47
2232 Fachstelle Opferhilfe	-70	-71	-72	-73
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zi	-196	-199	-202	-205
2234 Fachstelle Kultur	-80	-80	-100	-100
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	-175	-175	-55	-56
2251 Bezirksräte	-131	-132	-133	-135
2262 Baurekurskommissionen	-13	-13	-13	-14
2263 Steuerrekurskommissionen	-130	-130	-130	-130
2 Direktion der Justiz und des Inneren	-2'481	-2'504	-2'427	-2'451
3100 Kantonspolizei	-161	-161	-161	-163
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	-10	-10	-10	-10
3500 Sozialamt	-500	-500	-500	-500
3 Sicherheitsdirektion	-671	-671	-671	-673
4000 Generalsekretariat FD	-200	-100	-100	-100
4100 Finanzverwaltung	-1'080	-680	-590	-690
4400 Steuern Betriebsteil	-7'852	-8'013	-7'759	-5'538
4700 Drucksachen und Material	-200	-203	-206	-209
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat	-5	-5	-5	-5
4 Finanzdirektion	-9'337	-9'001	-8'660	-6'542
5000 Generalsekretariat (GS)	-215	-215	-215	-230
5205 Amt für Verkehr (AFV)	-3'380	-3'130	-3'010	-3'010
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	-363	-613	-613	-463
5 Volkswirtschaftsdirektion	-3'958	-3'958	-3'838	-3'703
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	-2'200	-2'200	-2'200	-2'200
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	-10	-10	-10	-10
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	-10	-10	-10	-15
6 Gesundheitsdirektion	-2'220	-2'220	-2'220	-2'225
7000 Bildungsverwaltung	-1'053	-903	-803	-753
7100 Lehrmittelverlag	-20	-20	-20	-20
7301 Mittelschulen	-1'109	-1'064	-1'042	-1'001
7302 Schulen im Gesundheitswesen	-70	-	-	-
7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen	-1'043	-1'043	-1'043	-1'043
7501 Jugend- und Familienhilfe	-43	-43	-43	-43
7502 Berufs- und Studienberatung	-10	-10	-10	-10
7 Bildungsdirektion	-3'348	-3'083	-2'961	-2'870
8000 Generalsekretariat (GS)	-740	-740	-740	-740
8100 Hochbauamt (HBA)	-30	-30	-30	-30
8300 Amt für Raumplanung und Vermessung (ARV)	-550	-	-	-
8400 Tiefbauamt (TBA)	-182	-147	-147	-147
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	-25	-	-	-
8700 Immobilienamt (IMA)	-290	-290	-290	-290
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)	-102	-102	-102	-102
8910 Natur- und Heimatschutzfonds	-20	-20	-20	-20
8960 Deponiefonds	-10	-10	-10	-10
8 Baudirektion	-1'949	-1'339	-1'339	-1'339
9000 Kantonsrat	-81	-81	-81	-81
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte	-1'700	-1'700	-1'700	-1'700
9040 Bezirksgerichte	-11'415	-11'587	-11'761	-11'938
9061 Kassationsgericht	-67	-68	-69	-70
9064 Sozialversicherungsgericht	-330	-330	-330	-330
9520 Kantonsspital Winterthur	-213	-216	-219	-222
9600 Universität Zürich	-3'300	-3'400	-3'500	-3'600
9 Ubrige	-17'106	-17'382	-17'660	-17'941
Total	-41'483	-40'371	-39'990	-37'908

IX. Kennzahlen der Finanzlage des Kantons Zürich

...quote = Verhältnis zum Volkseinkommen

Steuerquote: Staatssteuern (brutto) in Prozent des Volkseinkommens

Staatsquote: Konsolidierte Gesamtausgaben (Ausgaben ohne Abschreibungen, Einlagen in Bestandeskonti von Fonds, Interne Verrechnungen und Durchlaufende Beiträge) in Prozent des Volkseinkommens

Aufwandquote: Bereinigter Aufwand (Aufwand ohne Interne Verrechnungen, Durchlaufende Beiträge und Einlagen in Bestandeskonti von Fonds im Eigenkapital) in Prozent des Volkseinkommens

(Netto) Investitionsquote: Nettoinvestition in Prozent des Volkseinkommens (auch als Kennzahl für Bruttoinvestition)

...grad = Verhältnis zu den Nettoinvestitionen

Selbstfinanzierungsgrad: Selbstfinanzierung (Saldo Erfolgsrechnung plus Abschreibungen des Verwaltungsvermögens sowie der Investitionsbeiträge, minus Auflösung passivierter Investitionsbeiträge, plus Fondseinlagen in Fonds im Eigenkapital, minus Fondsentnahmen aus Fonds im Eigenkapital) in Prozent der Nettoinvestitionen

Neuverschuldungsgrad: Finanzierungsfehlbetrag (+) / -überschuss (-) in Prozent der Nettoinvestitionen

...anteil = Verhältnis zum (bereinigten) Ertrag

Selbstfinanzierungsanteil: Selbstfinanzierung in Prozent des bereinigten Ertrags (Ertrag ohne Interne Verrechnungen, Ausserordentliche Erträge, Durchlaufende Beiträge, Fondsentnahmen und Finanzerträge)

Kapitaldienstanteil: Nettozinsaufwand (Zinsaufwand minus Zinserträge) und ordentliche Abschreibung des Verwaltungsvermögens in Prozent des bereinigten Ertrags

Eigenkapitalanteil: Eigenkapital (einschliesslich Fondskapitalien aus Fonds im Eigenkapital) in Prozent des bereinigten Ertrags

Zinsbelastungsanteil: Nettozinsaufwand in Prozent des bereinigten Ertrags



Tabelle 27: Kennzahlen 2001-2012

in %	2001 (FHG)	2002 (FHG)	2003 (FHG)	2004 (FHG)	2005 (FHG)	2006 (FHG)
Steuerquote	6.0	6.2	5.1	4.8	4.8	4.8
Staatsquote	12.3	12.9	11.8	11.5	11.4	11.0
Aufwandquote	12.4	12.5	11.5	11.0	10.9	10.5
Nettoinvestitionsquote	0.2	0.8	0.7	0.8	0.8	0.9
Bruttoinvestitionsquote	1.3	1.7	1.2	1.4	1.4	1.4
Selbstfinanzierungsgrad	479.8	150.9	17.4	41.0	278.1	90.5
Neuverschuldungsgrad	-379.8	-50.9	82.6	59.0	-178.1	9.5
Selbstfinanzierungsanteil	8.3	9.4	1.1	2.9	18.0	7.8
Kapitaldienstanteil	5.7	8.1	7.2	5.4	4.3	5.6
Eigenkapitalanteil	19.9	20.9	16.8	13.6	24.3	28.6
Zinsbelastungsanteil	0.4	0.6	0.5	-0.5	-0.8	-1.1

in %	2007 (FHG)	B 2008* (CRG)	B 2009 (CRG)	KEF 2010 (CRG)	KEF 2011 (CRG)	KEF 2012 (CRG)
Steuerquote	5.0	5.1	5.0	4.7	4.7	4.8
Staatsquote	9.9	12.0	12.1	11.9	11.7	11.9
Aufwandquote	9.6	11.3	11.4	11.3	11.2	11.3
Nettoinvestitionsquote	0.7	1.0	1.2	1.1	1.1	1.1
Bruttoinvestitionsquote	1.2	1.5	1.4	1.2	1.1	1.2
Selbstfinanzierungsgrad	150.2	88.5	59.4	30.3	21.2	7.1
Neuverschuldungsgrad	-50.2	11.5	40.6	69.7	78.8	92.9
Selbstfinanzierungsanteil	11.0	6.7	5.0	2.5	1.8	0.6
Kapitaldienstanteil	3.3	5.6	4.6	4.7	4.5	4.7
Eigenkapitalanteil	33.9	-	-	-	-	-
Zinsbelastungsanteil	-2.5	1.1	0.8	0.8	1.0	1.2

* Um den Vergleich mit dem Budget 2009 sicherzustellen, wurden die Zahlen zum Budget 2008 auf die neue Rechnungslegung gemäss CRG umgerechnet. Dieser Vorgang wird als "Restatement" bezeichnet. Dadurch ergeben sich teilweise Abweichungen zu den mit dem zum Kantonsratsbeschluss zum Budget 2008 publizierten Ergebnissen.

Bis und mit Rechnung 2007 sind die Kennzahlen auf der Basis des Rechnungsmodells FHG berechnet. Ab 2008 kommt die neue Rechnungslegung gemäss CRG zur Anwendung. Im Rahmen der Harmonisierung des Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) wurde auch die Methodik der Kennzahlenberechnung leicht angepasst. Durch die Konsolidierung werden zudem ab 2008 auch die Anstalten (Konsolidierungskreis 3) in die Kennzahlenberechnung einbezogen. Durch diesen Systemwechsel verändern sich die Werte teilweise. Insbesondere die Staats-, Aufwand-, Nettoinvestitions- und Bruttoinvestitionsquote erhöhen sich deshalb gegenüber 2007.

Der Vergleich der Werte ab 2008 mit denjenigen vor 2008 ist somit erschwert. Für die Kennzahlenberechnung der Quoten wird auf das kantonale Volkseinkommen abgestützt. Die aktuellste Angabe zum Zürcher Volkseinkommen des Bundesamtes für Statistik betrifft 2005 und das auch nur provisorisch. Die Volkseinkommen für 2006 bis 2012 sind auf Grund von Schätzungen zum Wachstum des realen Bruttoinlandproduktes und der Konsumentenpreise hochgerechnet. Aufgrund der Ende 2007 eingeführten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Schweiz werden die kantonalen Volkseinkommen der Jahre 1998 bis 2005 im Bundesamt für Statistik zurzeit neu berechnet. Die neuen Ergebnisse werden zusammen mit einer ersten Schätzung für das Jahr 2006 Anfang Oktober 2008 verfügbar werden. Die ausgewiesenen Quoten werden deshalb noch ändern.



Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei



Staatskanzlei Seiten 85–98

Direktion für Justiz und Inneres Seiten 99–170

Sicherheitsdirektion Seiten 171–206

Finanzdirektion Seiten 207–258

Volkswirtschaftsdirektion Seiten 259–300

Gesundheitsdirektion Seiten 301–344

Bildungsdirektion Seiten 345–408

Baudirektion Seiten 409–472



Staatskanzlei

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Überblick
- 2.2 Umfeldanalyse

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Übrige Investitionen
- 4.2 Finanzielle Entwicklung
 - 4.2.1 Übersicht
 - 4.2.2 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Projekte



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

- Das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (OG RR) vom 6. Juni 2005 und die Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR) vom 18. Juli 2007 sind am 1. September 2007 in Kraft getreten. Der Staatskanzlei wurden mit diesen Erlassen vor allem Aufgaben in den Bereichen Planung, Controlling und Aussenbeziehungen übertragen. Dafür wurden die bisher in Personalunion geführten Bereiche Leistungscontrolling und Politische Planung und Koordination in die zwei selbstständigen Abteilungen Regierungscontrolling und Koordination Aussenbeziehungen aufgeteilt.
- Die Förderung und Koordination der Nutzung von elektronischen Mitteln zur Kommunikation und für den Geschäftsverkehr mit der Öffentlichkeit wurde in der VOG RR als Aufgabe der Staatskanzlei verankert. Die Stabsstelle E-Government ist mit der Umsetzung dieser Vorgaben beauftragt.
- Die verwaltungsweite Umsetzung und koordinierte Anwendung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) vom 12. Februar 2007 wird nach dessen voraussichtlicher Inkraftsetzung auf 1. Juli 2008 ebenfalls der Staatskanzlei übertragen.
- Die Leistungsgruppen 1990, Sanierungsprogramm 04, Querschnittmassnahmen, und 1991, Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht 06, Querschnittmassnahmen, werden nach Abschluss dieser Sanierungsprogramme nicht mehr weitergeführt. Die Mittel für die drei aus diesen Massnahmen hervorgegangenen Projekte werden von der Finanzdirektion (Projekte ZERZE und Beschaffungswesen) und der Baudirektion (Projekt Umsetzung Flächenstandards) budgetiert.

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung:				
KEF 2008-2011	-3	0	2	-
KEF 2009-2012	-21	-23	-21	-19
Veränderung	-18	-23	-23	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2008-2011	-	-	-	-
KEF 2009-2012	-	-	-	-
Veränderung	-	-	-	-

- Die finanziellen Änderungen zum KEF Vorjahr ergeben sich im Wesentlichen aus dem Wegfall der beiden Leistungsgruppen Querschnittmassnahmen Sanierungsprogramme San04 und MH06 (LG 1990 und 1991).



2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

2.1 Überblick

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates. Ihr obliegen gemäss OG RR vom 6. Juni 2005 und der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung vom 18. Juli 2007, VOG RR (beide Erlasse in Kraft seit 1. September 2007):

- Die Vorbereitung der Sitzungen des Regierungsrates, insbesondere die Prüfung der Anträge der Direktionen in formeller, redaktioneller und rechtlicher Hinsicht;
- die Rechtsberatung des Regierungsrates und die Mitwirkung am Gesetzgebungsverfahren;
- die Unterstützung des Regierungsrates bei der politischen Planung (Legislaturschwerpunkte) und bei der Berichterstattung über seine Tätigkeit (Geschäftsbericht);
- die Wahrnehmung verwaltungsübergreifender Koordinationsaufgaben (beispielsweise Europa- und grenzüberschreitende Fragen);
- die Unterstützung der Regierungsmitglieder in ihrer Vertretung des Kantons in interkantonalen und internationalen Konferenzen (regionale Regierungskonferenzen, Konferenz der Kantonsregierungen, Internationale Bodensee-Konferenz);
- das Controlling für den Regierungsrat;
- der Auf- und Ausbau der elektronischen Informations- und Transaktions-Angebote des Kantons sowie die Förderung von Kooperationen im Bereich E-Government;
- die Ausfertigung und der Versand der Beschlüsse des Regierungsrates sowie die redaktionelle und satzmässige Herstellung der amtlichen und weiterer Publikationen;
- die Planung und Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit des Regierungsrates, u.a. die Verantwortung für den Internet-Auftritt des Kantons und Intranet der Verwaltung;
- die Erbringung von Informatikdienstleistungen für den eigenen Bereich, für die Mitglieder des Regierungsrates und weitere Stellen der Verwaltung;
- die Organisation und Durchführung von Anlässen des Regierungsrates, Betreuung des Rathauses und dem Haus zum Rechberg;
- die Instruktion von Rekursen gegen Verfügungen der Direktionen, die durch den Regierungsrat zu entscheiden sind;
- die Erledigung des Postdienstes in der Zentralverwaltung sowie Besorgung des Weibeldienstes für den Kantonsrat, den Regierungsrat und die kirchlichen Synoden.
- die Ausführung von Überbeglaubigungen von Unterschriften zürcherischer Behörden und Amtsstellen gemäss § 246 Abs. 3 EG ZGB in Zusammenarbeit mit der Sicherheitsdirektion.
- die Vereinheitlichung des Zugangs zu den Informationen im Sinne von § 20 Abs. 1 des Gesetzes über die Information und den Datenschutz vom 12. Februar 2007 und der noch zu erlassenden Ausführungsverordnung, voraussichtlich in Kraft ab 1. Juli 2008.

2.2 Umfeldanalyse

Die Staatskanzlei erfüllt die ihr durch das Organisationsrecht und den Regierungsrat im Einzelfall zugewiesenen Aufgaben. Gestützt auf diese Vorgaben und in Berücksichtigung der darauf abgestimmten neuen Rechtsgrundlagen für den kantonalen Finanzhaushalt mit dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung vom 9. Januar 2006 (CRG), der Rechnungslegungsverordnung vom 29. August 2007 (RLV) und der Finanzcontrollingverordnung vom 5. März 2008 (FCV) soll eine umfassende und kohärente Berichterstattung verwirklicht werden. Die Neugestaltung des Geschäftsberichtes des Regierungsrates ist auf der Grundlage der Instrumente der wirkungsorientierten Verwaltungsführung erfolgt. In einem nächsten Schritt soll die Berichterstattung zur Geschäftsführung des Regierungsrates und zur Staatsrechnung abgeglichen, koordiniert und zusammengeführt werden. Eine kohärente und umfassende Berichterstattung wird zudem mit dem Controlling durch die beauftragten Controllingdienste des Regierungsrates ermöglicht.

Für den Bereich Information und Kommunikation ist von einer immer stärkeren Verwendung der elektronischen Medien, insbesondere des Internet, auszugehen. Der Daten- und Informationsaustausch sowie



der Kontakt mit Einwohnerinnen und Einwohnern, Firmen und Institutionen wird immer stärker unter dem Einfluss von neuen Technologien auf elektronischem Weg erfolgen. Dieser Trend soll mit geeigneten E-Government-Projekten unterstützt werden. Dabei sollen die Ziele und Vorgaben der E-Government-Strategie Schweiz berücksichtigt werden. Im Sommer 2007 wurde dazu die vom Kanton Zürich ratifizierte Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz vom Bundesrat und der Konferenz der Kantonsregierungen beschlossen. Allerdings wird der Staat auch weiterhin einen wesentlichen Teil seiner Informationen zusätzlich als klassische Printprodukte veröffentlichen müssen, um nicht Teile der Bevölkerung vom Informationsfluss auszuschliessen. Dies führt zu zusätzlichen, teils beträchtlichen Aufwendungen im Personal- und Sachbereich.



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Ziel 1. Unterstützung des Regierungsrates in Planung und Steuerung verstärken (LZ RR 3)

Als allgemeine Stabsstelle soll die Staatskanzlei den Regierungsrat in Zukunft stärker bei der Wahrnehmung seiner Regierungsaufgaben in Bezug auf die Planung und Steuerung der Geschäfte beraten und unterstützen. Das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (OG RR) und die dazugehörige Verordnung (VOG RR) sind am 1. September 2007 in Kraft getreten. Sie bilden die Grundlage für den Aufbau des Regierungscontrollings in der Staatskanzlei, welches die entsprechenden Verfahren, Instrumente und Abläufe bis 2011 verankern soll. Als Ziel 3 für die Legislatur 2007–2011 hat der Regierungsrat ferner festgelegt, das Standortmarketing zu verstärken. In diesem Rahmen hat er der Staatskanzlei den Auftrag erteilt, beim Aufbau des vorgesehenen Monitorings auf der Grundlage von Indikatoren den Aspekt der Standortqualität in allen Politikbereichen besonders zu berücksichtigen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Aufbau und Umsetzung eines Regierungscontrollings
- Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten (LZ RR 3.2)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Ziel 2. Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (LZ RR 6)

Der Regierungsrat hat als Ziel 6 für die Legislatur 2007–2011 festgelegt, die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterzuentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern. In diesem Rahmen will er einen umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen. Als Grundlage soll eine kantonale E-Government-Strategie und ein Umsetzungsplan einschliesslich eines Projektportfolios erarbeitet werden. Die Stabsstelle E-Government koordiniert die Umsetzung der Strategie in den Direktionen und der Staatskanzlei und unterstützt die federführenden Verwaltungsstellen bei der Durchführung ihrer E-Government-Projekte in organisatorischer, technischer und rechtlicher Hinsicht.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government) (LZ RR 6.6)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Ziel 3. Erscheinungsbild der kantonalen Verwaltung vereinheitlichen (LZ RR 6)

Der Regierungsrat hat als Ziel 6 für die Legislatur 2007–2011 festgelegt, die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterzuentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern. In diesem Zusammenhang möchte er das Zugehörigkeitsgefühl der Angestellten zum Kanton verstärken und damit zur Schaffung einer identitätsstiftenden Verwaltungskultur beitragen. Das visuelle Erscheinungsbild des Kantons soll sich stärker von demjenigen anderer öffentlicher Dienstleister abgrenzen. Zudem will er die Transparenz staatlicher Leistungen weiter verbessern und Kosten einsparen. Zur Umsetzung dieser Ziele hat er den Auftrag erteilt, ein einheitliches Erscheinungsbild (Corporate Design, CD) für die kantonale Verwaltung einzuführen und das Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude zu modernisieren.

Das Projekt zur Erarbeitung des neuen "CD Kanton Zürich" ist in ein Vorprojekt und ein Hauptprojekt gegliedert. Im Vorprojekt werden bis spätestens Ende 2008 der Auftrag im Hinblick auf das Hauptprojekt geklärt und die notwendigen Rahmenbedingungen für das neue "CD Kanton Zürich" festgelegt. 2009 soll das Hauptprojekt durchgeführt werden. In zwei von der Staatskanzlei untereinander koordinierten Projekten – einerseits zu den Publikationen, zu Schriftverkehr, Ausweisen, Fahrzeugbeschriftung, Uniformen und elektronischem Auftritt, andererseits zum baulichen Erscheinungsbild – werden die



Schnittstellen zur Bevölkerung nach einheitlichem Konzept gestaltet. Ab 2010 ist die rollende Einführung des neuen "CD Kanton Zürich" geplant. Allfällige Lagervorräte sind bis Ende 2009 abzubauen. Für grundlegende CD-Erneuerungen

und -Weiterentwicklungen gilt vorläufig ein Moratorium. Zur Minimierung der anfallenden Kosten soll sich das Prinzip der Substitution wie ein roter Faden durch das Projekt ziehen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Einheitliches Corporate Design für die kantonale Verwaltung einführen und Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren (LZ RR 6.1)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Ziel 4. Pendenzen und Aufwand der Rekursabteilung verkleinern

Die Anzahl der pendenten Fälle in der Rekursabteilung belief sich am 31. Dezember 2007 auf 931 Geschäfte. Das entspricht ungefähr dem Neueingang von Rekursen während eines Jahres. Mit drei zusätzlichen Stellen für juristische Sekretärinnen oder Sekretäre, befristet für die Dauer von drei Jahren (2009-2011), soll diese Pendenzenzahl um rund die Hälfte verringert werden.

Mit einer merklichen Reduktion der pendenten Fälle kann die durchschnittliche Erledigungsdauer pro Fall verkürzt und der Bearbeitungsaufwand durch eine umgehende Erledigung häufig vermindert werden. Mittelfristig lassen sich dadurch die Kosten für die Rekurs erledigungen senken.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Befristete Kapazitätserweiterung in der Rekursabteilung

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Ziel 5. Interessenwahrung in den Aussenbeziehungen verbessern (LZ RR 5)

Der Staatskanzlei kommt im Rahmen der Verbesserung der Interessenwahrung durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen, dem benachbarten Ausland sowie den Städten und Gemeinden (Legislaturziel 5 des Regierungsrates) eine wesentliche Koordinationsfunktion zu. Mit dem OG RR und der VOG RR wurden dazu die rechtlichen Grundlagen geschaffen. Der Staatskanzlei wurde insbesondere die Leitung des Koordinationsgremiums für Aussenbeziehungen (KAB) übertragen, das sich aus mindestens einer Vertretung jeder Direktion und der Staatskanzlei zusammensetzt. Legislativziel 5 des Regierungsrates und die in der VOG RR aufgeführten Aufgaben sollen mit griffigen Massnahmen und sachgerechten Instrumenten umgesetzt werden. Dazu gehören wesentlich die Mitwirkung in interkantonalen und internationalen Konferenzen und Gremien sowie die Kontaktpflege zu den Zürcher Mitgliedern in der Bundesversammlung.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen (LZ RR 5.1)
- Kantonsinterne und externe Informationen zu den Aussenbeziehungen bündeln (LZ RR 5.2)
- Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren (LZ RR 5.3)
- Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten (LZ RR 5.6)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 1000 Regierungsrat und Staatskanzlei



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Ersatz Informatik-Ausrüstung der Staatskanzlei	-	-0.2	-	-	-	-
Beitrag an "Haus der Kantone" Konferenz der Kantonsregierungen, KdK	-	-1.1	-	-	-	-
Total Nettoinvestitionen	-	-1.3	-	-	-	-

4.2 Finanzielle Entwicklung

4.2.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	4.6	0.9	1.1	1.1	1.1	1.1
Aufwand	-20.7	-12.4	-22.0	-24.0	-22.0	-20.6
Saldo	-16.1	-11.5	-20.9	-22.9	-20.9	-19.5
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	-	-	-	-	-	-
Ausgaben	-	-1.3	-	-	-	-
Nettoinvestitionen	-	-1.3	-	-	-	-

4.2.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2009 der Staatskanzlei mit dem beschlossenen Budget 2008 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2009-2012 mit dem Niveau des Budgets 2008 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)	Veränderungen zu B 2008 (%)	Veränderungen zu B 2008 (%)
	B 2009	Schnitt 2009-2012	B 2009	Schnitt 2009-2012
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	0.2	0.2	22 %	22 %
Aufwand	-9.6	-9.8	-77 %	-79 %
Saldo	-9.4	-9.6	-82 %	-83 %
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	-	-	-	-
Ausgaben	1.3	1.3	100 %	100 %
Nettoinvestitionen	1.3	1.3	100 %	100 %

Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

Ertrag steigt um 0.2 Mio. Franken oder 22 %. Wichtigste Ursachen:

- + 0.1 Mio. Übertrag aus Lotteriefond
- + 0.1 Mio. Mehrertrag aus Verrechnung Staatsgebühren Rekurse

Aufwand steigt um 9.6 Mio. Franken oder 77 %. Wichtigste Ursache:

- - 7.2 Mio. Wegfall Leistungsgruppe 1990 und 1991 (Projekte Flächenstandart und Beschaffungswesen)
- - 0.6 Mio. Erhöhung des Personalaufwandes infolge Erhöhung der Personalumfanges von 5.25 Stellen
- - 0.3 Mio. Lohnanpassung 2009
- - 1.3 Mio. Kosten für das Projekt einheitliches Corporate Design

Investitionsrechnung

Es sind keine Investitionen geplant.

Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

In den Jahren 2009 bis 2012 liegt der Ertrag durchschnittlich um 0.2 Mio. über dem Niveau des Budgets 2008. Wichtigste Ursachen:

Ertrag steigt um 0.2 Mio. Franken oder 22 %. Wichtigste Ursachen:

- + 0.1 Mio. Übertrag aus Lotteriefond
- + 0.1 Mio. Mehrertrag aus Verrechnung Staatsgebühren Rekurse

In den Jahren 2009 bis 2012 liegt der Aufwand durchschnittlich um 9.8 Mio. über dem Niveau des Budgets 2008. Wichtigste Ursachen:

Aufwand steigt um 9.8 Mio. oder 79 %. Wichtigste Ursachen:

- - 7.2 Mio. Wegfall Leistungsgruppe 1990 und 1991 (Projekte Flächenstandart und Beschaffungswesen)
- - 0.6 Mio. Erhöhung des Personalaufwandes infolge Erhöhung der Personalumfanges von 5.25 Stellen
- - 0.3 Mio. Lohnanpassung 2009
- - 1.8 Mio. Kosten für das Projekt Einheitliches Corporate Design

Investitionsrechnung

Es sind keine Investitionen geplant.



5. Leistungsgruppen

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	1.8	0.9	0.0	1.1	0.0	1.1	0.0	1.1	1.1	-39.3
Aufwand	-17.7	-19.6	0.0	-21.9	0.0	-24.0	0.0	-22.0	-20.6	16.0
Saldo	-16.0	-18.7	0.0	-20.9	0.0	-22.9	0.0	-20.9	-19.5	0.0
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen										
Ausgaben		-1.3								-0.2
Nettoinvestitionen		-1.3								-0.2
Personal (Beschäftigungsumfang)	60.7	66.5	0.0	71.8	0.0	71.8	0.0	73.3	68.8	

Aufgaben

- A1 Als Stabsstelle des Regierungsrates hat die Staatskanzlei diejenigen Leistungen zu erbringen, die ein reibungsloses Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde garantieren (Sitzungsvorbereitung, Rechts- und Politikberatung, Controlling, Veranstaltungsorganisation, Informationstätigkeit, Rekursinstruktion). Sie erbringt zudem Dienstleistungen für die Verwaltung (Postdienst, Informatik und E-Government).

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Aufbau und Umsetzung eines Regierungscontrollings	2011	1
E2 Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten (LZ RR 3.2)	2010	1
E3 Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government) (LZ RR 6.6)	2012	2
E4 Einheitliches Corporate Design für die kantonale Verwaltung einführen und Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren (LZ RR 6.1)	2010	3
E5 Befristete Kapazitätserweiterung in der Rekursabteilung	2011	4
E6 Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen (LZ RR 5.1)	2010	5
E7 Kantonsinterne und externe Informationen zu den Außenbeziehungen bündeln (LZ RR 5.2)	2010	5
E8 Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren (LZ RR 5.3)	2010	5
E9 Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten (LZ RR 5.6)	2010	5

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
Leistungen							
L1 Anzahl Regierungsratsbeschlüsse	P	1'982	1'850	1'900	1'900	1'900	1'900
L2 Umfang Regierungsratsprotokoll in Anzahl Seiten	P	9'385	8'500	9'000	9'000	9'000	9'000
L3 Anzahl Ausfertigungen von Regierungsratsbeschlüssen	P	163'879	240'000	150'000	150'000	150'000	150'000
L4 Anzahl durch den Regierungsrat erledigte Rekurse	P	818	850	920	1'000	1'050	825
L5 ungedeckte Kosten pro erledigter Rekurs in CHF	max.	2'813	2'760	2'820	2'840	2'850	2'860
L6 Abgehende externe Postsendungen	P	5'273'751	5'150'000	5'150'000	5'150'000	5'150'000	5'150'000
L7 Ankommende externe Postsendungen	P	1'633'500	1'450'000	1'600'000	1'600'000	1'600'000	1'600'000
L8 Intern beförderte Postsendungen	P	525'000	725'000	525'000	525'000	525'000	525'000
L9 Erstellte Publikationsseiten	P	20'899	20'000	20'000	20'000	20'100	20'000
L10 Umfang des Amtsblattes in Zeitungsseiten	P	1'520	1'450	1'450	1'450	1'500	1'450

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 1000	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-20.857
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 1000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- -0.3 Mio. Lohnanpassung 2009
- -0.6 Mio. Erhöhung Personalumfang um 5.25 Stellen
- -1.3 Mio. Kosten für das Projekt einheitliches Corporate Design

Investitionsrechnung

- keine Investitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang erhöht sich auf 71.75 Vollzeitstellen
- +3.0 Stellen befristet 2009 - 2011 Rekursabteilung zum Abbau der Pendenzen
- +1.0 Stelle für Anlauf- und Kompetenzstelle für die verwaltungsinterne Koordination des Informations- und Datenschutzgesetzes
- +0.5 Stelle kaufm. Sachbearbeiterin für die Abteilungen Regierungscontrolling, Koordination Aussenbeziehungen und E-Government
- +0.75 Stellen diverse Pensenanpassungen sowie 0.25 Stellen-Übertrag aus dem Sozialstellenpool für die Kommunikationsabteilung.

Indikatoren

- L3 Anzahl Ausfertigungen von Regierungsratsbeschlüssen reduziert sich um 90'000 auf 150'000 Stück. Die Ausfertigungen werden neu teilweise in elektronischer Form versandt.
- L4 Anzahl durch den Regierungsrat erledigte Rekurse. Durch die befristete Anstellung von 3 zusätzlichen Juristen, wird die Erledigungszahl bis 2011 erhöht.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- 2010 -1.8 Mio. zusätzliche Kosten für die Umsetzung des Projektes einheitliches Corporate Design in der Verwaltung
- 2011 +2.3 Mio., die Kosten für das Projekt Corporate Design reduzieren sich von 3.3 auf 1 Mio.
- 2012 +0.6 Mio. Reduktion Stellen Rekursabteilung
- 2012 +1.0 Mio. Kosten für das Projekt Corporate Design (abgeschlossen) entfallen.

Investitionsrechnung

- keine Investitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- 2009 / 2010 erhöht sich der Beschäftigungsumfang auf 71.75 Vollzeitstellen (siehe Vergleich Budget Vorjahr)
- 2011 erhöht sich der Beschäftigungsumfang auf 73.25 Stellen, +1.5 Stellen für die Hausverwaltung Rechberg
- 2012 reduziert sich der Beschäftigungsumfang auf 68.75 Stellen, -4.5 befristete Stellen Rekursabteilung für Reduktion Pendenzen

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 2009 -1.3 Mio. für das Projekt einheitliches Corporate Design in der Verwaltung
- 2010 -3.3 Mio. für das Projekt einheitliches Corporate Design in der Verwaltung
- 2011 -1.0 Mio. für das Projekt einheitliches Corporate Design in der Verwaltung
- 2009 - 2011 - 0.6 Mio. für zusätzliche 5.25 Stellen

Investitionsrechnung

- keine Investitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- siehe Budgetvergleich



6. Projekte

Regierungsrat und Staatskanzlei

- Projekt-Nr. 0001: Einheitliches Corporate Design für die Verwaltung



Projekt-Nr. 0001	Einheitliches Corporate Design für die Verwaltung
Staatskanzlei / Regierungsrat und Staatskanzlei	

Kurzumschreibung Projekt
Einführung eines einheitlichen Corporate Design in der Verwaltung
Wirkungsziel:
Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes der kantonalen Verwaltung zur Stärkung der Zugehörigkeit der Mitarbeitenden zum Kanton, zur Verbesserung der Transparenz staatlicher Leistungen sowie zur Kosteneinsparung durch Reduktion des Sachaufwandes bei der Beschaffung von Publikationen, Briefschaften, Kuverts, Etiketten, Informatik-Software usw.
Leistungsziel:
Ende 2011 soll das Erscheinungsbild von Regierungsrat sowie Zentral- und Bezirksverwaltung des Kantons nach einem einheitlichen Corporate Design durchgehend eingeführt sein.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-5.65	-	-0.05	-1.3	-3.3	-1.0	0
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-5.65	-	-0.05	-1.3	-3.3	-1.0	0
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 0001	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- RRB Nr. 420 / 2008; Auslösung Vorprojekt
2008	- RRB Nr. 665 / 2008; Geltungsbereich für ein einheitliches Corporate Design
2010	- Rollende Einführung des neuen "CD Kanton Zürich"
2011	- Abschluss der Umsetzungsarbeiten; Übergang zum Betriebskonzpet

Bemerkungen
Die kalkulierten Kosten für die Planjahre 2010 von 3,3 Mio. Franken und 2011 von 1,0 Mio. Franken werden grossenteils bei den Direktionen und den unterstellten Ämtern, Abteilungen und Betrieben anfallen. In der jetzigen Projektphase ist eine Aufteilung noch nicht möglich, weshalb die Gesamtkosten bei der Projektleitung eingestellt werden. Im Rahmen der nächstjährigen Neuerstellung des KEF sind diese Aufwendungen dann durch die einzelnen Leistungsgruppen zu planen.



Direktion für Justiz und Inneres

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation und Aufgaben

- 2.1 Die Direktion im Überblick
- 2.2 Aufgaben

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Neben der Fortführung der bereits für den vorjährigen KEF relevanten Grossprojekte werden in der laufenden KEF-Periode Reformprojekte im Bereich des Gemeindewesens im Vordergrund stehen. Das Gemeindeamt wird in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat neben dem Projekt für die Reform der Bezirks- und Gemeindestrukturen neu auch die Reform des Zürcher Finanzausgleichs und die Totalrevision des Gemeindegesetzes vorantreiben. Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung und die damit zu koordinierenden Anpassungen der kantonalen Gerichtsordnung und des Verfahrensrechts an das neue Bundesgerichtsgesetz, die eidgenössische Zivil- und die eidgenössische Strafprozessordnung werden das Generalsekretariat weiter intensiv beschäftigen. Das Projekt elektronische Langzeitarchivierung wird die Direktion (v.a. Staatsarchiv und LFC) auch die nächsten Jahre begleiten.

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2009	2010	2011	2012
Erfolgsrechnung:				
KEF 2008-2011	-602	-588	-598	-
KEF 2009-2012	-613	-623	-629	-637
Veränderung	-11	-35	-31	-637
Investitionsrechnung:				
KEF 2008-2011	-15	-17	-11	-
KEF 2009-2012	-14	-19	-16	-11
Veränderung	+1	-2	-5	-11

Die finanzielle Entwicklung zeigt im Vergleich zur Vorjahresplanung beim Saldo Laufende Rechnung folgendes Bild:

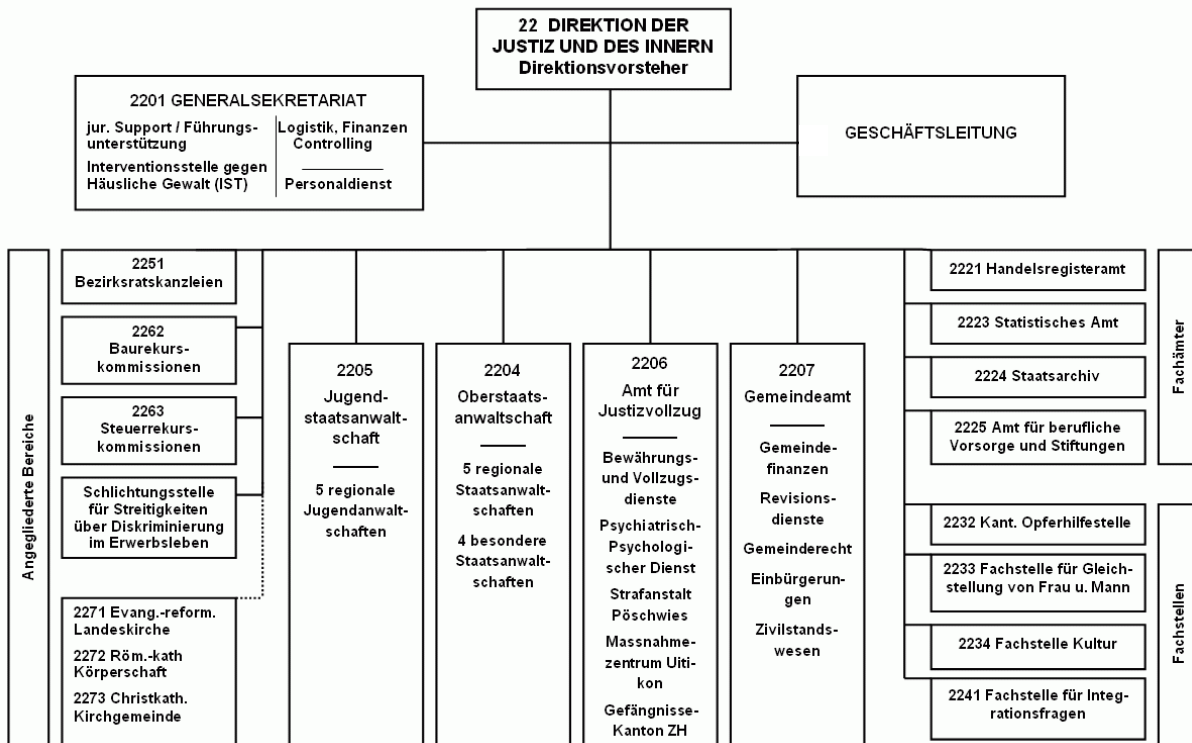
- Die IPSAS-Rechnungslegung führt zu rund 7 Mio. Franken Verschlechterung (davon Investitionsfonds 4 Mio. Franken in den beiden ersten Planjahren).
- Die höheren Einnahmen aus Bussen und Geldstrafen in der Strafverfolgung tragen mit 2,4 Mio. Franken zur Verbesserung gegenüber den Vorjahreszahlen bei.
- Die Auswirkung des Novemberbriefes trägt 3,2 Mio. Franken zur Verschlechterung gegenüber dem Vorjahres-KEF bei.
- Die Auswirkungen des Projektes Finanzausgleich sind noch nicht abschätzbar und deshalb in der Planung nicht mehr enthalten. Dies führt im Jahre 2010 zu 17 Mio. und in 2011 zu 18 Mio. Franken Verschlechterungen gegenüber der letztjährigen Finanzplanung.
- Alle Aufwandsteigerungen (Personalaufwand gemäss Vorgaben, Teuerung, Projekte usw.) führten zu den übrigen Verschlechterungen. Dazu tragen alleine die Teuerungszulagen für das Opernhaus und das Theater des Kantons Zürich mit 6 Mio. Franken bei.

In der Investitionsrechnung führten die Neuintiierung des Umbauprojektes des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU), die Verlegung des Vollzugszentrums Urdorf, sowie die Schaffung von zusätzlichen Plätzen für die Ausschaffung zu Mehrkosten.



2. Organisation und Aufgaben

Direktion der Justiz und des Innern



2.1 Die Direktion im Überblick

Die Direktion der Justiz und des Innern ist in die drei grossen Bereiche Strafverfolgung (Erwachsene und Jugendstrafrechtspflege), Justizvollzug und Gemeindeangelegenheiten, sodann in die Gruppen Fachstellen und Fachämter sowie die sogenannten angegliederten Bereiche unterteilt. Der Direktionsvorsteher führt die Direktion mit Hilfe des Generalsekretariates (Führungsunterstützung/ jur. Support, Personaldienst, Logistik/Finanzen/Controlling/Informatik) und einer Geschäftsleitung.

Strafverfolgung Erwachsene und Jugendstrafrechtspflege

Dieser Bereich umfasst die Oberstaatsanwaltschaft, die Staatsanwaltschaften, die Jugendstaatsanwaltschaft und die Jugendanwaltschaften. Kernaufgabe dieser Organisationseinheiten ist die Strafverfolgung. Bei der Jugendstrafrechtspflege steht zusätzlich die Integration der jugendlichen Straftäterinnen und Straftäter im Mittelpunkt. Dieser Leitidee folgend ist die Jugendstrafrechtspflege auch für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständig.

Amt für Justizvollzug

Das Amt für Justizvollzug umfasst die Abteilungen Vollzug und Bewährung, den Psychiatrisch-Psychologischen Dienst, das Massnahmenzentrum Uitikon, die Strafanstalt Pöschwies, die Hauptabteilung Gefängnisse, das Vollzugszentrum Urdorf sowie die Halbgefängenschaft Winterthur. Kernaufgabe dieses grossen Geschäftsfeldes ist der Vollzug von Strafen und Massnahmen an Erwachsenen, inklusive der erforderlichen Nachbetreuung.

Gemeindeamt

Hier sind die Abteilungen Gemeinderecht, Gemeindefinanzen, Einbürgerungen, Zivilstandswesen und Revisionsdienste zusammengefasst. Durch die Vernetzung der Strukturen werden im Geschäftsfeld Gemeinden alle Aufgaben und Geschäftsvorfälle mit kommunalem oder kommunal-rechtlichem Kontext zusammengefasst, koordiniert und im Sinne eines eigentlichen Kompetenzzentrums gestaltend betreut.

**Fachämter**

Die Fachämter sind Amtsstellen mit hoher fachlicher Selbständigkeit. Sie haben einen eigenen Prozessbereich und eigene Klientel. Zu den Fachämtern gehören das Handelsregisteramt, das Staatsarchiv, das Statistische Amt sowie das Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen.

Fachstellen

Die Fachstellen sind selbständige, kleine Organisationseinheiten, welche übergreifend für die ganze Direktion oder für die gesamte kantonale Verwaltung tätig sind. Hierzu gehören die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann, die Fachstelle Kultur, die kantonale Opferhilfestelle und die Fachstelle für Integrationsfragen.

Angegliederte Bereiche

Die sogenannten angegliederten Bereiche sind in aller Regel der Direktion lediglich administrativ zugeordnet. Ihre Führungsinstanzen sind zum Teil nicht in die Hierarchie der Direktion eingebunden und werden vom Volk, Kantonsrat oder Regierungsrat direkt gewählt. Hierzu gehören die Bezirksräte, die Baurekurskommissionen, die Steuerrekurskommissionen und die Kirchen.

2.2 Aufgaben

Die Direktion der Justiz und des Innern sorgt für

- die Förderung der objektiven und subjektiven Sicherheit
- die gesellschaftliche Integration
- die Sicherstellung des Rechts als Ordnungs- und Steuerungsinstrument sowie der Rechtsentwicklung (Stärkung der integrativen Funktion des Rechts)
- die Stärkung der föderalistischen Staatsstrukturen



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Ziel 1: Objektive und subjektive Sicherheit fördern durch verstärkte Bekämpfung von Gewaltdelikten und eine vernetzte Gewaltprävention (LZ RR 16)

Die erfolgreiche Bekämpfung der Kriminalität erfordert zunehmend eine ämter- und fachübergreifende Zusammenarbeit sowohl im Bereich der Repression als auch im Bereich der Prävention.

Die Rückfall- und Gewaltprävention ist eine der zentralen Kernaufgaben des Justizvollzugs. Die diesbezüglichen Bemühungen sollen in den Institutionen des Justizvollzugs weiter verstärkt und auf ihre Wirkung hin evaluiert werden.

Für die jugendstrafrechtlichen Sanktionen gemäss neuem Recht (insb. Freiheitsentzug und geschlossene Unterbringung) fehlen im Kanton Zürich geeignete Vollzugsplätze. Mit der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur (Aus- und Umbau MZU) soll der Vollzug der Sanktionen gemäss neuem Recht sichergestellt werden.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden sowie die Integrität des Finanz- und Wirtschaftsplatzes erhalten
- Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen (LZ RR 16.3; Verhinderung offene Drogenszene; Bekämpfung von Auswüchsen im Strassenverkehr; Eindämmung der Einbruchskriminalität; Priorisierung bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität; effiziente und rasche Verfahren zur Bekämpfung des Hooliganismus; Optimierung der Zusammenarbeit mit Polizei, Schule und Sozialdiensten bei der Bekämpfung von Gewaltdelikten wie Strassenraub und Körperverletzung unter Jugendlichen; integrierte Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität und der damit verbundenen Auswüchse wie Menschenhandel und Prostitution)
- Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen (LZ RR 16.4)
- Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzugs verstärken (LZ RR 16.5), insbesondere durch Projekte und Programme der Bewährungs- und Vollzugsdienste und des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes sowie der Weiterentwicklung und Differenzierung der betrieblichen und personellen Kapazitäten (Neueröffnung Gefängnis Limmattal in Dietikon, Aus- und Umbau des Massnahmenzentrums, Vollzug stationärer Massnahmen gemäss Art. 59 Abs. 3 StGB in der Strafanstalt Pöschwies, Vorbereitungsarbeiten für das Polizei- und Justizzentrum Zürich)
- Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt „Junge Intensivtäter“ verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren (LZ RR 16.6)
- Gründliche Überprüfung und Optimierung der Bekämpfung der Gewaltkriminalität (Abläufe, Datentransfer, institutionalisierter Informationsaustausch, Höhe der beantragten bzw. ausgefallten Sanktionen etc.) durch die Strafverfolgung Erwachsene und die Jugendstrafverfolgung gemeinsam mit Polizeikorps, Gerichten und Justizvollzug
- Gewaltschutzgesetz umsetzen und Ausschöpfen der Möglichkeiten der Lernprogramme PoG (Partnerschaft ohne Gewalt) und START (Soziales Training für aggressive und risikobereite Verkehrsteilnehmer)
- Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld sowie in der Jugendarbeit mit geschlechtersensiblen Fokus verstärken (Kampagne „Respekt ist Pflicht“)
- Förderung der Suchtprävention

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 2201 Generalsekretariat
- 2204 Strafverfolgung Erwachsene
- 2205 Jugendstrafrechtspflege
- 2206 Amt für Justizvollzug

**Ziel 2: Mit verbesserter gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt stärken (LZ RR 13)**

Aufgrund der Tatsache, dass eine erfolgreiche Integration sowohl vom Staat als auch von den Betroffenen ein aktives Verhalten verlangt, soll die Bevölkerung regelmässig über die Integrationspolitik, die Chancen und Risiken der Migration, die Fortentwicklung der Integrationsmassnahmen und die Optimierung der Projekte breit und sachlich informiert werden, um Vorurteile ab- und Vertrauen aufzubauen. Dabei sind eine zielgruppenspezifische Information sowie eine breite Palette verschiedenster Massnahmen vorgesehen, die von den Betroffenen einen aktiven Beitrag verlangen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Information zu Migration und Integration verbessern und Kampagne „Aller Anfang ist Begegnung“ umsetzen (LZ RR 13.1)
- Aktive Integrationsbereitschaft fördern (LZ RR 13.2): Umsetzung des Pilotprojekts Integrationsvereinbarungen und Schaffung eines kantonalen Integrationsgesetzes
- Kompetenzzentrum für Integration einrichten
- Ein Paket von diversen Massnahmen umsetzen (z.B. Infobroschüre für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger; Sprachkurse; lokale Integrationsangebote; regelmässige Treffen mit den Schlüsselpersonen aus den Migrantenvereinen; regelmässiger Informationsaustausch mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden etc.)
- Integrationsgesetz ausarbeiten
- Mit dem Projekt, Transkription/Digitalisierung RRB's' einen aktiven Beitrag zur Transparenz des staatlichen Handelns leisten und den Zugang zu Informationen auf breiter Front gewährleisten
- Umsetzung der Neuregelung des Verhältnisses Kirche/Staat

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 2201 Generalsekretariat
- 2224 Staatsarchiv
- 2241 Fachstelle für Integrationsfragen
- 2271 Evangelisch-reformierte Landeskirche
- 2272 Römisch-Katholische Körperschaft
- 2273 Christkatholische Kirchgemeinde

Ziel 3: Mit der konsequenten Umsetzung der Kantonsverfassung die integrative Funktion des Rechts verstärken und den Zusammenhalt in der Bevölkerung verbessern

Die Umsetzung der Justizreform des Bundes hat Auswirkungen auf das kantonale Recht. Mit der neuen Kantonsverfassung wurden sodann die Grundlagen für das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft im Kanton nach mehrjähriger Vorbereitungsarbeit neu kodifiziert. Die konsequente Umsetzung der Bundesgesetzgebung sowie der neuen verfassungsrechtlichen Grundordnung auf Gesetzes- und Verordnungsstufe stärkt die demokratische Legitimationskraft der Rechtserlasse. Gleichzeitig sind die Grenzen der Regulierbarkeit durch die Rechtsetzung aufzuzeigen, und das Verhältnis zu den ökonomischen Steuerungsinstrumenten ist zu klären.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Koordinationsstelle Kantonsverfassung (Projekt Nr. 42JI2201)
- Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung (Projekt Nr. 43JI2201)
- Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht
- Totalrevision Gemeindegesetz
- Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip: Anwendung des neuen IDG bzw. der IDV, Erarbeitung Informationsverwaltungs-Verordnung IVV
- E-Voting
- Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirchen und Staat auf Verordnungsstufe konkretisieren

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 2201 Generalsekretariat



- 2207 Gemeindeamt
- 2223 Statistisches Amt
- 2224 Staatsarchiv

Ziel 4: Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung stärken (LZ RR 7)

Der Kanton soll eine einheitliche und klare Haltung gegenüber den Gemeinden einnehmen und für deren Aufgabenerfüllung sichere Rahmenbedingungen schaffen. Die Strategie soll aufzeigen, wie der Kanton im Bereich der Gemeindestrukturen und der interkommunalen Zusammenarbeit Gemeindereformen unterstützen will. Die Gemeinden sollen in der Lage sein, ihre Kernaufgaben selbstständig und kostengünstig zu erfüllen.

Der innerkantonale Finanzausgleich soll revidiert werden. Er soll die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb zwischen den Gemeinden schaffen und negative Anreize für die Anpassung der Gemeindestrukturen an veränderte Verhältnisse beseitigen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Gemeindestrategie erarbeiten (LZ RR 7.1)
- Totalrevision Gemeindegesetz
- Innerkantonalen Finanzausgleich revidieren (LZ RR 7.2; Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs Projekt Nr. 28JI2215)
- Grundsätze für eine stufengerechte Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden festlegen (LZ RR 7.3)
- Reform der Bezirks- und Gemeindestrukturen
- Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen (z. B. Archivverbände) (LZ RR 7.4)
- Koordinationsgremium für kantonale Vorhaben aufbauen, welche die Gemeinden betreffen (LZ RR 7.5)
- Berichterstattung über den Stand der Aufgabenteilung und über den Handlungsspielraum der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 2201 Generalsekretariat
- 2207 Gemeindeamt
- 2215 Finanz- und Lastenausgleich
- 2224 Staatsarchiv
- 2291 Investitionsfonds
- 2292 Ausgleichsfonds

Ziel 5: Die Bestrebungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie koordinieren

Die politischen Bestrebungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie waren im Kanton Zürich bisher eher zurückhaltend. Mit der neuen Kantonsverfassung wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nunmehr aber eine öffentliche Aufgabe (Art. 107 Abs. 2 KV).

Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen zu Massnahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist stark zersplittert. Auch auf kantonaler Ebene liegen die Zuständigkeiten für einzelne Bereiche bei unterschiedlichen Direktionen. Die Koordinationsarbeiten sollen im Rahmen einer Projektorganisation (Task Force) angegangen werden.

Die Impulse, die der Kanton durch die Förderung neuer Arbeits- und Lebensmodelle liefert, sollen in die Gesellschaft weiter getragen werden.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Mit einer Projektorganisation eine institutionalisierte Koordination zwischen den zuständigen Direktionen aufbauen und damit eine gesamtheitliche Konzeption von Massnahmen in allen Handlungsfeldern ermöglichen sowie die Abstimmung und Steuerung von Massnahmen verbessern (z.B. familienergänzende Kinderbetreuung; familienfreundliches Steuer- und Sozialleistungssystem,



das keine negativen Anreize betr. Erwerbstätigkeit von Mütter und Vätern setzt; familienfreundliche Unternehmens- bzw. Arbeitgeberpolitik),

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie als integralen Bestandteil der Personalpolitik der JI verankern und umsetzen, indem selbst aktiv Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ergriffen werden (z.B. Teilzeitarbeit fördern; Frauenanteil in Führungspositionen erhöhen; Unterstützung bei familienergänzender Kinderbetreuung anbieten und ausbauen; Laufbahnplanung für werdende und junge Eltern)
- Die Bevölkerung und die Wirtschaft für die Thematik bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch gezielte zielgruppenadäquate Massnahmen sensibilisieren (Kampagnen; Informationsplattform für Best Practice; Beratung und Unterstützung bei der Einführung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen etc.)
- Engagement der JI in den Projekten des Personalamts zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 2201 Generalsekretariat
- 2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann

Ziel 6: Förderung eines breiten und hoch stehenden Kulturangebots (LZ RR 15)

Der Regierungsrat hat als Ziel 15 für die Legislatur 2007-2011 festgelegt, herausragende Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte zu fördern. Der Kanton fördert (subsidiär zu den Gemeinden und Städten) ein eigenständiges und vielfältiges kulturelles Schaffen. Die Schwerpunkte der kantonalen Kulturförderung betreffen einerseits das kulturelle Leben in den Landgemeinden und andererseits überregionale Anliegen. Gemeinden, die Strukturen für ein vielfältiges Kulturleben schaffen und erhalten beziehungsweise kulturelle Projekte initiieren, sollen verstärkt auch bei risikoreichen Vorhaben unterstützt werden. Regionale Kulturzentren in Landgemeinden sollen sodann mit zweckgebundenen Produktionsmitteln für Projekte von regionalen Kunstschaffenden und Nachwuchskünstlerinnen und -künstlern ausgestattet werden. Daneben ist der für die traditionsreichen Kulturinstitute erreichte Standard zu erhalten.

Im Rahmen der NFA sieht die BV unter anderen für den Bereich der Kultur eine interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich vor. Die bisher vom Kanton Zug nicht ratifizierte Kulturlastenvereinbarung zwischen den Kantonen Luzern, Schwyz, Zug und Zürich soll neu verhandelt werden.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt kommunale Eigeninitiativen/regionale Zentren erarbeiten (LZ RR 15.1)
- Anpassung der Lotteriefonds-Richtlinien (Beiträge zu Gunsten der Freien Kulturkredite des Regierungsrats sowie für die Zusprennung wiederkehrender Betriebsbeiträge zu Gunsten von ausgewählten Kulturorganisationen)
- Das kantonale Kulturförderungsleitbild umsetzen
- Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs (Projekt Nr. 28JI2215)
- Interkantonale Kulturlastenvereinbarung abschliessen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 2201 Generalsekretariat
- 2215 Finanz- und Lastenausgleich
- 2234 Fachstelle Kultur



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
Umbau/Erweiterung Staatsarchiv	20,4	1997	2000	2003 - 2008
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon	21,7	2006	2008	2009 - 2013

4.2 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Umbau/Erweiterung Staatsarchiv	2,9	0,4	-	-	-	-
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon	-	-	3,7	1,5	7,3	4,8
Total Nettoinvestitionen	11,4	13,4	14,1	19,0	16,3	11,2

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung (Mio. Fr.)
Erweiterung Staatsarchiv	2000	2005-2008	- 3.0
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon	2008	2009-2013	- 3.0



4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	502,4	440,0	447,9	416,1	419,8	420,4
Aufwand	-1'069,7	-1'032,5	-1'061,0	-1'038,6	-1'048,4	-1'057,9
Saldo	-567,3	-592,5	-613,1	-622,5	-628,6	-637,5
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	-	0,6	1,4	1,6	3,2	1,4
Ausgaben	-11,4	-14,0	-15,4	-20,6	-19,5	-12,6
Nettoinvestitionen	-11,4	-13,4	-14,0	-19,0	-16,3	-11,2

4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2009 der Direktion für Justiz und Inneres mit dem nach IPSAS neu bewerteten Budget 2008 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2009-2012 mit dem Niveau des Budgets 2008 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).

(+ besser, -schlechter)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)	Veränderungen zu B 2008 (%)	Veränderungen zu B 2008 (%)
	B 2009	Schnitt 2009-2012	B 2009	Schnitt 2009-2012
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	7,9	-13,9	1,8	-3,2
Aufwand	-28,5	-19,0	-2,7	-1,8
Saldo	-20,6	-32,9	-3,5	-5,6
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	0,8	1,3	147,7	238,2
Ausgaben	-1,4	-3,0	-10,3	-21,4
Nettoinvestitionen	-0,6	-1,7	-4,6	-12,5

a) Entwicklung Budget 09 zu Budget 08:

Erfolgsrechnung

Sowohl Ertrag und Aufwand sind beeinflusst durch die Veränderung von 5.0 Mio. Franken beim Beitrag des Lotteriefonds für kulturelle Beiträge.

Der Saldo der Erfolgsrechnung verschlechtert sich um -20.6 Mio. Franken; die wichtigsten Ursachen sind:

- Anstieg der Beiträge aus der Interkantonalen Rahmenvereinbarung durch Inkraftsetzung ab 2009 bei der Fachstelle Kultur um +3.0 Mio. Franken.
- Abnahme der Rückerstattungen von Steuerfussausgleich von Gemeinden (-3.0 Mio. Franken).
- Abnahme der Abschreibungen und Zinsen aufgrund des geringen Investitionsvolumens in den Vorjahren (+2.7 Mio. Franken).
- Zunahme Lastenabgeltung an Stadt Zürich (-0.8 Mio. Franken).



- Erhöhung der Beiträge an Opernhaus und Theater des Kantons Zürich infolge vertraglichem Teuerungsausgleich (-6.6 Mio. Franken) sowie der übrigen Kulturbeiträge (-1.4 Mio.).
- Anstieg des Personalaufwandes gemäss Vorgaben zum KEF um -13.7 Mio. Franken (Teuerungsausgleich -3.8 Mio. Franken, Stufenanstieg -3.6 Mio. Franken, übriger Personalaufwand +0.7 Mio. Franken sowie durch 69 zusätzliche Stellen -7.0 Mio. Franken).
- Höhere Beiträge der Opferhilfe (-1.2 Mio. Franken)

b) Entwicklung in den Planjahren

Erfolgsrechnung

Die Beeinflussung sowohl des Ertrages als auch des Aufwandes durch die Reduktion von 22.5 Mio. Franken beim Steuerkraftausgleich ausgeschlossen, liegt die durchschnittliche Erhöhung der Einnahmen bei +8.6 Mio. Franken und der Ausgaben bei -41.5 Mio. Franken. Damit verschlechtert sich der Saldo im Schnitt um -32.9 Mio. Franken. Die wichtigsten Ursachen der Veränderungen im Schnitt der Jahre 2009 - 2012 sind:

Zunahme Personalaufwand gemäss Vorgaben -4.7 Mio. Franken (Teuerungsausgleich -3.1 Mio. Franken, Beförderungen -0.7 Mio. Franken, Stufenanstieg -0.9 Mio. Franken).

Zunahme Personalaufwand infolge struktureller Änderung wie Eröffnung Gefängnis Limmattal (-3.1 Mio. Franken), die Übernahme der Aufsicht über die Sammeleinrichtungen vom Bund durch das Amt für berufliche Vorsorge (-2.3 Mio. Franken) sowie durch weitere personelle Aufstockungen im Amt für Justizvollzug durch den Erweiterungsbau MZU, die Inbetriebnahme der Abteilung "stationäre Massnahmen" in der Strafanstalt sowie durch die Übernahme der psychiatrischen Grundversorgung im Polizeigefängnis. Diese Kosten sowie der übrige Personalaufwand belaufen sich im Schnitt auf -2.8 Mio. Franken je Jahr. Zunahme der Lastenabgeltung an die Stadt Zürich -0.8 Mio. Franken, Abnahme der Rückerstattungen von Finanzausgleichsbeiträgen von -4.0 Mio. Franken.

Zunahme der kulturellen Beiträge um -17.7 Mio. Franken (davon Opernhaus und Theater Kanton Zürich -11.1 Mio. Franken, übrige Kulturinstitute -6.6 Mio. Franken, wovon jedoch 5 Mio. Franken aus dem Beitrag des Lotteriefonds und 3 Mio. Franken aus der interkantonalen Rahmenvereinbarung gedeckt werden).

Veränderungen der übrigen Aufwendungen wie Sachaufwand -1.5 Mio. Franken, Opferhilfe-Beiträge -1.5 Mio. Franken und übriges - 3.1 Mio. Franken.

Zunahme des Ertrages von +8.6 Mio. Franken, die im wesentlichen auf die höheren Beiträge für kulturelle Zwecke zurückzuführen sind.



5. Leistungsgruppen

- 2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen**
- 2204 Strafverfolgung Erwachsene**
- 2205 Jugendstrafrechtspflege**
- 2206 Amt für Justizvollzug**
- 2207 Amt für Gemeinden**
- 2215 Finanz- und Lastenausgleich**
- 2221 Handelsregisteramt**
- 2223 Statistisches Amt**
- 2224 Staatsarchiv**
- 2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen**
- 2232 Fachstelle Opferhilfe**
- 2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich**
- 2234 Fachstelle Kultur**
- 2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen**
- 2251 Bezirksräte**
- 2262 Baurekurskommissionen**
- 2263 Steuerrekurskommissionen**
- 2271 Evangelisch-reformierte Landeskirche**
- 2272 Römisch-katholische Körperschaft**
- 2273 Christkatholische Kirchgemeinde**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	13.2	12.4	0.0	12.3	0.0	12.3	0.0	12.3	12.3	-7.0
Aufwand	-18.9	-18.6	0.0	-20.0	0.0	-20.6	0.0	-21.3	-22.0	16.4
Saldo	-5.8	-6.2	0.0	-7.7	0.0	-8.4	0.0	-9.0	-9.8	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen										
Ausgaben		-0.1	0.0	-0.6	0.0	-3.8	0.0	-0.8	-0.8	-1.0
Nettoinvestitionen		-0.1	0.0	-0.6	0.0	-3.8	0.0	-0.8	-0.8	-1.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	48.9	49.8	0.0	53.6	0.0	53.6	0.0	53.6	53.6	

Aufgaben

- A1 Das Generalsekretariat unterstützt den Direktionsvorsteher in seiner Führungsaufgabe (Stabsfunktion). Es bearbeitet parlamentarische Geschäfte, führt Rechtsmittelverfahren in Direktionskompetenz und bereitet die Entscheide vor. Zudem unterstützt das GS die einzelnen Organisationseinheiten der Direktion.
- A2 Es führt bei sich einen Gesetzgebungsdienst sowie die Koordinationsstelle für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung. Des Weiteren ist ihm die Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt angegliedert.
- A3 Der Personaldienst ist innerhalb der Direktion verantwortlich für die Umsetzung der Personalinstrumente sowie der kantonalen Personalpolitik. Er unterstützt die Amtsstellen bei der Personaladministration, -entwicklung, -information und -marketing. Er berät Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Kader. Ferner ist er für den Stellenplan und das Personalcontrolling zuständig.
- A4 Die Hauptabteilung LFC erbringt zentral die Dienstleistungen innerhalb der Direktion JI für die Bereiche Logistik (Gebäude, Raumplanung, Sicherheit, Abrechnungen), Informatik (Beschaffung/Evaluation, Betrieb/Betreuung aller PC-Arbeitsplätze, Hard- und Softwareprodukte, Rechenzentrumsdienste usw.), Finanzen (Buchhaltungsdienste für Fachstellen/Fachämter) und (Direktions-)Controlling.
- A5 Zusätzliche Dienstleistungen: Betrieb ServiceCenter Lotus Notes Kanton Zürich (Mailbetrieb Lotus Notes und Push Mail PDA für die kantonale Verwaltung), ServiceCenter PKI (Public-Key Infrastruktur BIT und Swisscom) für die kantonale Verwaltung sowie Betrieb PKI/Security-Lösung, Kantonspolizei Zürich, Hosting/Housing Dienstleistungen für Applikationen PJZ-Datenbank und e-Voting Kanton Zürich.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Betrieb der Koordinationsstelle Umsetzung neue Kantonsverfassung	2010	3
E2 Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes	2010	3
E3 Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung	2010	3
E4 Rückgaben Kirchen-Liegenschaften	2012	4
E5 Qualitätsförderung der Führungsarbeit	2010	0
E6 Entwicklung und Umsetzung von Direktionsstandards in der Personalarbeit	2009	0
E7 Projekt neues Rechenzentrum PJZ (Planung, Realisierung)	2012	0
E8 Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Straf- und Zivilsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes anpassen (LZ RR 16.4)	2010	3

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit Direktionsvorsteher	min.	>gut	>gut	>gut	>gut	>gut	>gut
W2 Zufriedenheit Supportfunktion durch Ämter (Rückmeldungen)	min.	>gut	>gut	>gut	>gut	>gut	>gut
W3 Gutgeheissene Verwaltungsgerichtsbeschwerden	P	<10%	<10%	<10%	<10%	<10%	<10%
W4 Zufriedenheit der Mitarbeitenden (Messinstrument: Personalumfrage alle 3 Jahre)		-	-	-	-	-	-
W5 - generell (ganze Direktion)	min.	-	gut	-	-	gut	-
W6 - Personaldienst	min.	-	gut	-	-	gut	-
W7 - ReWe/Controlling, Logistik	min.	-	gut	-	-	gut	-
W8 - IT	min.	-	gut	-	-	gut	-
W9 Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren	P	<10%	<10%	<10%	<10%	<10%	<10%

Leistungen

L1 Rekurs erledigungen (inkl. Begnadigungen)	195	150-200	150-200	150-200	150-200	150-200
L2 Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse (Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen) in % aller eingegangenen Geschäfte	100	100	100	100	100	100
L3 Anzahl spezifisch geschulter Führungskräfte in Prozent Gesamtführungskräfte	80%	90%	90%	90%	90%	90%
L4 Personalreporting durchführen	1 x	1 x	1 x	1 x	1 x	1 x
L5 Betreuung PC-Arbeitsplätze	1418	1392	1422	1432	1435	1439
L6 Finanzreporting und Führung Rechnungswesen (ab 09)	-	-	28	28	28	28

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschnittliche Erledigungszeit spruchreifer Rekurse (in Monaten)	1	1	1	1	1	1
B2 Kosten Basis-Arbeitsplatz DJI (ab 08)	-	1750	1750	1750	1750	1750
B3 Gesamt-Kosten PC-Arbeitsplatz DJI	8342	8280	7960	7960	7960	7960

Leistungsgruppe 2201	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-7.711
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.600

Budget	Leistungsgruppe 2201
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Durch die Zusammenlegung der beiden Buchungskreise 2201 und 2203 bedingte Anpassungen an Aufgaben und Entwicklungsschwerpunkten.

Indikatoren

- Durch die Zusammenlegung der beiden Leistungsgruppen GS 2201 und ZDL 2203 zur neuen Leistungsgruppe 2201 "GS Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen" wird auf die Fortführung von folgenden Indikatoren verzichtet, bzw. inhaltlich angepasst:
- ZDL: W1, W6, L3, L5, L6, L7, B1, B2, B4, B5
- GS: W3
- Indikatoren wurden präzisiert:
- W2, W5

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Das Gesamtbudget erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr. Es steigert sich um den Wert der vorgegebenen Erhöhung der Gehälter und der Teuerung, personellen Mutationen sowie durch höhere Ausgaben im Bereich der Sachkosten sowie der internen Verrechnungen, aufgrund Wahrnehmung neuer Aufgaben.
- Infolge tieferer PC-Arbeitsplatzkosten sowie Verzicht der Verrechnung der Rechnungsführung sind tiefere interne Erträge zu verzeichnen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zunahme aufgrund neuer Aufgaben (3 Stellen für ZH-COM, RRB 428/08) sowie eine zusätzliche Auditorenstelle zu 50% und 0.3 Stellen durch Änderung des Beschäftigungsgrades von Teilzeitangestellten.

Indikatoren

- keine Änderungen bei den bereits bestandenen Indikatoren.
- Neu ist Indikator B2 (Kosten Basis-Arbeitsplatz)

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung basiert auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung. Durch die Wahrnehmung neuer Aufgaben ist eine Kostenzunahme im Bereich Dienstleistungen Dritter zu verzeichnen.
- Nicht nur die öffentlichrechtlich anerkannten kirchlichen Körperschaften, auch die beiden neu anerkannten jüdischen Gemeinden erbringen Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Nach § 8 des Gesetzes über die anerkannten jüdischen Gemeinden in Verbindung mit den §§ 19 ff. des neuen Kirchengesetzes, das auf den 1.1.2010 in Kraft treten wird, entrichtet der Staat für solche Leistungen Kostenbeiträge. Mangels separater Leistungsgruppe sind diese Beiträge im Generalsekretariat eingestellt.

Investitionsrechnung

- Das seit 2000 in Betrieb stehende Rechtsinformationssystem (RIS) muss einer Gesamt-Erneuerung unterzogen werden. Die Entwicklungskosten gehen zu Lasten der Investitionsrechnung.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- keine Änderungen vorgesehen

Indikatoren

- Voraussichtlich keine wesentlichen Änderungen

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Verschlechterung des Saldos ist auf die Erhöhung der Personalkosten gemäss Vorgaben, sowie zusätzliche Stellen und Sachkosten bedingt durch neue Aufgaben zurückzuführen. Dies betrifft auch die Dienstleistungen Dritter.
- Durch Verzicht der Internen Verrechnung der Rechnungsführung sowie tiefere Gebühren ist ein Einnahmerückgang zu verzeichnen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zunahme infolge neuer Aufgaben (3 Stellen für ZH-COM, RRB 428/08) sowie eine zusätzliche Auditorenstelle zu 50% und 0.3 Stellen durch Änderung des Beschäftigungsgrades von Teilzeitangestellten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	22.6	19.5	0.0	19.6	0.0	19.6	0.0	19.6	19.6	-13.3
Aufwand	-79.2	-83.9	0.0	-86.3	0.0	-87.9	0.0	-88.9	-89.8	13.4
Saldo	-56.7	-64.4	0.0	-66.7	0.0	-68.3	0.0	-69.3	-70.3	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen										
Ausgaben		-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	-0.2	-0.1
Nettoinvestitionen		-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	-0.2	-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	309.6	317.5	0.0	315.1	0.0	322.1	0.0	324.1	325.1	

Aufgaben

- A1 Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes, die Strafprozessordnung sowie das Gerichtsverfassungsgesetz. Strafverfahren werden als Anklagen, Einstellungen oder Strafbefehle erledigt. Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung und entscheidet bis 2010 über Verfahrensrekurse.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Verbesserung der Alterstruktur der Pendenzen (Indikatoren: Pendenzen älter als 1 Jahr; Pendenzen älter als 2 Jahre)	2011	1
E2 Optimierung der Zusammenarbeit mit der Polizei und der Bundesanwaltschaft	2011	1
E3 Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen (LZ RR 16.3)	2009	1
E4 Vorbereitungsarbeiten Eidgenössische Strafprozessordnung	2010	1
E5 Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen (LZ RR 16.4) (Teilprojekt zu E8 Generalsekretariat)	2010	1

Indikatoren

Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen						
W1 Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen (ab 07)	33.9%	<= 35 %	<= 35 %	<= 35 %	<= 35 %	<= 35 %
W2 Anteil erstmaliger Strafbefehle (ab 07)	77.8 %	>= 75 %	>= 75 %	>= 75 %	>= 75 %	>= 75 %
W3 Zugelassene Anklagen (ab 07)	98.5 %	>= 95 %	>= 95 %	>= 95 %	>= 95 %	>= 95 %
Leistungen						
L1 Anklagen	2'305	2'000	2'000	1'500	1'500	1'500
L2 Einstellungen der Verfahren (inkl. Sistierungen)	9'210	8'000	8'000	8'000	8'000	8'000
L3 Strafbefehle	12'364	11'500	11'500	12'000	12'000	12'000
L4 Total der Erledigungen (Summe L1-L3)	23'879	21'500	21'500	21'500	21'500	21'500
L5 Rekurs- und Beschwerdeentscheide	140	200	200	25	25	25
L6 Pendenzen total	8'780	10'000	10'000	10'000	10'000	10'000
L7 Pendenzen älter als 1 Jahr	13.5 %	13.1 %	12.5 %	12.0 %	11.5 %	11.5 %
L8 Pendenzen älter als 2 Jahre	3.9 %	3.8 %	3.6 %	3.4 %	3.2 %	3.0 %
Wirtschaftlichkeit						
B1 Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, Fr. (ab 07)	2'347	2'651	2'741	2'792	2'823	2'886
B2 Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, Fr. (ab 07)	19'777	21'541	23'806	24'248	24'516	25'065
B3 Bruttoaufwand pro erledigten Fall total in Fr. (ab 07)	3'318	3'908	4'015	4'089	4'134	4'227

Leistungsgruppe 2204 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-66.725
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.150

Budget Leistungsgruppe 2204

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die termingerechte Umsetzung der voraussichtlich per 1. Januar 2010 in Kraft tretenden Schweizerischen Strafprozessordnung wird umfangreiche Vorarbeiten mit sich bringen. Um die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei noch enger zu gestalten, legte der Regierungsrat Schwerpunkte in der Strafverfolgung fest.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung ergibt sich aus den KEF-Vorgaben zur Personalaufwandsplanung, zur Teuerung und der Ressourcenplanung für neue Projekte. Für das Jahr 2009 wurde mit höheren Ausbildungsaufwendungen für die Schweizerische Strafprozessordnung gerechnet.
- Ebenfalls ab dem Jahr 2009 sind je zwei Stellen für die Projekte Versicherungsbetrug und Vermögensabschöpfung (Finanzierung durch Rücklagen) eingesetzt.
- Bei den Bussen und Geldstrafen wurden die Werte aufgrund der Erfahrungen des Jahres 2007 erhöht.
- Die Zunahme bei den Dienstleistungen Dritter ab dem Jahr 2009 ist auf die Sachkosten bei den Projekten Versicherungsbetrug und Schweizerische Strafprozessordnung sowie der Abwicklung von Staatshaftungsfällen zurückzuführen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Bei den Personalstellen sind auch Aushilfen, befristete und über Rücklagen finanzierte Stellen enthalten und MH 06 ist in der Entwicklung eingebaut. Gegenüber dem Jahr 2007 findet im Jahr 2009 eine Stellenerhöhung um 6 Stellen statt (Projekte Vermögensabschöpfung +2 Stellen, Versicherungsbetrug +2 Stellen, Schwerpunktbildung bei der Wirtschaftskriminalität +2 Stellen).

Indikatoren

- Vorrangiges Ziel bleibt eine Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Für die zusätzlichen Aufgaben, welche die Schweizerischen Strafprozessordnung mit sich bringt (Ehrverletzungen), wurden ab 2010 7 zusätzliche Stellen eingesetzt.
- Fortgeschrieben wurden die Projekte Versicherungsbetrug und Vermögensabschöpfung.
- Die Zunahme bei den Dienstleistungen Dritter ab dem Jahr 2010 ist auf die Sachkosten bei den Projekten Versicherungsbetrug und Schweizerische Strafprozessordnung sowie der Abwicklung von Staatshaftungsfällen zurückzuführen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Beim Projekt Schwerpunktbildung bei der Wirtschaftskriminalität wird eine weitere Stelle im Jahr 2010 geplant. Beim Projekt Vermögensabschöpfung ergeben sich weitere Erhöhungen in den Jahren 2011 (2 Stellen) und 2012 (1 Stelle). Das Projekt Vermögensabschöpfung wird vollumfänglich über Rücklagen finanziert. Eine einmalige Stellenerhöhung im Umfang von 6 Stellen im Jahr 2010 wird für das Projekt "Eidgenössische Strafprozessordnung" eingerechnet.

Indikatoren

- Mit der Schweizerischen Strafprozessordnung wird eine Verlagerung von Anklagen (L1) zu Strafbefehlen (L3) erwartet (Erhöhung Strafbefehlskompetenz, Strafbefehle bei Nichtgeständigen). Durch den Wegfall der Verfahrensrekurse wurden die Rekurs- und Beschwerdentscheide (L5) angepasst.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die verschiedenen Projekte, wie unter "Entwicklung in den Planjahren" aufgeführt, führen zur ausgewiesenen Stellenerhöhung, davon alleine 6 Stellen ab 2010 für das Projekt "Eidgenössische Strafprozessordnung".

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	2.2	2.6	0.0	2.5	0.0	2.5	0.0	2.5	2.5	11.1
Aufwand	-35.8	-36.9	0.0	-38.1	0.0	-38.7	0.0	-39.3	-39.9	11.3
Saldo	-33.6	-34.3	0.0	-35.6	0.0	-36.2	0.0	-36.8	-37.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	66.5	79.1	0.0	79.6	0.0	80.6	0.0	80.6	80.6	

Aufgaben

- A1 Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Erziehungsverfügung, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren.
- A2 Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität	2011	1
E2 Vorbereitungsarbeiten Eidgenössische Jugendstrafprozessordnung (Teilprojekt zu E8 Generalsekretariat)	2010	1
E3 Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt "Junge Intensivtäter" verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren (LZ RR 16.6)	2011	1

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmenvollzug Entlassenen)	P	66 %	> 60 %	> 60 %	> 60 %	> 60 %	> 60 %
W2 Rechtsmittel (Von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel inkl. Rechtsbehelfe)	P	2.1 %	< 5 %	< 5 %	< 5 %	< 5 %	< 5 %

Leistungen

L1 Ururteilungen von Jugendlichen (Anzahl mit Erziehungs- und Strafverfügung verurteilte Jugendliche)	P	3'256	3'750	3'750	3'750	3'750	3'750
L2 Anklagen an das Jugendgericht (ab 09)	P	-	-	60	60	60	60
L3 Einstellungen der Verfahren (inkl. Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen) (ab 09)	P	-	-	2'200	2'200	2'200	2'200
L4 Verfahrenserledigungen (Anzahl erledigte Verfahren)	P	11'731	12'000	12'000	12'000	12'000	12'000
L5 Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlicher angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen)	P	128	150	150	150	150	150
L6 Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlicher und jugendanwaltschaftlicher angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanter Behandlungen)	P	386	420	400	400	400	400
L7 Vorsorgliche Schutzmassnahmen (Neuanordnungen und Versetzungen im vorläufigen Vollzug von ambulanten oder stationären Schutzmassnahmen)	P	369	175	350	350	350	350
L8 Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens) (ab 08)	P	-	150	170	170	170	170
L9 Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens) (ab 08)	P	-	60	80	80	80	80
L10 Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche (ab 08)	P	-	950	1'000	1'000	1'000	1'000
L11 Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen in Tagen (ab 08)	P	-	3'600	4'000	4'000	4'000	4'000
L12 Haftfälle (Anzahl Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge)	P	174	215	215	215	215	215
L13 Schutzaufsichten (Anzahl Begleitungen / Bewährungshilfen bei bedingten Strafen)	P	317	300	320	320	320	320
L14 Pendenzen pro Jugendanwalt/ -anwältin	P	115	< 105	< 105	< 105	< 105	< 105
L15 Durchschnittliches Pendenzenalter in Tagen	P	191	< 180	< 180	< 160	< 160	< 160
L16 Anteil der Pendenzen > 750 Tage	P	2 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschnittliche Untersuchungsdauer (in Tagen)	P	141	< 180	< 130	< 130	< 130	< 130
B2 Anteil der inner 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen	P	72 %	> 65 %	> 75 %	> 75 %	> 75 %	> 75 %

Leistungsgruppe 2205 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-35.634
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget Leistungsgruppe 2205

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Vor allem bei jugendlichen Gewalttättern soll vermehrt auf die Senkung des Rückfallrisikos hingewirkt werden.
- Die termingerechte Umsetzung der voraussichtlich per 1. Januar 2010 in Kraft tretenden Jugendstrafprozessordnung (JStPO) wird umfangreiche Vorarbeiten mit sich bringen. Die Auswirkungen der JStPO auf die Jugendstrafrechtspflege sind zur Zeit noch nicht abschätzbar.

Indikatoren

- Neu ausgewiesen werden ab 2009 die Werte für die Indikatoren L2 und L3.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Mehraufwand im Budget 2009 geht einerseits auf die mit RRB 2008/423 per 01. April 2008 neu im Stellenplan der Jugendstrafrechtspflege enthaltenen Stellen für Jugendanwältinnen/-anwälte, Sozialarbeiterinnen/-arbeiter und Verwaltungssekretärinnen/-sekretäre und andererseits auf Mehrkosten für jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen zurück.
- Infolge der nicht indexierten Ersatzleistungen an die Massnahmenvollzugskosten und der Rechnung 2007 erfolgte beim Ertrag eine Anpassung.
- Die Kosten für Dienstleistungen Dritter entstehen bei der Jugendstrafrechtspflege fast ausschliesslich für jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Durch die Schaffung von 3 Stellen für Jugendanwältinnen/-anwälte, 4 Stellen für Sozialarbeiterinnen/-arbeiter und 2 Stellen für Verwaltungssekretärinnen/-sekretäre erhöht sich der Stellenplan der Jugendstrafrechtspflege von 69,6 auf neu 78,6 Stellen. Mit der Erhöhung der personellen Ressourcen soll der anhaltend hohen Geschäftslast begegnet und die Voraussetzungen geschaffen werden, um dem im Jugendstrafgesetz festgehaltenen Beschleunigungsgebot Rechnung zu tragen und mittelfristig eine Senkung der Verfahrensdauer zu erreichen.
- Die im Vorjahr enthaltenen und bis 2009 befristeten 0.5 Stellen, zur Bewältigung der durch die erwartete Einführung der Jugendstrafprozessordnung (JStPO) notwendigen Anpassungsarbeiten im Bereich der Jugendstrafrechtspflege, wurden um weitere 0.5 Stellen erhöht.
- Der Personalbestand für das Jahr 2009 beträgt somit 79.6 Stellen.

Indikatoren

- Da die Stellenplanerhöhung zum Teil zur Erreichung der bisherigen Vorgaben notwendig waren, bleiben einzelne Indikatorenwerte unverändert.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Entwicklung in den Planjahren ergibt sich aus den Vorgaben zum Personalaufwand und der Teuerung.
- Beim Ertrag erfolgte keine Anpassung.
- Die Kosten für Dienstleistungen Dritter ergeben sich aus der Entwicklung der Kosten für jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Ab dem Jahr 2010 sind zwei Stellen für Jugendanwältinnen/-anwälte (oder allenfalls juristische Sekretärinnen/Sekretäre), zur Bewältigung der sich aus der Jugendstrafprozessordnung (JStPO) voraussichtlich ergebenden neuen Aufgaben eingeplant.
- Die befristeten 1.0 Stellen wurden aufgehoben.
- Der Personalbestand ab dem Jahr 2010 beträgt somit 80.6 Stellen.

Indikatoren

- Da die Stellenplanerhöhung zum Teil zur Erreichung der bisherigen Vorgaben notwendig waren, bleiben einzelne Indikatorenwerte unverändert.
- Die KEF-Planung der Jugendstrafrechtspflege geht von einem grundsätzlich gleichbleibenden Bedarf an jugendstrafrechtlichen Interventionen aus.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Mehraufwand im Budget 2009 gegenüber dem KEF Vorjahr geht auf die mit RRB 2008/423 per 01. April 2008 neu im Stellenplan der Jugendstrafrechtspflege geschaffenen Stellen für Jugendanwältinnen/-anwälte, Sozialarbeiterinnen/-arbeiter und Verwaltungssekretärinnen/-sekretäre zurück.
- Die Mehraufwendungen für Dienstleistungen Dritter sind auf die höheren Kosten für jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen zurückzuführen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Durch die mit RRB 2008/423 beschlossene Schaffung von 3 Stellen für Jugendanwältinnen/-anwälte, 4 Stellen für Sozialarbeiterinnen/-arbeiter und 2,0 Stellen für Verwaltungssekretärinnen/-sekretäre erhöhte sich der Stellenplan der Jugendstrafrechtspflege von 69,6 auf neu 78,6 Stellen.
- Ab dem Jahr 2010 sind zwei Stellen für Jugendanwältinnen/-anwälte (oder allenfalls juristische Sekretärinnen/Sekretäre), zur Bewältigung der sich aus der Jugendstrafprozessordnung (JStPO) voraussichtlich ergebenden neuen Aufgaben eingeplant.
- Die 2008 eingestellten 0.5 Stellen und 2009 auf 1.0 Stellen erhöhten, befristeten Stellen wurde aufgehoben.

Indikatoren

- Da die Stellenplanerhöhung zum Teil zur Erreichung der bisherigen Vorgaben notwendig waren, bleiben einzelne Indikatorenwerte unverändert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	50.5	49.0	0.0	49.0	0.0	50.4	0.0	52.3	52.7	4.2
Aufwand	-183.1	-188.0	0.0	-193.6	0.0	-198.3	0.0	-201.5	-205.1	12.0
Saldo	-132.6	-139.0	0.0	-144.6	0.0	-147.9	0.0	-149.2	-152.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen		0.6	0.0	1.4	0.0	1.6	0.0	3.2	1.4	1.3
Ausgaben	-3.1	-5.1	0.0	-10.7	0.0	-12.4	0.0	-14.3	-10.4	-9.3
Nettoinvestitionen	-3.1	-4.6	0.0	-9.3	0.0	-10.8	0.0	-11.1	-9.1	-8.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	721.6	731.2	0.0	794.3	0.0	794.6	0.0	795.6	798.6	

Aufgaben

- A1 Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallenen Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen
- A2 Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie Durchführung von ausländerrechtlicher Haft
- A3 Betreuung der inhaftierten Personen, Bewährungshilfe durchführen, Weisungen kontrollieren
- A4 Betrieb und Planung der notwendigen Anstalten und Therapie-/Behandlungsformen
- A5 Vernetzung und Zusammenarbeit mit Justiz-, Sozial-, Gesundheitswesen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzuges verstärken (LZ RR 16.5)	2011	1
E2 Anpassung der Infrastruktur an die Belegungssituation und die Vollzugsanforderungen	2013	1
E3 Wirkungsevaluation der JuV-Leistungen	2011	1

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Anzahl Urlaube aus dem Strafvollzug	P	2159	1'800	1'800	1'800	1'800	1'800
W2 - davon korrekt zurückgekehrt in %	min.	99	99	99	99	99	99
W3 Anzahl Ausbrüche aus Strafvollzug	max.	0	0	0	0	0	0
W4 Anzahl Ausbrüche aus Untersuchungshaft	max.	0	0	0	0	0	0
W5 * Anzahl Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit / (bis 2008)	P	1'129	850	-	-	-	-
W6 - davon erfolgreich in %	P	81.4	80	80	80	80	80
W7 Anzahl bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug	P	646	650	625	625	625	625
W8 * - davon Rückversetzungen / (bis 2008)	P	-	120	-	-	-	-
W9 Anzahl Suizide	max.	0	<2	<2	<2	<2	<2
W10 Anzahl Übergriffe auf Personal	max.	6	<12	<12	<12	<12	<12

Leistungen

L1 Anzahl Aufenthaltstage	P	487'953	500'000	480'000	480'000	480'000	480'000
L2 - davon Untersuchungs- und Sicherheitshaft	P	152'256	160'000	150'000	150'000	150'000	150'000
L3 Belegung aller Anstalten und Gefängnisse in %	P	96.2	98	95	95	95	95
L4 Anzahl psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen	P	11'967	12'000	13'000	13'000	13'000	13'000
L5 Vollzugsfälle Bewährungs- und Vollzugsdienste (Bestand Jahresende) / (neu ab 2009):							
L6 - Freiheitsstrafen (R07: 3'088) / (neu ab 2009)	P	-	-	2'900	2'900	2'900	2'900
L7 - Stationäre Massnahmen (R07: 393) / (neu ab 2009)	P	-	-	410	410	410	410
L8 - Ambulante Massnahmen (R07: 632) / (neu ab 2009)	P	-	-	640	640	640	640
L9 - Gemeinnützige Arbeit (R07: 559) / (neu ab 2009)	P	-	-	560	560	560	560
L10 * Vollzugsfälle und Sozialberatung (Bewährungs- und Vollzugsdienste) / (bis 2008)	P	5'971	6'000	-	-	-	-

Wirtschaftlichkeit

B1 Nettokosten (Staatsbeitrag) pro Aufenthaltstag in Franken:							
B2 - Strafanstalt Pöschwies	P	192	204	200	200	200	200
B3 - Gefängnisse Kanton Zürich	P	121	116	125	125	125	125
B4 - Massnahmenzentrum Uitikon	P	447	420	440	440	440	440
B5 - Vollzugszentrum Urdorf	P	150	131	140	140	140	140
B6 - Halbgefängenschaft Winterthur	P	82	75	80	80	80	80
B7 Kostendeckungsgrad Psychiatrisch-Psychologischer Dienst in %	P	33	27	30	30	30	30
B8 Gemeinnützige Arbeit:							
B9 * - eingesparte Hafttage / (bis 2008)	P	28'170	25'000	-	-	-	-
B10 - geleistete Stunden	P	112'681	100'000	110'000	110'000	110'000	110'000
B11 * - volkswirtschaftlicher Nutzen (geleistete Stunden x 20.--) / (bis 2008)	P	2'253'620	2'000'000	-	-	-	-

Leistungsgruppe 2206 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-144.618
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-10.680

Budget Leistungsgruppe 2206

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Verstärkung der Gewalt- und Rückfallprävention wird neu als Entwicklungsschwerpunkt aufgenommen. Die Anpassung der Infrastruktur sowie die Wirkungsevaluation der JuV-Leistungen werden auch in Zukunft von strategischer Bedeutung für das Amt für Justizvollzug (JuV) sein.

Indikatoren

- Ab 2009 werden die Indikatoren W5, W8, B9, B11 nicht mehr aufgeführt beziehungsweise L5-L9 neu aufgenommen (vgl. "Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr").

Sonstige Bemerkungen

- Die Budgetperiode 09 und die Planungsphase 2010-2012 werden durch folgende Vorhaben geprägt:
- Im 2009 werden über 60 neue Arbeitsstellen geschaffen durch die Inbetriebnahme des Gefängnisses Limmattal, die Eröffnung der Abteilung "Stationäre Massnahmen in der Strafanstalt Pöschwies", die Übernahme der psychiatrischen Grundversorgung im Polizeigefängnis und die etappenweise Umsetzung des Um- und Erweiterungsbaus im Massnahmenzentrum Uitikon.
- Die Investitionsrechnung wird insbesondere beeinflusst durch die örtliche Verlegung des Vollzugszentrums Urdorf und die Schaffung von zusätzlichen Plätzen für die Ausschaffung sowie durch den Aus- und Umbau des Massnahmenzentrums Uitikon.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Im Vergleich zum Budget des Vorjahres erhöhte sich der Personalaufwand aufgrund der KEF-Vorgaben zur Personalkostenplanung sowie infolge 63.1 neuer Stellen um rund -7.8 Mio. Fr. Der Zürcher Beitrag für das „Schweizerische Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal (SAZ)“ vergrößerte sich um rund 0.2 Mio. Fr. Die Straf- und Massnahmenvollzugskosten konnten dank Sparmassnahmen (tiefere Tarife beim „Psychiatrischen Zentrum Rheinau“, rückläufige Zahlen beim Freiheitsentzug) um rund Fr. 2.3 Mio. gekürzt werden. Ferner konnten bei den kalkulatorischen Mietzinsen (Gefängnis Limmattal) und bei den Abschreibungen weitere Aufwandskürzungen von rund Fr. 0.6 Mio. erlangt werden. Dies bewirkte, dass sich der Aufwandsaldo um rund Fr. - 5.7 Mio. verschlechterte. Der Ertrag blieb konstant. Dies ergibt insgesamt eine Saldoverschlechterung von rund Fr. 5.7 Mio.
- Im Vergleich zum Budget 2008 erfuhr die Konten "Dienstleistungen Dritter" im Budget 2009 eine Steigerung von rund Fr. 400'000.-. Im Wesentlichen ist dies auf Beratungs- und Unterstützungsleistungen zurückzuführen, die benötigt werden im Zusammenhang mit den neuen Angeboten im Massnahmenzentrum Uitikon und bei den "Stationäre Massnahmen in der Strafanstalt Pöschwies."

Investitionsrechnung

- Die Investitionsrechnung 2009 erfuhr im Vergleich zum Vorjahr eine Ausdehnung von rund -4.7 Mio. Fr. Die Steigerung ist hauptsächlich auf die Kosten des Um- und Erweiterungsbau-Projektes des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU) zurückzuführen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Jahr 2009 sind zusätzlich 63.1 neue Stellen geplant: Der Um- und Erweiterungsbau im MZU wird stufenweise umgesetzt. Im 2009 +4.5 neue Mitarbeitende. Die Übernahme der psychiatrischen Grundversorgung im Polizeigefängnis schafft 3 neue zusätzliche Stellen. Die Inbetriebnahme der Abteilung „Stationäre Massnahmen“ in der Strafanstalt verlangt 19 zusätzliche Stellen. Die Eröffnung des Gefängnisses Limmattal erfordert ab Mitte 2009 weitere 26 neue Mitarbeitende. In der Amtsleitung und im PPD werden zusätzlich 2.6 Stellen (1.2 Praktikantenstellen PPD, 1 Stelle Medienbeauftragter und 0.4 Stellen durch Beschäftigungsgrad-Erweiterung von Teilzeitangestellten) geschaffen. Durch die Rücklagen werden temporär folgende Stellen finanziert: 2 Sozialarbeiter im MZU, 1 Stationschwester in den GKZ, 2 Psychologen, 1 Betreuer und 1 Gruppenleiter für den Aufbau der Milieuthherapie in der Strafanstalt sowie temporär 1 Leiter Vollzug in der Strafanstalt.

Indikatoren

- Der im nStGB vorgesehene Ersatz kurzer Freiheitsstrafen zu Gunsten von Geldstrafen hat sich bereits im Jahr 2007 auf die Belegungssituation insbesondere bei den Aufenthaltstagen des Strafvollzugs niedergeschlagen. Vorerst ist der Rückgang nur leicht ausgefallen. Die Indikatorenwerte L1-L3, W7, B1-B7 werden im Budget 09 dieser Entwicklungen entsprechend angepasst. Beim Indikator L1 fallen rund vier Fünftel der Aufenthaltstage in geschlossenen Regimes an. Die Anordnung von Gemeinnütziger Arbeit, welche neu durch die Gerichte erfolgt, hat zu höheren Fallzahlen und somit einer Anpassung des Indikators B10 geführt. Bei den Indikatoren W1 und W10 werden die Budgetwerte beibehalten, da mit Blick auf die Mehrjahresvergleiche die Werte im Rechnungsjahr 07 über- bzw. unterdurchschnittlich ausgefallen sind. Die Übernahme der psychiatrischen Versorgung des Polizeigefängnisses durch den Psychiatrisch-Psychologischen Dienst führt zudem ab dem Jahr 2009 zu mehr Konsultationen (L4).

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- In den Planjahren 10 - 12 steigt der Gesamtsaldo der LR von Fr. -147.9 Mio. auf Fr. -152.5 Mio. an. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf die Eröffnung des Gefängnisses Limmattal zurückzuführen, das zwar bereits Mitte 2009 eröffnet wird, aber erst ab 2010 die vollen Kosten eines ganzen Betriebsjahres zu tragen hat. Ferner wird der Mitarbeiterstab des MZU infolge des Umbaus bis im Jahre 2012 um 4 Mitarbeitende erweitert. Die Inbetriebnahme des gesamten Um- und Erweiterungsbaus wird voraussichtlich im 2013 erfolgen.
- Der Aufwand der "Dienstleistungen Dritter" steigert sich zwischen 2009 und 2012 um rund Fr. 100'000.- im normalen Teuerungsrahmen.

Investitionsrechnung

- Die geplante örtliche Verschiebung des Vollzugszentrums Urdorf (VZU) an einen neuen Standort und die Schaffung von zusätzlichen Plätzen für die Ausschaffung beeinflusst das Investitionsvolumen des Jahres 2010 mit insgesamt -5.0 Mio. Fr. massgeblich.
- Für die Nettoinvestitionssummen von Fr. -11.1 Mio., respektive Fr. -9.1 Mio. in den Jahren 2011 und 2012 ist im erheblichen Masse die Realisierung der Hauptetappen des Um- und Erweiterungsbaus des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU) verantwortlich.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zur Sicherstellung der psychiatrischen Grundversorgung im neu eröffneten Gefängnis Limmattal erweitert PPD 2010 den Personalbestand um 0.3 Stellen.
- Infolge der etappenweisen Realisierung des Um- und Erweiterungsbaus im MZU werden im Jahr 2011 1 neue Stelle und im Jahr 2012 3 neue Stellen geschaffen.

Indikatoren

- Die Werte in den Planjahren werden auf der Höhe der Budgetwerte gehalten.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Für die Jahre 2009, 2010 und 2011 konnte trotz der neu budgetierten Projekte „Stationäre Massnahmen in der Strafanstalt Pöschwies“ und „Übernahme der psychiatrischen Grundversorgung im Polizeigefängnis“ eine Saldoverbesserung von insgesamt Fr. + 9.5 Mio. erreicht

werden (2009: + 0.5 Mio. Fr.; 2010: + 2.9 Mio. Fr.; 2011: + 6.1 Mio. Fr.). Dies ist im Wesentlichen auf die Kostenreduktion im Bereich des Sachaufwandes (tiefere Tarife PZR, leicht rückläufige Anzahl von Strafvollzugsfällen) zurückzuführen. Ferner verzögerte sich das Umbauprojekt MZU und dadurch die bereits geplanten Betriebskosten (spätere Inbetriebnahme der geplanten geschlossenen Abteilung) von 2012 auf 2013 um 1 Jahr. Zudem erhöhten sich die Erträge bei der Ausschaffungshaft auf Grund der geplanten Kapazitätserweiterung um rund 50 zusätzliche Plätze.

- Im Vergleich zum letztjährigen KEF kann in den Jahren 2009 bis 2011 bei den Dienstleistungen Dritter ein Rückgang von rund Fr. 500'000.- ausgewiesen werden.

Investitionsrechnung

- Infolge der Neuintiierung des Umbauprojektes MZU sowie der Planung des VZU an einem neuen Standort erhöhten sich die Planwerte der Investitionsrechnung um rund Fr. 16.3 Mio. (2009: - 3.0 Mio. Fr.; 2010: - 5.6 Mio. Fr.; 2011: - 7.7 Mio. Fr.)

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zwischen den Jahren 2009 bis 2011 ist im diesjährigen KEF eine Entwicklung von +4.3 Stellen festzustellen. Im letztjährigen KEF wurde für dieselbe Zeitperiode eine Zunahme von 19.3 Stellen ausgewiesen. Die Differenz von 15 Stellen ist im Wesentlichen auf die Bauverzögerung des Umbaus MZU zurückzuführen. Die Inbetriebnahme mit der entsprechenden Stellenvermehrung ist für das Jahr 2013 vorgesehen.

Indikatoren

- Die mit einem Stern versehenen Indikatoren werden aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr weiter geführt beziehungsweise durch neue Indikatoren ersetzt: Die Rückversetzungen (W8) werden seit dem Inkrafttreten des nStGB nicht mehr durch die Vollzugsbehörden angeordnet und deshalb nicht mehr aufgeführt. Die Indikatoren zur Gemeinnützigen Arbeit (W5, B9, B11) enthalten teilweise redundante Informationen. Aus diesem Grund werden sie zukünftig nicht mehr abgebildet. Der Indikator (L10) stellt die Gesamtsumme der Anzahl Fälle in den Bewährungs- und Vollzugsdiensten (BVD) dar. Im Sinne einer Ausdifferenzierung und Verbesserung der Aussagekraft wird der Indikator neu durch die Indikatoren L5-L9 ersetzt, welche den Jahresendbestand der wichtigsten Geschäfte der BVD (Freiheitsstrafen, Stat./Amb. Massnahmen, Gemeinnützige Arbeit) aufzeigen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	6.3	6.7	0.0	6.4	0.0	6.4	0.0	6.5	6.5	3.9
Aufwand	-10.9	-11.4	0.0	-11.6	0.0	-11.5	0.0	-11.5	-11.5	5.1
Saldo	-4.7	-4.7	0.0	-5.2	0.0	-5.0	0.0	-5.0	-5.0	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	57.0	58.7	0.0	58.4	0.0	57.1	0.0	56.8	55.5	

Aufgaben

- A1 Das Gemeindeamt trägt durch Dienstleistungen und Beratung sowie Aufsicht und Rechtsentwicklung in den Bereichen Gemeinderecht, Gemeindefinanzen, Vormundschafts-, Einbürgerungs- und Zivilstandswesen zur rechtskonformen und zeitgemässen Aufgabenerfüllung in den Gemeinden bei. Weiter erfüllt es die kantonalen Zivilstands- und Einbürgerungsaufgaben.
- A2 Das Gemeindeamt betreut den Finanz- und Lastenausgleich, die in separaten Globalbudgets (2215, 2291 und 2292) publiziert werden. Es stellt damit sicher, dass alle Gemeinden ihre Grundaufgaben erfüllen können.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Erarbeiten eines Haushaltsführungs- und Rechnungslegungshandbuchs	2009	4
E2 Koordinationsgremium für kantonale Vorhaben, welche die Gemeinden betreffen, aufbauen (LZ RR 7.5)	2009	4
E3 Erlass eines Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht	2010	3
E4 Gemeindestrategie erarbeiten (LZ RR 7.1)	2010	4
E5 Grundsätze für eine stufengerechte Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden festlegen (LZ RR 7.3)	2010	4
E6 Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen (LZ RR 7.4)	2010	4
E7 Anpassung der Gemeindegesetzgebung an die neue Kantonsverfassung / Erarbeiten eines neuen Gemeindegesetzes	2011	3

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit Kursteilnehmer	min.	gut - sehr gut	gut - sehr gut	gut - sehr gut	gut - sehr gut	gut - sehr gut	gut - sehr gut
W2 Aufhebung/Rückweisung gemeinderechtl. Entscheide der Rechtsmittelinstanz	max.	0 %	< 1 %	< 1 %	0 %	0 %	0 %
W3 Anzahl Websitebenützigungen „www.gaz.zh.ch“	P	267'529	150'000	260'000	260'000	260'000	260'000
Leistungen							
L1 Anzahl Schulungstage für Behörden und Angeh. d. Kommunalverwaltung	P	32	26	26	38	30	28
L2 Teilnehmerzahlen Kurse und Schulungen	P	592	420	420	700	500	500
L3 Anzahl abgeschlossene Fälle im Zivilstandswesen und bei den Einbürgerungen	P	18'897	19'950	20'650	20'700	20'900	20'900
L4 Beantwortung telefonischer, juristischer Anfragen innert 24 Stunden	min.	94.6 %	80 %	80 %	80 %	80 %	80 %
L5 Verfahrensdauer bei Namensänderungen (in Monaten)	max.	1.5	3.0	2.5	2	2	2
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kostendeckungsgrad Einbürgerungen	P	162 %	173 %	154 %	153 %	150 %	149 %
B2 Kostendeckungsgrad Revisionsdienste	P	105 %	110 %	109 %	109 %	109 %	109 %

Leistungsgruppe 2207	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-5.164
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2207
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Das Gemeindeamt betreut im Rahmen seiner Entwicklungsschwerpunkte Vorhaben mit umfangreichen und weitreichenden Auswirkungen auf die Gemeinden, sowie deren Behörden und Angestellte. Die Ausarbeitung der entsprechenden Gesetze, Richtlinien und Handbücher, die unterstützende Begleitung der Gemeinden bei den anstehenden Reformvorhaben sowie die Schulung von Behörden und Verwaltungsmitarbeitenden erfordern personelle und finanzielle Ressourcen. Das Gemeindeamt wird zur Bewältigung dieser Aufgaben zeitlich befristete Projektmitarbeitende sowie externe Unterstützung benötigen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der im Geschäftsbereich der ordentlichen Einbürgerungen im Jahr 2007 eingetretene Trend zur Stabilisierung der Gesuchseingänge hält an. Eine gegenteilige Entwicklung lässt sich für den Planungszeitraum nicht erkennen, weshalb die Planwerte keine Änderung erfahren. Dagegen lassen die stabilen Rahmenbedingungen im Geschäftsbereich der erleichterten Einbürgerungen eine Angleichung bzw. Erhöhung der Planwerte (+ 500) auf das 2007 erreichte Erledigungsvolumen zu. Es ist aufgrund dieser Annahmen mit 8'500 Fällen (davon 6'000 ordentliche) zu rechnen, was die Budgetierung von Fr. 2.8 Mio. beim Gebührensatz erlaubt.
- Beim Personalaufwand ist eine zeitlich befristete Steigerung gegenüber dem Vorjahr als Folge der angestrebten Reformvorhaben festzustellen. Gleichzeitig reduzieren sich beim Sachaufwand die Kosten für das Informatisierte Ständeregister (INFOSTAR) von Fr. 350'000.00 auf Fr. 220'000.00.
- Bei den Dienstleistungen Dritter gehen wir - nach einer Reduktion von Fr. 90'000 - gegenüber dem Budget 2008 - von einer konstanten Entwicklung aus, da sich die Kosten stabil halten und gleichzeitig auch die Reformprojekte einen mittelfristigen Planungszeitraum beanspruchen. Leichte Schwankungen sind beim Behördenschulungsaufwand (richtet sich nach Wahljahren) zu verzeichnen.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang bleibt mit Ausnahme der zeitlich befristeten Projektmitarbeiter (Details vgl. Entwicklung Personal) konstant.

Indikatoren

- W3: Mit der Neugestaltung der Amtswebsite "www.gaz.zh.ch" wurde der Zugang zu den Informationen deutlich vereinfacht und verbessert. Downloads, Wegleitungen und Formulare sollen insbesondere den wiederkehrenden Benutzern aus dem Behörden- und Verwaltungsbereich die tägliche Arbeit erleichtern. Ziel ist es, dass mit der Site viele grundsätzliche Fragen bereits über das Internet beantwortet werden können, was die Fachbereiche entlastet.
- L2: Die Schulungen betreffen den Fachbereich Vormundschaftsrecht, die Grundlagen- und Vertiefungskurse aus dem Bereich Gemeindefinanzen sowie die Grund- und Spezialkurse für Zivilstandsbeamte.
- L3: 8'500 Fälle betreffen Einbürgerungen (6'000 ordentliche 2'500 erleichterte Verfahren)
- L4: In erster Linie sind es Gemeindeangestellte und -behörden aber auch Stimmberechtigte, die eine rasche rechtliche Auskunft wünschen. Im Zentrum stehen Fragen zu den politischen Rechten, zum Kredit- und Organisationsrecht und zur interkommunalen Zusammenarbeit. Der Indikatorenwert soll beibehalten werden, obwohl die Abteilung in den nächsten zwei bis drei Jahren mit aufwendigen Projektarbeiten (vgl. Entwicklungsschwerpunkte) beschäftigt ist.
- L5: Die erfreuliche Entwicklung bei der durchschnittlichen Verfahrensdauer bei Namensänderungen soll weiterhin vorangetrieben werden, weshalb eine permanente Prozessoptimierung bei den Verfahrensabläufen angestrebt wird.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Bei der Ertragsentwicklung in den Fachbereichen Einbürgerungen, Zivilstandswesen und Revisionsdienste ist mit einem stabilen Geschäftsvolumen auf hohem Niveau zu rechnen.
- Bei den Dienstleistungen Dritter gehen wir nach einer Reduktion von Fr. 90'000.- von einer konstanten Entwicklung aus, da sich die Kosten stabil halten und gleichzeitig auch die Reformprojekte einen mittelfristigen Planungszeitraum beanspruchen. Leichte Schwankungen sind beim Behördenschulungsaufwand (richtet sich nach Wahljahren) zu verzeichnen.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die im Zusammenhang mit den Innovationsvorhaben eingesetzten Projektmitarbeiter sind wie folgt eingestellt: Reform Finanzausgleich bis 2009 (130%), neues Bürgerrecht bis 2010 (30%), neues Gemeindegesetz bis 2011 (130%). Die Stellenabnahmen sind als Folge der Projektplanungen im 2010 mit 1.3 Stellen (Reform Finanzausgleich), im 2011 mit 0.3 Stellen (neues Bürgerrecht) und mit 1.3 Stellen (neues Gemeindegesetz) im 2012 ausgewiesen.

Indikatoren

- L1, L2: Schwankungen bei der Anzahl Kurse und Teilnehmer ergeben sich hauptsächlich durch die erhöhte Nachfrage nach Grundlagenschulungen in Wahljahren oder wenn akut, zum Beispiel bei geänderten Normen, bestimmte Themen behandelt werden müssen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die anstehenden Reformvorhaben bedingen den Einsatz von Fachexperten, welche die Planung, Steuerung und Umsetzung der Projekte begleiten, was zu einer zeitlich befristeten Erhöhung (ausserhalb des ordentlichen Stellenplans) der Personalkosten und Stellen führt.
- Bei den Dienstleistungen Dritter gehen wir nach einer Reduktion von Fr. 90'000.- von einer konstanten Entwicklung aus, da sich die Kosten stabil halten und gleichzeitig auch die Reformprojekte einen mittelfristigen Planungszeitraum beanspruchen. Leichte Schwankungen sind beim Behördenschulungsaufwand (richtet sich nach Wahljahren) zu verzeichnen.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Erhöhung der Personalstellen gegenüber dem KEF Vorjahr um 1.7 Stellen im 2009 begründet sich durch einen Zuwachs im Fachbereich Zivilstandswesen. 1.0 Stellen werden bei den Namensänderungen und 0.7 Stellen beim Support für das Integrierte Informationssystem eingesetzt. Die Stellenabnahmen sind eine Folge der Projektplanung, da mit Ablauf des Projektes auch die befristeten Projektmitarbeiter nicht mehr beschäftigt werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	21.6									-100.0
Aufwand	-184.9	-159.9	0.0	-163.1	0.0	-162.3	0.0	-165.1	-167.3	-9.5
- Steuerfussausgleichsbeiträge		-49.0		-52.0		-52.0		-53.0	-55.0	
- Lastenabgeltung an Stadt Zürich		-102.5		-103.3		-103.3		-103.3	-103.3	
Saldo	-163.2	-159.9	0.0	-163.1	0.0	-162.3	0.0	-165.1	-167.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)			0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Aufgaben

A1 Vollzug und Entwicklung des Steuerfussausgleichs, Einlagen in den Investitionsfonds, Lastenausgleich an die Stadt Zürich in den Bereichen Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Innerkantonalen Finanzausgleich revidieren (LZ RR 7.2)	2010	4

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Akzeptanz von Empfehlungen und Entscheidungen / Ergreifung von Rechtsmitteln	max.	0.4 %	< 3 %	< 3 %	< 3 %	< 3 %	< 3 %
W2 Aufhebung / Rückweisung von Entscheiden	max.	0 %	< 1 %	< 1 %	< 1 %	< 1 %	< 1 %
W3 Lastenabgeltung für die Stadt Zürich (Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe)	P	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Leistungen							
L1 Steuerfussausgleich (Anträge)	P	26	32	33	33	33	33
L2 Lastenausgleich Zürich (Verfügung)	P	1	2	1	1	1	1
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 2215	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-163.086
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2215
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Das Projekt neuer Finanzausgleich im Kanton Zürich (REFA) wird in einem Projektblatt als Ergänzung zum Leistungsgruppenblatt dokumentiert.

Indikatoren

- W1: Gegen die Entscheide über den Zuschuss/Abschöpfung oder nachträgliche Kürzung der Beiträge können Rechtsmittel ergriffen werden. Die Lastenabgeltung für die Stadt Zürich ist auch anfechtbar.
- W3: Die Lastenabgeltung für die Bereiche Kultur, Ortspolizei und Sozialhilfe werden neu berechnet. Sie sollen einen Beitrag für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt der Stadt Zürich leisten.
- L1: Den Planwerten liegen einerseits die Erhebungen über die Anzahl Gemeinden, die jährlich Steuerfussausgleich beansprucht haben und andererseits eine teilweise Anrechnung von Gemeinden, die einen Steuerfuss von 120 % bis 123 % beziehen und dadurch potentiell zu Steuerfussausgleich beanspruchenden Gemeinden werden könnten zugrunde.
- L2: Die Lastenabgeltung für die Stadt Zürich (Bereiche Kultur, Ortspolizei und Sozialhilfe) werden 2008 neu berechnet, durch den Regierungsrat festgelegt und durch das Gemeindeamt verfügt. In den Zwischenjahren werden die Beiträge nur verfügt.

Sonstige Bemerkungen

- Die Lastenabgeltung an die Stadt Zürich für die Bereiche Kultur, Ortspolizei und Sozialhilfe wurde neu verfügt (vgl. Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Steuerfussausgleichsbeiträge werden in den Planjahren mit Fr. 80.0 Mio. budgetiert. Diese Entwicklung begründet sich mit der Annahme, dass von den 16 Gemeinden im obersten Steuerfusssegment (Steuerfüsse zwischen 120 % und 123 %), die keinen Steuerfussausgleich beziehen, einige neu auf Ausgleichsbeiträge angewiesen sein werden. Bei den Rückerstattungen von Steuerfussausgleichsbeiträgen, welche von den Rechnungsergebnissen von den Empfängergemeinden abhängen wird, mit Fr. 28 Mio. gerechnet. Die Lastenabgeltung an die Stadt Zürich erhöht sich um Fr. 0.8 Mio.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Das Personal wird im Gemeindeamt, Leistungsgruppen-Nr. 2207 geführt.

Indikatoren

- L1: Tendenziell werden die Aufwendungen der Gemeinden zunehmen. Die Einnahmen andererseits können bei anhaltend guter Konjunkturlage mit dem Aufwandswachstum Schritt halten. Von den 16 Gemeinden im obersten Steuerfusssegment (Steuerfüsse zwischen 120 % bis 123 %), die keinen Steuerfussausgleich beziehen (26 Gemeinden), dürften einigen trotzdem neu auf Ausgleichsbeiträge angewiesen sein.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Entwicklung in den Planjahren zeigt ein konstantes Bild bei den Beiträgen und einen stufenweisen leichten Rückgang der Rückerstattungen. Die Einlagen in den Investitionsfonds (Leistungsgruppe 2291) erlauben eine Sanierung des Fonds bis 2013.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Das Personal wird im Gemeindeamt, Leistungsgruppen-Nr. 2207 geführt.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die finanziellen Auswirkungen der geplanten Reform des Finanzausgleichs im Kanton Zürich (REFA) auf den Haushalt des Kantons Zürich wurden den neuen Rahmenbedingungen entsprechend angepasst (Details zur Projektagenda vgl. Projektblatt REFA).

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Das Personal wird im Gemeindeamt, Leistungsgruppen-Nr. 2207 geführt.

Indikatoren

- L2: Die Lastenabgeltung für die Stadt Zürich wurde neu festgelegt:
- Kultur Fr. 25'549'000.00 (Fr. 24'966'000.00), Soziales Fr. 28'313'000.00 (Fr. 27'666'000.00), Polizei Fr. 49'418'000.00 (Fr. 48'290'000.00)
- Total Fr. 103'280'000.00 (Fr. 100'922'000.00)
- Zunahme Fr. 2'358'000.00 (gegenüber Rechnung 07)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	13.4	12.6	0.0	12.7	0.0	12.5	0.0	12.5	12.5	-6.2
Aufwand	-10.0	-10.5	0.0	-10.6	0.0	-10.7	0.0	-10.7	-10.9	9.0
Saldo	3.4	2.1	0.0	2.1	0.0	1.8	0.0	1.8	1.7	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	53.4	53.4	0.0	53.5	0.0	53.5	0.0	53.5	53.5
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

Aufgaben

- A1 Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Sachverhalte und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts (Art. 1 Handelsregisterverordnung).

Entwicklungsschwerpunkte

E1 Aktuell nachgeführtes und wahres Register

Direktions-
ziel Nr.

2012

0

Indikatoren

Art

R 07

B 08

P 09

P 10

P 11

P 12

Wirkungen

W1 Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen	min.	100%	80%	80%	90%	90%	90%
W2 Periodische Kundenumfrage bezügl. Zufriedenheit, 2-jährlich Gesamtwertung	min.	-	gut	-	gut	-	gut
W3 Revisionsbericht EHRA	min.	-	gut	-	gut	-	gut
W4 Kundenbefragung: Jur. Korrektheit, Beratungsqualität	min.	-	gut	-	gut	-	gut

Leistungen

L1 Anzahl zu bewirtschaftende Gesellschaften	P	266'392	271'000	277'000	283'000	289'000	295'000
L2 Anzahl Rechtsaukünfte	P	19'837	20'000	19'500	19'000	19'000	19'000
L3 Anzahl Eintragungen ins Tagesregister	P	36156	37'500	37'500	35'000	35'000	35'000
L4 Anzahl Registeraukünfte	P	77'684	60'000	60'000	60'000	60'000	60'000

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt	P	134%	120%	120%	117%	117%	115%
---	---	------	------	------	------	------	------

Leistungsgruppe 2221 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.) 2.087

Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget**Leistungsgruppe 2221**Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- W1: Der Indikator "Kontinuierliche Überprüfung der Tatsachen" hat zum Ziel, die Aktualität des Registerinhaltes durch aktive Registerbereinigung des Handelsregisteramtes zu gewährleisten. Dabei werden Unternehmen, die seit mehr als fünf Jahren keinen Handelsregistereintrag zu verzeichnen haben, aufgefordert, die eingetragenen Angaben zu bestätigen oder deren Korrektur zu veranlassen.
- W3: Das Eidgenössische Amt für das Handelsregisteramt (EHRA) übt die Oberaufsicht über die kantonalen Handelsregisterämter aus.
- L3: Bei diesem Indikator wurde eine rein sprachliche Anpassung der Bezeichnung an die am 1.1.2008 in Kraft getretene Handelsregisterverordnung vorgenommen (Tagesregister = Tagebuch)

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung hängt sowohl von der wirtschaftlichen Entwicklung als auch von den Gesetzgebungsprojekten des Bundes ab. Die gegenüber dem Budget 2008 prognostizierte Ertragssteigerung beruht auf der Annahme einer positiven konjunkturellen Entwicklung und berücksichtigt dabei nachhaltige Gebührenauffälle (Vorgabe gemäss eidgenössischem Gebührentarif und Handelsregisterverordnung, in Kraft sein 1.1.2008). Im Bereich Dienstleistungen Dritter kann im Budget 09 gegenüber dem Budget 08 erfreulicherweise eine Aufwandsenkung vorgesehen werden; im Übrigen ist die ausgewiesene Aufwandsteigerung im Handelsregisteramt auf externe Vorgaben zurückzuführen.

Indikatoren

- L1: Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu (Neueintragenen).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Nach Ablauf der zweijährigen Anpassungsfrist (neue Revisionsregelung für KMU-AG/GmbH per 1.1.2008) fallen die daraus generierten zusätzlichen Erträge ab 2010 weg. Beim Aufwand orientiert sich die finanzielle Entwicklung in den Planjahren an den Vorgaben zu den Personalkosten und zur Teuerung; der Bereich Dienstleistungen Dritter weist keine Aufwandsteigerung (lediglich Teuerung).

Indikatoren

- L3: Der vorübergehend prognostizierte Anstieg der Anzahl Eintragungen in das Tagesregister in den Jahren 2008 und 2009 ist auf die Einführung der neuen Revisionsregelung für KMU-AG/GmbH zurückzuführen und entfällt ab 2010 wieder (vgl. Bemerkung oben zur Erfolgsrechnung).

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF-Vorjahr konnten angesichts der positiven konjunkturellen Entwicklung die Ertragsprognosen verbessert werden. Andere Veränderungen ergeben sich lediglich aus externen Vorgaben (z.Bsp. IPSAS).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.8	0.5	0.0	0.4	0.0	0.4	0.0	0.4	0.4	-42.0
Aufwand	-8.5	-8.4	0.0	-8.5	0.0	-8.7	0.0	-8.5	-7.5	-11.4
Saldo	-7.7	-7.9	0.0	-8.1	0.0	-8.2	0.0	-8.1	-7.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.3									-0.0
Nettoinvestitionen	-0.3									-0.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	30.0	31.0	0.0	31.0	0.0	31.0	0.0	31.5	30.0	

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich in angemessen guter Qualität
- A2 Anbieten von ergänzenden Statistikdienstleistungen für kantonale und kommunale Verwaltungsstellen, die Wirtschaft und für Private
- A3 Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen, sowie Prüfung von Initiativen und Referenden

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes	2009	3
E2 Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen u.a. für die Volkszählung 2010	2010	0
E3 Ausbau des Statistikangebots auf Internet	2012	0
E4 Ausbau des e-Votings	2012	3

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Berichte in der Presse über statistische Analysen	P	77	> 45	> 50	> 55	> 60	>60
W2 Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Anwendungen auf Homepage	P	1'213'773	>1'000'000	>1'300'000	> 1'350'000	> 1'400'000	>1'500'000
W3 Positive Beurteilung der Publikationen durch Nutzer (Anteil zufriedener Kunden)	P	-	> 90 %	> 90 %	> 90 %	> 90 %	> 90 %
W4 Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter 7 vergleichbaren Ämtern	P	3	< 4	< 4	< 4	< 4	< 4
W5 Zufriedenheitsgrad bei Wahlen u. Abstimmungen der beteiligten Instanzen (in %)	P	81 %	> 80 %	> 80 %	> 80 %	> 80 %	> 80 %

Leistungen

L1 Anzahl geführte Statistiken	P	27	27	27	27	27	27
L2 Anzahl Statistikanfragen an Data Shop	min.	2'836	> 2'500	> 2'200	> 2'000	> 2'000	> 2'000
L3 Anzahl Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen	min.	25	> 22	> 24	> 26	> 28	> 30
L4 Anzahl Verkäufe statistisches Jahrbuch	P	1'175	> 500	> 500	> 500	> 500	> 500
L5 Anzahl kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 500.-- je Fall	min.	69	> 35	> 40	> 50	> 60	> 60
L6 Anzahl durchgeführte Wahlen und Abstimmungswochenende	P	10	4	4	4	9	4
L7 Rasche Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene (in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeindeergebnisses)	max.	5	< 15	< 15	< 15	< 15	< 15

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten)	P	-	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
B2 Umsatz European Statistical Data Support in Franken (bis 2007)	P	9'116	-	-	-	-	-

Leistungsgruppe 2223	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-8.071
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2223
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Zur Erweiterung und Verbesserung der statistischen Grundversorgung soll die Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen optimiert und ausgebaut werden. Ein spezieller Effort ist in diesem Bereich für eine effiziente und ökonomische Durchführung der Volkszählung erforderlich.
- Das Angebot von statistischen Informationen wird auf "www.statistik.zh.ch" kontinuierlich erweitert.
- Die elektronische Stimmabgabe wird im Rahmen der vom Bund erteilten Bewilligung für rund 100'000 Stimmberechtigte in 13 Gemeinden ermöglicht.

Indikatoren

- W2: Aufgrund des erweiterten Informationsangebotes auf "www.statistik.zh.ch" wird mit einer stets steigenden Anzahl Nutzern gerechnet.
- L2: Das erweiterte Angebot von statistischen Informationen über das Internet führt beim Datashop zu einem Rückgang vor allem der kleinen Anfragen.
- L4: Aufgrund des erweiterten Informationsangebotes auf "www.statistik.zh.ch" wird ab 2008 auf die Produktion und den Verkauf einer Jahrbuch-CD-Rom verzichtet, was voraussichtlich zu einer stark verminderten Anzahl Verkäufen führt.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Im Budget 2009 sind Kosten von 1.2 Mio. Franken für die Vorbereitung der auf harmonisierten Registern basierenden Volkszählung 2010 enthalten. Dies sind 0.7 Mio. Franken mehr als im Vorjahr. Ferner mussten die Kosten für den auf 13 Gemeinden mit rund 100'000 Stimmberechtigten ausweiteten Einsatz von e-Voting um über 0.2 Mio. Franken erhöht werden.
- Aufgrund von Restrukturierungen im Informatikbereich konnte der Aufwand um rund eine halbe Million Franken reduziert werden. Bei diversen Aufwandpositionen wie Druckkosten für Publikationen oder Dienstleistungen Dritter konnten weitere Einsparungen erzielt werden. Daneben reduzierte sich auch der Aufwand für Abschreibungen um 0.17 Mio. Franken.
- Aufgrund dieser Faktoren erhöht sich der Globalkredit gegenüber dem Vorjahr noch um rund 0.2 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

- Für das Planjahr 2009 sind keine Investitionen vorgesehen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Inklusive Projekt- und Praktikantenstellen sind für das Jahr 2009 wie im Vorjahr Total 31 Stellen geplant.

Indikatoren

- vgl. allgem. Bemerkungen

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Für 2010 sind wie im Vorjahr erhebliche Kosten von rund 1.3 Mio. Franken für die Registerharmonisierung eingeplant. Trotzdem erhöht sich der Globalkredit lediglich um 0.1 Mio. Franken. Im 2011 sind ausserordentliche Aufwendungen für die Durchführung der Wahlen von 0.7 Mio. Franken vorgesehen. Andererseits wird der Aufwand durch den Abschluss des Projekts Registerharmonisierung um rund 1.1 Mio. Franken entlastet. Der Globalkredit reduziert sich um knapp 0.2 Mio. Franken. Das Budget 2012 wird voraussichtlich durch keine Wahlen oder grössere Projekte belastet, sodass der Globalkredit um rund eine Millionen Franken gesenkt werden kann.

Investitionsrechnung

- Für die Planjahre 2010- 2012 sind zurzeit keine Investitionen vorgesehen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Inklusive der bis Mitte 2011 vorgesehenen Projektstelle für die Registerharmonisierung sind auch für das Jahr 2010 wiederum 31 Stellen geplant. Für das Jahr 2011 ist eine weitere Stelle für die Durchführung der Wahlen eingeplant. Durch den Abschluss der Registerharmonisierung sinkt der Bestand im 2011 und 2012 um je eine halbe Stelle. Gesamthaft steigt die Anzahl der Stellen um 0.5 auf 31.5 im 2011 und sinkt im Jahr 2012 auf 30 Stellen.

Indikatoren

- vgl. allgem. Bemerkungen

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber der Vorjahresplanung mussten für die Jahre 2009 und 2010 die Kosten für die Vorbereitung der auf harmonisierten Registern basierenden Volkszählung je um rund 0.3 Mio. Franken erhöht werden. Dies aufgrund von voraussichtlichen Kostenverlagerungen aus den Jahren 2008 und 2011. Für den erweiterten Einsatz von e-Voting mussten in allen Planjahren zusätzlich je rund 0.2 Mio. eingesetzt werden. Diese Mehrkosten konnten durch die Reduktion der Informatikkosten und diversen weiteren Einsparungen vollständig kompensiert werden. Der für 2009 budgetierte Globalkredit von knapp 8.1 Mio. Franken liegt nahezu auf der Vorjahresplanung. Für die Jahre 2010 und 2011 konnte der Globalkredit gegenüber der Vorjahresplanung sogar um 0.2 bzw. 0.5 Mio. Franken gesenkt werden.
- Die in der Planung des Vorjahres für die Jahre 2008 - 2010 geplanten Erträge von Dienstleistungen und Benützungsgebühren mussten entsprechend den derzeitigen realen Marktaussichten um rund 0.4 Mio. reduziert werden.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Vergleich zur Vorjahresplanung erhöht sich der Beschäftigungsumfang im Wahljahr um 0.5 Stellen.

Indikatoren

- vgl. allgem. Bemerkungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.4	0.6	0.0	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.1	-80.6
Aufwand	-7.4	-7.8	0.0	-7.0	0.0	-7.0	0.0	-7.2	-7.0	-4.7
Saldo	-7.0	-7.2	0.0	-6.9	0.0	-6.9	0.0	-7.1	-7.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-2.9	-0.4								-0.6
Nettoinvestitionen	-2.9	-0.4								-0.6
Personal (Beschäftigungsumfang)	25.2	27.2	0.0	30.7	0.0	30.7	0.0	30.7	30.7	

Aufgaben

- A1 Ueberlieferungsbildung: Gewährleistung einer authentischen Ueberlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten
A2 Akten: Aktenerschliessung der Archivalien unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
A3 Individuelle Kundendienste: Gewährleistung der Benützung der Archivbestände durch die Kunden
A4 Beständeerhaltung: Erhaltung und Pflege der Archivbestände

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Ueberlieferungsbildung: 1) Aktenführung in der Verwaltung (IVV, Records Management) / 2) Langzeitarchivierung elektronischer Akten	2011	3
E2 Aktenerschliessung: 1) Aktenerschliessung Akten 20./21.Jh. 2) Abbau Restanzen Zwischenarchiv	2011	0
E3 Individuelle Kundendienste/Marketing: Aufbau Plattform für historische Forschungsprojekte (z.B. Universitäten)	2011	2
E4 Beständeerhaltung: 1) Konservierung Akten 19./20.Jh. 2) Aufbau Kompetenzzentrum Konservierung / Restaurierung moderne Medien	2011	0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Gesamtzufriedenheit der Kunden (alle Segmente ausser Aemter) mit den Leistungen des Staatsarchivs (Umfrage alle 2 Jahre)	min.	90 %	0	90 %	0	90 %	0
W2 Gesamtzufriedenheit Kundensegment Aemter mit den Leistungen des Staatsarchivs (Umfrage alle 3 Jahre)	min.	-	90 %	-	-	90 %	-
W3 Anzahl erreichte potentielle Leser: 100'000	min.	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
W4 Anzahl Internetbenutzungen: 150'000	min.	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungen

L1 Anzahl Ablieferungen	min.	126	80	80	80	80	80
L2 Anzahl Ablieferungsvereinbarungen	min.	42	40	50	50	50	50
L3 Abgelieferte Mengen in Laufmetern	min.	826	600	700	700	700	700
L4 Neuzugänge innerhalb eines Jahres auf Endarchiv-Niveau erfasst (Laufmeter)	P	78 %	100 %	300	300	300	300
L5 Abbau Restanzen Zwischenarchiv (Laufmeter) (ab 09)	P			300	300	300	300
L6 Anzahl Besucher/Innen und schriftliche Anfragen	min.	1'993	1'600	1'600	1'600	1'600	1'600
L7 Schriftliche Anfragen sind innert 3 Wochen beantwortet	min.	erfüllt	95 %	95 %	95 %	95 %	95 %
L8 Anzahl katalogisierte Neueingänge	min.	1'327	2'000	1'500	1'500	1'500	1'500
L9 Anzahl Konservierungsschachteln	min.	250	200	200	200	200	200
L10 Anzahl erstellter Mikrofilmaufnahmen	min.	460'000	400'000	400'000	400'000	400'000	400'000
L11 Anzahl Aufsicht/Fachberatungen für Gemeinden/Zweckverbände	min.	19	20	20	20	20	20

Wirtschaftlichkeit**Leistungsgruppe 2224 Budgetentwurf 2009**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -6.886
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 2224

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Um die zentralen Aufgaben und Entwicklungsschwerpunkte auch in Zukunft gemäss Gesetzauftrag wahrnehmen zu können, wurde mit RRB 1560 vom 8. November 2006 der Stellenplan erweitert. Für das Jahr 2007 wurden 3,5 neue Stellen geschaffen, 4,2 Stellen wurden im Stellenplan integriert (bereits bestehende Arbeitsverhältnisse). Ab 2008 wurde der Stellenplan um 2 neue Stellen erweitert. Im 2009 werden 2 Praktikumsstellen sowie 1.5 befristete, projektbezogene Stellen im Stellenplan ausgewiesen.

Indikatoren

- L1-L3: Die bewilligten neuen Stellen 2007/2008 wirken sich ab 2008 auf die Indikatoren im Bereich Ueberlieferungsbildung aus. Die Anzahl der Ablieferungen steigt auf 80 (ursprünglich 50). Die Ablieferungsvereinbarungen erhöhen sich von 45 auf 50 und die abgelieferten Mengen in Laufmetern nehmen um 100 von 600 auf 700 zu.
- L4/L5: Die Leistungsmessung im Bereich Aktenschliessung muss angepasst werden. Der aktuelle Indikator „Neuzugänge innerhalb eines Jahres auf Endarchiv-Niveau erfasst“, wird ab 2009 nicht mehr in dieser Form weitergeführt. Für den Bereich Erschliessungsarbeit werden ab 2009 zwei Indikatoren nötig, einerseits der Indikator „Neuzugänge innerhalb eines Jahres auf Endarchiv-Niveau erfasst (wie gehabt), neu mit Zielwert Erschliessung 300 Lm pro Jahr, andererseits wird ein neuer Indikator „Abbau Restanzen Zwischenarchiv“, Zielwert Erschliessung 300 Lm pro Jahr, definiert, der den Abbau des Zwischenarchivs (Total ca. 6 Lkm) widerspiegelt. Aktuelle Ablieferungen werden somit in Zukunft mit den dazugehörigen Beständen aus dem Zwischenarchiv kombiniert (gleiche abliefernden Stellen) und erschlossen, durch diese Beständezusammenführungen gleicher abliefernden Stellen wird die Bearbeitungszeit verkürzt und somit der gesamte Prozess Aktenschliessung wirtschaftlicher. Es muss festgehalten werden, dass mit den bestehenden Personalressourcen der Gesamtzielwert, die jährliche Erschliessung der 700 Lm (L3) nicht erreicht werden kann.
- L11: Die Entwicklung (Reduktion von 50 auf 20 pro Jahr) des Indikators „Anzahl Aufsicht/Fachberatungen für Gemeinden/Zweckverbände“ ist damit begründet, dass der Bereich sich in einer strategischen Neuausrichtung befindet. Mit diversen Gremien wird diese Neuausrichtung diskutiert. Die Idee ist, dass es zukünftig in Bezug auf die Archivierung Gemeindearchiv-Verbünde geben soll. Diese Verbünde ihrerseits sollen dafür besorgt sein, dass für Archivierungsfragen kompetente Mitarbeitende beschäftigt werden. Aus diesem Grunde bleibt der Indikator auf tieferem Niveau.
- Sinnvolle Indikatoren zur Wirtschaftlichkeit sind bezüglich Tätigkeiten im Staatsarchiv sehr schwierig zu entwickeln. Daher sind (noch) auch keine Vergleichswerte mit anderen Staatsarchiven vorhanden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Reduktion des Aufwandes von Fr. 0.8 Mio. gegenüber dem Budget 2008 ist im wesentlichen auf die Beendung des Projektes "Globus" zurückzuführen (Fr. 741'000).
- Der Ertrag reduziert sich im 2009 um Fr. 500'000 gegenüber 2008, da einerseits das Projekt Globus beendet ist und andererseits durch neue IPSAS-Verbuchungsregeln die Rückerstattungen Dritter zurückgehen.
- Die Dienstleistungen Dritter allgemein verringern sich um 110'000 im 2009 gegenüber 2008.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im 2009 steigt der Beschäftigungsumfang von 27.2 auf 30.7, da 2 Praktikumsstellen sowie 1,5 befristete projektbezogene Stellen ausgewiesen werden.

Indikatoren

- Die Indikatorenwerte L1-L3 im Bereich Ueberlieferungsbildung steigen ab 2008 infolge neuer Stellen an. (siehe oben)
- Im Bereich Aktenschliessung verändert sich einerseits der Indikator L4 ab 2009 und andererseits kommt der Indikatorwert L5 neu dazu. (siehe oben)

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Beendung der Investitionstätigkeit 2007/2008 wirkt sich ab 2009 bis 2011 auf den Aufwand aus. Niedrigere Abschreibungen und Zinsen reduzieren den Aufwand ab 2009.
- Die Dienstleistungen Dritter allgemein verbleiben in den weiteren Planjahren auf gleichem, tieferen Niveau (Fr. 800'000).

Investitionsrechnung

- Abschluss Projekt Neubau/Erweiterung Staatsarchiv per 2007/2008.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Planjahr 2010 bleibt der Beschäftigungsumfang bei 30.7 Stellen. (inkl. 2 Praktikumsstellen und 1,5 projektbezogene Stellen). Zur Erreichung der Leistungsindikatoren 4 und 5 ist ab 2011 eine Ressourcenerhöhung in Planung.

Indikatoren

- L7: Der Indikator "Anzahl katalogisierte Neueingänge" sinkt ab Planjahr 2009 um ein Viertel von 2000 auf 1500, da langfristig gemäss Bibliothekskonzept die Vorgabe von 2000 nicht umgesetzt wird.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Im letztjährigen KEF waren der Aufwand (Fr. 741'000) und der Ertrag (400'000) bezüglich Projekt Globus nicht enthalten. Die Abschreibungen sind mit Fr. 990'000 tiefer und die Zinsen mit Fr. 100'000 höher im Vergleich zum letzten KEF infolge IPSAS-Rechnungslegung.
- Die Dienstleistungen Dritter allgemein sind gegenüber dem KEF Vorjahr auf gleichem Niveau budgetiert worden.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im KEF Vorjahr waren die 2 Praktikumsstellen sowie 1.5 projektbezogene Stellen nicht ausgewiesen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	2.7	3.2	0.0	3.7	0.0	4.3	0.0	4.4	4.3	60.9
Aufwand	-3.2	-3.4	0.0	-3.4	0.0	-6.3	0.0	-6.3	-6.3	95.9
Saldo	-0.5	-0.2	0.0	0.3	0.0	-1.9	0.0	-1.9	-2.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	16.6	18.1	0.0	18.3	0.0	32.8	0.0	32.8	32.8	

Aufgaben

- A1 Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und über die klassischen Stiftungen
- A2 Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge des Kantons Schaffhausen (ab 1.1.2007)
- A3 Verstärkte Pensionskassen-Aufsicht wegen der Unterdeckungsproblematik
- A4 Das BVS prüft als Aufsichtsorgan Pensionskassen und Stiftungen. Neben der Prüfung und Genehmigung von Bestimmungen und/oder Massnahmen gehören dazu auch die Kontrolle der Berichterstattungen der Einrichtungen und Rechtsmittelentscheide
- A5 Informations- und Beratungstätigkeit

Entwicklungsschwerpunkte

	Direktions- ziel Nr.	
E1 Umsetzung neues Revisionsrecht	bis 2009	3
E2 Übernahme Sammeleinrichtung vom BSV	2010	3

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit Teilnehmer mit BVS-Weiterbildungsveranstaltungen	min.	gut	gut	gut	gut	gut	gut
W2 Aufhebung/Rückweisung aufsichtsrechtlicher Entscheide der Rechtsmittelinstanz	max.	< 5%	5%	5%	5%	5%	5 %
W3 Zufriedenheit der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit der Amtstätigkeit	min.	gut	n.q.	gut	n.q.	gut	n.q.
W4 Anzahl Unterdeckungsfälle mit Problemen im Verhältnis zu den gesamten Unterdeckungsfällen (bis 2010)	max.	< 10%	10%	10%	10%	--	--
Leistungen							
L1 Lückenlose Erfassung aller zu beaufsichtigenden Vorsorgeeinrichtungen: Vollständige Erfassung	P	100%	100%	100%	100%	100%	100%
L2 Verfahrensdauer für spruchreife Rechtsgeschäfte: Verfahrensdauer (in Monaten)	max.	< 6	6	6	6	6	6
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kostendeckungsgrad: PK- und Stiftungs-Aufsicht	P	84%	94%	100%	68%	68%	68%

Leistungsgruppe 2225	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	0.298
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2225
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Das BVS wird damit beschäftigt sein, die Umsetzung der Änderung des Revisionsrechts durch die Vorsorgeeinrichtungen und Stiftungen zu überwachen.
- Neu kam mit dem 3. Paket der 1. BVG-Revision hinzu, dass die Leistungsreglemente der Vorsorgeeinrichtungen auch in steuerlicher Hinsicht zu prüfen sind. Diese Aufgabe hat das BVS von der Steuerverwaltung übernommen.
- Seit 2007 übt das BVS zudem auch die Aufsicht über die Vorsorgeeinrichtungen mit Sitz im Kanton Schaffhausen aus.
- Per ca. 1.1.2009 werden voraussichtlich die Vorbereitungsarbeiten für die Übernahme der Aufsicht über die Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen anlaufen. Diese Aufgabe wird das BVS frühestens im Jahr 2010 übernehmen.
- Personalstellen: Die Übernahme der Sammeleinrichtungen führt ab 2010 zur ausgewiesenen Stellenerhöhung von ca. 14,5 Stellen.

Indikatoren

- Der Indikator "Zufriedenheit der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit der Amtstätigkeit" soll alle 2 Jahre mittels einer schriftlichen Umfrage erhoben werden.
- Über die Veränderungen der Indikatoren im Zusammenhang mit der Übernahme der Sammeleinrichtungen vom Bund können keine Prognosen gestellt werden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Umsetzung der Entlastungsmassnahme E08: ab 2009 0.5 Mio. mehr Ertrag.
- DL Dritter: Verschiebung Erhöhung Sachaufwand infolge Uebernahme Sammeleinrichtungen von 2009 auf 2010; im 2009 nur teuerungsbedingte Zunahme.

Investitionsrechnung

- Keine

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Leichte Erhöhung des Beschäftigungsgrades um 0.2 Stellen gegenüber dem Budget 08.

Indikatoren

- Keine Veränderung

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die weitere finanzielle Entwicklung ist geprägt durch die voraussichtliche Übernahme der Sammeleinrichtungen vom Bund mit dem entsprechenden personellen Ausbau. Neben der Kostenzunahme führt dies auch zu mehr Einnahmen. Im Weiteren basiert die finanzielle Entwicklung auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.
- DL Dritter: Erhöhung Sachaufwand infolge Uebernahme Sammeleinrichtungen in 2010. Nachher konstant.
- DL Dritter Informationstage: Infolge Brutto-Darstellung der bis anhing netto ausgewiesenen Kursgelder für Informationstage des BVS höherer Aufwand.

Investitionsrechnung

- -

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Übernahme der Sammeleinrichtungen frühestens ab 2010, führt zur ausgewiesenen Stellenerhöhung von ca. 14.5 Stellen.

Indikatoren

- -

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Durch die Verschiebung der Übernahme der Sammeleinrichtungen von 2009 ins Jahr 2010 ergab sich eine Saldoverbesserung von Fr. 2,2 Mio.
- DL Dritter: Keine Veränderung
- DL Dritter: Informationstage: Infolge Brutto-Darstellung der bis anhing netto ausgewiesenen Kursgelder für Informationstage des BVS höherer Aufwand.

Investitionsrechnung

- Keine

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die geplante Übernahme der Sammeleinrichtungen vom Bund wurde von 2009 auf 2010 verschoben.

Indikatoren

- Der Indikator W4 wird ab dem Jahr 2011 nicht mehr erhoben, da die Problemfälle bei den Unterdeckungsfällen stark abnehmend sind.
- Der Indikator L1 wird ab dem Jahr 2013 nicht mehr erhoben da in den vergangenen Jahren unproblematisch.
- B1: Die Übernahme der Sammeleinrichtung erfolgt nicht zu kostendeckenden Ansätzen, deshalb Reduktion des Kostendeckungsgrades. Bei den Sammeleinrichtungen handelt es sich um wenige Kassen mit riesigen Vermögen. Die Beaufsichtigung erfordert grossen Ressourceneinsatz (+ca.14.5 Stellen). Da sich die Aufsichtsgebühr aufgrund der Bilanzsumme errechnet, gegen oben aber plafoniert ist, können diese Zusatzkosten nicht vollständig durch die vereinnahmten Gebühren abgedeckt werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.7	0.4	0.0	0.5	0.0	0.5	0.0	0.5	0.5	-27.0
Aufwand	-9.8	-8.2	0.0	-9.5	0.0	-9.8	0.0	-9.9	-10.0	2.0
Saldo	-9.1	-7.8	0.0	-9.0	0.0	-9.3	0.0	-9.4	-9.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen
Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	6.2	6.6	0.0	6.6	0.0	6.6	0.0	6.6	6.6
---------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Aufgaben

A1 Beurteilung von Gesuchen von Opfern um finanzielle Hilfe, administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen

Entwicklungsschwerpunkte

bis
Direktions-
ziel Nr.

E1 Senkung der durchschnittlichen Dauer von Opferhilfverfahren	2012	2
E2 Transparente und leistungsorientierte Finanzierung der Beratungsstellen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung	2012	2

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

W1 Zufriedenheit der Beratungsstellen mit der administrativen Aufsicht (inkl. Finanzierung) und mit der Beurteilung der mit Hilfe von ihnen eingereichten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe (messbar mittels Umfragen)	min.	-	-	gut	-	-	-
W2 Anteil vom Sozialversicherungsgericht gutgeheissener Beschwerden gegen im Rechnungsjahr erlassene Entscheide der Opferhilfestelle	max.	15 %	5 %	10 %	5 %	5 %	5 %

Leistungen

L1 Anzahl der beurteilten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe	P	474	500	500	510	520	520
L2 Anzahl der beurteilten Gesuche von Beratungsstellen	P	25	20	25	25	25	25
L3 Anzahl der Pendenzen (spruchreife und nicht spruchreife Opferhilfegesuche) ohne sistierte Verfahren	max.	165	280	280	280	250	250
L4 Durchschnittliche Dauer eines Opferhilfverfahrens (ohne Dauer allfälliger Sistierung)	P	3.7 Mte.	2 Mte.	2.5 Mte.	2 Mte.	2 Mte.	2 Mte.

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostendeckungsgrad der 50%-Regressstelle	P	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100%
B2 Kosten je Opferhilfverfahren im Durchschnitt in Fr. (inkl. Leistungen an Opfer)	P	8274	5900	7500	7000	7000	7000

Leistungsgruppe 2232 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -9.023
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 2232

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Gegenüber dem letztjährigen KEF resultiert eine Verschlechterung des Saldos, die vor allem auf die höheren Opferhilfeleistungen zurück zu führen ist.

Indikatoren

- Die Finanzierung der Opferberatungsstellen erfolgt erst seit Anfang 2006 über einen Leistungsvertrag (neues Finanzierungsmodell NFO). Umfragen werden erst durchgeführt, wenn sich die neue Steuerung (namentlich die Prozesse und das Instrumentarium) eingespielt hat und gewisse Erfahrungswerte vorhanden sind.

Sonstige Bemerkungen

- Zu den Sanierungsmassnahmen: Die Staatsbeiträge an die Beratungsstellen konnten zwar vorerst reduziert werden. Sie haben sich aber wieder erhöht, weil infolge des Gewaltschutzgesetzes ein Ausbau des Beratungsangebotes notwendig wurde. Das revidierte OHG wird am 1. Januar 2009 in Kraft treten. Damit erhoffte Einsparungen werden bei den Leistungen an Opfer sich deshalb - wenn überhaupt - frühestens im Jahr 2009 realisieren lassen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Personalaufwand entwickelt sich grundsätzlich gemäss den Vorgaben zur Planung. Im Zusammenhang mit dem Gewaltschutzgesetz wurde das Beratungsangebot per 1.1.08 noch einmal um 130 Stellenprozent ausgebaut (Ausbau per 1.1.07 um 200 Stellenprozent). Entsprechend haben sich die Staatsbeiträge erhöht. Berücksichtigt werden musste sodann auch die Teuerung.
- Die Kosten der Dienstleistungen Dritter entsprechen dem Budget 08.

Investitionsrechnung

- keine Investitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- keine Veränderungen vorgesehen

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung beeinflussen die finanzielle Entwicklung.
- Die Kosten der Dienstleistungen Dritter entwickeln sich gemäss Teuerungsvorgabe.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- keine Veränderungen

Indikatoren

- Abgesehen von der Zunahme der Anzahl beurteilter Gesuche sowie den Kosten je Opferhilfverfahren zeichnen sich keine Veränderungen ab.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Durch die höheren Einnahmen konnten die Aufwandsteigerungen beim Personal- und Sachaufwand sowie der Betriebsbeiträge teilweise aufgefangen werden.
- Die Kosten der Dienstleistungen Dritter veränderten sich lediglich teuerungsbedingt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.1	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.1	1.5
Aufwand	-1.0	-1.3	0.0	-1.4	0.0	-1.4	0.0	-1.4	-1.4	41.9
Saldo	-0.9	-1.2	0.0	-1.3	0.0	-1.3	0.0	-1.3	-1.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	3.4	4.9	0.0	4.9	0.0	4.9	0.0	4.9	4.9	

Aufgaben

- A1 Förderung, Durchsetzung und Sicherung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
- A2 Verbesserung der Erkenntnis- und Informationsbasis über die Defizite der Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton Zürich
- A3 Aufzeigen und Beseitigung von Diskriminierungen
- A4 Unterstützung von Regierungs- und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der kantonalen Gleichstellungspolitik
- A5 Sensibilisierung der Bevölkerung für Gleichstellungsfragen
- A6 Förderung und Unterstützung einer gleichstellungskonformen Personalpolitik
- A7 Gezielte Frauenförderung zur Verbesserung der beruflichen Stellung und Vertretung der Mitarbeiterinnen in der kantonalen Verwaltung

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Gleichstellung von Frau und Mann im Sinne des Gender Mainstreaming in der Verwaltung zu verankern (Gender Mainstreaming bedeutet, Tätigkeiten und Vorhaben immer auf ihre eventuell geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu prüfen)	laufend	3
E2 Aktivitäten im Bereich "Vereinbarkeit Beruf und Familie" werden verstärkt (Art. 107 Abs. 2 KV)	laufend	5
E3 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern	laufend	5

Indikatoren

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit der Direktion, Ämter, Abteilungen mit den Leistungen der FFG (bis 09)	min.	n.erhoben	-	gut	-	-	-
W2 Zufriedenheit mit den Leistungen der FFG von anderen LeistungsempfängerInnen /Umfrage alle 2 Jahre (bis 09)	min.	n.erhoben	-	gut	-	-	-
W3 Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen bei Sachgeschäften der Direktionen, Ämter und Abteilungen (ab 10)	P	-	-	-	1	1	1
W4 Verbesserung des Wissens zu Gleichstellungsfragen; Umfrage alle 2 Jahre (ab 10)	min.	-	-	-	gut	-	gut

Leistungen

L1 Gleichstellungsprojekte: Anzahl pro Jahr	16	15	15	15	15	15	15
L2 Erarbeiten von Stellungnahmen (ab 08)	-	20	20	20	20	20	20
L3 Öffentlichkeitsarbeit Information: Besuche auf website (Durchschnitt/Mt.) (ab 08)	-	4500	4725	5000	5250	5500	
L4 Auskünfte und Beratungen, Anz. Auskunfts- u. Beratungsstunden (Durchschnitt/Mt.) (ab 08)	-	34	36	38	40	42	
L5 Umsetzung der in den Projekten vorgeschlagenen Massnahmen je Projekt (bis 07)	1	-	-	-	-	-	-

Wirtschaftlichkeit

B1 Anlauf- und Informationsstelle für Fragen und Beschwerden aus der Öffentlichkeit (inkl. Dokumentation und Bibliothek):							
B2 - Einhaltung einer Frist: Anzahl Arbeitstage für Auskünfte (bis 07)	2	-	-	-	-	-	-
B3 - Einhaltung einer Frist: Anzahl Arbeitstage für Beratungen (bis 07)	10	-	-	-	-	-	-

Leistungsgruppe 2233	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.296
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2233
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die FFG setzt die verstärkten Aktivitäten im Bereich "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" (Art. 107 Abs. 2 KV) fort. Die seit 2008 zusätzlichen 1.5 Stellen werden weiterhin vorgesehen.

Indikatoren

- Die Wirkungsindikatoren W 1 und W2 werden präziser gefasst. Siehe W3 und W4 ab 2010.
- L5: wird ab 2008 nicht mehr erhoben
- B1-B3: werden ab 2008 nicht mehr erhoben

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Kostenzunahme basiert auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.
- Die Dienstleistungen Dritter beinhalten eine Kostenzunahme von Fr. 70'000.- für verstärkte Aktivitäten im Bereich des Legislaturziels "Vereinbarkeit von Beruf und Familie".

Investitionsrechnung

- keine Investitionen

Indikatoren

- siehe allgemeine Bemerkungen

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung beeinflussen die finanzielle Weiterentwicklung.
- Die Kosten für Dienstleistungen Dritter erhöhen sich nur um die Teuerung.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- keine Veränderung

Indikatoren

- L3 und L4: leichte Zunahme der Aktivitäten von Jahr zu Jahr

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Kostenzunahme beruht auf den Vorgaben zur Personalkostenplanung, der Teuerung sowie auf Mehrausgaben bei Dienstleistungen Dritter für verstärkte Aktivitäten im Bereich des Legislaturziels "Vereinbarkeit von Beruf und Familie".

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	32.7	32.0	0.0	40.0	0.0	37.0	0.0	37.0	37.0	13.1
Aufwand	-114.8	-116.4	0.0	-129.6	0.0	-128.8	0.0	-133.5	-138.3	20.5
- Beitrag an Opernhaus Zürich										
Saldo	-82.1	-84.4	0.0	-89.6	0.0	-91.7	0.0	-96.5	-101.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-3.0	-6.5	0.0	-2.0	0.0	-3.0	0.0	-3.0		-2.9
Nettoinvestitionen	-3.0	-6.5	0.0	-2.0	0.0	-3.0	0.0	-3.0		-2.9
Personal (Beschäftigungsumfang)	5.3	5.3	0.0	6.0	0.0	6.5	0.0	6.5	6.5	

Aufgaben

- A1 Erhaltung des Kulturschaffens und Unterstützung der damit verbundenen Aufgaben der historischen Pflege, Aufbewahrung, Erforschung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes zur Wahrnehmung der kulturellen Kontinuität.
- A2 Förderung zeitgenössischer künstlerischer Produktion: Ermöglichen von kürzeren und längeren Arbeitsprozessen, von Veranstaltungen und Projekten.
- A3 Förderung der Kunstvermittlung: Unterstützung der Bestrebungen, künstlerische Produktionen einem breiten Publikum näher zu bringen.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen.	laufend	6
E2 Umsetzung des Kulturförderungsleitbildes, insbesondere die finanzielle Sicherung der traditionsreichen grossen Kulturinstitute sowie die Förderung des kulturellen Lebens in den Landgemeinden und von überregionalen Kulturprojekten.	laufend	6
E3 Sicherstellung der Qualität der Dienstleistungen trotz wachsender Zahl der Gesuche.	laufend	6
E4 Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren erarbeiten (LZ RR 15.1)	2010	6

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Publikumserfolg am Opernhaus, Publikumsumfrage mit Ergebnis "gut"		-	-	-	gut	-	-
W2 Publikumserfolg am Opernhaus, Auslastung		78%	74-78%	74-78%	74-78%	74-78%	74-78%
W3 Zufriedenheit der Gesuchstellenden mit der Arbeit der Fachstelle Kultur mit Ergebnis mind. "gut" als Ziel geplant (Fragebogen, jährl. wechselnde Sparten)		-	gut	gut	gut	gut	gut
W4 Theater für den Kanton Zürich: Anzahl Vorstellungen (neu ab 08)		-	135	130	125	120	120
W5 Theater für den Kanton Zürich: Zufriedenheit der Gemeinden, Umfrage mit Ergebnis mind. "gut"		-	-	-	-	gut	-
W6 Freie Kredite, Musik: Anzahl Uraufführungen, Neubearbeitungen, in % (neu ab 08)		-	35	40	45	50	50
W7 Freie Kredite: Anzahl geförderte Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge (neu ab 08)		-	12	13	14	15	16
W8 Freie Kredite: Anzahl fremdsprachiger Veranstaltungen (neu ab 08)		-	20	20	25	25	25
W9 Staatsbeitrag Opernhaus Zürich AG; jährlicher Beitrag (in Mio. Fr.) (bis 07)		68.2	-	-	-	-	-

Leistungen

L1 Anzahl mit regelmässigen Staatsbeiträgen unterstützte Institutionen	40	41	50	50	50	50
L2 Anzahl Geschäfte Fachstelle Kultur	1'450	1'650	1'800	1'900	1'950	2'000
L3 davon Kulturkredit: Anzahl Gesuche / Anzahl daraus resultierende subsidiär unterstützte Veranstaltungen in den Zürcher Gemeinden	200/1'300	160/1'200	200/1'400	200/1'400	200/1'400	200/1'400
L4 davon in Zürich und Winterthur / in den übrigen Gemeinden (neu ab 08)	-	620/580	590/610	560/640	530/670	530/670
L5 davon Projektbeiträge Musik, Tanz, Theater, Literatur und bildende Kunst: Anzahl Gesuche / Anzahl genehmigte Projekte	500/182	500/200	500/200	500/200	500/200	500/200
L6 Anzahl Wiedererwägungsgesuche (neu ab 08)	-	<=30	<=30	<=30	<=30	<=30
L7 Anzahl Kunstschaaffende, von denen Werke für die kantonale Kunstsammlung angekauft werden	30	45	40	40	40	40

Wirtschaftlichkeit

B1 Eigenwirtschaftlichkeit des Opernhauses in %	47.5	44-46	44-46	44-46	44-46	44-46
B2 Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kt. Zürich am Saldo Opernhaus	53.55	57.34	61.13	62.44	65.59	68.74
B3 Jährliche Staatsbeiträge an die übrigen Institutionen (ohne Opernhaus, Mio. Fr.)	7.43	7.86	12.93	13.03	13.13	13.23
B4	3.17	4.09	4.09	4.09	4.09	4.09

Leistungsgruppe 2234 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-89.583
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.000

Budget Leistungsgruppe 2234

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirtschaftlichkeit							
Freie Kredite bildende Kunst, Musik, Tanz, Theater, Literatur, Kulturkredit (in Mio. Fr.)							
B5 Freie Kredite (wie vorgängig) im Vergleich zu den regelmässigen Staatsbeiträgen in %		4.19	5.12	4.42	4.33	4.15	3.98
B6 Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kt. Zürich am Saldo Kulturförderung		64.42	66.85	68.88	70.54	74.16	77.90
B7 Anteil Personalkosten der Fachstelle Kultur im Vergleich zum Saldo der Laufenden Rechnung in %		1.16	1.15	1.20	1.25	1.22	1.20

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Subsidiäre Hilfe an öffentliche und private kulturelle Einrichtungen und Projekte in Form von Beiträgen an Einzelne und Institute (Kulturförderungsgesetz) sowie Unterstützung für den Betrieb des Opernhauses (Opernhausgesetz). Die Schwerpunkte der kantonalen Förderung des breiten und hochstehenden Kulturangebots sind mit dem Leitbild 2002 verabschiedet worden. Sie betreffen einerseits das kulturelle Leben in den Landgemeinden, andererseits überregionale Anliegen. Dabei steht die finanzielle Sicherung der traditionsreichen grossen Kulturinstitute im Vordergrund.

Indikatoren

- W5: Verschiebung der Umfrage auf 2011 infolge Intendantenwechsel.
- W9: Indikator Staatsbeitrag Opernhaus Zürich AG wird seit 07 nicht mehr weitergeführt, da die Höhe des Staatsbeitrags keine Aussagen zur Wirkung der eingesetzten Mittel ermöglicht.
- L1: ab 2009 ist vorgesehen, das Landesmuseum in Zürich mit einem regelmässigen Staatsbeitrag zu unterstützen. Ab 2009 sollen aus zusätzlichen Mitteln des Lotteriefonds zusätzliche kulturelle Institutionen mit einem jährlichen Staatsbeitrag unterstützt werden (saldoneutral); Umsetzung Legislaturziel (Förderung herausragender Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte).

Sonstige Bemerkungen

- Keine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Das Budget 2009 schneidet gegenüber dem Voranschlag 2008 um rund 5.2 Mio. Fr. schlechter ab. Mehrausgaben infolge Anstieg der Subvention an das Opernhaus Zürich um 7.5 Mio. Fr. sowie teuerungsbedingter Mehrkosten bei Personal- und Sachaufwendungen stehen Mehrerträge aus der Interkantonalen Rahmenvereinbarung gegenüber. Die bisher in der Investitionsrechnung berücksichtigten Beiträge an das Opernhaus Zürich für werterhaltenden Unterhalt fliessen neu in die Erfolgsrechnung ein (Umstellung IPSAS). Tiefer veranschlagt werden daher Zins- und Abschreibungsaufwand.
- Der Bedarf der Fachstelle Kultur an Beratungsdienstleistungen wie Rechtsgutachten, Studien oder Expertisen im Bereich der subventions- bzw. beitragsberechtigten Institutionen (Opernhaus, Landesmuseum, künftig allenfalls Kyburg etc.) vermag mit den bisher im Budget eingestellten Mitteln nicht gedeckt werden. Die mit dem Legislaturziel Nr. 15 ("Herausragende Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte") abgeleitete Aufgabe, ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren zu erarbeiten, wird den Beizug zusätzlicher externer Beratung erfordern.

Investitionsrechnung

- Die bisher in der Investitionsrechnung berücksichtigten Beiträge an das Opernhaus Zürich für werterhaltenden Unterhalt in der Höhe von 3 Mio. Fr. fliessen neu die Erfolgsrechnung ein (Umstellung IPSAS). Um 1.5 Mio Fr. tiefer veranschlagt sind die Investitionen für das Nachfolgeprojekt Opus One.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Durch Änderungen der Lotteriefonds-Richtlinien (Erhöhung der für die freien Kredite und für Staatsbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel) und die im Rahmen der Finanzausgleichsreform zu überarbeitende Förderungspraxis erhöhen sich sowohl der administrative Aufwand bei der Gesuchbearbeitung als auch der allgemeine Verwaltungsaufwand. Durch die Umsetzung des Verwaltungsverfassungsrechts sind ausserdem Entscheide künftig auf Verlangen zu begründen, was unmittelbar einen Mehraufwand pro zu bearbeitendes Gesuch nach sich zieht. Der Austritt einer langjährigen Mitarbeiterin sowie die Pensumsreduktion eines erfahrenen Mitarbeiters können nur durch eine Aufgabeneuverteilung, die mit einer kostenneutralen Aufstockung gegenüber dem Budget 08 um 0.7 Stellen einhergeht, aufgefangen werden. Die Personalkostenentwicklung verläuft daher im Rahmen der Teuerung.

Indikatoren

- Keine Bemerkungen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Entwicklung des Rechnungssaldos wird geprägt durch den Ausgleich der Teuerung gemäss Subventionsvertrag bei Opernhaus Zürich und Theater Kanton Zürich.
- Der Bedarf der Fachstelle Kultur an Beratungsdienstleistungen wie Rechtsgutachten, Studien oder Expertisen im Bereich der subventions- bzw. beitragsberechtigten Institutionen (Opernhaus, Landesmuseum, künftig allenfalls Kyburg etc.) vermag mit den bisher im Budget eingestellten Mitteln nicht gedeckt werden. Die mit dem Legislaturziel Nr. 15 ("Herausragende Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte") abgeleitete Aufgabe, ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren zu erarbeiten, wird den Beizug zusätzlicher externer Beratung erfordern.

Investitionsrechnung

- Investitionen sind für das Nachfolgeprojekt von Opus One bis 2011 vorgesehen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der unter der Entwicklung zum Budget erläuterte quantitative und qualitative Mehraufwand bei der Gesuchbearbeitung sowie der zusätzliche administrative Aufwand kann nur mit einer Aufstockung um eine zusätzliche halbe Stelle bewältigt werden.

Indikatoren

- Keine Veränderung

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Entwicklung des Rechnungssaldos wird geprägt durch den Ausgleich der Teuerung gemäss Subventionsvertrag bei Opernhaus Zürich und Theater Kanton Zürich. Die bisher in der Investitionsrechnung berücksichtigten Beiträge an das Opernhaus Zürich für werterhaltenden Unterhalt fliessen neu in die Erfolgsrechnung ein (Umstellung IPSAS). Tiefer veranschlagt werden daher Zins- und Abschreibungsaufwand.
- Der Bedarf der Fachstelle Kultur an Beratungsdienstleistungen wie Rechtsgutachten, Studien oder Expertisen im Bereich der subventions- bzw. beitragsberechtigten Institutionen (Opernhaus, Landesmuseum, künftig allenfalls Kyburg etc.) vermag mit den bisher im Budget eingestellten Mitteln nicht gedeckt werden. Die mit dem Legislaturziel Nr. 15 ("Herausragende Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte") abgeleitete Aufgabe, ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren zu erarbeiten, wird den Beizug zusätzlicher externer Beratung erfordern.

Investitionsrechnung

- Die bisher in der Investitionsrechnung berücksichtigten Beiträge an das Opernhaus Zürich für werterhaltenden Unterhalt fliessen neu in die Erfolgsrechnung ein (Umstellung IPSAS). Investitionen sind für Nachfolgeprojekt Opus One gemäss geänderter Investitionsplanung vorgesehen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zur Umsetzung des Legislaturziels Nr. 15 (Herausragende Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte fördern) stehen bei den freien Krediten (Spartenkredite) als auch bei den Staatsbeiträgen zusätzliche Mittel aus dem Lotteriefonds zur Verfügung. Ihr gezielter Einsatz sowie die im Rahmen der Finanzausgleichsreform anzupassende Förderungspraxis gehen einher mit einer wachsenden Anzahl Betragsgesuche. Diese sind wegen der Umsetzung des Verwaltungsverfassungsrechts künftig auf Verlangen zu begründen (§10a Ziff. 2 Lit. a VRG). Der quantitative und qualitative Mehraufwand bei der Gesuchbearbeitung sowie der administrative Aufwand kann nur mit der ausgewiesenen Aufstockung bewältigt werden.

Indikatoren

- Keine Bemerkungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.3	0.3	0.0	2.2	0.0	2.2	0.0	2.3	2.3	721.5
Aufwand	-1.6	-1.5	0.0	-3.9	0.0	-4.1	0.0	-4.1	-4.1	150.7
Saldo	-1.4	-1.2	0.0	-1.7	0.0	-1.9	0.0	-1.8	-1.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	2.9	4.0	0.0	4.0	0.0	4.0	0.0	4.0	4.0
---------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Aufgaben

- A1 Förderung der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten mit Information, Bildung und gezielter Projektförderung im Sinne von Fördern und Fordern - verbindlich ab dem ersten Tag - zur Herstellung von Chancengleichheit.
- A2 Proaktive Koordination und Zusammenarbeit zum Thema Integration in der kantonalen Verwaltung, mit Gemeinden und privaten Organisationen.
- A3 Sensibilisierung der Bevölkerung und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Integration.
- A4 Zusammenarbeit mit Partnerkantonen und den Bundesbehörden, insbesondere mit dem Bundesamt für Migration (BFM).

EntwicklungsschwerpunkteDirektions-
ziel Nr.

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Interdirektionale Koordination und Vernetzung der Integrationsaufgaben (Kompetenzzentrum Integration)	laufend	2
E2 Unterstützung der Integrationsförderung in den Gemeinden	laufend	2
E3 Zielgruppenspezifischer und bedarfsgerechter Ausbau der Förderungsangebote in den Regionen	2012	2
E4 Aktivitäten zur Unterstützung des Bereichs Frühförderung verstärken	2012	2
E5 Aktive Integrationsbereitschaft fördern (LZ RR 13.2): Umsetzung des Pilotprojekts Integrationsvereinbarungen und Schaffung eines kantonalen Integrationsgesetzes	2011	2
E6 Information zu Migration und Integration verbessern und Kampagne "Aller Anfang ist Begegnung" der Nordwestschweizer Kantone übernehmen (LZ RR 13.1)	2008	2

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

W1 Zufriedenheit der Gemeinden (Umfrage alle 3 Jahre) bis 2008	min.	-	sehr gut	-	-	-	-
W2 Zufriedenheit der Fachorganisationen (Umfrage alle 3 Jahre) bis 2008	min.	-	gut	-	-	-	-
W3 Zufriedenheit der Leistungsbezüger (Umfrage alle 2 Jahre ab 2009, erstmals 2010),	min.	-	-	-	gut	-	gut

Leistungen

L1 Beanspruchung des Dienstleistungsangebots durch die Gemeinden (bis 2008)	25	25	-	-	-	-
L2 Prüfung von Beitragsgesuchen/Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten	60	60	90	90	90	90
L3 Mitarbeit beim Aufbau regionaler Strukturen (bis 2008)	0	2	-	-	-	-
L4 Mitwirkung bei der Behandlung von Beitragsgesuchen an den Bund und weitere Stellen (bis 2008)	71	150	-	-	-	-
L5 Information- und Öffentlichkeitsarbeit (Zeitung-Plakatkampagne) (ab 2009)	-	-	2	2	2	2
L6 Begrüssungs- und Informationsveranstaltungen für Fremdsprachige/Neuzuziehende (ab 2009)	-	-	20	20	20	20
L7 Abschlüsse von Integrationsvereinbarungen (Pilot befristet 2009-2011)	-	-	40	40	40	-
L8 Unterstützung des Auf-/Ausbaus von beispielhaften Frühförderungsprojekten (ab 2009)	-	-	10	15	15	15

Wirtschaftlichkeit**Leistungsgruppe 2241 Budgetentwurf 2009**Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.) -1.684
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)**Budget Leistungsgruppe 2241**Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Anpassung der Strukturen und Ressourcen der Fachstelle gemäss der strategischen Neuausrichtung bzw. des Paradigmawechsels in Anlehnung an das "Basler Modell" sowie veränderte Rahmenbedingungen (neues Ausländergesetz).
- Erstellung und laufende Umsetzung eines Strategischen Dreijahres-Programmkonzepts für den Bund (BFM) als Basis für eine Leistungsvereinbarung zwischen BFM und Kanton. Neu werden daher keine Beitragsgesuche mehr beim Bund eingereicht, sondern direkt beim Kanton auf Basis der Leistungsvereinbarung des Kantons mit dem Bund/BFM zum Strategischen Programmkonzept (neue Abläufe und Finanzflüsse). Durchführung der Informationskampagne "Aller Anfang ist Begegnung" sowie des Pilotprojekts "Integrationsvereinbarungen".
- Verstärkung der Integrationsförderung auf kommunaler Ebene.

Indikatoren

- Der Aufbau eines Controlling und Monitorings ist in Arbeit.
- Neu sind die Indikatoren W3, L5 bis L8; keine Weiterführung von W1, W2, L1, L3, L4
- Wirtschaftlichkeits-Indikatoren: Ab 2009 gelten veränderte Rahmenbedingungen, u.a. wird ein Rahmenvertrag zwischen Bund und Kanton auf der Basis eines Drei-Jahres-Programmkonzept zur Integrationsförderung abgeschlossen werden. Die entsprechenden Arbeiten sind im Gange und die (Wirtschaftlichkeits-)Indikatoren daher noch ausstehend, da diese auch auf die Bedürfnisse des Bundes angepasst werden sollen.

Sonstige Bemerkungen

- keine

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung des Aufwandes ergibt sich aus den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung
- Eine leichte Kostenzunahme resultiert aus den höheren Mietkosten im Kaspar-Escher-Haus.
- Die Einnahmen und Ausgaben entsprechenden den gemäss neuer Strategie definierten Aufgaben und Finanzflüssen. Deshalb verzeichnen die Dienstleistungen Dritter einen Anstieg von Fr. 0,4 Mio.

Investitionsrechnung

- keine

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung in den Planjahren basiert auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.
- Die Einnahmen und Ausgaben entsprechenden den gemäss neuer Strategie definierten Aufgaben und Finanzflüssen. Die Entwicklung der Dienstleistungen Dritter weist daher im 2010 eine Zunahme von Fr. 0,2 Mio., ab 2011 eine Zunahme von Fr. 0,1 Mio. gegenüber dem Budget 09 auf.

Investitionsrechnung

- keine

Personal (Beschäftigungsumfang)

- unverändert

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Regierungsrat hat 2007 einen Paradigmawechsel in der Integrationsförderung (in Anlehnung an das "Basler Modell") beschlossen. Dieser Strategiewechsel ist mit Investitionen verbunden, die nicht budgetiert waren. Der Mehraufwand entsteht durch die zusätzliche Finanzierung von Angeboten im Informationsbereich, dadurch anfallenden Übersetzungskosten, den Ausbau des Deutschkursangebotes sowie der Finanzierung von Projekten, welche wichtige Lücken im kantonalen Integrationsförderungsangebots schliessen sollen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	1.9	1.6	0.0	1.6	0.0	1.6	0.0	1.6	1.6	-18.2
Aufwand	-8.7	-9.4	0.0	-9.6	0.0	-9.6	0.0	-9.8	-9.9	13.4
Saldo	-6.8	-7.7	0.0	-7.9	0.0	-8.0	0.0	-8.2	-8.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	36.4	39.5	0.0	39.3	0.0	39.3	0.0	39.3	39.3	

Aufgaben

A1 Rechtspflegefunktion / Aufsicht und Genehmigungen gegenüber Gemeinden / Erstinstanzliche Entscheide und Bewilligungsverfahren /
Auskunfts-, Beratungs- und Schulungstätigkeit

Entwicklungsschwerpunkte

	Direktions- ziel Nr.	
E1 Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27a Abs. 1 VRG)	2012	0
E2 Ausbildung einer einheitlichen Praxis VSG	2012	0

Indikatoren

Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen						
W1 Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide (in %)	16.29	14.00	14.67	14.67	14.67	14.25

Leistungen

L1 Anzahl erledigte Rechtsmittel	P	1281	1'525	1505	1505	1505	1515
L2 Anzahl Rechtsauskünfte	P	10650	10'050	10000	10100	10370	10420
L3 Entscheide und Bewilligungen	P	1245	1155	1'155	1'170	1150	1170
L4 Aufsicht und Genehmigungen: - Jahresrech., Visitation u. Kontr.-Bericht	P	2671	2635	2620	2620	2634	2634
L5 Aufsicht und Genehmigungen: - Fürsorgebehörden, Heime, Stiftungen, Zivilstandsämter	P	778	727	767	767	767	787
L6 Aufsicht und Genehmigungen: - Berichte und Inventare Vormundschaftswesen	P	10253	9'390	9840	9940	9950	10050
L7 Pendente Geschäfte: - spruchreife Pendenzen	P	288	293	305	315	310	320
L8 Pendente Geschäfte: - total Pendenzen	P	933	850	870	870	880	895

Wirtschaftlichkeit

B1 Fristgerecht erledigte Rechtsmittelverfahren gem. § 27a Abs. 1 VRG (in %)	P	64	68	68	68	68	67
---	---	----	----	----	----	----	----

Leistungsgruppe 2251 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -7.916
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 2251

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Ausbildung einer einheitlichen Praxis in der Rechtsprechung VSG (Volksschul-Gesetz).

Sonstige Bemerkungen

- keine

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Das Budget 09 nimmt mit einem Aufwand von -9.6 Mio. um die Vorgaben innerhalb Teuerung und Beförderung um 0.2 Mio. und im Sachaufwand um 0.04 Mio. zu, was im Wesentlichen auf die Bezirkswahlen im kommenden Jahr zurückzuführen ist. Der Ertrag von 1.6 Mio. liegt im Schwankungsbereich des Vorjahres. Der daraus resultierende Saldo von -7.9 Mio. entspricht den Planungsvorgaben.
- Die Dienstleistungen Dritter weisen infolge Wahljahr eine kleine Kostenzunahme auf.

Investitionsrechnung

- Es sind keine Investitionen geplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der geplante Personalbestand bleibt über die Planjahre unverändert.

Indikatoren

- Wirkung: - Konstant, vermehrt Weiterzug der Entscheide durch Ergreifen der Rechtsmittel
- Leistung: - bleibt auf hohem Niveau konstant
- Wirtschaftlichkeit: - im geplanten Bereich

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung entspricht grundsätzlichen KEF-Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung. Der Aufwand bleibt mit 9.6 Mio. im bekannten Bereich. Der Sachaufwand sinkt um die Aufwände für die Bezirkswahlen. Der Ertrag ist mit 1.6 Mio. ebenfalls konstant.
- Im Jahr 2010 sinken die Kosten für Dienstleistungen Dritter wieder auf das Niveau vom Budget 08 und steigen in den Planjahren lediglich teuerungsbedingt.

Investitionsrechnung

- Es sind keine Investitionen geplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der geplante Personalbestand bleibt über die Planjahre unverändert.

Indikatoren

- Wirkung: - Konstant, vermehrt Weiterzug der Entscheide durch Ergreifen der Rechtsmittel
- Leistung: - bleibt auf hohem Niveau konstant
- Wirtschaftlichkeit: - im geplanten Bereich

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung entspricht hauptsächlich den KEF-Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.

Investitionsrechnung

- Es sind keine Investitionen geplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Es sind keine Personaländerung im KEF 2009-2012 geplant.

Indikatoren

- Wirkung: - Leistung: - Wirtschaftlichkeit: Im Grundsatz werden keine wesentlichen Änderungen erwartet. Entsprechend liegen die Werte alle im Schwankungsbereich.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	1.7	1.6	0.0	1.6	0.0	1.6	0.0	1.6	1.6	-4.2
Aufwand	-5.7	-6.0	0.0	-6.2	0.0	-6.3	0.0	-6.4	-6.5	15.0
Saldo	-4.0	-4.4	0.0	-4.6	0.0	-4.7	0.0	-4.8	-4.9	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	26.0	27.0	0.0	27.0	0.0	27.0	0.0	27.0	27.0
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

Aufgaben

A1 Erstinstanzliche gerichtliche Beurteilung von bau-, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie kantonaler Amtsstellen.

A2 Qualitativ gute Rechtsprechung im Sinne eines hinreichenden Rechtsschutzes für die Rechtssuchenden.

A3 Fristgerechte und für die Rechtssuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung von Rekursverfahren (§ 27a VRG und Art. 18 KV).

A4 Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet.

Entwicklungsschwerpunktebis Direktions-
ziel Nr.

E1 Erzielung von möglichst hohen Gebühreneinnahmen - unter Beachtung des von Art. 18 der Kantonsverfassung ("wohlfeile Erledigung des Verfahrens") gesetzten Rahmens.

0

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

W1 Weiterzüge (Beschwerden) ans Verwaltungsgericht	P	13.3%	< 15%	< 15%	< 15%	< 15%	< 15%
W2 Vom Verwaltungsgericht korrigierte BRK-Entscheide	P	3.0%	< 5%	< 5%	< 5%	< 5%	< 5%
W3 Abweisung von Beschwerden durch Verwaltungsgericht	P	75.8%	> 66%	> 66%	> 66%	> 66%	> 66%

Leistungen

L1 Einhaltung der Verfahrensdauer § 27a VRG	P	92.0%	> 80%	> 80%	> 80%	> 80%	> 80%
L2 Verhältnis Eingänge : Erledigungen	P	1.00:1.05	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1
L3 Eingänge	P	963	1'240	1'240	1'240	1'240	1'240
L4 Erledigungen	P	1012	1'240	1'240	1'240	1'240	1'240

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostendeckungsgrad		30.0%	27.1%	26.3%	25.9%	25.4%	25.0%
B2 Kosten je Rekursverfahren in Franken (netto)		3908	3550	3675	3750	3850	3950

Leistungsgruppe 2262 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -4.558
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 2262

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- E1: Seit 1997 haben die Baurekurskommissionen ihre Gebühreneinnahmen von rund Fr. 1.1 Mio. auf Fr. 1.6 Mio. und damit um fast die Hälfte gesteigert. Diese Steigerung ist einerseits auf Gebührenerhöhungen sowie andererseits auf die Zuständigkeitsverweiterung per 1. Januar 2006 zurückzuführen. Da sich eine weitere Gebührenerhöhung zum jetzigen Zeitpunkt nicht rechtfertigen lässt und weitere Zuständigkeitsverschiebungen zu den Baurekurskommissionen hin zwar im Gespräch, aber noch nicht beschlossen sind, bleiben die Gebühreneinnahmen im KEF 2009 bis 2012 gegenüber dem KEF Vorjahr unverändert. Sobald sich aber der Zeitpunkt einer weiteren Zuständigkeitsverschiebung zu den Baurekurskommissionen hin abzeichnet und/oder eine erneute Erhöhung der Gebühren vertretbar ist, werden die Baurekurskommissionen die Gebühreneinnahmen wiederum steigern und entsprechend budgetieren können.

Indikatoren

- Bezugsgrößen der Wirkungsindikatoren:
 - W1: Jahresausstoss der Baurekurskommissionen. Der Indikator lässt auf die Akzeptanz der BRK-Entscheide schliessen.
 - W2: Jahresausstoss der Baurekurskommissionen.
 - W3: Alle durch das Verwaltungsgericht materiell beurteilten Fälle.
- Im Jahr 2007 konnte die Anzahl erledigter Rekursverfahren gegenüber dem Vorjahr um rund 6% gesteigert werden. Da im Vergleich dazu die Rekurseingänge zurückgingen, sank die Anzahl penderter Rekursverfahren um rund 7%.

Sonstige Bemerkungen

- Ein Benchmarking mit anderen Leistungsanbietern ist nicht möglich, weil vergleichbare Leistungsanbieter nicht existieren. Die Baurekurskommissionen sind im Kanton Zürich das einzige erstinstanzliche Gericht in Bau-, Planungs- und Umweltschutzsachen. Ein Vergleich etwa mit den Steuerrekurskommissionen wäre deshalb verfehlt, weil die zu bearbeitende Materie, die Anzahl der Streitgegenstände, die Streitwerte, der Bearbeitungsaufwand und auch die Verfahren zu unterschiedlich sind, um aussagekräftige Vergleiche zu ermöglichen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Aufwand gemäss Budgetentwurf steigt gegenüber dem angepassten Budget 2008 nach IPSAS-Normen hauptsächlich anhand der Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung. Davon entfällt rund ein Fünftel auf die Neuregelung der Kinderzulagen, nach welcher neu den entsprechenden Leistungsgruppen nicht mehr die effektiv anfallenden Kinderzulagen, sondern generell 1.3% des AHV-pflichtigen Lohnes belastet werden. Zudem wirkt sich auch die 2008 dem Personal gewährte Teuerung, welcher Umstand eine Verdoppelung des diesbezüglich budgetierten Betrags zur Folge hat, aufwandsteigernd aus. Diesen Mehraufwendungen von rund Fr. 210'000 stehen aber (durch im 2008 geringer als geplant ausfallende Ausgaben für Stufenanstiege, weniger DAG-Zahlungen im Jahre 2009, Rotationsgewinne in der Kanzlei sowie weniger hohe Kosten bei den internen Verrechnungen) Einsparungen von rund Fr. 42'000 entgegen. Da sich ertragsseitig gegenüber dem Vorjahr keine Veränderungen ergeben, beträgt der Nettomehraufwand gegenüber dem Vorjahr somit rund Fr. 168'000.
- Die Beträge für Dienstleistungen Dritter bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang erfährt gegenüber dem Vorjahr keine Änderung.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung in den weiteren Planjahren richtet sich nach den Vorgaben zur Erstellung der Planung 2010 bis 2012. In der Entwicklung nicht berücksichtigt sind wahrscheinliche, im heutigen Zeitpunkt aber noch unbestimmte Zuweisungen von weiteren Aufgaben, wie zum Beispiel einer Zuständigkeitsverlagerung vom Regierungsrat, von den Direktionen und von weiteren Instanzen zu den Baurekurskommissionen (vgl. auch RRB Nr. 436/2007).
- Die Beträge für Dienstleistungen Dritter erhöhen sich gegenüber dem Budget 2009 in den Planjahren jeweils um die eingestellte Teuerung von 1.5%.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- In den weiteren Planjahren bleibt der Beschäftigungsumfang unverändert (sofern den Baurekurskommissionen nicht weitere Aufgaben zugewiesen werden [vgl. oben]).

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- In den Planjahren 2009 bis 2011 steigen die Personalkosten aufgrund der geänderten Vorgaben zum Personalaufwand gegenüber dem KEF Vorjahr. Das Planjahr 2009 wird gegenüber dem Vorjahr zusätzlich mit auf die neue Rechnungslegung zurückzuführende Abschreibungen auf Mobilien belastet. Einsparungen können hingegen beim Sachaufwand und bei den internen Verrechnungen über alle Planjahre verzeichnet werden.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Gegenüber dem KEF Vorjahr haben sich keine Veränderungen ergeben.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.9	1.2	0.0	1.2	0.0	1.2	0.0	1.2	1.2	37.8
Aufwand	-3.5	-4.1	0.0	-4.1	0.0	-4.2	0.0	-4.2	-4.3	22.5
Saldo	-2.6	-2.9	0.0	-2.9	0.0	-3.0	0.0	-3.0	-3.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	15.4	18.1	0.0	18.1	0.0	18.1	0.0	18.1	18.1	

Aufgaben

- A1 Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen
- A2 Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen
- A3 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Neuordnung/Erweiterung Rechtsprechungszuständigkeiten	2009	0
E2 Reorganisation	2011	0
E3 Neuordnung der Administrativaufsicht (Verwaltungsgericht als neue Aufsichtsinstanz)	2010	0

Indikatoren

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Geringe Anzahl Weiterzüge (Akzeptanz der gefällten Urteile)	max.	16.66 %	< 20 %	< 20 %	< 20 %	< 20 %	< 20 %
W2 Geringe Anzahl oberinstanzlicher Urteilsaufhebungen	max.	17	< 32	< 40	< 40	< 40	< 40

Leistungen

L1 Verhältnis Eingänge/Erledigungen = 1:1:	P	0.987 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1
L2 Eingänge	P	772	750	1'000	1'000	1'000	1'000
L3 Erledigungen	P	762	750	1'000	1'000	1'000	1'000
L4 Pendenzen	P	262	< 300	< 300	< 300	< 300	< 300
L5 Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	max.	4.6	< 6	< 6	< 6	< 6	< 6
L6 Anteil Dispositivurteile	min.	25.07 %	> 30 %	> 30 %	> 30 %	> 30 %	> 30 %

Wirtschaftlichkeit

B1 Kosten je Rekursverfahren im Durchschnitt (netto Fr.)	3'461	3'800	2'900	3'000	3'000	3'100
B2 Kostendeckungsgrad	24.9 %	29.7 %	29.1 %	28.6 %	28.4 %	27.9 %

Leistungsgruppe 2263	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-2.926
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2263
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Im Zusammenhang mit der Einführung der allgemeinen Rechtsweggarantie wird zurzeit die Erweiterung der Rechtsprechungskompetenzen der Steuerrekurskommissionen insb. im Bereich Steuerbezug bzw. -erlass geprüft. Darüber hinaus steht auch die Behandlung von Rechtsmitteln in den Bereichen Nach- und Strafsteuer sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer zur Diskussion. Die per 2009 geplante Kompetenzerweiterung steht unter dem Vorbehalt der (rechtzeitigen) Schaffung der hierfür notwendigen gesetzlichen Grundlagen. Weiter ist vorgesehen, dass die Steuerrekurskommissionen als Gerichtsbehörde ab 2010 nicht mehr der Administrativaufsicht der Direktion für Justiz und Inneres, sondern derjenigen des Verwaltungsgerichts unterstellt wird.

Indikatoren

- W1-W2: Als Folge der geplanten Zunahme von Geschäften ab 2009 (Kompetenzerweiterung) ist die Anzahl der oberinstanzlichen Urteilsaufhebungen entsprechend zu erhöhen.
- L2-L3: Aufgrund der ab 2009 angestrebten Erweiterung der Rechtsprechungszuständigkeiten (insb. Steuerbezug und -erlass, evtl. auch Nach-, Straf-, Schenkungs- und Erbschaftssteuern) wird per 2009 ein erheblicher Anstieg der Rechtsmitteleingänge und -erledigungen prognostiziert. Die Prognose steht freilich unter dem Vorbehalt, dass bis 2009 die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für die Kompetenzerweiterung geschaffen sein werden.
- B1-B2: Mit der geplanten Kompetenzerweiterung und der damit verbundenen höheren Geschäftslast sinken die Nettokosten pro Verfahren per 2009. Aufgrund der Erfahrungen der Berichtsjahre 2006 und 2007, in welchen der geplante Gebührenertrag als Folge des stetig sinkenden durchschnittlichen Streitwerts pro Fall deutlich verfehlt wurde, führt auch die Zuweisung neuer Kompetenzen ab 2009 zu keinem höheren Gebührenertrag als bereits im Jahr 2008 budgetiert. Der Kostendeckungsgrad steigt in der Folge ab 2009 nicht an.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Mehraufwand im Budgetentwurf 09 ist insb. im Bereich der Personalkosten (Teuerung/Gewährung allg. Stufenanstieg) zu lokalisieren. Dem stehen Einsparungen insb. bei der Entschädigung externer Richter und bei den Hauswartungskosten gegenüber. Ertragsseitig ist im Vergleich zum Vorjahr trotz der geplanten Kompetenzerweiterung keine Erhöhung des Gebührenvolumens eingestellt, da die Gebührenziele 2006 bzw. 2007 deutlich verfehlt wurden. Insgesamt schliesst der Saldo der laufenden Rechnung Budget 09 im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich schlechter ab.
- Die Beträge für Dienstleistungen Dritter bleiben gegenüber dem Budget 08 unverändert.

Indikatoren

- L2-L3: Aufgrund der geplanten Kompetenzerweiterung werden die beiden Indikatoren im Budget 09 von 750 auf 1000 heraufgesetzt.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- In den Planjahren 10 - 12 sind trotz der vorgesehenen Kompetenzerweiterung im Vergleich zum Budget 08 keine Mehrerträge prognostiziert. Der Aufwand bewegt sich im Rahmen der Vorgaben zur Teuerung.
- Keine Veränderung der Kosten Dienstleistungen Dritter zum Budget 09.

Indikatoren

- L2-L3/B1-B2: Die – unter Vorbehalt des Bestands entsprechender gesetzlicher Grundlagen – ab 2009 vorgesehene Kompetenzerweiterung führt auch im den Folgejahren zu einem höheren Niveau an Rechtsmitteleingängen und -erledigungen. Die Nettokosten pro Verfahren verbleiben auf einem niedrigeren Niveau. Der Kostendeckungsgrad sinkt aufgrund der Lohnentwicklung leicht.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Aufwandseitig können Einsparungen insb. bei den Entschädigungen für externe Richter, bei den Hauswartungs- und bei den EDV-Kosten eingestellt werden. Dem stehen Mehrausgaben bei den Personalkosten (allg. Stufenanstieg inkl. Auswirkungen in den Folgejahren) gegenüber. Ertragsseitig musste aufgrund der im Vergleich zur Planung schlechten Gebührenerträge 2006 und 2007 von einer im KEF Vorjahr prognostizierten Erhöhung des Gebührenertrags ab 2009 zufolge der geplanten Kompetenzerweiterung abgesehen werden.
- Keine wesentliche Veränderung der Kosten Dienstleistungen Dritter.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	16.3	0.4								-100.0
Aufwand	-58.1	-46.3	0.0	-47.4	0.0	-43.6	0.0	-39.1	-34.9	-40.0
Saldo	-41.8	-45.9	0.0	-47.4	0.0	-43.6	0.0	-39.1	-34.9	

Investitionen (in Mio. Fr.)

										Ø (07 -12)
Einnahmen										
Ausgaben	-1.6									-0.3
Nettoinvestitionen	-1.6									-0.3

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 Seelsorge / Evangelisch-Reformiertes Kirchenwesen

Entwicklungsschwerpunkte

bis Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 2271 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -47.393
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 2271

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Teuerung und Stufenanstiege bei Pfarrstellen gemäss den Vorgaben zum Personalaufwand sowie die finanziellen Auswirkungen aus der Abtretung der kirchlichen Liegenschaften.

Investitionsrechnung

- Die bisher in der Investitionsrechnung berücksichtigten Investitionsbeiträge sind neu der Erfolgsrechnung enthalten (Umstellung IPSAS).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Ab dem Zeitpunkt der Inkraftsetzung des neuen Kirchengesetzes (1.1.2010) reduzieren sich die jährlichen Beiträge des Kantons an die reformierte Landeskirche um rund CHF 2,5 Mio pro Jahr. Ausgangsbasis sind die heutigen Beiträge für die Pfarrbesoldung. Im Aufwand der Planjahre sind die finanziellen Auswirkungen aus der Abtretung der kirchlichen Liegenschaften enthalten.
- Im Aufwand sind auch die Unterhaltskosten, Abschreibungen und Zinsen für die beim Kanton verbleibenden kirchlichen Liegenschaften enthalten.

Investitionsrechnung

- Mit dem neuen Kirchengesetz fallen auch die Investitionsbeiträge weg.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Anzahl der Pfarrstellen bleibt stabil, Rotationsgewinne sind zu erwarten. Minderaufwand ab 2010 infolge neuem Kirchengesetz, Mehraufwand aufgrund der Abtretung der kirchlichen Liegenschaften sowie der kalkulatorischen Kosten nach IPSAS-Norm für die beim Kanton verbleibenden kirchlichen Liegenschaften.

Investitionsrechnung

- Ab 2010 keine Investitionsbeiträge mehr (2009 gemäss Umstellung IPSAS in Erfolgsrechnung enthalten).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.1	0.4								-100.0
Aufwand	-8.8	-9.5	0.0	-9.0	0.0	-11.4	0.0	-13.9	-16.4	85.7
Saldo	-8.7	-9.1	0.0	-9.0	0.0	-11.4	0.0	-13.9	-16.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben		-0.5	0.0	-0.8						-0.2
Nettoinvestitionen		-0.5	0.0	-0.8						-0.2

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 Seelsorge / Römisch-Katholisches Kirchenwesen

Entwicklungsschwerpunkte

bis Direktionsziel Nr.

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 2272	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-8.975
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.800

Budget	Leistungsgruppe 2272
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Durch den Wegfall des Unterhaltsrückstandes beim Pfarrhaus in Rheinau reduziert sich der Aufwand um Mio. 0,5. Auf der Ertragsseite fällt die einmalige Zahlung von Mio. 0,375 an die Sanierung der Bergkirche in Rheinau weg.

Investitionsrechnung

- Für die Turmsanierung an der Klosterkirche in Rheinau wird im Jahr 2009 mit Investitionskosten von Mio. 0,8 gerechnet.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Bei einer Inkrafttretung des neuen Kirchengesetzes ab dem Jahr 2010 ist in den Jahren 2010 bis 2012 mit einer abgestuften Erhöhung der Staatsbeiträge an die katholische Körperschaft von jeweils ca. Mio. 2,5 zu rechnen.

Investitionsrechnung

- Die Turmsanierung an der Klosterkirche in Rheinau sollte im Jahr 2009 abgeschlossen sein.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Durch die Verschiebung der Inkraftsetzung des neuen Kirchengesetzes um ein Jahr fallen die höheren Staatsbeiträge erst ab 2010 an.

Investitionsrechnung

- Für die Turmsanierung der Klosterkirche Rheinau wird gegenüber dem KEF Vorjahr mit Mehrkosten von Mio. 0,3 gerechnet.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag										-100.0
Aufwand	-0.2	-0.2	0.0	-0.3	0.0	-0.3	0.0	-0.3	-0.3	17.7
Saldo	-0.2	-0.2	0.0	-0.3	0.0	-0.3	0.0	-0.3	-0.3	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)										

Aufgaben

A1 Seelsorge / Christkatholisches Kirchenwesen

Entwicklungsschwerpunkte

bis Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 2273	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.257
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2273
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Neubesetzung der Pfarrstelle führt zu höheren Lohnkosten und neu zur BVK-Beitragspflicht

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- unverändert

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Neubesetzung der Pfarrstelle führt zu höheren Lohnkosten und neu zur BVK-Beitragspflicht



6. Fonds

2291 Investitionsfonds

2292 Ausgleichsfonds

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	5.5	8.4	0.0	7.8	0.0	7.0	0.0	8.8	9.0	64.4
- Übertrag aus Erfolgsrechnung		8.4		7.8		7.0		8.8	9.0	
Aufwand	-5.5	-14.5	0.0	-11.8	0.0	-11.0	0.0	-9.5	-8.3	52.8
- Abschreibungen		-10.7		-10.7		-10.2		-8.8	-7.9	
Saldo	0.0	-6.1	0.0	-4.0	0.0	-4.0	0.0	-0.7	0.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben	-0.3	-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	-1.2	-1.1
Nettoinvestitionen	-0.3	-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	-1.2	-1.1
Fondsbestand			0.0	-14.5	0.0	-9.9	0.0	-3.4	2.6	0.0

Aufgaben

A1 Dient der Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates. Mit den Einlagen in den Fonds soll die Finanzierung der Abschreibungen der ausbezahlten Investitionsbeiträge sichergestellt werden. Übertrag von Mitteln aus Laufender Rechnung der Leistungsgruppe Finanz- und Lastenausgleich, Nr. 2215.

Entwicklungsschwerpunkte

E1 Die im KEF 2009 - 12 eingestellten Planzahlen führen zu einer Fondssanierung bis 2012. bis 2012 | Direktionsziel Nr. 4

Indikatoren

Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
-----	------	------	------	------	------	------

Wirkungen

W1 Erhalten der finanziellen Selbstständigkeit der gesuchstellenden Gemeinden gemäss Leistungsindikator Nr. L1	P	0	3	3	3	3	3
--	---	---	---	---	---	---	---

Leistungen

L1 Prüfung der Gesuche, Antragstellung an den Regierungsrat	P	0	4	4	4	4	4
---	---	---	---	---	---	---	---

Wirtschaftlichkeit

Fonds 2291	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-3.996
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.200

Budget	Fonds 2291
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die geplante Fondssanierung bis 2012 basiert auf einer stabilen Investitionsbeitragsannahme von Fr. 1.2 Mio. je Planjahr.

Indikatoren

- L1: Prüfung der Gesuche, Antragstellung an den Regierungsrat: Die Prüfungskriterien ergeben sich aus § 20 des Finanzausgleichsgesetzes, wonach eine Gemeinde einen Beitrag erhält, wenn sie durch Investitionen unverhältnismässig stark belastet würde. In den Planjahren wird mit 4 Gesuchen jährlich gerechnet.

Sonstige Bemerkungen

- Durch die Fixierung der jährlichen Investitionsbeiträge auf Fr. 1.2 Mio ist von einer stabilen Entwicklung der Ausgaben auszugehen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die restriktive Zusicherungspolitik der letzten Jahre bewirkt eine Abnahme des noch abzuschreibenden Verwaltungsvermögens.

Investitionsrechnung

- Die Ausgaben wurden weiterhin mit Fr. 1.2 Mio. zurückhaltend budgetiert.

Indikatoren

- W1: Die Investitionsbeiträge bzw. die Gutheissung von Antragsbegehren der Gemeinden dürften sich im bisherigen Rahmen entwickeln.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Rechnungslegung nach IPSAS (geplante Einführung 2009) führt dazu, dass sich der Fonds nicht wie bis anhin saldoneutral verhält. Auf die Einlage in den Fonds wird zu Gunsten einer Abschlussbuchung verzichtet, weshalb im Budget 2009 ein Aufwandüberschuss von Fr. 4.0 Mio. resultiert. Der Fonds wird - basierend auf den eingestellten Planwerten - bis 2012 entschuldet.

Investitionsrechnung

- Gemäss RRB-Nr. 1034 vom 12.7.06 sind die Auszahlungen auf Fr. 1.2 Mio. zu limitieren.

Fondsbestand

- Die angestrebte Fondssanierung wird erreicht.

Indikatoren

- Die Entwicklung der Beitragsgesuche bzw. deren Prüfung bleibt voraussichtlich stabil.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Mit Beginn 2009 wird ein kalkulatorischer Zinssatz von 3.25% (3.75%) verwendet.

Investitionsrechnung

- Das jährliche Investitionsvolumen wurde bei Fr. 1.2 Mio. belassen.

Indikatoren

- Die Anzahl Beitragsgesuche und deren Prüfung verhält sich konstant.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	308.3	286.6	0.0	286.2	0.0	256.2	0.0	256.2	256.2	-16.9
- Beiträge finanzstarker Gemeinden/ Steuerkraftausgleich		285.0		285.0		255.0		255.0	255.0	
- Entnahmen aus Bestandeskonto										
Aufwand	-308.3	-286.6	0.0	-286.2	0.0	-256.2	0.0	-256.2	-256.2	-16.9
- Beiträge an finanzschwache Gemeinden/ Steuerkraftausgleich		-285.0		-285.0		-255.0		-255.0	-255.0	
- Einlagen in Bestandeskonto		-1.6		-1.2		-1.2		-1.2	-1.2	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Fondsbestand			0.0	37.9	0.0	39.1	0.0	40.3	41.5	0.0
--------------	--	--	-----	------	-----	------	-----	------	------	-----

Aufgaben

A1 Instrument des horizontalen Finanzausgleichs. Ziel: Annäherung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden untereinander. Mit dem Fondsbestand werden vorübergehende Schwankungen zwischen Abschöpfungen und Zuschüssen abgefangen.

Direktions-
ziel Nr.**Entwicklungsschwerpunkte**

bis

Indikatoren

Art

R 07

B 08

P 09

P 10

P 11

P 12

Wirkungen

W1 Erhalten der gegebenen Strukturen und der finanziellen Eigenständigkeit (Anzahl Gemeinden)	P	91	91	91	91	91	91
W2 Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden möglichst tief halten (Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden in %)	P	50	51	51	51	51	51

Leistungen

L1 Angleichung der Steuerkraft in den Gemeinden zwischen 70 - 90% des Kantonsmittels (Anzahl Gemeinden)	P	91	93	93	93	93	93
L2 Steuerkraftabschöpfung (Anzahl Verfügungen)	P	24	24	24	24	24	24
L3 Steuerkraftzuschuss (Anzahl Gemeinden, Kulturinstitute)	P	93	99	99	99	99	99
L4 Steuerkraftzuschuss (Kürzungen)	P	3	3	3	3	3	3

Wirtschaftlichkeit**Fonds 2292 Budgetentwurf 2009**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) 1.193
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Fonds 2292

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Ausgleichsfonds stellt das wichtigste Instrument dar, um die unterschiedliche finanzielle Ausstattung der Gemeinde zu verbessern, die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden zu stärken und das Ausmass der kommunalen Steuerfussdisparität zu steuern. Bis zu 10 % des Abschöpfungsbetrages werden für die Unterstützung der grossen Kunstinstitute der Städte Zürich und Winterthur verwendet.

Indikatoren

- W1: Gemeinden mit einer relativen Steuerkraft unter dem Kantonsmittel erhalten Beiträge. Die Zuschüsse an die Gemeinden richten sich nach dem Kantonsmittel der Steuerkraft und der eigenen Steuerkraft des Vorjahres.
- W2: Der Steuerfussunterschied benennt die Differenz zwischen dem höchsten und tiefsten Steuerfuss in Prozentpunkten.
- L1: Gemeinden mit einer relativen Steuerkraft unter dem Kantonsmittel erhalten Beiträge.
- L2: Gemeinden, deren Steuerkraft das Kantonsmittel um mehr als 15 % übersteigt, sind ablieferungspflichtig. Die Abschöpfungen bei den finanzstarken Gemeinden richten sich nach dem Kantonsmittel der Steuerkraft des Vorjahres und dem Verhältnis der eigenen Steuerkraft zum Kantonsmittel.
- L3: Steuerkraftzuschuss (Anzahl Gemeinden, Kunstinstitute): Ausrichtung von Steuerkraftzuschüssen an 91 Gemeinden, 6 Kunstinstitute sowie die Städte Zürich und Winterthur für kulturelle Einrichtungen von kantonaler und regionaler Bedeutung. Generell werden die Anspruchsberechtigung (Basis eigene Steuerkraft) sowie die Erfüllung der Voraussetzungen bezüglich des Steuerfusses (mindestens auf dem Kantonsmittel) geprüft. Mit der späteren Rechnungsprüfung wird die ordentliche Haushaltsführung und die sinnvolle Mittelverwendung überwacht.
- L4: Ein sehr günstiges Verhältnis vom Nettovermögen zur Steuerkraft (grösser als 200 %) und Verstösse gegen die Grundsätze der Haushaltsführung können zu einer Kürzung des Steuerkraftzuschusses führen.

Sonstige Bemerkungen

- Das Fondsvermögen verändert sich durch Einlagen oder Entnahmen für den Ausgleich zwischen Abschöpfungen und Zuschüssen und dient als Sicherheitsreserve.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Das Kantonsmittel der Pro-Kopf-Steuerkraft wird bei den finanzstarken Gemeinden stabil bleiben, was zu einer gleichbleibenden Abschöpfung führen wird.

Indikatoren

- W1: Den Schätzungen für die Planjahre liegt die Annahme zugrunde, dass 91 Gemeinden die Anforderungen für den Bezug von Steuerkraftausgleich erfüllen.
- W2: Mit den geplanten Abschöpfungen und Zuschüssen sollte sich der Unterschied vom tiefsten zum höchsten Gemeindesteuerfuss kaum verändern. Sollte die im Finanzausgleichsgesetz definierte Zielnorm - 95 % (162 Gemeinden) aller Steuerfüsse innerhalb eines bestimmten Bereichs - nicht erreicht werden, müsste die Anpassung der Berechnungsfaktoren vorgenommen werden.
- L1: Den Planwerten liegt die Annahme zugrunde, dass 93 Gemeinden grundsätzlich Anspruch haben, zwei davon aber die Voraussetzungen nicht erfüllen.
- L2: Die Anzahl Gemeinden mit überdurchschnittlicher eigener Steuerkraft bleibt im Planungszeitraum voraussichtlich konstant.
- L3: Der Planwert beinhaltet die Ausrichtung von Steuerkraftzuschüssen an 91 Gemeinden, 6 Kunstinstitute sowie die Städte Zürich und Winterthur für kulturelle Einrichtungen von kantonaler und regionaler Bedeutung.
- L4: Die Anzahl Kürzungen wegen ausserordentlich guter Finanzlage von Empfängergemeinden wird sich kaum verändern.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Das Kantonsmittel der Pro-Kopf-Steuerkraft wird tendenziell leicht sinken. Die konjunkturelle Abkühlung wird die finanzstarken Gemeinden stärker als die finanzschwachen Gemeinden treffen, was zu etwas tieferen Abschöpfungen führen wird.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Indikatoren

- W2: Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden möglichst tief halten (Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden in %): Der Steuerfussunterschied benennt die Differenz zwischen dem höchsten und dem tiefsten Steuerfuss in Prozentpunkten. Es ist kein gesetzliches Ziel definiert. Die Kantonsverfassung verlangt in Art. 127 nur eine nicht erhebliche Abweichung.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Pro-Kopf-Steuerkraft im Kantonsdurchschnitt wird sich insbesondere bei finanzstarken Gemeinden tendenziell leicht sinken, was zu etwas tieferen Abschöpfungen von Fr. 255 Mio. (im Vorjahres-KEF waren es Fr. 285 Mio.) führen dürfte.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Indikatoren

- L2: Steuerkraftabschöpfungen (Anzahl Verfügungen): Die Planwerte von 24 (im KEF 2007-10 waren es 23) entsprechen der tatsächlichen Anzahl Verfügungen 2007. Die Anzahl Gemeinden mit überdurchschnittlicher eigener Steuerkraft wird sich im Planungszeitraum kaum verändern.



7. Projekte

Generalsekretariat JI

- Projekt-Nr. 18JI2201: Statistikgesetz
- Projekt-Nr. 42JI2201: Umsetzung neue Kantonsverfassung
- Projekt-Nr. 43JI2201: Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung
- Projekt-Nr. 44JI2201: Abtretung kirchliche Liegenschaften

Finanz- und Lastenausgleich

- Projekt-Nr. 28JI2215: Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs (Beginn als wifl-Projekt Nr. 71/2207)

Staatsarchiv

- Projekt-Nr. 22JI2224: Erweiterung Staatsarchiv/Restanzen-Abbau

Strafverfolgung Erwachsene

- Projekt-Nr. 45JI2204: Reorganisationsprojekt Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftsdelikte)



Projekt-Nr. 18JI2201	Statistikgesetz
Direktion für Justiz und Inneres / Generalsekretariat JI	

Kurzumschreibung Projekt
Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes
Probleme Ist-Zustand:
Fehlen von gesetzlichen Bestimmungen über Datenlieferung und Erstellung von Statistiken. Die heutige statistische Tätigkeit des Kantons ist in vielen Erlassen auf unterschiedlicher Ebene (Gesetze, Verordnungen, RRB) geregelt und damit unübersichtlich.
Wirkungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • Moderne mit dem Bundesstatistikgesetz übereinstimmende, gesetzliche Grundlagen. • Einheitliche und transparente Gesetzesgrundlage.
Leistungsziel:
Verbesserte Stellung des Statistischen Amtes bei der Datenbeschaffung.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 18JI2201	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009	- Konzept Gesetzesvorlage

Bemerkungen
Chancen/Stärken:
Gesetzesgrundlage mit klarer Regelung der Verbindlichkeiten.
Gefahren/Schwächen:
Abwehrhaltung von Datenlieferanten.
Abhängigkeiten:
<ul style="list-style-type: none"> • Zustimmung von Parlament und Volk. • Anpassung verschiedener Gesetze und Verordnungen.
Personalbedarf:
Kein zusätzlicher Personalbedarf.
Organisation:
Erarbeitung durch Statistisches Amt / Arbeitsgruppe mit juristischer Beratung durch JI.



Projekt-Nr. 42JI2201	Umsetzung neue Kantonsverfassung
Direktion für Justiz und Inneres / Generalsekretariat JI	

Kurzumschreibung Projekt
Anpassung der geltenden Rechtsordnung an die neue Kantonsverfassung. Die Direktion der Justiz und des Innern koordiniert die notwendigen Anpassungsarbeiten und Rechtssetzungsprojekte der Direktionen und überwacht den Stand der Umsetzungsarbeiten.
Wirkungsziel: Rasche Umsetzung der neuen KV
Leistungsziel: Einheitliches Vorgehen in den Direktionen und koordiniertes Vorgehen gegenüber verschiedenen Ansprechpartnern, die ihrerseits Anpassungsarbeiten vornehmen müssen (Kantonsrat, Gemeinden, Gerichte usw.), sichern, damit das Wirkungsziel erreicht werden kann.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-0.1	-0.1	-0.1			
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-0.1	-0.1	-0.1			
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 42JI2201	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Neuer Meilenstein; Konzepte Teilprojekte verabschiedet
2009	- Umsetzung Teilprojekte

Bemerkungen
Chancen: Schaffung einer kohärenten Rechtsordnung. Möglichkeit, weitergehende Revisionsvorhaben an die Hand zu nehmen.
Gefahren: Rechtsunsicherheit aufgrund vieler Rechtsänderungen und Überschneidungen mit laufenden Revisionsvorhaben.
Abhängigkeiten: Kantonsrat, Souverän.
Organisation: Projektverantwortliche in den Direktionen. Koordinationsstelle JI, befristete Stellenaufstockung mit 50% Pensum für die Jahre 2006 bis 2009.



Projekt-Nr. 43JI2201	Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung
Direktion für Justiz und Inneres / Generalsekretariat JI	

Kurzumschreibung Projekt
Anpassung der geltenden Rechtsordnung (GVG, ZPO, StPO, etc.) an die künftigen Bundesprozessordnungen (EZPO, EStPO) unter Beachtung von 29a BV und der Vorgaben der Kantonsverfassung
Wirkungsziel: Fristgerechte Anpassung der kantonalen Gesetze an die Bundeserlasse
Leistungsziel: Gesetzesvorlagen

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 43JI2201	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Konzept RRB und Gesetzesvorlagen erarbeiten
2009	- Umsetzung Gesetzesvorlagen

Bemerkungen
Chancen: Anpassung und Überprüfung der gesamten Gerichtsordnung und der Rechtspflege im Kanton Zürich
Risiken: Rollende Anpassung der Vorlagen aufgrund der noch nicht verabschiedeten Gesetzesvorlagen des Bundes
Abhängigkeiten: Bund, Kantonsrat, Souverän.



Projekt-Nr. 44JI2201	Abtretung kirchliche Liegenschaften
---------------------------------	--

Direktion für Justiz und Inneres / Generalsekretariat JI

Kurzumschreibung Projekt
Reduktion des staatlichen Eigentums an kirchlichen Liegenschaften auf Grossmünster sowie Klosterkirchen Kappel und Rheinau. Übertragung sämtlicher anderen kirchlichen Liegenschaften (8 Kirchen und 7 Pfarrhäuser) im Eigentum des Staats auf die jeweiligen Kirchgemeinden.
Wirkungsziel:
Umsetzung Art. 130 KV, Entflechtung Verhältnis zwischen Kirchen und Staat auch im Bereich der Liegenschaften, Übereinstimmung von Nutzung und Eigentum
Leistungsziel:
Abbau des Aufwands ausserhalb des staatlichen Aufgabenbereichs

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-5.8	-	-0.9	-1.6	-2.1	-1.2	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-5.8	-	-0.9	-1.6	-2.1	-1.2	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 44JI2201	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Konzept-RRB und Ermächtigung JI
2007	- Start Projekt und Information betroffene Gemeinden
2008	- Abtretung Bergkirche Rheinau
2008	- Abtretung 2 weitere Kirchen und 2 Pfarrhäuser
2009	- Abtretung 2 weitere Kirchen und 2 Pfarrhäuser
2010	- Abtretung 2 weitere Kirchen und 2 Pfarrhäuser
2011	- Abtretung letzte Kirche und letztes Pfarrhaus
2011/12	- Projektabschluss

Bemerkungen
Die finanziellen Angaben basieren auf den gegenwärtig aktuellen Schätzwerten der Liegenschaften.



Projekt-Nr. 28JI2215	Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs (Beginn als wifl-Projekt Nr. 71/2207)
---------------------------------	---

Direktion für Justiz und Inneres / Finanz- und Lastenausgleich
Kurzumschreibung Projekt

Optimierung des direkten und indirekten Finanzausgleichs / Beseitigung falscher Anreize

Probleme Ist-Zustand:

Die Wirkung der nach Finanzkraft abgestuften Staatsbeiträge ist wenig transparent. Eine zielkonforme Steuerung ist erschwert, weil gleichzeitig mit der Lenkungs- auch eine Ausgleichswirkung angestrebt wird.

Im direkten Finanzausgleich finden sich eine Reihe von Mängeln. Beim Steuerkraftausgleich werden die technische Ausgestaltung sowie die U-Kurve (Abstufung der Zuschusssätze nach Gemeindegrösse) als Element eines Belastungsausgleichs, beim Steuerfussausgleich die fehlenden Sparanreize für die Gemeinden infolge der Defizitgarantie als unbefriedigend empfunden.

Als Schwäche der Lastenabgeltung für die Stadt Zürich zeigt sich deren Bemessung nach dem IST-Aufwand der Stadt Zürich, des Kantons und der übrigen Gemeinden. Die Erhebung des IST-Aufwandes ist aufwändig und er kann durch die Beteiligten beeinflusst werden.

Wirkungsziel:

Zielgerechte Steuerbarkeit eines reformierten Finanzausgleichs im Hinblick auf den Finanzbedarf einer einzelnen Gemeinde sowie bezüglich der Auswirkungen auf den Kanton.

Leistungsziel:

Ablösung des indirekten Finanzausgleichs (Abstufung der Staatsbeiträge nach Finanzkraftindex); Reformierung des Steuerkraftausgleichs, Ablösung des Steuerfussausgleichs durch einen Belastungsausgleich inkl. Sonderlasten der Städte Zürich und Winterthur (Ablösung des Lastenausgleichs der Stadt Zürich).

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		- 0.85	- 0.2	- 0.1	- 0.1	-0.05	
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 28JI2215

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
1999	- Projektstart
2000	- Einsetzen einer Projektgruppe
2001	- Abschluss Vorstudie Ende März
2002	- Hauptstudie Modelle bis 09/02
2002	- Modellrechnungen/-korrekturen 12/02
2003	- Schlussbericht vom 11. Juni 2003
2005	- Überprüfung des Modells und Auftrag zur Ausarbeitung eines neuen Finanzausgleichssystems
2007	- Entwurf zu einem neuen Finanzausgleichsgesetz
2007	- Vernehmlassung und Überarbeitung des Gesetzesentwurfs
2008	- Verabschiedung der Gesetzesvorlage durch den Regierungsrat an den Kantonsrat
2009	- Volksabstimmung
2010	- Inkrafttreten

Bemerkungen
Organisation:

**Bemerkungen**

Die Projektarbeiten werden durch eine sechsköpfige Projektgruppe des Gemeindeamtes, unter Ausschluss der Gemeinden und Verbände, aber in engem Austausch mit den Direktionen weitergeführt. Sie werden vom Institut für Finanzwissenschaften und Finanzrecht (IFF), Varnbühlstrasse 19, 9000 St. Gallen, wissenschaftlich begleitet.

Chancen/Stärken:

Die neuen Grundsätze und Instrumente sind vom NFA her bereits bekannt. Der kantonale Finanzausgleich kann auf den NFA abgestimmt werden. Der Kanton will zudem die Gemeinde- und Bezirksstrukturen überprüfen. Die Förderung effizienter Gemeindestrukturen setzt den Verzicht auf strukturerhaltende Finanzausgleichsinstrumente (Steuerfussausgleich, U-Kurve im Steuerkraftausgleich) voraus. Das geplante Ausgleichssystem wird den haushälterischen Umgang mit öffentlichen Mitteln im Kanton und in den Gemeinden fördern, die Gemeindeautonomie stärken und das Verhältnis zwischen dem Kanton und den Gemeinden verbessern.

Abhängigkeiten:

Die Direktionen finanzieren diverse Aufgaben gemeinsam mit den Gemeinden und dies nach unterschiedlichen Gesichtspunkten und mit verschiedenen Instrumenten. Sie betreiben indirekt Finanzausgleich. Um die Auswirkungen eines Systemwechsels aufzeigen zu können, müssen die Finanzströme zwischen dem Kanton und den Gemeinden transparent gemacht und auf ihre Finanzausgleichswirkung untersucht werden. Dies ist nur gemeinsam mit den Direktionen möglich. Ein neues Finanzausgleichssystem erfordert, dass die Direktionen Gemeindeaufgaben nach neuen Regeln mitfinanzieren. Voraussetzung dafür ist die Mitgestaltung der neuen Regeln durch die Direktionen. Die finanzielle Verantwortung von Gemeinden im Steuerfussausgleich wird durch die kantonale Defizitabdeckung beschränkt. Dies gilt dank des Höchststeuerfusses in schwächerem Mass auch für die übrigen Gemeinden. Die Gemeinden müssen bereit sein, mehr Verantwortung für die finanziellen Folgen ihres Handelns zu tragen.



Projekt-Nr. 22JI2224	Erweiterung Staatsarchiv/Restanzen-Abbau
Direktion für Justiz und Inneres / Staatsarchiv	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Aufbau der notwendigen Ressourcen für genügende Archivierung, Abbau von Restanzen:</p> <p>Umsetzen wesentlicher fachlicher, technischer, baulicher und organisatorischer Massnahmen, um den gesetzlich verlangten Stand der Archivierung zu sichern.</p> <p>Probleme Ist-Zustand:</p> <p>Die seit Jahrzehnten mangelhaften Ressourcen haben grosse Restanzen in der Archivierung, Erschliessung und Konservierung hinterlassen und genügen vollends nicht, die ?neuen Herausforderungen? wie lifecycle management von Akten (auch elektronischen), die laufende Bewertung / Erschliessung zu gewährleisten. Die Raumreserven sind zu Ende; die Sicherheit für Originale bei der Benützung ist mangelhaft.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Alle Archivbestände, inkl. elektronische, stehen konserviert, bewertet und erschlossen und in vielbenutzten Teilen schutzverfilmt dem Publikum, der Forschung und Verwaltung zur Verfügung. Die Datenschutzbelange sind gewährleistet, die Aktenströme, inkl. ?elektronische Akten?, in der Verwaltung bez. Endarchivierung vorgesteuert.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Für ca. 10 zentrale Archivabt. Neue Kataloge und 20'000 Konservierungsboxen; Abbau von 3000 Laufmetern Restanzen; Hunderttausende neuer Datensätze im Erschliessungssystem; 200 Ablieferungsvereinbarungen; Hunderttausende Schutzfilmaufnahmen, Hunderte restaurierte Pläne; Zerfall für 30 % der Bestände gestoppt.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen		-2.9	-0.43	0	0	0	

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 22JI2224	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
1999	- Entscheid RR
2000	- Entscheid KR
2006	- Bezug Erweiterungsbau / Umbau Altbau
2007	- Erweiterungs- und Anpassungsbau Staatsarchiv fertig
2007	- Bezug Altbau
2008/2009	- Beginn Abbau Restanzen

Bemerkungen
Chancen/Stärken:
Optimale Bearbeitung und gesicherte Benützung



Projekt-Nr. 45J12204	Reorganisationsprojekt Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftsdelikte)
Direktion für Justiz und Inneres / Strafverfolgung Erwachsene	

Kurzumschreibung Projekt
Aufgrund der hohen Personalfuktuation und der Überlastung der Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftsdelikte) wurden Massnahmen initiiert, die auf eine nachhaltige Verbesserung der Situation hinielen. Die Massnahmen sind dreigeteilt: 1. Sofortmassnahmen, 2. Projekt Quo Vadis (Arbeits-abläufe/-hilfsmittel), 3. Projekt "Frischer Wind" (Personalbereich). Für die Umsetzung der Massnahmen 2. und 3. sind EDV-Hilfsmittel, sowie Beratungsdienstleistungen notwendig.
Wirkungsziel:
Leistungsziel:

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung			-0.33				
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung			-0.33				
Netto-Investitionen							

Bemerkungen



Sicherheitsdirektion

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Kantonspolizei
 - 2.1.1 Aufgaben
 - 2.1.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.2 Strassenverkehrsamt
 - 2.2.1 Aufgaben
 - 2.2.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.3 Migrationsamt
 - 2.3.1 Aufgaben
 - 2.3.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.4 Amt für Militär und Zivilschutz
 - 2.4.1 Aufgaben
 - 2.4.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.5 Kantonales Sozialamt
 - 2.5.1 Aufgaben
 - 2.5.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.6 Statthalterämter
 - 2.6.1 Aufgaben
 - 2.6.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Die Arbeit der Sicherheitsdirektion wird durch Änderungen auf Bundesebene weiterhin erheblich beeinflusst: Dies betrifft insbesondere die weitere Umsetzung der NFA (z.B. Finanzierung der Invalideninstitutionen mit der Weiterführung der bisherigen Leistungen des Bundes), das Personenfreizügigkeitsabkommen und Änderungen im Asylbereich (Sozialhilfestopp, Asylgesetzrevision). Geänderte Gesetze und Verordnungen wirken sich vor allem auf das Kantonale Sozialamt und Migrationsamt aus. Die Umsetzung der Assoziierung der Schweiz an die Abkommen von Schengen und Dublin führt u.a. zur flächendeckenden Einführung von biometrischen Ausweisen sowie zur Anpassung verschiedener Abläufe (namentlich Grenzkontrollen am Flughafen).

Auf kantonaler Ebene beschäftigen die Realisierung wichtiger Infrastruktur-Projekte (z.B. PJZ, Polycom).

Die organisatorische Zusammensetzung der Sicherheitsdirektion besteht unverändert seit 10 Jahren. Amtsintern werden strukturelle Anpassungen an veränderte Umfeldbedingungen laufend vorgenommen. Derzeit ist die die Kantonspolizei besonders betroffen (vorgesehene Integration der Flughafenpolizei in das Polizeikorps).

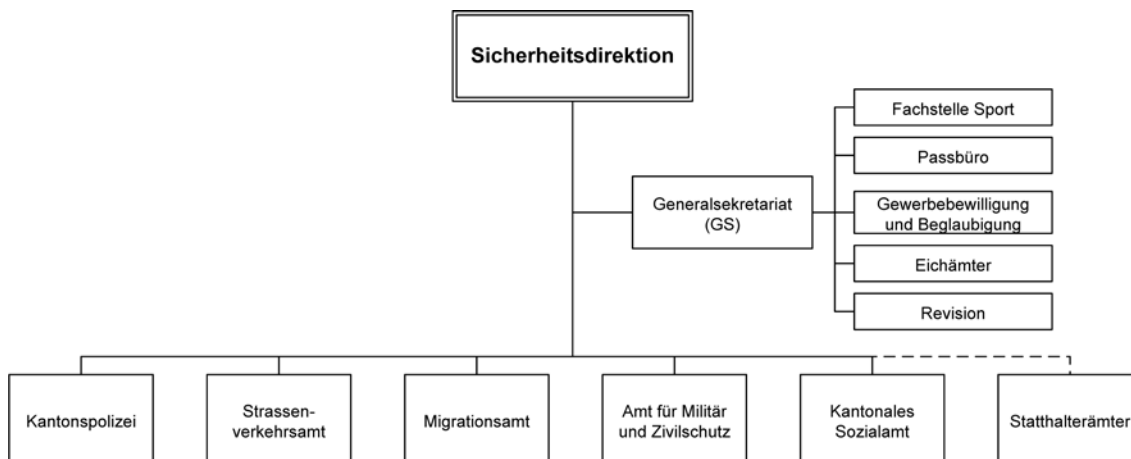
1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Saldo Erfolgsrechnung:				
KEF 2008-2011	-953.5	-981.4	-1'002.7	-
KEF 2009-2012	-953.9	-985.4	-1'008.5	-1'034.5
Veränderung	-0.4	-4.0	-5.8	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2008-2011	-41.2	-41.9	-48.2	-
KEF 2009-2012	-46.7	-45.5	-43.3	-57.3
Veränderung	-5.5	-3.6	-4.9	-

Im Vergleich zum KEF Vorjahr sind die finanziellen Änderungen sehr gering.

2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

Seit 1. Januar 1999 besteht für die Sicherheitsdirektion folgendes Organigramm:



Die in der Sicherheitsdirektion zusammengefassten Ämter haben sehr unterschiedliche Aufgaben und Ziele. Alle Bereiche nehmen zur Hauptsache Vollzugsaufgaben wahr, welche sich zwingend aus dem Bundesrecht ergeben. Dadurch sind die wichtigsten strategischen Ziele gegeben, und der Handlungsspielraum ist in den meisten Gebieten eng.

Die Ämter der Sicherheitsdirektion sind mehrheitlich im Bereich der klassischen Eingriffsverwaltung tätig und werden fremdbestimmt (Entwicklung Bundesrecht, Migration, Verkehrsaufkommen usw.). Auch die wichtigsten Planungsgrundlagen werden durch Bundesrecht bestimmt. Die Entwicklung der Bundesgesetzgebung wie auch unbeeinflussbare tatsächliche Entwicklungen wirken sich auf die künftige Aufgabenerfüllung direkt und massgeblich aus.

Um Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Informationen zu gewährleisten, werden Aufgaben und Umfeldentwicklungen (Trends) jeweils unter den wesentlichsten Hauptleistungsgruppen aufgeführt.

2.1 Kantonspolizei

2.1.1 Aufgaben

Aufrechterhaltung und Wiederherstellung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Prävention und Repression (Strafverfolgung), Hilfeleistung, polizeinahe Dienstleistungen, Information und Schulung.

2.1.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Anhaltend hohe Migration, zunehmende Mobilität.
- Leicht rückläufige Kriminalitätsbelastung, Zunahme der Gewaltdelikte.
- Tendenziell schwindendes Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.
- Rasche technologische Entwicklungen (Internet, elektronischer Zahlungsverkehr usw.).
- Zeitintensivere Aufgaben (z.B. durch Gewaltschutzgesetz).
- Umsetzung des Schengen-Assoziierungsabkommens

2.2 Strassenverkehrsamt

2.2.1 Aufgaben

Vollzug des eidgenössischen Strassenverkehrsrechts. Gewährleistung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugführerinnen/-führern, Gewährleistung der Verkehrssicherheit von Fahrzeugen sowie Förderung von Sicherheit und Effizienz im Strassenverkehr. Einzug der kantonalen Verkehrsabgaben sowie Mitwirkung beim Einzug der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (LSVA) und der pauschalen Schwerverkehrsabgabe. Realisierung kundenfreundlicher Zulassungsverfahren und -kontrollen (elektro-



nisch lesbare Ausweise usw.). Qualitätssicherung bei Fahrzeugprüfungen (Projekt der Vereinigung der Strassenverkehrsämter). Optimierung der Erfassung und Sanktionierung von Fahrzeuglenkerinnen/-lenkern, deren Fahrfähigkeit oder Fahreignung zweifelhaft ist.

2.2.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Einführung einer zentralen Motorfahrzeug-Datenbank (MOFIS) und des elektronischen Versicherungsnachweises "eVN" auf Bundesebene.
- Technische Erneuerung der Geschäftsfallapplikation VIACAR mit den Partnerkantonen.
- Weitere Elektronisierung der Geschäftsfallabwicklungen (z.B. elektronischer Versicherungsnachweis).
- Zunahme des Motorisierungsgrades (Zunahme Anzahl Fahrzeuge und Fahrzeuglenker/-innen).
- Steigende Anzahl Mutationen (Fahrzeugwechsel, Halterwechsel).
- Forderung nach verursachergerechter Besteuerung von Motorfahrzeugen.
- "Hohe und kurze Kadenz" der Änderungen des Bundesrechts.
- Umsetzung von Massnahmen der neuen Strassenverkehrs-Sicherheitspolitik des Bundes ("Via Secura: Das Programm für mehr Sicherheit auf den Strassen").
- Anpassung an EU-Recht (digitaler Fahrtenschreiber), Zulassung von Berufsschauffeuren etc.).
- Die ständig zunehmende Geschäftslast zwingt zu weiteren Automatisierungen (E-Government usw.).

2.3 Migrationsamt

2.3.1 Aufgaben

Vollzug des eidgenössischen Fremdenrechts in den Bereichen Einreise, Aufenthalt, Niederlassung und Erwerbstätigkeit. Unterstützung des Bundes im Asylverfahren. Administrativ- und Zwangsmassnahmen gegenüber ausländischen Personen.

2.3.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Wohlstandsgefälle und regionale Konfliktherde verursachen eine permanente Migration in Richtung der Industriestaaten, wobei die Schweiz als Zielland eine hohe Attraktivität aufweist.
- Im Asylbereich und im Bereich der Zulassung von Drittstaatsangehörigen nach dem Ausländergesetz hat sich die Zuwanderung in den letzten Jahren zahlenmässig stabilisiert. Gerade im Asylbereich sind jedoch jederzeit Änderungen möglich. Die Schwerpunkte liegen im Vollzug negativer Asylentscheide und in der Verwaltung des Bestandes an vorläufig aufgenommenen Personen.
- Die Zuwanderung aus dem Europäischen Raum hat gestützt auf das Personenfreizügigkeitsabkommen vorab seit Sommer 2007 (Aufhebung der Kontingente) stark zugenommen; es ist mit einer anhaltend hohen Nachfrage nach Aufenthaltsbewilligungen zu rechnen.
- Im Ausländerbereich liegen die dauernden Schwerpunkte in der Bekämpfung von Missbräuchen und im konsequenten Vorgehen gegen diejenigen Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten und/oder sich nicht an unsere Rechtsordnung halten.
- Im administrativen Bereich gilt es, die Organisation und die Abläufe (auch mit den Partnerorganisationen) permanent so auszugestalten und anzupassen, dass eine fachlich korrekte und gleichzeitig speditive Abwicklung der Geschäftsfälle möglich ist. Der steigende Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung verursacht eine ständige Zunahme des Verwaltungsaufwandes.
- In der Planungsperiode die Neuerungen aufgrund der Assoziierung an die Abkommen von Schengen und Dublin umzusetzen (neuer Ausweis, Biometrie etc.).



2.4 Amt für Militär und Zivilschutz

2.4.1 Aufgaben

Vollzug des Bundesrechts betreffend Militärwesen und Zivilschutz.

2.4.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Veränderung der Bedrohungsbilder und Bedrohungsszenarien.
- Die Reformprojekte des Bundes wirken sich auf die künftige Aufgabenerfüllung direkt und massgeblich aus ("Armee XXI" und "Bevölkerungsschutz 200X", Entwicklungsschritte „2008 / 2011“).

2.5 Kantonales Sozialamt

2.5.1 Aufgaben

Vollzug der kantonalen Aufgaben im Sozialwesen durch Beitragsgewährung und –abrechnung, Beaufsichtigung, Beratung, Information, Fortbildung, Erarbeiten von Grundlagen, Klärung der Zuständigkeit und Kostentragung in den Bereichen öffentliche Sozialhilfe, Asylkoordination, Behinderten- und Sozialhilfeeinrichtungen, Zusatzleistungen, Kinderzulagen sowie Verwaltung des Alkoholzehntels, Erteilung von Betriebsbewilligungen für Heime und Betrieb der kantonalen Empfangsstelle sowie der Rückkehrberatung für Asylsuchende. Das Sozialamt ist im Bereich der Leistungsverwaltung tätig und seine Tätigkeit richtet sich nach kantonalem Recht und Bundesrecht.

2.5.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Demographische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen (Wirtschaftslage) bestimmen den Bedarf nach Sozialleistungen.
- Strukturgefälle zwischen urbanen Agglomerationen und ländlichen Gegenden im Bereich der Soziallasten.
- Trend zur Zweiklassengesellschaft infolge ungleicher Wohlstandsverteilung.

2.6 Statthalterämter

2.6.1 Aufgaben

Übertretungsstrafrecht und Verwaltungstätigkeit (Rechtsmittelverfahren, Waffenrecht, Aufsicht über die Gemeinden in Polizeisachen, Feuerwehrwesen usw.).

2.6.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Ausbau und vermehrte Ausschöpfung der Rechtsmittel.
- Zunahme des Verkehrsaufkommens und der Gesetzesübertretungen.
- Schwierigkeiten beim Bussenbezug (nachlassende Zahlungsmoral).



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Ziel 1. Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags

Möglichst kostengünstige Erfüllung des übertragenen gesetzlichen Auftrags mittels tragbarer Lösungen in allen Ämtern und Leistungsgruppen, wobei Zürich als grösster Kanton eine Führungsrolle übernimmt.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Gesetzliche Aufträge erfüllen
- Durch möglichst standardisierte und laufend optimierte Arbeitsabläufe und gezielten Informatikeinsatz die in allen Ämtern zahlenmässig grosse Geschäftslast bei Vollzugsaufgaben effizient bewältigen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- Alle Leistungsgruppen der Sicherheitsdirektion

Ziel 2. Laufende Anpassung der Organisation der Kantonspolizei mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeien zu optimieren; interkantonale Polizeizusammenarbeit, soweit sinnvoll (LZ RR 16)

Mit dem Ziel 16 für die Legislatur 2007-2007 will der Regierungsrat durch verstärkte Bekämpfung der Gewaltdelikte und vernetzte Prävention die objektive Sicherheit fördern. Mit dem Polizeiorganisationsgesetz wurden verbindliche Vorgaben für Aufgaben und Zusammenarbeit von Kantonspolizei, Stadt- und Gemeindepolizeien gegeben. Diese Vorgaben berücksichtigen gleichermassen organisatorisch-taktische Kooperationsbedürfnisse wie Autonomieanliegen der Städte und Gemeinden. Die Polizeientwicklung und Polizeizusammenarbeit ist deshalb innerhalb dieses Rahmens laufend weiter zu entwickeln. Das materielle Polizeigesetz wird verbindliche Richtschnur für das Handeln der Polizei sein.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Organisation und Zusammenarbeit auf der Basis des Polizeiorganisationsgesetzes konsolidieren und ausgehend von neuen Anforderungen und Erwartungen der Bevölkerung weiterentwickeln
- Realisierung des Funknetzes "POLYCOM"
- Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage (Polizeigesetz) und dessen Verordnung
- Umsetzung Schengen
- Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden (LZ RR 16.1)
- Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren (LZ RR 16.2)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3100 Kantonspolizei

Ziel 3. Optimierung der Verkehrssicherheit

Die Zahl der Unfallopfer im Strassenverkehr zu senken, ist auch ein Ziel des Bundes ("via segura"). Es bleibt unverändert Aufgabe des Kantons, die Vorgaben des Bundes umzusetzen und die eigenen Möglichkeiten zur Hebung der Verkehrssicherheit auszuschöpfen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Mit präventiven, repressiven und technischen Massnahmen sind die kantonalen Möglichkeiten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auszuschöpfen
- Einführung eines Qualitätssicherungssystems im Bereich Fahrzeugprüfungen
- Umsetzung von diversen Änderungen des Strassenverkehrsgesetzes und dessen Ausführungsverordnungen
- Auswertung Verkehrsunfallstatistik (VUSTA 2)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 3100 Kantonspolizei
- 3200 Strassenverkehrsamt

Ziel 4. Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (LZ RR 9)

Die Verkehrsabgaben sollen aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen verursachergerechter erhoben werden, u. a. zur Umsetzung von Ziel 9 des Regierungsrates für die Legislatur 2007–2011, die CO₂-Emissionen durch Substitution fossiler Energieträger zu senken.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Revision des Verkehrsabgabengesetzes (im Rahmen der Überprüfung des gesamten Strassenfinanzierungskonzeptes durch die Volkswirtschaftsdirektion) (beinhaltet LZ RR 9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferem Treibstoffverbrauch und geringerem Emissionsausstoss)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3200 Strassenverkehrsamt

Ziel 5. Einflussnahme beim Bund im Ausländer- und Asylwesen

Im Migrationsbereich soll der kantonale Vollzugauftrag gleichzeitig mehreren Interessen gerecht werden: Dem Bedarf der Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften, der Bekämpfung unerwünschter Zuwanderung und von Missbräuchen des Aufenthaltsrechts sowie der Rückschaffung aus der Schweiz wegweisener Personen. Von diesen sich daraus ergebenden Problemstellungen ist der Kanton Zürich alleine schon aufgrund des Umstandes, dass er gut 1/5 der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz aufnimmt, in besonderem Masse betroffen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Auf Direktions- und Amtsebene ist laufend darauf Einfluss zu nehmen, dass der Bund bei der Weiterentwicklung der Ausländer- und der Asylgesetzgebung die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kantone berücksichtigt

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3300 Migrationsamt

Ziel 6. Bedarfsgerechte Umsetzung des Bevölkerungsschutzes im Kanton unter Berücksichtigung der aktuellen Bedrohungslage

Der Bevölkerungsschutz stellt ein Verbundsystem von Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technischen Betrieben und Zivilschutz dar. Gleichzeitig wird das Einsatzschwergewicht der Armee von der Landesverteidigung tendenziell in Richtung Raumsicherung verlagert.

Aktuell nehmen die subsidiären Einsätze zugunsten der zivilen Behörden einen wesentlichen Platz ein (Überwachung von diplomatischen Vertretungen, „AMBA CENTRO“).

Der Kanton strukturiert den Bevölkerungsschutz einschliesslich der Führungsorganisation entsprechend seinen Bedürfnissen und beabsichtigt, eine einheitliche Verbindungsplattform (Polycom) zu schaffen. Vor dem Hintergrund des Stationierungskonzeptes der Armee ist die Übertragung des kantonalen Waffenplatzes Zürich-Reppischtal an den Bund unter diesen geänderten Gegebenheiten neu zu prüfen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Bevölkerungsschutz im Kanton Zürich
- Kantonale Führungsorganisation in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen
- Anpassung des Übungsdorfes des Ausbildungszentrums Andelfingen an die zukünftigen Schulungsbedürfnisse des Bevölkerungsschutzes
- Realisierung des Funknetzes „POLYCOM“
- Übertragung des Waffenplatzes Reppischtal an den Bund

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 3100 Kantonspolizei
- 3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Ziel 7. Zielgerichtete Ausrichtung der finanziellen Mittel im Sozialbereich (LZ RR 12, 13 und 14)

Mit den Zielen 13 und 14 für die Legislatur 2007–2011 beabsichtigt der Regierungsrat, mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt zu stärken sowie die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung aller Bevölkerungsgruppen zu fördern. Eine Rückkehr in die wirtschaftliche Selbständigkeit ist ebenfalls zu fördern.

Die dafür notwendigen öffentlichen Mittel sind zielgerichtet und nach wirtschaftlichen Kriterien auszurichten.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Fehlanreize im Sozialsystem beseitigen (LZ RR 12.2)
- Zielgerichtete Umsetzung des teilrevidierten SHG und der SKOS-Richtlinien
- Förderung der beruflichen Integration von Sozialhilfeempfängern und Personen des Asylrechts (beinhaltet LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern)
- Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) (Projekt in Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftsdirektion, der Bildungsdirektion und der Sozialversicherungsanstalt) (beinhaltet LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern)
- Planung und Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebots zur Förderung der Eingliederung von erwachsenen invaliden Menschen (beinhaltet LZ RR 13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern)
- Gezielte Finanzierung der Behinderten- und Sozialhilfeeinrichtungen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3500 Kantonales Sozialamt

Zeil 8. Erhöhung des Anteils der sportlich aktiven Bevölkerung in allen Alterskategorien und Bevölkerungsgruppen

Mehr Bewegung gehört zu den Zielen des Regierungsrates im Rahmen der Gesundheitsvorsorge. Sportkonzept und Sportanlagenkonzept orientieren sich denn auch am Hauptziel einer Förderung des Breitensports im ganzen Kanton. Die Mittel des Sportfonds sind u.a. entsprechend dieser Zielsetzung zu verwenden und periodische Untersuchungen haben über Veränderungen im sportlichen Verhalten der Bevölkerung Aufschluss zu geben.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Mittel des Sportfonds gezielt einsetzen, um weitere Bevölkerungsgruppen zur sportlichen Betätigung zu motivieren

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben
- 3910 Sportfonds

Ziel 9. Einführung von biometrischen Daten in Ausweisen (Pässe, Identitätskarten, Reisedokumente für Ausländer usw.)

Gemäss Bundesvorgaben - gestützt auf internationales Recht - sollen Pässe und Reisedokumente für Ausländer ab Ende 2009, Identitätskarten ab ca. 2011 biometrische Daten enthalten.

Die Erfassung bedingt die Schaffung neuer kantonaler Erfassungszentren. Ebenso sollen biometrische Daten in Ausländerausweise Eingang finden.



Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Schaffung von Erfassungszentren für die Ausstellung von Ausweisen mit biometrischen Daten.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben
- 3100 Kantonspolizei (Notpassstelle Flughafen)
- 3200 Migrationsamt

Ziel 10. Konzentration der Zuständigkeiten im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter

Im kommunalen Übertretungsstrafrecht sollen Rechtssetzung und Rechtsanwendung getrennt werden. Zudem sollen die übrigen Organe der Strafjustiz (Staatsanwälte) entlastet und die Rechtsprechung vereinheitlicht werden.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung ist die Untersuchung und Beurteilung von Übertretungsstraftatbeständen den Statthalterämtern zu übertragen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3600 Statthalterämter
- Bemerkungen: Die zukünftige Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden kann die Umsetzung des strategischen Ziels beeinflussen.



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
Ersatz Kapo Funknetz und -geräte 1)	-41.2	2005	2006	2006-2009

1) Gesamtbetrag für das Netz (Polycom) im Kanton Zürich, inkl. Kapo-Funkgeräte. 2009 ist mit einem Bundesbeitrag von ca. 14 Mio. Franken an die Infrastrukturkosten (ca. 50 %) zu rechnen (Leistungen im Umfang von 12.8 Mio. Franken hat der Bund bereits erbracht).

4.2 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Ersatz Funknetz (Polycom)	-2.2	-13.7	+6.5			
Übrige Investitionen	-32.3	-53.3	-53.2	-45.5	-43.3	-57.3
Total Nettoinvestitionen	-34.5	-67.0	-46.7	-45.5	-43.3	-57.3

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung (Mio. Fr.)



4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Laufende Rechnung:						
Ertrag	829.9	881.9	889.3	899.8	912.6	926.7
Aufwand	-2'044.1	-1'861.3	-1'843.3	-1'885.2	-1'921.1	-1'961.1
Saldo	-1'214.2	-979.4	-954.0	-985.4	-1'008.5	-1'034.4
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	1.6	1.7	15.5	1.5	1.8	1.5
Ausgaben	-36.1	-68.7	-62.2	-47.0	-45.0	-58.8
Nettoinvestitionen	-34.5	-67.0	-46.7	-45.5	-43.2	-57.3

4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2008 der Sicherheitsdirektion mit dem beschlossenen Budget 2007 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2008-2011 mit dem Niveau des Budgets 2007 andererseits, sowohl in Mio. Fr. als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).

16.1 (+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)		Veränderungen zu B 2008 (%)	
	B 2009	Schnitt 2009-2012	B 2009	Schnitt 2009-2012
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	+7.4	+25.2	+0.8 %	+2.9 %
Aufwand	+18.0	-41.3	+1.0 %	-2.2 %
Saldo	+25.4	-16.1	+2.6 %	-1.6 %
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	+13.8	+3.4	+818.1 %	+199.5 %
Ausgaben	+6.5	+15.5	+9.5 %	+22.5 %
Nettoinvestitionen	+20.3	+18.9	+30.4 %	+28.1 %

Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt um 7.4 Mio. Fr. bzw. 0.8 %.

Der Aufwand sinkt um 18.0 Mio. Fr. bzw. 1.0 %.

Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen sinken im Vergleich zum Vorjahr um 20.3 Mio. Fr. oder 30.4 %, vor allem infolge eines einmaligen Bundesbeitrags von ca. 14 Mio. Fr. an das Projekt Polycom.



Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

In den Planjahren 2009 bis 2012 liegt der Ertrag durchschnittlich um 25.2 Mio. Fr. oder 2.9 % über dem Niveau des Budgets 2008. Die wichtigsten Ursachen zur Erklärung der durchschnittlichen Veränderungen in den Planjahren 2008 - 2012 sind:

- +12.2 Mio. Fr. Mehrertrag bei der Kantonspolizei, vor allem für zusätzliche saldoneutrale Sicherheitsmassnahmen im Flughafen (inkl. Teuerung),
- +6.4 Mio. Fr. Mehrertrag beim Strassenverkehrsamt, vor allem aus Verkehrsabgaben infolge Zunahme des Fahrzeugbestandes bzw. Verlagerung zu Fahrzeugen mit höherem Hubraum,
- +6.4 Mio. Fr. Mehrertrag beim Amt für Militär und Zivilschutz, vor allem höhere Entschädigung für die Benutzung des Waffenplatzes Reppischtal durch den Bund,
- -7.9 Mio. Fr. Minderertrag beim Sozialamt für durchlaufende Beiträge im Asylbereich sowie für Nothilfe. Dieser wird teilweise kompensiert durch höheren Ertrag bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV.

In den Jahren 2009 bis 2012 liegt der Aufwand durchschnittlich um 41.3 Mio. Fr. oder 2.2 % über dem Niveau des Budgets 2008. Die wichtigsten Ursachen zur Erklärung der durchschnittlichen Veränderungen in den Planjahren 2009 - 2012 sind:

- -39.7 Mio. Fr. Mehraufwand bei der Kantonspolizei, vor allem höherer Personalaufwand (zusätzliche saldoneutrale Sicherheitsmassnahmen im Flughafen, Teuerungsausgleich, Stufenaufstieg, Beförderungen usw.),
- -10.2 Mio. Fr. Mehraufwand beim Strassenverkehrsamt, vor allem höherer Übertrag in den Strassenfonds infolge Zunahme der Verkehrsabgaben,
- +18.0 Mio. Fr. Wegfall der Restzahlung des Kantons an die Leistungen der IV, teilweise kompensiert durch Mehraufwand für Zusatzleistungen zur AHV/IV und Kinderzulagen.

Investitionsrechnung

In den Jahren 2009 bis 2012 investiert die Sicherheitsdirektion durchschnittlich 15.5 Mio. Fr. oder 22.5 % weniger als im Jahr 2008. Bis 2009 wird die Investitionsrechnung der Kantonspolizei stark durch das Projekt Polycom (Ersatz Funknetz) beeinflusst (Gesamtbruttoinvestitionen inkl. Kapo-Funkgeräte 2006 bis 2009 41.2 Mio. Fr.). Im 2009 sind 14 Mio. Fr. einmalige Mehreinnahmen aus dem Bundesbeitrag an das Projekt Polycom budgetiert (Leistungen im Umfang von 12.8 Mio. Fr. hat der Bund bereits erbracht). Ab 2009 werden die Beiträge des Sportfonds an Gemeinden und Dritte nicht mehr über die Investitionsrechnung, sondern über die Erfolgsrechnung ausgerichtet.



5. Leistungsgruppen

- 3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben**
- 3100 Kantonspolizei**
- 3200 Strassenverkehrsamt**
- 3300 Migrationsamt**
- 3400 Amt für Militär und Zivilschutz**
- 3500 Sozialamt**
- 3600 Statthalterämter**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	15.1	14.7	0.0	14.0	0.0	16.8	0.0	17.1	18.7	23.8
Aufwand	-15.1	-16.9	0.0	-17.5	0.0	-21.5	0.0	-21.7	-21.9	44.9
Saldo	0.0	-2.2	0.0	-3.4	0.0	-4.7	0.0	-4.6	-3.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben			0.0	-2.3			0.0	0.0		-0.4
Nettoinvestitionen			0.0	-2.3			0.0	0.0		-0.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	44.1	46.5	0.0	55.8	0.0	74.5	0.0	74.5	74.5	

Aufgaben

- A1 Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung ("Think Tank")
- A2 Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
- A3 Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
- A4 Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligung von Lotterien, Unterschriften-Beglaubigungen, Messwesen
- A5 Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
- A6 Wahrnehmung und Koordination der kantonalen Aufgaben im Bereich des ausserschulischen Sports

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Optimierung Führungsunterstützung, Dienstleistungen gegenüber Ämtern, Koordination bei amts- und direktionsübergreifenden Aufgaben.	laufend	1
E2 Umsetzung von Grundlagen im Bereich Sport (sportpolitisches Konzept des Kantons, Sportanlagenkonzept).	laufend	8
E3 Abschluss des Pilotprojektes Pass06 (biometrischer Pass) und voraussichtlich ab Ende 2009 flächendeckende Einführung (gemäss Bundesvorgaben).	2009	9
E4 Einführung/Umsetzung biometrischer Daten in Identitätskarten (gemäss Bundesvorgaben).	2011	9

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Gesetzeskonformer Aufgabenvollzug							
W2 Zufriedenheit mit der Leistungserstellung (direktionsintern und -extern)							

Leistungen

L1 Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB	P	175	150	150	150	150	150
L2 Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen (in %)	P	100	100	100	100	100	100
L3 Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien	P	1'333	1'000	1'200	1'200	1'200	1'200
L4 Anzahl Beglaubigungen	P	27'750	24'000	26'000	26'000	26'000	26'000
L5 Anzahl Ausweisgeschäfte	P	208'517	220'000	200'000	200'000	200'000	200'000
L6 Anzahl Teilnehmende Jugend + Sport-Kaderbildungskurse (Coachaus- und fortbildung sowie Leiteraus- und fortbildung)	P	2'111	2'100	2'100	2'100	2'100	2'100
L7 Anzahl abgerechnete Jugend + Sport-Kurse	P	6'466	6'400	6'400	6'400	6'400	6'400
L8 Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel	P	16'244	15'000	15'000	15'000	15'000	15'000
L9 Anzahl statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose	P	1'794	1'800	1'800	1'800	1'800	1'800

Wirtschaftlichkeit

B1 Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion in % (Beschäftigungsumfang)		0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
B2 Anzahl Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion (in %)		0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3

Leistungsgruppe 3000	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-3.422
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.314

Budget	Leistungsgruppe 3000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- E3 + E4: Die finanziellen und personellen Auswirkungen der Umsetzung biometrischer Daten in Pässen (Herbst 2009) und Identitätskarten (Herbst 2011) sind gemäss Bundesvorgaben ab P 09 berücksichtigt.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Aufgrund aktuelleren Planungsannahmen (u. a. reduzierte Anzahl Ausweisgeschäfte des Passbüros) mussten die Erträge angepasst werden (-0.7 Mio. Fr.).
- Aufwand: Höherer, gebührenfinanzierter Personalaufwand infolge 28 zusätzlicher Stellen im Passbüro ab September 2009 sowie Entwicklung im Rahmen der Vorgaben (Teuerung, Stufenanstieg usw., -0.8 Mio. Fr.); geringere Ablieferungen an den Bund (u.a. Passproduktionskosten) infolge tieferer Anzahl Ausweisgeschäfte (+0.2 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Ausrüstung für Erweiterung Passbüro (u. a. Informatik, Mobiliar -1.8 Mio. Fr.); Erneuerung der Informatikinfrastruktur (-0.5 Mio. Fr.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Für die flächendeckende Einführung von biometrischen Daten in Ausweisen (Pass / ID) ist wegen der zeitintensiveren Bearbeitung zusätzliches Personal erforderlich (Beschäftigungsumfang +28). Infolge der gestaffelten Anstellungen ab September 2009 steigt der Beschäftigungsumfang im 2009 um 9.3. Dieser finanzielle Mehraufwand wird durch den Gebührenertrag gedeckt.

Indikatoren

- L3 Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien: Anpassung der Planwerte an Erfahrungswerte der Vorjahre.
- L4 Anzahl Beglaubigungen: Anpassung der Planwerte an Erfahrungswerte der Vorjahre.
- L5 Anzahl Ausweisgeschäfte: Seit 2003 sind die Ausweise (Pässe03 und Identitätskarten) 10 Jahre gültig. Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Nachfrage nach Ausweisen in den letzten Jahren (ab 2003) sinkt voraussichtlich der Bedarf an Ausweisen in den kommenden Jahren (ab P 09). Wegen der vergleichsweise hohen Kosten für einen biometrischen Pass verbleiben die Verkaufszahlen voraussichtlich auf einem tieferen Niveau.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Aufwand: Höhere Ablieferung an Bund (insbesondere Herstellungskosten und Administrationsanteil für Bund). Die finanziellen Auswirkungen der Kapazitätserweiterung des Passbüros (Personal, Infrastruktur) wirken sich ab 2010 erstmals im Aufwand und Ertrag vollumfänglich aus.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die zusätzlichen Stellen im Passbüro werden ab 2010 im Beschäftigungsumfang erstmals für das gesamte Rechnungsjahr wirksam. Der Beschäftigungsumfang steigt um 18.7 gegenüber 2009.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag und Aufwand: Anpassung des Planungsstandes im Zusammenhang mit der Umsetzung biometrischer Daten in Pässen (Herbst 2009) und mit der Einführung/Umsetzung biometrischer Daten in Identitätskarten (Herbst 2011).

Investitionsrechnung

- Zeitliche Anpassung der Investitionsplanung für die Erweiterung des Passbüros.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zeitliche Anpassung der Personalplanung für die Erweiterung des Passbüros.

Indikatoren

- L3 Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien: Anpassung der Planwerte an Erfahrungswerte der Vorjahre.
- L4 Anzahl Beglaubigungen: Anpassung der Planwerte an Erfahrungswerte der Vorjahre.
- L5 Anzahl Ausweisgeschäfte: Seit 2003 sind die Ausweise (Pässe03 und Identitätskarten) 10 Jahre gültig. Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Nachfrage nach Ausweisen in den letzten Jahren (ab 2003) sinkt voraussichtlich der Bedarf an Ausweisen in den kommenden Jahren.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	155.7	159.9	0.0	168.1	0.0	169.4	0.0	173.1	177.7	14.1
Aufwand	-467.5	-482.8	0.0	-508.8	0.0	-519.0	0.0	-526.1	-535.9	14.6
Saldo	-311.7	-322.9	0.0	-340.7	0.0	-349.6	0.0	-352.9	-358.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen	0.0		0.0	14.0						2.3
Ausgaben	-11.6	-26.8	0.0	-24.9	0.0	-15.3	0.0	-16.7	-25.8	-20.2
Nettoinvestitionen	-11.6	-26.8	0.0	-10.9	0.0	-15.3	0.0	-16.7	-25.8	-17.9
Personal (Beschäftigungsumfang)	2,991.1	3,028.0	0.0	3,205.2	0.0	3,219.0	0.0	3,217.9	3,221.5	

Aufgaben

- A1 Durchsetzen der Rechtsordnung
- A2 Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
- A3 Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
- A4 Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
- A5 Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
- A6 Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Konsolidierung der Organisation und laufende Weiterentwicklung zur Umsetzung übergeordneten Rechts sowie zur Bewältigung neuer Sicherheits Herausforderungen	laufend	1
E2 Schaffung einer Verordnung über die Führungsorganisation in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen sowie Einbindung von Partnerorganisationen im Rahmen von Übungen	2009	2
E3 Umsetzung des Polizeigesetzes und Schaffung einer Polizeiverordnung	2009	2
E4 Planung/Realisierung Funknetz Polycom unter Einbezug der Partnerorganisationen (Feuerwehr, Sanität, Städte und Gemeinden usw.)	2009	1
E5 Umsetzung des Projekts Schwerpunktbildung Kriminalitätsbekämpfung gemäss RR-Entscheid	2009	1
E6 Umsetzung der Eidg. Strafprozessordnung (Umschulung, Änderung Prozessabläufe, neue Schnittstellen)	2009	1
E7 Integration Flughafensicherheitspolizei in das Polizeikorps	2009	1
E8 Umsetzung der Schengen/Dublin-Abkommen in den Bereichen Asyl, Visa und Polizeikooperation (u.a. Fahndungssystem)	2010	1
E9 Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden (LZ RR 16.1)	2010	2
E10 Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren (LZ RR 16.2)	2010	2

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Relative Entwicklung Anzahl Verstösse (vgl. Kantone BE, GE, SG [in %])	P	-	0	0	0	0	0
W2 Positive Zufriedenheit Bürger mit Kontakt, Befragung [in %]	min.	95	80	85	85	85	85
W3 Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen [in Min.]	max.	19	20	20	20	20	20
W4 Anteil Interventionszeit über 30 Min. (in %)	max.	14	10	10	10	10	10
W5 Aufklärungsquote (alle Delikte [in %])	min.	33	30	30	30	30	30
W6 Aufklärungsquote (schwere Delikte: Verbrechen gg. Leib u. Leben [in %])	min.	85	81	81	81	81	81

Leistungen

L1 Anzahl Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- u. Schwerpunktkontr.)	P	82	80	80	80	80	80
L2 Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen)	P	7'917	8'000	7'500	7'500	7'500	7'500
L3 Anzahl Notrufe	P	176'935	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000
L4 Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen	P	67'025	65'000	65'000	65'000	65'000	65'000
L5 Anzahl Interventionen pro Korpsangehöriger	P	46	40	44	44	44	44
L6 Anzahl Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur)	P	8'378	8'500	8'500	8'500	8'500	8'500
L7 Anzahl Ordnungsdienst-Stunden	P	26'887	45'000	35'000	35'000	35'000	35'000
L8 Anzahl Geschwindigkeitskontrollen	P	2'762	2'500	2'500	2'500	2'500	2'500
L9 Anzahl erfasste Straftaten	P	140'015	160'000	160'000	160'000	160'000	160'000
L10 Anzahl erfasste Straftatverdächtige	P	34'100	34'000	34'000	34'000	34'000	34'000
L11 Anzahl Ordnungsbussen	P	109'476	125'000	115'000	115'000	115'000	115'000
L12 Anzahl Arrestanteneingänge	P	9'924	11'500	11'500	11'500	11'500	11'500
L13 Anzahl Arrestantentransporte	P	39'489	41'000	41'000	41'000	41'000	41'000
L14 Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei	P	248'199	252'000	252'000	252'000	252'000	252'000
L15 Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere, Mio.	P	10.3	10.0	10.2	10.3	10.5	11.0
L16 Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck	P	13'074	15'000	15'000	15'000	15'000	15'000

Leistungsgruppe 3100 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-340.710
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-24.863

Budget Leistungsgruppe 3100

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Leistungen							
L17 Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg	P	4'780	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000
Wirtschaftlichkeit							
B1 Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung [in %]	P	0.8	0	0	0	0	0

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Offen sind die Auswirkungen des Schengener Abkommens auf Personalaufwand, Sachaufwand sowie Investitionsausgaben.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Mehrertrag: zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen +10 Mio Fr.
- Minderertrag: tieferer Bussenerlös -1.9 Mio. Fr., Geringere Abgeltung des Bundes für die Intensivierung der Schwerverkehrskontrollen -0.4 Mio. Fr.
- Mehraufwand: höherer Personalaufwand (zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen, Teuerungsausgleich, Stufenaufstieg usw., -14.4 Mio. Fr.), Uniformen -0.9 Mio. Fr. (Integration Flughafensicherheitspolizei in Polizeikorps, zusätzliche Sicherheitsbeauftragte der Flughafenpolizei etc.), Informatik (Migration Office 2007, neuer Poliscient etc.) -4.9 Mio. Fr., Betrieb der Systeme Polycom -1.6 Mio. Fr., Dienstleistungen Dritter (DNA-Analysen, kriminalistische Auswertungen, QM-Zertifizierung etc.) -1 Mio. Fr., Planung PJZ -0.7 Mio. Fr., MWST -0.5 Mio. Fr., höhere Abschreibungen -1.4 Mio. Fr.

Investitionsrechnung

- Einnahmen: Bundesbeitrag Projekt Polycom (Ersatz Funknetz) +14 Mio. Fr.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Zuwachs Beschäftigungsumfang im 2009 um 177 erklärt sich insbesondere durch zusätzliche von der Unique verlangte und finanzierte Sicherheitsbeauftragte der Flughafenpolizei +144 sowie Reduktion des Unterbestandes bei den Korpsstellen u.a. durch weitere Erhöhung der Aspirantenzahlen.
- Die geplanten, höheren Aspirantenzahlen zur Annäherung an den Korps-Sollbestand bewirken ab 2008 eine leichte Erhöhung des Korpsbestandes bis 2011.

Indikatoren

- L2 Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen): Rückgang um 500 Lektionen, weil die Gemeinden Horgen und Wädenswil diesen Auftrag neu selber wahrnehmen.
- L5 Anzahl Interventionen pro Korpsangehöriger: Aufgrund der Neuberechnung zeigte sich, dass der Budgetwert 2008 zu tief ist.
- L7 Anzahl Ordnungsdienst-Stunden: Wegen der EURO 08 musste die Planung in 2008 erhöht werden, die Ordnungsdienst-Stunden sollten ab 2009 wieder im üblichen Rahmen anfallen.
- L11 Anzahl Ordnungsbussen: Seit 2004 werden jährlich rund 110'000 Ordnungsbussen ausgesprochen. Die bisherige Planung war zu hoch und wird deshalb angepasst.
- L 15 Entwicklung im Rahmen des von der Unique geplanten Passagierwachstums.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Mehrertrag (P 09 - P 12): v. a. zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen (inkl. Teuerung) + 9.5 Mio. Fr.
- Mehraufwand (P 09 - P 12): höherer Personalaufwand (zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen, Teuerungsausgleich, Beförderungen, Stufenaufstieg) -21.8 Mio. Fr., Abschreibungen -4.7 Mio. Fr., Zinsen auf dem Verwaltungsvermögen -0.6 Mio. Fr.

Investitionsrechnung

- Einnahmen: 2009 einmaliger Bundesbeitrag an Projekt Polycom (Ersatz Funknetz) +14 Mio. Fr., ab 2011 Projekt Polizei- und Justizzentrum.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Aufgrund vieler zu erwartender natürlicher Abgänge bei den Korpsangehörigen können trotz der dritten Aspirantenklasse nur leichte Erhöhungen im 2010 und 2011 geplant werden. Im 2012 ist voraussichtlich mit einer leichten Abnahme des Korps-Bestandes auf den Stand 2010 zu rechnen.
- Bei den Sicherheitsbeauftragten Flughafen, welche vollumfänglich (saldoneutral) von Unique finanziert werden, wird mit einem jährlichen Wachstum von 1% gerechnet (Zunahme Beschäftigungsumfang: jährlich ca. +7).

Indikatoren

- L15 Entwicklung im Rahmen des von der Unique geplanten Passagierwachstums.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Mehrertrag: zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen (inkl. Teuerung), planmässige Auflösung passivierter Investitionsbeiträge.
- Minderertrag: tieferer Bussenerlös.
- Mehraufwand: höherer Personalaufwand (zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen, Personalszuwachs, Teuerungsausgleich, Beförderungen, Stufenaufstieg), Informatik-Nutzungsaufwand, Abschreibungen und Zinsen auf dem Verwaltungsvermögen.

Investitionsrechnung

- Mehrausgaben: Erstellung Polizeiausbildungsgebäude Waffenplatz Reppischtal -0.8 Mio. Fr., Verlegung der Flughafenpolizei vom Gebäude A11 in die Gebäude A1 / A2 -3.4 Mio Fr., Integration Polycom in Einsatzzentralen -2 Mio. Fr., semistationäre Geschwindigkeitsmessanlagen -1 Mio. Fr., ab 2011 Projekt Polizei- und Justizzentrum.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Zuwachs Beschäftigungsumfang im 2009 gegenüber der Planung 2009 im Vorjahr um 147 erklärt sich insbesondere durch zusätzliche von der Unique verlangte und finanzierte Sicherheitsbeauftragte der Flughafenpolizei +144 sowie Annäherung an den Korps-Sollbestand.

Indikatoren

- L2 Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen): Rückgang um 500 Lektionen, weil die Gemeinden Horgen und Wädenswil diesen Auftrag neu selber wahrnehmen.
- L5 Anzahl Interventionen pro Korpsangehöriger: Aufgrund der Neuberechnung zeigte sich, dass der Budgetwert 2008 zu tief ist.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	369.8	366.8	0.0	370.1	0.0	372.2	0.0	374.2	376.2	1.7
- Verkehrsabgaben		287.0		290.0		292.0		294.0	296.0	
Aufwand	-347.2	-345.4	0.0	-351.3	0.0	-353.8	0.0	-357.0	-360.2	3.8
- Übertrag an Strassenfonds		-286.1		-289.1		-291.1		-293.1	-295.1	
Saldo	22.6	21.4	0.0	18.8	0.0	18.4	0.0	17.2	16.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-2.4	-4.0	0.0	-3.5	0.0	-3.4	0.0	-3.4	-3.3	-3.3
Nettoinvestitionen	-2.4	-4.0	0.0	-3.5	0.0	-3.4	0.0	-3.4	-3.3	-3.3
Personal (Beschäftigungsumfang)	335.6	337.0	0.0	339.0	0.0	339.0	0.0	339.0	339.0	

Aufgaben

- A1 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneuliker/innen anlässlich der Führerprüfungen
- A2 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie der Konformität mit den Bundesvorschriften bei Fahrzeugen, die neu in Verkehr gesetzt werden
- A3 Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführer/innen in Erfüllung der Bundesvorschriften. Beantwortung von Anfragen
- A4 Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsgesetz (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführer/innen (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
- A5 Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben, Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (LSVA)

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Optimierung der Verkehrssicherheit (u.a. Umsetzung Neuanforderungen des Bundesamt für Strassen ASTRA)	2010	3
E2 Konsequente Einhaltung der Intervalle für periodische Fahrzeug-Prüfungen, insbesondere bei älteren Fahrzeugen	2010	3
E3 Keine oder nur minimale Rückstände bei Fahrzeugen, die dem berufsmässigen Personentransport oder dem Transport gefährlicher Güter dienen	2010	3
E4 Konzentration auf Fälle gravierender Verkehrsregelverletzungen und Rückfalltäter/innen (Administrativ-Massnahmen)	2010	3
E5 Versachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (beinhaltet LZ RR 9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferem Treibstoffverbrauch und geringerem Emissionsausstoss)	2011	4

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3-5 Jahre)		--	--	gut	--	--	
Leistungen							
L1 Theoretische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen-u. Wasser-Fz)	P	245	260	250	250	250	250
L2 Praktische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen-u. Wasser-Fz.)	P	249	240	240	240	240	240
L3 Technische Fahrzeugprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen-u. Wasser-Fz.)	P	1'706	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700
L4 Anzahl Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer)	P	443	500	500	500	500	500
L5 Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle)	P	7'276	7'000	7'200	7'200	7'200	7'200
L6 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führer-Zulassung)	P	5'332	5'100	5'300	5'300	5'300	5'300
L7 Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte	P	52'871	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
L8 Anzahl Aufforderungen zu verkehrsmed. Kontrollen	P	54'157	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
L9 Verfügte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in	P	1'830	1'750	1'800	1'800	1'800	1'800
L10 Anzahl erstellte Rechnungen (Mio.)	P	1.621	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
L11 Anzahl erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge)	P	271'402	294'000	275'000	275'000	275'000	275'000
L12 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen)	P	6'685	6'250	6'800	6'800	6'800	6'800
L13 Anzahl Chauffeurfahrten	P	1'785	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700
L14 Anzahl Selbstfahrten durch Verwaltungs-Mitarbeiter/innen	P	5'970	6'000	6'000	6'000	6'000	6'000
Wirtschaftlichkeit							
B1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds)	P	178'141	176'000	181'000	182'000	186'000	189'000
B2 Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds)	P	246'699	239'000	236'000	237'000	237'000	237'000

Leistungsgruppe 3200	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	18.767
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-3.480

Budget	Leistungsgruppe 3200
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Prüfungsintervalle sind vom Bundes- und EU-Recht vorgegeben.
- Die Übernahme der bilateralen Verträge verpflichtet zu kürzeren Prüfungsintervallen (LKW's) mit teilweiser Erhöhung der Fahrzeug-Prüfzeiten.
- Zusätzlich durch Verkehrsexperten ausgeführte Arbeiten: Prüfung von 43'000 Fahrzeugen, die wegen beanstandeter Mängel ein zweites Mal vorgeführt werden müssen sowie die Abnahme von Behindertenprüfungen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge Zunahme des Fahrzeugbestandes bzw. Verlagerung zu Fahrzeugen mit höherem Hubraum (+3 Mio. Fr.), Mehrertrag aus Inkassoentschädigung für Verkehrsabgaben (+0.1 Mio. Fr.), Minderertrag infolge Gebührensenkung per 1.1.08 von rund (-2 Mio. Fr.) Diese werden teilweise durch Mehrerträge im Zulassungs- und Massnahmenbereich kompensiert (+2.2 Mio. Fr.).
- Aufwand: Höherer Übertrag in Strassenfonds infolge Zunahme der Verkehrsabgaben (-3 Mio. Fr.), höherer Sachaufwand (-1.1 Mio. Fr., v.a. Post- und Telefongebühren [-1.0 Mio. Fr.]), Personalaufwandentwicklung (-1.1 Mio. Fr., Teuerung, Stufenanstieg usw.), höhere Abschreibungen (-0.2 Mio. Fr.) höhere Zinsen (-0.2 Mio. Fr.); Drucksachen KDMZ und divers (0.3 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: niedrigerer Investitionsbedarf.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Besetzung von vakanten Stellen infolge Mehrbelastung im Bereich Administrativmassnahmen.

Indikatoren

- L 1 Theoretische Führerprüfung p/Verkehrsexperte: Anpassung Planwerte an Erfahrungswerte, rückläufige Tendenz nach Einführung Führerausweis auf Probe.
- L 5 Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in: Ab 2009 Umtausch der provisorischen Führerausweise in definitive Führerausweise.
- L 6 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führerzulassung): Anpassung Planwerte an Erfahrungswert 2007 aufgrund vermehrter mündlicher Anfragen.
- L 9 Verfügte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in: Die verschärften Gesetzesbestimmungen (Einführung Kaskadenprinzip im Massnahmenrecht) haben mehr verfügte Administrativ-Massnahmen zur Folge.
- L 11 Anzahl erstellte Inkassobelege: Optimierung der Mahnläufe.
- L 12 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen): Anpassung Planwerte an Erfahrungswert 2007 (ab 2006: zusätzlich inkl. Fax- und E-Mail-Anfragen).
- B 1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Strassenfonds): Infolge Restatement nach IPSAS wurde der Budgetwert 2008 neu berechnet. Höherer Gesamtaufwand führt zu einer Verschlechterung des Indikators.
- B 2 Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Strassenfonds): Infolge Restatement nach IPSAS wurde der Budgetwert 2008 neu berechnet. Niedrigerer Gesamtertrag infolge Gebührensenkung führt zu einer Verschlechterung des Indikators.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge Zunahme des Fahrzeugbestandes bzw. Verlagerung zu Fahrzeugen mit höherem Hubraum
- Aufwand: Höherer Übertrag in Strassenfonds infolge Zunahme der Verkehrsabgaben und Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (Teuerung, Stufenanstieg, Beförderungen).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: 2011: steigende Investitionen für Gebäudeunterhalt.

Indikatoren

- B 1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds): Höherer Gesamtaufwand führt zu einer Verschlechterung des Indikators.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Gebührensenkung per 1.1.2008 im Fahrzeug- und Zulassungsbereich.
- Aufwand: Höherer Personalaufwand gemäss Vorgaben, höhere Zinsen auf Investitionen (IPSAS-bedingte Anpassungen).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Besetzung von vakanten Stellen infolge Mehrbelastung im Bereich Administrativmassnahmen.

Indikatoren

- L 1 Theoretische Führerprüfung p/Verkehrsexperte: Anpassung Planwerte an Erfahrungswerte, rückläufige Tendenz nach Einführung Führerausweis auf Probe.
- L 6 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führerzulassung): Anpassung Planwerte an Erfahrungswert 2007.
- L 9 Verfügte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in: Die verschärften Gesetzesbestimmungen (Einführung Kaskadenprinzip im Massnahmenrecht) haben mehr verfügte Administrativ-Massnahmen zur Folge.
- L 11 Anzahl erstellte Inkassobelege: Optimierung der Mahnläufe.
- L 12 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen): Anpassung Planwerte an Erfahrungswert 2007 (ab 2006: zusätzlich inkl. Fax- und E-Mail-Anfragen).
- B 1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Strassenfonds): Anpassung des Indikators an die Gesamtaufwandentwicklung.
- B 2 Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds): Niedrigerer Gesamtertrag infolge Gebührensenkung ab 2009 führt zu einer Verschlechterung des Indikators.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	16.2	14.9	0.0	16.0	0.0	17.0	0.0	17.9	18.0	11.1
Aufwand	-23.7	-23.1	0.0	-24.6	0.0	-27.1	0.0	-29.2	-29.4	23.9
Saldo	-7.5	-8.2	0.0	-8.6	0.0	-10.1	0.0	-11.3	-11.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	0.0	-0.5	0.0	-0.1	0.0	-0.8	0.0	-0.2		-0.3
Nettoinvestitionen	0.0	-0.5	0.0	-0.1	0.0	-0.8	0.0	-0.2		-0.3
Personal (Beschäftigungsumfang)	122.6	120.0	0.0	122.0	0.0	130.0	0.0	135.0	135.0	

Aufgaben

- A1 Vollzug des Ausländerrechtes des Bundes unter möglichst optimaler Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen, u.a.)
- A2 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechtes des Bundes
- A3 Die Hauptaufgaben des Amtes sind a) die Prüfung von Gesuchen und das Erteilen, Verweigern, Verlängern oder Entziehen von Bewilligungen, bzw. Ablehnungen derselben, b) Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und administrative Aufgaben im Asylbereich sowie c) das Treffen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit und von illegaler Anwesenheit

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Planung und Umsetzung der Änderungen des Bundes im Ausländer- und Asylbereich	laufend	1
E2 Verfeinerung und Anwendung des amtsinternen Controllingkonzepts	2009	1
E3 Einführung/Umsetzung Neuregelung Ausländerausweis (gemäss Bundesvorgaben)	2011	9

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %)	max.	4	5	5	5	5	5

Leistungen

L1 Anzahl bewilligte Einreisegesuche	P	20'155	24'000	20'000	20'000	20'000	20'000
L2 Anzahl Visageschäfte / Schaltervorsprachen	P	59'618	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
L3 Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung	P	138'953	135'000	140'000	140'000	135'000	135'000
L4 Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit	P	15'892	16'000	16'000	16'000	16'000	16'000
L5 Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen	P	6'437	6'000	6'000	6'000	6'000	6'000
L6 Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender	P	31'123	32'000	32'000	40'000	48'000	48'000
L7 Durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen)	max.	11	8	8	8	8	8
L8 Anzahl beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag)	P	838	-	800	800	800	800
L9 Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige	P	-	-	50'000	50'000	50'000	50'000

Wirtschaftlichkeit

B1 Saldo pro Bewilligung (in Fr.)	P	-3	-10	-5	-5	-6	-6
-----------------------------------	---	----	-----	----	----	----	----

Leistungsgruppe 3300 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-8.613
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.100

Budget Leistungsgruppe 3300	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Anteil der genügenden Grundlagen für das BFM (in %) und Anzahl bearbeitete Asylfälle: Ab B 08 erfolgen die Befragungen der Asylsuchenden neu durch den Bund.

Indikatoren

- L 1 Anzahl bewilligte Einreisegesuche: Wegen der vollen Freizügigkeit müssen EU/EFTA-Bürger kein Einreisegesuch mehr stellen.
- L 3 Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung: Die Planwerte berücksichtigen die periodischen Schwankungen der Geschäftsfälle aufgrund der Verlängerung der Bewilligungsdauer.
- L 6 Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender: Mit der ab 2010 geplanten Kapazitätserweiterung wird die Anzahl Hafttage ansteigen.
- L 8 Anzahl beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag) - neuer Indikator: Die Auskunftsstelle erbringt wichtige Leistungen für Kunden, Einwohnerkontrollen und das Amt.
- L 9 Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige - neuer Indikator: Massgebliche Beeinflussung des Saldos, besonders ab Mitte 2010, wenn zusätzlich die biometrischen Daten in Ausländerausweisen erfasst werden.

Sonstige Bemerkungen

• Kostenträger Migrationsamt (Vollkostenrechnung).....	R 06.....	R 07.....	P 08.....	P 09
• Ertrag:.....	13'749'949.....	16'226'186.....	14'910'000.....	16'000'000
• Bewilligungsverfahren.....	8'466'783.....	10'148'147.....	9'006'000.....	10'193'000
• Asylverfahren.....	4'738'983.....	4'844'093.....	5'421'000.....	5'318'000
• Administrativ- und Zwangsmassnahmen.....	238'597.....	269'840.....	201'000.....	205'000
• Publikumsverkehr (Schalter und Auskunftsstelle).....	305'586.....	300'542.....	282'000.....	284'000
• Asylverfahren; a.o. Ertrag aus Vorjahren (2006).....	663'564			
• Aufwand:.....	-22'477'089.....	-23'736'505.....	-23'365'000.....	-24'613'486
• Bewilligungsverfahren.....	-10'029'783.....	-10'647'405.....	-10'842'000.....	-12'363'486
• Asylverfahren.....	-7'043'042.....	-7'061'542.....	-6'975'000.....	-6'800'000
• Administrativ- und Zwangsmassnahmen.....	-2'772'589.....	-3'073'818.....	-2'735'000.....	-2'650'000
• Publikumsverkehr (Schalter und Auskunftsstelle).....	-2'531'676.....	-2'833'740.....	-2'813'000.....	-2'800'000
• Rücklagen.....	-100'000.....	-120'000		

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Höhere Bewilligungsgebühren für Ausländerausweise an Drittstaatsangehörige (+1.1 Mio. Fr.).
- Aufwand: höherer Sachaufwand (-0.8 Mio. Fr.: externe Produktion der neuen Ausländerausweise etc.), Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (-0.4 Mio. Fr.), Kapazitätserweiterung aufgrund der Pendenzen im Bewilligungsbereich (-0.3 Mio. Fr.)

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Bereitstellung der Infrastruktur zur Erfassung von biometrischen Daten in Reisedokumenten, Ausländerausweisen, Visa (ab April 2010).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Kapazitätserweiterung aufgrund der Pendenzen im Bewilligungsbereich.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Aufwand: Mit der ab 2010 geplanten Kapazitätserweiterung der Gefängnisplätze für abgewiesene Asylsuchende wird die Anzahl Hafttage und damit auch die Kosten ansteigen (2/3 der Kosten werden vom Bund getragen), 15 zusätzliche Stellen für die Erfassung biometrischer Daten in Ausländerausweisen ab April 2010, Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (Teuerung und Beförderungen), höherer Sachaufwand wegen externer Produktion der Ausländerausweise und 15 zusätzlichen Arbeitsplätzen.
- Ertrag: Höhere Rückerstattungen vom Bund für Ausschaffungshaft infolge Kapazitätserweiterung (-1.7 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Bereitstellung der Infrastruktur zur Erfassung von biometrischen Daten in Reisedokumenten, Ausländerausweisen, Visa (ab April 2010). P 11, Erneuerung der PC-Infrastruktur.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Ab April 2010 15 zusätzliche Stellen für die Erfassung biometrischer Daten in Ausländerausweisen.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Aufwand: Mit der ab 2010 geplanten Kapazitätserweiterung der Gefängnisplätze für abgewiesene Asylsuchende wird die Anzahl Hafttage und damit auch die Kosten ansteigen (2/3 der Kosten werden vom Bund getragen), 15 zusätzliche Stellen für die Erfassung biometrischer Daten in Ausländerausweisen ab April 2010, Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (Teuerung und Beförderungen), höherer Sachaufwand wegen externer Produktion der Ausländerausweise und 15 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Bereitstellung der Infrastruktur zur Erfassung von biometrischen Daten in Reisedokumenten, Ausländerausweisen, Visa (ab April 2010). P 11, Erneuerung der PC-Infrastruktur.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Ab April 2010 15 zusätzliche Stellen für die Erfassung biometrischer Daten in Ausländerausweisen.

Sicherheitsdirektion

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	15.1	11.9	0.0	18.1	0.0	18.2	0.0	18.5	18.6	23.3
Aufwand	-31.3	-35.6	0.0	-32.8	0.0	-32.6	0.0	-32.4	-32.4	3.5
Saldo	-16.2	-23.7	0.0	-14.8	0.0	-14.4	0.0	-13.9	-13.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen	1.6	1.7	0.0	1.5	0.0	1.5	0.0	1.5	1.5	1.5
Ausgaben	-9.0	-12.2	0.0	-7.0	0.0	-7.5	0.0	-7.5	-5.2	-8.1
Nettoinvestitionen	-7.5	-10.6	0.0	-5.5	0.0	-6.0	0.0	-6.0	-3.7	-6.5
Personal (Beschäftigungsumfang)	124.9	133.0	0.0	135.0	0.0	133.0	0.0	131.0	130.0	

Aufgaben

- A1 Das AMZ mit seinen Abteilungen Militärverwaltung, Militärbetriebe, Wehrpflichtersatz sowie Zivilschutz erfüllt vor allem vom Bund vorgeschriebene Aufgaben in den Bereichen Militärwesen und Zivilschutz
- A2 Dazu gehören insbesondere das Dienstverschiebungswesen und die Überprüfung der obligatorischen Schiesspflicht der im Kanton Zürich wohnhaften Angehörigen der Armee sowie das Verhängen und den allfälligen Vollzug von Disziplinarstrafen
- A3 Sodann werden die Wehrpflichtersatzpflichtigen (jährlich rund 30'000) veranlagt, Zivilschutzpflichtige ausgebildet sowie bestehende Zivilschutzinfrastrukturanlagen unterhalten
- A4 Weiter werden alle in der Schweiz wohnhaften Schweizerinnen und Schweizer im 16. Altersjahr über die Möglichkeiten der Dienstleistungen vororientiert, und für alle Stellungspflichtigen werden Orientierungstage durchgeführt
- A5 Schliesslich ist das AMZ zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und für die jährliche Abrüstung mehrerer tausend Armeeingehöriger bei der Entlassung aus der Militärdienstpflicht

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Einbezug der Entwicklungsschritte von Armee / Bevölkerungsschutz (u.a. "08/11")	laufend	1
E2 Umsetzung neues Entschädigungsmodell (Mietermodell).	2011	1

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Verschiebungsgesuche einrückungspflichtiger Angehöriger der Armee (AdA); Erledigung innerhalb 14 Tagen (in %)	min.	96	90	90	90	90	90
W2 Zufriedenheit der Stellungspflichtigen bezüglich Information und Ablauf am Orientierungstag [OT] (in %)	min.	93	90	90	90	90	90
W3 Hoher Bereitschaftsgrad der persönlichen Ausrüstung, Mängel der kontrollierten Ausrüstung (in %);	P	14	9	-	-	-	-
W4 Erhaltung der Werte; Mängelfreiheit: Schutzbauten / Material (in %)	min.	92	80	80	80	80	80
W5 Durchschnittliche Bearbeitungszeit für militärische Gesuche (in Tagen)	P	-	-	7	7	7	7
Leistungen							
L1 Betreuung Anzahl Meldepflichtige (inkl. Stellungspflichtige) mit Wohnsitz im Kt. ZH pro Mitarbeitende in der Militärverwaltung	min.	4'303	3'400	3'400	3'400	3'400	3'400
L2 Zeitgerechter Arrestvollzug; Anzahl Verjährungen	min.	25	7	7	7	7	7
L3 Gleichbleibende Kosten im Bereich der persönlichen Ausrüstung (Zeughaus); Kosten pro Angehöriger der Armee im Kt. ZH für die persönliche Ausrüstung (in Fr.)	max.	73	60	-	-	-	-
L4 Ausbildungsleistung Zivilschutz; Anzahl Teilnehmertage	min.	7'468	9'600	9'600	9'600	9'600	9'600
L5 Auslastungsgrad Kaserne Reppischtal (in %)	P	-	-	90	90	90	90
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kosten pro Teilnehmer am Orientierungstag [OT] (in Fr.)	max.	27	28	28	28	28	28
B2 Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %)	min.	213	139	124	124	120	120
B3 Kostendeckungsgrad Schiesspflichtversäumer (in %)	min.	103	90	90	90	90	90

Leistungsgruppe 3400	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-14.756
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-7.008

Budget	Leistungsgruppe 3400
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Durch die engen bundesrechtlichen Verflechtungen sind die Möglichkeiten zur Einflussnahme des Amtes für Militär und Zivilschutz auf Budget und Rechnung gering.

Indikatoren

- W3 und L3: Nicht mehr in der Kompetenz AMZ; das Logistik-Center des Bundes ist neu zuständig.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Höhere Entschädigungen für die Benützung des Waffenplatzes Reppischtal durch den Bund (+3 Mio. Fr., neue Leistungsvereinbarung und Verträge mit dem Bund), Differenz aufgrund Restatement (+2.4 Mio. Fr., IPSAS), höhere Bussenerträge (+0.6 Mio. Fr., v.a. Schiesspflichtversäumer), diverse Entschädigungen (+0.2 Mio. Fr.).
- Aufwand: Geringere Abschreibungen (+1.4 Mio. Fr., u.a. Investitionsbeiträge), tieferer Sachaufwand (+0.7 Mio. Fr.: Informatikkosten, Unterhalt Liegenschaften etc.), geringere eigene Betriebsbeiträge an Gemeinwesen (+0.7 Mio. Fr.), Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (-0.1 Mio. Fr., Teuerungsausgleich, Stufenaufstieg usw).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: geringerer Erneuerungsunterhalt und weniger Ausgaben im Bereich Hochbauten (Verschiebung Erweiterung Sportanlage Waffenplatz Reppischtal etc.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Besetzung von 2 vakanten Zivilschutz-Instruktorstellen. (dafür entfällt die bisherige Abteilung an die Stadt Zürich).

Indikatoren

- W 5 Durchschnittliche Bearbeitungszeit für militärische Gesuche (in Tagen): neuer Indikator ab P 09, Zielwert 7 Tage
- L 5 Auslastungsgrad Kaserne Reppischtal (in %): neuer Indikator ab P 09, Zielwert 90%
- B 2 Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %): Mehraufwand, v.a. bei den Informatikkosten (exogen bedingte Software-Anpassungen, neue AHV-Nr. und gesetzliche Anpassungen) führt zu einem tieferen Kostendeckungsgrad.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Höhere Entschädigungen für die Benützung des Waffenplatzes Reppischtal durch den Bund (neue Leistungsvereinbarung und Verträge mit dem Bund und damit leicht steigende Benützungsgebühren für den Waffenplatz Reppischtal).
- Aufwand: 2010 höhere Abschreibungen (-0.2 Mio. Fr.), rückläufiger Personalaufwand (tieferer Bestand).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Ab P 12 v.a. weniger Ausgaben im Bereich Hochbauten und Erneuerungsunterhalt (Hochbauten).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- P10-P12: Leicht rückgängiger Personalbestand (Optimierung innerhalb Amt).

Indikatoren

- B 2 Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %): Tieferer Anteil am Wehrpflichtersatz vom Bund führt zu einem tieferen Kostendeckungsgrad ab 2011.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Höhere Entschädigungen für die Benützung des Waffenplatzes Reppischtal durch den Bund (neue Leistungsvereinbarung und Verträge mit dem Bund sowie leicht steigende Benützungsgebühren für Dienstleistungen) sowie Erhöhung Wehrpflichtersatz aufgrund von Erfahrungswerten.
- Aufwand: Kein Minderaufwand beim Personalaufwand (San04.141: Übertrag Waffenplatz Reppischtal an den Bund), da die geplante Reduktion aus vertraglichen Gründen (Kanton Zürich / Bund) nicht realisiert werden kann. Geringerer Sachaufwand sowie höhere Abschreibungen und Zinsen.

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Leicht tieferes Investitionsniveau beim Hochbau und Erneuerungsunterhalt Hochbau. Verschiebung Vorhaben aus den Vorjahren sowie neu geplante Vorhaben (Bsp.: Rückbau Produktionsstätte Pfäffikon, Rückbau KP Affoltern a. A., Erweiterung Sportanlage Waffenplatz Reppischtal, Fussgängerbrücke Reppisch und Betriebsgebäude KAPO-Schiessplatz "Mätteli" u.a.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Schrittweiser leichter Abbau des Personalbestandes (Optimierung innerhalb Amt).
- San04.141 (Übertrag Waffenplatz Reppischtal an den Bund): Die geplante Reduktion kann aus vertraglichen Gründen (Kanton Zürich / Bund) nicht realisiert werden.

Indikatoren

- L 4 Ausbildungsleistung Zivilschutz; Anzahl Teilnehmertage: Nachholbedarf bei der Grundausbildung Zivilschutz (mehr Anmeldungen) nach der Aufhebung der Kostenbeteiligung durch die Gemeinden (neue Gesetzgebung).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	211.0	268.8	0.0	254.4	0.0	257.6	0.0	263.1	268.7	27.4
- Rückerstattungen an wirtschaftliche Hilfe				37.3		35.1		35.1	35.1	
- Rückerstattungen an Asylaufgaben				62.3		62.3		62.3	62.3	
- Rückerstattung an Zusatzleist. und Kinderzulagen				154.6		159.9		165.4	171.0	
Aufwand	-1,119.4	-918.7	0.0	-865.1	0.0	-888.3	0.0	-911.7	-938.1	-16.2
- Beiträge an wirtschaftliche Hilfe				-147.1		-144.3		-141.2	-140.9	
- Beiträge an Asylaufgaben				-82.6		-82.6		-82.6	-82.6	
- Beiträge an Zusatzleist. und Kinderzulagen				-311.9		-321.7		-331.9	-342.0	
- Beiträge an Soziale Einrichtungen				-302.5		-317.4		-333.2	-349.0	
- Beiträge an Sozialversicher. des Bundes				-3.3		-3.3		-3.3	-3.3	
Saldo	-908.4	-649.9	0.0	-610.6	0.0	-630.6	0.0	-648.6	-669.4	
Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-8.1	-17.7	0.0	-21.3	0.0	-17.4	0.0	-15.8	-22.7	-17.2
Nettoinvestitionen	-8.1	-17.7	0.0	-21.3	0.0	-17.4	0.0	-15.8	-22.7	-17.2
Personal (Beschäftigungsumfang)	49.5	50.5	0.0	52.0	0.0	52.0	0.0	52.0	52.0	

Aufgaben

- A1 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Sozialwesen (Beratung, Unterstützung, Beaufsichtigung und Koordination der Gemeinden)
A2 Vollzug des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger und die Koordination der Asylfürsorge
A3 Ausrichtung von Beiträgen an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Ergänzungsleistungen, Beihilfen und Zuschüsse)
A4 Vollzug des Bundesgesetzes über die Familienzulagen
A5 Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von Heimen und Einrichtungen für Erwachsene

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Umsetzung der Änderungen des Bundes im Asylbereich (Sozialhifestopp, Asylgesetzrevision).	2009	7
E2 Einführung der kantonalen Gesetzgebung zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen.	2009	7
E3 Verstärkte berufliche und soziale Integration von vorläufig aufgenommenen Personen, Flüchtlingen und Sozialhilfeempfängern (beinhaltet LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern).	2010	7
E4 Fehlanreize im Sozialsystem beseitigen (LZ RR 12.2).	2010	7
E5 Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Kanton Zürich zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion, der Bildungsdirektion und der SVA Zürich (beinhaltet LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in den Arbeitsmarkt fördern).	2010	7
E6 Umsetzung NFA in den Bereichen Behinderteneinrichtungen und Zusatzleistungen zur AHV/IV (beinhaltet LZ RR 13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern).	2011	7

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Fr.)	P	518.2	807.5	844.0	866.1	888.9	914.5
W2 Anteile des Kantons an den Sozialversicherungen des Bundes für AHV und IV und an den Bundesausgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen (in Mio. Fr.)	P	581.9	113.3	3.3	3.3	3.3	3.3
Leistungen							
L1 Anzahl Rechnungen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe	P	19'919	21'000	20'000	20'000	20'000	20'000
L2 Vom Bund zugewiesene Asylbewerber	P	1'379	1'700	1'500	1'500	1'500	1'500
L3 Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich	P	5.769	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000
L4 Verfügbare Plätze in Sozialen Einrichtungen	P	13'774	12'600	13'700	13'850	14'000	14'100
L5 Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	P	40'698	43'000	44'000	45'000	46'000	46'000
L6 Anzahl Leistungserbringer im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	P	115	105	100	95	95	95
Wirtschaftlichkeit							
B1 Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %)	P	50	90	90	90	90	90
B2 Auslastungsgrad Soziale Einrichtungen (in %)	P	95	94	94	94	94	94

Leistungsgruppe 3500	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-610.618
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-21.300

Budget	Leistungsgruppe 3500
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Aufgrund des am 26. November 2006 angenommenen Bundesgesetzes über die Familienzulagen ist die kantonale Gesetzgebung anzupassen.

Indikatoren

- L 1 und L 2 Anpassung Planwerte an Erfahrungswerte.
- L 3 Übergang der Zuständigkeit für vorläufig aufgenommene Personen an die Kantone (keine Erfassung mehr in diesem Indikator).
- L 4 Anpassung Planwert an Erfahrungswert.
- L 5 Steigende Anzahl der Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV infolge Zunahme der Bezügerinnen und Bezüger im IV-Bereich.
- L 6 Zusammenschluss/Aufgabenübertragung im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Ertrag -14.4 Mio. Fr.: Minderertrag vom Bund für durchlaufende Beiträge im Asylbereich (-7 Mio. Fr.) sowie für Nothilfe (-12.3 Mio. Fr.). Mehrertrag vom Bund für Zusatzleistungen zur AHV/IV (+5.1 Mio. Fr.).
- Aufwand +53.7 Mio. Fr.: Wegfall der Restzahlung des Kantons an die Leistungen der IV für das Vorjahr (+110.9 Mio. Fr.) und Mehraufwand für landwirtschaftliche Familienzulagen (-0.9 Mio. Fr.). Mehraufwand für Zusatzleistungen zur AHV/IV und Kinderzulagen (-39.4 Mio. Fr.). Zunahme der Leistungen für Behinderteneinrichtungen (-13.3 Mio. Fr.). Mehraufwand für Flüchtlinge und abgewiesene Asylsuchende (-10 Mio. Fr.) und für vorläufig aufgenommene Personen mit Aufenthalt über 7 Jahre (-2 Mio. Fr.). Höherer Zins- und Personalaufwand usw. (-0.9 Mio. Fr.). Tiefere durchlaufende Beiträge im Asylbereich (+7 Mio. Fr.) sowie Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe (+2.4 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Zunahme der Investitionsbeiträge an Behinderteneinrichtungen (-2.7 Mio. Fr.); Verschiebung der Realisierung einer Asylsiedlung um ein Jahr (-0.9 Mio. Fr.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Besetzung von vakanten Stellen (+1.5 Beschäftigungsumfang).

Indikatoren

- W 1 Der aufwandmindernden Kontierung der Beiträge unter IPSAS (+19.8 Mio. Fr.) und einem Minderaufwand im Asylbereich (+5 Mio. Fr.) steht ein Mehraufwand in den Bereichen Öffentliche Sozialhilfe (-7.6 Mio. Fr.), Zusatzleistungen und Kinderzulagen (-39.4 Mio. Fr.), Soziale Einrichtungen (-13.3 Mio. Fr.) und für Beiträge im Kantonalen Sozialamt (-0.9 Mio. Fr.) gegenüber.
- W 2 Wegfall der Beiträge an die Sozialversicherungen des Bundes für die AHV und die IV (2008: Einmalige Zahlung an die IV 110.9 Mio. Fr.).
- B 1 Der Auslastungsgrad von 90% ist eine langjährige Zielgrösse. Die effektive Belegung unterliegt grossen Schwankungen. Der Bestand der Asylunterkünfte wird laufend unter Berücksichtigung der Entwicklungen angepasst.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Ertrag +14.3 Mio. Fr.: Höhere Bundesbeiträge an die Zusatzleistungen zur AHV/IV (u.a. Zunahme der Anzahl Fälle).
- Aufwand -73.0 Mio. Fr.: Mehraufwände für Betriebsbeiträge an Behinderteneinrichtungen (-46.5 Mio. Fr., u.a. Zunahme der verfügbaren Plätze) und für Zusatzleistungen zur AHV/IV (-30.1 Mio. Fr., u.a. Zunahme der Anzahl Fälle). Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe.

Investitionsrechnung

- Ausgaben: P 09, Verschiebung der Realisierung einer Asylunterkunft. Der Übergang zur NFA und die auslaufende Unterstützung durch den Bund haben bis 2011 eine Abnahme der kantonalen Investitionsbeiträge an Behinderteneinrichtungen zur Folge; ab 2012 erhöht sich der Anteil des Kantons, da der Bundesanteil nach einer NFA-Übergangphase entfällt.

Indikatoren

- W 1 Höhere Zusatzleistungen zur AHV/IV und Betriebsbeiträge für Behinderteneinrichtungen.
- W 2 Wegfall der einmaligen Zahlung des Kantons an bereits zugesprochene Leistungen der IV (+110.9 Mio. Fr.). Ab P 09 lediglich Anteile an den Bundesaussgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen.
- L 4 Verfügbare Plätze in Sozialen Einrichtungen: Anpassung Planwert an Erfahrungswert 2007 mit leicht steigender Tendenz.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Ab 1. Januar 2009 werden die Rückerstattungen in der wirtschaftlichen Hilfe nach IPSAS aufwandmindernd verbucht, so dass Ertrag und Aufwand um mehr als 26 Mio. Fr. tiefer budgetiert sind.
- Ertrag: Im Asylbereich sinken die Bundesbeiträge um 7 Mio. Fr.
- Aufwand: Im Asylbereich sinken die durchlaufenden Kosten entsprechend den Erträgen vom Bund, dazu kommen voraussichtlich höhere Kosten für vorläufig aufgenommene Personen mit Aufenthalt über 7 Jahre (-2 Mio. Fr.). Die Aufwendungen für Betriebsbeiträge an Behinderteneinrichtungen steigen etwas stärker als erwartet.

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Verschiebung von Investitionsbeiträgen vom P 11 ins P 09 und Realisierung einer Asylunterkunft um ein Jahr verschoben.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Besetzung von vakanten Stellen (+1.5 Beschäftigungsumfang).

Indikatoren

- W 1 Vergleiche Erklärungen unter Erfolgsrechnung (Aufwand).
- L 4 Verfügbare Plätze in Sozialen Einrichtungen: Anpassung Planwert an Erfahrungswert 2007 mit leicht steigender Tendenz.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	23.1	22.7	0.0	23.1	0.0	23.1	0.0	23.2	23.2	0.4
Aufwand	-16.2	-16.6	0.0	-17.7	0.0	-17.4	0.0	-17.6	-17.7	9.4
Saldo	6.9	6.1	0.0	5.4	0.0	5.7	0.0	5.6	5.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben			0.0	-0.6						-0.1
Nettoinvestitionen			0.0	-0.6						-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	61.4	65.0	0.0	62.0	0.0	62.0	0.0	62.0	62.0	

Aufgaben

- A1 Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen
A2 Aufsicht über Polizei- und Feuerwehrewesen mit bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden, Kontrolle der feuerpolizeilichen Arbeit, Inspektionen der Feuerwehren
A3 Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
A4 Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenergebnisse
A5 Ausstellen von Waffentragscheinen und Beschlagnahmung von Waffen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Konzentration der Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter	2011	10
E2 Ausdehnung der Aufsichts- und Strafkompentenz der Statthalter	2011	10

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen	P	2'085	2'600	2'250	2'250	2'250	2'250
W2 - in % der erledigten Fälle	P	4.25	5.00	4.50	4.50	4.50	4.50
W3 Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr	P	5'432	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000
W4 - in % aller Fälle	P	9.97	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60
W5 Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate	P	1'360	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500
W6 - in % der erledigten Fälle	P	2.77	2.80	3.00	3.00	3.00	3.00

Leistungen

L1 Anzahl erledigte Straffälle	P	49'074	52'000	50'000	50'000	50'000	50'000
L2 Anzahl Rechtsmittelverfahren	P	36	40	40	40	40	40
L3 Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise	P	3'482	2'000	5'000	2'000	2'000	2'000
L4 Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen	P	3'327	3'000	3'000	3'000	3'000	3'000
L5 Anzahl Bussenbezugsmassnahmen	P	90'321	90'000	90'000	90'000	90'000	90'000

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %)	P	73	66	70	70	70	70
---	---	----	----	----	----	----	----

Leistungsgruppe 3600 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	5.406
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.600

Budget Leistungsgruppe 3600

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Konzentration der Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht (E 1) und Ausdehnung der Aufsichts- und Strafkompentenz der Statthalter (E 2): Auswirkungen Einführung/Umsetzung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (NStGB).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Aufwand: Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (-0.5 Mio. Fr.; Teuerungsausgleich, Stufenaufstieg usw.), Sachaufwand (-0.6 Mio. Fr.; höhere Abschreibungen von Forderungen und Wertberichtigungen, Auswirkungen Einführung/Umsetzung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches [NStGB]).
- Ertrag: Mehrertrag auf Grund von Erfahrungswerten (+0.4 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Erneuerung der PC-Basis-Infrastruktur.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- In Übereinstimmung mit der finanziellen Budgetierung werden die vakanten Stellen nicht mehr aufgeführt.

Indikatoren

- W 1 + W 2 Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte.
- W 6 Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate (in % der erledigten Fälle): Die Anpassung des Planwertes "Anzahl erledigter Straffälle" (ab P 09: 50'000) hat die Anpassung des Indikatorwertes zur Folge.
- L 1 Anzahl erledigte Straffälle: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte.
- L 3 Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise: Im P 09 werden rund 3'000 Invalidenbegleitkarten ausgestellt, welche alle 4 Jahre erneuert werden.
- B 1 Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %): Anpassung Planwert an Erfahrungswerte.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Aufwand: Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (Teuerungsausgleich und Beförderungen), ab P 10 tendenziell geringere Abschreibungen von Forderungen und Wertberichtigungen (+0.3 Mio. Fr.: Auswirkungen Einführung/Umsetzung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches [NStGB]).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Erneuerung der PC-Basis-Infrastruktur abgeschlossen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Personal (Beschäftigungsumfang)

- In Übereinstimmung mit der finanziellen Budgetierung werden die vakanten Stellen nicht mehr aufgeführt.

Indikatoren

- W 1 + W 2 Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte.
- W 6 Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate (in % der erledigten Fälle): Die Anpassung des Planwertes "Anzahl erledigter Straffälle" (ab P 09: 50'000) macht die Anpassung des Indikatorwertes erforderlich.
- L 1 Anzahl erledigte Straffälle: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte.
- B 1 Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %): Anpassung Planwert an Erfahrungswerte.



6. Fonds

3910 Sportfonds

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	19.5	17.9	0.0	21.1	0.0	21.1	0.0	21.1	21.1	8.6
- Toto/Loto				16.0		16.0		16.0	16.0	
- Zinsen				3.1		3.0		2.9	2.8	
- Entnahme Bestandeskonto				2.0		2.0		2.2	2.3	
Aufwand	-19.5	-17.9	0.0	-21.1	0.0	-21.1	0.0	-21.1	-21.1	8.6
- Betriebsbeiträge				-17.4		-17.4		-17.4	-17.4	
- Einlage in Bestandeskonto				0.0		0.0		0.0		
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen							0.0	0.3		0.0
Ausgaben	-4.9	-7.5	0.0	-2.5	0.0	-2.8	0.0	-1.4	-1.8	-3.5
Nettoinvestitionen	-4.9	-7.5	0.0	-2.5	0.0	-2.8	0.0	-1.2	-1.8	-3.4
Fondsbestand			0.0	79.8	0.0	77.8	0.0	75.6	73.3	0.0

Aufgaben

A1 Einsatz/Verwendung der kantonalen SWISSLOS / Sport-Toto-Gelder zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursportes (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Anlässe, Kurse, Geräte, Sportanlagen und Projekte]; Unterstützung Sportstättenbau; Betrieb des Sportzentrums Kerenzerberg)

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12	Direktions-	
								bis	ziel Nr.
Wirkungen									
Leistungen									
Wirtschaftlichkeit									

Fonds 3910	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.953
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.500

Budget	Fonds 3910
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Umsetzung "Sportkonzept Regierungsrat" überwiegend aus Swisslos Geldern (Sportfonds).
- Auftragsverhältnis mit Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS): Antragstellung für die Verwendung der dem Verband zugewiesenen Gelder (Verbandsanteil) und für die Unterstützung von Sportanlagen von Gemeinden sowie Führung des Sportzentrums Kerenzerberg.

Indikatoren

- Vor allem aufgrund Auftragsverhältnis mit dem ZKS im Bereich Swisslos Gelder wird auf Indikatoren verzichtet.

Sonstige Bemerkungen

- Verfügbarkeit des Sportfonds: Für das Sportzentrum Kerenzerberg sind insgesamt Fr. 15 Mio. Mindestreserven für Erneuerung und Unterhalt reserviert.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Mehrertrag der SWISSLOS hat einen höheren Kantonsanteil des Reingewinnes zur Folge (+1 Mio. Fr., Umsatzsteigerung), der höhere Fondsbestand hat höhere Zinsen zur Folge (+0.3 Mio. Fr.), der Sportfonds kann nicht mehr geäuffnet werden, es müssen Mittel dem Fonds entnommen werden (+2 Mio. Fr.).
- Aufwand: Die Beiträge an Gemeinden und Dritte werden nicht mehr über die Investitionsrechnung, sondern direkt über die Erfolgsrechnung ausgerichtet. Höhere Beiträge an die Anlagen des Kantonalen Sportanlagen Konzepts (KASAK, -4.5 Mio. Fr.) und erstmaliger Beitrag an das Stadion Letzigrund (-2.0 Mio. Fr.). Wegen der höheren Belastung der Erfolgsrechnung werden keine Einlagen mehr in den Fonds getätigt (+2.7 Mio. Fr.). Weniger Zinsen (+0.4 Mio. Fr.) und weniger Abschreibungen (+0.2 Mio. Fr.) bei den Liegenschaften im Sportzentrum Kerenzerberg SZK.

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Die Beiträge an Gemeinden und Dritte werden nicht mehr über die Investitionsrechnung, sondern direkt über die Erfolgsrechnung ausgerichtet.

Fondsbestand

- Der Wegfall der aktivierten Beiträge wird durch die Neubewertung der Liegenschaften nach IPSAS Kriterien kompensiert.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Schwankende Belastung für den Erneuerungsunterhalt an den Gebäuden im Sportzentrum Kerenzerberg.

Fondsbestand

- Der Beginn der Zahlungen an die KASAK Sportanlagen hat einen rückläufigen Fondsbestand zur Folge.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Mehrertrag der SWISSLOS hat einen höheren Kantonsanteil des Reingewinnes zur Folge (P 09 bis P 11: +3.0 Mio. Fr., Umsatzsteigerung), der höhere Fondsbestand gegenüber KEF-Vorjahr hat höhere Zinsen zur Folge (P 09: +0.25 Mio. Fr., P 10 +0.1 Mio. Fr.). Aufwand: Die Beiträge an Gemeinden und Dritte werden nicht mehr über die Investitionsrechnung, sondern direkt über die Erfolgsrechnung ausgerichtet (P 09 - P 11: je -6.2 Mio. Unterstützung der KASAK-Anlagen (P 09 - P 11: je - 4.5 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Die Beiträge an Gemeinden und Dritte werden nicht mehr über die Investitionsrechnung, sondern direkt über die Erfolgsrechnung ausgerichtet (P 09 - P 011: je + 6.2 Mio. Fr.)
- Schwankende Belastung für den Unterhalt des Sportzentrums Kerenzerberg.

Fondsbestand

- Die Unterstützung der zusätzlichen KASAK-Anlagen von jährlich 4.5 Mio. Fr. führt zu einem Rückgang des Fondsbestandes.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	4.3	4.3	0.0	4.3	0.0	4.3	0.0	4.3	4.3	-0.2
- Anteil am Eid. Alkoholmonopol		4.2		4.2		4.2		4.2	4.2	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
- Zinsen aus Bestandeskonto		0.1		0.1		0.1		0.1	0.1	
Aufwand	-4.3	-4.3	0.0	-4.3	0.0	-4.3	0.0	-4.3	-4.3	-0.2
- Betriebsbeiträge		-2.2		-2.2		-2.2		-2.2	-2.2	
- Einlage in Bestandeskonto		-0.3		-0.3		-0.3		-0.3	-0.3	
- Übertrag an GD/Prävention		-1.8		-1.8		-1.8		-1.8	-1.8	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand			0.0	2.9	0.0	3.2	0.0	3.5	3.8	0.0

Aufgaben

A1 Der Fonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche, eigene und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an Laufende Rechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention)

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12	Direktions- ziel Nr.
Wirkungen								
W1 Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept (in Prozent)	P			100	100	100	100	
Leistungen								
L1 Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert in Franken)	P			26	26	26	26	
Wirtschaftlichkeit								
B1 Fondsbestand in % der jährlichen Ausgaben	P			66	73	80	88	

Fonds 3920	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.302
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 3920
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Nach der Bundesverfassung erhalten die Kantone 10% des Reinertrages aus der Besteuerung der gebrannten Wasser. Diese Mittel sind zur Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden.

Indikatoren

- Die Leistungserfassung und Qualitätsüberprüfung der Alkoholberatungsstellen im Kanton Zürich ist ausgebaut worden. Das Behandlungskonzept enthält Aussagen zu Versorgungsleistungen, Struktur- und Prozessqualität. Dies ermöglicht eine Optimierung der Mittel bei der jährlichen Verteilung.
- Das Kantonale Sozialamt überprüft jährlich, ob die Grundvoraussetzungen gemäss kantonalem Behandlungskonzept durch die einzelnen Alkoholberatungsstellen erfüllt sind. Nichterfüllung in einzelnen Punkten führt zur anteilmässigen Herabsetzung der Leistungen aus dem Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus.
- Die weiteren aus dem Fonds ausgerichteten Mittel beinhalten pauschalierte Beiträge an ambulante und stationäre Einrichtungen zur Prävention und Behandlung von Suchtproblemen im Alkoholbereich.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Fondsbestand

- Der Fondsbestand soll die Ausgaben eines Jahres sicherstellen und damit auch aussergewöhnliche Schwankungen auffangen können. In den nächsten Jahren sind deshalb weitere Fondseinlagen vorgesehen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr



7. Projekte

Kantonspolizei

- Projekt-Nr. 3100.001: Ersatz Funknetz (POLYCOM)
- Projekt-Nr. 3100.002: Polizeigesetz (PoIG)



Projekt-Nr. 3100.001	Ersatz Funknetz (POLYCOM)
Sicherheitsdirektion / Kantonspolizei	

Kurzumschreibung Projekt
Das im Jahr 2000 in Betrieb genommene Funknetz der Kantonspolizei Zürich muss 2008 ersetzt werden, da der Lieferant die Wartung und die Ersatzteillieferung auf diesen Zeitpunkt einstellt. In Anbetracht der Tatsache, dass auf Bundesebene das "Sicherheitsnetz Funk der Schweiz (POLYCOM)" im Aufbau ist, ist es sinnvoll, die gleiche Technologie zu wählen und das "Teilnetz Zürich" in POLYCOM zu integrieren.
Wirkungsziel:
Sicherstellen der Kommunikation zu den und zwischen den polizeilichen Einsatzkräften und Partnerorganisationen (Sanität, Feuerwehr, REGA, etc.)
Integration in das "Sicherheitsnetz Funk der Schweiz"
Leistungsziel:
Aufbau des Teilnetzes Zürich

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-27,2	- 2,2	- 25,5	+6,5			

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-1,5			- 1,5	- 1,5	- 1,5	-1.5
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 3100.001	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2005	- Projektierung (durch Amt für Militär und Zivilschutz) abgeschlossen / Grundlagen für Realisierung - RRB vorhanden
2006	- Detailprojektierung abgeschlossen, Submissionsgrundlage (Mengengerüst, etc.) vorhanden / Realisierungsentscheid RRB 1682/06 POLYCOM Basis-Infrastruktur: Objektkredit Fr. 33,5 Mio.
2007	- Submission / Vergabe restl. Infrastruktur
2009	- Systemabnahme / Operative Inbetriebnahme
2010	- Gewährleistung abgeschlossen / Projektabschluss

Bemerkungen
Die Gesamtinvestitionen inkl. Kapo-Funkgeräte werden auf 41,2 Mio. Franken, verteilt über die Jahre 2006 bis 2009 veranschlagt. 2009 ist mit einem Bundesbeitrag von ca. 14 Mio. Franken an die Infrastrukturkosten (ca. 50 %) zu rechnen. Der Bund hat Leistungen im Umfang von 12,8 Mio. Franken bereits erbracht.
Die Auswirkungen auf den Staatshaushalt beinhalten die für den gesamten Kanton (alle Direktionen) zu erwartenden wiederkehrenden Kosten, unter der Voraussetzung, dass der Unterhalt extern vergeben wird (ab 2009).



Projekt-Nr. 3100.002	Polizeigesetz (PoIG)
Sicherheitsdirektion / Kantonspolizei	

Kurzumschreibung Projekt
Schaffung eines Polizeigesetzes. Das Polizeigesetz bestimmt, nach welchen Grundsätzen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Mitteln die polizeilichen Aufgaben zu erfüllen sind.
Wirkungsziel: Moderne und klare gesetzliche Grundlage für das kantonale Polizeirecht.
Leistungsziel: Gesetzesvorlage.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 3100.002	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
Juli 2005	- Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf (Frist bis 31. Oktober 2005)
2. Quartal 2006	- Antrag DS an den RR
Frühjahr 2007	- Verabschiedung durch Kantonsrat
Frühjahr 2008	- Volksabstimmung/Inkraftsetzung und Erarbeitung der (genehmigungspflichtigen) Verordnung pendent

Bemerkungen
Am 3. September 2003 hat der Regierungsrat das Konzept für die Schaffung eines Polizeigesetzes verabschiedet (RRB 1284/2003). Antrag des Regierungsrates vom 5. Juli 2006.
Zusammenhang zum POG: Das POG regelt, wer im Kanton für welche polizeilichen Aufgaben zuständig ist.



Finanzdirektion

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Organigramm
- 2.2 Personal
- 2.3 Aufgaben
 - 2.3.1 Planungs- und Steuerungsaufgaben
 - 2.3.2 Interne Dienstleistungen
 - 2.3.3 Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung
- 2.4 Umfeldentwicklung

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Amtsstellen der Finanzdirektion
 - 4.4.3 Finanzielle Leistungsgruppen
 - 4.4.4 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Per 1. September 2007 wurde die Liegenschaftenverwaltung in das Immobilienamt der Baudirektion integriert. Im Vergleich zum KEF 2008-2011 entfallen deshalb zwei Leistungsgruppen. Die Leistungsgruppe Nr. 4200, Liegenschaftenverwaltung, wird in die Leistungsgruppe Nr. 8700, Immobilienamt, aufgenommen, die Leistungsgruppe Nr. 4940, Liegenschaftenerfolg, erscheint mit derselben Bezeichnung neu als Leistungsgruppe Nr. 8710 in der Baudirektion.

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung:				
KEF 2008-2011	5'864	6'115	6'380	-
KEF 2009-2012	5'925	5'777	5'901	6'143
Veränderung	+61	-338	-479	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2008-2011	-42	-22	-13	-
KEF 2009-2012	-36	-16	-14	-11
Veränderung	+6	+6	-1	-

Der KEF 2008-2011 wurde nach dem harmonisierten Rechnungsmodell (HRM) erstellt, der KEF 2009-2012 nach IPSAS.

Erfolgsrechnung

Gegenüber dem KEF Vorjahr hat sich der Saldo der Erfolgsrechnung für das Jahr 2009 um 61 Mio. verbessert, für die Jahre 2010 und 2011 jedoch um 338 Mio. bzw. um 479 Mio. verschlechtert. Ohne Berücksichtigung der Steuerausfälle bei den natürlichen und den juristischen Personen (2010: -362 Mio., 2011: -481 Mio., vgl. Ziffer 4.3), hätte sich der Saldo der Erfolgsrechnung in allen drei Planjahren gegenüber dem KEF Vorjahr verbessert. Wichtigste Ursachen:

- Staatssteuererträge: Niedrigere Erträge (133-605 Mio. pro Jahr). Die Staatssteuererträge 2009-2012 wurden auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2007 geschätzt, das infolge der Finanzmarktkrise tiefer lag als die Basis für die Schätzung der Staatssteuererträge im KEF Vorjahr. IPSAS erfordert ein neues Schätzmodell für die Nachträge (Schätzung aller zukünftigen Nachträge der laufenden Steuerperiode statt Schätzung der Nachträge, die aus früherer Steuerperioden im Planjahr bezahlt werden). Im KEF 2009-2012 sind Steuerausfälle infolge geplanter Steuergesetzrevisionen eingestellt (vgl. Ziffer 4.3).
- Interkantonaler Finanzausgleich: Erheblich höherer Beitrag des Kantons Zürich an den Ressourcenausgleich (79-117 Mio. pro Jahr).
- Höhere kalkulatorische Zinserträge, weil infolge IPSAS das zu verzinsende Verwaltungsvermögen angestiegen ist (142-152 Mio. pro Jahr).
- Direkte Bundessteuer: Höhere Ertragsschätzungen des kantonalen Steueramtes (125-145 Mio. pro Jahr).
- Kapital- und Zinsendienst Staat: Höherer Anteil am Gewinn der Zürcher Kantonalbank, höhere Zinserträge, niedrigerer Zinsaufwand (30-65 Mio. pro Jahr).
- Wegfall der Planung der Liegenschaftenverwaltung infolge Integration in die Baudirektion (Leistungsgruppen Nrn. 4200 und 4940, Saldoverschlechterung von 9-11 Mio. pro Jahr).



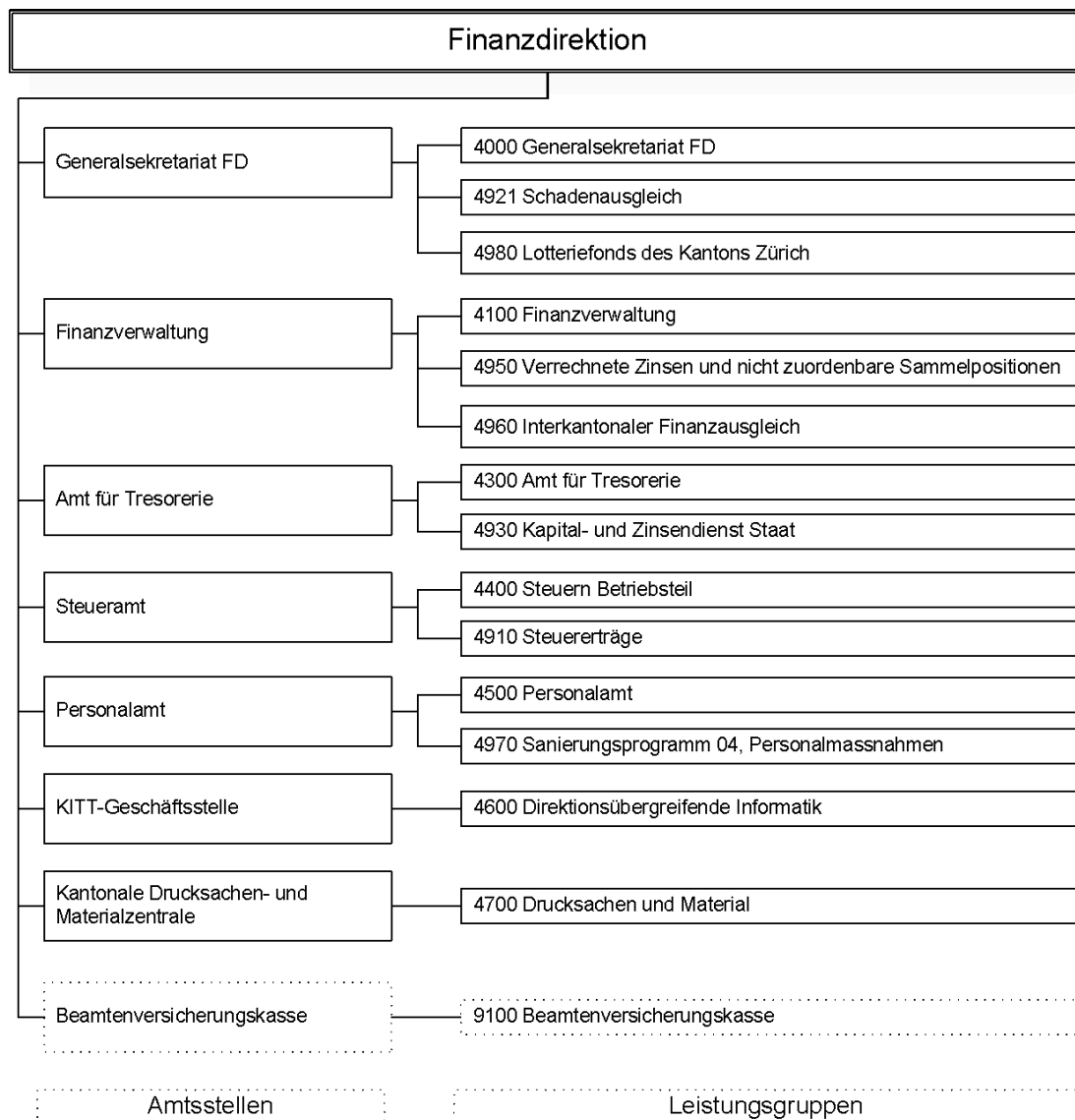
Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen für die Jahre 2009 und 2010 sind je 6 Mio. Franken tiefer, im Jahr 2011 leicht höher als im KEF Vorjahr. Wichtigste Ursachen:

- Infolge IPSAS werden Teile der Kosten für das Informatikprogramm ZüriPrimo des Steueramtes in der Erfolgsrechnung statt in der Investitionsrechnung geplant.
- Das Personalamt plant neue Investitionen für die Ablösung des Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystems PALAS (2009-2011, insgesamt 11.8 Mio. Franken).

2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

2.1 Organigramm



Finanzdirektion

2.2 Personal

In der Finanzdirektion arbeiten per Ende 2007 insgesamt rund 900 Angestellte, verteilt auf rund 815 Stellen. Die Grösse der Ämter ist sehr unterschiedlich und variiert vom Steueramt mit ungefähr 730 Angestellten bis zum Amt für Tresorerie mit 4 Angestellten.



Zusätzlich arbeiten in der Beamtenversicherungskasse 31 Angestellte, verteilt auf 28 Stellen.

2.3 Aufgaben

Der grösste Teil der Aufgaben in der Finanzdirektion lässt sich unter dem Begriff Querschnittsaufgaben subsumieren. Die Dienstleistungen der Finanzdirektion kommen – mit Ausnahmen – nicht direkt, sondern höchstens indirekt der Bevölkerung zu, indem die übrige Verwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt wird. Die Querschnittsaufgaben lassen sich in Planungs- und Steuerungsaufgaben (2.3.1) sowie interne Dienstleistungen (2.3.2) unterteilen. Eigentliche Aufgaben mit Aussenbeziehungen, d.h. mit einem direkten Kontakt mit natürlichen und juristischen Personen, bestehen vorwiegend bei der Aufgabenerfüllung des Steueramtes (2.3.3).

2.3.1 Planungs- und Steuerungsaufgaben

Diese Aufgaben sind für den Kanton von strategischer Bedeutung. Im Wesentlichen handelt es sich um die folgenden Aufgabengruppen:

Finanzen

- Finanzcontrollerdienst für den Regierungsrat, Vorbereitung von finanzpolitischen Entscheiden des Regierungsrates und Unterstützung bei der Zielerreichung

Personal

- Umsetzung Personalmanagement-Strategie mit den Hauptstossrichtungen Führung, Personalentwicklung und Stärkung der Personalbereiche sowie Personalcontrolling für den Regierungsrat

Informatik

- Weiterentwickeln und Überwachen der Informatikstrategie, Informatikcontrolleraufgaben

2.3.2 Interne Dienstleistungen

Bei diesen Aufgaben handelt es sich um operative Tätigkeiten. Im Wesentlichen handelt es sich um die folgenden Aufgaben:

Finanzen

- Organisation eines leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens
- Buchungszentrum und Kompetenzzentrum SAP

Personal

- Lohnadministration
- Personalentwicklung
- Personalcontrolling
- Interne Personaldienstleistungen für FD-Amtsstellen
- Rechtsberatung
- Koordination Case Management
- Berufliche Vorsorge

Vermögensverwaltung

- Bewirtschaftung der Kapitalanlagen der BVK
- Staatliche Mittelaufnahme, -bewirtschaftung und Cash Management

Direktionsübergreifende Informatik

- Betriebskoordination Datennetzwerk (LEUnet)
- Verzeichnisdienst ZHdirectory
- Active Directory Service

Beschaffung

- Beschaffung und Vertrieb von administrativen Sachmitteln und Dienstleistungen
- Versicherungsdienste
- Abschluss und Verwaltung von Versicherungsverträgen
- Bearbeitung von versicherten Schäden und Staatshaftungsfällen



2.3.3 Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung

Das Steueramt ist - neben der kantonalen Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) - die einzige Amtsstelle, die intensiven Bürgerkontakt hat. Im Steueramt werden die direkten Steuern von Bund und Kanton (inkl. Erbschafts- und Quellensteuern) veranlagt und bezogen. Insgesamt handelt es sich um über 800'000 Steuerpflichtige mit jährlichen Steuererträgen von über 5 Milliarden Franken. Das Steueramt hat die Software Private Tax weiterentwickelt und den Internetauftritt überarbeitet. Viele Formulare und Weisungen sind online verfügbar und die Software Private Tax kann heruntergeladen werden.

2.4 Umfeldentwicklung

Die Arbeit der Finanzdirektion wird insbesondere geprägt durch

- den verstärkten Standortwettbewerb (zwischen den Kantonen und mit dem Ausland)
- die gestiegenen Risiken in der Steuerertragsprognose infolge der Finanzmarktkrise
- den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit im Steuerbereich
- höhere Ansprüche an die Informationen der Controllerdienste
- den Einsatz neuer Technologien, insbesondere der Informatik
- höhere Leistungsanforderungen an das Personal
- die Auslagerung von Aufgaben, die nicht zum Kerngeschäft gehören (z.B. Beamtenversicherungskasse)



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Die Ziele 1 bis 5 gehen direkt aus den Legislaturzielen des Regierungsrates hervor. Die Ziele 6 bis 9 sind Legislaturziele der Finanzdirektion.

Ziel 1. Das strukturelle Defizit im Staatshaushalt beseitigen (LZ RR 2)

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Die Finanzstrategie des Regierungsrates erarbeiten (LZ RR 2.1)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4100 Finanzverwaltung

Ziel 2. Das Standortmarketing verstärken

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Neuansiedlungen von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich unterstützen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4400 Steuern Betriebsteil

Ziel 3. Die Position des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb zur Erhaltung des Steuersubstrates stärken (LZ RR 4)

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen (LZ RR 4.1)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4400 Steuern Betriebsteil

Ziel 4. Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern (LZ RR 6)

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten (LZ RR 6.2)
- Personalmanagementstrategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber erarbeiten und umsetzen (LZ RR 6.3)
- Die Informatik der kantonalen Verwaltung gemäss der neu zu erarbeitenden Informatikstrategie ausrichten und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung schaffen (LZ RR 6.4)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4500 Personalamt
- 4600 Direktionsübergreifende Informatik

Ziel 5. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vereinbaren (LR RR 12)

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Fehlanreize im Steuersystem beseitigen (LZ RR 12.2)
- Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen (LZ RR 12.3)
- Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren (LZ RR 12.4)



- Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern (LZ RR 12.5)
- Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen (LZ RR 12.6)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4400 Steuern Betriebsteil
- 4500 Personalamt

Ziel 6. Zentrales Steuerregister bereitstellen, Informationsqualität gegen aussen und innen verbessern.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Ausbau des Informatikprogramms ZüriPrimo, vgl. Projekt Nr. 4400/01.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4400 Steuern Betriebsteil

Ziel 7. Das kantonale Beschaffungswesen optimieren.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Lieferantenmanagement aufbauen.
- Verschiedene Pilotprojekte aufbauen und realisieren.
- Beschaffungsprozesse verbessern und ein Prototyp einer Portal-Lösung erstellen.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4700 Drucksachen und Material

Ziel 8. Die dezentrale Organisationsstruktur für den Einsatz von Informatikmitteln überprüfen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Regierungsratsbeschluss betreffend Auftrag an die Finanzdirektion zur Überprüfung der dezentralen Organisationsstruktur für den Einsatz von Informatikmitteln erwirken.
- Auftrag an externen Experten durch die Finanzdirektion erteilen.
- Regierungsratsbeschluss betreffend Inkraftsetzung der neuen (zentralen) Organisationsstruktur erwirken.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4000 Generalsekretariat FD

Ziel 9. Die Personalvorsorge des Kantons Zürich (BVK) bis 1. Januar 2011 verselbständigen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Verordnung über die Wahl des ersten Stiftungsrates der Stiftung BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich erlassen.
- Fusionsvertrag mit der Stiftung BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich abschliessen.
- Regierungsratsbeschluss über den Vollzug der Verselbständigung erwirken.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 9100 Beamtenversicherungskasse



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
ZüriPrimo, 12 Realisierungseinheiten *	-74.0	2004	2004 ff.	2004-2015
PALAS II **	-11.8	2007	2008	2009-2011

* Vgl. Projekt 4400/01.

** Vgl. Projekt 4500/07.

Im Vergleich zum KEF Vorjahr ist die gesamte Investitionssumme für das Programm ZüriPrimo bedeutend niedriger (74 Mio. statt 126.7 Mio.). Der Grund ist, dass infolge der neuen Rechnungslegungsstandards IPSAS nicht alle Projektteile von ZüriPrimo über die Investitionsrechnung abgewickelt werden. Diverse Kosten, beispielsweise für Initialisierung, Projektcontrolling und Schulung, werden neu der Erfolgsrechnung zugeordnet.

4.2 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Total Nettoinvestitionen	-0.6	-11.1	-23.2	-3.1	-2.6	-2.6

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

In der Leistungsgruppe Nr. 4910, Steuererträge, sind die Folgen geplanter Steuergesetzrevisionen eingestellt. Für die Staatssteuererträge der natürlichen und der juristischen Personen führen die Revisionen zu folgenden Steuerausfällen (Mindererträge):



(in Mio. Franken)	2010	2011	2012
Natürliche Personen	- 362	-381	-400
Juristische Personen		-100	-100
Total Steuerausfälle	-362	-481	-500

4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2007	B 2008*	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	6'709.5	7'079.3	7'215.2	7'099.5	7'241.6	7'517.8
Aufwand	-703.7	-1'239.9	-1'290.3	-1'322.2	-1'340.2	-1'375.2
Saldo	6'005.8	5'839.4	5'924.9	5'777.3	5'901.4	6'142.6
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-12.8	-21.0	-36.0	-16.4	-14.1	-10.7
Nettoinvestitionen	-12.8	-20.8	-36.0	-16.4	-14.1	-10.7

* Budget 2008 nach Restatement

4.4.2 Amtsstellen der Finanzdirektion

Die Finanzdirektion wird betragsmässig durch die finanziellen Leistungsgruppen 4910 bis 4970 dominiert. Die Ziffern 4.4.2 und 4.4.3 zeigen die finanzielle Entwicklung der Amtsstellen der Finanzdirektion einerseits und jene der finanziellen Leistungsgruppen andererseits.

(in Mio. Franken)	R 2007*	B 2008**	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	56.1	56.6	59.0	59.7	60.7	61.5
Aufwand	-227.3	-234.0	-245.2	-251.6	-257.8	-261.0
Saldo	-171.3	-177.3	-186.2	-191.9	-197.1	-199.5
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-12.8	-13.5	-16.0	-16.4	-14.1	-10.7
Saldo	-12.8	-13.3	-16.0	-16.4	-14.1	-10.7

* ohne Leistungsgruppe Nr. 4200 Liegenschaftenverwaltung

** Budget 2008 nach Restatement

In der Erfolgsrechnung der Amtsstellen steigt der Saldo 2009 um rund 9 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2008 (nach Restatement). In den weiteren Planjahren steigt der Saldo auf rund 200 Mio. Franken an.

Die Nettoinvestitionen der Amtsstellen bewegen sich zwischen 10 und 16 Mio. Franken pro Jahr.

**4.4.3 Finanzielle Leistungsgruppen**

(in Mio. Franken)	R 2007*	B 2008**	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Erfolgsrechnung:						
4910 Steuern (Nettoerträge)	5'626	5'777	5'903	5'767	5'911	6'168
Staatssteuern	4'556	4'823	4'817	4'670	4'804	5'052
- Lauf. Periode NP***	3'007	3'331	3'302	3'143	3'301	3'468
- Lauf. Periode JP***	804	895	888	914	877	923
- Nachträge NP ***	498	456	465	442	465	488
- Nachträge JP ***	276	192	209	215	207	217
- Übrige Erträge	74	55	68	70	72	73
- Aufwand	-103	-106	-115	-114	-117	-117
Direkte Bundessteuern	704	525	650	660	670	680
Erbschafts-/Schenkung	182	190	185	185	185	185
Quellensteuern	147	170	180	178	176	173
Verrechnungssteuern	37	69	71	73	76	78
4921 Schadenausgleich	0	0	-2	-2	-2	-2
4930 Kapital-/Zinsendienst	331	393	425	423	403	376
4950 Verrechnete Zinsen ...	175	280	310	332	363	389
4960 Finanzausgleich	0	-433	-525	-550	-576	-589
4970 Personalmassnahmen	-4	-1	0	0	0	0
Saldo finanzielle Grössen	6'109	6'016	6'111	5'970	6'099	6'342

* Ohne Leistungsgruppe Nr. 4940 Liegenschaftenerfolg

** Budget 2008 nach Restatement

*** NP = natürliche Personen, JP = juristische Personen

4.4.4 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2009 der gesamten Finanzdirektion mit dem Budget 2008 (nach Restatement) einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2009-2012 mit dem Niveau des Budgets 2008 (nach Restatement) andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent.



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2008* (Mio.)	Veränderungen zu B 2008* (Mio.)	Veränderungen zu B 2008* (%)	Veränderungen zu B 2008* (%)
	B 2009	Schnitt 2009-2012	B 2009	Schnitt 2009-2012
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	+136	+189	+1.9%	+2.7%
Aufwand	-50	-92	-4.1%	-7.4%
Saldo	+85	+97	+1.5%	+1.7%
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	-0	-0	-100.0%	-100.0%
Ausgaben	-15	+2	-71.7%	+8.0%
Nettoinvestitionen	-15	+1	-73.4%	+7.1%

* Budget 2008 nach Restatement

Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr (nach Restatement)

Erfolgsrechnung

Ertrag steigt um 136 Mio. Franken oder 1.9%. Ursachen:

- +125 Direkte Bundessteuern.
- +11 Übriger Ertrag.

Aufwand steigt um 50 Mio. Franken oder 4.1%. Ursachen:

- 87 Interkantonaler Finanzausgleich (Ressourcenausgleich)
- 18 Höhere Beiträge aus dem Lotteriefonds.
- +35 Zinsaufwand Kapital- und Zinsendienst Staat.
- +34 Zentral eingestellter Aufwand (2008: Mehraufwand Lohn, Minderaufwand Abschreibungen).
- 14 Übriger Aufwand.

Investitionsrechnung

Nettoinvestitionen steigen 2009 um 15 Mio. Franken oder 73.4%. Ursachen:

- 13 Darlehen und Aktienkapitalerhöhung.
- 5 Ablösung Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystem PALAS.
- +3 Übrige Nettoinvestitionen.

Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr (nach Restatement)

Erfolgsrechnung

In den Jahren 2009 bis 2012 liegt der Ertrag durchschnittlich um 189 Mio. oder 2.7% über dem Niveau des Budgets 2008. Ursachen:

- +136 Höherer Ertrag 2009 gegenüber 2008 (vgl. Begründung oben).
- +26 Höhere kalkulatorische Zinserträge.
- +20 Höhere Direkte Bundessteuern.
- +15 Zusätzliche Steuererträge 2010 bis 2012.
- 21 Niedrigerer Finanzertrag Kapital- und Zinsendienst.
- +13 Übriger Mehrertrag.

In den Jahren 2009 bis 2012 liegt der Aufwand durchschnittlich um 92 Mio. oder 7.4% über dem Niveau des Budgets 2008. Ursachen:



- 50 Höherer Aufwand 2009 gegenüber 2008 (vgl. Begründung oben).
- 36 Zusätzlicher Mehraufwand Interkantonalen Finanzausgleich.
- 10 Zusätzliche Beiträge aus dem Lotteriefonds.
- +4 Übriger Minderaufwand 2010 bis 2012.

Investitionsrechnung

In den Jahren 2009 bis 2012 investiert die Finanzdirektion durchschnittlich 1 Mio. oder 7.1% weniger als im Jahr 2008.



5. Leistungsgruppen

- 4000 Generalsekretariat FD**
- 4100 Finanzverwaltung**
- 4300 Amt für Tresorerie**
- 4400 Steuern Betriebsteil**
- 4500 Personalamt**
- 4600 Direktionsübergreifende Informatik**
- 4700 Drucksachen und Material**
- 4910 Steuererträge**
- 4921 Schadenausgleich**
- 4930 Kapital- und Zinsendienst Staat**
- 4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen**
- 4960 Interkantonaler Finanzausgleich**
- 4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	2.0	5.0	0.0	1.0	0.0	1.0	0.0	1.0	1.0	-49.0
- Übertrag aus Lotteriefonds		0.4		0.4		0.4		0.4	0.4	
- Regalien		0.3		0.3		0.3		0.3	0.3	
- Ertrag aus Erbanfällen		4.3		0.2		0.2		0.2	0.2	
Aufwand	-3.6	-3.8	0.0	-2.9	0.0	-2.8	0.0	-2.8	-2.8	-20.7
Saldo	-1.6	1.2	0.0	-2.0	0.0	-1.8	0.0	-1.8	-1.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	10.7	10.5	0.0	10.4	0.0	10.4	0.0	10.4	10.4	

Aufgaben

- A1 Stabsdienste: Unterstützung der Direktionsvorsteherin, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten.
- A2 Div. eigenständige Leistungen: Bearbeitung von Erbschaften und Vermächtnissen, Notariatsgebührenrekurse, Abordnungen in Institutionen und Kommissionen.
- A3 Versicherungsdienste: Abschluss und Verwaltung der Policen; Begleitung der versicherten Schadenfälle des Personals und des Staates sowie Bearbeitung der Staatshaftungsfälle.
- A4 Lotteriefonds: Verwaltung des Fonds.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Etablierung des Schadenausgleichs	2010	0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit Direktionsvorsteherin mit Unterstützung GS (vgl. A1)	min.	gut	gut	-	-	-	-
W2 Durch Gericht korrigierte Notariatsgebührenrekursentscheide (vgl. A2)	max.	0%	10%	10%	10%	10%	10%
W3 Durch Gericht korrigierte Haftpflichtentscheide (vgl. A3)	max.	0.5%	1%	1%	1%	1%	1%

Leistungen

L1 Arbeitsstunden für Unterstützung der Direktionsvorsteherin (vgl. A1)	P	5052	5100	5100	5100	5100	5100
L2 Anzahl überprüfter und z.T. mitgestalteter RR-Anträge der FD (vgl. A1)	P	189	180	180	180	180	180
L3 Anzahl überprüfter RR-Anträge der anderen Direktionen (vgl. A1)	P	1982	1800	1900	1900	1900	1900
L4 Anzahl erledigter Notariatsgebührenrekurse (vgl. A2)	P	8	14	11	11	11	11
L5 Anzahl erledigter Erbschafts- und Vermächtnisfälle (vgl. A2)	P	9	4	10	10	10	10
L6 Anzahl Abordnungen in Institutionen und Kommissionen (vgl. A2)	P	18	18	17	17	17	17
L7 Anzahl erledigter nicht versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	51	42	45	45	45	45
L8 Anzahl erledigter versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	158	150	150	150	150	150
L9 Anzahl Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen (vgl. A3)	P	25	25	25	25	25	25
L10 Anzahl eingegangener Gesuche Lotteriefonds (vgl. A4)	P	392	410	400	410	410	400

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschn. Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	21	29	29	29	29	29
B2 Durchschn. Anzahl Stunden pro versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	8	9	9	10	10	10
B3 Aufwand für Versicherungen in % der Jahresprämien (vgl. A3)	max.	0.6%	1.0%	1.0%	1.0%	1.0%	1.0%

Leistungsgruppe 4000	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.951
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt.
- Bei der durchschnittlichen Anzahl Stunden pro (nicht) versicherten Haftpflichtfall werden für Prozesse aufgewendete Stunden nicht mitgezählt.
- Unter "Aufwand für Versicherungen" wird der Beschaffungs-, Vollzugs- und Informationsaufwand für Versicherungen (verrechnete Personalkosten sowie Anteil Strukturkosten) verstanden. Dies entspricht etwa dem, was Broker durch die Courtage decken müssen.
- Der Indikator "Zufriedenheit Direktionsvorsteherin mit Unterstützung GS" wird ab 2009 nicht weitergeführt.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 4.1 2008 kann ein grösserer Erbfall abgeschlossen werden. Im Jahr 2009 und in den weiteren Planjahren werden die Erträge aus Erbfällen wieder auf dem durchschnittlichen langjährigen Niveau von 0.2 Mio. geplant.
- +1.3 Die Versicherungsprämien (Dienstfahrtenkasko und Sachversicherungen) werden in der neuen Leistungsgruppe Nr. 4921, Schadenausgleich, geplant.
- 0.1 Verdoppelung des Beitrags an die Finanzdirektorenkonferenz im Jahre 2009 infolge Systemwechsel (Vorschuss) der Verrechnung an die Kantone.

Indikatoren

- Die Indikatorenwerte für das Jahr 2009 wurden auf Grund der Erkenntnisse der Rechnung 2007 teilweise aktualisiert. Die Werte für das Jahr 2008 basieren auf älteren Schätzungen.
- L10: Veränderung eingegangener Gesuche Lotteriefonds, vgl. Lotteriefonds des Kantons Zürich (Leistungsgruppe Nr. 4980).
- B1: Die durchschnittliche Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall schwankt erfahrungsgemäss zwischen 20 und 30.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	1.3	1.5	0.0	1.7	0.0	1.7	0.0	1.7	1.7	31.7
- Interne Verrechnungen Dienstleistungen		1.5		1.7		1.6		1.6	1.6	
Aufwand	-9.4	-9.6	0.0	-9.9	0.0	-9.8	0.0	-9.9	-10.2	8.7
- Personalaufwand		-5.8		-6.1		-6.3		-6.3	-6.4	
- Abschreibungen und Zinsen		-0.8		-0.3		-0.5		-0.6	-0.7	
Saldo	-8.1	-8.1	0.0	-8.2	0.0	-8.1	0.0	-8.2	-8.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.3	-1.0	0.0	-0.5	0.0	-0.4	0.0	-0.4	-0.4	-0.5
Nettoinvestitionen	-0.3	-1.0	0.0	-0.5	0.0	-0.4	0.0	-0.4	-0.4	-0.5
Personal (Beschäftigungsumfang)	33.1	39.0	0.0	39.9	0.0	39.9	0.0	39.9	39.9	

Aufgaben

- A1 Organisation/Koordination des Rechnungswesens der Gesamtverwaltung, Betreuung eines Buchungszentrums sowie eines Kompetenzzentrums SAP, Führung der konsolidierten Buchhaltung.
- A2 Controllerdienst für Finanzdirektion und Regierungsrat, Erstellung des konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplanes, des Budgets und des Rechnungsabschlusses.
- A3 Weiterentwicklung des finanziellen Controllingsystems.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Einführung neue Rechnungslegung (IPSAS, vgl. A3 und Projekt 4100/02)	2010	0
E2 Umsetzung des Finanzcontrollings der Beteiligungen des Kantons, der Risiken und der Substanzerhaltung des kantonalen Vermögens (vgl. A3)	2012	0
E3 SAP-Anwendungen im Bereich Finanz- und Rechnungswesen weiterentwickeln	2012	0
E4 Finanzstrategie des Regierungsrates erarbeiten (LZ RR2.1)	2008	1

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung gemäss Planung (Kumulierter Saldo der jeweils letzten 8 Jahre in Mio. Fr., vgl. A2)	P	1'590	1'219	969	351	563	444
W2 Verschuldung (Fremdkapital ./ Finanzvermögen in Mrd. Fr., vgl. A2)	P	3.8	3.9	4.3	4.9	5.7	6.6
W3 Angemessene Selbstfinanzierung gemäss Planung (durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad der jeweils letzten 8 Jahre, vgl. A2)	P	162%	125%	105%	90%	86%	79%

Leistungen

L1 Anzahl Buchungen (vgl. A1)	P	802'000	840'000	880'000	880'000	880'000	880'000
L2 Anzahl SAP-Benutzer, die durch das CCC SAP (Kompetenzzentrum) betreut werden (vgl. A1)	P	956	900	1'060	1'080	1'100	1'120
L3 Anzahl Support-Tickets CCC SAP (Kompetenzzentrum, vgl. A1)	P	1'415	1'440	1'590	1'620	1'650	1'680
L4 Arbeitsstunden für Planung des Regierungsrates (KEF / Budget / Nachtragskredite, vgl. A2)	P	3'060	2'950	5'780	5'500	5'500	5'500
L5 Arbeitsstunden für Berichtswesen für den Regierungsrat (Rechnung / Zwischenberichte / Kreditüberschreitungen, vgl. A2)	P	879	785	1'420	1'200	1'000	1'000
L6 Anzahl bearbeitete KR-Überweisungen: komplexe über 50'000 Fr. / einfache unter 50'000 Fr. (vgl. A2)	P	0/5	0/12	0/10	0/10	0/10	0/10
L7 Anzahl Stellungnahmen (vgl. A2)	P	664	650	650	650	650	650
L8 Anzahl Grossprojekte (über 1 Mio. Fr., vgl. A3)	P	2	2	1	1	1	1
L9 Anzahl Projekte (zwischen 100'000 und 1 Mio. Franken, vgl. A3)	P	3	5	4	4	4	5

Wirtschaftlichkeit**Leistungsgruppe 4100 Budgetentwurf 2009**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-8.202
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.480

Budget Leistungsgruppe 4100

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Bei den Indikatorenwerten für 2008 wurde das Restatement des Budgets 2008 nicht berücksichtigt.
- Der Wirkungsindikator "Beanstandungen im Bericht der Finanzkontrolle über die formelle Prüfung der Rechnung" fällt weg, da bereits ab Rechnung 2007 kein formeller Bericht mehr erstellt wird.
- W1, W3: Ab 2009 fliessen die IPSAS-Werte in die Berechnungen ein.
- W2: Die Werte ab 2007 wurden auf der Grundlage des Berichts zur Bilanzanpassung per 31. Dezember 2007 (IPSAS) hochgerechnet.
- L6, L8, L9: Zur Kategorisierung wurde der interne Aufwand mitberücksichtigt.
- L8: Beim Grossprojekt im Jahr 2009 handelt es sich um die Einführung der neuen Rechnungslegung (IPSAS, vgl. Projekt 4100/02).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 0.3 Die Zunahme des Personalaufwands ist neben der Lohnentwicklung auch auf die Beschäftigungszunahme um rund eine Stelle im Buchungszentrum zurückzuführen.
- 0.4 Die Aufwände für das 2009 auslaufende Projekt ZERZE (zentrales Rechnungswesen zentralisieren) sind erstmals in der Leistungsgruppe Nr. 4100 eingestellt, da die Leistungsgruppe Nr. 1990, Sanierungsprogramm 04, Querschnittsmassnahmen, Ende 2008 geschlossen wird. Die weiteren Aufwände für Honorare externer Berater bewegen sich in der gleichen Grössenordnung wie im Vorjahr.
- +0.5 Infolge vollständig abgeschriebener Investitionen für das Projekt ZERA (Einführung SAP) sinken die Abschreibungen und internen Zinsen erheblich.

Investitionsrechnung

- Für 2009 sind Ausgaben für ein SAP-Berechtigungstool und für Informatiklösungen für die Weiterentwicklung des Controllings vorgesehen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Gegenüber dem Budget 2008 erhöht sich der Beschäftigungsumfang um rund eine Stelle (Übernahme einer Stelle durch das Buchungszentrum von einer anderen Direktion im Rahmen des Zentralisierungsprojektes ZERZE).

Indikatoren

- L4: Die Anzahl Arbeitsstunden für die Planung des Regierungsrates nimmt deutlich zu, weil für die neue Aufgabe des Investitionscontrollings Zeit budgetiert ist.
- L5: Die Anzahl Arbeitsstunden für das Berichtswesen für den Regierungsrates nimmt 2009 deutlich zu, weil im Herbst 2009 im Hinblick auf den erstmaligen Jahresabschluss nach neuer Rechnungslegung (angelehnt an die IPSAS) ein Probelauf erfolgen wird. In den weiteren Jahren wird der zeitliche Aufwand sich wieder reduzieren.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- 2010 vermindert sich der Aufwandüberschuss, weil der Aufwand von Fr. 400'000 für ZERZE wegfällt (Projektabschluss).
- In den Folgejahren steigt der Aufwandüberschuss leicht. Neben Lohnerhöhungen sind dafür auch neu Investitionsprojekte verantwortlich, die wieder zu ansteigendem Abschreibungsaufwand führen.
- Nach der Beendigung des Projekts ZERZE im Jahr 2009 (vgl. Projekt 4100/03) bewegen sich die Aufwände für Honorare externer Berater wieder im gleichen Rahmen wie im Budget 2008.

Investitionsrechnung

- Die Investitionen 2010-2012 dienen der Weiterentwicklung des Controllings und von SAP.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.0									-100.0
Aufwand	-0.8	-0.8	0.0	-0.8	0.0	-0.8	0.0	-0.8	-0.8	4.1
Saldo	-0.8	-0.8	0.0	-0.8	0.0	-0.8	0.0	-0.8	-0.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	4.0	4.0	0.0	4.0	0.0	4.0	0.0	4.0	4.0	

Aufgaben

- A1 Tresorerie (staatliche Mittelaufnahmen, -bewirtschaftung und Cash Management)
- A2 Anlagebewirtschaftung der Sondervermögen der Legate und Stiftungen
- A3 Administrative Führung von Beteiligungen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens
- A4 Beratung des Kantonsrates und des Regierungsrates in Kapitalmarktfragen

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12	Direktions- ziel Nr.
Wirkungen								
W1 Anzahl Überbrückungskredite (vgl. A1)	P	1	0	0	0	0	0	0
W2 Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's (vgl. A1)	min.	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA
Leistungen								
L1 Arbeitsstunden für Tresorerie (vgl. A1)	P	2'957	3'000	3'000	3'000	3'000	3'000	3'000
L2 Arbeitsstunden für Anlagebewirtschaftung Sondervermögen (vgl. A2)	P	1'021	600	600	600	600	600	600
L3 Arbeitsstunden für Beteiligungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens (vgl. A3)	P	1'034	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200
Wirtschaftlichkeit								
B1 Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in % (vgl. A1)	P	3.25	3.40	3.10	3.01	3.11	3.25	3.25
B2 Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen im Verhältnis zum Vermögen, in % (vgl. A2)	P	0.16	0.11	0.12	0.12	0.11	0.11	0.11

Leistungsgruppe 4300	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.801
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4300
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Die Wirkungsindikatoren erlauben einerseits eine Aussage über die Aufrechterhaltung der steten Zahlungsbereitschaft und andererseits über die Kreditwürdigkeit des Kantons.
- Die Leistungsindikatoren zeigen die Anzahl Arbeitsstunden der drei Hauptaufgaben.
- Die Wirtschaftsindikatoren zeigen einerseits die durchschnittlichen Zinskosten des mittel- bis langfristigen Fremdkapitals und andererseits die Verwaltungskosten für die Bewirtschaftung der Vermögenswerte der Legate und Stiftungen.
- B1: Das Modell zur Berechnung des Indikators B1, durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals in %, wurde auf Grund der neuen IPSAS-Rechnungslegungsstandards geändert. Neu erfolgen periodengerechte Zinsabgrenzungen und es wird die Effektivzinsmethode angewendet. Dadurch kann die Aussagekraft des bisherigen Indikators deutlich verbessert werden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Indikatoren

- B1: Der Wert ist mit dem Vorjahr nur schwer vergleichbar, da neu gemäss IPSAS-Rechnungslegungsstandards einerseits periodengerechte Zinsabgrenzungen erfolgen und andererseits die Effektivzinsmethode angewendet wird.
- B2: Geringe Zunahmen des Indikatorwertes, da mit einem geringeren Volumen der Legate und Stiftungen gerechnet wird.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Indikatoren

- B1: Der Indikatorwert geht bis 2010 auf Grund des rückläufigen Fremdkapitals zurück. Nach 2010 steigt er infolge eines erwarteten Anstiegs der Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie der Zunahme des Fremdkapitals wieder an.
- B2: Der Indikatorwert sinkt in der Planperiode auf Grund eines erwarteten Anstiegs des Legats- und Stiftungsvolumens.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	5.5	4.3	0.0	5.9	0.0	5.9	0.0	6.2	6.2	13.3
Aufwand	-145.2	-148.4	0.0	-153.2	0.0	-159.5	0.0	-163.3	-165.1	13.7
- Personalaufwand		-90.7		-94.1		-95.6		-97.4	-99.2	
- Abschreibungen und Zinsen		-8.6		-4.6		-5.7		-7.5	-9.5	
- Betrieb Informatik		-12.0		-13.9		-14.0		-13.6	-13.8	
Saldo	-139.7	-144.0	0.0	-147.3	0.0	-153.6	0.0	-157.1	-158.8	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-12.3	-12.1	0.0	-10.3	0.0	-10.9	0.0	-11.4	-9.9	-11.1
Nettoinvestitionen	-12.3	-11.9	0.0	-10.3	0.0	-10.9	0.0	-11.4	-9.9	-11.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	667.0	632.5	0.0	667.0	0.0	667.0	0.0	667.0	667.0	

Aufgaben

- A1 Veranlagung der direkten Steuern von Bund, Kanton und Gemeinden sowie der Erbschafts- und Schenkungssteuern des Kantons
A2 Bezug der direkten Bundessteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuern und der Quellensteuer
A3 Durchführung des Quellensteuerverfahrens für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Umsetzung des Informatikprojekts ZüriPrimo (vgl. Projekt 4400/01)	2015	6
E2 Verbesserung des Standortmarketings durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit	2010	2
E3 Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen (LZ RR 4.1)	2010	3
E4 Fehlanreize im Steuersystem beseitigen (LZ RR 12.2)	2010	5
E5 Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen (LZ RR 12.3)	2010	5

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Durch Rechtsmittelinstanzen wesentlich korrigierte Entscheide des Steueramtes	max.	7%	5%	5%	5%	5%	5%
W2 Projekt ZüriPrimo: Anzahl Steuerpflichtige am zentralen Register (vgl. E1)	P	46%	85%	75%	80%	85%	90%
Leistungen							
L1 Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen (vgl. A1)	P	799'934	815'000	816'000	824'000	832'000	841'000
L2 Anzahl steuerpflichtige juristische Personen (vgl. A1)	P	54'060	54'000	57'000	59'000	61'000	63'000
L3 Anzahl einzuschätzende Steuererklärungen der Staatssteuern (vgl. A1)	P	942'058	1'015'000	1'018'000	1'051'000	1'079'000	1'103'000
L4 - davon eingeschätzt durch Kanton	P	328'718	355'000	380'000	390'000	400'000	410'000
L5 - davon eingeschätzt durch Gemeinden	P	442'473	515'000	470'000	475'000	480'000	485'000
L6 - davon pendent Ende Jahr	P	170'867	145'000	168'000	186'000	199'000	208'000
L7 Fristgerechte Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode	P	61%	72%	58%	58%	58%	58%
L8 - 2 Jahre nach Steuerperiode	P	97%	96%	97%	97%	97%	97%
L9 - 3 Jahre nach Steuerperiode	P	98%	99%	98%	98%	98%	98%
L10 Anzahl Quellensteuerpflichtige Personen (vgl. A3)	P	88'929	85'000	96'000	100'000	104'000	108'000
L11 Anzahl veranlagte Erbschaftsfälle (vgl. A1)	P	1'387	1'800	1'300	1'300	1'200	1'200
L12 Anzahl veranlagte Schenkungen (vgl. A1)	P	493	500	500	500	500	500
Wirtschaftlichkeit							
B1 Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für natürliche Personen (vgl. A1)	P	230	225	250	265	270	275
B2 Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für juristische Personen (vgl. A1)	P	360	360	380	385	390	395

Leistungsgruppe 4400 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-147.315
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-10.264

Budget Leistungsgruppe 4400

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Im KEF Vorjahr war der Indikator "Ansiedlung neuer juristischer Personen mit Gewinn > 5 Mio. Fr./Jahr im Kanton Zürich" enthalten. Gewinne aus der Ansiedlung neuer juristischer Personen fallen allerdings erst zeitlich verzögert (> 2 Jahre) an. Der Indikator gibt damit keine Auskunft über die Leistungserbringung im betreffenden Rechnungsjahr. Er wird daher gestrichen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 3.4 Erhöhung des Personalaufwands (Stufenanstieg, Beförderungen, Teuerungsausgleich).
- +4.0 Einzelne Realisierungseinheiten des Informatikprojektes ZüriPrimo werden auf Grund der Prioritätensetzung zeitlich verschoben. Der spätere Nutzungsbeginn führt zu tieferen Abschreibungen und Zinsen.
- 1.9 Die fortlaufende Ausbreitung der Software, insbesondere für ZüriPrimo, verursacht höhere Betriebskosten.
- 0.8 Mehraufwand für Mietzinsen, Liegenschaftenunterhalt und Energiekosten.

Investitionsrechnung

- +1.8 Einzelne Realisierungseinheiten des Informatikprojektes ZüriPrimo werden auf Grund der Prioritätensetzung zeitlich verschoben.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Vgl. Begründung Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr.

Indikatoren

- W2: Der Budgetwert B 2008 ist zu hoch. Angepasster Wert aufgrund Rechnung 2007.
- L2: Zunahme infolge vieler Neugründungen.
- L5: Der Budgetwert B 2008 ist zu hoch. Angepasster Wert aufgrund Rechnung 2007.
- L6: Der Rückgang der Veranlagungen durch die Gemeinden führt zu einem Anstieg der Pendenzen.
- L7: Aufgrund des Scannings werden einerseits die vom Steueramt zu veranlagenden Steuerakten später abgeliefert und andererseits die von den Gemeindesteuerämtern veranlagten Steuerfälle später in der Statistik erfasst. Dies führt zu einer Senkung des Prozentsatzes "fristgerechter Veranlagungen".
- L11: Die Anzahl der erbschaftsteuerpflichtigen Fälle geht kontinuierlich zurück.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Der Personalaufwand steigt von 94.1 Mio. Franken im Jahr 2009 auf 99.2 Mio. Franken im Jahr 2012. Die Vorgaben der Personalaufwandentwicklung (Teuerungsausgleich, Beförderungen) können eingehalten werden.
- Die Investitionen für das Projekt ZüriPrimo führen in den weiteren Planjahren zu einer Aufwanderhöhung: Die Abschreibungen und Zinsen steigen von 4.6 Mio. Franken im Jahr 2009 auf 9.5 Mio. Franken im Jahr 2012.
- Der Ertrag steigt infolge Gebührenerhöhung für einzelne Dienstleistungen an. Im Jahre 2011 erreicht er den Höchststand von 6.2 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

- Die Investitionen für Informatikprojekte, insbesondere ZüriPrimo, steigen von 10.3 Mio. Franken im Jahr 2009 auf den höchsten Stand von 11.4 Mio. Franken im Jahr 2011 an. Im Jahr 2012 sinken die Investitionen auf 9.9 Mio. Franken.

Indikatoren

- W2: Der Fortschritt im Informatikprojekt ZüriPrimo führt zu einem Anstieg der Anzahl Steuerpflichtiger am zentralen Register.
- L4: Die Informatikprogramme für die Einschätzungen der natürlichen Personen werden laufend erweitert. Als Folge davon wird die Anzahl Einschätzungen durch den Kanton ansteigen.
- L5: Die Anzahl der durch die Gemeinden eingeschätzten Steuererklärungen stabilisiert sich auf einem hohen Niveau. Bei den natürlichen Personen werden die selbständig erwerbenden Steuerpflichtigen und die wirtschaftlich komplexen Fälle weiterhin durch den Kanton eingeschätzt.
- B1 und B2: Die Weiterentwicklung und die Ausbreitung der Software führt zu höheren Fallkosten.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Personalaufwand steigt infolge der Vorgaben der Personalentwicklung an.

Investitionsrechnung

- Diverse Kosten für Informatikprojekte werden neu der Erfolgsrechnung zugeordnet. Diese Änderung führt zu einem markanten Rückgang der Investitionsrechnung.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang liegt in den Planjahren 2009-2011 jeweils 54.5 Stellen höher als im KEF Vorjahr (667.0 statt 612.5 Stellen). Die eingestellten 667 Stellen enthalten allerdings keinerlei Stellenzuwachs, sondern übernehmen lediglich den effektiven Beschäftigungsumfang per Ende 2007 als realistische Richtgrösse. Die im KEF Vorjahr eingestellten Werte basierten auf den Vorgaben aus den Sanierungsprogrammen San04 und MH06. Grundlage für diese Vorgaben war insbesondere der geplante, vollumfängliche Abbau der Aktenkanzleien und der Ersatz von sämtlichen Papier-Dossiers durch elektronische Dossiers. Insbesondere mangels einer elektronischen Signatur konnte aber in keinem Bereich auf elektronische Dossiers umgestellt werden, weshalb diese Zielsetzung aufgegeben werden muss. Dank Personaleinsparungen in anderen Abteilungen konnten die Vorgaben zum Abbau des Personalbestandes trotzdem zu rund 80% erfüllt werden. Ein weiterer Abbau würde die Dienstleistungen des Steueramtes zu sehr beeinträchtigen. Weiter wurden der deutliche Zuwachs an Verfahren (z.B. der Zuzug Quellensteuerpflichtiger aus Deutschland und die Produktivsetzung von IT-Applikationen, für die ordentliches Betriebspersonal bereit gestellt werden musste, bei der Budgetierung jeweils ausser Acht gelassen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	2.0	2.6	0.0	3.1	0.0	3.1	0.0	3.1	3.1	59.7
- Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung		1.8		2.3		2.2		2.3	2.3	
Aufwand	-18.5	-22.1	0.0	-24.5	0.0	-24.6	0.0	-26.1	-26.3	42.2
- Personalaufwand (inkl. Lernende)		-7.9		-8.5		-9.0		-9.3	-9.7	
- Betrieb Informatik		-6.9		-5.1		-4.4		-3.3	-3.3	
- Case Management				-6.7		-6.7		-6.7	-6.7	
Saldo	-16.5	-19.4	0.0	-21.4	0.0	-21.5	0.0	-22.9	-23.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben			0.0	-5.0	0.0	-4.8	0.0	-2.0		-2.0
Nettoinvestitionen			0.0	-5.0	0.0	-4.8	0.0	-2.0		-2.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	38.3	37.7	0.0	38.9	0.0	38.9	0.0	38.9	38.9	

Aufgaben

- A1 Umsetzen der regierungsrätlichen Personalpolitik und der Personalmanagementstrategie mit den Stossrichtungen Personalführung und -entwicklung, Stärkung der Personalbereiche und Marktpositionierung. Steuerung und Planung mittels Personalcontrolling.
- A2 Förderung der Personal- und Kaderentwicklung. Fachliche Betreuung der kaufmännischen und Informatik-Lehrlingsausbildung.
- A3 Beratung in Fragen des Personalrechts. Begleitung von Rechtsmittelverfahren. Entwicklung des Personalrechts. Koordination von Case Management.
- A4 Sicherstellen und Veranlassen der Lohnauszahlung für die gesamte Verwaltung. Entwicklung und Pflege des kantonalen Lohnsystems.
- A5 Umsetzung der Personalpolitik innerhalb der Finanzdirektion.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Projekt Teilrevision Lohnsystem, Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten (LZ RR 6.2; vgl. A4 und Projekt 4500/02)	2010	4
E2 Umsetzung der Personalmanagementstrategie 2007-2011, Einführung des Personalcontrollings in den Direktionen (LZ RR 6.3; vgl. A1)	2011	4
E3 Einführung und Etablierung von OptimoFit für Führungskräfte des oberen Kaders (vgl. A2 und Projekt 4500/03)	2009	0
E4 Einführung Case Management, Neuregelung Lohnfortzahlung (vgl. Projekt 4500/06)	2010	0
E5 Rechtskonforme, faire und unterstützende Umsetzung der Personalmassnahmen San04 und MH06 (vgl. Leistungsgruppe Nr. 4970)	2010	0
E6 Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren (LZ RR 12.4)	2010	5
E7 Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern (LZ RR 12.5)	2011	5
E8 Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen (LZ RR 12.6)	2011	5

Indikatoren

Wirksungen	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
W1 Zufriedenheit mit Dienstleistungen Personalamt, mind. "gut" (vgl. A1-4)	min.	-	-	80%	-	80%	-
W2 Beurteilung Programme zur Führungsentwicklung, mind. "gut" (vgl. A2)	min.	88%	85%	85%	85%	85%	85%
W3 Kursbeurteilung Personalschulung, mind. "gut" (vgl. A2)	min.	93%	90%	90%	90%	90%	90%
W4 Selbstbeurteilung Lehrlingsausbildung, mind. "gut" (vgl. A2)	min.	93%	90%	90%	90%	90%	90%

Leistungen

L1 Anzahl Teilnehmende an Programmen zur Führungsentwicklung (vgl. A2)	P	72	60	72	72	72	72
L2 Anzahl durchgeführte Teilnehmende-Schulungstage inkl. Führungsweiterbildung (vgl. A2)	P	7'071	7'100	7'100	7'100	7'100	7'100
L3 Anzahl betreute Lehrlinge (vgl. A2)	P	140	173	180	190	193	193
L4 Anzahl juristische Beratungen (vgl. A3)	P	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000
L5 Anzahl begleitete juristische Verfahren (vgl. A3)	P	28	35	30	30	30	30
L6 Anzahl Lohnauszahlungen pro Monat (vgl. A4)	P	35'500	35'500	35'500	35'500	35'500	35'500
L7 Anzahl mit PALAS bewirtschafteter Personaldossiers (ZST 1) (vgl. A4)	P	15'600	15'000	15'500	15'500	15'500	15'500

Wirtschaftlichkeit

B1 Kosten pro Teiln. an Programmen Führungsentwicklung in Fr. (vgl. A2)	P	5'778	6'500	6'000	6'000	6'000	6'000
B2 Kosten pro Teiln. an Kursen der internen Weiterbildung in Fr. (vgl. A2)	P	620	650	650	650	650	650
B3 Kosten pro Lehrling in Fr., ohne Kosten am Arbeitsplatz (vgl. A2)	P	20'491	21'000	21'000	21'000	21'000	21'000
B4 Kosten pro juristische Beratung in Fr. (vgl. A3)	P	70	70	70	70	70	70
B5 Kosten pro Lohnauszahlung und Jahr in Fr. (ohne Abschreibungen und Zinsen) (vgl. A4)	P	174	194	149	130	99	99

Leistungsgruppe 4500	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-21.441
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-5.000

Budget	Leistungsgruppe 4500
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Aufgabenbeschrieb wurde um die neuen Aufgaben Human Resources der Finanzdirektion seit 2007 (vgl. A5) und Koordination Case Management ab 2008 ergänzt (vgl. A3).
- E2: Die Umsetzung der Personalmanagementstrategie 2007-2011 dient der Erreichung der langfristigen Ziele 4 und 5 der Finanzdirektion (Ziel 4: Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern. Ziel 5: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vereinbaren). Diese beiden Ziele basieren auf den Legislaturzielen 6 und 12 des Regierungsrates.

Indikatoren

- L7: ZST1 = Zahlstelle 1.

Sonstige Bemerkungen

- PALAS ist das Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystem.
-

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 3.7 Erhöhter Sachaufwand durch kantonsweite Umsetzung des Case Managements, dessen Kosten zentral im Personalamt geführt werden. Bereits im 2008 wurden 3 Mio. Fr. budgetiert, welche jedoch aus technischen Gründen in der Finanzierung nicht separat ausgewiesen werden können.
- 0.6 Erhöhter Personalaufwand: Kontinuierliche Erhöhung der Anzahl betreuter Informatik-Lernenden (vgl. L3), 1.2 zusätzliche Personaleinheiten (vgl. Begründung unter "Personal", unten) sowie Stufenaufstieg, Teuerungsausgleich und Beförderungen.
- +1.6 Niedrigere Betriebskosten PALAS, auf Grund von Anpassung der Verträge mit den Systembetreibern.
- +0.5 Erhöhter Ertrag bei der internen Aus- und Weiterbildung, welcher durch die Direktionen budgetiert und dem Personalamt eingestellt wird.

Investitionsrechnung

- Mit dem Projekt "PALAS II" (vgl. Projekt 4500/07) wird das bestehende Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystem abgelöst. Ab 2009 fallen Investitionen an, voraussichtlich im 2011 soll das neue System eingeführt werden.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Erhöhung um insgesamt 1.2 Personaleinheiten, davon 1.0 für eine Stellenübertragung im Rahmen von MH06 von der Baudirektion in das Personalamt, 1 Personaleinheit für den Ausbau des Personalcontrollings und 0.2 Personaleinheiten für eine Erhöhung des Beschäftigungsumfanges innerhalb des Stellenplans. Eine Reduktion von 1 Personaleinheit erfolgt im Human Resources der Finanzdirektion, da eine für 2008 geplante, befristete Stelle ab 2009 nicht weitergeführt wird.

Indikatoren

- L5, L6, L7 und B5: Auf Grund von aktuellen Zahlen der Erhebung der Indikatoren für die RE07 wurden die Planzahlen 2009-2012 angepasst. Die Indikatorenwerte für das Jahr 2008 weichen davon ab.
 - L5: Die Verselbstständigung des Universitätsspitals Zürich (USZ) und des Kantonsspitals Winterthur (KSW) verringert die Anzahl begleiteter juristischer Verfahren.
 - B5: Die tieferen Kosten für PALAS (vgl. Erfolgsrechnung) widerspiegeln sich auch im Indikator Kosten pro Lohnauszahlung und Jahr in Fr.
-

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Indikatoren

- L3: Die Anzahl der Informatiklehrstellen wird durch den Ausbau und die Zentralisierung der Ausbildung kontinuierlich erhöht.
-

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Aufwand für die Jahre 2009 bis 2012 liegt gegenüber den Planjahren des KEF Vorjahr jeweils um bis zu 5 Mio. Franken höher. Dies ist hauptsächlich auf die geplanten Kosten von jährlich 6.7 Mio. Franken für das Case Management zurückzuführen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Vergleich zum KEF Vorjahr liegt der Beschäftigungsumfang für die Jahre 2009-2011 um jeweils 1.2 Stellen höher (Begründung vgl. oben).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.0									-100.0
Aufwand	-5.7	-6.5	0.0	-6.7	0.0	-6.4	0.0	-6.4	-6.5	13.8
Saldo	-5.7	-6.5	0.0	-6.7	0.0	-6.4	0.0	-6.4	-6.5	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	7.1	7.9	0.0	7.9	0.0	7.9	0.0	7.9	7.9	

Aufgaben

- A1 Kantonale Informatikstrategie entwickeln und pflegen
- A2 Definition, Implementation und Betrieb von direktionsübergreifenden Informatikdienstleistungen (Kompetenzzentren und Servicezentren)
- A3 Definition und Durchsetzung von Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Neue Informatikstrategie erarbeiten und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung durch die Direktionen und Amtsstellen schaffen (LZ RR 6.4; vgl. A1)	2011	4
E2 Standardisierung der Kollaborationsplattform (Groupware) (vgl. A3)	2009	0
E3 Aufbau des CC Informatiksicherheit; Umsetzung von Massnahmen (vgl. A2)	2009	0
E4 Weiterentwicklung des Informatikcontrollings	2009	0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet in %	min.	99.93	99.4	99.4	99.4	99.4	99.4

Leistungen

L1 Für Informatikstrategie eingesetzte Stunden (vgl. A1)	P	703	1'600	800	800	800	800
L2 Für zentrale Dienstleistungen eingesetzte Stunden (vgl. A2)	P	3'546	4'500	4'500	4'500	4'500	4'500
L3 Für Informatikstrategie und Standards gefasste Beschlüsse (vgl. A1, A3)	P	6	20	20	20	20	20
L4 Anzahl betreute Anschlüsse des Datennetzwerks LEUnet (vgl. A2)	P	10'633	11'000	11'000	11'500	11'500	11'500
L5 Anzahl Anschlussänderungen LEUnet (vgl. A2)	P	2'260	800	1000	800	800	800

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 4600	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-6.702
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4600
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Im Vergleich zum KEF Vorjahr ist der Entwicklungsschwerpunkt E1 neu.

Sonstige Bemerkungen

- Die Leistungsgruppe Direktionsübergreifende Informatik enthält den Aufwand der KITT-Geschäftsstelle, die im Auftrag des Kantonalen IT-Teams (KITT) arbeitet und der das Kompetenzzentrum Netzwerkdienste angeschlossen ist.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 0.3 Höherer Aufwand für Informatikprojekte.

Indikatoren

- L1-L2: Durch die für 2008 geplante Verabschiedung der Informatikstrategie kann mehr Zeit für Projekte der Umsetzung eingesetzt werden, insbesondere für Projekte in Zusammenhang mit der Informatiksicherheit.
- L5: 2007 fiel durch Umzüge von Amtsstellen eine hohe Zahl von Änderungen an; diese sind durch die Leistungsgruppe nicht beeinflussbar.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	45.3	43.1	0.0	47.3	0.0	48.0	0.0	48.7	49.5	9.1
Aufwand	-44.1	-42.8	0.0	-47.1	0.0	-47.8	0.0	-48.5	-49.2	11.6
Saldo	1.2	0.3	0.0	0.3	0.0	0.3	0.0	0.2	0.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.2	-0.4	0.0	-0.3	0.0	-0.4	0.0	-0.4	-0.4	-0.4
Nettoinvestitionen	-0.2	-0.4	0.0	-0.3	0.0	-0.4	0.0	-0.4	-0.4	-0.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	50.6	56.0	0.0	56.0	0.0	56.0	0.0	56.0	56.0	

Aufgaben

- A1 Kostengünstige, effiziente, ökologisch vertretbare und zentrale Beschaffung (Kanton tritt gegenüber der Privatwirtschaft als ein Kunde auf) aller für eine Verwaltung im administrativen Bereich notwendigen Produkte und Erbringung der damit zusammenhängenden Dienstleistungen, und zwar kostendeckend.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Beschaffungsmanagement: Lieferantenmanagement aufbauen	2012	7
E2 Beschaffungsmanagement: Verschiedene Pilotprojekte aufbauen und realisieren	2012	7
E3 Beschaffungsmanagement: Beschaffungsprozesse verbessern und einen Prototyp einer Portallösung erstellen	2012	7
E4 Optimierung/Erweiterung der elektronischen Bestellabwicklung mittels eProcurement	2012	0
E5 Optimierung/Erweiterung eFormulare (digitale Formulare)	2012	0

Indikatoren

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Anzahl erstellte eFormulare	P	730	740	760	780	800	810
W2 Anzahl Kunden, die eBusiness verwenden	P	5400	5000	5500	5600	5700	5800
W3 Anteil Recyclingpapier am Gesamtverbrauch an Papier	min.	23%	35%	29%	31%	35%	40%
Leistungen							
L1 Anzahl Bestellungen	P	98'100	97'000	98'500	99'000	99'500	100'000
L2 Anzahl Bestellungen elektronisch (e-shop) in % des Totals	P	43%	42%	45%	50%	50%	50%
Wirtschaftlichkeit							
B1 Preisindex Kopierpapier (2004 = 100)	max.	100	100	100	100	100	100
B2 Preisindex Kopierclick (2004 = 100)	max.	118	115	113	112	110	108

Leistungsgruppe 4700 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.254
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.300

Budget Leistungsgruppe 4700

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- B1 und B2: Es ist nicht das primäre Ziel der kdmz, einen grossen Gewinn zu erzielen, sondern effiziente und kostengünstige Dienstleistungen für die Verwaltung zu erbringen. Es wird daher mit einem kleinen Gewinn geplant. Darüber hinausgehende Gewinne werden den Kunden der kdmz (vor allem Verwaltungseinheiten) in der Form von Preissenkungen oder von einem Verzicht auf Preiserhöhungen "weitergegeben". Aus diesem Grund wurden Wirtschaftlichkeitsindikatoren mit den zwei mengenmässig wichtigsten Produkten der kdmz entwickelt. Ziel des Preisindexes Kopierpapier ist es, den Index im immer schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld auf höchstens 100 zu halten. Auch der Preisindex Kopierclicks soll auf höchstens 100 (beide Stand 2004) gehalten werden.

Sonstige Bemerkungen

- Die kdmz erwirtschaftet den Ertrag und den Aufwand im gleichen Verhältnis. Schwankungen im Ertrag haben eine entsprechende Aufwandsveränderung zur Folge.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Ertrag und der Aufwand der kdmz für das Budget 2009 sind jeweils rund 4 Mio. Franken höher als im Budget 2008. Die Integration des Stellenportals publicjobs in die kdmz führt zu einem Mehrumsatz, der bei der Budgetierung für das Jahr 2008 noch nicht berücksichtigt wurde.

Investitionsrechnung

- Investitionen für Erneuerung und Anpassung eForm und eProcurement sowie der IT-Struktur.

Indikatoren

- W1: Die Anzahl Kunden, die e-Business verwenden, hat sich 2007 stark entwickelt, von 4500 im Jahr 2006 auf 5400 im Jahr 2007. Der Wert für 2008 (5000) ist aus diesem Grund nicht mehr realistisch. Für 2009 wird eine weitere Erhöhung der Anzahl Kunden mit e-Business erwartet.
- B2: Im Rahmen des Beschaffungsmanagements ist vorgesehen, vermehrt das "print on demand" einzusetzen, wobei genau soviel gedruckt wird, wie der Kunde gerade benötigt, und wobei Vorräte vermieden werden können. Dies wird sich positiv auf den Preisindex Kopierclick auswirken.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Der geplante Ausbau des eProcurements bzw. des Beschaffungsmanagements bewirkt, dass der Umsatz der kdmz bis 2012 sukzessive wächst. Ertrag und Aufwand wachsen im gleichen Umfang, der geplante Ertragsüberschuss bleibt dadurch stabil.

Investitionsrechnung

- Investitionen für Erneuerung und Anpassung eForm und eProcurement sowie der IT-Struktur.

Indikatoren

- W3: Ziel der kdmz ist, dass der Anteil des Recyclingpapiers am Gesamtverbrauch bis 2012 sukzessive steigt. Sie wird dazu ein Konzept erstellen (vgl. auch Stellungnahme des Regierungsrat zur Motion KR-Nr. 245/2006).
- L1 und L2: Die kdmz plant für die Jahre 2010 bis 2012 jeweils mit einer leichten Zunahme der Anzahl Bestellungen. Dagegen erwartet sie, dass die Anzahl elektronischer Bestellungen als Prozentsatz vom Total der Bestellungen stärker (von 43% im Jahr 2007 auf 50% ab 2010) zunimmt.
- B2: Kurzfristig kann das Ziel, den Preisindex Kopierclicks auf 100 (d.h. auf den Stand Ende 2004) zu senken, nicht realisiert werden. Der hohe und wechselnde Anteil Farbkopien ist Verursacher des Indexanstiegs seit 2004. Durch den vermehrten Einsatz von "print on demand" ist ein Abbau des Indexes realistisch, sofern die Volumina mehr gebündelt in den Produktionsprozess der kdmz eingebunden werden können.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	5,747.8	5,901.5	0.0	6,039.6	0.0	5,901.8	0.0	6,049.0	6,306.2	9.7
- Staatssteuern				4,864.0		4,714.0		4,850.0	5,096.0	
- Quellensteuern				197.0		195.0		192.0	190.0	
- Erbschafts- und Schenkungssteuer				186.0		186.0		186.0	186.0	
- Direkte Bundessteuer				650.0		660.0		670.0	680.0	
- Verrechnungssteuer				71.2		73.4		75.6	77.8	
Aufwand	-121.7	-124.1	0.0	-136.8	0.0	-135.1	0.0	-137.6	-137.9	13.3
- Staats-/Quellensteuern: Entschädigungen an Gemeinden				-71.7		-71.5		-72.2	-72.5	
Saldo	5,626.0	5,777.4	0.0	5,902.7	0.0	5,766.6	0.0	5,911.4	6,168.3	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 4910	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	5,902.713
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4910
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Als Ertrag wird der Bruttoertrag inklusive Verzugszinsen ausgewiesen; als Aufwand Zinsvergütungen, Abschreibungen, Erlasse, Einschätzungs- und Bezugskosten an die Gemeinden.
- Bei den Staatssteuererträgen wird für alle Planjahre ein Steuerfuss von 100% angenommen.
- Vgl. Ziffer 4.4.2 der Entwicklungs- und Finanzplanung der Finanzdirektion für eine Übersicht über die Nettoerträge der fünf Steuerarten.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 6 Staatssteuern (Nettoertrag): Minderertrag infolge Zunahme der Zinsvergütungen für die älteren Steuerperioden.
- +10 Quellensteuern (Nettoertrag): Mehrertrag infolge Wirtschaftswachstum. Der Zuzug von gutverdienenden Quellensteuerpflichtigen aus dem EU-Raum hält unvermindert an.
- 5 Erbschafts- und Schenkungssteuern (Nettoertrag): Die Anzahl der erbschaftssteuerpflichtigen Fälle geht kontinuierlich zurück. Als Folge davon ist ein erneuter Rückgang der Steuereinnahmen im Jahr 2009 zu erwarten.
- +125 Direkte Bundessteuer (Nettoertrag): Anpassung aufgrund Rechnungsergebnis 2007.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Staatssteuern: Die geplanten Steuergesetzrevisionen für natürliche Personen (ab 2010) und für juristische Personen (ab 2011) führen zu folgenden Steuerausfällen:
 - P 2010: - 362 Mio. Franken (inkl. Ausgleich Teuerung)
 - P 2011: - 481 Mio. Franken (inkl. Ausgleich Teuerung), davon 100 Mio. Franken für juristische Personen
 - P 2012: - 500 Mio. Franken (inkl. Ausgleich Teuerung), davon 100 Mio. Franken für juristische Personen
- Staatssteuern: Der Nettostaatssteuerertrag sinkt im Planjahr 2010 infolge der Steuergesetzrevision für natürliche Personen auf 4.7 Mrd. Franken. In den Planjahren 2011 und 2012 steigt der Nettostaatssteuerertrag auf Grund des Wirtschaftswachstums wieder an. Die Mehrerträge werden die zu erwartenden Steuerausfälle infolge der Steuergesetzrevisionen voraussichtlich kompensieren.
- Direkte Bundessteuer: Auf Grund des Wirtschaftswachstums wird mit einem leichten Anstieg der Erträge gerechnet.
- Erbschafts- und Schenkungssteuern: Die Anzahl der erbschaftssteuerpflichtigen Fälle geht kontinuierlich zurück. Nach dem Rückgang im Jahr 2007 wird eine Stabilisierung der Nettoerträge bei rund 185 Mio. Franken pro Jahr erwartet.
- Quellensteuern: Trotz Zuzug von gutverdienenden Steuerpflichtigen aus dem EU-Raum stabilisieren sich die Nettoerträge bei rund 175 Mio. Franken pro Jahr. Der Grund liegt im steigenden Anteil Quellensteuerpflichtiger, die wegen Überschreitung des Grenzwertes (Fr. 120'000) der nachträglichen Veranlagung im ordentlichen Steuerverfahren unterliegen.
- Verrechnungssteuern: Auf Grund des Wirtschaftswachstums wird mit einem leichten Anstieg der Erträge gerechnet.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Staatssteuern:
 - Die Nachträge werden aufgrund eines neuen Schätzmodells budgetiert. Anstelle der im KEF-Jahr zu erwartenden Nachträge früherer Steuerperioden werden neu die Nachträge geschätzt, die in späteren Jahren für die entsprechende Steuerperiode zu erwarten sind. Das Steuersoll der Steuerperiode wird gemäss § 19 der Rechnungslegungsverordnung erhöht um einen Zuschlag. Dieser entspricht den durchschnittlichen Nachträgen der vergangenen acht Jahre.
 - Die Steuerausfälle infolge der geplanten Steuergesetzrevisionen für natürliche Personen (ab 2010) und für juristische Personen (ab 2011) waren im KEF Vorjahr nicht enthalten. Der Saldo der Steuererträge ist als Folge davon entsprechend niedriger als im KEF Vorjahr.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag										-100.0
Aufwand			0.0	-2.2	0.0	-2.2	0.0	-2.2	-2.2	
- Versicherungsprämien				-1.3		-1.3		-1.3	-1.3	
- Schadenausgleich				-0.9		-0.9		-0.9	-0.9	
Saldo			0.0	-2.2	0.0	-2.2	0.0	-2.2	-2.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden, sowie Reparatur und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet.

Entwicklungsschwerpunkte

bis Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 4921	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-2.200
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4921
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Aus dieser neuen Leistungsgruppe, die durch das Generalsekretariat der Finanzdirektion betreut wird, werden folgende grössere Schäden vergütet:
- Für die Direktionen und die Staatskanzlei, die Gerichte und die Behörden: Nicht versicherte Haftpflichtschäden, die von der Finanzdirektion oder durch Regierungsratsbeschluss zugesprochen oder durch Gerichtsentscheid auferlegt wurden.
- Für die Direktionen und die Staatskanzlei, die Gerichte und die Behörden: Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden (Eigenschäden), soweit sie das voraussehbare und damit budgetierbare Mass übersteigen. Die betroffene Direktion, die Staatskanzlei oder das Gericht beantragt der Finanzdirektion deren Übernahme zu Lasten der Leistungsgruppe Schadenausgleich. Aufwendungen bis Fr. 5'000 pro Schadenereignis werden der neuen Leistungsgruppe nicht belastet.
- Für die von der konsolidierten Rechnung erfassten und ins Versicherungskonzept des Kantons eingebundenen selbstständigen öffentlichrechtlichen Anstalten: Nicht versicherte Haftpflicht- und Sachschäden, soweit sie die in den jeweiligen Regierungsratsbeschlüssen zur Einbindung ins Versicherungskonzept festgelegten Beträge (Eigenbehalte) übersteigen.
- Ausserdem werden in dieser Leistungsgruppe die Prämien für Versicherungen, die keiner anderen Leistungsgruppe zugeordnet werden können, budgetiert, da sie übergreifend Risiken aller Verwaltungsstellen, Gerichte, Behörden und ins Versicherungskonzept des Kantons eingebundenen selbstständigen Anstalten abdecken.

Sonstige Bemerkungen

- Von der gemeinsamen Motorfahrzeughaftpflichtversicherung für alle kantonalen Fahrzeuge werden zwei Amtsstellen Prämienanteile weiterverrechnet, da diese ihrerseits eine Weiterbelastung vornehmen können. Es betrifft dies die Fahrzeuge des Nationalstrassenunterhaltes im Tiefbauamt und die Fahrzeuge der Flughafensicherheitspolizei in der Kantonspolizei.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 1.3 Die Prämien für Autokasko- und Sachversicherungen wurden bis 2008 in der Leistungsgruppe Nr. 4000, Generalsekretariat der Finanzdirektion, budgetiert. Der budgetierte Aufwand für das Jahr 2009 entspricht dem 2008 budgetierten Aufwand.
- 0.9 Die budgetierten Aufwendungen für den Schadenausgleich entsprechen den in den letzten Jahren bei den betroffenen Amtsstellen dezentral getätigten Haftpflicht-Zahlungen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Leistungsgruppe Nr. 4921, Schadenausgleich, ist neu und im KEF Vorjahr nicht enthalten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	553.4	584.0	0.0	583.6	0.0	559.5	0.0	552.9	555.2	0.3
- Finanzertrag				145.3		121.2		114.6	116.9	
- Gewinnanteil ZKB				150.0		150.0		150.0	150.0	
- Gewinnanteil Nationalbank				288.1		288.1		288.1	288.1	
Aufwand	-222.0	-190.9	0.0	-158.1	0.0	-136.2	0.0	-150.1	-179.1	-19.3
- Finanzaufwand				-155.0		-133.1		-146.9	-176.0	
Saldo	331.4	393.1	0.0	425.4	0.0	423.3	0.0	402.8	376.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben		-7.5	0.0	-20.0						-4.6
Nettoinvestitionen		-7.5	0.0	-20.0						-4.6

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die prognostizierten Passivzinsen und Vermögenserträge aufgeführt. Diese sind nur indirekt steuerbar.

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 4930 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	425.408
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-20.000

Budget	Leistungsgruppe 4930
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Die "Davons" zeigen die wichtigsten Sach- und Kontengruppen.
- Der Zinsertrag des Dotationskapitals der ZKB ist im "Davon" Finanzertrag enthalten.
- ZKB = Zürcher Kantonalbank, SNB = Schweizerische Nationalbank, NFA = Neugestaltung des Finanzausgleichs.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 1.4 Finanzertrag: Höherer Ertrag aus Festgeldanlagen infolge höherer Liquidität. Höhere geplante Gewinnausschüttungen bei Beteiligungen des Verwaltungsvermögens. Dies wird durch geringere Erträge aus Swap-Geschäften infolge auslaufender Swap-Geschäfte und periodengerechter Zinsabgrenzungen überkompensiert.
- +1.0 Gewinn SNB: Der Anteil wird seit Einführung der NFA nach Einwohnerzahl der Kantone ausgeschüttet. Der Anteil des Kantons Zürich ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen.
- +34.9 Finanzaufwand: Sinkender Zinsaufwand auf Grund starker Abnahme des Fremdkapitals und auslaufender Swap-Geschäfte.

Investitionsrechnung

- 12.5 Geplante Auszahlung eines zinsgünstigen, rückzahlbaren Darlehens in der Höhe von 20 Mio. Franken an die MCH Messe Schweiz (Holding) AG im Zusammenhang mit dem Projekt "Messezentrum Basel 2012".

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Finanzertrag: Der Finanzertrag sinkt in der Planperiode insbesondere auf Grund auslaufender Swap-Geschäfte. Des Weiteren nehmen Zinserträge aus Festgeldanlagen infolge Abnahme der Liquidität ab. Steigende Geld- und Kapitalmarktzinsen führen im Jahr 2012 zu einer Erhöhung des Finanzertrags.
- Gewinn ZKB: Die Gewinnausschüttungen beruhen auf einer Schätzung der ZKB. Sie hängen insbesondere von der Geschäftsentwicklung der ZKB ab.
- Gewinn SNB: Es wird mit einer konstanten Ausschüttung der SNB gerechnet. Diese beruht auf einer Vereinbarung zwischen der SNB und dem Eidgenössischen Finanzdepartement.
- Finanzaufwand: Der Finanzaufwand sinkt bis zum Jahr 2010 auf Grund auslaufender Swap-Geschäfte und einer Abnahme des Fremdkapitals. Ab 2011 steigt der Finanzaufwand infolge einer Zunahme des Fremdkapitals und steigender Geld- und Kapitalmarktzinsen wieder an.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Umstellung auf die IPSAS-Rechnungslegungsstandards führte zu folgenden Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:
- Verschiedene Konten-Umgliederungen
- Periodengerechte Abgrenzung von Zinsen (insbesondere auf Swap-Geschäfte, Darlehen, Kassettscheine, Staatsanleihen und Dotationskapital ZKB)
- Anwendung der Effektivzinsmethode bei Kassettscheinen und Staatsanleihen. Dadurch werden die bei Kapitalaufnahmen anfallenden Kosten buchhalterisch auf die Laufzeit der Verbindlichkeiten verteilt. Diese Kosten wurden bis anhin als Einmalaufwand unter den Kapitalbeschaffungskosten verbucht.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	217.2	384.4	0.0	374.9	0.0	389.2	0.0	411.1	430.1	98.0
- Kalkulatorischer Zinsertrag		369.2		374.0		388.2		410.1	429.1	
Aufwand	-42.0	-104.0	0.0	-64.4	0.0	-57.5	0.0	-48.6	-41.4	-1.6
- Kalkulatorischer Zinsaufwand		-71.2		-71.7		-74.0		-74.2	-76.0	
- Zentrale Korrektur Abschreibungen		13.3		8.5		17.7		26.8	35.9	
- Zentrale Korrektur Personalaufwand		-41.0								
Saldo	175.1	280.4	0.0	310.5	0.0	331.7	0.0	362.5	388.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 Die kalkulatorischen Zinsen auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen werden den Amtsstellen durch interne Verrechnungen belastet. Die entsprechenden Erträge werden auf dieser Leistungsgruppe gutgeschrieben.

Entwicklungsschwerpunkte

bis Direktionsziel Nr.

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 4950	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	310.488
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4950
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Für die Jahre 2009-2012 wurden zentral Minderaufwände bei den Abschreibungen eingestellt. Diese Verbesserungen resultieren aus der Annahme, dass die Investitionsbudgets jeweils nur zu 80% ausgeschöpft werden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Saldoverbesserung ist vor allem dem Wegfall der im Vorjahr zentral eingestellten Erhöhung der Personalkosten von 41 Mio. Franken zu verdanken.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die kontinuierliche Saldoverbesserung 2009-2012 ist darauf zurückzuführen, dass die zentral eingestellten Aufwandminderungen bei den Abschreibungen sich von 2009-2012 von 9 Mio. auf 36 Mio. Franken aufkumulieren und dass die den Ämtern verrechneten kalkulatorischen Zinsen wegen höherer Investitionen jährlich zunehmen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der kalkulatorische Zinssatz wird ab 1.1.2009 von 3.75% auf 3.25% gesenkt. Für das Restatement des Budgets 2008 wurde ebenfalls der tiefere Zinssatz verwendet.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag		93.1	0.0	87.5	0.0	88.8	0.0	90.2	91.5	
- Soziodemografischer Lastenausgleich				87.5		88.8		90.2	91.5	
Aufwand		-526.3	0.0	-612.9	0.0	-639.0	0.0	-666.2	-680.4	
- Ressourcenausgleich				-592.3		-618.3		-645.6	-659.8	
- Härteausgleich				-20.6		-20.6		-20.6	-20.6	
Saldo		-433.2	0.0	-525.4	0.0	-550.1	0.0	-576.0	-588.9	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) erfasst, soweit sie nicht einer spezifischen Leistungsgruppe zugeordnet werden können.

Entwicklungsschwerpunkte

bis Direktionsziel Nr.

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 4960	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-525.385
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4960
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Auf 1. Januar 2008 ist die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft getreten.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Da der Ressourcenindex des Kantons Zürich von 126.5 (2008) auf 131.1 (2009) angestiegen ist, muss der Kanton Zürich einen erheblich höheren Beitrag an den Ressourcenausgleich leisten.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Beträge 2009 für den Ressourcenausgleich, den soziodemografischen Lastenausgleich und den Härteausgleich sind Ende Juni 2008 bekanntgeworden.
- Für die Folgejahre gelten unterschiedliche Regelungen:
- Der Grundbeitrag der finanzstarken Kantone an den Ressourcenausgleich nimmt im gleichen Ausmass zu wie die Summe der Ressourcenpotenziale der finanzstarken Kantone (Annahme: +4.4% jährlich, für 2012 nur die Hälfte wegen Konjunkturabschwächung). Die Aufteilung der Belastung unter den finanzstarken Kantonen hängt von der Entwicklung ihrer Ressourcenindices ab (Annahme: unverändert).
- Der Grundbeitrag an den soziodemografischen Lastenausgleich wird gemäss der Wachstumsrate des Landesindex der Konsumentenpreise angepasst (Annahme +1.5% jährlich). Die Ausgleichsbeiträge an die Kantone werden jeweils auf Grund der Daten des letzten verfügbaren Bemessungsjahres berechnet (Annahme: unverändert).
- Der Härteausgleich bleibt unverändert.
- Es ist zu beachten, dass alle 4 Jahre (erstmalig wirksam für Beiträge 2012) die Grundbeiträge für den Ressourcen- und Lastenausgleich aufgrund eines Wirkungsberichtes überprüft und eventuell angepasst werden.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	1.4									-100.0
Aufwand	-5.8	-1.0	0.0	0.0						-100.0
Saldo	-4.4	-1.0	0.0	0.0						

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

- A1 Verantwortungsbewusster Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden müssen.
 A2 Erarbeitung von Sozialplänen und weiteren Massnahmen für das betroffene Personal nach einheitlichen Grundsätzen.
 A3 Unterstützung von Personen, deren Entlassung im Rahmen von Sanierungsprogrammen unvermeidlich ist.
 A4 Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus Bestimmungen des Personalrechts und der Richtlinien des Sozialplanes ergeben.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Entwicklung und Bereitstellung von Begleitmassnahmen und Unterstützungsangeboten	2010	0
E2 Koordinierte und personalrechtskonforme Ausrichtung von Abgangsentschädigungen	2010	0
E3 Zentrale Ausrichtung von Leistungen gemäss Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK)	2010	0
E4 Erarbeitung von Regelungen für Härtefälle gemäss dem Grundsatz der Gleichbehandlung	2010	0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 4970 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) 0.000
 Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 4970

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
 können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Das Sanierungsprogramm 04 ist per Ende 2007 abgeschlossen, das Sanierungsprogramm Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006 dauert bis Ende 2009. Die weiterhin anfallenden Sozialplankosten werden infolge der neuen Rechnungslegungsstandards IPSAS direkt aus der Bilanz bezahlt, zu Lasten einer entsprechenden Rückstellung. Aufwendungen zu Lasten der Erfolgsrechnung fallen daher nicht mehr an. Die Rückstellungen für anfallende Sozialplankosten ab 2009 betragen rund 2.3 Mio. Franken.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr



6. Fonds

4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	67.5	59.8	0.0	70.7	0.0	100.5	0.0	77.8	73.2	8.4
- Interkantonale Landeslotterie/Swisslos		54.0		52.0		52.0		50.0	50.0	
- Entnahme aus Bestandeskonto				12.0		42.2		22.8	18.9	
- Kalkulatorischer Zinsertrag		5.8		6.7		6.3		5.0	4.2	
Aufwand	-67.5	-59.8	0.0	-70.7	0.0	-100.5	0.0	-77.8	-73.2	8.4
- Zahlungen an Private und Dritte		-35.2		-53.1		-82.9		-60.2	-55.6	
- Einlage in Bestandeskonto		-12.6								
- Übertrag an Leistungsgruppen		-11.9		-17.6		-17.6		-17.6	-17.6	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand			0.0	194.9	0.0	152.8	0.0	130.0	111.0	0.0

Aufgaben

A1 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke - vorwiegend im sozialen und kulturellen Bereich - verwendet.

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
Leistungen							
L1 Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder in %:							
L2 - Denkmalpflege	P	20	17	11	7	18	19
L3 - Ausland- und Inlandhilfe	P	16	18	10	6	17	18
L4 - Kultur	P	22	40	60	38	31	34
L5 - Zoo (Betrieb und Investitionen)	P	8	7	4	10	17	12
L6 - Bildung	P	5	10	7	30	8	10
L7 - Soziales/Gesundheit	P	3	5	5	6	5	2
L8 - Übriges	P	26	3	3	3	4	5
L9 Anzahl Gesuche	P	392	410	400	410	410	400
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kosten pro Gesuch (in Fr.)	P	969	975	1000	975	975	1050

Fonds 4980	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-11.953
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 4980
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Voraussichtlich ab 2009 erhalten die Fachstelle Kultur und die Kantonale Denkmalpflege Beiträge aus dem Lotteriefonds, die als Betriebsbeiträge zugunsten ausgewählter Institutionen und Organisationen weiterverwendet werden können.
- Übertrag an Leistungsgruppen: Unter diesem "Davon" werden Beiträge an andere Leistungsgruppen ausgewiesen, insbesondere an den Denkmalpflegefonds (8.5 Mio./Jahr), an die Fachstelle Kultur (neu 8.5 Mio./Jahr) und an das Generalsekretariat der Finanzdirektion für die Fondsadministration (0.4 Mio./Jahr).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 17.9 Höhere Zahlungen an Private und Dritte durch mehr Beiträge an Grossprojekte.
- 5.7 Der Übertrag an andere Leistungsgruppen steigt, insbesondere infolge des erstmaligen Übertrags von 8.5 Mio. Franken an die Fachstelle Kultur für Betriebsbeiträge an ausgewählte Institutionen.
- 2.0 Die Erträge von Swisslos gehen 2009 gegenüber 2008 leicht zurück.
- +24.6 Aus diesen Gründen ist für 2009 keine Einlage in den Fondsbestand (2008: 12.6), sondern eine Entnahme aus dem Fondsbestand (2009: 12.0) geplant.

Fondsbestand

- Da die budgetierte Einlage in den Fondsbestand 2008 und die budgetierte Entnahme aus dem Fondsbestand 2009 praktisch gleich gross sind, wird der Fondsbestand Ende 2009 etwa gleich gross sein wie Ende 2007 (194 Mio.).

Indikatoren

- B1: Die Kosten pro Gesuch, definiert als die Vergütung an das Generalsekretariat für administrativen Aufwand, geteilt durch die Anzahl Gesuche, steigen infolge des Rückgangs der Anzahl Gesuche leicht an.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Erträge von Swisslos gehen in der Planperiode infolge nationalem und internationalem Konkurrenzdruck von Swisslos leicht zurück.
- Die Zahlungen an Private und Dritte bleiben wegen Beiträgen für zahlreiche Grossprojekte (Landesmuseum, Kunsthaus, Rheinau, Museen Winterthur usw.) auf hohem Niveau.
- Dadurch müssen in den Planjahren 2010 bis 2012 grössere Beträge dem Fondsbestand entnommen werden.
- Durch den zurückgehenden Fondsbestand verringert sich auch der kalkulatorische Zinsertrag.

Fondsbestand

- Durch die Beiträge an diverse Grossprojekte ab 2010 verringert sich der Fondsbestand bis 2012 auf rund 110 Mio. Franken.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF Vorjahr wird mit einer Verschiebung der Auszahlung von Beiträgen an Grossprojekte gerechnet.

Fondsbestand

- Dadurch ist der Fondsbestand 2011 mit 130 Mio. Franken rund 30 Mio. Franken höher als im KEF Vorjahr vorgesehen.



7. Projekte

Finanzverwaltung

- Projekt-Nr. 4100/02: Neue Rechnungslegung
- Projekt-Nr. 4100/03: ZERZE (Zentrales Rechnungswesen zentralisieren)

Steuern Betriebsteil

- Projekt-Nr. 4400/01: Projekt ZüriPrimo (Prozess Steuern erheben)

Personalamt

- Projekt-Nr. 4500/02: Teilrevision Lohnsystem
- Projekt-Nr. 4500/03: Programm zur Führungsentwicklung, OptimoFit
- Projekt-Nr. 4500/06: Einführung Case Management und Neuregelung Lohnfortzahlung
- Projekt-Nr. 4500/07: PALAS II



Projekt-Nr. 4100/02	Neue Rechnungslegung
Finanzdirektion / Finanzverwaltung	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Mit dem revidierten Finanzhaushaltsgesetz (neu: Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, CRG) werden Rechnungslegungsstandards eingeführt, die sich eng an IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) anlehnen. Die Rechnungslegungsgrundsätze wurden über Gesetz und Verordnung in das kantonale Recht eingeführt. Diese Rechtssätze werden durch ein Rechnungslegungs-Handbuch (Manual) konkretisiert.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserte Transparenz, Verständlichkeit und Vergleichbarkeit, objektivere Bewertung • Beitrag zu einem optimalen Kreditrating • Einheitliche Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen, was die Vergleichbarkeit erhöht • Angleichung an Usancen in der Privatwirtschaft bringt eine erleichterte Durchlässigkeit des Personals zwischen Unternehmungen und öffentlichen Gemeinwesen • Erleichtertes Benchmarking zu vergleichbaren Organisationen <p>Leistungsziel:</p> <p>Betriebskosten nicht wesentlich höher als heute</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-2.75	-0.30	-0.20	-0.10	-0.10		
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung				-0.05	-0.05	-0.05	-0.05
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4100/02	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Erstmalige Budgetierung/KEF-Erstellung gemäss neuer Rechnungslegung, Restatement Rechnung 2007 und Bilanz per 31.12.2007
2009	- Neue Rechnungslegung
2010	- Erster Rechnungsabschluss gemäss neuer Rechnungslegung

Bemerkungen
<p>Im Nutzen/Kosten-Verhältnis überwiegt der Nutzen, wenn auch dieser nicht direkt monetär ausgewiesen werden kann. Es bestehen gewisse Risiken, welche die Einführung der neuen Rechnungslegungsstandards erschweren könnten: zu grosse Erwartungshaltung, zu bürokratische Umsetzung, Überlastung der Kader.</p> <p>Weil das CRG und seine Ausführungsbestimmungen (Rechnungslegungsverordnung und Finanzcontrollingverordnung) die massgebenden Rechtsgrundlagen für die Budget- und Planungsvorgaben sind, wurden sie zum Beginn des Planungs- und Budgetierungsprozesses für die Erstellung des KEF 2009-2012 und des Budgets 2009 auf den 1. April 2008 in Kraft gesetzt.</p> <p>Für den Haushaltvollzug 2008 (einschliesslich Kreditbewilligungen) müssen die Regelungen des bisherigen Finanzhaushaltsrechts des Kantons für das ganze Jahr 2008 weiter Geltung haben, bezüglich der Rechnung 2008 bis zu deren Genehmigung durch den Kantonsrat. Dies wird mit einer entsprechenden Übergangsbestimmung durch den Regierungsrat geregelt.</p>



Projekt-Nr. 4100/03	ZERZE (Zentrales Rechnungswesen zentralisieren)
--------------------------------	--

Finanzdirektion / Finanzverwaltung

Kurzumschreibung Projekt
Mit dem Querschnittsprojekt ZERZE sollen das Rechnungswesen vereinheitlicht, die Prozesse überprüft und optimiert sowie ein Buchungszentrum eingeführt werden.
Wirkungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • Effiziente Prozesse im Rechnungswesen und im Zahlungsverkehr • Einführung eines Buchungszentrums • Zentralisierter Betrieb und Support von SAP-Lösungen • SAP-Rollout
Leistungsziel:
Kosteneinsparungen durch effizienteres Rechnungswesen

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-10.5	-1.2	-1.0	-0.4			
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		3.5	4.0	4.0	4.0	4.0	4.0
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4100/03	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Umsetzung bis 2009

Bemerkungen
<ul style="list-style-type: none"> • Nach einer Pilotphase wurde auf Anfang 2007 das Buchungszentrum (BuZ) in Betrieb genommen. Es übernimmt verschiedene Aufgaben im Bereich Kreditoren, Debitoren, Zahlungsverkehr u.a.m. 2008 werden beispielsweise über 130'000 Kreditorenrechnungen eingescannt, per Workflow kontrolliert und elektronisch archiviert. • Seit März 2008 bietet das BuZ die Bewirtschaftung von Inkassofällen und Verlustscheinen an. • Das Kompetenzzentrum CCC SAP wurde als eigene Abteilung der Finanzverwaltung aufgebaut und unterstützt die SAP-User der kantonalen Verwaltung und der psychiatrischen Kliniken. • Der SAP-Betrieb wurde erfolgreich ausgelagert. • Die Zusammenführung der SAP-Systeme der Baudirektion und der Staatsbuchhaltung wird 2008 realisiert. Gleichzeitig wird das SAP-System auf die neue Rechnungslegung umgestellt. • Bisher konnten jährliche Einsparungen im technischen Bereich von max. 3.5 Mio. CHF ausgewiesen werden (Betriebs- und Lizenzkosten). • Das Projekt ZERZE wird Mitte 2009 abgeschlossen.



Projekt-Nr. 4400/01	Projekt ZüriPrimo (Prozess Steuern erheben)
--------------------------------	--

Finanzdirektion / Steuern Betriebsteil

Kurzumschreibung Projekt
Die gesamte Informatik sowie die Hardware sind veraltet und müssen dringend erneuert und modernisiert werden. Unter dem Namen ZüriPrimo wird ein System realisiert, das eine ganzheitliche und integrierte Ausrichtung des Prozesses "Steuern erheben" vorsieht. Die einzelnen Realisierungseinheiten sollen über die kommenden 8 Jahre umgesetzt werden und im 2015 eingeführt sein.
Wirkungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • Die operative Führung des Steueramtes wird verbessert. • Einheitliche Standards für alle 171 Gemeinden. • Hohe Datensicherheit und Zuverlässigkeit. • Verbesserung der Information und Kommunikation zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich Steuern.
Leistungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung und Integration der Gemeinden in das Gesamtsystem. • Zentrales Datenregister für die Aufbereitung von Grunddaten. • Die anstehenden Aufgaben (z.B. E-Taxes, Daten für den NFA etc.) können zentral erledigt werden.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-74	-8	-9	-8	-9	-10	-8

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-66	-10	-12	-12	-16	-16	-16
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4400/01	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Pilotprojekt Stadt Zürich inklusive Ausbreitung
2008	- Pilotprojekt VRSG-Gemeinden inklusive Ausbreitung
2012	- Juristische Bibliothek/E-Government
2013	- Ablösung der Applikation Direkte Bundessteuer
2015	- Die gesamte Software ist produktiv in Betrieb

Bemerkungen
* Durch strategische Entscheidungen werden Projekte im 2008 nicht wie geplant gestartet und deren Realisierung verschiebt sich auf die folgenden Jahre. Der für 2008 bewilligte Budgetbetrag wird voraussichtlich nicht ausgeschöpft. Dieser Betrag wird in den Folgejahren wieder eingestellt, so dass sich der Gesamtaufwand in der Summe nicht ändert.



Projekt-Nr. 4500/02	Teilrevision Lohnsystem
Finanzdirektion / Personalamt	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Mit Beschluss Nr. 490/2006 verzichtet der Regierungsrat auf die Durchführung einer Strukturellen Lohnrevision und beauftragt die Finanzdirektion, ein Projekt "Teilrevision Lohnsystem" einzuleiten.</p> <p>Gegenstand ist die Überprüfung und Nachführung vereinzelter Richtpositionen sowie die Erarbeitung eines flexibleren und verstärkt leistungsorientierten Konzepts der individuellen Lohnentwicklung, verbunden mit der Einführung halber Stufen. Das bestehende System der Arbeitsbewertung, die Lohnklassen und die Lohnkurve werden unverändert beibehalten.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anforderungs- und marktgerechtes Lohnsystem • Flexibles- und leistungsorientiertes Lohnsystem • Neues Lohnsystem ist möglichst kostenneutral <p>Leistungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überprüfung einzelner Funktionen / Richtpositionen • Erarbeitung eines Konzeptes zur leistungsorientierten Lohnentwicklung

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-0.35	-0.1	-0.1	-0.1	-0.05		
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4500/02	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Projektauftrag, Konzept halbe Stufen
2008	- Vernehmlassung Konzept leistungsorientierter Lohnentwicklung sowie Ergebnisse Funktionsbewertungen
2008	- Beschluss des Regierungsrates betr. Einreihung einzelner Richtpositionen
2009	- Beschluss des Regierungsrates zum Konzept leistungsorientierter Lohnentwicklung Ende 2008 / Anfang 2009, Vorlage Kantonsrat Mitte 2009
2010	- Einführung Konzept leistungsorientierter Lohnentwicklung

Bemerkungen



Projekt-Nr. 4500/03	Programm zur Führungsentwicklung, OptimoFit
Finanzdirektion / Personalamt	

<p>Kurzumschreibung Projekt</p> <p>Etablierung und Einführung des dritten Programmes (OptimoFit) zur direktionsübergreifenden Führungsentwicklung für Top-Kader (Amtsleitungen, Generalsekretärinnen und -sekretäre, Hauptabteilungsleitende und Kaderleute in gleichwertigen Funktionen).</p> <p>Mit RRB Nr. 1626/2003 wurde bezüglich eines zu konzipierenden Programmes OptimoFit der Auftrag für eine Bedarfsabklärung erteilt.</p> <p>Mit RRB Nr. 1339/2004 wurde der Auftrag für die Konzipierung und das Umsetzungskonzept des Programmes OptimoFit erteilt.</p> <p>Das Umsetzungskonzept besteht aus folgenden zwei Elementen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Jährliche Kaderkonferenz (KaderForum) • Modular aufgebautes Weiterbildungsprogramm <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Personalentwicklungsthema «Führungskompetenz» erhält mehr Gewicht und die Qualität der Führung in der kantonalen Verwaltung soll gesichert werden. • Eine zeitgemässe, unternehmerisch ausgerichtete Führungskultur und ein gemeinsames Rollenverständnis der Führungskräfte wird aufgebaut und erhalten. • Der Aufbau von internen und externen Netzwerken soll die Aussensicht verstärken. <p>Leistungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konzipierung bedarfsgerechter und zielgruppenspezifischer Weiterbildungsmodulare • Praxisbezogene Durchführung der Weiterbildungsveranstaltungen

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-0.2		-0.1	-0.1			
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-0.5		-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4500/03	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Programmkonzept und Integration ins Gesamtpersonalentwicklungskonzept
2007-2009	- Durchführung und Evaluation des Pilotprogrammes
2008	- Definitive Einführung des Umsetzungskonzeptes

Bemerkungen



Projekt-Nr. 4500/06	Einführung Case Management und Neuregelung Lohnfortzahlung
Finanzdirektion / Personalamt	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Die Zahl von Mitarbeitenden, die aus gesundheitlichen Gründen für längere Zeit arbeitsunfähig sind und invalid werden, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Durch die Einführung eines systematischen Case Managements soll die Reintegration in die Arbeitswelt gefördert und die Zahl der Invalidisierungen gesenkt werden.</p> <p>Gleichzeitig soll der soziale Schutz der Mitarbeitenden bei Arbeitsunfähigkeit sowie die Leistungsabgrenzung zwischen Arbeitgeber und BVK klarer geregelt werden.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rasche Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit von arbeitsunfähigen Mitarbeitenden • Verhinderung von Invaliditätsfällen • Klarheit und Sicherheit für die Mitarbeitenden bezüglich Leistungen des Arbeitgebers und der Personalvorsorge des Kantons Zürich (BVK) bei Krankheit und Invalidität • Klare Abgrenzung der Leistungspflichten zwischen Arbeitgeber und BVK <p>Leistungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau eines leistungsfähigen und wirtschaftlichen Case Managements • Anpassung des Personalrechts

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-0.68	-0.08	-0.15	-0.15	-0.15	-0.15	
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4500/06	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Projektstart
2007	- Beschluss Regierungsrat betr. Einführung Case Manager, Aufbau Koordinationsstelle im Personalamt
2008	- Operative Einführung Case Management
2009	- Neuregelung Lohnfortzahlung
2010-2011	- Evaluation Case Management

Bemerkungen
<p>Die Planungsphase des Projektes Case Management dauert bis Ende 2007. Ab 2008 entstehen im Personalamt Kosten von Fr. 150'000 für die Realisierungsphase des Projektes. Zum Abschluss der Realisierungsphase werden der Nutzen und die Qualität des Case Managements nach drei Jahren evaluiert.</p> <p>Die Aufwendungen für Case Manager werden dezentral durch die Ämter finanziert. Die Wirtschaftlichkeit von Case Management ist erreicht, wenn längere Krankheitsabsenzen und Neuinvalidisierungen um 10 bis 15% reduziert werden können. Zusätzliches Sparpotenzial lässt sich für die kantonale Verwaltung noch nicht abschätzen und wird daher bei den geplanten Auswirkungen auf den Staatshaushalt bis auf weiteres nicht berücksichtigt.</p>



Projekt-Nr. 4500/07	PALAS II
Finanzdirektion / Personalamt	

Kurzumschreibung Projekt

PALAS ist das Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystem. Es muss abgelöst werden. Mit RRB Nr. 1902/07 nahm der Regierungsrat vom Ergebnis der Vorstudie PALAS II Kenntnis. Auf Grund der Studie kam die Finanzdirektion zum Schluss, dass für die Ablösung von PALAS durch eine neue Applikation mit rund 12 Mio. Franken zu rechnen ist. Die Finanzdirektion wurde für die Projektarbeiten zur Erstellung eines Pflichtenheftes PALAS II sowie für die anschliessende Ausschreibung des Auftrages für die Implementierung beauftragt.

Mit der Evaluation im selektiven Verfahren wurde Anfang 2008 begonnen. Die Evaluation dauert bis mindestens Ende September 2008 und der Vergabeentscheid des Regierungsrates ist für Ende Oktober 2008 vorgesehen.

Wirkungsziel:

- Senkung der Betriebskosten von PALAS.
- Nachvollzug der technischen Entwicklung der letzten Jahre und Sicherstellen der Integrationsfähigkeit des HR-Systems.

Leistungsziel:

- Mit einer modernen HR-Applikation soll ein Instrument als Basis für die Personaladministration und Weiterentwicklung im Bereich Personalcontrolling und -entwicklung sowie für die HR-Prozesse entwickelt werden.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-0.2				-0.2		
Netto-Investitionen	-11.8			-5.0	-4.8	-2.0	

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-0.2				-0.2		
Netto-Investitionen	-11.8			-5.0	-4.8	-2.0	

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4500/07

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- RRB Nr. 1902/07, Kenntnisname Vorstudie mit Projektauftrag
2008	- Auftragsvergabe durch RRB inkl. Objektkredit
2011	- PALAS II ist implementiert

Bemerkungen

Die Beträge basieren auf den aktuell abschätzbaren Projektkosten. Im Hinblick auf den Antrag zum Objektkredit PALAS II wird die Kostenplanung überprüft und detailliert ausgewiesen.



Volkswirtschaftsdirektion

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Aufbauorganisation
- 2.2 Verkehr
 - 2.2.1 Aufgaben
 - 2.2.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)
 - 2.2.3 Umfeldentwicklung (Trends)
 - 2.2.4 Planungsannahmen als Grundlage für die Entwicklungsplanung der Direktion
- 2.3 Wirtschaft
 - 2.3.1 Aufgaben
 - 2.3.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)
 - 2.3.3 Umfeldentwicklung (Trends)
 - 2.3.4 Planungsannahmen als Grundlage für die Entwicklungsplanung der Direktion
- 2.4 Führungsunterstützung
 - 2.4.1 Aufgaben
 - 2.4.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.3.1 Übersicht
 - 4.3.2 Entwicklung Leistungsgruppen
 - 4.3.3 Veränderungen mit Begründungen
- 4.4 Entwicklung Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs 5920 (Verkehrsfonds)
 - 4.4.1 Bestandesrechnung und Erfolgsrechnung
 - 4.4.2 Entwicklung Fondsbestand
 - 4.4.3 Investitionsrechnung

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Die notwendigen organisatorischen Anpassungen im Bereich Verkehr werden aufgrund des Grundlagenscheides der Regierung zur Strukturbereinigung per 1. Juli 2008 umgesetzt. Die ursprüngliche Schnittstelle zwischen der Volkswirtschaftsdirektion (Planung, Projektierung) und der Baudirektion (Realisierung, Bewirtschaftung) wurde dahingehend angepasst, dass die Baudirektion neu auch für die Projektierung zuständig ist.

Damit ist die Volkswirtschaftsdirektion 'Bestellerin' welche

- die Bedürfnisse ermittelt,
- strategisch und konzeptionell (vor)denkt,
- die Ressourcen steuert (Strassenfonds),
- in Zusammenhängen plant und priorisiert,
- Machbarkeitsstudien und Vorstudien auslöst,
- konkrete Projektaufträge erteilt,
- und die Einhaltung der Vorgaben, Standards und Ressourcenverwendung überwacht (Controlling).

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung:				
KEF 2008-2011	-333	-341	-353	-
KEF 2009-2012	-236	-283	-257	-262
Veränderung (+ =Verbesserung / - =Verschlechterung)	97	58	96	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2008-2011	-392	-283	-296	-
KEF 2009-2012	-310	-276	-315	-305
Veränderung	82	7	-19	-

Veränderung Erfolgsrechnung 2009 gegenüber KEF Vorjahr:

- Die Nationalstrassen wurden mit der Umsetzung des NFA dem Bund abgetreten, dadurch reduzieren sich ab 2009 die Abschreibungen um rund 90 Mio. Fr.
- Die Fonds im Eigenkapital werden nach IPSAS nicht mehr durch eine erfolgswirksame Abschlussbuchung ausgeglichen und weisen damit neu einen Saldo aus. Ausgenommen von dieser neuen Regelung ist der Verkehrsfonds, da dieser für Vorfinanzierungen von Investitionen bestimmt ist.
- Aufgrund der neu definierten Schnittstelle Verkehr wird ab Budget 2009 ein Umsatz von rund 140 Mio. Fr. von der Volkswirtschaftsdirektion zur Baudirektion verschoben (saldoneutral für beide Direktionen)

Veränderung der Nettoinvestitionen 2009 gegenüber KEF Vorjahr:

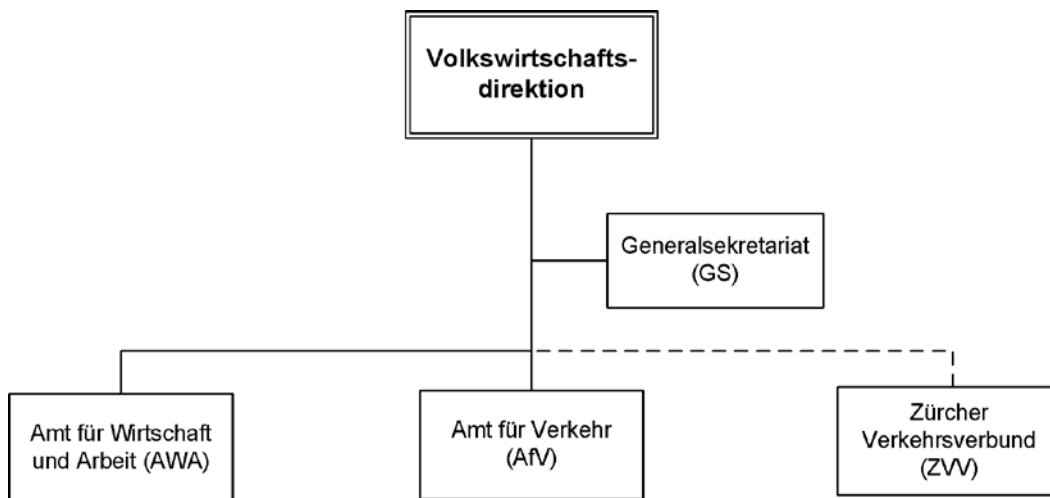
- Die Beiträge für die Glattalbahnen reduzieren sich um rund 88 Mio. Fr. gegenüber dem KEF Vorjahr
- Die Zahlungen für den Durchgangsbahnhof erhöhen sich im Jahr 2009 auf 82 Mio. Fr. (im Vorjahres-KEF waren 61 Mio. Fr. vorgesehen)
- Weiter sind für die Vorfinanzierung der Bundesanteile des Durchgangsbahnhofs für 2009 neu 93.1 Mio. Fr. vorgesehen
- Die Investitionen für Strassenbauprojekte werden ab 2009 von der BD geplant, die Nationalstrassen sind neu Bundesaufgabe (Nettoveränderung von 118 Mio. Fr. im Jahr 2009).



2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

2.1 Aufbauorganisation

Durch die erwähnte Strukturbereinigung zwischen Bau- und Volkswirtschaftsdirektion verändert sich das Organigramm der Volkswirtschaftsdirektion gegenüber dem KEF 2008-2011. Die Abteilung Verkehr und Infrastruktur Strasse wird per 1. Juli 2008 mit dem Amt für Verkehr zusammengelegt.



2.2 Verkehr

2.2.1 Aufgaben

Gesamtverkehr

Die Konzentration der strategisch-politischen Verantwortung für den Gesamtverkehr in der Volkswirtschaftsdirektion wurde mit der Teilverlegung des Tiefbauamtes in die Organisationseinheit Verkehr und Infrastruktur Strasse per 15. Mai 2006 umgesetzt. Mit seinem Entscheid vom 14. November 2007 hat der Regierungsrat eine Anpassung der Aufgabenteilung zwischen Volkswirtschaftsdirektion und Baudirektion beschlossen und per 1. Juli 2008 umgesetzt. Im Rahmen dieser Anpassung wurde das Aufgabenfeld „Projektierung“ in die Baudirektion zurückgeführt und gleichzeitig das Amt für Verkehr und die Organisationseinheit Verkehr und Infrastruktur Strasse zu einem neuen Amt für Verkehr zusammengeführt. Somit ist ein wichtiger Schritt der Schnittstellenbereinigung Verkehr abgeschlossen.

Die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsraumes Zürich hängt wesentlich von einer zukunftstauglichen und nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur für Schiene, Strasse und Luftverkehr ab. Mit der Vereinigung der wichtigen strategischen und planerischen Aufgaben aller Verkehrsträger im neuen Amt für Verkehr ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des Gesamtverkehrskonzeptes und den Aufbau eines umfassenden Gesamtverkehrscontrollings geschaffen. Auch stehen mit der Umsetzung der Agglomerationsprogramme wichtige gesamtverkehrliche Aufgabenstellungen an, die nun aus einer Hand zielgerichtet und koordiniert verfolgt werden können.

Luftverkehr/Flughafen

Der Flughafen Zürich hat als Landesflughafen eine herausragende volks- und verkehrswirtschaftliche Bedeutung für die Schweiz und den Grossraum Zürich. Der Bund übertrug am 1. Juni 2001 die Betriebs-



konzession der gemischtwirtschaftlich organisierten Flughafen Zürich AG (FZAG) für eine Dauer von 50 Jahren. In seiner Rolle als Hauptaktionär der FZAG mit besonderen Rechten hat der Kanton darauf zu achten, dass die volks- und verkehrswirtschaftlichen Interessen mit den Schutzanliegen der Bevölkerung in Einklang stehen. In diesem Kontext obliegen dem Kanton folgende Aufgabenschwerpunkte:

- Sicherstellen einer kompetenten Vertretung der staatlichen Interessen im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG durch die abgeordneten Regierungsmitglieder bzw. die mandatierten Vertretungen.
- Festlegen einer Eigentümerstrategie für die Beteiligung des Kantons Zürich an der Flughafen Zürich AG und Überwachung im Rahmen eines Beteiligungscontrollings.
- Mitwirkung in den Verfahren für den Sachplan Infrastruktur und Luftfahrt (SIL) und des definitiven Betriebsreglements für den Flughafen Zürich.
- Vorbereitung und Durchführung einer mit dem SIL-Prozess abgestimmten Teilrevision des kantonalen Verkehrsrichtplans, Kapitel 4.6.1 Flughafen Zürich-Kloten.
- Wahrnehmen der Aufgaben gemäss Bundesrecht und Flughafengesetz, insbesondere: Aufsicht über die Einhaltung der An- und Abflugrouten und der Nachtflugordnung, Beurteilung von Gesuchen der FZAG an den Bund betreffend Änderungen der Lage und Länge der Pisten bzw. Änderungen des Betriebsreglementes mit wesentlichen Auswirkungen auf die Fluglärmbelastung, periodische Erhebungen, Analysen und Berichte zum Zürcher Fluglärmindex.

Strassenverkehr

Folgende Aufgaben werden seit dem 1. Juli 2008 durch das Amt für Verkehr wahrgenommen:

- Die Erarbeitung von Strategien im Bereich der Strassen und Infrastrukturen für den Langsamverkehr (z.B. Radwegstrategie);
- die strategischen Planungen (z.B. Zweckmässigkeitsbeurteilungen);
- die Bedürfnisermittlung bei Gemeinden und das Verfassen von Vorstudien und die Erteilung von Projektaufträgen an das Tiefbauamt;
- das strategische Verkehrsmanagement;
- der Strassenfonds und die Finanzplanung inkl. Strassenbauprogramm;
- das Beitragswesen;
- die Baupolizei.

Mit der Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) per 1. Januar 2008 gingen die Nationalstrassen in die alleinige Verantwortung des Bundes über. Damit entfällt auch die Zuständigkeit der Kantone für die Planung, Projektierung und Realisierung sowie Betrieb und Verkehrsmanagement der Nationalstrassen als Verbundaufgaben. Diese wird nun vom Bundesamt für Strassen ASTRA wahrgenommen, womit den Kantonen nurmehr ein beschränktes Mitwirkungsrecht zufällt.

Öffentlicher Orts- und Regionalverkehr

Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) nimmt als Management-Holding die strategischen Führungsaufgaben innerhalb des Verkehrsverbundes wahr und bringt zudem die Interessen des Kantons im nationalen und internationalen Schienenverkehr ein. Er ist dem Verkehrsrat, dem insgesamt neun Vertreter aus Bund, Kanton und Gemeinden angehören, unterstellt, die zusammen mit kleineren Verkehrsunternehmen und Transportbeauftragten die eigentlichen Verkehrsleistungen erbringen.

2.2.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)

Gesamtverkehr

Gesamtverkehrskonzept, Agglomerationsprogramm, Richtplan Teil Verkehr

Öffentlicher Orts- und Regionalverkehr

Strategiebericht 2011 - 2014 (Grundsätze über die Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr) und Management Konzept des ZVV



Strassenverkehr

Strassenbauprogramm, Verkehrsrichtplan, Radwegstrategie, Integriertes Verkehrsmanagement

Flugverkehr

Flughafengesetz, Bundesluftfahrtrecht, Verkehrsprognosen und Verkehrsbedürfnisse der Flughafenbenützer, SIL-Richtplan

2.2.3 Umfeldentwicklung (Trends)

Der Kanton Zürich erwirtschaftet einen Fünftel des Volkseinkommens und der Wertschöpfung der Schweiz. Nach einer Stagnation um die Jahrtausendwende ist das Volkseinkommen seit dem Jahr 2001 wieder deutlich angestiegen. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung ist die Arbeitslosigkeit auch im Kanton Zürich rückläufig. Die Bevölkerungszahlen wachsen schneller als im schweizerischen Durchschnitt: 0,8% Wachstumsrate im Kanton Zürich gegenüber 0,6% im schweizerische Durchschnitt. Alleine im Jahr 2006 ist die Bevölkerung um 10'000 Personen angestiegen. Die gute Konjunktur und die wachsende Bevölkerung führten in den letzten Jahren zu teilweisen starken Verkehrszunahmen. Auch künftig wird erwartet, dass der Kanton Zürich für Wohnen und Arbeiten eine überdurchschnittliche Anziehungskraft hat.

Die gute Verkehrsinfrastruktur (Strassen, öffentlicher Verkehr, Flughafen Zürich als Verkehrsinfrastruktur von nationaler Bedeutung) leistet einen wesentlichen Beitrag zur Standortattraktivität des Kantons Zürich. Die starken Mobilitätzunahmen im Luft-, Strassen- und Bahnverkehr führen punktuell zu Kapazitätsengpässen, aber auch zu Umweltimmission (Lärm, Luft etc.). Der Güterverkehr wächst parallel mit der Wirtschaftsentwicklung. Mit grossen Investitionsvorhaben im Kanton, wie beispielsweise dem Bau der neuen Durchmesserlinie durch den Hauptbahnhof Zürich oder der Fertigstellung der Westumfahrung und der N4 Knonaueramt, werden wichtige Beiträge zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens geleistet.

2.2.4 Planungsannahmen als Grundlage für die Entwicklungsplanung der Direktion

Die Verkehrsnachfrage wird primär beeinflusst durch die Entwicklung bei den Einwohnern und Beschäftigten sowie deren Mobilitätsverhalten, das Angebot an publikumsintensiven Einrichtungen, das Verkehrsangebot und, in geringerem Ausmass, auch durch die Preisentwicklung. Für die KEF-Periode wird – ohne Berücksichtigung der bis dahin bereits wirksam werdenden Angebotsausbauten – von einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme der Anzahl Fahrten (Total motorisierter Individualverkehr (MIV) und öV) von rund 1 % ausgegangen. Sowohl beim ÖV wie beim MIV sind zur Bewältigung der Nachfragesteigerung und zur Erreichung der verkehrspolitischen Ziele gezielte Angebotsausbauten und betriebliche Optimierungen notwendig. Mit dem Agglomerationsprogramm „Siedlung und Verkehr Kanton Zürich“ liegt dafür gerade für die am meisten belasteten Verkehrsinfrastrukturen eine zukunftsgerichtete Grundlage vor.

2.3 Wirtschaft

2.3.1 Aufgaben

Die Volkswirtschaftsdirektion unterstützt die Bestrebungen, Zürich als attraktiven Wirtschaftsstandort in Europa zu fördern und zu entwickeln. Durch ihre Dienstleistungen trägt sie zu einem günstigen Wirtschaftsklima für die Unternehmen bei. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) unterstützt zudem die rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Stellensuchenden (Vollzug AVIG), überwacht den Unfallschutz und die Gesundheitsvorsorge in Betrieben (Vollzug UVG und ArG) sowie den Vollzug der flankierenden Massnahmen und fördert den gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbau mit kantonalen Mitteln und Bundesmitteln.



2.3.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)

Wirtschaftspolitische Zielsetzung des Kantons Zürich: Legislatorschwerpunkte des Regierungsrates, Studie Standortmonitoring Wirtschaftsraum Zürich der Greater Zurich Area, Standortbericht.

2.3.3 Umfeldentwicklung (Trends)

Das wirtschaftliche Umfeld ist von verschiedenen Entwicklungen geprägt. Strukturanpassungen in wichtigen Wirtschaftszweigen (Finanzdienstleistungen, Telekommunikation u.a.) stehen unmittelbar bevor oder sind bereits eingeleitet worden. Damit verbunden ist unter anderem auch eine unsichere Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Die Wettbewerbsdynamik rund um den Standort Zürich nimmt sowohl im nationalen wie internationalen Umfeld stetig zu. Der freie Personenverkehr wird gemäss den bilateralen Verträgen mit der EU weiter liberalisiert. Dies könnte die demographische Entwicklung zumindest kurzfristig positiv beeinflussen. Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit im Raum der Greater Zurich Area und über die Landesgrenzen hinweg wird an Bedeutung gewinnen und ist zunehmend gewünscht.

2.3.4 Planungsannahmen als Grundlage für die Entwicklungsplanung der Direktion

Durch die Umfeldentwicklung ist eine laufende Standortförderung für die Attraktivität des Standortes Zürich ausserordentlich wichtig. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg wird weiter gepflegt. Die Entwicklung der Konjunktur bleibt zurzeit unsicher, für die KEF-Periode wird von einer leichten Zunahme der Stellensuchenden gegenüber dem letzten KEF ausgegangen.

2.4 Führungsunterstützung

2.4.1 Aufgaben

Das Generalsekretariat nimmt als Stabsstelle führungsunterstützende Funktionen für die VD als Organisation, die Direktionsvorsteherin und die Ämter wahr. Insbesondere zählt dazu die Aufarbeitung der strategischen Planung, einschliesslich Controllinginstrumente, für die Legislatur- und Direktionsziele, sowie für komplexe politische Projekte und Themenfelder (z.B. Flughafen). Ferner die Planung, Koordination und Bearbeitung juristischer und politischer Direktionsgeschäfte (Berichte und Anträge an Regierung und Parlament, Vorbereitung von Kommissionssitzungen, Rechtsetzungsprojekte, Rechtspflege etc.). Zudem ist das Generalsekretariat in Absprache mit den Ämtern für eine sach-, zeit- und stufengerechte sowie transparente interne und externe Kommunikation besorgt und erbringt für die Ämter jene Dienstleistungen, deren Zusammenfassung zu einer rationelleren Aufgabenerfüllung führt (z.B. Basisdienstleistungen in der Informatik für alle Mitarbeitenden). Die Europafachstelle ist als Kompetenzzentrum für europarechtliche Fragen Anlaufstelle für andere Direktionen und unterstützt die Direktionsvorsteherin insbesondere bei den Verhandlungen über das An- und Abflugregime zum Flughafen Zürich-Kloten sowie der Pflege der Beziehungen zu den angrenzenden Kantonen und dem grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum.

2.4.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)

Grundlagen bilden neben der Legislaturplanung verschiedene politische Grundsatzentscheide sowie Berichte der Regierung in den Bereichen Verkehr und Wirtschaft.



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Die Volkswirtschaftsdirektion will einen wesentlichen Beitrag leisten um:

- die Standortattraktivität des Wirtschaftsraumes Zürich zu erhalten bzw. zu steigern
- das zunehmende Mobilitätsbedürfnis menschen- und umweltverträglich zu bewältigen

Ziel 1: Sicherstellen der Erreichbarkeit innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich und der Vernetzung mit anderen Wirtschaftsräumen durch leistungsfähige, raum- und umweltverträgliche Verkehrssysteme (LZ RR 11)

Der Regierungsrat hat als Ziel 11 für die Legislatur 2007–2011 festgelegt, die Mobilität zu steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abzustimmen. In diesem Rahmen hat er der Volkswirtschaftsdirektion den Auftrag erteilt, durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anzustreben.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben (LZ RR 11.1) 1.)
- Entwicklung Angebot und Tarif im ZVV (gemäss Zielen Strategie ZVV 2007-2010) 2.)
- Langfristige Werterhaltung der Strasseninfrastruktur sowie Standardisierung beim Strassenbau 3.)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 1.) 9300 Zürcher Verkehrsverbund, 5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr, 5920 Verkehrsfonds, 5205 Amt für Verkehr, 5925 Strassenfonds und 8400 Tiefbauamt der BD
- 2.) 9300 Zürcher Verkehrsverbund, 5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr und 5920 Verkehrsfonds
- 3.) 5205 Amt für Verkehr, 5925 Strassenfonds und 8400 Tiefbauamt der BD

Ziel 2: Schaffen von Rahmenbedingungen für eine sowohl raum- und umweltverträgliche als auch wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Zürich sowie Stärkung des politischen Dialogs auf kantonaler und nationaler Ebene und im grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum (LZ RR 11)

Der Regierungsrat hat als Ziel 11 für die Legislatur 2007–2011 festgelegt, die Mobilität zu steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abzustimmen. In diesem Rahmen hat er der Volkswirtschaftsdirektion den Auftrag erteilt, in der Flughafenregion raumplanerisch vorzusorgen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Den politischen Dialog mit Bund, Nachbarkantonen, Gemeinden und Deutschland zur Förderung der Akzeptanz des Flughafens Zürich als nationale Verkehrsinfrastruktur und einer langfristigen Lösung stärken 1.)
- Planungs- und Rechtssicherheit im Rahmen des Sachplans Infrastruktur und des Betriebsreglements für den Flughafen Zürich sowie des kantonalen Richtplans (beinhaltet LZ RR11.2: In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen) 2.)
- Eigentümerstrategie für die Beteiligung an der Flughafen Zürich AG 3.)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 1.) 5000 Generalsekretariat
- 2.) 5205 Amt für Verkehr / Gesamtverkehr, 5000 Generalsekretariat und 8300 Amt für Raumordnung und Vermessung der BD (Federführung bei der VD)
- 3.) 5205 Amt für Verkehr / Gesamtverkehr

**Ziel 3: Verkehrsträgerübergreifende politische Steuerung im Bereich Verkehr (Umsetzung Gesamtverkehrskonzept) (LZ RR 11)**

Der Regierungsrat hat als Ziel 11 für die Legislatur 2007–2011 festgelegt, die Mobilität zu steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abzustimmen. In diesem Rahmen hat er der Volkswirtschaftsdirektion den Auftrag erteilt, den Strategieprozesses und das Controlling zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption zu gestalten und weiterzuentwickeln sowie den Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umzusetzen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Den Strategieprozesses und das Controlling zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption gestalten und weiterentwickeln (LZ RR 11.3) 1.)
- Die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs unter den Bedingungen der weiteren Reformen des Bundes im öffentlichen Verkehr und des Individualverkehrs sichern sowie langfristige Optionen für die Verkehrsfinanzierung entwickeln 2.)
- Politische Steuerungsinstrumente gemäss Gesamtverkehrskonzept entwickeln und implementieren (Strategiebeschluss Strasse, Rahmenkredit Strasse) 3.)
- Neuordnung des Verkehrsrechts 4.)
- Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen (LZ RR 11.4) 5.)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 1.) 5205 Amt für Verkehr / Gesamtverkehr, 5000 Generalsekretariat, 5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr und 5925 Strassenfonds
- 2.) 9300 Zürcher Verkehrsverbund, 5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr, 5920 Verkehrsfonds, 5205 Amt für Verkehr und 5925 Strassenfonds.
- 3.) 5205 Amt für Verkehr / Gesamtverkehr, 5000 Generalsekretariat und 5925 Strassenfonds
- 4.) 5000 Generalsekretariat, 5205 Amt für Verkehr / Gesamtverkehr, 5925 Strassenfonds sowie bezüglich Verkehrsabgaben 3200 Strassenverkehrsamt DS
- 5.) 5205 Amt für Verkehr

Ziel 4: Stärkung der Standortattraktivität des Wirtschaftsraums Zürich im internationalen Wettbewerb (LZ RR 3 und 5)

Im Rahmen der Ziele 3 und 5 für die Legislatur 2007–2011 hat der Regierungsrat der Volkswirtschaftsdirektion verschiedene Aufträge für Massnahmen erteilt, um das Standortmarketing zu verstärken und die Interessenwahrung durch verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen, dem benachbarten Ausland sowie den Städten und Gemeinden zu verbessern.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren (LZ RR 5.5), einschliesslich einer Überprüfung der Stiftung Greater Zurich Area (GZA) 1.)
- Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen (LZ RR 5.4) 1.)
- Gute Rahmenbedingungen und optimale Dienstleistungen für ansässige und ansiedlungswillige Unternehmungen fördern, insbesondere auch in wichtigen Branchen und bei Clustern 2.)
- Standortbericht, inkl. Monitoring der Standortfaktoren für den Wirtschaftsraum Zürich (im Rahmen der Stiftung Greater Zurich Area) 2.)
- Innovation und Technologietransfer stärken 3.)
- Führung der Marke Zürich beanspruchen (LZ RR 3.1) 4.)
- Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken (LZ RR 3.3) 5.)
- Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern (LZ RR 3.4) 6.)
- Neuansiedlungen von juristischen und natürlichen Personen im Kanton Zürich unterstützen (LZ RR 3.6) 7.)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 1.) 5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit / Standortförderung, in Zusammenarbeit mit 5000 Generalsekretariat / Europafachstelle
- 2.) 5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit / Standortförderung



- 3.) 5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit / Standortförderung in enger Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion
- 4.) bis 7.) 5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Bemerkung: Die Standortqualität wird nebst Faktoren wie Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur, Bildungsmöglichkeiten, Lebensqualität usw. wesentlich durch die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Arbeitskräften und einem kompetitiven Steuersystem beeinflusst.

Ziel 5: Flexibilität der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden bzw. –suchenden durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützen sowie Missbräuche bekämpfen

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Erwerbslose in den Arbeitsmarkt zurückführen 1.) sowie Zusammenarbeit zwischen Sozialhilfebehörden, Berufsberatung, IV-Stellen und regionalen Arbeitsvermittlungszentren stärken (interinstitutionelle Zusammenarbeit, IIZ) 2.)
- Umsetzen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit 3.)
- Aufbau und Umsetzung des Vollzugs des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) 3.)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 1.) 5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit / Vollzug AVIG/Arbeitsmarkt
- 2.) 5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit / Vollzug AVIG/Arbeitsmarkt, in Zusammenarbeit 3500 Sozialamt DS
- 3.) 5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit / Arbeitsbedingungen, Standortförderung



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
Stadtbahn Glattal	-555	2000	2002	2002-2011
Durchgangsbahnhof Löwenstrasse (inkl. Vorfinanzierung)	-1'129	1999	2001	ab 2002
S-Bahn: 3. Teilergänzung	-96	2001	2003	2005-2008
Tram Zürich-West (inkl. Vorfinanzierung)	-90	2003	2007	2008-2011
Tramplanung Zürich	-90			ab 2012
S-Bahn, 4. Teilergänzung	-231			

Durch die neu definierte Schnittstelle zwischen Tiefbauamt und Amt für Verkehr gingen die Planwerte folgender Grossprojekte per 1. Juli 2008 an die Baudirektion über:

- Westumfahrung Zürich
- N4 im Knonauer Amt
- Einhausung Schwamendingen
- Oberlandautobahn
- Pfingstweidstrasse (fachliche Zuständigkeit weiterhin bei der VD)



4.2 Übrige Investitionen

Übrige Investitionen in Mio. Fr.	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Amt für Verkehr	-157	-48	-46	-46	-46
Verkehrsfonds (öffentlicher Verkehr)	-9	-9	-11	-12	-24
Amt für Wirtschaft und Arbeit	-2	-2	-4	-4	-4
Total übrige Projekte	-168	-59	-61	-62	-74

4.3 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.3.1 Übersicht

(in Mio. Fr.)	RE 2007	B 2008	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Erfolgsrechnung						
Ertrag	871.5	978.7	740.1	776.9	785.7	794.0
Aufwand	-1'154.1	-1'303.7	-976.4	-1'060.3	-1'042.9	-1'055.9
Saldo	-282.6	-325.0	-236.2	-283.3	-257.2	-261.9
Investitionsrechnung						
Einnahmen	384.4	387.5	11.4	9.8	9.8	9.7
Ausgaben	-636.5	-812.0	-321.5	-285.7	-324.4	-314.3
Nettoinvestitionen	-252.1	-424.5	-310.1	-275.9	-314.6	-304.6

Wesentliche Entwicklungen der Volkswirtschaftsdirektion

- Durch die Übergabe der Nationalstrassen an den Bund wurden die Anlagewerte einmalig abgeschrieben. Daher entfallen künftige Abschreibungen.
- Die Fonds im Eigenkapital (Flughafenfonds, Strassenfonds) werden nach IPSAS nicht mehr erfolgswirksam abgeschlossen (die Details sind in der Tabelle unter 4.3.2 ersichtlich).
- Aufgrund der neu definierten Schnittstelle Verkehr werden Aufwendungen und Erträge von rund 140 Mio. Fr. (im Budget 2009) von der Volkswirtschaftsdirektion zur Baudirektion verschoben.

Wesentliche Entwicklungen bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs:

- Für den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse müssen während der KEF-Periode 2009-2012 rund 500 Mio. CHF (Höchststand 2013) vorfinanziert werden, damit die Finanzierung sichergestellt ist. Die Mittel aus dem ZEB (zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur) fliessen frühestens 2015 und die Tranche aus dem Infrastrukturfonds des Bundes muss noch vom Parlament bewilligt werden.
- Beiträge an den ZVV in Mio. Franken: 158 (Ist 2007); 171.6 (B 2008); 173.4 (B 2009); 185.9 (2010); 191 (2011); 194.8 (2012)
- Übertrag in den Verkehrsfonds in Mio. Franken: 83 (Ist 2007); 83 (B 2008); 81.1 (B 2009); 82.3 (2010); 83.6 (2011); 84.8 (2012)

4.3.2 Entwicklung Leistungsgruppen

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Leistungsgruppen der Volkswirtschaftsdirektion. Die Fonds im Eigenkapital werden neu (nach IPSAS) nicht mehr mit einer erfolgswirksamen Buchung abgeschlossen und ausgeglichen, sondern weisen einen Saldo aus. Der Verkehrsfonds ist als Vorfinanzierungsfonds von dieser Regelung ausgenommen (Abweichung zum IPSAS-Grundsatz der Jährlichkeit).



(in Mio. Fr.)	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
5000 Generalsekretariat	-24.5	-26.5	-5.5	-5.8	-5.9	-6.0
5205 Amt für Verkehr	-2.7	-4.0	-4.7	-4.6	-4.4	-4.4
5210 Finanzierung öff. Verkehr	-220.4	-235.0	-249.3	-263.0	-269.4	-274.4
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	-34.9	-39.8	-42.1	-42.9	-43.0	-43.1
5920 Verkehrsfonds	0	0	0	0	0	0
5921 Flughafenfonds	0	17.6	17.8	18.3	18.9	19.6
5925 Strassenfonds	0	-37.3	47.6	14.7	46.6	46.4
Nettoergebnis VD	-282.6	-325.0	-236.2	-283.3	-257.2	-261.9

4.3.3 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2009 und den Durchschnitt der Planjahre 2009-2012 mit dem nach IPSAS restateten Budget 2008 (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).

(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)	Veränderungen zu B 2008 (%)	Veränderungen zu B 2008 (%)
	B 2009	Schnitt 2009-2012	B 2009	Schnitt 2009-2012
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	-238.6	-204.6	-24 %	-21 %
Aufwand	327.3	269.9	25 %	21 %
Saldo	88.7	65.3	27 %	20 %
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	-376.2	-377.4	-97 %	-97 %
Ausgaben	490.6	500.6	60 %	62 %
Nettoinvestitionen	114.4	123.2	27 %	29 %

Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung:

Der Ertrag verringert sich um 239 Mio. Fr. oder 24 %. Wichtigste Ursachen:

- 197 Amt für Verkehr: Der Übertrag aus dem Strassenfonds reduziert sich durch die Verschiebungen zur Baudirektion und den entfallenen Abschreibungen auf Nationalstrassen
- 19.6 Finanzierung öff. Verkehr: Unter IPSAS fällt die Rückerstattung von zuviel bezahlten Beiträgen aus Vorjahren weg, weil die Beiträge bereits im Auszahlungsjahr auf Grund der effektiven Kostenunterdeckung abgerechnet werden
- 20 Strassenfonds: Der Übertrag aus dem GS an die Glattalbahn erfolgte 2008 zum letzten Mal

Der Aufwand verringert sich um 327 Mio. Fr. oder 25 %. Wichtigste Ursachen:

- +20 Der Übertrag des Generalsekretariats an den Strassenfonds z.G. der Glattalbahn erfolgte 2008 zum letzten Mal
- +197 Amt für Verkehr: Verschiebung von Kosten aufgrund der Schnittstellenbereinigung in die Baudirektion und Wegfall der Abschreibungen auf Nationalstrassen nach Übertrag an den Bund
- +102 Strassenfonds: Tiefere Verrechnung an TBA und AFV

**Investitionsrechnung:**

Die Nettoinvestitionen sinken 2009 um 114 Mio. Fr. oder 27 %. Wichtigste Ursachen:

-20	Amt für Verkehr: Die Nationalstrassenprojekte laufen aus, entsprechend nehmen auch die Bundesbeiträge an Nationalstrassen ab
+146	Amt für Verkehr: Im Rahmen der Schnittstellenbereinigung werden die Investitionen für Strassenbauten beim Tiefbauamt geplant
+80	Verkehrsfonds: Ab 2009 geringere Beiträge an die Glattalbahn
-93	Verkehrsfonds: Durchgangsbahnhof Löwenstrasse

Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung:**

In den Jahren 2009 bis 2012 liegt der Aufwand durchschnittlich um 270 Mio. Fr. oder 21 % unter dem Niveau des Budgets 2008. Wichtigste Ursachen:

+200	Amt für Verkehr: Verschiebung der Kosten zur BD im Zuge der Schnittstellenbereinigung und Wegfall der Abschreibungen auf Nationalstrassen nach Übertrag an den Bund
-23	Amt für Verkehr: Beiträge an Staatsstrassen Stadt Zürich (Erhöhung wegen Hardbrücke)
+90	Strassenfonds: Tieferer Übertrag an TBA und AFV
+20	Generalsekretariat: Wegfall der Sonderabschreibung für die Glattalbahn
-20	Finanzierung öV: Anstieg der Kostenunterdeckung des ZVV im Rahmen des Leistungsausbaus und der Teuerung

In den Jahren 2009 bis 2012 liegt der Ertrag durchschnittlich um 205 Mio. Fr. oder 21 % unter dem Niveau des Budgets 2008. Wichtigste Ursache:

+172	Amt für Verkehr: Tiefere Verrechnungen aus dem Strassenfonds (wegen Schnittstellenänderungen und Abschreibungen)
+20	Strassenfonds: 2008 erfolgte letztmals die Gutschrift für die Sonderabschreibung Glattalbahn

Investitionsrechnung:

In den Jahren 2009 bis 2012 investiert die Volkswirtschaftsdirektion durchschnittlich 123 Mio. Fr. oder 29 % weniger als im Jahr 2008. Wichtigste Ursachen:

+128	Amt für Verkehr: Die Investitionen für Grossprojekte im Strassenbau werden ab 2009 vom TBA geplant
+95	Verkehrsfonds: Die Beiträge an die Glattalbahn aus dem Verkehrsfonds verringern sich ab 2009
-101	Verkehrsfonds: Höhere Vorfinanzierung Durchgangsbahnhof Löwenstrasse



4.4 Entwicklung Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs 5920 (Verkehrsfonds)

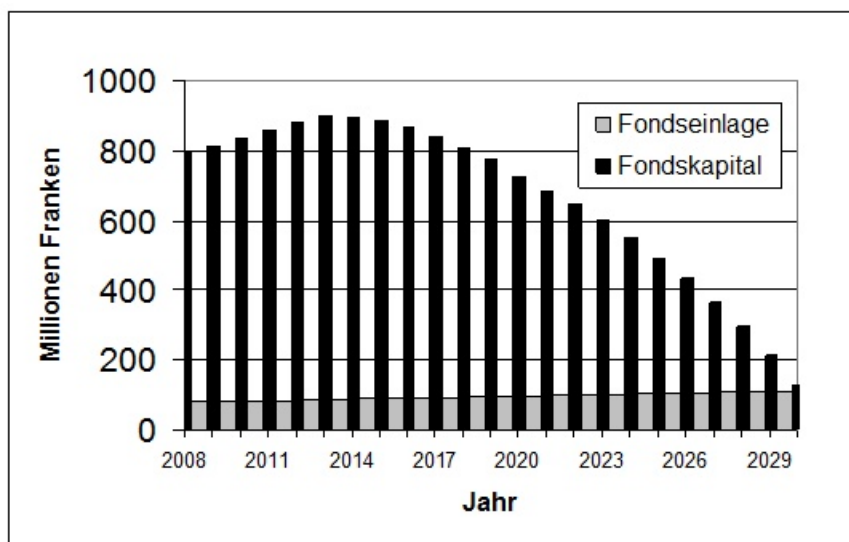
4.4.1 Bestandesrechnung und Erfolgsrechnung

in Mio. Fr.	B 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Bestandesrechnung				
5920 1169 0800 Beiträge aus dem Fonds (Anlagenbestand ./ Abschreibungen)	1'109.3	1'363.1	1'580.0	1'784.3
5920 2280 0000 Fondsbestand	-811.3	-827.9	-844.2	-852.7
Erfolgsrechnung				
5920 3660 0000 Abschreibungen	-54.7	-52.7	-47.4	-49.9
5920 3820 0000 Einlagen in Fonds des EK	-17.3	-16.7	-16.2	-8.5
5920 3940 0000 Zinsen Verwaltungsvermögen	-35.8	-40.2	-47.8	-54.7
5920 4364 0000 Übrige Erträge	0.9	0.9	0.9	0.9
5920 4940 0000 Zinsertrag	25.8	26.4	26.9	27.4
5920 4990 0000 Übertrag von Buchkreis an Fonds	81.1	82.3	83.6	84.8

Die Fondseinlage wurde im Rahmen des Sanierungsprogramms 2004 und des Massnahmenplans Haushaltgleichgewicht 2006 von 2004 bis 2008 auf 83 Mio. Fr. reduziert. Diese Einlage wird 2009 nochmals auf 81.1 Mio. Fr. angepasst. Der Fondsbestand erhöht sich durch das Restatement um rund 300 Mio. Fr. auf über 800 Mio. Fr. Unter IPSAS werden die Investitionsbeiträge erst ab Inbetriebnahme und über 25 Jahre abgeschrieben. Dadurch wird der Fonds vorübergehend entlastet, was den Fondsbestand bis 2013 noch leicht ansteigen lässt. Ab dann werden die Kapitalfolgekosten aus laufenden Grossprojekten (Durchgangsbahnhof Löwenstrasse, Stadtbahn Glattal, Tram Zürich West, 4. Teilergänzungen) die Erträge des Fonds übersteigen. Das Fondskapital wird bis 2030 weitgehend abgebaut.

4.4.2 Entwicklung Fondsbestand

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Fondsbestandes bis 2030.



**4.4.3 Investitionsrechnung**

in Mio. Fr.	B 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Investitionsrechnung				
5920 5620 0000 Investitionsbeiträge an Gemeinden	-37.5	-25.9	-13.3	-15.5
5920 5640 0000 Investitionsbeiträge an öff. Unternehmen	-222.8	-200.6	-251.9	-239.6
Saldo Investitionsrechnung	-260.2	-226.5	-265.2	-255.1
davon Investitionsbeiträge an Grossprojekte (Kredit)				
Durchgangsbahnhof Löwenstrasse, inkl. Vorfinanzierung (-1'129)	-174.7	-151.2	-217.1	-188.1
Stadtbahn Glattal (-555)	-43.4	-40.2	-3.7	44.4
Tram Zürich West (-90)	-32.3	-22.5	-9.8	14.1
4. Teilergänzungen S-Bahn (-231)		-2.1	-22.8	-75.4
Weitere Tramprojekte Zürich (-90)				-26.1
Total Grossprojekte (-2'140)	-250.4	-216.0	-253.4	-231.4

In der KEF-Periode entfällt der grösste Teil des Investitionsvolumens auf die erwähnten Grossprojekte. Für den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse, die Stadtbahn Glattal und das Tram Zürich West liegen die Kreditgenehmigungen vor. Die Verfahren zur Kreditgenehmigung für die 4. Teilergänzung und die weiteren Tramprojekte Zürich müssen noch eingeleitet werden. Die übrigen Beiträge verteilen sich auf diverse kleine Positionen, darunter auch die verschiedenen Anpassungen an das Behindertengesetz, wofür der Kantonsrat einen Rahmenkredit von 32 Mio. Fr. bewilligt hat. Mitfinanziert werden Infrastruktur-Objekte der Gemeinden und ihrer Verkehrsbetriebe sowie solche von Privatbahnen und Busunternehmen.



5. Leistungsgruppen

- 5000 Generalsekretariat (GS)**
- 5205 Amt für Verkehr (AFV)**
- 5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr**
- 5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	3.6	4.2	0.0	4.6	0.0	4.1	0.0	3.9	3.9	8.0
- Interne Informatik-Dienstleistungen		3.3		4.0		3.6		3.4	3.4	
Aufwand	-28.2	-30.8	0.0	-10.1	0.0	-9.9	0.0	-9.8	-10.0	-64.5
- Übertrag für Sonderabschreibungen Glattalbahn		-20.0								
Saldo	-24.5	-26.5	0.0	-5.5	0.0	-5.8	0.0	-5.9	-6.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.6		0.0	-0.4						-0.2
Nettoinvestitionen	-0.6		0.0	-0.4						-0.2
Personal (Beschäftigungsumfang)	35.2	38.5	0.0	35.5	0.0	35.0	0.0	35.0	35.0	

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Direktionsvorsteherin und die Ämter
- A2 Bearbeitung / Koordination der Direktionsgeschäfte
- A3 Dienstleistungen und Support für die Ämter in den Bereichen Informatik, Personal, Finanzen und Controlling
- A4 Europafachstelle

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung VOG RR	2009	0
E2 Neuordnung des Verkehrsrechts	2011	3
E3 Personalentwicklungsstrategie	2009	0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Gesamtzufriedenheit mit der VD-Informatik (höchste Note 6) 1)	min.		>5		>5		>5
Leistungen							
L1 Anzahl von der VD erledigte Rekurse	P	20	30	30	30	30	30
L2 Anteil Rekurse, die innerhalb fünf Monaten erledigt sind	min.	>60%	>60%	>60%	>60%	>60%	>60%
L3 Anzahl zu betreuende PC-Arbeitsplätze 2)	P	894	905	870	870	870	870
L4 Bürgerbriefe, innerhalb von 2 Monaten beantwortet	min.	-	-	90%	90%	90%	90%

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 5000 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-5.526
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.400

Budget	Leistungsgruppe 5000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Durch die Schnittstellenbereinigung Amt für Verkehr und die Einführung von IPSAS ist ein erhöhter Koordinations- und Beratungsaufwand durch das Generalsekretariat zu leisten.
- Die Europafachstelle unterstützt die Direktionsvorsteherin in den Gesprächen mit Deutschland und Baden-Württemberg.

Indikatoren

- 1) Internetumfrage alle zwei Jahre bei allen PC-Benutzern der VD durch das Statistische Amt (Note im 2006: 5,1).
- 2) Abnahme der zu betreuenden PC-Arbeitsplätze per 1.7.2008 als Folge der Strukturbereinigung Amt für Verkehr
- Neu wird ein Wirkungssindikator erhoben, welcher die Erledigungsfrist von Bürgerbriefen misst.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Im Jahr 2008 war die letzte der vier Tranchen (davon zwei durch die BD) von 20 Mio. Fr. für die Sonderabschreibung der Glattalbahnen fällig.
- Im weiteren ist ein um 1 Mio. Fr. tieferer Nettoaufwand budgetiert. Gesamthaft beträgt damit die Verbesserung gegenüber dem Vorjahresbudget 21 Mio. Fr.
- Für Informatik-Anschaffungen (Hard- und Software) sind in der Erfolgsrechnung rund 0.5 Mio. Fr. mehr als im Vorjahr budgetiert. Die Erhöhung des Informatikbudgets ist bedingt durch die höhere Aktivierungsgrenze von IPSAS (Verschiebung von der Investitionsrechnung in die Erfolgsrechnung). Im Gegenzug erfolgt durch die VD-Informatik eine entsprechend höhere Weiterverrechnung an die Ämter.
- Für Projekte der Europafachstelle wurden im Sachaufwand rund 300'000 Fr. weniger eingestellt als im Vorjahr.

Investitionsrechnung

- Die Gesamterneuerung der Informatik ist im Jahr 2008 abgeschlossen worden. Aufgrund der höheren Aktivierungsgrenze von IPSAS bei den immateriellen Gütern (Software) werden die meisten Informatik-Projekte nicht mehr aktiviert, sondern in der Erfolgsrechnung verbucht und direkt weiterverrechnet.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Für das Planjahr 2009 wird mit 35.5 Stellen budgetiert, eine Stelle muss per Ende 2008 aufgrund des Sanierungsprogrammes San04 abgebaut werden. Zwei weitere Stellen sind befristet und laufen aus.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Veränderung bei den Sachkosten ergeben sich aus den Informatik-Projekten welche durch die Aktivierungsgrenze von IPSAS über die Erfolgsrechnung verbucht werden. Entsprechend tiefer sind dafür die Abschreibungen.
- Die internen Verrechnungen (Ertrag) richten sich nach den Aufwendungen beim Informatik-Sachaufwand (Projekte).

Investitionsrechnung

- Da keine Projekte die nach IPSAS erhöhte Aktivierungsgrenze überschreitet, sind keine Investitionen in den KEF-Jahren 2010-2012 eingestellt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Ab Planjahr 2010 werden 0.5 Soll-Stellen abgebaut (befristete Stelle).

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Salden des vorliegenden KEF liegen jährlich zwischen 500' und 600'000 CHF tiefer als im KEF des Vorjahres. Dies hängt mit den Einsparungen und Optimierungen bei den Sachkosten zusammen.

Investitionsrechnung

- Die Investitionsrechnung wurde den Aktivierungsregeln nach IPSAS angepasst. Da kein IT-Projekt die Aktivierungsgrenze erreicht, werden alle Informatikkosten über die Erfolgsrechnung abgewickelt.

Indikatoren

- Der Indikator 'Anzahl von der VD erledigte Rekurse' wurde in den Planjahren aufgrund von Erfahrungszahlen (Rekurseingänge) von 45 auf 30 reduziert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	255.7	313.8	0.0	112.1	0.0	143.9	0.0	145.9	147.1	-42.5
- Übertrag aus Strassen- und Flughafenfonds		305.1		108.0		139.9		141.9	143.1	
Aufwand	-258.4	-317.8	0.0	-116.8	0.0	-148.6	0.0	-150.3	-151.5	-41.4
- Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden		-52.4		-50.1		-80.1		-80.1	-80.1	
- Abschreibungen		-47.9		-18.8		-19.9		-20.8	-21.6	
- Sonderabschreibungen		-118.5		0.0		0.0			0.0	
Saldo	-2.7	-4.0	0.0	-4.7	0.0	-4.6	0.0	-4.4	-4.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07-12)									
Einnahmen	370.2	378.6	0.0	1.3	0.0	1.3	0.0	1.3	1.2	125.7
- Investitionsbeiträge Bund an Nationalstrassen		361.5								
Ausgaben	-512.3	-552.7	0.0	-49.2	0.0	-47.2	0.0	-47.2	-47.2	-209.3
- Investitionen in Nationalstrassen		-460.0		0.0		0.0		0.0	0.0	
Nettoinvestitionen	-142.0	-174.1	0.0	-47.9	0.0	-45.9	0.0	-45.9	-46.0	-83.6
Personal (Beschäftigungsumfang)	68.5	91.5	0.0	59.1	0.0	59.1	0.0	59.1	59.1	

Aufgaben

- A1 Umsetzung Gesamtverkehrskonzept und Gesamtverkehrsprozess sowie Anwendung Gesamtverkehrs-Controlling
- A2 Betrieb eines Gesamtverkehrsmodells
- A3 Umsetzung Eigentümerstrategie und kontinuierliche Überwachung der kantonalen Beteiligungen im Bereich Flughafen und Luftverkehr
- A4 Wahrung der kantonalen Interessen im Bereich der strategischen Planung und Kontrolle im Bereich Luftverkehr
- A5 Infrastrukturplanungen für Strassen, Radwege und strategische ÖV-Projekte
- A6 Strategisches Verkehrsmanagement
- A7 Baupolizei und Beitragswesen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben (LZ RR 11.1)	2011	1
E2 Aufbau eines Strategieprozesses Gesamtverkehr und eines umfassenden Gesamtverkehr-Controllings (LZ RR 11.3)	2009	3
E3 Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen (LZ RR 11.4)	2011	3
E4 Aufbau eines prognosefähigen Gesamtverkehrsmodells	2009	3
E5 Mitwirkung im Verfahren Sachplan Infrastruktur und Luftfahrt (SIL) sowie raumplanerische Vorsorge in der Flughafenregion (LZ RR 11.2)	2011	2
E6 Weiterentwicklung und Definition von langfristigen Optionen für die Verkehrsfinanzierung; Umsetzung in der Gesetzgebung (Strassengesetz u.a.)	2011	3
E7 Ausarbeitung eines Strategieberichtes Strassenverkehr und einer zugehörigen Finanzplanung für den Bereich der Strassen (Ablösung Bauprogramm Strassen)	2011	3
E8 Interessenwahrung beim Bund zur Aufnahme der wichtigen Vorhaben im Nationalstrassennetz in den Netzbeschluss resp. in die Programmbotschaft Engpassbeseitigung	2011	1

Indikatoren

Wirkungen	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
W1 Interregionale Erreichbarkeit Kt. Zürich	P	n.a.	130.5	130.5	130.5	130.5	130.5
W2 Interkontinentale Erreichbarkeit Kt. Zürich	P	n.a.	111.0	111.0	111.0	111.0	111.0
W3 NOx-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	6350	6030	5710	5390	5140	4890
W4 PM10-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	634	629	624	619	618	617
W5 CO2-Emissionen im Strassenverkehr (in 1'000 t)	P	2'063	2'068	2'074	2'079	2'078	2'077

Leistungen

L1 Minimales Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Fr. pro Jahr, inkl. Land)	min.	5.7	14.0	16.3	15.7	15.0	15.0
L2 Bimodaler Modal Split (in %, Basis Anzahl Fahrten, prov. Werte)	P	27.8	27.8	27.6	27.6	27.6	27.5
L3 Anzahl überprüfte Flugwegabweichungen und Ausnahmegewilligungen Nachtflugsperr	P	5'430	5'300	5'400	5'500	5'500	5'600
L4 Anzahl behandelte Geschäfte für Infrastrukturanlagen und Änderungen des Betriebsreglements	P	641	300	300	260	260	260

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 5205 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-112.766
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-49.200

Budget	Leistungsgruppe 5205
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Das Amt für Verkehr (AFV) umfasst ab dem Jahr 2009 das bisherige Amt für Verkehr sowie Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS), welches 2007 und 2008 den strategischen Teil der Strassenbauten des Kantons Zürich (bis zur Projektgenehmigung) führte. Heute werden noch die Planungsarbeiten, aber nicht mehr die Projektierung im AFV ausgeführt. Diese liegt neu im Aufgabenbereich des Tiefbauamts.

Indikatoren

- Die Indikatoren werden im Rahmen der Entwicklung des Gesamtverkehrs-Controllings überarbeitet.

Sonstige Bemerkungen

- Der Saldo des Amtes für Verkehr resultiert aus den nicht dem Strassenfonds verrechenbaren Aufwendungen und Erträgen des Amtes für Verkehr in den Bereichen Gesamtverkehr sowie Flughafen und Luftverkehr.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist aufgrund der Schnittstellenbereinigung AFV/TBA und der Einführung von IPSAS stark eingeschränkt. Der Übertrag aus dem Strassenfonds reduziert sich im Vergleich zum Vorjahr um 197 Mio. Fr.
- Bedeutendste Veränderungen sind:
 - + 147 Mio. Fr.: Abschreibungen (davon Wegfall Sonderabschreibungen Nationalstrassen 98 Mio. und Glattalbahn 20 Mio. Fr.)
 - + 27 Mio. Fr.: Zinsen
 - + 15 Mio. Fr.: Staatsstrassenunterhalt
 - + 4.5 Mio. Fr.: Stellenverschiebungen

Investitionsrechnung

- +126 Mio. Fr.: Im Rahmen der Schnittstellenbereinigung werden mit Ausnahme der Investitionsbeiträge an Gemeinden (48 Mio. Fr.) sämtliche Investitionspositionen vom TBA geplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Rahmen der Schnittstellenbereinigung wurden 42.4 Personalstellen vom AFV ins TBA übertragen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Beiträge 2010-2012 an den Staatsstrassenunterhalt in der Stadt Zürich sind wegen der Sanierung Hardbrücke um 30 Mio. Fr. pro Jahr höher.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Vergleichbarkeit mit KEF Vorjahr ist aufgrund der Schnittstellenbereinigung AFV/TBA und der Einführung von IPSAS stark eingeschränkt (siehe Bemerkungen zum Budgetentwurf).

Investitionsrechnung

- Vergleichbarkeit mit KEF Vorjahr ist aufgrund der Schnittstellenbereinigung AFV/TBA und der Einführung von IPSAS stark eingeschränkt (siehe Bemerkungen zum Budgetentwurf).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Vergleichbarkeit mit KEF Vorjahr ist aufgrund der Schnittstellenbereinigung AFV/TBA eingeschränkt (siehe Bemerkungen zum Budgetentwurf).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	20.6	19.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
Aufwand	-241.0	-254.6	0.0	-249.3	0.0	-263.0	0.0	-269.4	-274.4	13.9
- Beitrag an den ZVV (LG 9300)		-171.6		-173.4		-185.9		-191.0	-194.8	
- Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr		-83.0		-81.1		-82.3		-83.6	-84.8	
Saldo	-220.4	-235.0	0.0	-249.3	0.0	-263.0	0.0	-269.4	-274.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)										

Aufgaben

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 "Verkehrsfonds" und Nr. 9300 "ZVV"		0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 "Verkehrsfonds" und Nr. 9300 "ZVV"							
Leistungen							
L1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 "Verkehrsfonds" und Nr. 9300 "ZVV"							
Wirtschaftlichkeit							
B1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 "Verkehrsfonds" und Nr. 9300 "ZVV"							

Leistungsgruppe 5210	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-249.273
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 5210
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Die Leistungsgruppe 5210 ist auf die Finanztransaktionen "Beitrag an den ZVV" bzw. "Rückerstattungen des ZVV" sowie "Übertrag in den Verkehrsfonds" beschränkt. Die Entwicklungsschwerpunkte und Indikatoren werden dort aufgezeigt, wo die materielle Planung erfolgt, nämlich in den Leistungsgruppen 9300 "ZVV" und 5920 "Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs". Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an den ZVV (Leistungsgruppe 9300) und dem Übertrag in den Verkehrsfonds.
- Für die strittige Abgeltung der Annuitätenschuld der VBZ ist beim Restatement der Bilanz per 31.12.2007 eine Rückstellung gebildet worden. Diese entlastet die Leistungsgruppe ab 2009 um 5.2 Mio. Fr. pro Jahr.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Beitrag des Kantons an den ZVV in Mio. Franken: 171.6 (B 2008); 173.4 (B 2009)
- Einlage in den Verkehrsfonds in Mio. Franken: 83 (B 2008); 81.1 (B 2009)

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Beitrag des Kantons an den ZVV in Mio. Franken 158.0 (IST 2007); 171.6 (B 2008); 173.4 (2009); 185.9 (2010); 191.0 (2011); 194.8 (2012)
- Übertrag in den Verkehrsfonds in Mio. Franken 83 (IST 2007); 83 (B 2008); 81.1 (2009); 82.3 (2010); 83.6 (2011); 84.8 (2012)
- Einlage in den Verkehrsfonds: Durch die Umstellung auf IPSAS werden die Investitionen im Verkehrsfonds langsamer und später abgeschrieben. Die laufenden Grossprojekte DML, Glattalbahn und Tram Zürich West, sowie die mit der DML zwingend verbundene 4. Teilergänzung der S-Bahn, belasten aber den Fonds auf Jahrzehnte hinaus mit erheblichen Ausgaben. Die noch nicht abgeschriebenen Investitionsbeiträge steigen auf über 2 Mrd, was mehr als 150 Mio. Franken Kapitalkosten nach sich zieht.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Beitrag des Kantons an den ZVV in Mio. Fr. im Planjahr 2009: 191.6 (KEF 2008); 173.4 (KEF 2009)
- Einlage in den Verkehrsfonds in Mio. Fr. im Planjahr 2009: 93.5 (KEF 2008); 81.1 (KEF 2009);
- Tieferer Beitrag an den ZVV auf Grund der tieferen Kostenunterdeckung.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	79.9	88.9	0.0	90.2	0.0	91.0	0.0	92.5	93.7	17.3
- Vollzug AVIG		78.4		79.6		80.6		82.1	83.5	
Aufwand	-114.8	-128.7	0.0	-132.2	0.0	-134.0	0.0	-135.5	-136.8	19.1
- Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV		-78.4		-79.6		-80.6		-82.1	-83.5	
- Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV		-20.6		-21.4		-21.8		-22.2	-22.6	
Saldo	-34.9	-39.8	0.0	-42.1	0.0	-42.9	0.0	-43.0	-43.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen	11.0	8.9	0.0	10.0	0.0	8.5	0.0	8.5	8.5	9.3
Ausgaben	-5.7	-11.2	0.0	-11.6	0.0	-12.0	0.0	-12.0	-12.0	-10.8
Nettoinvestitionen	5.3	-2.3	0.0	-1.6	0.0	-3.5	0.0	-3.5	-3.5	-1.5
Personal (Beschäftigungsumfang)	565.2	600.3	0.0	602.4	0.0	606.2	0.0	606.2	606.2	

Aufgaben

- A1 Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich bzw. des Wirtschaftsraumes Zürich
- A2 Arbeitnehmerschutz (Vollzug Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz)
- A3 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG)
- A4 Förderung des Wohnungsbaus für Personen mit geringem Einkommen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) stärken und ausweiten	2009	5
E2 Vollzug der flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit der EU	2009	5
E3 Clusterentwicklung in wichtigen und zukunftssträchtigen Branchen	2010	4
E4 Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren (LZ RR 5.5)	2010	4
E5 Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen (LZ RR 5.4)	2010	4
E6 Führung der Marke Zürich beanspruchen (LZ RR 3.1)	2010	4
E7 Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken (LZ RR 3.3)	2010	4
E8 Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern (LZ RR 3.4)	2010	4
E9 Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich unterstützen (LZ RR 3.6)	2010	4

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Ansiedlung von Unternehmen: kurzfristig neue Arbeitsplätze im Kanton ZH 1)	min.	360	400	400	400	400	400
W2 Von neu angesiedelten Firmen längerfristig zusätzlich geplante Arbeitsplätze 1)	min.	270	400	400	400	400	400
W3 Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2006-09 mit dem seco 2)	min.	101	100	100	100	100	100
W4 Ausreichende Wohnraumversorgung für Personen mit niedrigem Einkommen: Wohnungsbelegung gemäss Subventionsanforderungen WBF-Recht 3)	min.	94,8%	93%	93%	93%	93%	93%
Leistungen							
L1 Ansiedlung von Unternehmen: Anzahl Ansiedlungsprojekte 1)	min.	24	20	20	20	20	20
L2 Anzahl Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen 4)	P	29'980	16'000	16'000	16'000	16'000	16'000
L3 Anzahl Meldeverfahren von EU/EFTA-Bürger/innen 4)	P	44'338	40'000	45'000	45'000	45'000	45'000
L4 Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG)	min.	---	1'250	1'200	1'200	1'200	1'200
L5 Anzahl eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel) 5)	P	26'951	25 - 30'000	27 - 32'000	27 - 32'000	27 - 32'000	27 - 32'000
L6 Anzahl neu unterstützte Mietwohnungen (Zusicherungen)	P	168	200	200	200	200	200
Wirtschaftlichkeit							
B1 Wirtschaftliche Betriebsführung, so dass der Kanton durch den AVIG-Vollzug finanziell nicht belastet wird: Vollständige Kostenvergütung durch den Bund (Ausnahme: Kantonsbeteiligung nach Art. 92 Abs. 7bis, Art. 59d bzw. Art. 27 Abs. 5 AVIG)	min.	99.7%	99.9%	99.9%	99.9%	99.9%	99.9%

Leistungsgruppe 5300	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-42.067
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-11.630

Budget	Leistungsgruppe 5300
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- 1) Angaben gemäss Businessplan der Unternehmen. Ausgewiesen werden Ansiedlungsprojekte mit Entscheid der Unternehmung für einen Standort im Kanton Zürich, bei denen die kantonale Standortförderung Beratung und Unterstützung mit grösserem Aufwand bot.
- 2) Der Wirkungsindex umfasst folgende Komponenten: Rasche Wiedereingliederung der Stellensuchenden, Langzeitarbeitslosigkeit vermeiden, Aussteuerungen vermeiden, Wiederanmeldungen vermeiden. Die entsprechenden Indikatoren werden vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) erhoben und berechnet (CH=100). Die aktuellste verfügbare definitive Berechnung bezieht sich auf Jan. - Dez. 2006.
- 3) Bei den übrigen Wohnungen wird die Verbilligung der Subventionsleistung aufgehoben, ausser bei Leerständen.
- 4) Gängige Indikatoren aufgrund der Personenfreizügigkeit
- 5) Diese Angaben stützen sich auf die zum Planungszeitpunkt aktuellen Prognosen der Expertengruppe des Bundes, der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF), anderer Institute und eigener Einschätzung.
- 6) Der bisherige Indikator L6 wurde herausgenommen, da dieser nicht durch uns direkt beeinflussbar ist. Zuweisungsinstanz wären die Gemeinden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Aufwand: B08 - P09 = - 3.5 Mio. Fr. (+ = Verbesserung / - = Verschlechterung des Saldos)
- 4,1 Mio. Fr. Personalaufwand: 2.1 zusätzliche Stellen (siehe Personal); Stufenanstieg und Teuerungszulage von insgesamt 3,1%, Erhöhung der Aus- und Weiterbildungskosten im Vollzug AVIG (saldoneutral)
- + 1,8 Mio. Fr. Sachaufwand: im B08 sind u.a. verschiedene Kosten für die Einführung des NK AVAM (ALV Datenbank) im 2008 geplant. Der Vollzug der flankierenden Massnahmen wird günstiger.
- 0,9 Mio. Fr. Transferaufwand: Erhöhung der Beiträge an Weiterbildungsprogramme für Ausgesteuerte (-0,2 Mio. Fr.), Erhöhung des Kantonsbeitrages an den AVIG-Vollzug (-0,8 Mio. Fr.), Reduktion Beiträge Standortförderung (+0,1 Mio. Fr.)
- 0,3 Mio. Fr. Durchlaufende Beiträge: Beitrag des Bundes für die Förderung des kantonalen Umsetzungsprogrammes Regionalpolitik 2008 - 2011 an Pro Zürcher Berggebiet.
-
- Ertrag: B08 - P09 = + 1,3 Mio. Fr. (+ = Verbesserung / - = Verschlechterung des Saldos)
- 0,6 Mio. Fr. Entgelte/Erträge: Wegfall gewisser Bewilligungskategorien im neuen Ausländerrecht (-0,4 Mio. Fr.) sowie tiefere Rückerstattung von Wohnbaurdarlehen aus früheren Jahren (auslaufend, - 0,2 Mio. Fr.)
- + 1,0 Mio. Fr. Transferertrag: höhere Rückerstattung des Bundes für den Vollzug AVIG wegen höherem Aufwand (für den Kanton saldoneutral)
- + 0,3 Mio. Fr. Durchlaufende Beiträge: Beitrag des Bundes für die Förderung des kantonalen Umsetzungsprogrammes Regionalpolitik 2008 - 2011 an Pro Zürcher Berggebiet.
- + 0,6 Mio. Fr. Interne Verrechnungen: höherer Ertrag aus Umlagen an den Vollzug AVIG wegen höherem Aufwand

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Per Saldo Erhöhung von 2,1 Vollzeitstellen:
- 1.5 Stellen resultieren aus dem Entlastungsprogramm 08. Diese wurden im KEF 08 für Plan 2008 gekürzt und analog dem KEF 2009 - 2011 im KEF 2009 wieder eingeplant (Differenz KEF 08: Plan 08 = 600.3, KEF 2009 - 2011 601.8 Stellen = Delta von 1,5 Stellen).
- 0.6 Stellen ergeben sich aus einer Umschichtung netto innerhalb des genehmigten Stellenplans.

Indikatoren

- L2 : Mit dem neuen Ausländergesetz entfällt am 1.1.2008 teilweise die Bewilligungspflicht von Stellen- und Kantonswechsel für Personen aus dem zweiten Kreis (BVO).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Im 2010 sind Kosten für folgende wichtige Veränderungen geplant:
- Weiterer Ausbau des IIZ-Netzwerkes (Interinstitutionelle Zusammenarbeit)
- KMU-Initiative, Annahme Gegenvorschlag
- Auslaufender EG-AVIG-Kredit

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Erhöhung um 1 Vollzeitstelle für IIZ-Ausbau
- Erhöhung um 3 Vollzeitstellen betreffend KMU-Initiative, Gegenvorschlag

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Nach IPSAS wurden die Wohnbaurdarlehen neu bewertet (Aufwertung), dadurch resultieren höhere kalkulatorische Zinsen im Rahmen von jährlich rund 4 - 4,5 Mio. Fr.



6. Fonds

- 5920 Verkehrsfonds**
- 5921 Flughafenfonds**
- 5925 Strassenfonds**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	100.0	109.3	0.0	107.8	0.0	109.6	0.0	111.4	113.1	13.1
- Zinserträge		25.4		25.8		26.4		26.9	27.4	
- Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)		83.0		81.1		82.3		83.6	84.8	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
Aufwand	-100.0	-109.3	0.0	-107.8	0.0	-109.6	0.0	-111.4	-113.1	13.1
- Zinsaufwände		-28.1		-35.8		-40.2		-47.8	-54.7	
- Abschreibungen		-53.0		-54.7		-52.7		-47.4	-49.9	
- Einlagen in Bestandeskonto		-28.2		-17.3		-16.7		-16.2	-8.5	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen	0.1		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-189.5	-248.0	0.0	-260.2	0.0	-226.5	0.0	-265.2	-255.1	-240.8
Nettoinvestitionen	-189.5	-248.0	0.0	-260.2	0.0	-226.5	0.0	-265.2	-255.1	-240.7
Fondsbestand			0.0	811.3	0.0	827.9	0.0	844.2	852.7	0.0

Aufgaben

- A1 Fonds mit reiner Finanzierungsfunktion auf Basis von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zu Gunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus laufender Rechnung der Leistungsgruppe öffentlicher Verkehr (5210)

EntwicklungsschwerpunkteDirektions-
ziel Nr.
bis**Indikatoren**

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

- W1 Die Investitionsbeiträge dienen dem Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich.
- W2 Darauf aufbauende Angebotsverbesserungen und deren Wirkung sind in der Leistungsgruppe 9300 Verkehrsverbund ersichtlich.

Leistungen

L1 - Beiträge an Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-99.0	-81.6	-174.7	-151.2	-217.1	-188.1
L2 - Beiträge an 3. Teilergänzung	-30.3	-14.8				
L3 - Beiträge an 4. Teilergänzung				-2.1	-22.8	-75.4
L4 - Beiträge an die Umsetzung Behindertengesetz		-5.0	-4.4	-4.4	-4.7	-5.3
L5 - Beiträge an Stadtbahn Glattal (ab 2012 Beitrag aus IFG)	-126.1	-124.2	-44.4	-40.2	-3.7	44.4
L6 - Beiträge an Privatbahnen und Busunternehmen	-4.8	-3.5	-3.3	-5.7	-6.7	-18.3
L7 - Beiträge an Tram Zürich West (ab 2012 Beitrag aus IFG)		-18.5	-32.3	-22.5	-9.8	14.1
L8 - Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe	-0.8	-0.4	-1.4	-0.4	-0.4	-0.4
L9 - Beiträge an weitere Tramprojekte Zürich						-26.1

Wirtschaftlichkeit

- B1 Die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Investitionsprojekte wird jeweils im Rahmen der Verpflichtungskreditvorlagen geprüft.

Fonds 5920	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	17.331
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-260.238

Budget	Fonds 5920
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Einlage in den Verkehrsfonds aus Leistungsgruppe 5210 (Finanzierung öffentlicher Verkehr) wurde von 83 Mio. Fr. (B 2008) auf 81.1 Mio. Fr. reduziert.

Investitionsrechnung

- Ab 2009 fallen geringere Beiträge an die Glattalbahn an.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Durch die Umstellung auf IPSAS wird das Fondsvermögen aufgewertet und die Investitionsbeiträge langsamer abgeschrieben. Da die Erfolgsrechnung über die Abschreibungen und Zinsen der Investitionen während der Abschreibungsdauer von 25 Jahren belastet wird, ist die Fondseinlage auf die langfristige Fondsentwicklung abgestimmt. Trotz steigender Investitionstätigkeit wächst der Fondsbestand bis 2013 an. Danach reduziert er sich und wird gemäss langfristiger Investitionsplanung bis im Jahr 2030 weitgehend aufgezehrt.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Trotz höherer Investitionsausgaben liegen die Kapitalfolgekosten wegen der neuen IPSAS-Bestimmungen unter dem KEF des Vorjahres.
- Geplante Einlage in den Verkehrsfonds für 2009 in Mio. Franken: 83 (KEF 2008); 81.1 (KEF 2009)
- Auf Grund der geringeren Kapitalkosten bildet sich der Fondsbestand langsamer zurück.

Investitionsrechnung

- Die Vorfinanzierung der Durchmesserlinie führt zu deutlich höheren Investitionsausgaben in der KEF-Periode. Diese Gelder fliessen aber ab 2014 wieder zurück.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	8.7	21.0	0.0	21.2	0.0	21.8	0.0	22.3	22.9	163.5
- Zinsertrag		21.0		21.2		21.8		22.3	22.9	
Aufwand	-8.7	-3.4	0.0	-3.4	0.0	-3.5	0.0	-3.5	-3.3	-62.1
- Übertrag an Amt für Verkehr (AFV)		-3.3		-3.0		-3.0		-3.0	-2.8	
Saldo	0.0	17.6	0.0	17.8	0.0	18.3	0.0	18.8	19.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand			0.0	669.3	0.0	687.1	0.0	705.5	724.6	0.0

Aufgaben

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Fonds 5921	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	17.789
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 5921
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Fondsbestand

- Der Fondsbestand erhöht sich mit IPSAS wegen der Aufwertung der Unique-Aktien im Verwaltungsvermögen vom Nennwert (50 Fr.) auf den Anschaffungswert (250 Fr.) um ca. 430 Mio. Fr.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Fondsbestand

- Der Fondsbestand steigt dank höheren Zinserträgen und stagnierenden Aufwendungen im Bereich Flughafen und Luftverkehr um jährlich 18 bis 20 Mio. Fr.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Zinserträge steigen dank höherem Fondsbestand auf 21 bis 23 Mio. Fr.

Fondsbestand

- Der Fondsbestand erhöht sich mit IPSAS wegen der Aufwertung der Unique-Aktien im Verwaltungsvermögen vom Nennwert (50 Fr.) auf den Anschaffungswert (250 Fr.) um ca. 430 Mio. Fr.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	403.2	421.9	0.0	404.3	0.0	406.5	0.0	409.6	413.2	2.5
- Buchgewinne (Liegenschaften)		10.0		10.0		10.0		10.0	10.0	
- Ertrag Treibstoffzoll		36.1		36.4		36.4		36.9	37.1	
- Ertrag LSVA		52.6		56.6		55.3		55.4	55.4	
- Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG 3200 StVA		286.1		289.1		291.1		293.1	295.1	
Aufwand	-403.2	-459.2	0.0	-356.7	0.0	-391.7	0.0	-363.0	-366.7	-9.0
- Vergütung an Amtsstellen		-6.2		-6.2		-6.3		-6.3	-6.3	
- Übertrag an TBA und AFV		-451.7		-349.2		-384.2		-355.4	-359.2	
Saldo	0.0	-37.2	0.0	47.6	0.0	14.7	0.0	46.6	46.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand			0.0	422.7	0.0	437.4	0.0	484.0	530.5	0.0

Aufgaben

A1 Ausweis über die Verwendung der jährlich verfügbaren eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben sowie Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens (Liegenschaften Strassenfonds). Finanzierung der Nettoaufwendungen von Tiefbauamt (TBA, LG 8400) sowie strassenbezogenem Teil des Amtes für Verkehr (AFV, LG 5205 [in den Jahren 2007 und 2008 Verkehr und Infrastruktur Strasse, VIS]), allfälliger Zinsen für Vorschüsse aus der Staatskasse und möglicher Buchverluste.

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-
bis
ziel Nr.

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Fonds 5925	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	47.562
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 5925
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Dem Strassenfonds wurde wegen der Einrichtung eines neuen Buchungskreises (5923) für die Lärmrechnungsfonds, die in die Leistungsgruppe 5921 Fonds für den Flughafen integriert wird, aus ordnungstechnischen Gründen eine neue Leistungsgruppen-Nummer zugeteilt (bisher 5922, neu 5925).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Fondsübertrag an TBA und AFV fällt tiefer aus. Einerseits wegen geringeren Abschreibungen durch die Einführung von IPSAS, andererseits durch Inkrafttreten der NFA und die Übergabe der Nationalstrassen an den Bund (Wegfall der Folgekosten).
- Die Netzfertigstellung der Nationalstrassen wird noch durch den Kanton abgewickelt.
- Im Jahr 2008 wurde letztmals eine Tranche für die Spezialfinanzierung der Glattalbahn von 20 Mio. Franken ausgerichtet (für diese LG saldoneutral, da Gutschrift aus der Leistungsgruppe Generalsekretariat erfolgt).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Der Fondsübertrag an die Ämter pendelt sich nach der Einführung von IPSAS und der Übergabe der Nationalstrassen an den Bund auf tieferem Niveau ein. Wegen der länger wirkenden Dauer der linearen Abschreibungen ist für eine nachhaltige Fondsentwicklung ein höherer Fondsbestand nötig.
- Der Ertragsanteil an der LSVa und der eidg. Mineralölsteuer wurde an die aktuellsten Prognosen des Bundes angepasst. Die neue Abgasnorm EURO-3 wird bei den LSVa-Anteilen ab 2010 zu Mindereinnahmen führen (rund 2 Mio. Fr. jährlich).

Fondsbestand

- Der Fondsbestand wird nach dem guten Ergebnis 2007 weiter ansteigen.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Fondsbestand

- Die Neubewertung nach IPSAS bei Inkrafttreten des CRG führt wegen der Aufwertung von Verwaltungsvermögen (im Amt für Verkehr und Tiefbauamt) und Finanzvermögen (im Strassenfonds) zu höheren Bestandeswerten.
- Die Bewertungsgewinne wurden in das Fondsbestand eingelegt.



7. Projekte

Amt für Verkehr

- Projekt-Nr. AFV 01: Regionale Gesamtverkehrsprojekte als Grundlage für die Entwicklung von Agglomerationsprogrammen
- Projekt-Nr. AFV 04: Nationalstrasse SN 1.4.1, Umbau Pfingstweidstrasse/Tram Zürich West (2008: VIS 03)

Verkehrsfonds

- Projekt-Nr. Verkehrsfonds 01: Ausbau der SBB-Anlagen Durchgangsbahnhof Löwenstrasse
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds 02: Stadtbahn Glattal
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds 03: Tram Zürich-West
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds 04: S-Bahn, 4. Teilergänzung
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds 06: S-Bahn, 3. Teilergänzung
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds 07: Weitere Tramprojekte Zürich



Projekt-Nr. AFV 01	Regionale Gesamtverkehrsprojekte als Grundlage für die Entwicklung von Agglomerationsprogrammen
-------------------------------	--

Volkswirtschaftsdirektion / Amt für Verkehr
Kurzumschreibung Projekt

Das vorliegende Projekt wird als wichtigste Ergebnisse eine einheitliche Dokumentation der Ziele und Grundsätze der Agglomerationspolitik des Kantons Zürich, im Kontext Verkehr - Siedlung - Umwelt, die Entwicklung und Evaluation von Verkehrskonzepten sowie konkrete Realisierungs- und Finanzierungsprogramme für die prioritären Massnahmen hervorbringen.

Damit sollen die Entscheidungsträger in die Lage versetzt werden, Kosten und Nutzen der vorgeschlagenen Massnahmen im Gesamtzusammenhang zu beurteilen.

Wirkungsziel:

Konkretisierung des Gesamtverkehrskonzeptes auf regionaler Stufe; auf Siedlung und Umwelt abgestimmte Verkehrsentwicklung.

Leistungsziel:

Entwicklung von regionalen Verkehrskonzepten, welche auf die Ziele der kantonalen Richtplanung sowie auf das Gesamtverkehrskonzept abgestimmt sind.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-0.3	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. AFV 01

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
10/04	- Strategie 'Agglomerationsverkehr des Kantons Zürich' (RRB Nr. 1638/2004)
12/05	- Schlussbericht zu den Verkehrskonzepten und die Realisierungs- und Finanzpläne für die prioritären Massnahmen (11.11.05)
02/06	- RRB 151/2006 Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr vom 1. Februar 2006
07/06	- Bericht Zwischenbeurteilung Bund (6.7.2006)
12/07	- RRB 1697/2007 Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr Kanton Zürich, Verabschiedung.
10/08	- Prüfung durch den Bund
	- Für die Projektierungs- und Realisierungsphase werden neue Projekte definiert.

Bemerkungen

Projektauftrag gemäss RRB Nr. 528/2003 und RRB 151/2006



Projekt-Nr. AFV 04	Nationalstrasse SN 1.4.1, Umbau Pfingstweidstrasse/Tram Zürich West (2008: VIS 03)
Volkswirtschaftsdirektion / Amt für Verkehr	

Kurzumschreibung Projekt
Gemeinsames Projekt: SN 1.4.1, Zürich - Westast. Umbau der Pfingstweidstrasse SN 1.4.1 als Stadtstrasse mit Zubringerfunktion (Nationalstrasse 3. Klasse), von Anlageteilen für den Langsamverkehr und städtebauliche Aufwertung/Gestaltung. Gemeinsames Projekt mit dem Tram Zürich West.
Wirkungsziel:
Umbau der Pfingstweidstrasse in eine Stadtstrasse im Gemischtverkehr mit Erschliessungsfunktion. Städtebauliche Aufwertung des Quartiers Zürich West.
Leistungsziel:
Umbau der Pfingstweidstrasse zusammen mit der neuen Tramlinie Zürich West in Seitenlage. Städtebauliche Gestaltung und Aufwertung des Quartiers Zürich West.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	-63.0	-0.8	-4.6	-19.7	-19.7	-17.2	-0.8

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0

Meilensteinplanung Projekt-Nr. AFV 04	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Volksabstimmungen (städtisch und kantonal) angenommen
2008	- Baubeginn zusammen mit dem Tram Zürich West
2011	- Inbetriebnahme der Strasse zusammen mit der Tramlinie

Bemerkungen
Kostenanteile SN 1.4.1 an den Gesamtkosten von 149 Mio. Fr.: Bund 58%, Kanton 42%.



Projekt-Nr. Verkehrsfonds 01	Ausbau der SBB-Anlagen Durchgangsbahnhof Löwenstrasse
Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme einer neuen Durchmesser-Verbindung Wiedikon - Zürich HB - Oerlikon mit Westanschluss nach Altstetten, viergleisigem unterirdischem Bahnhof mit rund 400 m langen Perrons in Zürich und 7./8. Gleis Oerlikon entsprechend der am 23.9.2001 vom Stimmvolk genehmigten Kreditvorlage und der vom Regierungsrat beschlossenen Projektänderungen</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Maximaler Beitrag zur Standortqualität des Wirtschaftsraums Zürich (Verbesserung Erreichbarkeit, Verringerung Reisezeiten, Erhöhung Zuverlässigkeit, Verbesserung der interregionalen, nationalen und internationalen Vernetzung);</p> <p>Siedlungsentwicklung im Sinne des kantonalen Richtplans: Hohe Siedlungsqualität in Zentrumsgebieten; ebenso hohe Qualität in der Verkehrsgunst.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Ausreichende, auf die Verkehrsentwicklung abgestimmte Infrastruktur.</p> <p>Finanzierungsziele: Mitfinanzierung (1/3) der festen Anlagen durch den Verkehrsfonds und Vorfinanzierung der Bundesanteile bis max. 500 Mio. CHF ; Mitfinanzierung des späteren Betriebs durch den ZVV (Abgeltung).</p> <p>Versorgungsträgerziele: Beachtung der Rahmenbedingungen Bahnreform und der Zuständigkeitsordnung Eisenbahngesetz.</p> <p>Prozessziele: Ausschöpfung Rationalisierungspotential im Rahmen Modernisierung Bahninfrastruktur.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-673.6	-99.0	-160.3	-174.7	-151.2	-217.1	-188.1

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-3.5	-6.1	-11.6	-16.9	-22.8	-29.4
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 01	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2002 - 2007	- Projektierung, Realisierung von Vorinvestitionen
2005 - 2008	- Vorzeitige Bauausführung Passage Sihlquai
12.2006	- Plangenehmigung gemäss Eisenbahngesetz
9.2007	- Baubeginn Hauptarbeiten
12.2013	- Inbetriebnahme Bauetappe 1 (Wiedikon - Zürich HB - Oerlikon)
12.2015	- Inbetriebnahme Bauetappe 2 (Anschluss Altstetten)

Bemerkungen
<p>Bewilligter Kredit (Staatsbeitrag) Volksabstimmung 580 Mio. CHF; Preisstand 1.8.00.</p> <p>Zusatzkredite 93.6 Mio. CHF+ 455 Mio. CHF (Vorfinanzierung) ; Preisstand 1.8.00</p> <p>Belastung der Erfolgsrechnung des Verkehrsfonds durch Zinsen. Die Abschreibungen beginnen erst nach Inbetriebnahme.</p> <p>Die Rückzahlung der Vorfinanzierung erfolgt ab 2014</p> <p>Projektaufwand 2008 inkl. Kreditüberschreitung</p>



Projekt-Nr. Verkehrsfonds 02	Stadtbahn Glattal
Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme der Stadtbahn Glattal gemäss Kreditbeschluss des Kantonsrates vom 23.09.2002.</p> <p>Wirkungsziel: Notwendiger Beitrag zur Entwicklung der Zentrumsgebiete im Raum Glattal nach den Vorstellungen des kantonalen Richtplans; hoher Marktanteil des öffentlichen Verkehrs im Glattal, u.a. im landseitigen Verkehr des Flughafens.</p> <p>Leistungsziel: Leistungsziele: Kurze Reisezeiten, hohe Zuverlässigkeit, Platz- und Taktangebot ist auf die potentielle Nachfrage ausgerichtet. Gewährleistung einer funktionierenden Verkehrserschliessung durch notwendige Strassenanpassungen.</p> <p>Finanzierungsziele: ÖV: Feste Anlagen durch Verkehrsfonds, Rollmaterial und späterer Betrieb durch ZVV. Strassen: Finanzierung durch entsprechende Einlagen allgemeiner Staatsmittel in den Strassenfonds.</p> <p>Versorgungsträgerziele: ÖV: Projektierung erfolgt durch die Verkehrsbetriebe Glattal (Projektierungskosten werden durch den ZVV finanziert); Trägerschaft für Betrieb ist noch offen. Strassen: Projektierung erfolgt durch TBA.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-555	-126.1	-124.2	-44.2	-40.2	-3.7	44.4

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-11.0	-13.2	-19.4	-20.8	-27.4	-28.1
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 02	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2003	- Kreditbeschluss; Volksabstimmung
2003	- Plangenehmigung gemäss Eisenbahngesetz
9.2004	- Baubeginn
12.2006	- Inbetriebnahme Bauetappe 1 (Oerlikon - Auzelg)
12.2008	- Inbetriebnahme Bauetappe 2 (Ambassador - Flughafen Fracht und Zusatzverbindung Binzmühlestrasse/Friesstrasse)
12.2010	- Inbetriebnahme Bauetappe 3 (Auzelg - Stettbach)

Bemerkungen
<p>* Belastung Verkehrsfonds (Erfolgsrechnung) durch Zinsen und Abschreibungen</p> <p>** Zusätzliche Auswirkungen auf den Staatshaushalt entstehen nicht. Die o.g. Investitionen im ÖV werden durch den Verkehrsfonds finanziert (siehe 5920); die Projektierungskosten sind durch den Staatsbeitrag an den Verkehrsverbund abgedeckt (siehe 9300). Die Strassenanpassungen werden durch entsprechende Einlagen allgemeiner Staatsmittel in den Strassenfonds (5925) finanziert.</p> <p>Ab 2012 nachschüssige Beiträge des Bundes aus dem Infrastrukturfonds (IFG).</p>



Projekt-Nr. Verkehrsfonds 03	Tram Zürich-West
Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme der Tramstrecke Zürich-West ("Pfingstweid") im Sinne des Eintrages im kantonalen Richtplan und der Vorlage Nr. 4358 an den Kantonsrat.</p> <p>Wirkungsziel: Massgeblicher Beitrag an die vom kantonalen Richtplan geforderte Siedlungsentwicklung nach innen. Bessere Erschliessung von Zürich-West mit dem öffentlichen Verkehr.</p> <p>Leistungsziel: Leistungsziele: Kurze Reisezeiten, hohe Zuverlässigkeit, Platz- und Taktangebot auf die potentielle Nachfrage ausgerichtet. Finanzierungsziele: Feste Anlagen durch Verkehrsfonds und Dritte, Rollmaterial und späterer Betrieb durch ZVV. Versorgungsträgerziele: Projektierung und Bau erfolgen durch die Stadt Zürich (Verkehrsbetriebe Zürich und Tiefbauamt der Stadt Zürich). Wirtschaftlichkeitsziele: Wird durch Betriebsträgerschaft sichergestellt werden müssen.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-45.0		-18.5	-32.3	-22.5	-9.8	14.1

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung			-0.3	-1.1	-3.5	-4.3	-4.3
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 03	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2003	- Abschluss Vorprojekt
2004	- Abschluss Bauprojekt
2007	- Abschluss Plangenehmigungsverfahren
2007	- Abschluss Kreditgenehmigungsverfahren
2008	- Baubeginn
12.2010	- Inbetriebnahme

Bemerkungen
<p>* Kostenbeteiligung Kanton Zürich (Preisstand 1.4.04). Voksabstimmungen vom 25.11.07 über 90 Mio. Fr., darin enthalten ist der mutmassliche Bundesbeitrag von 45 Mio Fr.</p> <p>** Belastung der Erfolgsrechnung des Verkehrsfonds durch Abschreibungen und Zinsen.</p> <p>Ab 2012 nachschüssige Beiträge des Bundes aus dem Infrastrukturfonds (IFG).</p> <p>Das Bauprogramm wird mit demjenigen der Nationalstrasse SN 1.4.1 koordiniert.</p>



Projekt-Nr. Verkehrsfonds 04	S-Bahn, 4. Teilergänzung
Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds	

Kurzumschreibung Projekt
Planung und Realisierung der 4. Teilergänzung der S-Bahn-Infrastruktur (Beitrag des Kantons Zürich).
Wirkungsziel:
Wirkungsziel: Beitrag zur Übernahme des vom Richtplan geforderten halben Verkehrswachstums durch den öffentlichen Verkehr.
Finanzierung: Infrastruktur durch Verkehrsfonds, Rollmaterial und Betrieb durch ZVV.
Wirtschaftlichkeit: Wird durch Betriebsträgerschaft sichergestellt werden müssen.
Leistungsziel:
Leistungsziel: Erweiterung des Taktangebotes der S-Bahn, ausgerichtet auf die Eröffnung der Durchmesserlinie und die stark gestiegene Nachfrage.
Versorgungsträger: Projektierung erfolgt durch SBB, Träger des Betriebs sind die SBB.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-231				-2.1	-22.8	-75.4

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung						-0.4	-2.0
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 04	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006-2007	- Planungsstudie
2008-2009	- Vorprojekte und Auflageprojekte
2008	- Kreditantrag für 4. Teilergänzung
2010-2020	- Bauausführung und Teilbetriebnahmen

Bemerkungen



Projekt-Nr. Verkehrsfonds 06	S-Bahn, 3. Teilergänzung
---	---------------------------------

Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds
Kurzumschreibung Projekt

Planung und Realisierung des 3. Ausbaus der S-Bahn-Infrastruktur (Beitrag des Kantons Zürich) im Oberland, Knonaueramt, Furtal, Sihltal und in Winterthur Hegi.

Wirkungsziel:

Wirkungsziel: Beitrag zur Übernahme des vom Richtplan geforderten halben Verkehrswachstums durch den öffentlichen Verkehr.

Finanzierung: Infrastruktur durch Verkehrsfonds, Rollmaterial und Betrieb durch ZVV.

Versorgungsträger: Projektierung erfolgt durch SBB und SZU; Träger des Betriebs sind die SBB und die SZU.

Wirtschaftlichkeit: Wird durch Betriebsträgerschaft sichergestellt werden müssen.

Leistungsziel:

Leistungsziel: Erweiterung Taktangebot der S-Bahn, ausgerichtet auf die stark gestiegene Nachfrage.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-95.8	-30.3	-14.8				

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-2.4	-6.4	-6.7	-6.7	-6.7	-6.7
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 06

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2004	- Projektierung
2005	- Baubeginn erstes Teilprojekt
12.2008	- Inbetriebnahme letztes Teilprojekt

Bemerkungen

* bewilligter Kredit (Staatsbeitrag) mit Preisstand 12.2002

** Belastung der Erfolgsrechnung des Verkehrsfonds durch Abschreibungen und Zinsen



Projekt-Nr. Verkehrsfonds 07	Weitere Tramprojekte Zürich
Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds	

Kurzumschreibung Projekt
Planung und Realisierung des Ausbauschnittes 2015 gemäss Netzentwicklungsstudie VBZ 2006.
Wirkungsziel: Massgeblicher Beitrag an die vom kantonalen Richtplan geforderte Siedlungsentwicklung nach innen.
Leistungsziel: Leistungsziele: Kurze Reisezeiten, hohe Zuverlässigkeit, Platz- und Taktangebot auf die potentielle Nachfrage ausgerichtet. Finanzierungsziele: Feste Anlagen durch Verkehrsfonds und Dritte, Rollmaterial und späterer Betrieb durch ZVV. Versorgungsträgerziele: Projektierung und Bau erfolgen durch die Stadt Zürich (Verkehrsbetriebe Zürich und Tiefbauamt der Stadt Zürich). Wirtschaftlichkeitsziele: Wird durch Betriebsträgerschaft sichergestellt werden müssen.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-90						-26.1

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							-0.4
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 07	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008/2009	- Vorprojekt Tram 8 (Hardbrücke)
2012	- Baubeginn

Bemerkungen
Kostenschätzung noch auf Stufe Machbarkeit



Gesundheitsdirektion

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Aufgaben
- 2.2 Organigramm
 - 2.2.1 Leistungsgruppenstruktur Gesundheitsdirektion
 - 2.2.2 Organisationsstruktur Gesundheitsdirektion
- 2.3 Grundlagen
 - 2.3.1 Rechtsgrundlagen
 - 2.3.2 Grundlagen für die Planung und Steuerung
- 2.4 Umfeldentwicklungen

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Die Entwicklungs- und Finanzplanung 2009-2012 der Gesundheitsdirektion hat in Bezug auf die Leistungsgruppen- und Fondsstruktur gegenüber dem KEF des Vorjahres keine Änderungen erfahren.

Für den KEF 2009-2012 ist die Beurteilung der Umfeldentwicklung überarbeitet und aktualisiert worden.

Der Regierungsrat hat in der Zwischenzeit die Legislaturziele 2007-2011 festgelegt. Ausgehend von den Legislaturzielen des Regierungsrates wurden die langfristigen Ziele der Gesundheitsdirektion vollständig überarbeitet.

Bei den Projekten ergeben sich gegenüber dem KEF des Vorjahres folgende Änderungen:

- Das revidierte KVG tritt mit seinen neuen Bestimmungen zur Spitalplanung auf den 1. Januar 2012 in Kraft. Der Kanton Zürich ist gefordert, seine Spitalplanung rechtzeitig auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten. Diese Arbeiten erfolgen im Rahmen des neuen Projektes "Spitalplanung 2012".
- Neu wurde das Projekt "Reorganisation Psychiatrieverbund Winterthur - Zürcher Unterland" in den KEF aufgenommen. Im Rahmen dieses Projektes ist ein gemeinsames psychiatrisches Versorgungskonzept für eine neue Region Winterthur / Zürcher Unterland zu erarbeiten.
- Zur Umsetzung der Legislaturmassnahme 17.4 des Regierungsrates wurde neu das Projekt "Stabilisierung des Bevölkerungsanteils mit einem BMI > 30" gestartet.
- Das Projekt "Auswirkungen KVG-Revision auf Spitalfinanzierung" wurde in das Projekt "Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung" integriert.

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung:				
KEF 2008-2011	-1'334	-1'381	-1'438	-
KEF 2009-2012	-1'338	-1'366	-1'410	-1'652
Veränderung	-4	15	28	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2008-2011	-149	-165	-163	-
KEF 2009-2012	-161	-176	-182	-184
Veränderung	-12	-11	-19	-

Erfolgsrechnung:

Der Saldo für das Jahr 2009 verschlechtert sich gegenüber dem KEF des Vorjahres um 4 Mio. Fr.. Zu diesem Resultat tragen die Verschiebung der KVG Revision (75 Mio. Fr.), Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (17 Mio. Fr.) sowie Verbesserungen aufgrund der Beschränkung der Abgeltung für Zürcher Grundversicherte auf Normpreis (9 Mio. Fr.) bei. Auf der anderen Seite sind Verschlechterungen bei den Lohn- und Sachkostenfaktoren (44 Mio. Fr.), die Zunahme der Abschreibungen und Zinsen insbesondere infolge Neubewertung der Liegenschaften (39 Mio. Fr.), Mehraufwand beim medizinischen Bedarf (8 Mio. Fr.), Mehraufwand bei den Regionalstellen des KJPD, bei der Tagesklinik Bülach und der Jugend- und Adoleszenzstation der ipw (7 Mio. Fr.), die Umsetzung der Legislaturziele Spitalplanung 2012 (3 Mio. Fr.) und Stabilisierung des Bevölkerungsanteils mit Adipositas (2 Mio. Fr.) sowie infolge von Massnahmen gegen die Blauzungenkrankheit und Bovine Virus-Diarrhoe (2 Mio. Fr.) zu verzeichnen.



Im Jahr 2010 resultiert gegenüber dem KEF des Vorjahres eine Saldoverbesserung von 15 Mio. Fr.. Zu dieser Verbesserung tragen die Verschiebung der KVG Revision (75 Mio. Fr.), Verbesserungen aufgrund der Beschränkung der Abgeltung für Zürcher Grundversicherte auf Normpreis (15 Mio. Fr.), Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (11 Mio. Fr.) sowie die Saldoverbesserung bei den Beiträgen an Krankenkassenprämien (11 Mio. Fr.) bei. Andererseits ist eine Mehrbelastung bei den Lohn- und Sachkostenfaktoren (41 Mio. Fr.), bei den Abschreibungen und Zinsen insbesondere infolge Neubewertung der Liegenschaften (39 Mio. Fr.), Mehraufwand beim medizinischen Bedarf (7 Mio. Fr.), Mehraufwand bei den Regionalstellen des KJPD, bei der Tagesklinik Bülach und der Jugend- und Adoleszenzstation der ipw (7 Mio. Fr.), die Umsetzung der Legislaturziele Spitalplanung 2012 (3 Mio. Fr.) und Stabilisierung des Bevölkerungsanteils mit Adipositas (2 Mio. Fr.) sowie infolge von Massnahmen gegen die Blauzungenkrankheit und Bovine Virus-Diarrhoe (2 Mio. Fr.) zu verzeichnen.

Im Jahr 2011 ergibt sich gegenüber dem KEF des Vorjahres eine Saldoverbesserung von 28 Mio. Fr.. Zu dieser Verbesserung tragen die Verschiebung der KVG Revision (75 Mio. Fr.), die Saldoverbesserung bei den Beiträgen an Krankenkassenprämien (18 Mio. Fr.), Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (15 Mio. Fr.) sowie Beschränkung der Abgeltung für Zürcher Grundversicherte auf Normpreis (15 Mio. Fr.) bei. Andererseits ist eine Mehrbelastung bei den Lohn- und Sachkostenfaktoren (45 Mio. Fr.), bei den Abschreibungen und Zinsen insbesondere infolge Neubewertung der Liegenschaften (31 Mio. Fr.), Mehraufwand beim medizinischen Bedarf (7 Mio. Fr.), Mehraufwand bei den Regionalstellen des KJPD, bei der Tagesklinik Bülach und der Jugend- und Adoleszenzstation der ipw (7 Mio. Fr.), die Umsetzung der Legislaturziele Spitalplanung 2012 (3 Mio. Fr.) und Stabilisierung des Bevölkerungsanteils mit Adipositas (2 Mio. Fr.) sowie infolge von Massnahmen gegen die Blauzungenkrankheit und Bovine Virus-Diarrhoe (2 Mio. Fr.) zu verzeichnen.

Für die Periode 2009 bis 2011 kann gegenüber dem KEF des Vorjahres eine Saldoverbesserung von insgesamt 39 Mio. Fr. erzielt werden.

Investitionsrechnung:

Die Planung folgt den Plafondsvorgaben gemäss Budgetierungsrichtlinien der Regierung; zusätzlich wurden Fr. 6 Mio. p.a., insgesamt Fr. 24 Mio., für dringenden Sanierungs- und Modernisierungsbedarf am Universitätsspital aufgenommen.

2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

2.1 Aufgaben

Die Aufgaben der Gesundheitsdirektion lassen sich im Wesentlichen in zwei Gruppen aufteilen:

Gesundheitsversorgung:

Die Gesundheitsdirektion stellt im Rahmen ihrer Zuständigkeiten in erster Linie eine bedarfsgerechte und effiziente Gesundheitsversorgung der Bevölkerung des Kantons Zürich sicher. Hierzu gehören Leistungen zur Erhaltung, Förderung und Wiederherstellung der Gesundheit, wobei das Schwergewicht bei der stationären somatischen und psychiatrischen Patientenbehandlung liegt. Die Gesundheitsdirektion plant und steuert insbesondere die stationären Leistungsangebote und gewährt kantonalen, kommunalen und privaten Institutionen Beiträge an die Betriebs- und Investitionskosten. Darüber hinaus unterstützt, koordiniert und veranlasst die Gesundheitsdirektion Aktivitäten zur Prävention sowie zur Gesundheitsförderung.

Aufsicht:

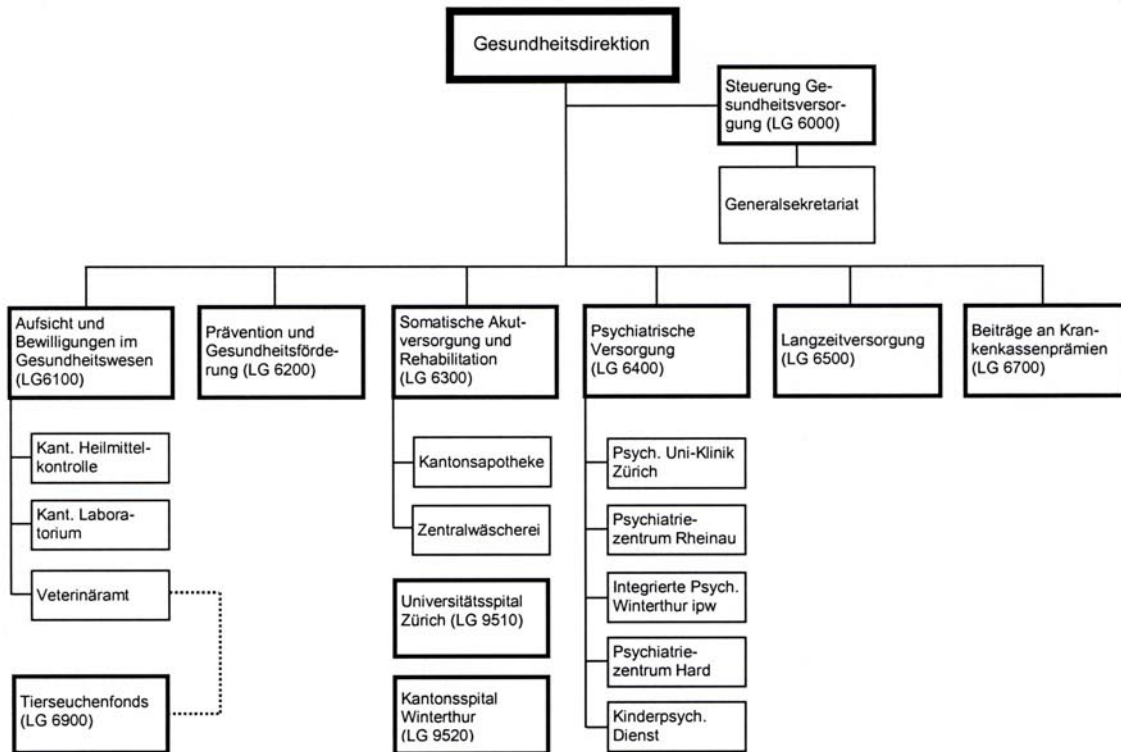
Die Gesundheitsdirektion erteilt Bewilligungen zur selbständigen Berufsausübung für die in der Gesundheitsgesetzgebung geregelten Berufe sowie Bewilligungen für den Betrieb von Spitälern, Pflegeheimen und anderen Institutionen des Gesundheitswesens. Sie kontrolliert und regelt gemäss eidgenössischer und kantonaler Gesetzgebung die Abgabe von Betäubungsmitteln, überwacht die Meldungen zu übertragbaren Krankheiten, kontrolliert Arzneimittel, Blut und Blutprodukte sowie Medizinalprodukte, kontrol-



liert die Lebensmittel, deren Verarbeitung und industrielle Herstellung und vollzieht die Tierschutzgesetzgebung.

2.2 Organigramm

2.2.1 Leistungsgruppenstruktur Gesundheitsdirektion



Legende:



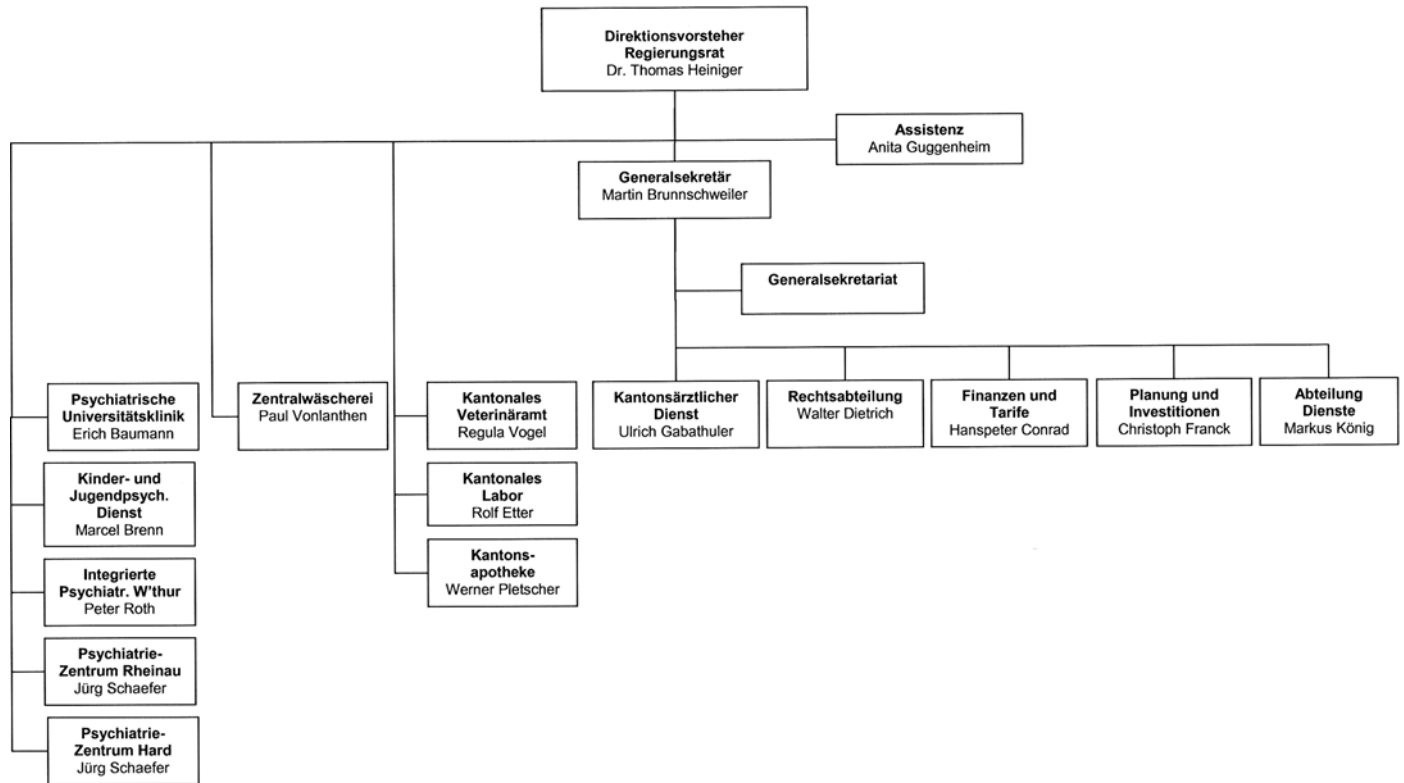
KEF - Leistungsgruppen (LG) / Fonds



Kantonale Leistungserbringer / Betriebe



2.2.2 Organisationsstruktur Gesundheitsdirektion



2.3 Grundlagen

2.3.1 Rechtsgrundlagen

a) Bundesrecht und interkantonale Vereinbarungen

- Sozialversicherungsgesetzgebung (Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invalidenversicherung)
- Epidemiengesetzgebung (Übertragbare Krankheiten des Menschen, Tierseuchen)
- Medizinalgesetzgebung (Forschung, Ethik, Medizinalberufe)
- Lebensmittelgesetzgebung (Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände)
- Heilmittelgesetzgebung (Arzneimittel, Medizinprodukte, Betäubungsmittel, Tierarzneimittel)
- Chemikaliengesetzgebung (gefährliche Stoffe)
- Tierschutzgesetzgebung
- Statistikgesetzgebung (Gesundheits- und Sozialstatistik)

b) Kantonales Recht

- Gesundheitsgesetz
- Gesetz über das Universitätsspital Zürich, Gesetz über das Kantonsspital Winterthur
- Patientinnen- und Patientengesetz
- Gesetz über die ärztlichen Zusatzhonorare
- Einführungsgesetz zum KVG, Einführungsgesetz zum IVG
- Staatsbeitragsgesetz
- Verordnungen zu den kantonalen Krankenhäusern
- Verordnungen zu Staatsbeiträgen an die Krankenpflege
- Verordnungen zu den Medizinalberufen
- Verordnungen zu Lebensmitteln, Heilmitteln, Betäubungsmitteln, Chemikalien



- Verordnungen zur gesundheitlichen Fürsorge und zum Bestattungswesen
- Vollzugsverordnung zum Epidemien-gesetz
- Zürcher Spitalliste 1998 (Regierungsratsbeschluss)

2.3.2 Grundlagen für die Planung und Steuerung

Die Gesundheitsdirektion erstellt periodisch Grundlagen für die Planung und Steuerung der Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich:

a) Zürcher Krankenhausplanung:

Die Gesundheitsdirektion erarbeitete erstmals im Jahr 1947 eine bedarfsorientierte Planung der stationären Einrichtungen für die somatische Medizin. Diese Planung wurde in der Folge mehrmals ganz oder teilweise überarbeitet, zuletzt im Jahr 1997 als Grundlage für die Verabschiedung der Zürcher Spitalliste 1998.

b) Zürcher Spitalliste 1998 (inkl. Fortschreibung, letztmals geändert am 9. Januar 2008);

Zürcher Spitalliste Psychiatrie 2008;

Zürcher Pflegeheimliste 1998 (inkl. Fortschreibung, letztmals geändert im Juni 2007):

Gemäss Bundesgesetz über die soziale Krankenversicherung (KVG) sind die Kantone verpflichtet, für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung eine bedarfsgerechte Spitalplanung durchzuführen. Die zur Behandlung von Patientinnen und Patienten zu Lasten der obligatorischen Grundversicherung zugelassenen Spitäler sind auf einer nach Leistungsaufträgen kategorisierten Spitalliste aufzuführen. Für Pflegeheime und Rehabilitationseinrichtungen sind analoge Listen zu erstellen.

c) Kenndatenbücher:

Die Gesundheitsdirektion führt statistische Erhebungen zur Gesundheitsversorgung durch. Seit knapp dreissig Jahren werden die wichtigsten Kennzahlen der somatischen Akutversorgung, der psychiatrischen Versorgung und der Langzeitversorgung in Form von Kenndatenbüchern publiziert.

d) Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich:

Die Gesundheitsdirektion führt jährlich eine Befragung zur Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung durch. Ausgewählte Ergebnisse werden als Wirkungsindikatoren in der Leistungsgruppe Steuerung Gesundheitsversorgung ausgewiesen.

e) Zürcher Gesundheitsbericht:

Im Auftrag der Gesundheitsdirektion erstellt das Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ) im Abstand von fünf bis sieben Jahren einen Bericht zur Gesundheitssituation im Kanton Zürich. Der Bericht analysiert den Gesundheitszustand und das Wohlbefinden der Bevölkerung und bezeichnet entsprechende Massnahmenbereiche. Er wurde bisher dreimal (1994, 1999, 2007) herausgegeben.

f) Leistungs- und Fachkonzepte:

Zu einzelnen medizinischen Fachbereichen werden nach Bedarf Leistungskonzepte erstellt, die im Wesentlichen Verfeinerungen der kantonalen Spitalplanung sind (chronologisch aufgelistet):

- Konzept Medical Board (2006)
- Palliative Care-Konzept für den Kanton Zürich (2006)
- Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich (2004)
- Notfallversorgung durch den KJPD (2003)
- Dialysenkonzept (2002)
- Psychiatriekonzept für den Kanton Zürich (1999)

g) Handbücher:

Zu spezifischen Fachfragen erstellt die Gesundheitsdirektion nach Bedarf Handbücher, die den betroffenen internen und externen Stellen als Leitfaden dienen (chronologisch aufgelistet):



- Handbuch PRISMA Wegleitung zur Erhebung des Patientenrecord in der Somatik (2008)
- PSYREC-KTR-Handbuch (2007)
- Manual zur Einführung der Kostenträgerrechnung in den psychiatrischen Kliniken (2004)
- Investitionshandbuch für subventionierte Betriebe (2003)
- Investitionshandbuch für kantonale Betriebe (2003)
- Einführung Kostenträgerrechnung (2002)

2.4 Umfeldentwicklungen

Gesellschaftliche Faktoren:

- Die Bevölkerungsstruktur verändert sich nachhaltig. Obwohl die Zahl der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung recht stabil bleibt, nimmt ihr Anteil stetig ab, weil gleichzeitig die Anzahl der über 65-Jährigen deutlich zunimmt. Die steigende Lebenserwartung führt zu häufigerem Auftreten von typischen Alterskrankheiten und zu einer Zunahme der Mehrfacherkrankungen (Multimorbidität). Zudem besteht die Gefahr, dass bei der heutigen Lebensweise Bewegungsmangel, Fehlernährung, Suchtverhalten sowie Stressbelastungen zu weiteren Gesundheitsstörungen führen können. Der individuellen Verantwortung für die eigene Gesundheit kommt zunehmend ein hoher Stellenwert zu. Gleichzeitig erhalten lebenserhaltende und beschwerdenmindernde Massnahmen eine grössere Bedeutung.
- Die zunehmende weltweite Migration und die damit verbundene Einwanderung in die Schweiz einerseits sowie die weiterhin hohe Mobilität bzw. grosse Reisetätigkeit der Schweizer Bevölkerung andererseits führen zu vielschichtigen Anforderungen an die Gesundheitsversorgung, die tendenziell die Gesundheitsausgaben steigen lassen. Die weltweite Wirtschaftsvernetzung und intensive Reisetätigkeit birgt auch die Gefahr einer rascheren Entwicklung und Ausbreitung übertragbarer Krankheiten.

Allgemeine Trends im Gesundheitswesen:

- Der Einfluss von aussen auf Grund supranationaler Verträge (WHO) und der Ausdehnung der bilateralen Verträge mit der EU auf die kantonalen Gesundheitswesen nimmt zu. Durch die Ausdehnung der Verträge auf die neuen EU-Länder verstärken sich insbesondere die mit dem freien Personenverkehr verbundenen Effekte im Gesundheitswesen (Krankenversicherung, Zulassung zu den freien Gesundheitsberufen).
- Ebenfalls ist eine Zunahme der Einflussnahme des Bundes auf die Steuerung des Gesundheitswesens festzustellen. Dadurch verändert sich die Rolle der Kantone von einer aktiv steuernden stärker zu einer vollziehenden hin. Stärkere Regulierungen durch den Bund, z.B. bei den Gesundheitsberufen, führen zu einem erhöhten Aufwand bei der kantonalen Aufsicht.
- Im Bereich der Gesundheitsberufe (u.a. Pflege- / MTTB-Berufe) erfolgt eine Angleichung an die übrigen Berufszweige aufgrund des neuen Berufsbildungssystems. Die Ausbildungen im Gesundheitswesen wurden national harmonisiert und deren Europakompatibilität erreicht. Die Tertialisierung der Ausbildungen führt einerseits zu einem Anstieg der Qualität und andererseits zu höheren Kosten.
- Die Anzahl der Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz nimmt weiterhin zu. Dabei nimmt der Anteil der Schweizer Ärzte ab, derjenige der ausländischen Ärzte jedoch zu.
- Die Fragen zur Konzentration in der Spitzenmedizin und zur hausärztlichen Versorgung sowie zur Notfall-Versorgung gewinnen stark an Bedeutung. Die Diskussion, was an medizinischen Leistungen machbar, wünschbar und finanzierbar ist, wird zunehmen. Die Ansprüche an das Leistungsangebot des Staates sind nach wie vor hoch.
- Der konsequenten Vernetzung und Zusammenarbeit der Leistungserbringer im Gesundheitswesen kommt in Zukunft eine steigende Bedeutung zu. Dies umfasst sowohl Netze von Anbietern mit geographisch verschiedenen Standorten wie auch Gesundheitszentren, bei denen die Vernetzung unter einem gemeinsamen Dach gelebt wird. Zentral wird dabei sein, optimale Rahmenbedingungen für netzwerkartige Zusammenschlüsse von Leistungserbringern im Gesundheitswesen zu schaffen. Bezüglich der Bestrebungen zur Förderung von Netzwerken ist ein breiter politischer Konsens zu verzeichnen.
- Das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Themen Gesundheit, Wohlbefinden und Medizin wächst ständig. Insbesondere erwartet die Bevölkerung Orientierungshilfen zur Frage der Qualität von Gesundheitsdienstleistungen. Auf der Grundlage dieses steigenden Informationsbedürfnisses erlangt die Erhebung und Auswertung von Qualitätsdaten zunehmend an Gewicht. Zu-



dem nehmen mit dem Übergang zu einer verstärkt fallbasierten Leistungsabteilung im stationären Bereich die Anforderungen an die Qualitätssicherung weiter zu. Die Erhebung von Qualitätsindikatoren in der Spitalversorgung dient dazu, Einblicke in die Leistungserbringung zu gewähren und so den kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu fördern. Von verschiedener Seite sind Aktivitäten zur Qualitätsmessung und zur Schaffung von Transparenz bezüglich der Qualität zu verzeichnen.

Medizinische und medizintechnologische Faktoren:

- Verbesserungen in der Diagnostik führen zur früheren und breiteren Erfassung von Gesundheitsstörungen sowie rascheren Behandlung von Patientinnen und Patienten.
- Die stetige Forschung und Weiterentwicklung im Bereich Geräte, Medikamente sowie Diagnose- und Behandlungstechniken führen nur in wenigen Fällen zu Effizienzsteigerungen im System Gesundheitswesen, sondern zu Kostensteigerungen, insbesondere aber auch zu einer Erweiterung des Behandlungsspektrums mit entsprechenden Mengenausweitungen und damit weiteren Kostensteigerungen. Parallel steigt jedoch die Wirkung und Qualität der medizinischen Behandlung.
- Gleichzeitig findet eine permanente Diffusion von Diagnose- und Behandlungsverfahren aus der spezialisierten und hochspezialisierten Medizin in die Grundversorgung statt.
- Durch minimalinvasive Verfahren, aber auch durch die Intensivierung der Behandlung kann die Behandlungsdauer reduziert werden. Dies führt teilweise zu höheren Kosten für die Akutversorgung, aber auch zu tieferen sozialen Folgekosten. Die entsprechenden Einsparungen fallen jedoch ausserhalb des Gesundheitswesens an.
- Die Minimierung der Eingriffe in den menschlichen Körper durch die oben erwähnten neuen Operationstechniken führt zu einer Verlagerung von stationären zu ambulanten Behandlungen. Dies führt zu einer Intensivierung des Spitalbetriebes mit entsprechenden Auswirkungen, z.B. auf die Pflege.

Ökonomische Faktoren:

- In den somatischen Akutspitalern des Kantons Zürich ist über die letzten 15 Jahre ein sinkender Bettenbestand, eine Abnahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer, ein Rückgang der verrechneten Pflage tage bei steigendem Personalbestand und ein steigender Betriebsaufwand festzustellen. Die Abnahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer entspricht einem gesamteuropäischen Trend und dürfte durch Einführung der Leistungsfinanzierung (SwissDRG) noch verstärkt werden.
- Der Druck zu weiteren Produktivitätssteigerungen nimmt auf Grund der Kostenentwicklung zu, was politische und gesellschaftliche Diskussionen auslösen und zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen führen wird.
- Die Nachfrage nach Leistungen im Gesundheitswesen wird zu einem grossen Teil durch die Anbieter bestimmt. Es besteht eine hohe Zahl an selbständig tätigen Ärztinnen / Ärzten und an stationären Behandlungseinrichtungen. Der bundesweite Zulassungsstopp bei der niedergelassenen Ärzteschaft hat bisher keine nachweisbaren Auswirkungen gehabt. Die Zulassung weiterer neuer Gesundheitsberufe führt tendenziell zu einer Mengen- und Kostenausweitung.
- Das Gesundheitswesen steht mit den Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen vor neuen Herausforderungen. Insbesondere zu erwähnen sind die Regelungen der KVG-Revision vom 21. Dezember 2007 im Bereiche der Spitalfinanzierung (mit der Einführung von auf nationalen Strukturen beruhenden, leistungsbezogenen Tarifen mit Betriebs- und Investitionskosten abgeltenden Pauschalen auf der Basis von diagnosebezogenen Fallgruppen DRGs [Diagnosis Related Groups], der Subventionierung von Privatspitalern und der Mitfinanzierung von Aufenthalten im Rahmen der interkantonal freien Spitalwahl sowie die Beteiligung der Versicherer an den Investitionskosten), der Spitalplanung (mit der Einführung einheitlicher Planungskriterien auf der Grundlage von Qualität und Wirtschaftlichkeit mit verstärkt leistungsorientierter Planung im Bereich der Akutsomatik) sowie der Pflegefinanzierung im Rahmen der laufenden KVG-Revision und zudem auf kantonaler Ebene im Rahmen der Revision des Gesundheitsgesetzes (Finanzierungsbereich) die Klärung der Aufgabenteilung bei der Finanzierung von Spitalern und Pflegeheimen.



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Die Gesundheitsdirektion strebt

- die Erhaltung und Förderung der Gesundheit,
- die Sicherstellung einer für alle Patientinnen und Patienten zugänglichen Gesundheitsversorgung,
- die Begrenzung des Wachstums der Ausgaben im Aufgabenbereich der Gesundheitsdirektion
- sowie die Erhöhung der Kosten- und Leistungstransparenz an.

Für die Aufgaben der Gesundheitsdirektion sind die Legislaturziele 1, 7, 14 und 17 sowie die Massnahmen 1.1, 1.2, 7.6, 14.2, 17.1 bis 17.6 der Legislaturziele des Regierungsrates von besonderer Bedeutung.

Ziel 1: Interessen des Kantons Zürich bei der Konzentration der hochspezialisierten Medizin wahren (LZ RR 1)

Als Ziel 1 für die Legislatur 2007-2011 hat der Regierungsrat festgelegt, Spitzenleistungen im Wissens- und Forschungsbereich sowie in der hochspezialisierten medizinischen Versorgung zu ermöglichen und zu fördern. Durch das koordinierte Festlegen strategischer Schwerpunkte im Bereich der Dienstleistung und im Bereich der Lehre und Forschung sowie durch gezielte Investitionen in diese Schwerpunktbereiche soll die hochspezialisierte Medizin am Standort Zürich gestärkt werden. Parallel dazu gilt es, den Aufbauprozess der interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM) zu begleiten und die Interessen des Kantons zu vertreten.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- In der hochspezialisierten Medizin eine kantonale Gesamtstrategie mit Schwerpunktbildungen entwickeln (LZ RR 1.1)
- In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren (LZ RR 1.2)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

Ziel 2: Finanzierungsanteile der öffentlichen Hand an der Akutversorgung zu 100% durch den Kanton übernehmen (LZ RR 7)

Der Regierungsrat hat als Ziel 7 für die Legislatur 2007-2011 festgelegt, die Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung zu stärken. In diesem Rahmen beabsichtigt er, im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden zu vermindern. Der Kanton übernimmt heute im Durchschnitt rund 50% der (beitragsberechtigten) ungedeckten Betriebskosten und 58% der Investitionskosten der Grundversorgungsspitäler. Zur Vereinfachung des Finanzierungssystems und damit Steuerung und Finanzierung von Gesundheitsversorgungsleistungen übereinstimmen, soll neu der Kanton die nach Abzug der Leistungen der Krankenversicherer und der Selbstzahler verbleibenden Betriebs- und Investitionskosten der kommunalen und regionalen Spitäler vollumfänglich übernehmen, soweit die Leistungen wirtschaftlich erbracht werden. Im Rahmen der Vernehmlassung zum Gesetz über den Finanzausgleich wurde die Übernahme der Kosten der Akutspitalversorgung durch den Kanton mehrheitlich befürwortet.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Neuregelung Spital- und Pflegefinanzierung
- Im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden vermindern (LZ RR 7.6)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 6000 Steuerung Gesundheitsversorgung
- 6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

**Ziel 3: Finanzierungsanteile der öffentlichen Hand an der Langzeitpflege zu 100% den Gemeinden übertragen (LZ RR 7)**

Der Regierungsrat hat als Ziel 7 für die Legislatur 2007-2011 festgelegt, die Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung zu stärken. In diesem Rahmen beabsichtigt er, im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden zu vermindern. Im Gegenzug zur Übernahme der Finanzierungsanteile der öffentlichen Hand an der Akutversorgung durch den Kanton (vgl. Ziel Nr. 2) sollen an die stationäre Langzeitpflege (Alters- und Pflegeheime) keine Staatsbeiträge mehr ausgerichtet werden.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung
- Im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden vermindern (LZ RR 7.6)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 6000 Steuerung Gesundheitsversorgung
- 6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen

Ziel 4: Prävention und Gesundheitsförderung im Zuständigkeitsbereich der Gesundheitsdirektion stärken (LZ RR 14 und 17)

Das Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich, verbunden mit den durch die Legislaturziele der Regierung bewirkten Massnahmen wie die Förderung des Sportes, der Alltagsbewegung und einer gesunden Ernährung legt eine Grundlage für das in diesem Bereich im Auftrag der Gesundheitsdirektion tätige Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ). Durch diese Strukturierung sollen die Prävention und Gesundheitsförderung gestärkt werden.

Als Ziel 14 für die Legislatur 2007-2011 hat der Regierungsrat festgelegt, die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung aller Bevölkerungsgruppen zu fördern. In diesem Rahmen hat er Informationskampagnen für gesunden Lebensstil vorgesehen.

Als Ziel 17 hat er festgelegt, eine qualitativ hochstehende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung zu erhalten. In diesem Zusammenhang werden Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung ausgearbeitet, um den Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI>30) zu stabilisieren.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich: Massnahmen zur Konzeptumsetzung
- Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen (LZ RR 14.2)
- Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI>30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren (LZ RR 17.4)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Ziel 5: KVG-Revision wettbewerbs-, innovations- und bedarfsorientiert umsetzen (LZ RR 17)

Der Regierungsrat hat als Ziel 17 für die Legislatur 2007-2011 festgelegt, eine qualitativ hochstehende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung zu erhalten.

Das Gesundheitswesen steht mit den im Rahmen der KVG-Revision beschlossenen Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen vor neuen Herausforderungen. Insbesondere zu erwähnen sind die neuen Regelungen der leistungsorientierten Spitalplanung, der Spitalfinanzierung (mit der Einführung der Subventionierung von Privatspitälern, der freien Spitalwahl sowie mit der Beteiligung der Versicherer an den Investitionskosten) und der Pflegefinanzierung. Die Umsetzung der neuen Bestimmungen hat bis 2012 zu erfolgen.



Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Planung der Spitäler einschliesslich Psychiatrien, Rehabilitationskliniken sowie Pflegeheime optimieren (LZ RR 17.1)
- Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern (LZ RR 17.2)
- Medizinische Leistungen im Interesse der Qualitätsförderung und effizienten Leistungserbringung konzentrieren (LZ RR 17.3)
- Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln (LZ RR 17.5)
- Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln (LZ RR 17.6)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 6000 Steuerung Gesundheitsversorgung
- 6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation
- 6400 Psychiatrische Versorgung
- 6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen



4. Finanzielle Entwicklungen

Gemäss revidiertem KVG vom 21. Dezember 2007 muss die Spitalfinanzierung bis 1. Januar 2012 grundsätzlich auf Fallpauschalen umgestellt werden. Die Fallpauschalen haben sowohl die Abgeltung der Betriebs- als auch der Investitionskosten zu umfassen. Dies wird voraussichtlich zu grösseren Verschiebungen zwischen der Investitions- und der Erfolgsrechnung führen. Da die finanziellen Auswirkungen zur Zeit noch nicht abgeschätzt werden können, sind im vorliegenden KEF diese Verschiebungen nicht berücksichtigt.

4.1 Bedeutende Investitionen

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über die noch nicht bewilligten Investitionsvorhaben des Zeitraumes 2009-2012 mit Projektkosten bzw. Staatsbeiträgen ab 10 Mio. Fr. (Projekte der Phasen I-IV gemäss Immobilienverordnung). In der Spalte "Vorentscheid" ist das voraussichtliche Jahr der Genehmigung des Projektantrages gemäss §§ 13-15 ImV vermerkt.

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
USZ, Gloriatrakt, Neubau	-85.0	2008	2010	2011-2015
USZ, Nordtrakt 1, Gebäudetechnik	-10.0	2008	2008	2009-2011
USZ, Nordtrakt 2, Klinikum "Nord 2"	-13.5	*	2008	2009-2011
KSW, Hochhaus, Sanierung/Erweiterung	-165.0	*	2010	2011-2018
Bülach, Gesamtsanierung Etappe 3	-11.6	2008	2011	2012-2014
Kinderspital, Neubau	-380.0	*	2008	2012-2016
Spital Limmattal, Gesamtsanierung	-84.0	*	2008	2009-2014
Männedorf, Teilsanierung Etappe 2	-17.6	*	2009	2009-2012
Stadtspital Triemli, Bettenhaus, Neubau	-145.0	*	2008	2009-2015
Stadtspital Triemli, Energieversorgung	-15.0	2008	2008	2009-2011
PUK, Trakt WT, Sanierung/Neugestaltung	-18.0	2008	2009	2009-2012
PUK, Trakt D/K, Sanierung	-15.0	2010	2012	2012-2015
PZR, Trakt 80/82, Sanierung	-15.0	*	2009	2009-2012
PZH, Sanierung Küche	-10.5	*	2008	2008-2011
KJPD, Brüsshalde, Neubau	-10.0	*	2009	2009-2012

* Projekte mit Planungsbeginn vor Inkraftsetzung ImV

4.2 Übrige Investitionen

Die übrigen Investitionen umfassen bereits beschlossene Vorhaben sowie noch nicht beschlossene Projekte unter 10 Mio. Fr. Die Tabelle zeigt das Verhältnis zwischen den Ausgaben für Projekte in Planung (Phasen I-IV gemäss ImV) und für Projekte in Ausschreibung und Realisierung (Phase V gemäss ImV).



Übersicht Investitionen in Mio. Fr.	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Total geplant	-38.2	-50.6	-69.7	-66.4
Total in Realisierung	-89.1	-50.6	-29.9	-7.4
Total Nettoinvestitionen	-127.3	-101.1	-99.5	-73.8

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung (Mio. Fr.)
Auswirkungen KVG-Revision auf Spitalfinanzierung (Kantonsanteil an SwissDRG-Fallpauschalen, Zahlungspflicht bei Privatspitälern, freie interkantonale Spitalwahl)	2008	ab 2012	-195 p/a

4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	714.5	744.6	784.7	785.6	795.9	809.7
Aufwand	-1'779.4	-1'974.4	-2'122.5	-2'152.0	-2'205.4	-2'461.4
Saldo	-1'064.9	-1'229.8	-1'337.8	-1'366.4	-1'409.5	-1'651.7
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	3.6		0.9	0.6	0.6	0.6
Ausgaben	-135.4	-144.3	-161.5	-176.2	-182.6	-184.1
Nettoinvestitionen	-131.8	-144.3	-160.6	-175.6	-182.0	-183.5

4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2009 und den Durchschnitt der Planjahre 2009-2012 mit dem beschlossenen Budget 2008 restated (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)	Veränderungen zu B 2008 (%)	Veränderungen zu B 2008 (%)
	P 2009	Schnitt 2009-2012	P 2009	Schnitt 2009-2012
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	40.1	49.4	5.4%	6.6%
Aufwand	-148.1	-260.9	-7.5%	-13.2%
Saldo	-108.0	-211.5	-8.8%	-17.2%
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	0.9	0.7	-	-
Ausgaben	-17.2	-31.8	-11.9%	-22.0%
Nettoinvestitionen	-16.3	-31.1	-11.3%	-21.6%

Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

40 Mio. Franken mehr Ertrag (5.4%) wegen

+13 Mio. höherem Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung (LG 6700),

+12 Mio. Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen,

+11 Mio. Rückerstattung der Krankenversicherer für HPV-Impfungen (LG 6200),

+4 Mio. höherem Mietertrag für Liegenschaften USZ und KSW wegen Neubewertung.

148 Mio. Franken mehr Aufwand (7.5%) wegen

-78 Mio. Mehraufwand somatische Akutversorgung (LG 6300) und psychiatrische Versorgung (LG 6400) wegen Veränderung der Lohn- und Sachkostenfaktoren,

-26 Mio. Mehraufwand bei den Beiträgen an Krankenkassenprämien (LG 6700),

-13 Mio. höherem medizinischem Bedarf, höherem Arzthonoraraufwand,

-12 Mio. Mehraufwand für HPV-Impfungen (LG 6200),

-5 Mio. Zunahme Abschreibungen und Zinsen bei der somatischen Akutversorgung (LG 6300) und psychiatrischen Versorgung (LG 6400) infolge Neubewertung Liegenschaften,

-4 Mio. höherer Abgeltung an USZ und KSW aufgrund Neubewertung Liegenschaften,

-10 Mio. übrigem Aufwand.

Investitionsrechnung

16 Mio. Franken mehr Ausgaben (11.3%):

Die Verschlechterungen sind vor allem auf den dringlichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf im Universitätsspital zurückzuführen.

Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

2009 bis 2012 durchschnittlich 49 Mio. Franken mehr Ertrag (6.6%) wegen

+24 Mio. höherem Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung (LG 6700),

+15 Mio. Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen,

+5 Mio. höherem Mietertrag für Liegenschaften USZ und KSW wegen Neubewertung,

+5 Mio. übrigem Ertrag.

2009 bis 2012 durchschnittlich 261 Mio. Franken mehr Aufwand (13.2%) wegen

-139 Mio. Mehraufwand somatische Akutversorgung (LG 6300) und psychiatrische Versorgung (LG 6400) wegen Veränderung der Lohn- und Sachkostenfaktoren,

-49 Mio. Mehraufwand KVG-Revision (Mehraufwand von 195 Mio. ab 2012)

-48 Mio. Mehraufwand bei den Beiträgen an Krankenkassenprämien (LG 6700),

-5 Mio. höherer Abgeltung an USZ und KSW aufgrund Neubewertung Liegenschaften,

-20 Mio. übrigem Aufwand.



Investitionsrechnung

2009 bis 2012 durchschnittlich 31 Mio. Franken mehr Ausgaben (21.6%):

Die Verschlechterungen sind vor allem auf den dringlichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf im Universitätsspital und auf die Inangriffnahme von Grossvorhaben kantonaler und staatsbeitragsberechtigter Spitäler (Neubau Bettenhaus Triemlispital ab 2009, Sanierung/Erweiterung Hochhaus KSW ab 2011, Neubau Kinderspital ab 2012) zurückzuführen.



5. Leistungsgruppen

- 6000 Steuerung Gesundheitsversorgung**
- 6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen**
- 6200 Prävention und Gesundheitsförderung**
- 6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation**
- 6400 Psychiatrische Versorgung**
- 6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen**
- 6700 Beiträge an Krankenkassenprämien**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	1.6	1.7	0.0	1.5	0.0	1.5	0.0	1.6	1.6	-0.1
Aufwand	-19.8	-21.6	0.0	-25.2	0.0	-25.6	0.0	-25.6	-25.9	31.0
Saldo	-18.3	-20.0	0.0	-23.7	0.0	-24.1	0.0	-24.0	-24.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen	0.1									0.0
Ausgaben	-0.4	-1.2	0.0	-0.9	0.0	-0.8	0.0	-0.7	-0.7	-0.8
Nettoinvestitionen	-0.2	-1.2	0.0	-0.9	0.0	-0.8	0.0	-0.7	-0.7	-0.7
Personal (Beschäftigungsumfang)	73.3	73.8	0.0	84.1	0.0	84.1	0.0	84.1	84.1	

Aufgaben

- A1 Steuerung aller Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion (Kernaufgabe)
- A2 Politische und strategische Geschäfte
- A3 Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
- A4 Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung	2012	2
E2 Auswirkungen KVG Revision auf Spitalfinanzierung	2012	0
E3 Im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden vermindern (LZ RR 7.6)	2012	2
E4 Planung der Spitäler einschliesslich Psychiatrien, Rehabilitationskliniken sowie Pflegeheime optimieren (LZ RR 17.1)	2012	5
E5 Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern (LZ RR 17.2)	2012	5
E6 Medizinische Leistungen im Interesse der Qualitätsförderung und effizienten Leistungserbringung konzentrieren (LZ RR 17.3)	2012	5
E7 Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgelungssysteme weiterentwickeln (LZ RR 17.6)	2012	5

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Generelle Zufriedenheit der BürgerInnen mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1-10)	min.	7.82	n/a	7	7	7	7
W2 Zufriedenheit der KundInnen mit Spitalerfahrung mit der Behandlung im Spital (Skala 1-10)	min.	8.58	n/a	7.5	7.5	7.5	7.5
W3 Quotient Zufriedenheit KundInnen mit Spitalerfahrung / Zufriedenheit BürgerInnen mit Gesundheitsversorgung (W2/W1)	min.	1.1	1	1	1	1	1
W4 Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1-10)	min.	8.74	n/a	7.5	7.5	7.5	7.5
W5 Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1-10)	min.	8.25	n/a	7	7	7	7

Leistungen

L1 Anzahl gesteuerte Leistungsgruppen	P	6	6	6	6	6	6
L2 Anzahl gesteuerte akutsomatische Krankenhäuser / Betriebe	P	20	20	20	20	20	20
L3 Anzahl gesteuerte psychiatrische Kliniken	P	12	12	10	9	9	9
L4 Anzahl gesteuerte Aufsichts- und Bewilligungssämter	P	3	3	3	3	3	3
L5 Anzahl Kreditbewilligungen im Investitionsbereich	P	165	150	150	150	150	150
L6 Anzahl erteilte Bewilligungen zur selbständ./unselbständig. Berufsausübung	P	1315	1'360	1660	1760	1760	1760
L7 Anzahl Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm)	P	6	3	3	3	3	3
L8 Anzahl erledigte Rekurse	P	43	95	60	60	60	60
L9 Anzahl parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung)	P	52	20	25	25	25	25

Wirtschaftlichkeit

B1 Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich (in % im Vergleich zum Vorjahr)	1.4	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
B2 Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz (in % im Vergleich zum Vorjahr)	2.2	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
B3 Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	14.21	15.39	17.95	18.09	17.93	18.08

Leistungsgruppe 6000 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-23.713
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.900

Budget Leistungsgruppe 6000

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Leistungsgruppe 6000 umfasst das Direktionssekretariat (6000.1000), die Leistungen und Beiträge im Gesundheitswesen allgemein (6000.2000) sowie die Kantonale Ethikkommission (KEK) und ihre Spezialisierten Unterkommissionen (SPUK) (6000.3000).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Saldo der Leistungsgruppe 6000 verschlechtert sich gegenüber dem B 08 um 3.7 Mio. Fr..
- 2.7 Aufwand für die Erarbeitung der Spitalplanung 2012 (Umsetzung Legislaturziel 17.1)
- 0.3 höhere Lohnaufwendungen infolge Teuerungsausgleich und Stufenanstieg
- 0.3 Aufwand für die Umsetzung der Legislaturziele 7.6 und 17.5
- 0.2 höherer Aufwand infolge Umsetzung IPSAS-konformer Budgetierung
- 0.1 Verrechnung bisher unentgeltlich erbrachter interner Leistungen sowie Anstieg der Preise für intern erbrachte Leistungen
- 0.1 höhere Abschreibungen aus Aenderung der Abschreibungsmethodik gemäss IPSAS und höherer Investitionen

Investitionsrechnung

- Im Jahre 2008 reduzieren sich die Investitionsausgaben von vormals 1.2 Mio. Fr. auf 0.9 Mio. Fr.. Der Grund liegt darin, dass die Ablösung der elektronischen Geschäftskontrolle (Projekt Ablösung Geko) realisiert werden konnte und Software neu gemäss der IPSAS-Konvention in der Erfolgsrechnung budgetiert wird.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Infolge der Erarbeitung Spitalplanung 2012 sowie für die HPV-Impfung erfährt der Beschäftigungsumfang gegenüber dem B 08 eine Steigerung um 10.3 Stellen.

Indikatoren

- L3: Reduktion von 12 auf 10 Kliniken durch Integration des Psychiatriezentrums Männedorf in Schössli und der Streichung der Sonnhalde von der Spitalliste
- L8: Dem Rückgang bei den zu bearbeitenden Rekursen steht eine Zunahme wegen der ca. Mitte 2009 in Kraft tretenden VRG-Revision gegenüber. Nach dieser Revision wird über Rekurse aus dem Bereich Berufsausübungsbewilligungen zu befinden sein.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- P 10 zu P 09:
 - 0.3 höhere Lohnaufwendungen (Teuerung, Beförderung)
 - 0.1 höhere Abschreibungen aufgrund der Investitionsausgaben in den Jahren 2008 und 2009
 - 0.1 höhere Lizenzkosten durch Ablösung Office 2007 sowie Windows XP
- P 11 zu P 10:
 - 0.3 höhere Lohnaufwendungen (Teuerung, Beförderung)
 - +0.1 tiefere Lizenzkosten durch erfolgte Ablösung Office 2007 sowie Windows XP im Jahr 2010
- P 12 zu P 11:
 - 0.2 höhere Lohnaufwendungen (Teuerung, Beförderung)
 - 0.1 höhere Abschreibungen aufgrund der Investitionsausgaben in den Jahren 2011 und 2012

Investitionsrechnung

- In den Jahren 2010 bis 2012 fallen die Investitionsausgaben für verschiedene Fachapplikationen (Krankenhausstatistik, Patientenbezogene Statistik in der Psychiatrie, freie Spitalwahl für ausserkantonale Hospitalisierungen, Kostenrechnung) an. Aufgrund dieser höheren Investitionen wird der Abschreibungsbedarf zunehmen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Es wird mit einem gleichbleibenden Personalbestand gerechnet.

Indikatoren

- L3 Die Anzahl der gesteuerten psychiatrischen Kliniken sinkt aufgrund des Zusammenschlusses von Psychiatriezentrum Hard und Integrierte Psychiatrie Winterthur per 2010 von 10 auf 9 Betriebe.
- L6 Da die Bewilligungen laut dem neuen Gesundheitsgesetz nur noch zeitlich beschränkt gültig sind, anschliessend erneuert werden müssen, erhöht sich die Anzahl der Bewilligungsanträge ab dem Jahr 2009.
- L8 Dem Rückgang bei den zu bearbeitenden Rekursen steht eine Zunahme wegen der ca. Mitte 2009 in Kraft tretenden VRG-Revision gegenüber. Nach dieser Revision wird über Rekurse aus dem Bereich Berufsausübungsbewilligungen zu befinden sein.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 0.3 die höheren Lohnaufwendungen für 2009 sowie
- 2.8 die Erarbeitung der Spitalplanung 2012 sowie die Umsetzung IPSAS-konformer Budgetierung führen in der gesamten Planperiode 2009 - 2011 zu einer Verschlechterung gegenüber dem KEF des Vorjahres

Investitionsrechnung

- Zunahme der Investitionsausgaben für verschiedene Fachapplikationen (Krankenhausstatistik, Patientenbezogene Statistik in der Psychiatrie, freie Spitalwahl für ausserkantonale Hospitalisierungen, Kostenrechnung).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Personalbestand nimmt infolge der Spitalplanung 2012 gegenüber dem KEF des Vorjahres zu.

Indikatoren

- Aufgrund der mittlerweile vorliegenden Erfahrungswerte können für die Wirkungsindikatoren W1, W2, W4 und W5 Zielwerte definiert werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	4.2	4.4	0.0	4.4	0.0	5.1	0.0	5.2	5.2	22.6
Aufwand	-19.3	-21.3	0.0	-23.2	0.0	-23.5	0.0	-23.8	-24.2	25.4
Saldo	-15.1	-16.9	0.0	-18.8	0.0	-18.4	0.0	-18.7	-19.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-2.2	-1.6	0.0	-2.0	0.0	-1.7	0.0	-1.6	-1.6	-1.8
Nettoinvestitionen	-2.2	-1.6	0.0	-2.0	0.0	-1.7	0.0	-1.6	-1.6	-1.8
Personal (Beschäftigungsumfang)	106.4	106.0	0.0	110.7	0.0	109.7	0.0	109.7	109.7	

Aufgaben

A1 Aufsicht sowie Erteilung, Verweigerung, Einschränkung oder Entzug von Bewilligungen in den Bereichen Heilmittel, Tiere und Lebensmittel.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Professionalisierung des Veterinärdienstes	2010	0
E2 Konsolidierung der Anpassungen des Vollzuges an die neuen lebensmittelrechtlichen Vorgaben	2010	0
E3 Abstimmung des Vollzuges der geänderten Heilmittel- und der neuen Medizinalberufegesetzgebung	2010	0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Sichere Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln: Anteil der kontrollierten Betriebe ohne kritische Mängel	min.			90%	90%	90%	90%
W2 Guter Hygienestand in den Lebensmittelbetrieben: Anteil der kontrollierten Betriebe mit gewährleisteteter Lebensmittelsicherheit	min.			95%	95%	95%	95%
W3 Nachhaltige Verbesserung der Lebensmittelbetriebe mit Mängeln: Anteil der Lebensmittelbetriebe mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von 7 Monaten	min.			75%	75%	75%	75%

Leistungen

L1 Anzahl bewirtschaftete Kundendossiers (Heilmittelkontrolle)	P	8'294	7'800	7'800	7'800	7'800	7'800
L2 Anzahl Inspektionen von Heilmittelbetrieben (Heilmittelkontrolle)	min.	354	390	390	390	390	390
L3 Anzahl Bewilligungen (Kantonale Heilmittelkontrolle)	P	1'873	1'860	1'860	1'860	1'860	1'860
L4 Anzahl laufende Bewilligungen Veterinäramt (Tierschutz, Tierversuche, Wildtierhaltung, Handel, Werbung m. Tieren, Importe, Märkte, Hundehaltung)	P	1'235	1'200	1'200	1'350	1'350	1'350
L5 Anzahl Inspektionen Nutztierhaltungen (Veterinäramt)	min.	631	700	700	700	700	700
L6 Anzahl Fallaufarbeitungen Heimtierhaltungen und auffällige Hunde (Veterinäramt)	P	246	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200
L7 Anzahl untersuchte Proben (Kantonales Labor)	min.	19'468	19'000	19'000	19'000	19'000	19'000
L8 Mikrobiologische Prüfungen (Proben) (Kantonales Labor)	min.	12'402	11'000	11'000	11'000	11'000	11'000
L9 Gehaltsanalysen (Proben) (Kantonales Labor)	min.	6'600	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000
L10 Anzahl bearbeitete Fälle Findeltiere (Veterinäramt)	P		1'100	1'100	1'100	1'100	1'100

Wirtschaftlichkeit

B1 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	11.74	12.45	14.23	13.80	13.94	14.10
---	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Leistungsgruppe 6100	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-18.802
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.000

Budget	Leistungsgruppe 6100
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Leistungsgruppe 6100 umfasst die Betriebe Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor und Veterinäramt.
- Kantonale Heilmittelkontrolle: Anpassung des Inspektions- und Bewilligungswesens an die neuen gesetzlichen Anforderungen (Überprüfung der Prozesse, Stärkung der Aufbauorganisation).
- Kantonales Labor: Die Übergangsfrist betreffend Forderung nach akkreditierten Stellen für den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung läuft per Ende 2008 ab - Anschliessend ist die Neuorganisation der kommunalen Lebensmittelkontrolle vorzusehen.
- Veterinäramt: Die Entwicklungsschwerpunkte betreffen die Professionalisierung des Veterinärdienstes (Überprüfung der Struktur zur Anpassung an neue Bedürfnisse und Umsetzung der Verordnung über die Bildung von Personen im öffentlichen Veterinärdienst) und die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben betreffend auffälliger Hunde.

Indikatoren

- Die Werte der Indikatoren L2, L5, L7, L8 und L9 sind neu als Zielwerte und nicht mehr als Prognosen definiert.
- Die Wirkungssindikatoren W1, W2 und W3 werden neu aufgenommen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 1.1 höherer Personalaufwand wegen Stufenanstieg, Teuerung, zusätzliche Stellen beim Kantonalen Labor in den Bereichen Lebensmittelkontrolle und Tierarzneimittelrückstände
- 0.4 höhere Sachkosten für den Bereich Hunde, sowie Umsetzung der Massnahmen Bovine Virus-Diarrhoe und Blauzungenkrankheit
- 0.3 höhere interne Verrechnungen
- 0.7 im Budget 08 war ein Mehrertrag von 0.7 aufgrund der im neuen Hundegesetz vorgesehenen Abführung eines Teils der Hundeabgabe an den Kanton eingestellt. Das Hundegesetz wird frühestens auf den 1.1.2010 eingeführt.
- +0.6 Mehrertrag im Bereich Gebühren für Amtshandlungen

Investitionsrechnung

- 0.4 Der Mehrbedarf resultiert schwergewichtig aus der vollumfänglich im Jahr 2009 zu realisierenden Massnahme „Einrichtung kantonales Tierheim“ des Veterinäramts. Diese Ausgaben werden nur teilweise durch einen geringeren Mittelbedarf im Kantonalen Labor aufgrund des Abschlusses von Sanierungsmassnahmen kompensiert.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Erhöhung des Stellenplanes um 4.7 Stellen ist zurückzuführen auf einerseits 2.3 Stellen beim Kantonalen Labor für die Aufgabenbereiche Lebensmittelinspektion und Tierarzneimittelrückstände, 1.7 Stellen im Vollzugsbereich Heilmittel/Medizinalberufe aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben sowie 0.7 Stellen zur Bewältigung der Arbeiten im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Bovine Virus-Diarrhoe im Veterinäramt.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- P 10 zu P 09:
 - 0.2 infolge Teuerungsausgleich
 - +0.7 infolge Mehrertrag aus dem Eingang der Hundeabgabe von den Gemeinden gemäss Hundegesetz
- P 11 zu P 10:
 - 0.3 infolge Teuerungsausgleich, höherer interner Verrechnungen und höherer Abschreibungen
- P 12 zu P 11:
 - 0.3 infolge Teuerungsausgleich

Investitionsrechnung

- P 10 zu P 09:
 - +0.3 Minderbedarf bei den Hochbauten (weniger Projekte vorgesehen)

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Für 2008 und 2009 ist eine zusätzliche Stelle im Veterinäramt für die Bekämpfung der Bovine Virus-Diarrhoe vorgesehen. Ab 2010 reduziert sich daher der Stellenumfang um eine Stelle.

Indikatoren

- Der Indikator L4 steigt von P09 zu P10 um 150 Bewilligungen, da im Bereich Hunde die Anzahl Bewilligungen noch zunimmt.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- P 09: Saldoverschlechterung um +2.4 Mio. Fr. gegenüber KEF des Vorjahres:
 - 1.0 höherer Personalaufwand infolge Teuerungsausgleich und Umsetzung der Massnahmen gegen die Blauzungenkrankheit und das Bovine Virus-Diarrhoe-Ausrottungsprogramms
 - 0.4 höherer Sachaufwand durch Teuerung bei Betriebs- und Verbrauchsmaterial, Umsetzung IPSAS-konformer Budgetierung sowie Massnahmen gegen die Blauzungenkrankheit
 - +0.2 tiefere Abschreibungen aus der IPSAS-konformen Budgetierung
 - 0.8 durch die Massnahmen gegen die Blauzungenkrankheit und Bovine Virus-Diarrhoe steigt der Uebertrag an den Tierseuchenfonds
 - 0.7 tiefere Gebühreneinnahmen, da das Hundegesetz, gemäss dem ein Teil der Hundeabgaben an den Kanton abzuliefern ist, frühestens auf den 01.01.2010 eingeführt wird

Investitionsrechnung

- 0.8 Veterinäramt, höhere Investitionen P 09 für den Bau des Tierheimes.
- 0.7 Kantonales Labor, Mehrbedarf durch Renovation in P10, P11, P12

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Gegenüber dem KEF des Vorjahres erhöht sich der Beschäftigungsumfang 2009 um 4.7 Stellen. 2.3 Stellen beim Kantonalen Labor für Lebensmittelinspektion und Tierarzneimittelrückstände, 1.7 Stellen im Vollzugsbereich Heilmittel/Medizinalberufe aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben sowie 0.7 Stellen zur Bewältigung der Arbeiten im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Bovine Virus-Diarrhoe im Veterinäramt. Ab dem Jahr 2010 sinkt der Beschäftigungsumfang um 1 Stelle gegenüber 2009. Beim Veterinäramt fällt die auf 2 Jahre (2008 und 2009) befristete Stelle im Zusammenhang mit dem Bovine Virus-Diarrhoe-Ausrottungsprogramm weg.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	2.4	2.1	0.0	13.6	0.0	4.8	0.0	4.8	4.8	98.5
Aufwand	-6.9	-7.1	0.0	-20.6	0.0	-12.0	0.0	-12.1	-12.0	74.0
Saldo	-4.5	-5.0	0.0	-7.0	0.0	-7.2	0.0	-7.3	-7.2	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen
Ausgaben
Nettoinvestitionen
Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der Prävention und Gesundheitsförderung (inklusive Suchtprävention), welche der Gesundheitsdirektion direkt zugewiesen sind
- A2 Direktionsübergreifende Koordination der übrigen, dem Staat obliegenden Prävention und Gesundheitsförderung
- A3 Aufrechterhaltung einer wirksamen epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten
- A4 Ermöglichung und Unterstützung von Impfungen für die Bevölkerung sowie Planung von Massnahmen zur Bewältigung aussergewöhnlicher Bedrohungen durch übertragbare Krankheiten
- A5 Vollzugsaufgabe beim Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ)

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich; Massnahmen zur Umsetzung	2010	4
E2 Anpassung der Medienkampagne „Der Alltag prägt ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung, Entspannung“ an die Legislaturziele des Regierungsrates und Weiterführung der Kampagne (LZ RR 14.2)	2012	4
E3 Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren (LZ RR 17.4)	2012	4

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Medienkampagne "Der Alltag prägt ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung, Entspannung"	min.	>70%	50%	50%	50%	50%	50%
W2 Leichte Reduktion des mindestens einmal wöchentlichen Tabakkonsums 15 jähriger Personen (Männer/Frauen)	max.	15%/19%	19%/19%	19%/19%	19%/19%	19%/19%	19%/19%
W3 Stabilerhaltung der Tb-Neuerkrankungen	max.	84	110	110	110	110	110
W4 Stabilerhaltung der Aids-Neuerkrankungen	max.	22	65	65	65	65	65
W5 Stabilerhaltung bei Selbsttötung	max.	258	270	270	270	270	270
W6 Stabilerhaltung Todesursache Krebs	max.	2584	2'600	2'600	2'600	2'600	2600
W7 Leichte Reduktion Todesursache Herz- und Gefässkrankheiten	max.	3752	4'200	4'200	4'200	4'200	4200

Leistungen

L1 Regelmässiger Bericht über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung	+	-	-	-	+	-
L2 Punktuelle Zwischenberichte	-	+	+	+	-	+

Wirtschaftlichkeit

B1 Im Rahmen des Gesundheitsberichtes auch Prüfung der Wirtschaftlichkeit	*	*	*	*	*	*
B2 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	3.47	3.89	5.29	5.38	5.42	5.31

Leistungsgruppe 6200	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-6.985
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 6200
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Sicherstellung von Prävention und Gesundheitsförderung sind gesetzliche Aufgaben des Staates. Um dieses Gebiet zu optimieren, ist vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ) ein kantonales Konzept ausgearbeitet worden. Zur Zeit wird das kantonale Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich mit den vier Strategien "Information und Kommunikation", "Durchführung von Schwerpunktprogrammen", "Unterstützung für Politik und Verwaltung" sowie "Weiterentwicklung der Strukturen von Prävention und Gesundheitsförderung" umgesetzt. Es sind bereits zwei Schwerpunktprogramme angelaufen. Einerseits das Schwerpunktthema "Bewegung, Ernährung, Entspannung" mit der Kampagne "Der Alltag prägt ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung und Entspannung" und andererseits die "Betriebliche Gesundheitsförderung". Das Programm der betrieblichen Gesundheitsförderung wird Ende 2008 weitgehend abgeschlossen sein. Das zweite Schwerpunktprogramm wird weiterentwickelt und im Hinblick auf die Legislaturziele 14.2 und 17.4 der Regierung auf die Bereiche Bewegung und Ernährung fokussiert. Die Einführung der HPV-Impfung und die Vorbereitungen für eine präpandemische Massenimpfung - beides Aufträge des Bundes gemäss Epidemien Gesetzgebung - sind weitere Aufgaben.
- Finanzentwicklung: Die Aufgaben des ISPMZ werden jedes Jahr in einer Leistungsvereinbarung mit der Universität Zürich festgehalten und gemäss RRB Nr. 1767/2006 pauschal abgegolten. Mit dem RRB 1767/2006 ist die Abgeltung der Leistungsvereinbarung mit dem ISPMZ bis in das Jahr 2010 festgelegt worden. Ab 2011 ist mit einer teuerungsbedingten Anpassung zu rechnen. Ein Mehraufwand ergibt sich aus der Einführung der HPV-Impfung und der Legislaturziele 14.2 und 17.4.
- Wirtschaftlichkeit: 2004 Publikation des Berichts "Ökonomischer Nutzen und Kosten populationsbezogener Prävention und Gesundheitsförderung" durch das ISPMZ; in den Folgejahren wird in der Gesundheitsberichterstattung darauf Bezug genommen.

Indikatoren

- W2 Letzte Erhebung 2006, nächste Erhebung 2010
- B1 Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit wird in die Gesundheitsberichterstattung integriert; zum Thema wurde 2004 der umfassende Bericht des ISPMZ "Ökonomischer Nutzen und Kosten populationsbezogener Prävention und Gesundheitsförderung" publiziert.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Für die vom Bund im Rahmen kantonaler Programme neu zugelassene HPV-Impfung bei Mädchen und Frauen zwischen 11 und 19 Jahren ist für P 09 ein zusätzlicher Aufwand von 11.9 Mio. Fr. budgetiert. In der Anfangsphase sind mehrere Jahrgänge zu impfen; in den Folgejahren wird sich der Aufwand reduzieren. Gemäss dem Vertrag zwischen santésuisse und der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) wird der Betrag im Wesentlichen von santésuisse zurückbezahlt, was den Ertrag entsprechend erhöht.
- Für die Umsetzung der Legislaturziele 14.2 und 17.4 ist mit Kosten im Umfang von 1.5 Mio. Fr. zu rechnen. Die Massnahmen umfassen für das Legislaturziel 14.2 Informationskampagnen und für das Legislaturziel 17.4 eine Datenerhebung sowie Projekte in den Gemeinden zu Bewegung und Ernährung.

Indikatoren

- Die Entwicklung bewegt sich im Rahmen der vorgegebenen Indikatoren.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Für die Planjahre wird mit einem verminderten Aufwand von je 8 Mio. Fr. gegenüber P09 gerechnet. Dieser Minderaufwand ist darauf zurückzuführen, dass in den Folgejahren nur noch ein Jahrgang mit der HPV-Impfung versehen werden muss.

Indikatoren

- Die Indikatoren bleiben weitgehend stabil.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF des Vorjahres erhöht sich der Saldo in den Jahren 2009 bis 2011 um rund 2 Mio. Fr. für die HPV-Impfung und die Umsetzung der Legislaturziele.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	246.6	262.5	0.0	272.2	0.0	276.8	0.0	277.6	279.4	13.3
Aufwand	-771.3	-881.1	0.0	-956.9	0.0	-984.8	0.0	-1,014.4	-1,243.6	61.2
Saldo	-524.8	-618.6	0.0	-684.7	0.0	-708.0	0.0	-736.8	-964.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen			0.0	0.6	0.0	0.6	0.0	0.6	0.6	0.4
Ausgaben	-97.4	-112.2	0.0	-127.8	0.0	-133.4	0.0	-135.6	-156.1	-127.1
Nettoinvestitionen	-97.4	-112.2	0.0	-127.2	0.0	-132.8	0.0	-135.0	-155.5	-126.7
Personal (Beschäftigungsumfang)	252.8	243.0	0.0	253.0	0.0	243.0	0.0	243.0	243.0	

Aufgaben

- A1 Sicherstellen einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen durch Planung und Festlegung der Leistungserbringer und der jeweiligen Leistungsspektren. Die Leistungsgruppe 6300 umfasst die Staatsbeiträge an die kantonalen Betriebe Kantonsapotheke Zürich, Zentralwäscherei Zürich, an die selbständigen Anstalten Universitätsspital Zürich und Kantonsspital Winterthur sowie an 15 weitere Spitäler.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Abklärung des Optimierungs- und Liberalisierungspotentials Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)	2009	0
E2 In der hochspezialisierten Medizin eine kantonale Gesamtstrategie mit Schwerpunktbildungen entwickeln (LZ RR 1.1)	2009	1
E3 In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren (LZ RR 1.2)	2012	1

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 - Beurteilung der Spitalbetreuung insgesamt: Anteil Problemmeldungen	max.	n.a.	< 8%	< 8%	< 8%	< 8%	< 8%
W2 - Ungeplante Rehospitalisationen	max.	2.7%	< 5%	< 5%	< 5%	< 5%	< 5%
Leistungen							
L1 - Stationäre Patientenaustritte total	P	171 808	170 000	174 400	176 600	178 500	180 400
L2 - davon eigene Anstalten							
L3 - Grundversicherte (GV)	P	44 143	44 300	44 900	45 600	46 000	46 400
L4 - Zusatzversicherte (ZV)	P	11 072	11 300	11 000	11 200	11 300	11 400
L5 - davon staatsbeitragsberechtigzte Spitäler							
L6 - Grundversicherte (GV)	P	89 352	87 500	90 600	91 600	92 700	93 700
L7 - Zusatzversicherte (ZV)	P	27 241	26 900	27 900	28 200	28 500	28 900
Wirtschaftlichkeit							
B1 - Kantonaler Beitrag pro Einwohner / Einwohnerin (in Fr.)	P	408	458	518	532	550	715
B2 - Kosten je APDRG-Normfall in Fr. (nur som. Akutversorgung)	P	8 378	8 500	8 600	8 700	8 900	9 000

Leistungsgruppe 6300 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-684.706
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-127.820

Budget Leistungsgruppe 6300

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen**Indikatoren**

- Wirkungsindikatoren: aus Qualitätsmessungen des Vereins Outcome entnommen, Medianwerte für kantonale Anstalten und staatsbeitragsberechtigter Akutspitäler. Beurteilung der Spitalbetreuung (W1): Anteil der Problemmeldungen; je tiefer, desto besser. Ungeplante Rehospitalisationen (W2): Anteil der ungeplanten Wiedereintritte; je tiefer, desto besser.
- Wirtschaftlichkeit: Patientenklassifikationssystem APDRG (All Patient Diagnosis Related Groups)

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- P 09 zu B 08, Verschlechterung des Saldos um 66 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 9 Mio. Fr. Beschränkung Abgeltung für Zürcher Grundversicherte auf Normpreis, 6 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge, Mehrleistungen, 4 Mio. Fr. IPSAS: Abnahme Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung Liegenschaften, VERSCHLECHTERUNGEN: 66 Mio. Fr. Zunahme Personalaufwand (Teuerung, Stufenanstieg, Beförderungen, Familienzulagen), Unterstellung Oberärzte unter Arbeitsgesetz, Anpassung Sachkostenfaktoren, 9 Mio. Fr. teurerer medizinischer Bedarf, 7 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und Zinsen (ohne IPSAS-Veränderung), 4 Mio. Fr. höherer Arzthonoraraufwand.

Investitionsrechnung

- P 09 zu B 08: Fr. 8,6 Mio. mehr für Hochbauten (Kontogruppe 504), insbesondere dringende Sanierung und Modernisierung des USZ, Fr. 1 Mio. mehr für Eigene Beiträge (Kontogruppe 56), vor allem Übergangsmassnahmen zum Erhalt der Betriebssicherheit des Kinderspital bis zu dessen Gesamtanierung.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zunahme im Budget 2009 gegenüber 2008, weil infolge Verzögerung bei der Schmutzwäschesortierung ein Stellenabbau in der ZWZ noch nicht realisiert werden kann.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- P 10 zu P 09, Verschlechterung des Saldos um 23 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 5 Mio. Fr. Beschränkung Abgeltung für Zürcher Grundversicherte auf Normpreis, 6 Mio. Fr. tiefere Abschreibungen und Zinsen, 1 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge, Mehrleistungen, VERSCHLECHTERUNGEN: 28 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren und Anpassung Sachkostenfaktoren, 6 Mio. Fr. teurerer medizinischer Bedarf
- P 11 zu P 10, Verschlechterung des Saldos um 29 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNG: 8 Mio. Fr. tiefere Abschreibungen und Zinsen, 6 Mio. Fr. IPSAS: Abnahme Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung Liegenschaften, VERSCHLECHTERUNG: 41 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren und Anpassung Sachkostenfaktoren
- P 12 zu P 11, Verschlechterung des Saldos um 228 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNG: 5 Mio. Fr. IPSAS: Abnahme Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung Liegenschaften, VERSCHLECHTERUNGEN: 195 Mio. Fr. infolge KVG-Revision (Kantonsanteil von 55% an SwissDRG-Fallpauschalen, Zahlungspflicht bei Privatspitalern, freie interkantonale Spitalwahl), 40 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren und Anpassung Sachkostenfaktoren.

Investitionsrechnung

- Zunehmender Investitionsbedarf in den Planjahren aufgrund dringender Sanierungs- und Modernisierungsvorhaben am USZ sowie Inangriffnahme von Grossprojekten bei kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Betrieben (Triemlispital, Neubau Bettenhaus; KSW, Sanierung/Ersatz Hochhaus; Spital Limmattal, Sanierung/Neubau; Kinderspital, Neubau).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zentralwäscherei (ZWZ); neue Schmutzwäschesortierung ermöglicht ab 2009 Rationalisierung mit entsprechendem Stellenabbau.

Indikatoren

- Leistungsentwicklung: moderate Fortschreibung der Zunahme der letzten Jahre.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- P 09 zu P 09 des KEF Vorjahrs, Verbesserung Saldo um 22 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 75 Mio. Fr. Verschiebung der KVG-Revision auf 2012, 13 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge, Mehrleistungen, 9 Mio. Fr. Beschränkung Abgeltung für Zürcher Grundversicherte auf Normpreis, VERSCHLECHTERUNGEN: 41 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren, Unterstellung Oberärzte unter Arbeitsgesetz und Anpassung Sachkostenfaktoren, 18 Mio. Fr. IPSAS: Zunahme Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung Liegenschaften, 8 Mio. Fr. teurerer medizinischer Bedarf, 7 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und Zinsen (ohne IPSAS-Veränderung)
- P 10 zu P 10 des KEF Vorjahrs, Verbesserung des Saldos um 25 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 75 Mio. Fr. Verschiebung der KVG-Revision, 15 Mio. Fr. Beschränkung Abgeltung für Zürcher Grundversicherte auf Normpreis, 6 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge, Mehrleistungen, VERSCHLECHTERUNGEN: 39 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren, Unterstellung Oberärzte unter Arbeitsgesetz und Anpassung Sachkostenfaktoren, 18 Mio. Fr. IPSAS: Zunahme Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung Liegenschaften, 7 Mio. Fr. teurerer medizinischer Bedarf, 7 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und Zinsen (ohne IPSAS-Veränderung)
- P 11 zu P 11 des KEF Vorjahrs, Verbesserung des Saldos um 29 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 75 Mio. Fr. Verschiebung der KVG-Revision, 15 Mio. Fr. Beschränkung Abgeltung für Zürcher Grundversicherte auf Normpreis, 9 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge, Mehrleistungen, VERSCHLECHTERUNGEN: 43 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren, Unterstellung Oberärzte unter Arbeitsgesetz und Anpassung Sachkostenfaktoren, 13 Mio. Fr. IPSAS: Zunahme Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung Liegenschaften, 7 Mio. Fr. teurerer medizinischer Bedarf, 6 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und Zinsen (ohne IPSAS-Veränderung).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- KAZ: zusätzliche 6.5 Stellen für Erfüllung der Sicherheitsanforderungen und neuer gesetzlicher Auflagen.
- ZWZ: Schmutzwäschesortierung kann voraussichtlich ab 2010 in Betrieb genommen werden; die geplante Reduktion von 32 Stellen kann erst verzögert und nicht im vollen Umfang erreicht werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	175.6	170.6	0.0	176.1	0.0	176.1	0.0	175.8	176.5	0.5
Aufwand	-378.8	-397.7	0.0	-424.8	0.0	-425.1	0.0	-428.5	-431.8	14.0
Saldo	-203.2	-227.2	0.0	-248.7	0.0	-249.1	0.0	-252.7	-255.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen	3.5		0.0	0.3						0.6
Ausgaben	-28.0	-20.4	0.0	-21.8	0.0	-31.3	0.0	-35.7	-16.8	-25.6
Nettoinvestitionen	-24.5	-20.4	0.0	-21.5	0.0	-31.3	0.0	-35.7	-16.8	-25.0

Personal (Beschäftigungsumfang)	1,957.8	2,035.9	0.0	2,033.1	0.0	2,034.1	0.0	2,035.1	2,036.1	
---------------------------------	---------	---------	-----	---------	-----	---------	-----	---------	---------	--

Aufgaben

A1 Sicherstellen einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die Behandlung und Betreuung psychisch Kranker und Suchtkranker durch Planung und Festlegung der Leistungserbringer und der Leistungsspektren. Die Leistungsgruppe 6400 umfasst die Staatsbeiträge an die kantonalen Betriebe Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK), Psychiatrie-Zentrum Rheinau (PZR), Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw), Psychiatrie-Zentrum Hard Embrach (PZH) und Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD) sowie 7 weitere psychiatrische Kliniken.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln (LZ RR 17.5)	2012	5
E2 Zusammenschluss der Kliniken Psychiatrie-Zentrum Hard und ipw	2012	8

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
Leistungen							
L1 - Stationäre Patientenaustritte total	P	11 808	11 450	11 750	11 550	11 410	11 410
L2 davon Erwachsenenpsychiatrie		9 861	9 700	9 800	9 800	9 660	9 660
L3 davon Psychogeriatric		1 794	1 600	1 800	1 600	1 600	1 600
L4 davon Kinder- und Jugendpsychiatrie		153	150	150	150	150	150
L5 - Stationäre Pflage tage total	P	519586	560 000	506 500	506 500	500 500	500 500
L6 davon Erwachsenenpsychiatrie		334 463	367 500	335 000	335 000	329 000	329 000
L7 davon Psychogeriatric		167 855	175 000	150 000	150 000	150 000	150 000
L8 davon Kinder- und Jugendpsychiatrie		17 268	17 500	21 500	21 500	21 500	21 500
L9 - Ambulante Einzelkonsultationen	P	178 111	170 000	175 000	175 000	175 000	175 000
L10 - Teilstationäre Fälle	P	1 122	1 250	1 300	1 300	1 350	1 350
Wirtschaftlichkeit							
B1 - Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	158	172	188	187	189	189
B2 - Kantonaler Beitrag pro Behandlung (in Fr.)	P	1 063	1 224	1 312	1 326	1 326	1 305

Leistungsgruppe 6400 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-248.680
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-21.800

Budget	Leistungsgruppe 6400
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- P 09 zu B 08, Verschlechterung des Saldos um 22 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 6 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (u.a. Jugend- und Adoleszenzstation ipw), 1 Mio. Benchmarking Pflegetagskosten, 1 Mio. Fr. Sonnhalde Darlehensrückforderung, 1 Mio. Fr. Einsparungen aus Zusammenschluss PZH und ipw, VERSCHLECHTERUNGEN: 12 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren (Teuerung, Stufenanstieg, Beförderungen, Familienzulagen) und Anpassung Sachkostenfaktoren, 9 Mio. Fr. IPSAS: Zunahme Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung, 3 Mio. Fr. Sozialplan- und Projektkosten aus Zusammenschluss PZH und ipw, 4 Mio. Fr. Mehraufwand durch vollständige Integration Regionalstellen von Bildungsdirektion (KJPD), 2 Mio. Fr. Tagesklinik in Bülach (PZH), 1 Mio. Fr. Jugend- und Adoleszenzstation (ipw), Fr. 1 Mio. diverser Mehraufwand.

Investitionsrechnung

- P 09 zu B 08: Mehrkosten von rund 2 Mio. Fr. aufgrund Küchensanierung im PZH.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- P 10 zu P 09, Verschlechterung des Saldos um 0.4 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 3 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen, 2 Mio. Fr. Einsparungen aus Zusammenschluss PZH und ipw, VERSCHLECHTERUNGEN: 5 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren (Teuerung, Beförderungen, Familienzulagen) und Anpassung Sachkostenfaktoren
- P 11 zu P 10, Verschlechterung des Saldos um 4 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNG: 3 Mio. Fr. Einsparungen aus Zusammenschluss PZH und ipw, VERSCHLECHTERUNG: 7 Mio. Fr. Veränderung Lohn- und Sachkostenfaktoren
- P 12 zu P 11, Verschlechterung des Saldos um 3 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 1 Mio. Fr. Einsparungen aus Zusammenschluss PZH und ipw, 4 Mio. Fr. IPSAS: Abnahme Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung, VERSCHLECHTERUNG: 9 Mio. Fr. Veränderung Lohn- und Sachkostenfaktoren

Investitionsrechnung

- Ausgabenspitze in den Planjahren 2010 und 2011, v.a. bedingt durch Instandsetzung Wirtschaftstrakt PUK, Küchensanierung PZH, Sanierung Massnahmenstationen PZR sowie Neubau Bettenhaus Kinderstation Brüschalde des KJPD.

Indikatoren

- Leistungsentwicklung: grundsätzlich moderate Fortschreibung der Entwicklung der letzten Jahre; bei Pflegetagen kontinuierlicher Rückgang prognostiziert, vor allem im Bereich Psychogeriatric.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- P 09 zu P 09 des KEF Vorjahr, Verschlechterung Saldo um 16 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 4 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen, 3 Mio. Fr. diverse Einsparungen, 1 Mio. Fr. Benchmarking Pflegetagskosten, 1 Mio. Fr. Sonnhalde Darlehensrückzahlung, 1 Mio. Fr. Einsparungen aus Zusammenschluss PZH und ipw, VERSCHLECHTERUNGEN: 12 Mio. Fr. IPSAS: Zunahme Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung, 4 Mio. Fr. Mehraufwand durch Regionalstellen (KJPD), 3 Mio. Fr. Veränderungen Lohnfaktoren und Anpassung Sachkostenfaktoren, 2 Mio. Fr. Tagesklinik in Bülach (PZH), 1 Mio. Fr. Jugend- und Adoleszenzstation (ipw), 3 Mio. Fr. Sozialplan- und Projektkosten aus Zusammenschluss PZH und ipw.
- P 10 zu P 10 des KEF Vorjahrs, Verschlechterung des Saldos um 12 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 5 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen, Fr. 2 Mio. Benchmarking Pflegetagskosten, 1 Mio. Fr. Sonnhalde Darlehensrückzahlung, VERSCHLECHTERUNGEN: 12 Mio. Fr. IPSAS: Zunahme Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung, 4 Mio. Fr. Mehraufwand durch Regionalstellen (KJPD), 2 Mio. Fr. Veränderungen Lohnfaktoren und Anpassung Sachkostenfaktoren, 2 Mio. Fr. Tagesklinik in Bülach (PZH), 1 Mio. Fr. Jugend- und Adoleszenzstation (ipw)
- P 11 zu P 11 des KEF Vorjahrs, Verschlechterung des Saldos um 8 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 6 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen, 2 Mio. Fr. Benchmarking Pflegetagskosten, 1 Mio. Fr. Sonnhalde Darlehensrückzahlung, 1 Mio. Fr. Reduktion Abschreibungen und Zinsen, 3 Mio. Fr. Kosteneinsparung aus Zusammenschluss PZH und ipw, VERSCHLECHTERUNGEN: 12 Mio. Fr. IPSAS: Zunahme Abschreibungen und Zinsen infolge Neubewertung, 4 Mio. Fr. Mehraufwand durch Regionalstellen (KJPD), 2 Mio. Fr. Veränderungen Lohnfaktoren und Anpassung Sachkostenfaktoren, 2 Mio. Fr. Tagesklinik in Bülach (PZH), 1 Mio. Fr. Jugend- und Adoleszenzstation (ipw).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.0									-100.0
Aufwand	-27.7	-35.6	0.0	-35.9	0.0	-36.0	0.0	-36.2	-36.3	31.1
Saldo	-27.7	-35.6	0.0	-35.9	0.0	-36.0	0.0	-36.2	-36.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-7.5	-9.0	0.0	-9.0	0.0	-9.0	0.0	-9.0	-9.0	-8.8
Nettoinvestitionen	-7.5	-9.0	0.0	-9.0	0.0	-9.0	0.0	-9.0	-9.0	-8.8

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 Unterstützung der Gemeinden bei der Versorgung der Bevölkerung mit Pflegeplätzen in Alters- und Pflegeheimen sowie Spitex-Dienstleistungen. Die Leistungsgruppe 6500 umfasst nur Staatsbeiträge.

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12	Direktions- ziel Nr.
Wirkungen								
Leistungen								
L1 Pflgetage in Alters- und Krankenheimen (in Mio.)		2.6	2.7	2.8	2.8	2.8	2.8	
L2 Leistungsstunden Spitex (in Mio.)		2.2	2.1	2.2	2.2	2.2	2.2	
L3 Anteil des Staates am Betriebsaufwand von Alters- und Pflegeheimen		0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	
L4 Anteil des Staates am Betriebsaufwand von Spitexdiensten		9.4%	14.5%	15%	15%	15%	15%	
Wirtschaftlichkeit								
B1 Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.) mit Abschreibungen und Zinsen		22	26	27	27	27	27	
B2 Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.) ohne Abschreibungen und Zinsen		14	19	18	18	18	18	

Leistungsgruppe 6500 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-35.866
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-9.000

Budget Leistungsgruppe 6500

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- VERSCHLECHTERUNGEN: Für 2009 - 2011 erhöhte Kapitalkosten (Zinsen und Abschreibungen) aufgrund der Umstellung der Rechnungslegung auf IPSAS (2009: +1.7 Mio. Fr., 2010: +1.5 Mio. Fr., 2011: +1.3 Mio. Fr.).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	281.5	300.4	0.0	313.2	0.0	317.6	0.0	327.7	339.0	20.4
Aufwand	-552.9	-605.8	0.0	-631.7	0.0	-640.7	0.0	-660.9	-683.5	23.6
- Entschädigung SVA		-5.0		-5.3		-5.5		-5.5	-5.5	
- Individuelle Prämienverbilligung				-386.7		-388.4		-396.4	-407.2	
- Prämienübernahmen				-239.5		-246.6		-258.8	-270.6	
Saldo	-271.4	-305.4	0.0	-318.5	0.0	-323.1	0.0	-333.2	-344.5	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen	
Ausgaben	
Nettoinvestitionen	

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

- A1 Der Kanton richtet gestützt auf das Krankenversicherungsgesetz (KVG) und das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) Prämienverbilligungen an die obligatorische Krankenversicherung an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben.
- A2 Seit Inkrafttreten von Art. 65 Abs 1bis KVG sind auch familienpolitische Ziele zu berücksichtigen.

Entwicklungsschwerpunkte

E1 Optimierung des Prämienverbilligungssystems	bis 2012	Direktionsziel Nr. 0
--	----------	----------------------

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Umverteilung/Erhöhung der verfügbaren Einkommen in Mio. Fr.	P	548	601	626	635	655	678
Leistungen							
L1 mind. 30% der Versicherten: Anspruch auf Prämienverbilligung	min.	30%	31%	33%	33%	33%	33%
L2 mind. 30% der Haushalte mit Kindern: Anspruch auf Prämienverbilligung	min.	30%	31%	45%	44%	44%	44%
L3 mind. 80% der Bundesgelder sind ausgeschöpft (bis 2007)	min.	80%					
L4 (ab 2008) Kantonsbeitrag (in Mio. Fr.) entspricht mindestens dem Bundesbeitrag (exkl. SVA-Entschädigung für den Vollzugaufwand)	min.		300.4	313.2	317.6	327.7	339.0
Wirtschaftlichkeit							
B1 Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten in Fr. bei der individuellen Prämienverbilligung	P	15	15	14	15	15	15

Leistungsgruppe 6700 Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -318.450
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 6700
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Familienpolitische Ziele (A2) gemäss KVG-Teilrevision vom 18.3.2005 sind in einem ersten Schritt mit der im Jahr 2007 erfolgten Erhöhung der Verbilligungsbeiträge an berechnete Jugendliche in Ausbildung teilweise umgesetzt worden. Diese Massnahme wird ab 2009 mit der Einführung einer neuen Kategorie von Berechtigten ergänzt. Es handelt sich dabei um die Haushalte aus dem Mittelstand mit Kindern und Jugendlichen in Ausbildung mit einem steuerbaren Einkommen zwischen Fr. 47'600 und Fr. 61'000. Im Jahr 2009 wird zudem ein Teil der Familien mit Kindern mit unterem und mittlerem Einkommen verstärkt unterstützt, indem sie dank den im revidierten Steuergesetz vorgesehenen höheren Abzugsmöglichkeiten für Kinder entweder in eine andere Berechtigungsgruppe oder neu in den Genuss der individuellen Prämienverbilligung kommen.
- Die angestrebte Optimierung der Mittel für die Prämienverbilligung (E1) steht primär im Zusammenhang mit den neuen technischen Möglichkeiten der bevorstehenden kantonalen Zentralisierung aller Steuerdaten. Diese werden eine differenziertere Analyse der Wirtschaftskraft der Leistungsempfänger grundsätzlich zulassen, was allgemein zu einer effizienteren Unterstützungspolitik führen sollte.

Indikatoren

- Unter dem NFA-Regime richtet der Bund einen Pauschalbeitrag an die Kantone aus. Die Festlegung des Kantonsbeitrages basiert nicht mehr auf der Ausschöpfungsregelung, so dass der entsprechende Indikator L3 in seiner bisherigen Form wegfällt. Im Zusammenhang mit dem Systemwechsel wurde das EG KVG so angepasst, dass das finanzielle Ziel der Leistungsgruppe grundsätzlich erhalten bleibt. Der Nachfolge-Indikator L4 (ab 2008) bildet folglich eine finanzielle Beteiligung des Kantons ab, welche im Verhältnis zum Bundesbeitrag gleich hoch ist wie in den letzten Jahren (im Durchschnitt je 50%).

Sonstige Bemerkungen

- Die Entschädigung an die SVA für die Administration der individuellen Prämienverbilligung (IPV) ist Teil des gesamten Prämienverbilligungsaufwandes. Sie wird in die Berechnung des Indikators L4 jedoch nicht integriert, da sie nicht an Leistungsempfänger der Prämienverbilligung ausbezahlt wird.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Die Aufwandsteigerung um 4% gegenüber B 08 ist vor allem auf die Berücksichtigung der neuen familienpolitischen Ziele zurückzuführen. Die Verbilligungsbeiträge zugunsten der ab 2009 neu eingeführten Einkommensgruppe für Familien mit Kindern aus dem Mittelstand mit einem steuerbaren Einkommen zwischen Fr. 47'600 und Fr. 61'000 verursachen einen zusätzlichen Aufwand von 16.5 Mio. Fr.. Zudem ist auf die Steuergesetzrevision mit Inkrafttreten 2006 hinzuweisen, welche höhere Abzüge für Kinder ermöglicht. Die Steuergesetzrevision führt zum einen dazu, dass zusätzliche Haushalte mit Kindern unterstützt werden. Zum anderen erhalten bisher berechnete Familien mit Kindern teilweise höhere Beiträge, weil sie wegen der neuen Kinderabzüge einer tieferen Einkommensgruppe zugeteilt werden. Diese steuerliche Massnahme wirkt sich auf den Aufwand mit einer zeitlichen Verzögerung aus. Ein kleinerer Teil des Aufwandes betrifft das Jahr 2008, währenddem der grösste Teil des Aufwandes (+16 Mio. Fr.) im Jahr 2009 anfällt. Ein höherer Mittelbedarf ergibt sich zudem aus der Erhöhung der Einkommensgrenzen für Alleinstehende (+9.5 Mio.). Insgesamt erhöht sich der Aufwand der individuellen Prämienverbilligung um 44 Mio. Fr.. Dieser Entwicklung im Bereich der individuellen Prämienverbilligung steht ein Minderbedarf von 18 Mio. im Bereich der Prämienübernahmen aufgrund der guten Wirtschaftslage gegenüber.
- Im Jahr 2007 ist der Bundesbeitrag noch vom Aufwand abhängig. Mit der NFA zahlt der Bund ab 2008 neu einen Pauschalbeitrag, der 7.5% der Gesundheitskosten entspricht, dies unabhängig von der Aufwandsentwicklung der Leistungsgruppe. Die Entwicklung des Ertrages gegenüber dem Voranschlag 2008 ist primär auf eine im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens erzielte Anpassung des Finanzierungsmodells des Bundes zurückzuführen.

Indikatoren

- Die Entwicklungen der Indikatoren L1 und L2 sind vor allem Ausdruck der neuen familienpolitischen Aufgaben. Besonders markant ist der Anstieg von L2: mit der neu eingeführten Einkommensgruppe zugunsten des Mittelstandes werden zusätzlich 22'000 Haushalte mit Kindern unterstützt. Infolge der Steuergesetzrevision und der neuen Abzugsmöglichkeiten für Kinder weitet sich der Kreis der berechtigten Haushalte mit Kinder um weitere 6'000 Familien aus.
- Der gemäss neuem Indikator L4 (ab 2008) zu erzielende Kantonsbeitrag entspricht genau dem voraussichtlichen Pauschalbeitrag, welchen der Bund im Jahr 2009 im Rahmen der NFA-Regelung ausrichten wird. Der Indikatorwert von 313.2 Mio. Fr. schliesst die SVA-Entschädigung aus.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Die Aufwendungen in den Finanzplanjahren 2010-2012 entwickeln sich im gleichen Schritt wie die Bundespauschale und verzeichnen somit jährliche Steigerungen zwischen 1% und 4%. Mit den zusätzlichen Mitteln werden einerseits die Prämienteuerung im Bereich der Prämienübernahmen, andererseits die Erhöhung der Verbilligungsbeiträge für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung gemäss gesetzlicher Vorgabe finanziert. Zudem sollten ab 2010 die Verbilligungsbeiträge für Erwachsene erhöht werden, um die Prämienteuerung wenigstens zum Teil zu kompensieren.
- Die Entwicklung der Bundesbeiträge reflektiert grundsätzlich die Entwicklung der Gesundheitskosten (Prämien und Kostenbeteiligung) und berücksichtigt auch das Wachstum der Wohnbevölkerung. Die jährliche Steigerung der Bundespauschale im Zeitraum 2010-2012 liegt zwischen 1% und 4%.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Der verminderte Aufwand in der Höhe von insgesamt rund 59 Mio. Fr. auf die Zeitperiode 2009-2011 ist primär Ausdruck der revidierten Annahmen in Bezug auf die für das Aufwandniveau massgebenden Bundesbeiträge. Die Bundespauschalen sollten aufgrund der voraussichtlichen Entwicklung der Prämienteuerung tiefer liegen als bisher eingestellt, was auch tiefere Kantonsbeiträge zur Folge hat. Die Saldoverbesserung für die Zeitperiode 2009-2011 beträgt insgesamt rund 31 Mio. Fr.

Indikatoren

- Aufgrund der Einführung einer neuen Einkommensgruppe zugunsten der Haushalte des Mittelstandes mit Kindern und Jugendlichen in Ausbildung erhöht sich der Indikatorwert von L2. Die neue Einkommensgruppe ist auf eine Änderung des KVG (neuer Art. 65 Abs. 1bis) zurückzuführen.



6. Fonds

6900 Tierseuchenfonds

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	1.9	2.9	0.0	3.6	0.0	3.7	0.0	3.3	3.4	73.4
- Patente, Entgelte, Beiträge				1.4		1.4		1.1	1.1	
- Tiermehlfabrik Bazenheim *)				0.8		0.8		0.8	0.8	
- Interne Verrechnungen				1.4		1.4		1.5	1.5	
Aufwand	-1.9	-4.1	0.0	-4.3	0.0	-4.3	0.0	-4.0	-4.0	106.7
- Sachaufwand				-3.1		-3.1		-2.8	-2.9	
- Tiermehlfabrik Bazenheim *)				-0.8		-0.8		-0.8	-0.8	
- Bereitstellungskosten TMF **)				-0.1		-0.1		-0.1	-0.1	
- Eigene Beiträge				-0.2		-0.2		-0.2	-0.2	
Saldo	0.0	-1.2	0.0	-0.6	0.0	-0.6	0.0	-0.6	-0.6	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Fondsbestand			0.0	3.1	0.0	2.5	0.0	1.9	1.2	0.0
--------------	--	--	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Aufgaben

A1 Fonds zur Finanzierung von Leistungen des Staates an die Bekämpfung von Tierseuchen und anderen übertragbaren Tierkrankheiten.

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-

bis

ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
Leistungen							
L1 Anzahl Tierseuchenfälle	P	145	100	100	100	100	100
L2 Anzahl Viehhandelspatente (HP+NP)	P	83	100	80	80	80	80
L3 Anzahl Laboruntersuchungen (Stichproben) zur Überwachung von Tierseuchen	min.		5'500	5'500	5'500	5'500	5'500
L4 Anzahl Laboruntersuchungen bei Aborten	P		125	125	125	125	125
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	0.42	0.42	1.03	1.03	1.04	1.05
B2 Kantonaler Beitrag pro Grossvieheinheit (in Fr.)	max.	7.73	10	20	20	20	20

Fonds 6900 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.621
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget Fonds 6900

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Fonds steht in Beziehung zur Leistungsgruppe 6100. Er deckt den Sachaufwand der Tierseuchenvorsorge und -bekämpfung des Veterinäramtes. Der Aufwand für hauptberufliches Personal der Tierseuchenbekämpfung fällt im Veterinäramt, Leistungsgruppe 6100, an.
- Der Stellenwert der Tierseuchenbekämpfung und der Lebensmittelsicherheit, die eng zusammenhängen, hat zugenommen und wird in den nächsten 5 Jahren nochmals zunehmen. Dies ist einerseits durch die heute üblichen Produktionsmethoden für Lebensmittel tierischer Herkunft bedingt, welche zusätzliche Strategien der Überwachung zum Schutz der Konsumentenschaft verlangen (Überwachung der Futtermittel für Tiere, über Aufsicht im Stall und den Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben bis zum Verkauf). Andererseits haben verschiedene Seuchen eine grosse wirtschaftliche Bedeutung, da sie nicht nur direkt erhebliche Kosten verursachen können (z. B. Handelsrestriktionen), sondern auch indirekt grosse Schäden (Einbruch Fleischkonsum, Rückgang Tourismus). Die amtstierärztliche Überwachung muss an verschiedenen Stellen verstärkt werden, da dies vor allem auch für die Exportfähigkeit der Schweiz unumgänglich ist.

Indikatoren

- Die vier aufgeführten Leistungsindikatoren stellen eine Auswahl der Leistungen dar, betreffen die Anzahl meldepflichtiger Seuchenfälle, die Untersuchungen zur Überwachung von Tierseuchen (Stichproben und Aborte) und die Anzahl erteilter Viehhandelspatente.

Sonstige Bemerkungen

- *) Die Beiträge, welche über den Tierseuchenfonds an die Tiermehlfabrik Bazenheim ausgerichtet werden, werden durch Rückerstattungen von Gemeinden / Dritten im Tierseuchenfonds vollumfänglich wieder vereinnahmt.
- **) Jährliche Bereitstellungskosten zur Reservation von Kapazitäten im Fall von auftretenden Tierseuchen, die an die Tiermehlfabrik Bazenheim zu entrichten sind, werden dagegen vollumfänglich durch Tierhalterbeiträge finanziert.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind auf die Impfung gegen die Blauzungenkrankheit zurückzuführen.

Indikatoren

- Neu wird der bisherige Wirkungsindikator W1 als Leistungsindikator (L1) aufgeführt. Bei der Anzahl Tierseuchenfälle handelt es sich, da nicht planbar, um einen Leistungsindikator mit einem Prognosewert. In die Prognose fliessen die Erfahrungen der Vorjahre ein.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- In den Planjahren 2009 - 2012 ergeben sich Veränderungen, die insbesondere auf die Impfung gegen die Blauzungenkrankheit zurückzuführen sind.

Indikatoren

- L2 Die Anzahl Viehhandelspatente nimmt wegen des Strukturwandels im Agrarbereich weiter ab.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem Vorjahr sind die Aufwendungen und Erträge als Folge der Impfung gegen die Blauzungenkrankheit in den KEF 09 eingeflossen.

Indikatoren

- Der Leistungsindikator L1 wird nicht mehr weitergeführt. Er wird durch den bisherigen Wirkungsindikator W1, der neu zum L1 wird, ersetzt. L3 wird neu als Leistungsindikator mit Zielvorgabe (Minimalwert) definiert.
- Aufgrund der Umsetzung der Massnahmen Bovine Virus-Diarrhoe und Blauzungenkrankheit erfolgt ein höherer Uebertrag vom Veterinäramt in den Tierseuchenfonds, weshalb die Werte der Indikatoren B1 und B2 steigen.



7. Projekte

Steuerung Gesundheitsversorgung

- Projekt-Nr. 6000-02: Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung
- Projekt-Nr. 6000-15: Spitalplanung 2012

Prävention und Gesundheitsförderung

- Projekt-Nr. 6200-04: Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich: Massnahmen zur Konzeptumsetzung
- Projekt-Nr. 6200-14: Stabilisierung des Bevölkerungsanteils mit einem BMI > 30

Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

- Projekt-Nr. 6300-08: Medical Board
- Projekt-Nr. 6300-09: Optimierungs- und Liberalisierungspotential Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)

Psychiatrische Versorgung

- Projekt-Nr. 6400-12: Entwicklung Fallgruppierung Psychiatrie
- Projekt-Nr. 6400-13: Reorganisation Psychiatrieverbund Winterthur - Zürich Unterland



Projekt-Nr. 6000-02	Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung
Gesundheitsdirektion / Steuerung Gesundheitsversorgung	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Der Regierungsrat verabschiedete am 26. Januar 2005 die Vorlage 4236 für ein neues Gesundheitsgesetz zuhanden des Kantonsrats. Im Laufe der Gesetzesberatung in der vorberatenden Kommission (KSSG) zeigte sich der Wunsch, im Bereich der Spitalfinanzierung den Wechsel zu einer Subjektfinanzierung zu prüfen. Da die vertiefte Prüfung dieses Systemwechsels die im übrigen unbestrittene Revision des Gesundheitsgesetzes über die Legislaturperiode 2003/2007 hinaus verzögert hätte, zog der Regierungsrat am 20. September 2006 die Bestimmungen über die Spital- und Pflegeheimversorgung der Gesetzesvorlage zurück. In der Folge verabschiedete der Kantonsrat am 2. April 2007 das revidierte Gesundheitsgesetz.</p> <p>Parallel zur Gesundheitsgesetzrevision erfolgten die verwaltungsinternen Arbeiten an der Neuregelung des kantonalen Finanzausgleichs (REFA). Dabei wurde im Bereich der Gesundheitsversorgung vorgeschlagen, die Finanzierung der Akutspitalversorgung vollständig dem Kanton und im Gegenzug die Pflegeheimsubventionierung vollständig den Gemeinden zu überbinden. Im Rahmen der von der Direktion der Justiz und des Innern von September bis Ende Dezember 2007 durchgeführten Vernehmlassung hat sich gezeigt, dass die vorgeschlagene finanzielle Entflechtung im Gesundheitsbereich mehrheitlich begrüsst wird. Weiter muss gemäss revidiertem KVG vom 21. Dezember 2007 die Spitalfinanzierung bis 1. Januar 2012 grundsätzlich auf Fallpauschalen umgestellt werden. Diese haben sowohl die Abgeltung der Betriebs- als auch der Investitionskosten zu umfassen. Die neuen Bundesvorgaben erfordern eine Anpassung der kantonalen Finanzierungsbestimmungen ebenfalls per 1. Januar 2012. Vor diesem Hintergrund hat der Regierungsrat beschlossen, die Neuregelung der Spital- und Pflegeheimfinanzierung sachlich getrennt von der Reform des Finanzausgleichs durchzuführen.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Verursachergerechtigkeit und der Transparenz der Spitalfinanzierung. • Förderung von Marktmechanismen bei der Akutspitalversorgung. • Entflechtung der Finanzierungsströme im Spital- und Pflegeheimbereich. • Erhalt der Steuerbarkeit des Leistungsangebots. <p>Leistungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erlass eines Planungs- und Finanzierungsgesetzes.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-0.4	-	-0.1	-0.1	-0.1	-0.05	-0.05
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-	-	-	-	-	-	-195
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6000-02	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Projektplan, Start Vorprojekte
2009	- Erarbeitung Entwurf der Gesetzesvorlage
2010	- Vernehmlassung, Beschlussfassung im Regierungsrat, Vorberatung in KSSG
2011	- Abschluss der KSSG-Beratung, Verabschiedung durch Kantonsrat

Bemerkungen
Infolge der KVG Revision ist ab 2012 mit einer jährlich wiederkehrenden Mehrbelastung von 195 Mio. Fr. zu rechnen.



Projekt-Nr. 6000-15	Spitalplanung 2012
Gesundheitsdirektion / Steuerung Gesundheitsversorgung	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Das am 21. Dezember 2007 teilrevidierte KVG tritt mit seinen neuen Bestimmungen zur Spitalfinanzierung und Spitalplanung auf den 1. Januar 2012 in Kraft. Der Kanton Zürich mit seiner Vielzahl von Spitälern ist gefordert, seine Spitalplanung rechtzeitig auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten. Dabei soll die der geltenden Zürcher Spitalliste zugrunde liegende Bettenplanung durch eine leistungsorientierte Versorgungsplanung abgelöst werden.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung • Stärkung des Wettbewerbs unter den Spitälern • Konzentration der medizinischen Leistungen zur Verbesserung der Qualität und der Effizienz der Leistungserbringung • Erweiterung des unternehmerischen Spielraums der Spitäler • Minimierung zusätzlicher finanzieller Belastungen der öffentlichen Hand <p>Leistungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erstellung der Spitalliste 2012 • Entwicklung der rollenden Planung

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-10.7	-	-0.6	-2.6	-2.6	-2.6	-2.3
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6000-15	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009	- Erstellung des Versorgungsberichts
2011	- Erstellung des Strukturberichts
2012	- Festlegung der Spitalliste

Bemerkungen



Projekt-Nr. 6200-04	Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich: Massnahmen zur Konzeptumsetzung
Gesundheitsdirektion / Prävention und Gesundheitsförderung	

Kurzumschreibung Projekt

Nach der Umsetzung des Konzeptes für eine kantonsweite Suchtprävention hat das Institut für Sozial- und Präventivmedizin (ISPMZ) eine Konzeption für eine allgemeine Gesundheitsförderung und Prävention im Kanton Zürich erarbeitet und dem Regierungsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Dieses Konzept wird nun umgesetzt.

Wirkungsziel:

Prävention und Gesundheitsförderung sind ausgesprochene Querschnittsaufgaben. Daher sollen die staatlichen Aktivitäten in einem Gesamtsystem auf anderweitige Angebote abgestimmt und so nachhaltig eine strukturierte, über die Direktionen koordinierte Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton implementiert werden.

Wirkungsziele des Konzeptes sind:

- Bevölkerung und Fachleute verfügen über einen hohen Informationsstand zu Prävention und Gesundheitsförderung. Dadurch sind Einzelne und Gemeinschaften in der Lage, selbstverantwortlich ihr Gesundheitspotential auszuschöpfen.
- Präventionsmassnahmen werden in jenen Bereichen getroffen, wo Handlungsbedarf und Potential aus gesundheitlicher Sicht am stärksten sind.
- Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung werden beraten, so dass sie die Auswirkungen politischer Entscheide auf die Gesundheit berücksichtigen können.
- Der Kanton verfügt über optimale Strukturen für die Umsetzung präventiver Massnahmen.

Leistungsziel:

Im Konzept sind zur Umsetzung die folgenden vier Strategien mit Zielvorgaben festgelegt und im Detail beschrieben worden: 1. Information und Kommunikation, 2. Durchführung von Schwerpunktprogrammen, 3. Unterstützung von Politik und Verwaltung und 4. Weiterentwicklung der Präventions- und Gesundheitsförderungsstrukturen.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-3.0*	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6200-04

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009	- Die allgemeinen Zielsetzungen sind im Bericht "Konzeption für Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich" enthalten. Die in einem gegebenen Jahr vom ISPMZ zu erreichenden Ziele sind Teil der jährlichen Vereinbarung der Gesundheitsdirektion mit der Universität Zürich. Das ISPMZ berichtet danach jährlich zweimal über den Stand der Arbeiten.

Bemerkungen

* = in der pauschalierten Abgeltung an das ISPMZ enthalten.

Studien zeigen, dass populationsgestützte Prävention und Gesundheitsförderung ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis aufweisen, wenn durch evaluierte Ansätze reale Chancen bestehen, sowohl auf der Verhaltens- wie auf der Verhältnisebene Verbesserungen umzusetzen, sodass möglichst viele Personen erreicht werden können.



Projekt-Nr. 6200-14	Stabilisierung des Bevölkerungsanteils mit einem BMI > 30
Gesundheitsdirektion / Prävention und Gesundheitsförderung	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Die Gesundheitsberichterstattung des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin (ISPMZ) hat gezeigt, dass Übergewicht auch im Kanton Zürich ein Problem der öffentlichen Gesundheit darstellt. Der Regierungsrat hat deshalb mit den Legislaturzielen 2007-2011 als Ziel formuliert, den Anteil der Bevölkerung im Kanton mit einem BMI > 30 konstant zu halten. Dazu sollen die Massnahmen der Gesundheitsdirektion mit solchen in den Bereichen Sport und Bildung ergänzt werden. Diese Massnahmen sollen zusätzlich durch eine Kampagne zu einem gesunden Lebensstil ergänzt werden.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Im Jahr 2008 sowie im Jahr 2011 werden bei Kindern und Erwachsenen Daten zum BMI erhoben. Der Anteil der Bevölkerung mit einem BMI > 30 liegt bei der zweiten Messung nicht signifikant über demjenigen der ersten Erhebung.</p> <p>Übergewicht ist in allen Altersklassen ein Problem und kann verschiedene Folgekrankheiten verursachen, wobei Herz- und Kreislauferkrankungen sowie Diabetes Typ 2 im Vordergrund stehen. Basierend auf nationalen Berechnungen wurden 2001 die volkswirtschaftlichen Kosten von Adipositas im Kanton Zürich auf Fr. 450 Mio. geschätzt. Mit dem Projekt soll ein Beitrag zur Eindämmung des Problems geleistet werden.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Es werden über die betroffenen Direktionen koordinierte und mit den Aktivitäten des Bundes abgestimmte Massnahmen zur Stabilisierung des Bevölkerungsanteils mit einer Adipositas durchgeführt. Mit diesem Vorgehen soll angesichts der vielseitigen Aspekte des Problems eine möglichst grosse Breitenwirkung erzielt werden. Massnahmenbereiche sind u.a.: Aufbau eines systematischen Monitorings des Übergewichts bei Schulkindern und Erwachsenen; gezielte Massnahmen zu Bewegung und Ernährung in der Schule und der ausserschulischen Betreuung (Horte), Weiterbildung zu Sportunterricht für Übergewichtige, Prävention von Übergewicht in der verbandlichen und ausserverbandlichen Jugendarbeit, Auf- und Ausbau von Sportangeboten für Übergewichtige, Weiterführung des gemeindegestützten Programms zu Bewegung, Ernährung, Entspannung in weiteren Bezirken.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-6.64	-	-0.34	-1.5	-1.7	-1.6	-1.5
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6200-14	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Aufbau einer Projektorganisation und Detailplanung der Massnahmen; erste Datenerhebung, Antrag an Gesundheitsförderung Schweiz sowie Start der Medienkampagne
2009 ff.	- Massnahmen im Gesundheits-, Sport- und Bildungsbereich in Übereinstimmung mit den Bundesaktivitäten sowie Medienkampagne zum gesunden Lebensstil
ab 2011	- Zweite Datenerhebung und Evaluation

Bemerkungen
Mit dem Projekt wird eine langfristige Entlastung des Gesundheitswesens und der Sozialversicherungen (IV und ALV) sowie eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung angestrebt. Auch wenn sich dieser Nutzen heute noch nicht ausreichend quantifizieren lässt, belegen Studien aus anderen Bereichen ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis in der Prävention.



Projekt-Nr. 6300-08	Medical Board
Gesundheitsdirektion / Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	

Kurzumschreibung Projekt

Mit zunehmender Komplexität des medizinischen Angebotes werden die Anforderungen an die Leistungserbringer für die Beurteilung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit diagnostischer Verfahren und therapeutischer Interventionen immer grösser. Für die Überprüfung ausgewählter Diagnosen und Therapien nach wissenschaftlichen Grundsätzen auf ihre Wirksamkeit und Zweckmässigkeit und den Erlass entsprechender Empfehlungen wird eine unabhängige Fachkommission eingesetzt.

Dieses sogenannte "Medical Board" wird im Auftrag der Gesundheitsdirektion unter externer administrativer Führung aufgebaut und betrieben. Als Mitglieder des Medical Board sollen national und international renommierte Fachpersonen aus den Bereichen "Medizin/EBM", "Gesundheitsrecht", "Gesundheitsökonomie" und "Ethik" verpflichtet werden. Die Empfehlungen des Medical Board werden publiziert und gegebenenfalls von der Gesundheitsdirektion über die Spital-Leistungsaufträge umgesetzt.

Wirkungsziel:

Die Umsetzung der Empfehlungen bezüglich Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit von Diagnosen und Therapien verbessert die Behandlungsqualität und trägt zur Kostendämpfung bei.

Leistungsziel:

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-0.51	-	-0.30	-0.21	-	-	-
Netto-Investitionen		-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen		-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6300-08

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Aufbau Medical Board: Wahl der Mitglieder, Erlass der Reglemente, Definition der Prüfmethodik etc.
2008	- Pilotphase (Analyse von 3 Themen)
2009	- Evaluation und Entscheid über Weiterführung

Bemerkungen

Aus den Ergebnissen der Pilotphase kann noch kein Effekt auf die Erfolgsrechnung erwartet werden. Bei einem positiven Entscheid bezüglich der Weiterführung des Medical Board ist mit einem mindestens kostendeckenden Betrieb zu rechnen.



Projekt-Nr. 6300-09	Optimierungs- und Liberalisierungspotential Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)
Gesundheitsdirektion / Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	

Kurzumschreibung Projekt
Die bestehende Verpflichtung der Zürcher Spitäler zur Wäschebesorgung in der Zentralwäscherei Zürich wurde mit parlamentarischen Anfragen kritisch hinterfragt. Mit dem Projekt soll abgeklärt werden, ob die Führung einer Zentralwäscherei heute noch eine staatliche Kernaufgabe darstellt oder ob diese Aufgabe mit einer anderen Trägerschaft ohne staatliche Beteiligung ebenso gut erreicht werden kann.
Wirkungsziel:
Zur Steigerung des Wettbewerbs bei der Wäscheversorgung und Stärkung des unternehmerischen Spielraums der Spitäler werden folgende Fragen abgeklärt:
<ul style="list-style-type: none"> • Optimierungspotential der ZWZ bei Produktegestaltung und Betriebsorganisation • Chancen einer Liberalisierung von Rechtsform und Anstellungsbedingungen • Möglichkeiten der Ablösung des Wäschezwangs durch vertragliche Vereinbarung mit Spitalern
Leistungsziel:

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen		-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen		-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6300-09	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
3 / 2006	- Projektstart
9 / 2007	- Analyseergebnisse über Optimierungs- und Liberalisierungspotential liegen vor
9 / 2008	- Interesse der Spitäler an vertraglichen Vereinbarungen ist verbindlich abgeklärt
12 / 2009	- Massnahmen für Optimierung und Liberalisierung sind umgesetzt

Bemerkungen



Projekt-Nr. 6400-12	Entwicklung Fallgruppierung Psychiatrie
Gesundheitsdirektion / Psychiatrische Versorgung	

Kurzumschreibung Projekt
In allen psychiatrischen Kliniken wird eine Kostenträgerrechnung eingeführt. Um diese Kostenträgerdaten aussagekräftig auszuwerten, bedarf es einer Gruppierungsmethodik, nach der die Behandlungsfälle in Gruppen zusammengefasst werden können.
Wirkungsziel:
Mit Hilfe der geplanten Auswertung lassen sich Aussagen über die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung in den psychiatrischen Kliniken gewinnen. Damit werden die Voraussetzung für eine verbesserte Ressourcenallokation und ein wirksames Kosten-Benchmarking unter den Kliniken geschaffen, was wiederum die wirtschaftliche und zweckmässige Leistungserbringung fördert.
Leistungsziel:
Es wird ein Fallgruppierungssystem entwickelt, das - angepasst auf die Versorgungsstrategie des Kantons Zürich und der angestrebten Versorgungsstruktur - fallbezogene Auswertungen der Kostenträgerdaten erlaubt.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-0.77	-0.01	-0.01	-0.25	-0.20	-0.15	-0.15
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-	-	-	-	2	2	2
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6400-12	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Erarbeitung der Grundlagen
2007	- Vernehmlassung in den Betrieben
2008	- Erste Datenerfassung in den Betrieben
2009	- Erste Datenauswertung
2010-2012	- Datenauswertung und Verfeinerung der Gruppierung mit steigender Datenqualität

Bemerkungen
Die Verbesserung in der Erfolgsrechnung ist darauf zurückzuführen, dass aufgrund der Fallgruppierung ab 2010 die Fallschwere beim Benchmarking in der Psychiatrie mitberücksichtigt werden kann.



Projekt-Nr. 6400-13	Reorganisation Psychiatrieverbund Winterthur - Zürich Unterland
--------------------------------	--

Gesundheitsdirektion / Psychiatrische Versorgung

Kurzumschreibung Projekt

Auf Grund der allgemeinen Entwicklung in der Psychiatrie und insbesondere der weiter sinkenden Inanspruchnahme der stationären Angebote haben die beiden Betriebe PZH und ipw bezüglich ihrer Grösse eine kritische untere Grenze erreicht.

Wirkungsziel:

Verbesserung der Voraussetzungen für eine qualitativ angemessene Versorgung und eine effiziente Betriebsführung.

Leistungsziel:

Zusammenschluss der Betriebe PZH und ipw mit einer Zusammenlegung und schrittweisen Anpassung des Versorgungsangebots.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-8.6	-	-	-3.2	-3.3	-1.6	-0.5
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)
--

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	12.6	-	-	0.8	2.9	4.4	4.5
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6400-13

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Analyse der Ausgangslage
2008	- Erstellen eines Versorgungskonzepts für die Region Winterthur und Zürcher Unterland sowie eines Betriebs- und Führungskonzepts für die neue Einrichtung
2009	- Abgrenzung des Leistungsauftrages Psychiatrie von der Langzeitpflege
2010	- Start des neuen Betriebes und Beginn der Umsetzung
2011	- Abschluss Umsetzung Phase I: Tagesklinik Bülach inkl. Kompensation
2016	- Abschluss Umsetzung Phase II: Weitere ambulante Ergänzung inkl. Kompensation

Bemerkungen

Die Investitionen entsprechen der periodischen Gebäudeerneuerung und sind im KEF enthalten.



Bildungsdirektion

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Strategische Projekte
- 1.3 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Organigramm
- 2.2 Umfeldentwicklungen
- 2.3 Schülerzahlen im öffentlichen Bildungswesen 2006-2012

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

Die im vorliegenden KEF09 enthaltenen Vorgaben zur Entwicklung der Lohnsumme in den Leistungsgruppen weichen für die Jahre 2009-2011 vom Vorjahres-KEF insgesamt wie folgt ab:

- 2008: zusätzliche 0.2 % für Beförderungen und 0.7 für den Teuerungsausgleich.
(Im KEF08 der BI nicht enthalten)
- 2009: Teuerungsausgleich (1.6%) / Stufenanstieg (1.5%).
(Im KEF08 lediglich Teuerung (1.1%), Beförderung (0.2%).)
- 2010: Teuerungsausgleich (1%) / Beförderung (0.4%).
(Im KEF08: Teuerung (1.5%), Beförderung (0.2%).)
- 2011: Teuerungsausgleich (1.5%) / Beförderung (0.4%).
(Im KEF08: Teuerung(1.5 %), Beförderung (0.2%)
- 2012: Teuerungsausgleich (1.5%) Beförderung (0.4%)

Aufgrund dieser Abweichungen ergeben sich prozentuale Abweichungen in den KEF-Jahren wie folgt:

- 2008: +0.9%, zusätzliche Beförderungsquote und Teuerungsausgleich für 2008
- 2009: +1.8%
- 2010: -0.3%
- 2011: +0.2%
- 2012: +1.9% (neu)

Andere Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres werden in den folgenden Kapiteln und in den Leistungsgruppenblättern beschrieben.

1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Im vorliegenden KEF 2009 bis 2012 sind im Finanzteil folgende strukturellen Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres zu verzeichnen:

.Die Gehörlosenschule, die in der Leistungsgruppe 7200 Volksschulen angesiedelt ist, soll per 1.1.2009 verselbständigt werden..

1.2 Strategische Projekte

Neue strategische Projekte:

- Nr. 160: Weiterentwicklung der Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen

1.3 Finanzielle Veränderungen

Infolge der Einführung der neuen Rechnungslegung nach IPSAS entsteht einen grösseren Anstieg des Aufwandes und demzufolge kann der KEF 2008 – 2011 mit dem KEF 2009 – 2012 nicht verglichen werden.

Einzig für das Budget 2008 wurde eine Umbewertung gemäss IPSAS vorgenommen und sind daher die Abweichungen zwischen alter und neuer Rechnungslegung bekannt.

Um diese Verzerrung auszugleichen, wurde angenommen, dass die Bewertungsdifferenz vom Budget 2008 sich einigermaßen auf die folgenden Planjahre linear niederschlägt.

Die folgende Tabelle gibt eine Zeitreihenübersicht für die Saldoentwicklung der Erfolgsrechnung, sowie der Nettoinvestitionsrechnung :



(in Mio. Franken)	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012
a) Saldo Erfolgsrechnung:				
KEF 2008-2011	-2'323	-2'376	-2'441	-
IPSAS-Umbewertung Budget 08	-46	-46	-46	-
KEF 2009-2012	-2'440	-2'487	-2'552	-2'633
Veränderung	-71	-65	-65	-
b) Saldo Investitionsrechnung:				
KEF 2008-2011	-192	-238	-304	-
IPSAS-Umbewertung Budget 08	0	0	0	-
KEF 2009-2012	-147	-142	-183	-301
Veränderung	45	96	121	-

a) Saldo Erfolgsrechnung:

Die Zunahme des Finanzbedarfes im KEF09 ist vor allem das Resultat der gegenüber dem KEF08 veränderten Vorgaben betreffend Stufenerhöhung, Teuerungszulage und Beförderung.

Der kumulierte IPSAS-bereinigte Saldo der Erfolgsrechnung 2009/2010/2011 liegt in der neuen Planung KEF09 um durchschnittlich 67 Mio. Fr. höher als im KEF08 für die gleiche Zeitspanne.

b) Saldo Investitionsrechnung:

Die kumulierten IPSAS-bereinigten Netto-Investitionsausgaben in den Jahren 2009/2010/2011 sinken um insgesamt 262 Mio. gegenüber den KEF08. Die Umberwertung der Liegenschaften gemäss IPSAS weist eine geringfügige Abweichung aus, die den Rundungsbereich nicht überschreitet. Ab 2011 belasten diverse grössere Projekte im Hochschul- und Mittelschulbereich die Investitionsrechnung.

Die positive Veränderung ist vor allem und trotz erhöhtem Investitionsbedarf auf den Kürzungsauftrag des Regierungsrates zwecks Bekämpfung des strukturellen Defizits zurückzuführen.

2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

Die Bildungsdirektion strebt ein Bildungsangebot an, das Allgemeinbildung und Fachwissen vermittelt und die Auszubildenden zu verantwortungsbewussten und kompetenten, lernenden und leistungsbereiten Persönlichkeiten ausbildet. Dieses Angebot umfasst die Vorschulstufe, die Unterstufe, die Sekundarstufe I und II, die Tertiärstufe sowie den Bereich der Weiterbildung.

Die Bildungsdirektion erbringt zu diesem Zweck auch subsidiäre Bildungsleistungen (Stipendien, Berufsberatung u. a.) mit dem Ziel, Kinder, Jugendliche und Erwachsene bei ihrem Einstieg und ihrem Fortkommen in Beruf und Gesellschaft zu unterstützen. Im Zentrum steht dabei die Verbesserung der Chancengleichheit.

Gesamthaft wurden im Jahr 2007 rund 221'000 Schülerinnen und Schüler bzw. Studierende an öffentlichen und beitragsberechtigten nichtstaatlichen Schulen ausgebildet (ohne Hochschulen rund 186'500 Lernende).

Die Bildungsdirektion (LG 7000 Bildungsverwaltung) ist mit folgenden Aufträgen und Aufgaben betraut:

- Sie steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
- Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen z. H. Regierungs- und Kantonsrat.
- Sie verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
- Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.

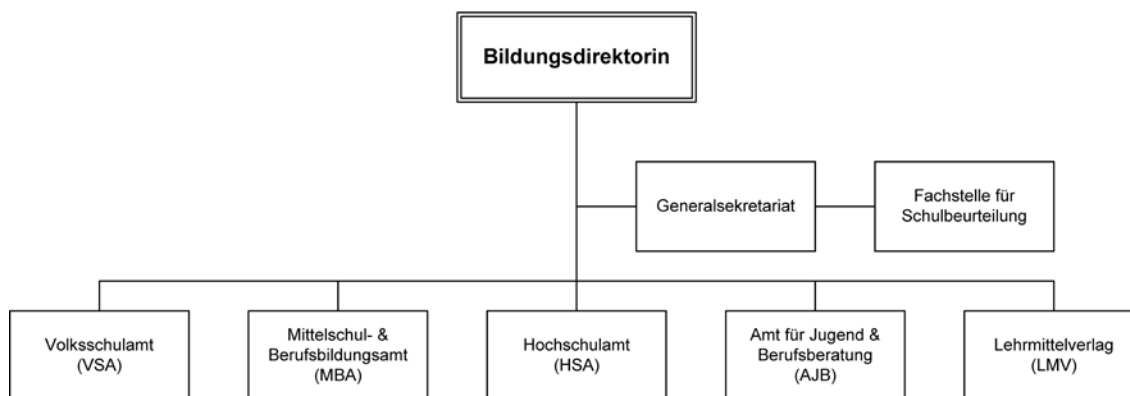


- Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschulen, Mittel- und Berufsfachschulen, Volksschule, Sonderschulen, Bezirksjugendsekretariate sowie weitere beitragsberechtigten Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen.
- Sie erteilt die Aufträge für Bau und Unterhalt aller Bauten im Verwaltungsvermögen der Bildungsdirektion.
- Sie beaufsichtigt und koordiniert die Planung und Budgetierung.

Wichtige Organe des Zürcher Schulwesens sind der Bildungsrat (für Schulen der Primar- und Sekundarstufen), der Fachhochschulrat und der Universitätsrat.

2.1 Organigramm

Das Organigramm der Bildungsdirektion unterteilt sich analog dem Vorjahr in folgende Haupt-Amtsstellen:



2.2 Umfeldentwicklungen

Die Kosten des Bildungswesens werden wesentlich durch den exogenen Faktor der Schülerzahl bestimmt. Trends und Faktoren, welche die Schülerzahlen beeinflussen, sind im demografischen Bereich (Geburtenzahlen, Einschulungsquoten, Migration, Binnenwanderung) und/oder im ökonomischen Bereich (Konjunktur, Wirtschaftslage, Lehrstellenangebot) zu lokalisieren. Hinzu kommen, teils als Folge davon, spezifische Bildungstendenzen (Trend zur Mittelschulbildung, Zwischenlösungen, andere Berufswahlpräferenzen) oder Auswirkungen struktureller Reformmassnahmen (neue Lernangebote, Grundbildungen mit eidgenössischem Berufsattest, Berufsmaturitätslehrgänge, Ausbau der Zürcher Fachhochschule), die unmittelbar zur Veränderung der Schülerzahlen beitragen.

Die Zusammensetzung der Schülerschaft ist weiterhin von Multikulturalität geprägt. Um das Potenzial der SchülerInnen mit Migrationshintergrund besser erschliessen zu können, werden verstärkte Integrationsbemühungen erforderlich sein. Die Zahl der Berufsschülerinnen und -schüler steigt. Der Anteil Auszubildender in gymnasialen Ausbildungen wird leicht zunehmen. Zudem wird sich die Zahl der Berufsmaturitätsabschlüsse gemessen am Total der Berufsausbildungen erhöhen. In der Folge werden auch die Eintritte in die Hochschulen steigen.

Aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleiches (NFA) kommen auf den Kanton Zürich beträchtliche Mehrkosten zu. Dies betrifft im Aufgabenbereich der Bildungsdirektion hauptsächlich den Bereich Sonderschulen und Sonderschulheime.

Die Entwicklung der Anzahl Auszubildenden im Kanton Zürich zeigt folgende Tabelle. Dabei sind wichtige Abgrenzungen zur üblichen Zählung der Bildungsstatistik zu beachten. So werden im KEF nicht Schülerzahlen eines Schuljahres, sondern eines Rechnungsjahres verwendet, die pro rata temporis aus den Daten von zwei Schuljahren zusammengezogen werden. Ferner werden aus teils subventionierten Bildungseinrichtungen nur die Schülerzahlen von tatsächlich mitfinanzierten Lehrgängen und nicht der



ganzen Institution erfasst, wie es die Bundesstatistik vorsieht. Wie aus der Tabelle der prognostizierten Schülerzahlen hervorgeht, bewegen sich diese im Total entsprechend der Prognose vom letzten KEF08. Die Schülerzahl bei den Hochschulen, insbesondere bei den Fachhochschulen steigt unvermindert an. Ebenso verzeichnen die Berufsschulen und die Kaufmännischen Berufsbildungseinrichtungen jährliche Zuwachsraten.

2.3 Schülerzahlen im öffentlichen Bildungswesen 2006-2012

Folgende Tabelle weist die Anzahl Schüler in den verschiedenen Schulstufen der Jahre 2006 und 2007 aus und zeigt die prognostizierte Entwicklung der Lernenden von 2008 bis 2012 auf.

**Schülerzahlen im öffentlichen Bildungswesen 2006-2012**

Die Werte sind aus Schuljahrerhebungen pro rata temporis auf jeweilige Rechnungsjahre transformiert*

Schulstufe	IST-Werte		Prognostizierte Entwicklung				
	2006	2007	VA 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Volksschule (LG 7200) ¹							
Vorschulstufe (ab 2008)	23 994	23 668		23 810	23 682	23 682	23 682
Unterstufe	38 286	38 056		37 614	37 533	37 471	37 497
Mittelstufe	37 634	37 524		37 381	37 278	37 122	36 914
Sekundarstufe	31 282	30 984		30 321	30 354	30 437	30 376
Total	131 196	130 232	130 060	129 126	128 847	128 712	128 469
Mittelschulen (LG 7301)							
Kantonsschulen u. KME	14 467	14 680	14 935	15 220	15 230	15 240	15 250
Total	14 467	14 680	14 935	15 220	15 230	15 240	15 250
Schulen im Gesundheitswesen (LG 7302) ²							
Ausbildungen im Gesundheitswesen	3 592	3 559	3 290	3 468	3 001	3 168	3 558
Total	3 592	3 559	3 290	3 468	3 001	3 168	3 558
Berufsschulen (LG 7303) ³							
Kantonale Berufsschulen	24 988	26 163	26 840	26 820	27 290	27 250	27 050
Kaufm. Berufsbildungseinrichtungen	6 390	6 445	6 720	6 690	6 940	7 090	7 160
Total	31 378	32 608	33 560	33 510	34 230	34 340	34 210
Nichtstaatliche Schulen (LG 7305) ⁴							
Beitragsberechtigte Berufsausbildung	3 176	3 158	3 115	2 865	2 595	2 500	2 475
Beitragsberechtigte höhere Berufsbildung	2 283	2 276	2 375	2 445	2 400	2 450	2 440
Total	5 459	5 434	5 490	5 310	4 995	4 950	4 915
Hochschulen (LG 9600/9700)							
Zürcher Fachhochschule (ZFH) ⁵	9 652	10 217	10 700	12 170	13 535	14 105	14 345
Universität ⁶	23 910	24 231	24 460	24 343	24 651	24 918	25 160
Total	33 562	34 448	35 160	36 513	38 186	39 023	39 505
Total Lernende	219 654	220 961	222 495	223 147	224 489	225 433	225 907
Übriges Bildungswesen							
Höhere Berufsbildung (zu LG 7303) ⁷	2 957	2 829	2 995	2 850	2 900	2 900	2 900
Weiterbildung ZFH (zu LG 9700) ⁸	1 378	1 365	n.q.	n.q.	n.q.	n.q.	n.q.

* Das öffentliche Bildungswesen umfasst alle voll- oder teilsubventionierten Bildungseinrichtungen des Kantons, ohne reine Privatschulen. Alle Angaben sind mit Ausnahme jener der Universität Zürich aus betreffenden Schuljahren (bzw. Semestern) pro rata temporis auf die jeweiligen Rechnungsjahre transformiert worden und enthalten exakt die Leistungsgruppendaten (LG 7200 ff.).

¹ neu inkl. Sonderklassen (für Voranschlag 2008 keine Detailzahlen verfügbar)

² Ist-Werte ohne die in Kontrakten zusätzlich angerechneten Schülerzahlen in Modulkursen und Nachholbildungen des Gesundheitswesens

³ Prognose auf Basis der Fortschreibung von Schulabgängen Volksschule

⁴ Prognose in Form von Schätzungen (Lernende in beitragsberechtigter privater Berufsausbildung, nur subventionierte Lehrgänge einbezogen). Höhere Berufsbildung enthält: Vorbereitung auf Berufsprüfung und höhere Fachprüfung BBT, Technikerschulen HF und übrige Tertiärstufe

⁵ IST-Werte und Prognose ohne Lernende in Weiterbildung

⁶ Studierendenzahlen der Universität Zürich beziehen sich auf das jeweilige Herbstsemester je Jahr (keine Transformation pro rata temporis).

⁷ Höhere Berufsbildung: Vorbereitung auf Berufsprüfung und höhere Fachprüfung BBT sowie Technikerschulen HF, weitgehend selbsttragend.

⁸ Master of Advanced Studies (MAS), Nachdiplomstudien (NDS, auslaufend). Lernende in Weiterbildung sind in den Entwicklungs- und Finanzplänen der ZFH nicht aufgeführt.

Quellen: Bildungsstatistik, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Hochschulamt.

RG 16.05.2008



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Die Bildungsdirektion strebt für alle Bevölkerungsgruppen ein chancenfares Bildungsangebot an, das stufengerecht Allgemeinbildung und Fachwissen vermittelt und die Auszubildenden zu mündigen, verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern und kompetenten, lebenslang lernenden und leistungsbereiten Persönlichkeiten ausbildet.

Die Bildungsdirektion hat folgende strategischen Zielsetzungen festgelegt:

Ziel 1: Integration und Spitzenleistungen ermöglichen (LZ RR 1, 12 und 13)

Mit den Zielen 12 und 13 für die Legislatur 2007–2011 beabsichtigt der Regierungsrat, mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Mit Ziel 1 beabsichtigt er, Spitzenleistungen im Wissens- und Forschungsbereich sowie in der hochspezialisierten medizinischen Versorgung zu ermöglichen und zu fördern.

Ein zukunftsgerichtetes Bildungswesen muss jedem Kind die bestmögliche Ausbildung bieten: Hochbegabte, deutschsprachige, fremdsprachige, behinderte und nicht behinderte Kinder, Mädchen und Knaben - alle haben ihre persönlichen Bedürfnisse und gehören doch zusammen. Dazu braucht es weitere Investitionen in eine frühe Förderung und in Massnahmen, die eine individuelle Förderung auf allen Bildungsstufen gewährleisten. Im Zentrum steht dabei auch in den nächsten Jahren die Umsetzung der Volksschulreform. Diese trägt mit der Einführung von Schulleitungen, Blockzeiten, ausserunterrichtlichen Betreuungsangeboten, mit integrativen Fördermassnahmen und mit der Schülerinnen- und Elternmitwirkung den künftigen Herausforderungen Rechnung. Zudem müssen die Grundlagen für einen politischen Entscheid über die Grundstufe erarbeitet und künftig auch für Kinder im Vorschulalter bedarfsgerechte Angebote an ausserfamiliärer Betreuung geschaffen werden. Ein Konzept für das sonderpädagogische Angebot im Kanton Zürich muss auf dem Hintergrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) erarbeitet und die Organisation der Schulpsychologie neu geregelt werden. Auf der Oberstufe wird die Ausweitung des Pilotversuchs umgesetzt und die flächendeckende Einführung der Reform 9. Schuljahr überprüft. Grundlagen zur weiteren Verbesserung der Durchlässigkeit und Integrationskraft der Oberstufe sollen erarbeitet werden.

Der Hochschulstandort muss weiter gestärkt werden. Spitzenleistungen im Bereich von Bildung und Forschung sind eine Voraussetzung für die internationale Bedeutung des Kantons. Zusammen mit den Hochschulen werden zu diesem Zweck Schwerpunkte gesetzt, wie beispielsweise bei den Life Sciences, den Bank- und Finanzwissenschaften und der Hochschulmedizin.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Umsetzung Volksschulgesetz Volksschulgesetz (LZ RR 1.5, LZ RR 12.1 sowie LZ RR 13.4)
- Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen integrativ ausrichten (LZ RR 13.5)
- Qualität in multikulturellen Schulen (QUIMS) (LZ RR 13.4)
- Schulversuche mit der Grundstufe
- Neugestaltung 9. Schuljahr
- Einführung und Weiterentwicklung der zweisprachigen Maturitätsausbildung an Mittelschulen (Deutsch/Englisch) (LZ RR 1.6)
- Reform der Brückenangebote; Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung
- Konzept Weiterbildung im Kanton Zürich (berufsorientierte Weiterbildung, Höhere Berufsbildung)
- Validierungsverfahren, Nachholbildung in der Berufsbildung (BBT)
- Schwerpunktbildung der Hochschulen fördern (LZ RR 1.4)
- Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandortes Zürich schaffen (LZ RR 1.3)
- Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 7200 Volksschulen



- 7301 Mittelschulen
- 7302 Schulen im Gesundheitswesen
- 7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen
- 7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse
- 7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)
- 7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)
- 7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen
- 7501 Jugend- und Familienhilfe

Ziel 2: Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen (LZ RR 16)

Als Ziel 16 für die Legislatur 2007–2011 hat der Regierungsrat festgelegt, die objektive und subjektive Sicherheit durch verstärkte Bekämpfung von Gewaltdelikten und eine vernetzte Gewaltprävention zu fördern.

Die Schule ist ein Raum, in dem grundlegende Werte entdeckt und vermittelt werden und die Verständigung zwischen Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen erprobt und vertieft. Die Schule leistet einen Beitrag zum Zusammenhalt unserer demokratischen und sozialen Gesellschaft. Ein ausgebautes Netz der Jugendhilfe unterstützt Eltern, Kinder und Jugendliche in schwierigen Situationen. Die Gesetzgebungsarbeiten zur Reform der Jugendhilfe werden in der neuen Legislatur wieder aufgenommen. Darüber hinaus soll in allen Gemeinden eine bedarfsgerechte Schulsozialarbeit gewährleistet werden, die an gleichen Standards ausgerichtet ist. Die Einführung des neuen obligatorischen Faches "Religion und Kultur" hat zum Ziel, Schülerinnen und Schüler im kompetenten Umgang mit religiösen und kulturellen Fragen und Traditionen zu fördern. Als stufenübergreifendes Ziel soll die Gesundheitsförderung (Bewegung, Ernährung, Suchtprävention) und die Gewaltprävention an den Schulen verbessert werden. An den Hochschulen wird die interdisziplinäre Forschung und Entwicklung im Bereich der Sozialwissenschaften gefördert.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung
- Religion und Kultur
- Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken (LZ RR 16.7)
- Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten (LZ RR 16.8)
- Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten (LZ RR 16.9)
- Casemanagement in der beruflichen Grundbildung (BBT)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 7200 Volksschulen
- 7301 Mittelschulen
- 7302 Schulen im Gesundheitswesen
- 7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen
- 7501 Jugend- und Familienhilfe

Ziel 3: Herausforderungen für Schul- und Unterrichtsqualität annehmen

Alle Schulen – die Volksschule, die Mittel- und Berufsfachschulen und die Hochschulen - müssen die Unterrichtsqualität weiter verbessern und dabei selbstständiges Lernen vermehrt fördern. Dazu braucht es weitere Anstrengungen bei den Unterrichtsmethoden und der Ausbildung von Lehrpersonen. Ziel ist es, die überfachlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler (soziale Kompetenzen, eigenverantwortliches, individuelles Lernen und Medienkompetenzen) auf allen Stufen zu verbessern.

Mit nationalen und internationalen Bildungsstandards sollen in Zukunft Leistung und Qualität der Schule transparenter und vergleichbarer werden. Der Kanton unterstützt deshalb den interkantonalen Harmonisierungsprozess mit Bildungsstandards in der Volksschule und die regelmässige Überprüfung der erreichten Standards. Er nimmt aktiv an der Erarbeitung des Deutschschweizer Lehrplans teil. An den Mittelschulen strebt der Kanton eine Weiterentwicklung der Unterrichtsformen und der Bildungsziele an. In den nächsten Jahren sollen das neue kantonale Fachhochschulgesetz umgesetzt und die neuen



Fachhochschul-Campuslösungen realisiert werden. An der Fachhochschule und der Universität wird die Bologna-Reform mit dem Auf- respektive Ausbau der Master- und Doktoratsstufe (nur Universität) abgeschlossen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- HarmoS (interkantonales Projekt der Erziehungsdirektorenkonferenz)
- Umsetzung Fachhochschulgesetz
- Reform Berufsmaturität (BBT)
- Reform der Grundbildungen (Masterplan BBT)
- Harmonisierung der Höheren Fachschulen (BBT)
- Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen (ZAP)
- Selbst organisiertes Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen – neue Lehr- und Lernformen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 7200 Volksschulen
- 7301 Mittelschulen
- 7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen
- 7302 Schulen im Gesundheitswesen
- 7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse
- 7401 Universität
- 7406 Zürcher Fachhochschule
- 7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Ziel 4: Partnerschaft für Bildung stärken (LZ RR 13)

Wirkungsvolle Zusammenarbeit stützt sich auf Partner, die mitreden und Mitverantwortung übernehmen können. Die Schule hat viele Partner: Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrpersonen, Gemeinden, weiterführende Schulen, Arbeitswelt und Politik. Diese Partnerschaften müssen gestärkt werden. Nur gemeinsam und im offenen und verbindlichen Dialog können wir das Bildungswesen für die Herausforderungen der Zeit bereithalten. Mit der Umsetzung der Volksschulreform wird die Schülermitwirkung gefördert und die Elternverantwortung gestärkt. Die Arbeitszufriedenheit der Lehrpersonen soll sich verbessern. Dazu ist unter anderem ihr Berufsauftrag zu überprüfen. Für eine transparente und verbindliche Zusammenarbeit muss die Vertretung der Betroffenen in bildungspolitischen Entwicklungs- und Beratungsgremien sichergestellt werden.

Als Ziel 13 für die Legislatur 2007–2011 hat der Regierungsrat festgelegt, mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt zu stärken. In diesem Rahmen hat er der Bildungsdirektion den Auftrag erteilt, die berufliche Grundbildung zu stärken und den Übergang in die Berufsbildung zu gewährleisten. In der Berufsbildung tragen Kanton und Bund und Arbeitswelt eine gemeinsame Verantwortung für die Schaffung von Lehrstellen und die Ausgestaltung und Finanzierung der Berufsbildung. Diese Verbundpartnerschaft muss weiter verstärkt und gepflegt werden.

Im Bereich Forschung und Entwicklung gilt es, den Wissensaustausch und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft zu fördern. Auch darüber hinaus soll der Dialog zwischen den Bildungsinstitutionen, der Politik und der Öffentlichkeit verbessert werden.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (LZ RR 13.6)
- Zeitliche Quantifizierung Berufsauftrag Lehrpersonen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 7200 Volksschulen
- 7302 Schulen im Gesundheitswesen
- 7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen
- 7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse

**Ziel 5: Anschlüsse gewährleisten (LZ RR 3 und 13)**

Die nachobligatorische Bildung gewinnt angesichts von vielgestaltigen, modernen Lebensläufen immer mehr an Bedeutung. Am Übergang in die Berufsbildung und im Bereich der Weiterbildung müssen deshalb besondere Anstrengungen unternommen werden, damit das Bildungswesen Anschlüsse gewährleisten und den Einstieg oder Wiedereinstieg ins Erwerbsleben ermöglichen kann. Das neue Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz, das 2007 vom Kantonsrat verabschiedet werden soll, legt dafür die notwendigen Grundlagen. Es ermöglicht insbesondere die Weiterführung der Lehrstellenförderung und die Mitwirkung bei der Entwicklung neuer Ausbildungsangebote. Jugendliche sollen im Übergang in die Berufsbildung und ins Berufsleben wo nötig individuell unterstützt werden. Als Ziel 13 für die Legislatur 2007–2011 hat der Regierungsrat festgelegt, mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt zu stärken. In diesem Rahmen hat er der Bildungsdirektion den Auftrag erteilt, Weiterbildungsmassnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen und beruflichen Integration zu erarbeiten. Ein Weiterbildungskonzept ist notwendig, um aufzuzeigen, wie Weiterbildung und lebenslanges Lernen gezielt gefördert werden können. Die Durchlässigkeit von Bildungswegen und die Validierung informell erworbener Bildung eröffnen zusätzliche Anschlüsse. Als Ziel 3 für die Legislatur 2007–2011 hat der Regierungsrat festgelegt, das Standortmarketing zu verstärken. In diesem Rahmen hat er der Bildungsdirektion den Auftrag erteilt, die Infrastruktur an internationalen Schulen zu stärken.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung
- Reform der Brückenangebote
- Zentrale Aufnahmeprüfung an Mittelschulen (ZAP)
- Konzept Weiterbildung im Kanton Zürich (LZ RR 13.7)
- Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung
- Infrastruktur an internationalen Schulen stärken (LZ RR 3.5)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 7301 Mittelschulen
- 7302 Schulen im Gesundheitswesen
- 7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen
- 7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse
- 7502 Berufs- und Studienberatung



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Bedeutende Investitionen

Die untenstehende Tabelle zeigt eine Übersicht über die Investitionen im Bildungsbereich von über 50 Mio. Fr. Gesamtkredit mit dem voraussichtlichen Realisierungszeitraum. Von diesen Grossinvestitionen werden im Voranschlagsjahr 2009 rund 34 Mio. Fr. an Ausgaben getätigt (siehe dazu auch Übersicht unter Kapitel 4.2).

212Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid 1) (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)
Berufs- und Mittelschulen:				
KS Uster: Neubau im Rahmen des Bildungszentrums	-88.0	2004	2010	2011-2014
Universität / Fachhochschulen				
Universität; Irchel, Neubau 5. Bauetappe	-200.0	2005	2009	2010-2015
Universität, Irchel, Sanierung 1. Bauetappe	-350.0	2008	2012	2014-2020
Gloriastrasse 32/30, Instandsetzung	-50.0	2007	2009	2010-2015
Neubau Neurowiss. Zentrum (Neurotower)	-200.0	2008	2011	2012-2020
Plattenstrasse 11, Sanierung Hochhausstrakt	-50.0	2008	2010	2011-2014
Toniareal	-89.5	2007	2008	2009-2012

1) Objektkredit Regierungsrat/Kantonsrat

Projekte und Investitionen unter 50 Mio. Fr. sind in der Ausgabenübersicht der Tabelle der übrigen Investitionen subsummiert (siehe Kapitel 4.2).

4.2 Übrige Investitionen

Folgende Übersicht zeigt das Verhältnis der Gross- zu den sogenannten übrigen Investitionen (Nettoausgabenvolumen ≥ 10 Mio.). Sofern letztere bereits in der Planungsphase bis 2012 in der aggregierten Investitionsrechnung enthalten sind, werden die wichtigsten mit ihren geschätzten Nettoausgaben nachstehend aufgeführt. Die Sanierung der Berufsschule Uster, die im letztjährigen KEF unter den "übrigen Investitionen" aufgeführt wurde, ist im Grossprojekt Bildungszentrum Uster enthalten.

71.72.0Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Grosse Investitionen			-2.0	-15.0	-53.5	-71.7
Übrige Investitionen			-144.6	-126.6	-129.1	-229.6
Total Nettoinvestitionen	-117.1	-184.6	-146.6	-141.6	-182.6	301.3

Die wichtigsten Investitionskredite (Objektkredite), die in der aggregierten Summe der sogenannten "übrigen Investitionen" enthalten sind, detaillieren sich pro Leistungsgruppe wie folgt:

**Mittelschulen:**

- KS Hohe Promenade, Gesamtsanierung (-36.0 Mio.)
- KS Freudenberg und Enge, 3-fach Turnhalle (-34.0 Mio.)
- KS Oerlikon + Birch, Innensanierungen Klassentrakte (-22.0 Mio.)
- KS Rychenberg, Erweiterung KRW/KLW (-27.5 Mio.)
- KS Büelrain, Ersatz und Ergänzungsbau (-33.0 Mio.)
- KS Küsnacht, Neubau Barackenersatz (-13.0 Mio.)
- KS Zürcher Unterland, Klassen + Korridorsanierung (-16.4 Mio.)
- KS Limmattal, Neubau Aula / Turnhalle (-11.5 Mio.)
- KS Rämibühl, Sanierung Fenster (-10.0 Mio.)

Berufsschulen:

- BS Dietikon, Gesamtsanierung (-15.0 Mio.)
- Bildungszentrum Zürichsee, Erweiterung/Neubau (-20.0 Mio.)
- Bildungszentrum Zürichsee, Gesamtsanierung (-12.0 Mio.)
- Gewerbliche Berufsschule Wetzikon, Umbau/Erweiterung Oberwetzikon (-12.3 Mio.)
- Gewerbliche Berufsschule Wetzikon, Gesamtsanierung (-26.0 Mio.)
- Berufsbildungsschule Winterthur, Anton-Graff Gebäudehülle /OG's (-16.5 Mio.)
- Berufsbildungsschule Winterthur, Anton-Graff Umnutzung/Umbauten/Sanierung (-34.7 Mio.)
- BS für Detailhandel, Gesamtsanierung (-17.0 Mio.)
- BS für Detailhandel, Erweiterung (-11.0 Mio.)
- Techn. Berufsschule Zürich, Ausstellungsstrasse 70, Sanierung Fassade (-31.3 Mio.)
- Berufsfachschule Winterthur, Wiesental, Gesamtsanierung (-11.0 Mio.)
- BS für Mode & Gestaltung, Gesamtsanierung (-11.0 Mio.)
- BS für Mode & Gestaltung, Fassadensanierung (-10.0 Mio.)

Universität:

- Neubau Kleintierklinik (-28.2 Mio.)
- Irchel Stockwerksanierung 2. Bauetappe (-26.0 Mio.)
- Irchel Y36 Umbau (-24.9 Mio.)
- Zollikerstrasse 107, Sanierung Kuppel-Schauhäuser (-12.4 Mio.)
- Plattenstrasse 22/24, Neubau (-13.0 Mio.)
- Rämistrasse 71, Gesamtsanierung Kollegiengebäude, 4. Etappe (-36.4 Mio.)

Zürcher Hochschule der Künste:

- Sanierung Hauptgebäude (-11.4 Mio.)
- Liegenschaftskauf (-24.9 Mio.)

Pädagogische Hochschule Zürich:

- Sihlpost (-44.5 Mio.)

Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften:

- Gebäude B, Gesamtsanierung, Küche, Fassade (-30.0 Mio.)
- Gebäude L, Gebäudesanierung II (-40.0 Mio.)
- ZHW, Diverse Werterhaltungsmassnahmen (-25.1 Mio.)
- HSW, Grüntal, diverse Projekte Werterhaltung (-32.5 Mio.)

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Die meisten strategischen Projekte haben Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung. In folgender Tabelle werden jedoch nur diejenigen aufgelistet, die in den Jahren 2009 bis 2012 mit insgesamt mehr als 10 Mio. Fr. den Nettoaufwand der Bildungsdirektion beeinflussen werden.



Im Vergleich mit dem KEF 2008 wurde kein Projekt abgeschlossen. Es gibt jedoch einen Neuzugang, nämlich das Projekt Weiterentwicklung der Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen, das den Staatshaushalt in der KEF-Periode ab 2009 mit rund 9 Mio. Fr. belastet.

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Erfolgsrechnung (Mio. Fr.)
Projekt 140: Reform der Brückenangebote	2008	2008 - 2009	-82.3 *1)
Projekt 148: Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung	2007	2008 - 2012	-20.6

*1) Die Nettobelastung auf den Staatshaushalt bei der Umsetzung des Projektes 140 "Reform der Brückenangebote Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung (BAVbG) " beginnt 2008 mit 10 Mio. Fr. und beträgt über die KEF-Periode 82 Mio. Fr. Die Summe ist gegenüber dem KEF 2008 um 17 Mio. Fr. höher, weil der Vollausbau immer näher rückt und damit den KEF immer stärker prägt. Der Vollausbau mit der Bündelung und Finanzierung aller Brückenangebote im MBA kostet jährlich 19 Mio. Franken ab 2010.

Die analoge Begründung gilt für das Projekt 148 Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung, dessen Vollausbau den KEF stärker prägt und in dem im Vorjahr noch nicht berücksichtigte Zusatzleistungen enthalten sind.

4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Saldi der Erfolgsrechnung sowie diejenigen der Investitionsrechnung in der Zeitspanne der KEF09-Planung:

(in Mio. Franken)	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
a) Erfolgsrechnung:						
Ertrag	1'238.4	755.7	779.1	789.8	804.4	810.7
Aufwand	-3'306.2	-3'029.4	-3'219.3	-3'277.0	-3'356.4	-3'443.9
Saldo	-2'067.8	-2'273.7	-2'440.2	-2'487.2	-2'552.0	-2'633.2
b) Investitionsrechnung:						
Einnahmen	35.6	12.1	8.5	8.5	8.5	6.5
Ausgaben	-152.7	-196.7	-155.3	-150.1	-191.1	-307.8
Nettoinvestitionen	-117.1	-184.6	-146.8	-141.6	-182.6	-301.3

a) Erfolgsrechnung:

Die Zunahme des Finanzbedarfes im KEF09 ist einerseits auf die veränderte Vorgabe gegenüber dem KEF08 betreffend Stufenerhöhung, Teuerungszulage und Beförderung zurückzuführen. Andererseits belastet der Neue Finanzausgleich NFA und die Umsetzung der Volksschulreform die Erfolgsrechnung ab 2008 zusätzlich. Erhöhte Einnahmen werden auf der anderen Seite u.a. mit dem nBBG erwartet (Detailierte Angaben siehe Kapitel 4.4.2).

**b) Investitionsrechnung:**

Ein höherer Investitionsbedarf wird v.a. ab 2010 geplant, indem Bauvorhaben beim Toniareal, bei der Sihlpost, der Kantonsschule Uster, des Hochhausstraktes an der Plattenstrasse 11 (Universität), der Allgemeinen Berufsschule Zürich (Kornhausareal), sowie der 5. Bauetappe der Uni-Irchel in etwa zeitgleich begonnen werden.

4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2009 der Bildungsdirektion mit dem beschlossenen Budget 2008 einerseits, sowie den Durchschnitt der Planjahre 2009-2012 mit dem Niveau des Budgets 2008 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen):

(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)	Veränderungen zu B 2008 (%)	Veränderungen zu B 2008 (%)
	B 2009	Schnitt 2009-2012	B 2009	Schnitt 2009-2012
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	23.4	40.3	3.1%	5.3%
Aufwand	-189.9	-294.8	-6.3%	-9.7%
Saldo	-166.5	-254.5	-7.3%	-11.2%
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	-3.6	-4.1	-29.8%	-33.9%
Ausgaben	41.4	-4.4	21.0%	-2.2%
Nettoinvestitionen	37.8	-8.5	20.5%	-4.6%

Der Aufwand erhöht sich um 189.9 Mio. Franken oder 6.3 %. Wichtigste Ursachen:

A) Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**a) Erfolgsrechnung:**

Der Ertrag erhöht sich um 23.4 Mio. Franken oder 3.1%. Wichtigste Ursachen:

+ 9.9 Mio. Höhere Erträge bei den Berufsschulen infolge Anpassung der Tarife in den Schulgeldabkommen.

+2.8 Mio. Höhere Erträge bei Jugend- und Familienhilfe (Zunahme des Transferertrages um +10.1 Mio. und Abnahme der Entgelte um 8.4 Mio.)

+ 10.7 Mio. Höhere interne Verrechnungen (8.7 Mio.) und Durchlaufsposten (2.0 Mio.).

Der Aufwand erhöht sich um 189.9 Mio. Franken oder 6.3 %. Wichtigste Ursachen:

-51.6 Mio. Lohnanstieg für Teuerung und Beförderungen gemäss Richtlinien (ohne selbständige Anstalten).

-10.0 Mio. Höhere Transferzahlungen (davon 4 Mio. höhere Staatsbeiträge an die auswärtige Sonderschulung infolge NFA-bedingt höherer Versorgertaxen und 7.8 Mio. höhere Staatsbeiträge an die kommunalen Sonderschulen. Der Restsaldo von -1.8 Mio. ist vor allem auf die rückläufigen Staatsbeiträge im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes zurückzuführen).

-4.4 Mio. Mehraufwand bei den Schulen im Gesundheitswesen (davon 1.8 Mio. Entzug vom Leistungsauftrag, 9 Mio. Dentalhygiene in der Careum AG und 1.4 Mio. für das Weiterführen der Ausbildung Pflegeassistenten).

-6.0 Mio. Höhere Betriebsbeiträge an die Kaufmännischen Schulen.



- 3.8 Mio. Höhere Betriebsbeiträge an Nichtstaatlichen und ausserkantonalen Schulen (davon -1.1 Mio. für Überbetriebliche Kurse von Ausbildungsbetrieben sowie -2.7 Mio. zusätzliche Betriebsbeiträge für Brückenangebote).
- 39.6 Mio. Höherer Betriebsbeitrag an die Universität Zürich.
- 4.7 Mio. Höherer Betriebsbeitrag an die Zentralbibliothek (-2.7 Mio.) und höheren IUV-Beiträge (-2 Mio.).
- 43.6 Mio. Höhere Beiträge an die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- 2.6 Mio. Höhere Beiträge an ausserkantonale Konkordate und Fachhochschulen.
- 2.0 Mio. zunehmender Stipendienaufwand aufgrund steigender Gesuchszahlen.
- 3.8 Mio. Anstieg der Beiträge an Organisationen, Projekte sowie Abschreibungen/Zinsen in der Leistungsgruppen Jugend- und Familienhilfe.
- 12.1 Mio. Höhere interne Verrechnungen (2.0 Mio.) und Durchlaufsposten (10.1 Mio.).
- 5.7 Mio. Diverses.

b) Investitionsrechnung:

Dank der gestrafften Behandlung der Bauprojekte verbessern sich die Nettoinvestitionen um 37.8 Mio. gegenüber den KEF 2008.

B) Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr

a) Erfolgsrechnung:

Der Ertrag erhöht sich um 40.3 Mio. Fr. oder 5.3 %. Wichtigste Ursachen:

- +15.0 Mio. Ertragsanstieg bei den Berufsschulen, davon Höhere Beiträge von Gemeinwesen (4.5 Mio.), höhere Vergütungen für Mietzinsen (6.2 Mio.), höhere Entgelte (2.8 Mio.) und übrige Erträge (1.5 Mio.).
- + 3.9 Mio. Höhere Vergütungen für Mieten bei der Universität.
- + 6.4 Mio. Verbesserung für die Jugend- und Familienhilfe (davon +13.5 Mio. Transferertrag und – 8.5 Mio. Entgelte sowie +1.4 Mio. übrige Erträge).
- +2.6 Mio. Höhere Vergütungen für die Berufs- und Studienberatung
- +12.4 Mio. Höhere interne Verrechnungen (2.1 Mio.) und Durchlaufsposten (10.3 Mio.).

Der Aufwand erhöht sich durchschnittlich um 294.8 Mio. oder 9.7 % über das Niveau des Budgets 2008. Wichtigste Ursachen:

- 82.0 Mio. Lohnanstieg für Teuerung und Beförderungen gemäss Richtlinien
- 11.8 Mio. Höhere Transferzahlungen (NFA/Neugestaltung des Sonderschulbereiches: +4 Mio. höhere Staatsbeiträge an die auswärtige Sonderschulung infolge NFA-bedingt höherer Versorgertaxen, +7.8 Mio.).
- 8.0 Mio. Höhere Betriebsbeiträge an die Kaufmännischen Schulen
- 8.0 Mio. Höhere Betriebsbeiträge an Nichtstatlichen und ausserkantonalen Schulen
- 70.9 Mio. Höherer Staatsbeitrag an die Universität Zürich
- 6.2 Mio. Höherer Betriebsbeitrag an die Zentralbibliothek und höheren IUV-Beiträge.
- 64.7 Mio. Höhere Beiträge an die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- 2.6 Mio. Höhere Beiträge an ausserkantonale Konkordate und Fachhochschulen.
- 5.5 Mio. Höhere Transferzahlungen für die Jugend- und Familienhilfe
- 21.5 Mio. Höhere interne Verrechnungen (12.9 Mio.)und Durchlaufsposten (8.6 Mio.).
- 13.6 Mio. Diverses



b) Investitionsrechnung:

Infolge des Kürzugauftrags des Regierungsrates erhöht sich das Investitionsvolumen der Bildungsdirektion in den Jahren 2009 bis 2012 um durchschnittlich 8.5 Mio. Franken mit deutlich steigender Tendenz im 2012. Dies entspricht gegenüber dem Budget 2008 eine Zunahme von rund 4.6 %.



5. Leistungsgruppen

- 7000 Bildungsverwaltung**
- 7100 Lehrmittelverlag**
- 7200 Volksschulen**
- 7301 Mittelschulen**
- 7302 Schulen im Gesundheitswesen**
- 7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen**
- 7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse**
- 7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)**
- 7402 Sonstige universitäre Leistungen**
- 7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)**
- 7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen**
- 7501 Jugend- und Familienhilfe**
- 7502 Berufs- und Studienberatung**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	10.5	10.1	0.0	10.2	0.0	10.6	0.0	10.2	10.3	-2.0
Aufwand	-81.5	-88.4	0.0	-92.8	0.0	-92.7	0.0	-92.7	-92.2	13.2
Saldo	-71.0	-78.3	0.0	-82.6	0.0	-82.1	0.0	-82.5	-81.9	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben	-0.1	-1.6	0.0	-2.8	0.0	-1.7	0.0	-1.4	-0.6	-1.4
Nettoinvestitionen	-0.1	-1.6	0.0	-2.8	0.0	-1.7	0.0	-1.4	-0.6	-1.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	280.9	312.9	0.0	324.8	0.0	328.7	0.0	327.5	321.0	

Aufgaben

- A1 Die Bildungsverwaltung umfasst das Generalsekretariat und die Ämter der Bildungsdirektion: Hochschulamt, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Volksschulamt, Amt für Jugend und Berufsberatung. Der Lehrmittelverlag wird als separate Leistungsgruppe geführt. Folgende Aufgaben obliegen der Bildungsverwaltung:
- A2 Sie steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
- A3 Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen zhd. Regierungs- und Kantonsrat.
- A4 Sie verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
- A5 Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund
- A6 Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschulen, Mittel- und Berufsschulen, Volksschule, Sonderschulen, Bezirksjugendsekretariate sowie weitere beitragsberechtigte Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen.

Entwicklungsschwerpunkte

bis
Direktions-
ziel Nr.

E1 Volksschulreform (siehe auch LG 7200) (LZ RR 1.5)	2012	1
E2 Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz (siehe auch LG 7303 7305)	2009	4
E3 Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungs-Standortes Zürich schaffen (LZ RR 1.3)	2011	1
E4 Infrastruktur an internationalen Schulen stärken (LZ RR 3.5)	2010	5
E5 Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken (LZ RR 16.7)	2011	2

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

W1 Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden (1.-9. Klasse) in %	5.3	5.5	5.5	5.5	5.5	
--	-----	-----	-----	-----	-----	--

Leistungen

L1 Monitoring/-controlling; Anzahl Erhebungen Struktur- & Leistungsdaten	6	6	6	6	6	
L2 Monitoring/-controlling; Anzahl Wirkungserhebungen	3	5	5	4	4	
L3 Anzahl Leistungsgruppen (inkl. 9600/9710/9720/9740)	16	18	18	18	18	
L4 Anzahl strategische Projekte	14	13	14	14	14	
L5 Beschäftigungsumfang administrierte MitarbeiterInnen (BU)	11'025	12'699	12'699	12'686	12'630	
L6 Anzahl Erlasse in Bearbeitung	12	7	5	4	4	
L7 Anzahl Rekurse (eingegangen/erledigt)	195/195	230/230	200/220	200/220	200/220	
L8 Anzahl parlamentarische Vorstösse (eingegangen/erledigt)	45/45	35/35	35/35	45/45	50/50	
L9 Anzahl interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung	85	95	90	90	85	

Wirtschaftlichkeit

B1 Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildung in %, Ziel <2.5%	2.49	2.40	2.43	2.41	2.32	
---	------	------	------	------	------	--

Leistungsgruppe 7000 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-82.616
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.790

Budget Leistungsgruppe 7000	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Leistungsgruppe Bildungsverwaltung wird ihre Aufgabenschwerpunkte auf die optimale Umsetzung folgender Vorhaben setzen:
- Verschiedene Massnahmen und Projekte im Bereich der Volksschulreform,
- Neuregelung des Sonderschulwesens,
- Einführung von Schulleitungen,
- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen,
- Kantonalisierung der Kindergärten,
- Kantonalisierung von drei privaten Teilschulen und Zusammenführung von sieben Teilschulen bei den Zürcher Fachhochschulen.

Indikatoren

- W1: Anteil der PrivatschülerInnen am Total der Lernenden in der obligatorischen Schulzeit (Volksschule und 7.-9. Schuljahr Mittelschulen). Diese Quote zeigt einerseits, wie das Bildungswesen gesellschaftlichen Erwartungen - besonders den Anforderungen sozial gut gestellter Familien - entspricht. Die Quote ist auch eine Masszahl für Leistungserbringung: Der komplementäre Prozentsatz von Schülerinnen und Schülern wird öffentlich beschult.
- L5: Die Bildungsverwaltung administriert die Besoldungen aller Lehrpersonen. Die ausgewiesenen Beschäftigtenzahlen beinhalten ausser den Lehrpersonen ebenso alle Angestellten in der Administration, im Lehrmittelverlag und in den Jugendsekretariaten. Nicht eingeschlossen sind darin das Personal der Universität, der drei Hochschulen, d.h. der Zürcher Fachhochschule, sowie die Angestellten weiterer staatlich selbständiger Institutionen (z.B. Zentralbibliothek, etc.). Ebenso nicht enthalten darin sind Lehrlinge, Praktikanten und Hilfspersonal. Die Werte betreffen die pro Jahr durchschnittliche besoldete Beschäftigungsdauer der einzelnen Angestellten.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Zunahme des Saldos der Erfolgsrechnung von 4.3 Mio gegenüber dem Budget 08. Der Anstieg liegt vor allem in den gemäss Richtlinien höher budgetierten Besoldungskosten sowie in neu bewilligten Stellen im AJB, im MBA und im GS.

Investitionsrechnung

- Erneuerung und Ausbau der Informatikinfrastruktur.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zunahme von 4 Vollzeitstellen im AJB, vor allem Informatiker, die ihre Leistungen für die gewachsenen Jugendsekretariate erbringen und weiterverrechnen; 5 Stellen im MBA für das Case Management (Begleitung von Berufsschülern in schwierigen Lagen) sowie für Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes; Fachstelle Schulbeurteilung: 3.4 Stellen für Abschluss Aufbau gemäss Volksschulgesetz. 1 Stelle Fachstelle Gewaltprävention. Weiter wurden 1.5 Stellen infolge Projektabschluss abgebaut.

Indikatoren

- L5: Erhöhung der administrierten Lohnbezüger ab 2008 v.a. infolge Kantonalisierung der KindergärtnerInnen (1300 Lehrpersonen sowie weitere 53 Stellen für zusätzliche Vikariate). Weitere rund 84 Stellen durch die Einführung von Blockzeiten und die restlichen Veränderungen von 163 Stellen insbesondere für die Einführung von Schulleitungen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Saldoentwicklung der Erfolgsrechnung ist vor allem auf die gemäss Richtlinien höher budgetierten Besoldungskosten sowie auf die neu bewilligten Stellen im AJB, im MBA und im GS zurückzuführen.

Indikatoren

- Zu L7: Ab 2009 Wegfall von Rekursen innerhalb der Bildungsverwaltung, da Verschiebung von Rekursen im Volksschulbereich zum Bezirksrat. Wegfall der Vollzeitäquivalente in der Gehörlosenschule infolge Ueberführung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt ab 2009.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Umsetzung aller Entwicklungsschwerpunkte der Bildungsverwaltung führt zu einem höheren Personalbedarf als im KEF08 angenommen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	23.6	23.9	0.0	23.8	0.0	23.9	0.0	23.8	24.0	1.7
Aufwand	-20.4	-20.2	0.0	-21.2	0.0	-21.3	0.0	-21.4	-21.4	5.4
Saldo	3.2	3.7	0.0	2.6	0.0	2.6	0.0	2.5	2.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	24.7	24.8	0.0	25.5	0.0	25.5	0.0	25.5	25.5	

Aufgaben

- A1 Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, welche einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung) und für andere Bildungsbereiche (Mehrleistung).
- A2 Finanzielle Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise.
- A3 Lehrmittelproduktion für kleine Bildungsgruppen.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Lehrmittelentwicklung und -produktion Deutsch für die Mittelstufe	2010	3
E2 Lehrmittelentwicklung und -produktion Religion und Kultur für die Oberstufe	2010	2
E3 Lehrmittelentwicklung und -produktion Religion und Kultur für die Primarstufe	2011	2
E4 Lehrmittelentwicklung und -produktion Englisch für die Oberstufe	2011	3
E5 Lehrmittelentwicklung und -produktion Mathematik für die Unterstufe	2013	3
E6 Lehrmittelentwicklung und -produktion Mathematik für die Oberstufe	2013	3

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit der Lehrkräfte in Bezug auf die Lehrmittel: Anteil positiver Synodalgutachten	P	66%	75%	n.q.	n.q.	n.q.	n.q.
W2 Zufriedenheit der Lehrkräfte mit der Qualität der Lehrmittel: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung	P	n.q.	96%	n.q.	96%	n.q.	96%
W3 Zufriedenheit der Lehrkräfte mit den Dienstleistungen des Lehrmittelverlages: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung	P	n.q.	97%	n.q.	97%	n.q.	97%
W4 Koordination der Lehrmittel: Anteil des Gesamtumsatzes mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale	P	71%	73%	71%	71%	71%	71%
W5 Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen im Bereich Mehrleistung	P	62%	64%	62%	62%	62%	62%

Leistungen

L1 Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung)	P	10.3 Mio.	11.0 Mio.	10.4 Mio.	10.4 Mio.	10.4 Mio.	10.5 Mio.
L2 Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen und Dritten (Mehrleistung)	P	13.2 Mio.	12.9 Mio.	13.2 Mio.	13.3 Mio.	13.3 Mio.	13.3 Mio.

Wirtschaftlichkeit

B1 Lehrmittelpreise pro Schüler der Volksschule 2008	Preis LMV ZH	übrige Verlage	Differenz				
B2	CHF	CHF	%				
B3 - Mathematik	216	361	67				
B4 - Deutsch	164	237	44				
B5 - Französisch	88	136	55				
B6 - Englisch	59	161	173				

Leistungsgruppe 7100	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	2.619
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 7100
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Gemäss Auftrag an den Lehrmittelverlag sollen der Kanton und die Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise entlastet werden. Es ist daher nicht das primäre Ziel des Lehrmittelverlages, den Gewinn zu optimieren, sondern möglichst kostengünstige Lehrwerke im Markt anzubieten.
- Die unter den Entwicklungsschwerpunkten aufgeführten Lehrwerke werden in enger Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ILZ) entwickelt und teilweise in enger Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Verlagen produziert. Damit soll ein möglichst hoher Koordinationsgrad erreicht und die Zielsetzungen des interkantonalen Harmonisierungsprozesses im Bildungswesen unterstützt werden.

Indikatoren

- zu W1: Die vom Bildungsrat bestimmten obligatorischen und provisorisch-obligatorischen Lehrmittel werden gestützt auf § 7 der Synodalverordnung durch die Lehrpersonenkonferenz der Kapitel begutachtet. Auf Grund der stark variierenden und teilweise niedrigen Anzahl Lehrwerke, die pro Jahr begutachtet werden, ist die Qualität und die Aussagekraft dieses Indikators nicht mehr hinreichend gegeben. Der Indikator wird ab dem Rechnungsjahr 2009 nicht mehr erhoben.
- zu W2 und W3: Die Kundschaftsbefragung zur Erhebung der Zufriedenheit mit der Qualität der Lehrmittel und mit den Dienstleistungen wird im 2-Jahres-Turnus durchgeführt. Die Zufriedenheit mit der Qualität der Lehrmittel bezieht sich auf die grafische Gestaltung, Ausstattung und Robustheit. Die konzeptionelle und inhaltliche Qualität der obligatorischen und zugelassenen Lehrmittel liegt in der Kompetenz des Bildungsrates bzw. der Kantonalen Lehrmittelkommission.
- zu B1: Der Benchmark basiert auf den aktuellen Katalogpreisen und stellt die Produkte des Lehrmittelverlages vergleichbaren Lehrwerken anderer Anbieter gegenüber, die in Schweizer Volksschulen eingesetzt werden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Gesamtaufwand des Budgets 2009 erhöht sich gegenüber dem Vorjahresbudget um rund 5 % oder CHF 1 Mio. Diese Steigerung begründet sich durch die verschiedenen Grossprojekte, die zur Zeit in der Entwicklungsphase stehen, was sich kostenseitig entsprechend auswirkt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Innerhalb des bewilligten Stellenplanes erhöht sich das Vollzeitäquivalent um 0.7 auf 25.5 Stellen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Aufgrund der Entwicklung der Anzahl Lernenden ist mittelfristig mit stagnierenden oder sinkenden Umsätzen zu rechnen. Kostenseitig wirken sich die Entwicklungskosten für neue Lehrwerke entsprechend aus. In den Planjahren 2010-2012 kann mit einem Jahresgewinn von rund CHF 2.5 Mio. bzw. einer Umsatzrendite von ca. 10 % gerechnet werden.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- In den Planjahren 2010-2012 sind keine Änderungen des Beschäftigungsumfanges vorgesehen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Schaffung einer zusätzlichen Stelle im Umfang von 0.7 Stellen im Bereich Vertrieb

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	625.8		0.0	0.6	0.0	0.6	0.0	0.5	0.5	-99.9
Aufwand	-1,039.1	-508.1	0.0	-542.6	0.0	-555.3	0.0	-563.4	-575.0	-44.7
- Personalaufwand		-339.6		-363.5		-376.8		-385.7	-393.1	
Saldo	-413.4	-508.1	0.0	-542.0	0.0	-554.7	0.0	-562.8	-574.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben	-5.7	-24.1	0.0	-21.7	0.0	-19.3	0.0	-20.8	-20.3	-18.6
Nettoinvestitionen	-5.7	-24.1	0.0	-21.7	0.0	-19.3	0.0	-20.8	-20.3	-18.6
Personal (Beschäftigungsumfang)	7,066.0	8,585.0	0.0	8,906.0	0.0	9,110.0	0.0	9,163.0	9,178.0	

Aufgaben

- A1 Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten für Schülerinnen und Schüler zum Erkennen von Zusammenhängen.
 A2 Förderung der Achtung vor Mitmenschen und Umwelt und der ganzheitlichen Entwicklung der Kinder zu selbstständigen, verantwortungsbewussten und gemeinschaftsfähigen Menschen.
 A3 Förderung des Urteilsvermögens.
 A4 Chancengleiche Ausbildung unter Berücksichtigung der individuellen Lernfähigkeit und Förderung des lebenslangen Lernens.

EntwicklungsschwerpunkteDirektions-
ziel Nr.

	bis	
E1 Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (VSG) gemäss Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 (beinhaltet LZ RR 12.1, LZ RR 13.4 sowie LZ RR 13.5).	2011	1
E2 Allgemeine Sprachförderung, insbesondere auch Steigerung der Lese- und Schreibkompetenzen in der Standardsprache.	2008	3
E3 Neuregelung des Sonderschulwesens durch den Kanton infolge Rückzug des Bundes aus der Sonderschulung (NFA).	2010	1
E4 Durchführung von Schulversuchen mit der Grundstufe.	2012	1
E5 Inhaltliche/organisatorische Neuausrichtung des 9. Schuljahres auf der Grundlage einer Standortbestimmung der Schüler/innen.	2012	1

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

W1 PISA, 9. Klassen, Lesen (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R07 stammt aus der Studie 2003	-4	>=CH-Ø	-	-	>=CH-Ø	-
W2 PISA, 9. Klassen, Mathematik (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R07 stammt aus der Studie 2003	-1	>=CH-Ø	-	-	>=CH-Ø	-
W3 Lernstandserhebung 6. Primar Deutsch (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R07 stammt aus der Studie 1998	85%	-	-	-	>=85%	-
W4 Lernstandserhebung 6. Primar Mathematik (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R07 stammt aus der Studie 1998	83%	-	-	-	>=83%	-
W5 Lernstandserhebung 6. Primar Schulzufriedenheit (Werte 1 - 4, 4 = bester Wert), der Wert in Spalte R07 stammt aus der Studie 1998	3.1	-	-	-	>=3.1	-
W6 Regelverlaufsquote Primarschule in %	86.0	86.6	86.5	86.6	86.7	86.8
W7 Keine Anschlusslösung nach Volksschule inklusive 10. Schuljahr in %	7.0	7.4	7.1	7.0	6.9	6.8

Leistungen

L1 am Schulversuch mit der Grundstufe beteiligte Anzahl Klassen	78	76	78	81	82	83
L2 durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe	-	17.7	18.0	18.4	18.8	18.8
L3 durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe	21.2	21.0	20.9	20.7	20.7	20.7
L4 durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe	18.7	18.7	18.6	18.4	18.4	18.4
L5 Anzahl Volksschüler/innen	106'569	130'060	129'126	128'847	128'712	128'469

Wirtschaftlichkeit

B1 Bruttoaufwand pro Volksschüler/in in Fr. (ohne Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	9'751	3'907	4'202	4'310	4'377	4'511
B2 Nettoaufwand (Saldo) pro Volksschüler/in in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	3'879	3'907	4'198	4'305	4'373	4'507

Leistungsgruppe 7200 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-542.023
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-21.691

Budget Leistungsgruppe 7200

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes, dem das Volk am 5. Juni 2005 zugestimmt hat, ist eine der zentralen Aufgaben in der Planungsperiode 2009-2012. Daneben kommt der Neuregelung des Sonderschulwesens in konzeptioneller und finanzieller Hinsicht grosse Bedeutung zu. Diese Neuregelung ist notwendig, weil sich der Bund im Zusammenhang mit dem Beschluss zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) vollständig aus der Steuerung und Mitfinanzierung der Sonderschulung zurückzieht und die Verantwortung den Kantonen überträgt. Diese NFA-bedingten Mehrkosten, die in den Jahren 2008 und 2009 zu einem markanten Saldoanstieg führen, sind nach heutigem Wissensstand im KEF abgebildet. Aufgrund der Komplexität der Sachverhalte ist es aber möglich, dass in den Folgejahren noch Anpassungen bei den Belastungen notwendig werden könnten.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Der Kontinuitätssprung zwischen R 07 und B 08 bei Ertrag/Aufwand ist auf IPSAS zurückzuführen. Bis 2007 wurden die Rückerstattungen der Gemeinden brutto als Ertrag ausgewiesen. Ab 2008 werden sie gemäss IPSAS-Vorgabe neu als Minusaufwand netto behandelt, was Ertrag und Aufwand drastisch reduziert. Im Vergleich zum Budget 08 zeigt der Saldo 2009 eine deutliche Zunahme von 33.9 Mio. Davon entfallen rund 23.9 Mio. auf höhere Nettopersonalkosten (+13.7 Mio. infolge 3.5% Personalkostenanstieg gemäss Budgetvorgabe sowie höherem Ansatz für Kinderzulagen, +9.3 Mio. für 207 zusätzliche Stellen (per saldo und pro rata temporis) insb. infolge der Einführung von Schulleitungen, des Gestaltungspools sowie der Auswirkungen der beiden Initiativen zur Klassengrösse und zum Handarbeitsunterricht). Der restliche Saldoanstieg von rund 10 Mio. ist insbesondere eine Folge der höheren Transferzahlungen im Zusammenhang mit der NFA/Neugestaltung des Sonderschulbereiches: +4 Mio. höhere Staatsbeiträge an die auswärtige Sonderschulung infolge NFA-bedingt höherer Versorgertaxen, +7.8 Mio. höhere Staatsbeiträge an die kommunalen Sonderschulen (die Sprachheilkindergärten/kommunale Sonderklassen C werden nicht wie bisher angenommen bereits 2008, sondern erst 2010 aufgehoben). Der Restsaldo (-1.8 Mio.) ist vor allem auf die rückläufigen Staatsbeiträge im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes zurückzuführen.

Investitionsrechnung

- Die Neubeurteilung der Investitionsbeiträge an Schulhausbauten von Gemeinden und von sonderschulischen Einrichtungen führt im Vergleich zum Vorjahr zu leicht rückläufigen Werten, vor allem bei den Investitionsbeiträgen an private Sonderschulen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Beschäftigung erhöht sich 2009 nominal um 321 Vollzeitinheiten VZE (pro rata temp.). Effektiv beträgt der Anstieg 207 VZE. Davon entfallen 83 auf den Gestaltungspool, 38 auf die Initiative Handarbeitsunterricht, 37 auf die Initiative Klassengrösse sowie 49 auf den Restsaldo (insb. zusätzliche VZE für Schulleitungen abzüglich Minderstellen infolge rückläufiger Schülerzahlen). Der restliche Anstieg von 114 Stellen folgt vor allem daraus, dass das Personalamt die Stellen ab 2007 nach neuer Methode ermittelt (die Stellenzahl richtet sich nach den effektiv ausbezahlten Löhnen und nicht mehr nach dem im PALAS geführten Beschäftigungsumfang). Weiter tragen auch eine höhere Anzahl Stellen, die zu 100% an Gemeinden verrechnet werden, sowie eine etwas höhere Anzahl Vikariatsstellen zu diesem Basiseffekt bei.

Indikatoren

- W1 und W2: Die im Jahr 2007 eingetragenen Werte stammen aus der PISA-Studie 2003 und sind hier bloss als Ausgangswerte dargestellt. Die nächsten Ergebnisse werden Ende 2008 vorliegen. Angestrebt wird mindestens der Durchschnittswert der Schweiz. Für den nächsten PISA-Zyklus (2009) werden entsprechende Werte Ende 2011 erwartet.
- W3 - W5: Die im Vorjahres-KEF dargestellten Indikatoren stammten aus den nun abgeschlossenen Lernstandserhebungen der 3. Klassen. Neu werden die inhaltlich identischen Indikatoren der Lernstandserhebungen der 6. Klassen aufgeführt (Erhebungen 1998 und 2009). Die Indikatoren aus der Erhebung 2009 werden 2011 vorliegen. Angestrebt werden mindestens gleich hohe Werte wie bei der Erhebung 1998.
- W6: Anteil der Lernenden, welcher die Primarschule (1. - 6. Regelklasse) regulär durchläuft. Abweichungen vom regulären Klassenwechsel sind beispielsweise: Repetition, Zuteilung in Sonderklasse, Abgang in Heim- bzw. Sonderschule, Übertritt in Privatschule. Diese Quote ist ein Mass für die Integrationsfähigkeit der Regelklasse.
- W7: Anteil der Schulabgänger/innen des 11. bzw. 12. Schuljahres, der zum Zeitpunkt des Schulaustritts keine weiterführende Schullösung oder einen Lehrberuf in Aussicht hat. Diese Quote ist einerseits ein Mass für die Vermittelbarkeit von Schulabgängern und die Funktionalität des Schulsystems, andererseits aber auch ein Indikator für die von der Wirtschaft bereitgestellten Lehrstellen. Eine fehlende Anschlusslösung kann die persönliche Entwicklung junger Menschen erheblich gefährden und gegebenenfalls hohe soziale Kosten verursachen.
- L5: Nach dem Kontinuitätssprung der Anzahl Schüler/innen im Jahr 2008 aufgrund des erstmaligen Einbezugs des Kindergartens entwickeln sich die Schülerzahlen in der Planperiode 2009 - 2012 leicht rückläufig. Die zeitlich befristete Erhöhung der Schülerzahlen infolge der Verschiebung des Stichtages zur Einschulung um 3 Monate (HarmoS-Konkordat) ist in den Werten noch nicht berücksichtigt.
- B1: Da die Rückerstattungen der Gemeinden an die Besoldungen der Volksschullehrpersonen gemäss IPSAS-Vorschriften ab 2009 nicht mehr als Ertrag, sondern als Minusaufwand zu verbuchen sind, zeigen die Indikatoren B1 und B2 ab 2009 praktisch identische Werte.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Nach dem deutlichen Anstieg im Jahre 2009 (+33.9 Mio., siehe Kommentar Rubrik Budget) wächst der Saldo in den Folgejahren moderater (2010: +12.6 Mio., 2011: +8.2 Mio., 2012: +11.6 Mio.). Diese Saldoanstiege sind in erster Linie auf höhere Personalkosten infolge Teuerung/Beförderung gem. KEF-Vorgaben zurückzuführen (2010: +7.6 Mio., 2011: +9.7 Mio., 2012: +9.9 Mio.). Insbesondere im Jahr 2010 führt der Anstieg der Anzahl VZE zu höheren Belastungen (Gestaltungspool +81 VZE, Initiative Handarbeitsunterricht +62 VZE, Initiative Klassengrösse +62 VZE.) Im Jahre 2012 wirkt sich zudem die geplante Kantonalisierung der Schulpsych. Dienste saldoerhöhend aus.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Jahre 2010 erhöht sich die Anzahl VZE noch deutlich (Details siehe im Kommentar des vorangehenden Abschnitts). Im Jahre 2011 steigt die Anzahl Lehrstellen per saldo noch um 53 (Gestaltungspool +31, rückläufige Schülerzahlen -8, Veränderung Schuleintrittsalter +30), im Jahre 2012 per saldo noch um 15 Lehrstellen (rückläufige Schülerzahlen -15, Veränderung Schuleintrittsalter +30).

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Die Saldi der Jahre 2009-2011 liegen zwischen 21 und 28 Mio. über den Vergleichswerten des Vorjahres-KEF. Gründe: Die wesentlich höheren Vorgaben für Teuerungsausgleich und Beförderungen führen zu einem deutlichen Saldoanstieg. Dazu kommt eine höhere Anzahl Vollzeitinheiten für neue, im letzten KEF noch nicht berücksichtigte Tatbestände (Gestaltungspool, Erhöhung der VZE für den Kindergarten durch Senkung des Basiswertes Kindergarten, Erhöhung der VZE für Schulleitungen, zusätzliche VZE infolge der Initiative Klassengrösse, zusätzliche VZE infolge der Initiative Handarbeitsunterricht etc.). Im Weiteren fallen höhere Transferzahlungen an, insbesondere die Folge einer aktualisierten Beurteilung im Bereich der NFA/Neugestaltung des sonderpädagogischen Bereiches (im letztjährigen KEF wurde explizit auf noch bestehende Unsicherheiten hingewiesen).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	47.7	47.6	0.0	48.4	0.0	51.1	0.0	47.4	47.0	-1.4
Aufwand	-350.6	-372.9	0.0	-382.3	0.0	-384.1	0.0	-392.0	-400.3	14.2
- Personalaufwand		-277.8		-289.9		-292.7		-298.6	-304.6	
Saldo	-303.0	-325.2	0.0	-333.9	0.0	-333.0	0.0	-344.6	-353.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen			0.0	0.0	0.0	0.0				0.0
Ausgaben	-28.4	-31.7	0.0	-38.6	0.0	-38.2	0.0	-46.1	-73.5	-42.8
Nettoinvestitionen	-28.4	-31.7	0.0	-38.6	0.0	-38.2	0.0	-46.1	-73.5	-42.8
Personal (Beschäftigungsumfang)	1,755.9	1,770.0	0.0	1,794.0	0.0	1,796.0	0.0	1,795.0	1,791.0	

Aufgaben

- A1 Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkenntnisreglement.
A2 Ausbildung an der Fachmittelschule FMS.
A3 Ausbildung an der 'Handelsmittelschule plus' oder an der Informatikmittelschule.
A4 Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich.
A5 Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses und der Prüfung für die 'Passerelle'.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Einführung und Weiterentwicklung der zweisprachigen Maturitätsausbildung (Deutsch-Englisch, Projekt), verlängerte Projektdauer (LZ RR 1.6)	2009	1
E2 Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen (Projekt ZAP).	2010	5
E3 Selbst organisiertes Lernen an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen (Projekt SOL)	2011	3

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Genereller Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens 'eher zufrieden'	min.	90%	n.q.	n.q.	85%	n.q.	n.q.
W2 Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Zufriedenheitsgrad betreffend fachliche Vorbereitung auf eine Hochschule. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens 'eher gut'	min.	74%	n.q.	n.q.	75%	n.q.	n.q.
W3 Maturitätsquote im 10. Schuljahr in %		19.9	20.6	20.5	20.7	20.9	20.9
Leistungen							
L1 Einhaltung des Maturitätsreglementes: Lektionenfaktor		1.95	1.95	1.95	1.95	1.95	1.95
L2 Anzahl Schülerinnen oder Schüler, welche in den Kontrakten finanziert werden		15'052	15'090	15'400	15'410	15'420	15'430
L3 Anzahl Lernende in Mittelschulen		14'680	14'935	15'220	15'230	15'240	15'250
L4 Davon Lernende in den Informatikmittelschul-Klassen		132	180	180	180	180	180
L5 Anzahl Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Matur		143	200	220	240	240	240
Wirtschaftlichkeit							
B1 Nettoaufwand pro kontraktfinanzierte Schülerin oder Schüler in Fr.		20'129	(21'550)	21'680	21'610	22'350	22'895

Leistungsgruppe 7301 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-333.875
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-38.602
Investitionskredite mit Sperrvermerk (§ 16 Abs. 1 CRG):	
KS Wiedikon, San. 3.OG (Gesamtkredit -3.5 Mio)	-2.6
KS im Lee, Innensanierung (Gesamtkredit -3.0 Mio)	-1.65
KS Rychenberg, Innensan. Aula (Gesamtkredit -7.6 Mio)	-4.6

Budget Leistungsgruppe 7301

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Zu A2: Die Fachmittelschule hat 2008 die Diplommittelschule abgelöst.
- Zu A5: Die Passerelle ist ein einjähriger Vorbereitungskurs für Schülerinnen und Schüler mit sehr gutem Berufsmaturitätszeugnis. Nach erfolgreichem Bestehen der Schlussprüfung ist ein Eintritt in alle Hochschulen der Schweiz möglich.

Indikatoren

- Zu W1 und W2: Der Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss wird mit einer Befragung ermittelt, welche aus Spargründen nicht alle Jahre durchgeführt wird. Die 6-teilige Antwortskala reicht von 'sehr unzufrieden' bis 'sehr zufrieden'. Es ist mittelfristig geplant, diese Befragung zu ersetzen (Projekt Benchmarking Sek. II).
- Zu W3: Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülern und Maturitätsschülerinnen im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor.
- Zu L1: Lektionenfaktor 1.95 bedeutet, dass der Schule pro Schüler/Schülerin und Schuljahr 1.95 Lektionen pro Woche zu Verfügung stehen. Damit müssen alle unterrichtsrelevanten Aufwände finanziert werden, inklusive Projektwochen, Maturitätsarbeit etc.
- Zu L2 und L3: Die Schülerzahlen, welche in den Kontrakten für die Finanzierung mittels der Schülerpauschale eingesetzt werden, sind gegenüber den Stichtagswerten der Bildungsstatistik leicht erhöht, da sie u.a. den erst Ende September austretenden Maturjahrgang pro rata berücksichtigen.
- Zu L2: Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus für 2009: Gymnasium: 14'285, Fachmittelschulen: 585, Handels/Informatikmittelschulen: 530.
- Zu L5: Mit der Verlängerung der Projektphase haben 2007 drei weitere Schulen mit dem zweisprachigen Ausbildungsgang begonnen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Abweichungen von 8.7 Mio. gegenüber dem restateten Voranschlag 2008 sind begründet durch:
- Anstieg des Personalaufwandes um 12.1 Mio. auf Grund der Lohnsummenvorgabe des Regierungsrates und gestiegener Schülerzahlen.
- Rückgang des Sachaufwandes um 3.1 Mio. hauptsächlich auf Grund tieferer Projektierungskosten für Investitionsvorhaben.
- Anstieg beim übrigen Aufwand um 0.5 Mio.
- Anstieg bei den Erträgen um 0.8 Mio. hauptsächlich auf Grund höherer aktivierbarer Projektierungskosten und höherer Beiträge der Gemeinden an das Langgymnasium.

Investitionsrechnung

- Aufgrund des geplanten Baubeginns der Innensanierung der KS Rychenberg und KS im Lee steigen die Investitionsausgaben gegenüber dem Vorjahr um 6.9 Mio an.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Erhöhung des Beschäftigungsumfanges ist sowohl eine Folge der Entwicklung der Schülerzahlen als auch der Entlastungen für Lehrpersonen zugunsten von Projekten.

Indikatoren

- Zu B1 Der Nettoaufwand pro Schüler 2008 wurde im VorjahresKEF mit 20'935 Fr. angegeben. Basis war ein Nettoaufwand von 315.9 Mio. Wegen des Restatements infolge IPSAS ist der korrigierte Nettoaufwand für das Budget 2008 neu ca. 325.2 Mio., was für den Indikator B1 zu einem korrigierten Wert von 21'550 Fr. führt.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Im Schulbetrieb sind die Aufwände und Erträge weitgehend stabil. Vor allem die Änderungen in den Schülerzahlen und die Lohnsummenvorgaben des Regierungsrates bewirken eine Steigerung des Nettoaufwandes.
- Grössere Schwankungen gibt es beim baulichen Unterhalt, den kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen/Zinsen) und bei den Projektierungskosten und deren späterer Rückerstattung; diese Positionen sind in der Regel Folgen von Verzögerungen oder Verschiebungen grosser Investitionsvorhaben. Aus diesem Grund schwanken die entsprechenden Aufwände oder Erträge gegenüber den Vorjahren z.T. markant, was u.a. zu Änderungen beim Nettoaufwand pro Schülerin/Schüler (Indikator B1) führt. Diese Schwankungen beim baulichen Unterhalt können nicht durch entsprechende Massnahmen im Schulbetrieb (Lektionenfaktor, Lehrmittel etc.) kompensiert werden.

Investitionsrechnung

- Die Investitionen steigen in den Jahren 2011 bis 2013, da auf diesen Zeitpunkt diverse grössere Bauvorhaben (Neubau KS Uster, Dreifach-Turnhalle KS Freudenberg und Enge, Ersatz- und Ergänzungsbau KS Bülrain, Klassen- und Korridorsanierung KS Zürcher Oberland) geplant bzw. in der Ausführungs-Hauptphase sind. Auf Grund dieser anstehenden grösseren Bauvorhaben ist eine Reduktion der Investitionsausgaben erst auf das Jahr 2014 zu erwarten.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang beinhaltet die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen basieren auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen ab von den schwankenden Schülerzahlen, vom Lektionenfaktor und von Projekten.

Indikatoren

- Zu L2 und L3: Es wird von stabilen, eventuell leicht ansteigenden Schülerzahlen ausgegangen.
- Zu L5: Die Anzahl Zeugnisse zweisprachige Matur wird bis 2010 ansteigen, da 2007 drei weitere Schulen mit den entsprechenden Ausbildungsgängen begonnen haben.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Mit dem VA09 und dem KEF 2009-2012 wird IPSAS eingeführt. Für die Vergleichbarkeit wurde das Budget 2008 auf der Basis des VorjahresKEF entsprechend umgerechnet. Für die Planjahre 2009 bis 2011 liegen keine umgerechneten Finanzwerte aus dem VorjahresKEF vor, so dass keine Änderungsbegründungen gegenüber dem VorjahresKEF gemacht werden.

Investitionsrechnung

- Die Investitionsausgaben 2009 nehmen gegenüber dem KEF Vorjahr um 11.2 Mio ab, da der Neubau des Bildungszentrums Uster von 2009 auf 2011 verschoben wurde. Dagegen wurde mit der Gesamtsanierung Hohe Promenade (4.0 Mio.) und der Innensanierung Aula der KS Rychenberg (3.0 Mio.) früher begonnen, und es gibt durch IPSAS eine Verlagerung von Vorhaben von der Erfolgsrechnung in die Investitionsrechnung.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	14.8	17.7	0.0	15.1	0.0	11.4	0.0	11.2	11.1	-24.8
Aufwand	-66.6	-58.3	0.0	-62.7	0.0	-52.3	0.0	-51.8	-54.2	-18.6
- Eigene Beiträge		-29.4		-32.5		-29.5		-29.0	-31.2	
Saldo	-51.8	-40.6	0.0	-47.6	0.0	-40.9	0.0	-40.7	-43.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.0	-4.5								-0.8
Nettoinvestitionen	-0.0	-4.5								-0.8
Personal (Beschäftigungsumfang)	72.5	103.0	0.0	102.0	0.0	109.0	0.0	107.0	110.0	

Aufgaben

- A1 Umsetzung der Ausbildungen Pflege, Physio-, Ergo- und Aktivierungstherapie, med.-tech. Radiologie, Operationstechnik, Dentalhygiene, bio-med. Analytik, Ernährungsberatung, Hebamme und Pflegeassistentin gemäss Verordnung über die Schulen im Gesundheitswesen (LS 413.51) und den Bestimmungen des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK).
- A2 Durchführung des Berufsfachschulunterrichts der Ausbildung Fachangestellte/r Gesundheit (FaGe), des Validierungsverfahrens und der ergänzenden Bildung FaGe sowie des schulgestützten Ausbildungsganges FaGe.
- A3 Durchführung des Eignungsverfahrens für alle Bildungsgänge der Höheren Fachschulen Gesundheit.
- A4 Umsetzung der Bildungsgänge Pflege HF, bio-med. Analytik HF, Operationstechnik HF, med.-tech. Radiologie HF, Dentalhygiene HF und Aktivierungstherapie HF gemäss Verordnung über die Schulen im Gesundheitswesen und Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (SR 412.101.61).
- A5 Entwicklung und Umsetzung eines zeitgemässen Weiterbildungsangebotes.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Etappenweise Integration der Ausbildungen im Gesundheitswesen in die Bildungssystematik des Bundes.	2009	3
E2 Evaluation, Anpassung und Etablierung der Ausbildung FaGe, des Validierungsverfahrens und der ergänzenden Bildung	2010	4
E3 Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen durch modulare, sich ergänzende Bildungsangebote	2010	5
E4 Etablierung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich. Unterstützung des Aufbaus der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Zürich. Einführung der vergleichenden Befragung zwischen den beiden Zentren und der gemeinsamen Qualitätsindikatoren.	2011	3

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit der Lernenden und Studierenden mit der Ausbildung im Hinblick auf den Berufseinstieg.	min.	94.5%	90.5%	93%	93.25%	93.2%	93.2%
W2 Zufriedenheit der Arbeitgeber/innen mit der Ausbildung im Hinblick auf den Berufseinstieg	min.	n.q.	85%	85%	85.2%	85.2%	85.5%
W3 Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden der Zentren	min.	n.q.	81%	81%	82%	82%	84%
W4 Ausbildungsabbrüche im Verhältnis zu den Diplomabschlüssen	max.	9%	18 %	15%	15%	14%	13%

Leistungen

L1 Total Anzahl Lernende und Studierende	P	3'559	3'290	3'468	3'001	3'168	3'558
L2 Total Absolvent/innen des Validerungsverfahrens FaGe	min.		134	150	180	180	100
L3 Auslastung der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe: Kapazität 1894	P	45%	57%	84%	75%	83%	100%
L4 Auslastung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich: Kapazität 1770	P	51%	63%	76%	86%	96%	96%

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Studierende Lehrgänge HF für Verwaltung und Lehrkörper in Fr.	max.	14'684	14'720	15'261	15'360	15'108	15'023
B2 Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Lernende Fachangestellte/r Gesundheit für Verwaltung und Lehrkörper in Fr.	max.	11'948	13'917	13'479	13'387	13'072	13'065
B3 Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Lernende Pflegeassistentin für Verwaltung und Lehrkörper in Fr.	max.	10'375	10'583	10'930	11'061	11'194	n.q.
B4 Durchschnittliche Gesamtkosten pro Studierende bzw. Lernende	max.	14'549	12'097	13927	13629	12816	12114

Leistungsgruppe 7302 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -47.601
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 7302

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Gemäss dem Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz, LS 810.1) ist der Kanton bei verschiedenen Berufen im Gesundheitswesen verantwortlich für die Nachwuchsförderung. Diese Ausbildungen wechselten 2002 von der Gesundheits- in die Bildungsdirektion und wurden 2004 dem Berufsbildungsgesetz (BBG) unterstellt. Die Überführung in die Bildungssystematik des Bundes machte eine inhaltliche und strukturelle Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen nötig. Die zwölf Diplomausbildungen sind neu auf Tertiärstufe B situiert, auf Sekundarstufe II wurden die Ausbildungen Fachangestellte/r Gesundheit und wird (voraussichtlich 2014) die Attestausbildung Gesundheit - Soziales eingeführt. Die bestehenden 25 Schulen im Gesundheitswesen werden geschlossen bzw. es wird ihnen der Leistungsauftrag entzogen. Die Ausbildungen im Gesundheitswesen werden in drei Zentren - Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich, Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Zürich und Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, ZHAW, Departement Gesundheit - konzentriert. Einzig der Bildungsgang Rettungssanität wird weiterhin vom Polizeidepartement der Stadt Zürich, Schutz und Rettung, angeboten. Die letzten altrechtlichen Schulen werden im 2010 geschlossen, die Bildungsgänge Pflege (teilweise), Physiotherapie, Ergotherapie und Hebamme werden ab 2009 nicht mehr in der LG 7302 geführt sondern durch die LG 7406 (Zürcher Fachhochschule) finanziert. Der Bildungsgang Ernährungsberatung wird nur noch an der Berner Fachhochschule geführt.

Indikatoren

- Als Folge der strukturellen Reorganisation der Ausbildungen im Gesundheitswesen mussten auch die Indikatoren angepasst werden.
- W2/W3: Hier werden neu nicht nur die Lernenden bzw. Studierenden befragt, sondern auch die Arbeitgeber/innen und die Mitarbeitenden der Zentren. Die Erhebung dieser Befragung erfolgt erstmals 2008.
- W4: Ab 2008 nur noch Ausweis der Ausbildungsabbrüche der Diplomausbildungen. Die neue Berechnungsart führt zu einem höheren prozentualen Anteil, ohne wesentliche Veränderung der absoluten Zahlen.
- Leistungen: Hier wird die Gesamtzahl der Lernenden bzw. Studierender ausgewiesen sowie die Auslastung der beiden Zentren.
- Wirtschaftlichkeit: Hier werden einerseits die vom Kanton bezahlten Pauschalen für Verwaltung und Lehrkörper ausgewiesen und andererseits die effektiven Gesamtkosten pro Lernende bzw. Studierende. Ab 2010 erfolgt der Vergleich der Kosten pro Lernende bzw. Studierende zwischen den beiden Zentren. Indikator B3 entfällt nicht wie vorgesehen ab 2010 sondern erst ab 2011, da die Ausbildung Pflegeassistent bis zu diesem Zeitpunkt weitergeführt wird.

Sonstige Bemerkungen

- Ab 2007 wird auch die Schule für Rettungssanität Zürich in der LG 7302 geführt.
- Die Leistungsgruppe 7302, Schulen im Gesundheitswesen, wird 2010 als eigenständige LG aufgehoben, die beiden Zentren für Bildung im Gesundheitswesen in die LG 7303, Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen, übergeführt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die LG 7302 vollumfänglich weitergeführt.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Für das Jahr 2009 mussten zusätzliche Aufwendungen budgetiert werden, welche im Rahmen der Schliessung der Schulen bzw. dem Entzug von deren Leistungsauftrag anfallen (+1.8 Mio. Fr.). Ein zusätzlicher Mehraufwand entsteht aufgrund der Überführung der Ausbildung Dentalhygiene in die Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Zürich, (+0.9 Mio. Fr.) und durch das nicht vorgesehene Weiterführen der Ausbildung Pflegeassistent (+1.4 Mio. Fr.). Auf der Ertragsseite spielen zwei Faktoren eine wesentliche Rolle: 1. Im altrechtlichen System wurde die Arbeitsleistung der Lernenden den Spitälern in Rechnung gestellt, während im neuen System die Spitäler die Studierenden direkt für den Einsatz im Praktikum entschädigen. Zwischen den Schulen und den Spitälern bestehen keine finanziellen Verpflichtungen mehr, die Erträge nehmen entsprechend kontinuierlich bis 2010 ab. 2. Die bisher ausschliesslich kantonale finanzierten Ausbildungen im Gesundheitswesen erhalten aufgrund der Unterstellung unter das Berufsbildungsgesetz ab 2008 auch finanzielle Unterstützung durch den Bund (2009: +10 Mio.).

Investitionsrechnung

- Es werden keine Investitionen getätigt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Mit der Schliessung der 25 Schulen im Gesundheitswesen werden neu nicht mehr nur ein Drittel der Lernenden bzw. Studierenden in kantonalen Schulen unterrichtet, sondern rund die Hälfte. Dies führt zu einer Zunahme der Stellen bis 2012. Da aber auch die staatsbeitragsberechtigten Schulen im Gesundheitswesen zu 90% - 100% vom Kanton finanziert wurden, ist der durch die zusätzlichen Stellen erhöhte Aufwand saldoneutral.

Indikatoren

- W1: Die Zufriedenheitsbefragung wird 2008 erstmals bei allen drei an der Ausbildung beteiligten Parteien durchgeführt (Schule, Lernende bzw. Studierende und Arbeitgeber). Da die neuen Ausbildungen und die Konzentration der Ausbildungen in den beiden Zentren von allen eine grundsätzliche Neuausrichtung erfordern, ist vorübergehend von einer geringeren Zufriedenheit als bisher auszugehen.
- L1: Die Gesamtanzahl der Lernenden bzw. Studierenden steigt langsamer als angenommen. Entsprechend wird die optimale Auslastung der Zentren erst 2012 erreicht.
- B4: Die Pauschale für die Lernenden bzw. Studierenden erhöhte sich aufgrund der Vorgaben des Kantons bezüglich Beförderungsquote und Teuerungsausgleich. Um diese Faktoren bereinigt nehmen die Pauschalen aber noch immer jährlich wie prognostiziert ab (Für die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen im 2009 116 Fr. pro Studierende; für die Ausbildung FaGe im 2009 352 Fr. pro Lernende).

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Die Entwicklungsschwerpunkte sind durch die Überführung der Berufsbildung im Gesundheitswesen in die Bildungssystematik des Bundes vorgegeben. Das Projekt Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen wurde per Ende 2007 abgeschlossen, seine Umsetzung endet aber erst 2010. Während 2008 die letzten vier Ausbildungen auf Tertiärstufe B übergeführt werden, erfolgt die Einführung der Attestausbildung voraussichtlich erst 2014 und schliessen die letzten Schulen 2009/2010.

Indikatoren

- L1: Die Anzahl Studierender bzw. Lernender wird voraussichtlich 2012 die zur Nachwuchssicherung benötigte Zahl erreichen. Gründe für den Rückgang 2010: keine altrechtlichen Ausbildungen mehr, Rekrutierungsschwierigkeiten der Jahre 2004-2007 wirken sich 2010 aus, Verschiebung der Attestausbildung Gesundheit-Soziales von 2010 zu 2012 (erste Abschlüsse 2014).
- B1/B2: Die Auslastung der Zentren wird erst ab 2012 optimal sein. Entsprechend werden die pro Lernende/Studierende ausgerichteten Pauschalen kontinuierlich gesenkt und dann zum dem angestrebten Mittelwert von rund 13'000 Fr. pro Lernende/Studierende entsprechen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	85.9	127.1	0.0	138.3	0.0	138.8	0.0	147.7	143.7	67.3
Aufwand	-331.0	-385.7	0.0	-404.4	0.0	-412.0	0.0	-416.4	-424.7	28.3
- Eigene Beiträge		-57.9		-63.9		-65.5		-66.6	-67.8	
Saldo	-245.1	-258.6	0.0	-266.1	0.0	-273.2	0.0	-268.7	-280.9	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen	2.6	-0.1								0.4
Ausgaben	-20.6	-24.6	0.0	-10.1	0.0	-15.5	0.0	-31.4	-42.7	-24.1
Nettoinvestitionen	-18.0	-24.7	0.0	-10.1	0.0	-15.5	0.0	-31.4	-42.7	-23.7
Personal (Beschäftigungsumfang)	1,293.8	1,319.0	0.0	1,335.0	0.0	1,350.0	0.0	1,350.0	1,350.0	

Aufgaben

- A1 Schulische Bildung im Vollzug des eidg. Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: Berufliche Grundbildung mit Attest; Berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; Berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse; Freikurse
- A2 Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen; Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen und auf Höhere Fachprüfungen und Diplomalergänge an Höheren Fachschulen (Tertiär B)
- A3 Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren (ohne Mitarbeitende der zentralen Verwaltung MBA).

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Weiterentwicklung Globalbudget und Leistungsvereinbarungen (Kontrakte) mit den Berufsfachschulen	2009	4
E2 Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz/Umsetzung BBG (Projekt 148) (LZ RR 13.6)	2009	4
E3 Erstellung eines Weiterbildungskonzepts im Kanton Zürich (Projekt 152) (LZ RR 13.7)	2010	5

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Weiterbildung: Quote der EduQua zertifizierten Schulen		100%	100%	100%	100%	100%	100%
W2 Berufsmaturitätsquote in %		13.0	14.2	13.6	13.8	14.0	14.2

Leistungen

L1 Anzahl Lernende in der schulischen Grundbildung	32'608	33'560	33'510	34'230	34'340	34'210
L2 davon Anzahl Berufsmaturanden	5'750	5'400	5'500	5'600	5'700	5'700
L3 Anzahl durchgeführte Lehrabschluss-Einzelprüfungen	11'749	13'189	13'533	13'746	13'746	13'750
L4 davon Anzahl Absolventen BM	1'640	1'700	1'800	1'900	1'900	1'900
L5 Lektionenpauschale im obligatorischen Unterricht aller BFS inkl. KV	172	183	187	189	191	193
L6 Jahrespauschale für Verw. und Betrieb pro Lernende/r im obligatorischen Unterricht	1'349	1'540	1'642	1'648	1'653	1'660
L7 Anzahl Teilnehmendenlektionen in der Weiterbildung	2'528'743	2'400'000	2'300'000	2'300'000	2'300'000	2'300'000
L8 Studierende an Weiterbildungsangeboten nur in der Höheren Berufsbildung an Kantonalen und kaufmännischen Bildungseinrichtungen	2'829	2'995	2'850	2'900	2'900	2'900
L9 Anzahl Berufe, für die schulische Grundbildung in der LG angeboten wird	203	221	143	138	138	140

Wirtschaftlichkeit

B1 Aufwand pro Lernende in der Berufsbildung (exkl. LAP u. Löhne WB)	8'694	8'827	9'535	9'427	9'594	9'832
B2 Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende in der Berufsschulausbildung	7'516	7'486	7'941	7'980	7'825	8'212
B3 LAP-Aufwand pro geprüfte(r) Lernende(r) in Fr.	1'533	1'551	1'480	1'569	1'497	1'496
B4 Lehrpersonalaufwand pro Teilnehmerlektion in der Weiterbildung in Fr.	13.53	16.20	16.52	16.65	16.65	16.65

Leistungsgruppe 7303 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-266.110
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-10.080

Budget Leistungsgruppe 7303

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen**Indikatoren**

- W2: Die Berufsmaturitätsquote in % zeigt den Anteil in lehr- und berufsbegleiteten Berufsmaturitätsschulen gemessen am Total der Auszubildenden in der Berufsbildung. Dieser Indikator zeigt die Schulbildungsfähigkeit für höhere Fachschulen bzw. Fachhochschulen.
- L5: Die Lektionenpauschale entspricht der ersten Ebene des Kontraktes (LG 1 für Pflichtunterricht und Verwaltung und Betrieb). Die Lohnkosten der Lehrpersonen werden durch die Anzahl Lektionen im Pflichtunterricht dividiert (ohne Lehrwerkstätte für Möbelschreiner [rein schulische Ausbildung] und EBZH [Erwachsenenweiterbildung]).
- L6: Die Jahrespauschale für Verwaltung und Betrieb wird ebenfalls in der LG 1 als Subtraktion der Lohnkosten der Lehrpersonen von dem für den Pflichtunterricht z.V. stehenden Betrag ausgewiesen. Die Division mit der Anzahl Schüler ergibt die Pauschale für Verwaltung und Betrieb (ohne Lehrwerkstätte für Möbelschreiner).
- L7: Die Anzahl Teilnehmende an Weiterbildungskursen wird pro Schule mit den zu erteilenden Weiterbildungslektionen multipliziert. Durch die Addition der Teilnehmerlektionen aller Schulen erhält man die Gesamtteilnehmerlektionen in der Weiterbildung.
- L9: Neu werden nur die Berufe an den kantonalen und kantonalen nichtstaatlichen Schulen und nicht mehr die Anzahl Berufe an den kantonalen und ausserkantonalen Berufsfachschulen ermittelt. Die Zahl reduziert sich deshalb im Vergleich zum VorjahresKEF.
- B1: Der Gesamtaufwand der LG 7303 (ohne Weiterbildung u. Lehrabschlussprüfung [LAP]) wird durch die Anzahl Lernende dividiert.
- B3: Der Aufwand der Lehrabschlussprüfungen wird durch die Anzahl geprüfte Lernende dividiert.
- B4: Der Lehrpersonalaufwand in der Weiterbildung wird durch die Anzahl Teilnehmerlektionen in der Weiterbildung dividiert.

Sonstige Bemerkungen

- Das Personal (Beschäftigungsumfang) beinhaltet die Verwaltungsstellen und Stellen der Lehrpersonen der kantonalen Berufsfachschulen. Nicht eingerechnet sind die Stellen der kaufmännischen Berufsfachschulen mit privater Trägerschaft, welche über Beiträge finanziert werden.
- Saldoverbesserungen MH06: Für 2009: 6.9 Mio. Die durchschnittliche Klassengrösse an den Berufsfachschulen (ohne KV-Schulen) wurde von 2005 auf 2007 von 15.4 auf 16.4 erhöht. Die Klassengrösse wird im Zusammenhang mit dem Sanierungsprojekt MH 06 bewirtschaftet. Zielvorgabe im Bereich der Weiterbildung ist eine volle Deckung der direkten Lohnkosten durch die Kursgeldeinnahmen (DB 1). Die Weiterbildungsaktivitäten sind insgesamt eher rückläufig.
- Die Leistungsgruppe 7302, Schulen im Gesundheitswesen, wird 2010 als eigenständige LG aufgehoben. Die beiden Zentren für Bildung im Gesundheitswesen werden in die LG 7303 Berufsfachschulen übergeführt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die LG 7302 vollumfänglich weitergeführt und ist nicht in der LG 7303 miteingerechnet.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Der Aufwand (im Wesentlichen Personalkosten, Sachkosten, Eigene Beiträge) ist im Voranschlag 2009 mit 404.4 Mio. um 18.7 Mio. höher gegenüber dem Voranschlag 2008. Auch die Erlöse sind um 11.2 Mio. gestiegen. Die Aufwandsteigerung ist grösstenteils auf die leicht steigenden Lernendenzahlen und die Lohnsummenvorgaben des Regierungsrates zurückzuführen. Die Mehrerträge ergeben sich aus den Anpassungen der Tarife in den Schulgeldabkommen.

Investitionsrechnung

- Durch die Beendigung der Bauprojekte Fassadensanierung/Sanierung Mensa-Aula der Techn. Berufsschule Zürich sowie der Erstaustattung Miete der Berufsmaturitätsschule Zürich und Pionierpark Berufsfachschule Winterthur konnten die Investitionsausgaben reduziert werden.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Erhöhung des Beschäftigungsumfanges ist eine Folge der Klassenzahl, die noch leicht steigend ist, sowie eine Folge der Entlastungen von Lehrpersonen für Sonderaufgaben und für Projekte.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Die Löhne steigen aufgrund der bewilligten Teuerung, Beförderung, Stufenanstieg sowie Mehrlektionen.
- Die Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes bringt den Wechsel von den bisherigen Ausbildungsreglementen zu modernisierten Bildungsverordnungen und Bildungsplänen. Die Umsetzung führt zu einer Erneuerung aller Schullehrpläne. In diversen Berufen nimmt der schulische Lektionsumfang zu. Dieser Prozess dauert mindestens bis 2011.
- Schwankungen ergeben sich beim baulichen Unterhalt, den kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen/Zinsen) und bei den Projektierungskosten; diese Positionen sind von den Folgen von Verzögerungen oder Verschiebungen grosser Investitionsvorhaben geprägt.
- Bei den Erträgen schwanken vor allem die Rückerstattungen für Projektierungen und die Pacht und Miete, die sich aus der internen Verrechnung ergeben.

Investitionsrechnung

- Die Investitionsausgaben werden ab dem Jahr 2011 ansteigen, da auf diesem Zeitpunkt die Umnutzung/Umbauten/Sanierung Anton Graff sowie die Sanierung der Gebäudehülle der Berufsbildungsschule Winterthur in der Hauptphase der Ausführung sein wird. Zusätzlich wird mit der Erweiterung/Neubau Bildungszentrum Zürichsee sowie der Fassaden- und Gesamtsanierung der Berufsfachschule Mode & Gestaltung begonnen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang beinhaltet die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen basieren auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen vom zu deckenden Unterrichtsaufwand ab.

Indikatoren

- L1: Kontinuierlicher und leichter Anstieg der Schülerzahlen bis 2011.
- L7: Weiterbildung geht weiter zurück. Die Abschätzung der Entwicklung ist im Umfeld des Wandels im Weiterbildungsmarkt schwierig.
- B1 und B2 sind leicht steigend. Dies steht im Zusammenhang mit der Umsetzung des Masterplans des BBT in der Reform der Berufsbildung. Der Anteil der schulischen Grundbildung wird in einzelnen Berufsfeldern erhöht.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Mit dem VA09 und dem KEF 2009-2012 wird IPSAS eingeführt. Für die Vergleichbarkeit wurde das Budget 2008 auf der Basis des VorjahresKEF entsprechend umgerechnet. Für die Planjahre 2009 bis 2011 liegen keine umgerechneten Finanzwerte aus dem VorjahresKEF vor, sodass keine Änderungs begründungen gegenüber dem VorjahresKEF gemacht werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	11.9	21.4	0.0	16.3	0.0	19.3	0.0	19.3	20.1	68.3
Aufwand	-47.6	-60.1	0.0	-63.9	0.0	-69.5	0.0	-69.6	-69.4	45.9
- Eigene Beiträge		-49.1		-61.6		-68.1		-68.3	-68.2	
Saldo	-35.7	-38.7	0.0	-47.6	0.0	-50.2	0.0	-50.3	-49.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen	0.1									0.0
Ausgaben	-2.6	-5.7	0.0	-2.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.8
Nettoinvestitionen	-2.5	-5.7	0.0	-2.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.8

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

- A1 Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Massnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung, an Mittelschul- und Lehrlingsunterricht, an die berufliche Fort- und Weiterbildung, an Erwachsenenbildung und an Ueberbetriebliche Kurse für Lehrlinge bei kommunalen und privaten Trägerschaften sowie Koordination im ganzen Beitragsbereich.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz	2009	4
E2 Einführung der leistungsorientierten Beitragsleistung (Subventionierung); Abkehr von der aufwandorientierten Beitragsgewährung	2009	4
E3 Reform Brückenangebote (Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung) (Projekt 140)	2009	2

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Die verschiedenen Aus-, Fort- und Weiterbildungen in dieser Leistungsgruppe sind nicht vergleichbar. Die Heterogenität dieser Ausbildungen verunmöglicht eine Definition von kohärenten Indikatoren.							
W2 Weiterbildung: Quote der EduQua zertifizierten Schulen		100%	100%	100%	100%	100%	100%

Leistungen

L1 Anzahl Lernende in beitragsberechtigter Berufsausbildung im Kt. Zürich	3'158	3'115	2'865	2'595	2'500	2'475
L2 Studierende Vorbereitungskurse Berufsprüfung	932	930	910	890	890	890
L3 Studierende Vorbereitung höhere Fachprüfung	161	185	195	190	210	210
L4 Studierende Höhere Fachschulen (HF)	589	585	750	740	740	740
L5 Studierende Uebrige Fachausbildungen	594	675	590	580	610	600
L6 Total Studierende an WB-Angeboten nur in der höheren Berufsbildung an beitragsberechtigten Bildungseinrichtungen im Kt. ZH	2'276	2'375	2'445	2'400	2'450	2'440

Wirtschaftlichkeit

- B1 Die Finanzierung der Berufsbildung inkl. Weiterbildung wird im Einführungsgesetz zum BBG auf Verordnungsstufe geregelt.

Leistungsgruppe 7305	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-47.646
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.800

Budget	Leistungsgruppe 7305
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Beitragsleistungen an die Brückenangebote (Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung) erfolgen ab Schuljahr 2009/10 im Rahmen des neuen Einführungsgesetz (EG) zum Berufsbildungsgesetz (BBG). Bis 2008/09 richtet der Kanton aufgrund verschiedener Rechtsgrundlagen Beiträge an Hauswirtsch. Jahreskurse, an 10. Schuljahre, Werkjahre und Integrationskurse aus. Diese zukünftigen Brückenangebote gem. BBG sowie weitere Massnahmen zur Vorbereitung auf die berufl. Grundbildung erhalten ab 2009/10 Staatsbeiträge aufgrund des neuen EG zum BBG.

Indikatoren

- W1 Die Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen in dieser Leistungsgruppe sind aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit nicht vergleichbar. Die Ausbildungen beinhalten: Vollzeit-Vorbereitungsjahre auf die berufliche Grundbildung ab 2009/10; Berufsfachschulunterricht (Teil- und Vollzeit) für Lernende; Überbetriebliche Kurse (blockweise) pro Beruf von unterschiedlicher Dauer; Weiterbildungslehrgänge für Erwachsene; Fort- und Weiterbildungskurse von mind. 30 bis zu mehreren 100 Lektionen.
- W2 Voraussetzung für die Beitragsgewährung an die berufliche Weiterbildung ist die Zertifizierung nach EduQua.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Der Anstieg des Aufwandes um 3.8 Mio. ist begründet durch zusätzliche Betriebsbeiträge aufgrund des neuen EG zum BBG:
- Beiträge ab 2009 an die Ausbildungskosten für Lernende in Überbetrieblichen Kursen von Ausbildungsbetrieben (-1.1 Mio.).
- Ab 2009/10 erhalten Gemeinden für die Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung (Brückenangebote) zusätzliche Betriebsbeiträge (-2.7 Mio.).
- Aufgrund der Anpassung der Aufwände für Beiträge im Jahr 2009 erfolgte auch eine neue Aufteilung der pauschalen Bundesleistungen auf die verschiedenen Leistungsträger: Reduktion der Bundesbeiträge in der LG 7305 (-5.1 Mio.), entsprechende Erhöhung in der LG 7303.

Investitionsrechnung

- Die Investitionsbeiträge sind gegenüber dem Vorjahr gesunken, da der Neubau des Ausbildungszentrums der Hotel- und Gastroformation im Jahr 2008 abgeschlossen ist.

Indikatoren

- L1: Die Prognose in Bezug auf die Anzahl Lernende in beitragsberechtigter Berufsausbildung musste nach unten korrigiert werden, weil einzelne Ausbildungen neu mit einer Bildungsverordnung geregelt sind (Kleinkindererzieherin) und in die LG 7303 übergeführt werden. Mit der Aufhebung des IFK Tiermedizinische Praxisassistentinnen werden künftig weniger Lernende erwartet. Die Ausbildung für Diätköche erfolgt ab 2008 in der LG 7303.
- L2 bis L5 lassen sich nur grob abschätzen. Es ist ein leichter Rückgang in der höheren Berufsbildung festzustellen. Die höhere Berufsbildung wird zur Zeit vom Bund neu geregelt. Neu übernimmt der Bund von den Kantonen die Verantwortung für die Bereiche Gesundheit, Soziales, bildende Kunst und Musik. In der Weiterbildung zeigt sich teils eine Konkurrenz zwischen Berufsbildung und Hochschulbildung. Die Marktverhältnisse sind in einem Wandel. Insgesamt ist von einem längerfristigen Konsolidierungsprozess auszugehen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Ab 2009 leistet der Kanton Zürich Betriebsbeiträge (Subventionen) aufgrund des neuen EG zum BBG. Zusätzliche Betriebsbeiträge von rund 5 Mio. erhalten Gemeinden für Vorbereitungsjahre auf die berufliche Grundbildung ab 2010 erstmals für die ganzjährige Durchführung dieser Angebote.
- Mit der Umstellung des Bundes auf Pauschalfinanzierung erhöht der Bund seine Beiträge ab 2010 an die Berufsbildung.

Investitionsrechnung

- Ab 2009 sind keine Investitionsbeiträge an Dritte gemäss EG zum BBG mehr vorgesehen (pauschale Leistungsabgeltungen). Es gelangen nur noch Beiträge gestützt auf die Übergangsregelung zur neuen Gesetzgebung zur Ausrichtung.

Indikatoren

- L1: Der Rückgang der Anzahl Lernender ist auf die Überführung der Ausbildungen Kleinkindererzieher/in bzw. Fachfrau/-mann Betreuung und der Diätköche in die LG 7303 zurückzuführen. Mit der Aufhebung des IFK Tiermedizinische/r Praxisassistent/in werden künftig weniger Lernende erwartet.
- L6: Die Prognosewerte zeigen mit Ausnahme von L2, wo ein Rückgang erwartet wird, leicht steigende Teilnehmerzahlen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Mit dem VA09 und dem KEF 2009-2012 wird IPSAS eingeführt. Für die Vergleichbarkeit wurde das Budget 2008 auf der Basis des VorjahresKEF nach IPSAS-Rechnungslegung umgerechnet. Für die Planjahre 2009 bis 2011 liegen keine umgerechneten Finanzwerte aus dem VorjahresKEF vor, so dass keine Änderungsbegründungen gegenüber dem KEF Vorjahr erstellt werden.

Investitionsrechnung

- Der Baubeginn des neuen Ausbildungszentrums Gärtnermeisterverband verzögert sich, daher ist ein Teil des im 2008 budgetierten Investitionsbeitrages neu für das Jahr 2009 vorgesehen.

Indikatoren

- L1 und L6: Die Prognosen waren im letztjährigen KEF bei den L1, L2 und L5 zu optimistisch und müssen nach unten korrigiert werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	158.4	172.1	0.0	176.0	0.0	178.8	0.0	180.7	182.5	15.2
Aufwand	-635.3	-701.3	0.0	-744.8	0.0	-765.5	0.0	-789.3	-818.9	28.9
- Kostenbeitrag an Universität		-529.2		-568.8		-586.6		-608.6	-636.5	
Saldo	-476.9	-529.2	0.0	-568.8	0.0	-586.6	0.0	-608.6	-636.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen	16.9	9.5	0.0	6.5	0.0	6.5	0.0	6.5	4.5	8.4
Ausgaben	-52.3	-59.0	0.0	-52.9	0.0	-43.3	0.0	-26.3	-52.6	-47.7
Nettoinvestitionen	-35.4	-49.5	0.0	-46.4	0.0	-36.8	0.0	-19.8	-48.1	-39.3

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

- A1 Die Leistungsgruppe beinhaltet in der Erfolgsrechnung die Finanzierung der Universität durch den Bund und den Kanton Zürich. Zudem enthält sie Raummieten in der Höhe der kalkulatorischen Kosten auf den der Universität für Lehre und Forschung zur Verfügung gestellten Liegenschaften und Räume.
- A2 Die Investitionsrechnung beinhaltet die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Investitionsbeiträge des Bundes für Ausstattungen, welche vom Kanton an die Universität weitergeleitet werden.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die Entwicklungsschwerpunkte der Universität können der Leistungsgruppe 9600 entnommen werden		0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe 9600 ersichtlich.							
Leistungen							
L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe 9600 ersichtlich.							
Wirtschaftlichkeit							
B1							

Leistungsgruppe 7401 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-568.835
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-52.870
Keine Kredite mit Sperrvermerk	

Budget Leistungsgruppe 7401	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Saldoanstieg gegenüber dem Vorjahr entspricht dem Anstieg des Staatsbeitrags an die Universität Zürich. Die Gründe für den Anstieg des Staatsbeitrags können den Kommentaren zum Globalbudget 9600 entnommen werden.

Investitionsrechnung

- Die Minderausgaben gegenüber dem Vorjahr erklären sich mit dem Auslaufen diverser Projekte, z.B Instandsetzung Dächer 2. Etappe Irchel und Instandsetzung EG und 1. OG August Forel-Strasse 7 sowie der Verschiebung der 5. Bauetappe Irchel.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Diese Leistungsgruppe weist keine Stellen aus. Sie wird vom Hochschulamt innerhalb der Leistungsgruppe Bildungsverwaltung administriert.
-

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Der Saldoanstieg in den Planjahren entspricht dem Anstieg des Staatsbeitrags an die Universität Zürich. Die Gründe für den Anstieg des Staatsbeitrags können den Kommentaren zum Globalbudget 9600 entnommen werden.

Investitionsrechnung

- In den Jahren 2010 und 2011 werden mehrere Projekte abgeschlossen, darunter der Neubau Kleintierklinik, die Erneuerung + Anpassung Irchel Y36 und die Sanierung Haustechnik 2. Bauetappe Irchel. 2012 werden diverse Massnahmen zur Werterhaltung der universitären Liegenschaften nötig. Dazu erhöht 2012 der Projektstart der Instandsetzung der "1. Bauetappe der Universität Standort Irchel" und derjenige der "5. Ausbauetappe der Universität Irchel" die Investitionsausgaben. Letztere ist erstmals in dieser Leistungsgruppe enthalten (bisher LG 7403),
-

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Staatsbeiträge an die Universität Zürich liegen über dem KEF des Vorjahres. Die Gründe für die höheren Staatsbeiträge können den Kommentaren zum Globalbudget 9600 entnommen werden.

Investitionsrechnung

- Die Verschiebung der Gesamtanierung Gloriosastrasse 30/32, der Sanierung Hochhausstrakt ZMK Plattenstrasse/Pestalozzistrasse und der 5. Ausbauetappe Irchel bewirkt einen tieferen Investitionsbedarf im Jahre 2011.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	119.6	122.4	0.0	122.9	0.0	123.4	0.0	123.9	124.4	3.9
Aufwand	-196.1	-171.3	0.0	-176.0	0.0	-176.9	0.0	-177.9	-178.9	-8.8
- Eigene Beiträge an Kantone (IUV)		-21.1		-22.6		-22.8		-23.1	-23.3	
- Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken		-25.3		-28.0		-28.3		-28.6	-28.9	
Saldo	-76.5	-48.9	0.0	-53.1	0.0	-53.5	0.0	-54.1	-54.5	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

- A1 Die Leistungsgruppe setzt sich aus den Bereichen Ausserkantonale Konkordatsbeiträge und Beiträge an Zentralbibliothek / Sozialarchiv zusammen.
- A2 Im Bereich der Ausserkantonalen Konkordatsbeiträge ist die Leistungsgruppe ein Durchgangskonto für die Beiträge von anderen Kantonen an die Universität Zürich für ausserkantonale Studierende und weist die Beiträge des Kantons Zürich an andere Schweizer Universitäten für Zürcher Studierende aus.
- A3 Der Bereich Zentralbibliothek und Sozialarchiv umfasst die vertraglich festgesetzten jährlichen Beiträge des Kantons an diese Institutionen. Die Beiträge dienen der Schaffung und Vermehrung der Sammlungen sowie deren Unterbringung und der Verwaltung.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die Leistungsgruppe weist keine Entwicklungsschwerpunkte aus, da es sich um reine Finanztransaktionen an den Leistungserbringer handelt.		0

Indikatoren

Wirkungen

W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

Leistungen

L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

Wirtschaftlichkeit

B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12

Leistungsgruppe 7402	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-53.127
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 7402
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Zahlungen für Ruhegehälter und Rentenanteile der Professorinnen und Professoren der Universität an die Bezüger und die Freizügigkeitsleistungen sind ab 2009 nicht mehr in dieser Leistungsgruppe enthalten. Sie werden den im Rahmen von IPSAS gebildeten Pensionskassen-Rückstellungen entnommen.

Sonstige Bemerkungen

- Die Leistungsgruppe weist keine Stellen aus. Die Administrationstätigkeit durch das Hochschulamt ist in der Leistungsgruppe Bildungsverwaltung (7000) enthalten.
- IUV = Interkantonale Universitätsvereinbarung

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Mehraufwand ergibt sich aus der teuerungsbedingten Zunahme der Beiträge an die Zentralbibliothek (-2.7 Mio.) und höheren IUV-Beiträgen (-2 Mio.).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Teuerungsbedingter Aufwandsanstieg des Beitrages an die Zentralbibliothek, leichte Zunahme der Beiträge an ausserkantonale Universitäten für Zürcher Studierende und höhere durchlaufende Beiträge anderer Kantone an die Universität Zürich für ausserkantonale Studierende.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Veränderung gegenüber dem KEF Vorjahr sind IPSAS-bedingt. Es sind dies die Elimination der Zahlungen für Ruhegehälter und Rentenanteile der Professorinnen und Professoren der Universität aus diesem Globalbudget und die höheren Abschreibungen und Zinsen aus den Investitionsbeiträgen an die Zentralbibliothek.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	71.0	109.2	0.0	118.2	0.0	122.2	0.0	125.4	133.0	87.4
Aufwand	-316.3	-385.1	0.0	-437.0	0.0	-453.0	0.0	-475.3	-498.8	57.7
- Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen		-263.5		-309.3		-322.4		-341.6	-357.4	
- Kostenbeiträge an die privaten Teilschulen		-6.6		-4.4		-4.5		-4.5	-4.6	
Saldo	-245.3	-275.8	0.0	-318.8	0.0	-330.8	0.0	-349.9	-365.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen	15.9									2.7
Ausgaben	-39.3	-34.3	0.0	-19.6	0.0	-27.8	0.0	-61.5	-114.4	-49.5
Nettoinvestitionen	-23.4	-34.3	0.0	-19.6	0.0	-27.8	0.0	-61.5	-114.4	-46.8

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 Die Erfolgsrechnung zeigt die Finanzierung der Zürcher Fachhochschule ZFH durch Bund und Kanton Zürich. Die Globalbudgets der drei staatlichen Teilschulen der ZFH sind in den Leistungsgruppen 9710, 9720 und 9740 abgebildet. Die Investitionsrechnung beinhaltet die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Erstausrüstung an die Teilschulen der ZFH. Die kalkulatorischen Kosten auf dem Anlagevermögen werden den staatlichen Schulen als Raummiete in Rechnung gestellt.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die Entwicklungsschwerpunkte der drei staatlichen Teilschulen der ZFH können den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 entnommen werden.		0

Indikatoren

Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.						
Leistungen L1 Total Studierende	10'217	10'700	12'170	13'535	14'105	14'345
L2 Die übrigen Indikatoren zur Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.						
Wirtschaftlichkeit B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.						

Leistungsgruppe 7406	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-318.849
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-19.599
Kredit mit Sperrvermerk Investitionsrechnung (§ 16 Abs. 1 CRG) in Mio. Fr. für Projekt Toniareal	-2.0

Budget	Leistungsgruppe 7406
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Restrukturierung der ZFH mit der Kantonalisierung von drei privaten Teilschulen und der Zusammenführung von sieben Teilschulen zu den drei staatlichen Teilschulen Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHAW, Zürcher Hochschule der Künste ZHdK und Pädagogische Hochschule Zürich PHZH wirkte sich in der Leistungsgruppe 7406 erstmals im Jahr 2008 mit einer Verschiebung der Staatsbeiträge von den privaten zu den staatlichen Teilschulen aus. Die beiden Teilschulen Hochschule für Technik und Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung Zürich bleiben privat.
- Investitionen: Die in der Investitionsrechnung enthaltenen Beträge umfassen die baulichen Investitionen und die Erstausrüstung. Die Neu- und Ersatzanschaffung von Mobilien (inkl. IT) sind ab 2009 in den Globalbudgets der einzelnen Hochschulen (LG 9710 - 9740) ausgewiesen.

Sonstige Bemerkungen

- Die Leistungsgruppe 7406 wird vom Hochschulamt der Bildungsverwaltung administriert. Entsprechende Stellen sind in der LG 7000 der Bildungsverwaltung enthalten.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Erhöhung des Ertrags und Aufwands durch den Anstieg durchlaufender Bundesbeiträge als Folge der ansteigenden Studierendenzahlen (8.4 Mio.) und höherer Rückerstattungen durch die staatlichen Hochschulen der ZFH (0.6 Mio.).
- Hauptgrund für die Zunahme des Aufwands ist die Erhöhung des Staatsbeitrags an die Hochschulen (-43.5 Mio.) als Abgeltung für den starken Anstieg der Studierendenzahl an der ZHAW von über einem Drittel gegenüber dem Vorjahr (+1900 Studierende) und höhere Pauschalen als Folge der Personalkostenzunahme gemäss den Vorgaben des Regierungsrats zum KEF 2009-12.

Investitionsrechnung

- 2009 sind die Neu- und Ersatzanschaffung von Mobilien (inkl. IT) in den LG 9710 - 9740 enthalten (+12.7 Mio.). 2009 läuft das Projekt Gesundheit Phase III aus (+4 Mio.). Andererseits sind für die SAP-Einführung an den staatlichen Hochschulen 2 Mio. budgetiert.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Zunahme des Staatsbeitrags an die staatlichen Hochschulen von 2009 bis 2012 erklärt sich einerseits mit einem weiteren Anstieg der Studierendenzahl an der ZHAW um 24% von 2009 bis 2012, andererseits mit der Erhöhung der Personalkosten gemäss Regierungsratsbeschluss.

Investitionsrechnung

- Im Jahre 2010 sind zusätzlich 10.5 Mio. für die beiden Grossprojekte Sihlpost und Toni-Areal budgetiert. Gleichzeitig läuft die Bereitstellung von Laboreinrichtungen und Unterrichtsräumlichkeiten, Phase I, am Standort Wädenswil aus.
- 2011 erhöht sich der Investitionsbedarf für die beiden Grossprojekte Sihlpost und Toni um 29 Mio. Zudem werden bei der ZHAW die Sanierungsprojekte auf dem Campus Technikumstrasse in Winterthur gestartet.
- 2012 steigt der Investitionsbedarf für die beiden Grossprojekte Sihlpost und Toni nochmals um 18 Mio. und für die Sanierungsprojekte auf dem Campus Technikumstrasse in Winterthur um 15.5 Mio. an. Auch wird eine Zahlung von 19.4 Mio. an die Stadt Zürich für die Liegenschaften Ausstellungsstrasse 88 und Sihlquai 115 im Rahmen des Liegenschaftentransfer HGKZ fällig.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Zunahme des Umsatzes und des Staatsbeitrags gegenüber dem KEF Vorjahr erklärt sich zu einem grossen Teil mit den höheren kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen als Folge der Neubewertung der Anlagen im Rahmen der Umstellung auf die IPSAS-Rechnungslegung (ca. 18 Mio.). Diese werden den staatlichen Hochschulen der ZFH als Nutzungskosten in Rechnung gestellt und bilden Teil des Staatsbeitrags. Zudem erhöhen sich gegenüber dem KEF Vorjahr die Studierendenpauschalen durch die regierungsrätlichen Vorgaben zur Personalkostenentwicklung und der Staatsbeitrag an die ZHAW durch den starken Anstieg der Studierendenzahl gegenüber der Vorjahresplanung (vgl. LG 9710). Aufgrund der höheren Studierendenzahlen werden auch die saldoneutralen, durchlaufenden Bundesbeiträge höher budgetiert.

Investitionsrechnung

- Ab 2009 sind die Neu- und Ersatzanschaffung von Mobilien (inkl. IT) in die LG 9710 - 9740 verschoben worden (2009: +12.8 Mio., 2010: +12.8 Mio., 2011: +10.5 Mio.). Der Investitionsbedarf für die beiden Grossprojekte Toni-Areal und Sihlpost wurde für 2009-11 gegenüber dem KEF Vorjahr um total 20 Mio. erhöht. Zeitlich verschoben werden die Sanierungsprojekte Campus Technikumstrasse in Winterthur (+32.2 Mio.) und die Umsetzung des Gesamtkonzeptes Ausstellungsstrasse 60 (+6 Mio.).
- Für 2009 und 2010 sind Mehrausgaben von insgesamt 3 Mio. für die SAP-Einführung an den staatlichen Hochschulen in die Planung aufgenommen worden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag										-100.0
Aufwand	-47.9	-46.3	0.0	-48.2	0.0	-49.3	0.0	-49.5	-48.9	2.1
Saldo	-47.9	-46.3	0.0	-48.2	0.0	-49.3	0.0	-49.5	-48.9	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Einnahmen	Ø (07 -12)									
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)										

Aufgaben

- A1 Die Leistungsgruppe beinhaltet einerseits die Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört (Konkordatsschulen). Beigetreten ist der Kanton Zürich interkantonalen Vereinbarungen mit der Hochschule Rapperswil HSR, der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft Zollikofen SHL und der Hochschule für Heilpädagogik Zürich HfH. Der Kanton Zürich leistet für die Lehre Beiträge im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung FHV und beteiligt sich anteilmässig an den Restkosten. Der Kanton Zürich tritt auf Herbst 2008 aus dem Konkordat der Hochschule Rapperswil aus.
- A2 Andererseits beinhaltet die Leistungsgruppe die Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen, welche im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung für Zürcher Studierende ausgerichtet werden.

Entwicklungsschwerpunkte

	Direktions- ziel Nr.	
	bis	
E1 Die Aufgaben der Leistungsgruppe werden oben beschrieben; sie weist keine Entwicklungsschwerpunkte aus.		0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe							
Leistungen							
L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe							
Wirtschaftlichkeit							
B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe							

Leistungsgruppe 7407	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-48.200
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 7407
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Die Leistungsgruppe 7407 wird vom Hochschulamt der Bildungsverwaltung gesteuert. Entsprechende Stellen sind in der LG 7000 der Bildungsverwaltung ausgewiesen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber 2008 nehmen als Folge der steigenden Anzahl Zürcher Studierender sowohl die Beiträge an die ausserkantonale Konkordate HfH und SHL als auch an die ausserkantonalen Fachhochschulen deutlich zu (-2.6 Mio.). Mit dem Austritt aus dem Konkordat HSR entfallen ab 2009 die Abschreibungen und Zinsen auf den in der Vergangenheit gewährten Investitionsbeiträgen (+0.7 Mio.).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Der Mehraufwand durch die deutlich steigende Anzahl Zürcher Studierender an den ausserkantonalen Konkordatsschulen und ausserkantonalen Fachhochschulen und durch zum Teil teurerungsbedingte höhere Studierendenpauschalen übersteigt 2010 und 2011 die Einsparungen aus dem Konkordatsaustritt HSR. Der Konkordatsaustritt HSR führt 2012 zu einer Abnahme des Aufwands.

Investitionsrechnung

- Durch den Konkordatsaustritt entfallen allfällige Beiträge des Kantons Zürich an zukünftige Ausbauprojekte der Hochschule Rapperswil.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ab 2009 entfallen durch den Austritt aus dem Konkordat HSR die Kapitalfolgekosten auf den in der Vergangenheit ausgerichteten Investitionsbeiträgen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	46.8	51.7	0.0	54.4	0.0	55.5	0.0	60.3	61.9	32.2
Aufwand	-137.1	-162.6	0.0	-170.4	0.0	-172.6	0.0	-184.5	-188.9	37.7
Saldo	-90.3	-110.9	0.0	-116.0	0.0	-117.1	0.0	-124.1	-127.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen		2.7	0.0	2.0	0.0	2.0	0.0	2.0	2.0	1.8
Ausgaben	-3.6	-7.0	0.0	-6.5	0.0	-4.2	0.0	-3.5	-3.5	-4.7
Nettoinvestitionen	-3.6	-4.3	0.0	-4.5	0.0	-2.2	0.0	-1.5	-1.5	-2.9
Personal (Beschäftigungsumfang)	443.0	453.6	0.0	437.5	0.0	443.7	0.0	476.1	484.6	

Aufgaben

- A1 Planung, Koordination und Aufsicht der ambulanten und stationären Jugendhilfe
- A2 Führung von Jugend- und Familienberatungsstellen im Kanton Zürich
- A3 Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Jugendlichen in ausserkantonalen Jugendheimen
- A4 Amtsvormundschaft für minderjährige, allein stehende Asylsuchende (Zentralstelle Mineurs non accompagnés)
- A5 Koordination, Administration und Mitfinanzierung der Heilpädagogischen Früherziehung sowie pädagogisch-therapeutischer Massnahmen im Vor- und Nachschulalter
- A6 Gewährung von Stipendien und Darlehen an in Ausbildung stehende Jugendliche und Erwachsene

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Anpassung und Erweiterung der gesetzlichen Grundlagen für die ambulante Jugend- und Familienhilfe (beinhaltet LZ RR 12.1 Gesetzliche Grundlage für eine bedarfsgerechte ausserfamiliäre Betreuung von Kindern im Vorschulalter schaffen sowie	2011	1
E2 LZ RR 16.8 Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten)	2011	2
E3 Schaffung neuer bezirksübergreifender Organisationsstrukturen in der Jugend- und Familienhilfe	2011	2
E4 Erarbeitung und Einführung von Grundlagen und Instrumenten zur Steuerung der stationären Jugend- und Familienhilfe über Leistungsaufträge	2010	2
E5 Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten (LZ RR 16.9)	2010	2

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Anzahl zivilrechtlicher Kinderschutzmassnahmen bezogen auf die Gesamtzahl der geführten Fälle (Bezirksjugendsekretariate)		36%	< 38%	< 38%	< 38%	< 38%	< 38%
W2 Austritte aus stationären Einrichtungen gemäss individuellen Planungen		84%	> 80%	> 80%	> 80%	> 80%	> 80%
Leistungen							
L1 Anzahl Fälle Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate)		15'030	17'100	15'500	15'650	15'800	16'000
L2 Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche: Anteil der Gesuche, die zwei Monate nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen entschieden sind		90%	> 85%	> 75%	> 75%	> 75%	> 75%
Wirtschaftlichkeit							
B1 Nettoaufwand pro Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate)		1'017	1'150	1'200	1'200	1'200	1'200
B2 Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit sozialpäd. Angebot		358	370	374	383	393	403
B3 Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit Berufsbildungsangebot		461	456	483	495	507	520

Leistungsgruppe 7501 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-116.033
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-6.482

Budget	Leistungsgruppe 7501
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Das Amt für Jugend und Berufsberatung ist Bestandteil der Leistungsgruppen "7501 Jugend- und Familienhilfe", "7502 Berufs- und Studienberatung" sowie "7000 Bildungsverwaltung". Die Bezirksjugendsekretariate verteilen sich auf die LG 7501 und 7502.
- Das Zentrum für Gehör und Sprache (Gehörlosenschule) war für das Jahr 2008 der Leistungsgruppe 7501 saldoneutral zugeordnet. Dies entfällt mit der Verselbstständigung per 1.1.2009. Die Zuständigkeit für die neu geschaffene öffentlich rechtliche Anstalt liegt seit dem Jahre 2006 beim VSA.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Saldoveränderung zwischen Budget 2008 und Planjahr 2009 von Fr. -5.1 Mio. ist im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen: Höhere Kostenfolgen der Heilpädagogischen Früherziehung sowie der pädagogisch-therapeutischen Massnahmen im Vorschul- und Nachschulbereich (neue Aufgabe NFA / Fr. -0.2); voraussichtlich geringere Auswirkung NFA auf Heimplatzierungskosten (Fr. +1.8 Mio.); zunehmender Stipendienaufwand aufgrund steigender Gesuchszahlen (Fr. -2.0 Mio.); höhere Staatsbeiträge an Organisationen aufgrund weiterer Beitragsberechtigungen sowie wachsender Fallzahlen (Fr. -1.0 Mio.); zusätzlicher Aufwand im Zusammenhang mit Legislaturzielen und Projektkoordinationstätigkeiten (Frühförderung, etc. / Fr. -1.5); Besoldungsentwicklung im Rahmen der kantonalen Vorgaben (Fr. -1.3 Mio.); steigender Abschreibungs- und Zinsaufwand (Fr. -0.9 Mio. / gemäss Investitionsaufwand) sowie höherer Sachaufwand. Die vermehrten bezirksübergreifenden Tätigkeiten führen zu entsprechenden Verrechnungen, welche sich saldoneutral nach dem Bruttoprinzip im Aufwand und Ertrag niederschlagen.

Investitionsrechnung

- Die Veränderungen resultieren zur Hauptsache aus dem Wegfall der Bautätigkeiten beim Zentrum für Gehör und Sprache sowie den geplanten Standortzusammenzügen in Dietikon, Bülach und Winterthur.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Werte basieren auf dem mutmasslichen durchschnittlichen Beschäftigungsumfang sowie den Durchschnittsergebnissen des Jahres 2007. Neben den anteilmässig im Jahr 2008 berücksichtigten Personalaufstockungen bei den Bezirksjugendsekretariaten, tragen insbesondere die sich im Jahr 2009 abzeichnenden Leistungsaufträge im Bereich Schulsozialarbeit mit Verrechnung an Gemeinden dazu bei (Kosten werden zu 100% von den Gemeinden getragen, für den Kanton Saldoneutral), dass sich die Beschäftigtenreduktion infolge der Verselbstständigung des Zentrums für Gehör und Sprache nahezu kompensiert.

Indikatoren

- L1 Bei der Anzahl der Jugend- und Familienberatungen ist weiterhin von einem stetigen Wachstum auszugehen.
- L2 Die Abklärungsdauer steigt aufgrund der zunehmenden Zahl komplexer Familienverhältnisse an.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Der Saldoanstieg der Planjahre resultiert primär aus der Besoldungsentwicklung. Die Jahre 2011 und 2012 stehen zusätzlich im Zeichen einer kantonalen Regelung und Umsetzung der Schulsozialarbeit (SSA; siehe auch Projekt Nr. 149). Die entsprechende Leistungserbringung soll durch die Gemeinden sichergestellt werden. Gleichzeitig wird eine Mitfinanzierung in Form von Staatsbeiträgen ins Auge gefasst (Jahr 2011/2012 Fr. 4.9 / 5.5 Mio.). Personalaufwandsentwicklung wurde gemäss den kantonalen Besoldungsvorgaben in den Planjahren berücksichtigt.

Investitionsrechnung

- Der Investitionsbedarf reduziert sich durch Wegfall der dezentralen Standortzusammenlegungen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Für die weiteren Planjahre wird primär ein Personalanstieg im Zusammenhang mit einer zunehmenden Zahl von Leistungsaufträgen im Bereich Schulsozialarbeit erwartet (Kosten werden zu 100% von den Gemeinden getragen, für den Kanton Saldoneutral).

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber der letzten KEF-Erstellung wird zurzeit von etwas tieferen NFA-Kosten ausgegangen. Noch offen und schwierig abzuschätzen sind weitere Auswirkungen, die sich aus der Teilrevision des Jugendhilfegesetzes (siehe Projekt Nr. 149) abschliessend ergeben könnten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	15.5	15.9	0.0	19.0	0.0	18.7	0.0	18.8	17.6	13.5
Aufwand	-29.8	-32.5	0.0	-36.9	0.0	-37.1	0.0	-37.4	-37.7	26.4
Saldo	-14.3	-16.6	0.0	-17.9	0.0	-18.4	0.0	-18.6	-20.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.0	-0.2	0.0	-0.4	0.0	-0.3	0.0	-0.2	-0.2	-0.2
Nettoinvestitionen	-0.0	-0.2	0.0	-0.4	0.0	-0.3	0.0	-0.2	-0.2	-0.2
Personal (Beschäftigungsumfang)	111.6	120.3	0.0	124.7	0.0	124.7	0.0	124.7	124.7	

Aufgaben

- A1 Planung, Koordination und Aufsicht der allgemeinen Berufsberatung
A2 Führung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (inkl. Kompetenzenbilanz)
A3 Führung von allgemeinen Berufsberatungsstellen sowie Berufsinformationszentren im Kanton Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Unterstützung der Jugendlichen im Übergang in die Berufsbildung und ins Berufsleben; Verbesserung der Berufseinstiegschancen von Jugendlichen	2009	5
E2 Bezirksübergreifende, interdisziplinäre und interinstitutionelle Erbringung von Leistungen der Jugendhilfe und Berufsberatung	2011	5

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Anteil Berufsberater mit Integration in die Bildungs- und Arbeitswelt (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate)		97%	> 98%	> 98%	> 98%	> 98%	> 98%
Leistungen							
L1 Anzahl Berufsberatungen (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate)		11'220	11'000	11'500	11'500	11'500	11'500
Wirtschaftlichkeit							
B1 Nettoaufwand pro Berufsberatung (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate)		1'021	1'050	1'100	1'100	1'100	1'100

Leistungsgruppe 7502 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-17.894
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.350

Budget Leistungsgruppe 7502

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Das Amt für Jugend und Berufsberatung AJB ist Bestandteil der Leistungsgruppen "7501 Jugend- und Familienhilfe", "7502 Berufs- und Studienberatung" sowie "7000 Bildungsverwaltung". Die Bezirksjugendsekretariate verteilen sich auf die LG 7501 und 7502.
- Die Administration der Berufsberatungsstellen und Berufsinformationszentren (biz) bei den Bezirksjugendsekretariaten erfolgt durch die jeweilige Verwaltungsstelle, welche der Leistungsgruppe 7501 Jugend- und Familienhilfe zugeordnet ist. Eine anteilmässige Verrechnung ist zurzeit nicht Bestandteil der vorliegenden Zahlen. Es handelt sich somit um Primärkosten, vor Berücksichtigung von Umlagen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Saldoveränderung zwischen Planjahr 2009 und Budget 2008 von Fr. -1.3 Mio. ist zur Hauptsache auf folgende Faktoren zurückzuführen: Besoldungsentwicklung gemäss kantonalen Vorgaben (Fr. 0.7 Mio.); Mitfinanzierung Projekt Case Management Berufsbildung (Fr. -0.3 Mio. Nettoaufwand bzw. jährliche Kosten Fr. 1.5 Mio. abzüglich 1.2 Mio. Bundesbeiträge); steigender Aufwand für Abschreibungen und Zinsen auf Basis der Investitionen (Fr. -0.1 Mio.) sowie höhere Infrastruktukosten (u.a. Informatik). Die vermehrten bezirksübergreifenden Tätigkeiten der Berufsberatungen und Berufsinformationszentren sowie der Ausbau des Angebots "Kompetenzenbilanz" führen zu entsprechenden Verrechnungen, welche sich saldoneutral nach dem Bruttoprinzip im Aufwand und Ertrag niederschlagen.

Investitionsrechnung

- Die Investitionen stehen im Zusammenhang mit Softwareanpassungen sowie mit einem periodischen Erneuerungsbedarf im Bereich Mobiliar / Einrichtungen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Projektaktivitäten "Case Management" sowie der Ausbau des kostenpflichtigen Kompetenzenbilanz-Angebots führen zu einer Zunahme des Beschäftigungsumfangs.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Saldoentwicklung in den weiteren Planjahren wird von der Besoldungsentwicklung gemäss kantonalen Vorgaben geprägt. Im Planjahr 2012 schlägt sich zudem der Wegfall von Bundesprojektbeitrages Case Management (Fr. -1.2 Mio.) bzw. die geplante Weiterführung des Angebotes im Saldo nieder.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF Vorjahr ergeben sich keine massgeblichen Veränderungen.



6. Fonds

7403 Fonds Teilverlegung der Universität

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	6.8	36.6	0.0	36.1	0.0	35.6	0.0	35.1	34.6	407.7
- Rückerstattung aus Laufender Rechnung		28.8		28.3		27.8		27.4	26.8	
Aufwand	-6.8	-36.6	0.0	-36.1	0.0	-35.6	0.0	-35.1	-34.6	407.7
- Abschreibungen		-22.9		-22.9		-22.9		-22.9	-22.8	
- Zinsen		-13.7		-13.2		-12.7		-12.2	-11.8	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										-0.7
Nettoinvestitionen										-0.7

Fondsbestand

Aufgaben

A1 Dieses Globalbudget stellt in Form eines Fonds die Investitionsausgaben und Bundeseinnahmen für Bauten auf dem Irchelareal der Universität dar. Der Fonds wurde 1971 zur Tilgung der durch die Teilverlegung der Universität entstehenden und vom Kanton zu tragenden Baukosten per Gesetz (Gesetz über die Teilverlegung der Universität vom 14. März 1971) geschaffen. In dieser Leistungsgruppe werden die Abschreibungen und Zinsen gemäss den Bilanzwerten der Liegenschaft der Universität Irchel sowie der Eingang der Bundessubventionen für die 1 - 4. Bauetappe verbucht. Die Investitionen der 5. und 6. Bauetappe sind in der Leistungsgruppe 7401 enthalten, da sie nicht mehr Bestandteil des Projekts 'Teilverlegung der Universität' sind.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Keine Entwicklungsschwerpunkte in dieser Leistungsgruppe		0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.							
Leistungen							
L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.							
Wirtschaftlichkeit							
B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.							

Fonds 7403	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 7403
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Liegenschaften des Fondskontos werden in der Anlagebuchhaltung der Universität geführt. In der laufenden Rechnung werden die kalkulatorischen Kosten auf dem Netto-Anlagevermögen der 1. - 4. Bauetappe ausgewiesen, die der Universität (GB 9600) als Raummiete weiterverrechnet werden. Der Saldo der laufenden Rechnung ist deshalb immer Null.

Sonstige Bemerkungen

- Keine Personalstellen: Die Administration dieser Leistungsgruppe wird durch die Bildungsdirektion sichergestellt.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Da in dieser Leistungsgruppe keine Neuinvestitionen enthalten sind, nehmen die kalkulatorische Zinsen auf dem Restbuchwert gegenüber dem Vorjahr ab.

Investitionsrechnung

- Die Investitionen der 5. und 6. Bauetappe des Projekts Universität Irchel wurden gegenüber der Vorjahresplanung in die Leistungsgruppe 7401 verschoben.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Da in dieser Leistungsgruppe keine Neuinvestitionen enthalten sind, nimmt die jährliche kalkulatorische Zinsbelastung auf dem Restbuchwert ab.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die starke Erhöhung der kalkulatorischen Kosten gegenüber dem KEF Vorjahr ist auf die mit der IPSAS-Einführung verbundenen Neubewertung der Liegenschaften und der daraus resultierenden Erhöhung des Buchwerts zurückzuführen.

Investitionsrechnung

- Die Investitionen der 5. und 6. Bauetappe des Projekts Universität Irchel von 2009 - 2012 wurden gegenüber dem KEF Vorjahr in die Leistungsgruppe 7401 verschoben.



7. Projekte

Volksschulen

- Projekt-Nr. 156: Umsetzung Volksschulgesetz (VSG)
- Projekt-Nr. 504: Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (RESA, Sonderpädagogisches Angebot)
- Projekt-Nr. 505: Qualität in multikulturellen Schulen QUIMS (Schulen mit hohem Anteil Fremdsprachiger, Umsetzung Volksschulgesetz)
- Projekt-Nr. 513: Schulversuche mit der Grundstufe
- Projekt-Nr. 157: Pilotprojekt Neugestaltung des 9. Schuljahres
- Projekt-Nr. 159: Religion und Kultur

Mittelschulen

- Projekt-Nr. 160: Weiterentwicklung der Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen
- Projekt-Nr. 154: Weiterentwicklung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen
- Projekt-Nr. 153: Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen (ZAP)
- Projekt-Nr. 158: Selbst organisiertes Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen

Berufsfachschulen / Lehrabschlussprüfungen

- Projekt-Nr. 148: Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (ohne Reformen der Gesundheitsberufe)
- Projekt-Nr. 152: Konzept Weiterbildung im Kanton Zürich

Nichtstaatliche / ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten / Kurse

- Projekt-Nr. 140: Reform der Brückenangebote Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung (BAVbG)

Jugend- und Familienhilfe

- Projekt-Nr. 149: Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung (Leistungsgruppen 7501 und 7502)



Projekt-Nr. 156	Umsetzung Volksschulgesetz (VSG)
Bildungsdirektion / Volksschulen	
Kurzumschreibung Projekt	
<p>Das Volksschulgesetz aus dem Jahre 1899 wird aufgrund der Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen angepasst und durch ein neues VSG ersetzt. Dieses Gesetz bringt für die Schulen des Kantons Zürich zahlreiche Neuerungen und Veränderungen. Diese werden etappiert und zeitlich und finanziell gestaffelt umgesetzt.</p>	
Geleitete Schulen:	
<p>Alle Schulen im Kanton erhalten eine Leitung. Die Schulen arbeiten mit einem für die Lehrpersonen verbindlichen Schulprogramm. Die Schulen und Schulleitungen erhalten mehr Kompetenzen und entlasten dadurch die Schulpflegen.</p>	
Familienfreundliche Blockzeiten und Tagesstrukturen:	
<p>An allen Vormittagen wird während vier Lektionen unterrichtet oder betreut. Darüber hinaus bieten Gemeinden im Bedarfsfall weiter gehende Tagesstrukturen und Aufgabenhilfe an, wobei jedoch erstere für Eltern grundsätzlich kostenpflichtig sind. Aufgabenhilfe in der Regel.</p>	
Qualitätssicherung:	
<p>Die Schulpflegen und Schulen zeichnen für die Qualitätssicherung verantwortlich. Neu überprüft zudem eine professionelle Fachstelle für Schulbeurteilung die Qualität in den Schulen.</p>	
Aufsicht:	
<p>Der Bezirksrat behandelt Rekurse und Beschwerden. Die eingeplanten Gelder stehen ab 2008 der Direktion für Justiz und Inneres zur Verfügung.</p>	
Finanzierung der Volksschule:	
<p>Der Kanton beteiligt sich an den Kosten der Volksschule, zu welcher neu auch der Kindergarten gehört. Das heutige Finanzierungssystem wird vereinfacht. Die Mittel werden über Vollzeiteneinheiten, welche die soziale Struktur einer Gemeinde berücksichtigen, ausgerichtet.</p>	
Entlastung der Schulpflegen:	
<p>Die Schulleitungen und die Vereinfachung des Staatsbeitragswesens führen zu einer Entlastung der Schulpflegen.</p>	
Leistungsförderung in Schulen mit hohem Anteil Fremdsprachiger (QUIMS):	
<p>Die Qualitätssicherung in multikulturellen Schulen wird gesetzlich verankert (siehe Projekt Nr. 505).</p>	
Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (früher RESA):	
<p>Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden nach Möglichkeit integrativ geschult (siehe Projekt Nr. 504)</p>	
Eltern:	
<p>Das Gesetz schafft für Eltern mehr Mitwirkungsmöglichkeiten, beschreibt jedoch auch klarer ihre Pflichten.</p>	
Kindergarten:	
<p>Der Kindergarten wird Teil der Volksschule; der Besuch ist obligatorisch. Die Anstellung ist kantonal geregelt.</p>	
12. Schuljahr:	
<p>Der Kanton beteiligt sich neu im gleichen Umfang wie beim Werkjahr an den Kosten. Die eingestellten Gelder stehen seit 2008 dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt zur Verfügung.</p>	
Sekundarstufe:	
<p>Die Sekundarstufe erhält eine neue Rahmenregelung, in der die bisherigen von den Schulgemeinden gewählten Modelle weiterhin ihren Platz haben werden, die neu aber Zwischenlösungen ermöglicht.</p>	
Wirkungsziel:	
<ul style="list-style-type: none">• Die Schule steuert ihre Entwicklung und sichert ihre Qualität innerhalb der kantonalen Vorgaben.• Die Schule hat Leitungs- und Mitwirkungsstrukturen, die eine zielgerichtete gemeinsame Entwicklung garantieren.• Die Schule setzt die sonderpädagogischen Massnahmen in der Regel integrativ und durch individualisierenden Unterricht um. Sie leistet einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit.• Die Sprachfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler wird gezielt gefördert.	
Leistungsziel:	
<ul style="list-style-type: none">• Die Umsetzung des Volksschulgesetzes wird bis Ende Schuljahr 2011/2012 abgeschlossen.• Die Gemeinden werden bei der Umsetzung bedarfsgerecht mit schriftlichen Materialien, Beratungen am Ort, themenspezifischen teaminternen Weiterbildungen und allfälligen weiteren Weiterbildungen (Zertifikatslehrgänge) unterstützt.• Der Kanton stellt die Lehrpersonen der Kindergartenstufe kantonal an, erarbeitet einen Lehrplan für die Kindergartenstufe, übt die Aufsicht über die Privatschulen aus, führt die Fachstelle für Schulbeurteilung und regelt die Finanzierung des 12. Schuljahres neu (durch das Mittelschul- und Berufsbildungsamt).• Auf der Ebene Gemeinde werden vierstündige Blockzeiten und im Bedarfsfall weiter gehende Tagesstrukturen angeboten.	



- Alle Schulen haben Leitungsstrukturen.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-10.46	-1.87	-3.07	-2.46	-1.70	-1.36	-
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-16.25	-7.81	-5.08	-1.26	-1.12	-0.98	-
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 156

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Verabschiedung der Verordnungen (Volksschulverordnung, Lehrpersonalverordnung) durch RR / Start der etappierten Umsetzung Blockzeiten, QUIMS, etc. / Start der Weiterbildungen und Unterstützungsleistungen
2007	- Verabschiedung der Finanz- und der Sonderpädagogischen Verordnung / Ablösung der Bezirksschulpflegen durch Bezirksrat als Rekursinstanz / Aufsicht Privatschulen durch Kanton
2008	- Kantonalisierung der Kindergärten / Erarbeitung und Einführung Lehrplan Kindergarten / Neues Finanzierungssystem eingeführt / Kanton beteiligt sich kantonsweit an den Kosten geleiteter Schulen / Schulleitungen an allen Schulen / Start der etappierten Umsetzung der sonderpäd. Massnahmen
2009	- Tagesstrukturen in Gemeinden eingeführt
2012	- Umsetzung VSG abgeschlossen
2013	-
2014	-

Bemerkungen

Die wiederkehrenden, bereits rechnungswirksamen Kostenelemente (Schulleiter-Besoldungen, Beiträge an Blockzeiten usw.) werden nicht mehr im Projektblatt 156 geführt.



Projekt-Nr. 504	Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (RESA, Sonderpädagogisches Angebot)
Bildungsdirektion / Volksschulen	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Das Angebot der sonderpädagogischen Massnahmen wird neu gestaltet und integrativ ausgerichtet. Schüler/innen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen (d.h. Kinder mit Lernschwierigkeiten wie auch besonders begabte Schüler/innen) werden so weit als möglich innerhalb der Regelklasse gefördert. Dies bedingt die gezielte Ausbildung einer grossen Gruppe von Lehrpersonen sowie Unterstützung der Gemeinden bei der Implementierung.</p> <p>Sonderpädagogische Massnahmen werden so eingesetzt, dass sie sowohl das einzelne Kind und über die Arbeit innerhalb der Klasse auch die Schule als Ganzes unterstützen und stärken. Die Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen und sonderpädagogischen Fachpersonen ist ein zentrales Element, um diese Wirkung erzielen zu können. Im Weiteren wird diese Neuorganisation auch zu einer Vereinheitlichung der Massnahmen der verschiedenen Gemeinden führen. Zur Umsetzung der vorgenannten Massnahmen muss ein sonderpädagogisches Konzept und ein Klassifizierungssystem für den Kanton Zürich erarbeitet werden.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verstärkung der Ausrichtung der sonderpädagogischen Angebote gemäss neuem VSG • Erhöhung der Leistungen des sonderpädagogischen Systems <p>Leistungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung der Lehrpersonen durch klassenunterstützende, unterrichtsnahe Angebote • Förderung der Kooperation auf Schuleinheitsebene inkl. Vernetzung der Fachleute • Erweiterung der Erkenntnisse mit der qualitativen (wirkungsorientierten) Weiterentwicklung des sonderpädagogischen Angebotes auf schulorganisatorischer sowie unterrichtsnahe Ebene • Erarbeitung eines sonderpädagogischen Konzepts • Planung und Evaluation des sonderpädagogischen Angebotes gemäss Konzept • Weiterbildung resp. Ausbildung der sonderpädagogischen Lehrpersonen

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-5.84	-0.63	-1.33	-2.08	-1.18	-0.62	-
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-1.53	-	-0.51	-0.51	-0.51	-	-
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 504	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006/2007	- Vorbereitungsarbeiten, Erstellen sonderpädagogisches Konzept
2007/2008	- Kick off Veranstaltungen
2008-2010	- Gestaffelte Einführung der neu gestalteten sonderpädagogischen Massnahmen

Bemerkungen
Die in Form von Staatsbeiträgen an die Schulgemeinden auszurichtenden Mittel werden in der Rubrik "Auswirkung der Umsetzung auf den Staatshaushalt" ausgewiesen. Beim Projektaufwand handelt es sich insbesondere um die Kosten für die Ausbildung zusätzlicher schulischer Heilpädagoginnen und Heilpädagogen.



Projekt-Nr. 505	Qualität in multikulturellen Schulen QUIMS (Schulen mit hohem Anteil Fremdsprachiger, Umsetzung Volksschulgesetz)
------------------------	--

Bildungsdirektion / Volksschulen

Kurzumschreibung Projekt

Schulen mit hohen Anteilen Fremdsprachiger führen gemäss neuem Volksschulgesetz (§§ 25 und 62) zur Sicherung der Qualität zusätzliche Angebote und Massnahmen. Die Schulen werden dabei finanziell unterstützt.

Wirkungsziel:

- Verbesserung der Lernbedingungen im Sprachlernen und Förderung des Schulerfolgs
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern
- Hebung des Leistungsniveaus und der Bildungschancen

Leistungsziel:

- QUIMS-Massnahmen in 20 Schulen (2005 und 2006), in 40 Schulen (2007), in 60 Schulen (2008), in 80 Schulen (2009), in 100 Schulen (2010)
- Hebung des Informationsstandes über Qualitätsverbesserung in 100 weiteren stark betroffenen Schulen

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-1.86	-0.43	-0.53	-0.54	-0.36	-	-
Netto-Investitionen							

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-1.86	-0.43	-0.53	-0.54	-0.36	-	-
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-19.06	-1.46	-2.40	-3.20	-4.00	-4.00	-4.00
Netto-Investitionen							

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-19.06	-1.46	-2.40	-3.20	-4.00	-4.00	-4.00
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 505	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2002-2006	- Dritte Projektphase, Ausweitung auf 20 Schulen (Schulversuch)
2006-2008	- Erste Staffel zur Einführung von 33 neuen Schulen (Stadt Zürich)
2008-2010	- Zweite Staffel zur Einführung von 40 neuen Schulen (restlicher Kanton)
2010	- Abschluss der Einführung
ab 2011	- QUIMS als fester Bestandteil in den beteiligten Schulen (Normalbetrieb)

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2002-2006	- Dritte Projektphase, Ausweitung auf 20 Schulen (Schulversuch)
2006-2008	- Erste Staffel zur Einführung von 33 neuen Schulen (Stadt Zürich)
2008-2010	- Zweite Staffel zur Einführung von 40 neuen Schulen (restlicher Kanton)
2010	- Abschluss der Einführung
ab 2011	- QUIMS als fester Bestandteil in den beteiligten Schulen (Normalbetrieb)

Bemerkungen

Die in Form von Staatsbeiträgen an die Schulgemeinden ausgerichteten Mittel werden in der Rubrik "Auswirkungen der Umsetzung auf Staatshaushalt", der Mittelbedarf für Projektmitarbeitende, Dienstleistungen Dritter etc. in der Rubrik "Projektaufwand" ausgewiesen.



Projekt-Nr. 513	Schulversuche mit der Grundstufe
Bildungsdirektion / Volksschulen	

Kurzumschreibung Projekt
Neugliederung der Volksschule durch Einrichtung einer Grundstufe für vier- bis siebenjährige Kinder, die flexibel in drei (ausnahmsweise auch in zwei oder vier) Jahren durchlaufen wird. Weitgehende Integration von Kindern mit besonderen sonderpädagogischen Bedürfnissen.
Wirkungsziel:
Schulmodell für die Schuleintrittsstufe, das auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lernstände der Kinder ausgerichtet ist und Strukturen sowie Inhalte neu regelt:
<ul style="list-style-type: none"> • Differenzierung nach Entwicklungsstand • fließender Übergang vom lernenden Spielen zum systematischen Lernen • flexibler Übergang in die nächste Stufe
Leistungsziel:
(gemäß RRB Nr. 1337/2003)
<ul style="list-style-type: none"> • Projektstart auf Schuljahr 04/05 mit maximal 30 Klassen • Ausweitung des Projektes auf Schuljahresbeginn 05/06 mit maximal weiteren 60 Klassen • Ausweitung des Projektes auf Schuljahr 06/07 mit weiteren 30 Klassen • Erkenntnisse zur Weiterentwicklung des Schulmodells • Pädagogische, strukturelle, rechtliche, finanzielle Grundlagen zur Entscheidungsfindung

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-5.07	-1.30	-1.22	-0.90	-0.58	-0.58	-0.49
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-2.80	-0.56	-0.55	-0.47	-0.47	-0.47	-0.28
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 513	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2003	- Vorbereitung: Entwicklungsarbeiten, Projektplanung, Ausschreibung
2004	- Versuchsstart mit erster Staffel; Nachqualifikation der Lehrpersonen
2005 / 2006	- Versuchsstart mit zweiter und dritter Staffel; Nachqualifikation der Lehrpersonen; Vorbereitung Entscheidungsfindung; Zwischenbericht
2007 / 2008	- Öffentlichkeitsarbeit; Behördenschulung; Entscheidungsgrundlagen
2009 - 2012	- Fachliche Weiterentwicklung; Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen; Aufbau von Netzwerken
2012	- Schlussbericht

Bemerkungen
Im Frühjahr 2003 überwies das Parlament eine Leistungsmotion zur Durchführung eines Versuches mit der Grundstufe. Mit RRB Nr. 1337/2003 wurden die Kreditmittel für den im Schuljahr 2004/05 beginnenden und bis August 09 dauernden Schulversuch bereitgestellt. Diese Mittel werden aber nicht ganz ausgeschöpft, da die effektiv am Versuch beteiligte Anzahl Grundstufenklassen unter dem geplanten Wert liegt. Nach dem gestaffelten Einstieg in den Schuljahren 2004/05, 2005/06 und 2006/07 umfasste der Schulversuch total 76 Versuchsklassen. Im Schuljahr 2007/08 kamen zwei weitere Klassen hinzu (Anstieg der Schülerzahlen in der gleichen Schulgemeinde/Schuleinheit). Ab Schuljahr 2008/09 werden drei weitere Klassen dazukommen (Total 81 Einheiten). Die in Form von Staatsbeiträgen an die Schulgemeinden ausgerichteten Mittel werden unter der Rubrik "Auswirkungen der Umsetzung auf Staatshaushalt" ausgewiesen. Die Rubrik "Projektaufwand" beinhaltet den Personal- und Sachaufwand während der Projektphase.



Projekt-Nr. 157	Pilotprojekt Neugestaltung des 9. Schuljahres
Bildungsdirektion / Volksschulen	

Kurzumschreibung Projekt

Inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung des 9. Schuljahres auf der Grundlage einer Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler im 8. Schuljahr. Feststellen des individuellen Lernstandes mit dem Testinstrument Stellwerk als Ausgangspunkt für die gezielte Lernförderung und bessere Vorbereitung auf den Übergang Volksschule - Beruf. Erprobung des Rahmenkonzepts in zehn Pilotschulen an der Sekundarstufe mit Ausweitung auf weitere Sekundarschulen.

Wirkungsziel:

Schulmodell für das 9. Schuljahr, das eine qualitativ bessere Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf den Übergang in die Sekundarstufe II ermöglicht, indem es auf die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Lernstände der Jugendlichen ausgerichtet ist und Inhalte und Organisation entsprechend neu regelt:

- Feststellen des individuellen Lernstandes mit dem Instrument Stellwerk als Grundlage für die Standortbestimmung und Zielvereinbarung im Rahmen des standardisierten Standortgespräches mit Lehrpersonen, Eltern und Schülerinnen und Schülern.
- Einsatz des Instruments Stellwerk als Ausgangspunkt für die Unterrichtsentwicklung und gezielte Lernförderung; Lernsteuerung durch Unterrichtsangebote, die sich am selbstverantwortlichen Lernen und Erproben von erweiterten Lernstrategien orientieren.
- Zusammenarbeit zwischen Schule - Berufsberatung intensivieren, frühzeitigere Erfassung und Begleitung der Risikogruppen.

Leistungsziel:

- Projektstart ab Schuljahr 2005/06 mit maximal 10 Pilotschulen (rund 50 Klassen pro Schuljahr).
- Projektverlängerung bis Ende Schuljahr 2008/09, Ausweitung des Projektes ab Schuljahr 2007/08 mit maximal weiteren 10 bis 20 Schulen.
- Grundlagen für eine flächendeckende Umsetzung vorbereiten.
- Erprobung des Rahmenkonzepts evaluieren und Erkenntnisse für Umsetzung sichern.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-1.37	-	-0.30	-0.23	-0.33	-0.33	-0.18
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 157

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2005/06	- Projektstart: Projektplanung, Ausschreibung, Entwicklungsarbeiten, Weiterbildung der Lehrpersonen, erster Testlauf Stellwerk 8.
2006/07	- Zwischenbericht zum ersten Projektjahr; Anpassung WB-Konzept, Umsetzung neues 9. Schuljahr, zweiter Testlauf Stellwerk 8, Initiierung Netzwerk Pilotschulen.
2007/09	- Schlussbericht zur Pilotphase 2005-07, Grundlagen für Entscheid Einführung vorbereiten (Bildungsratsbeschluss vom 25.2.2008), Ausweitung auf weitere Sekundarschulen. Vernehmlassung betreffend Anpassungen Lehrplan und Lektionentafel, Auswertungsbericht und Einführungskonzept per Herbst 2008 (BRB).
2009/12	- Flächendeckende Umsetzung ab 2009/10 bis 2011/12 in allen Sekundarschulen des Kantons Zürich gemäss BRB vom 25.2.2008.

Bemerkungen



Projekt-Nr. 159	Religion und Kultur
Bildungsdirektion / Volksschulen	

Kurzumschreibung Projekt
An der gesamten Volksschule wird ein obligatorisches Fach Religion und Kultur eingeführt, das mit der verfassungsmässig garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit übereinstimmt. Es ersetzt das Freifach Biblische Geschichte auf der Primarstufe sowie den konfessionell-kooperativen Religionsunterricht (KokoRu) auf der Sekundarstufe I.
Wirkungsziel:
Erhöhung der Kompetenz im Umgang mit religiösen und kulturellen Fragen und Traditionen sämtlicher Schülerinnen und Schüler durch den obligatorischen Unterricht
Förderung des Dialogs zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft
Gewährleistung der Unterrichtsqualität durch spezifisch aus- und weitergebildete Lehrpersonen sowie durch einen neu ausgerichteten Lehrplan und darauf abgestimmte Lehr- und Lernmaterialien
Leistungsziel:
Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen sowie Bereitstellen von geeigneten Lehr- und Lernmaterialien
Integration des Faches in die Lektionentafel
Einbezug aller Beteiligten, einschliesslich Vertretungen verschiedener Religionsgemeinschaften und des Schulfeldes
Bedarfs- und zeitgerechte Information der Öffentlichkeit über die Ziele, Inhalte und Umsetzung
Support der Schulgemeinden bei der Einführung des Faches
Für die Zielerreichung adäquate Projektorganisation

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-4.83	-0.38	-1.22	-0.74	-0.79	-0.94	-0.76
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung						*	
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 159	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Einführungsbeschluss des Bildungsrates, Erarbeitung der Projektstruktur, möglicher Beginn der Einführung auf der Sekundarstufe, Erarbeitung eines Konzeptes zur Neuschaffung eines Lehrmittels, Evaluation bestehender Lehrmittel, Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen
2008	- Bereitstellen von Unterrichtsmaterialien für die Übergangszeit, Verträge zur Lehrmittelschaffung, möglicher Beginn der Einführung auf der Primarstufe
2008 - 2011	- Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen, Bereitstellen von Materialien für den neu ausgerichteten Unterricht
2011	- Definitiver Beginn der Einführung auf der Primar- und Sekundarstufe, Herausgabe von Unterrichtsmaterialien

Bemerkungen
* Spätestens bis im Schuljahr 2011/12 haben alle Schulgemeinden mit der Einführung des neuen Faches Religion und Kultur auf der Primar- und Sekundarstufe I begonnen. Die Gemeinden können das Fach auf der Sekundarstufe bereits ab Schuljahr 2007/08, auf der Primarstufe ab Schuljahr 2008/09 einführen, sofern sie über genügend qualifizierte Lehrpersonen verfügen. Zum heutigen Zeitpunkt ist nicht absehbar, wann die einzelnen Gemeinden mit der Einführung beginnen werden. Mit der Einführung des Faches bleibt die Gesamtzahl der Lektionen auf der Unterstufe und auf der Sekundarstufe gleich, nur auf der Mittelstufe wird sie um eine Lektion erhöht (was im Endausbau, d.h. spätestens 2017, zu einer kantonalen Mehrbelastung von jährlich rund 2 Mio. Fr. führt).



Projekt-Nr. 160	Weiterentwicklung der Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen
Bildungsdirektion / Mittelschulen	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Kurzbeschreibung</p> <p>Die Bildungsdirektion und der Bildungsrat haben die aktuelle Situation der Zürcher Mittelschulen von verschiedenen Institutionen analysieren lassen. Verschiedene in den letzten Jahren entstandenen Berichte zeigen den breit abgestützten Handlungsbedarf auf. Unter anderem wurde festgestellt, dass die Schulführung und -organisation optimiert werden muss.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Wirkungsziel 1: Die Schulkommission ist gemäss § 5 des Mittelschulgesetzes vom 13. Juni 1999 oberstes Organ der Schule, jedoch ohne Bezug zur Bildungsdirektion. Der Bezug der Schulkommission zur Bildungsdirektion ist im Sinne einer strategischen und effizienten Führung der Mittelschulen zu verstärken.</p> <p>Wirkungsziel 2: Die Personalgewinnung und -entwicklung von Lehrpersonen ist eine der Schlüsselaufgaben der Schulführungsorgane im Hinblick auf die Schulqualität. Für die Mittelschullehrpersonen soll eine spezifische Personalmanagement-Strategie im Sinne der gesamtkantonalen Personalstrategie 2007 - 2011 entwickelt werden, welche die Besonderheit dieser Personalkategorie berücksichtigt.</p> <p>Wirkungsziel 3: Der Berufsauftrag von Mittelschullehrpersonen ist den aktuellen Herausforderungen der Mittelschule anzupassen.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Um die Überlastung der Schulleitungen zu reduzieren, ist die operative Führung der Mittelschulen den Erkenntnissen einer modernen Schulführung anzupassen, insbesondere Schulorganisationsmodelle, finanzielle Führung, Kaderselektion und -förderung.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	2.0		0.1	0.5	1.0	1.0	1.0
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	9.0			1.6	4.4	6.0	6.0
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 160	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
01.2008	- Projektstart "Massnahme"
12.2008	- Projektbericht an Bildungsdirektion
01.2009	- Detailarbeiten, Umsetzung erster Massnahmen
2009 - 2010	- Stufenweise Umsetzung
2011 - 2012	- Normalbetrieb
ab 10.2012	- Evaluation der getroffenen Massnahmen

Bemerkungen



Projekt-Nr. 154	Weiterentwicklung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen
Bildungsdirektion / Mittelschulen	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Während der vom Regierungsrat bewilligten Verlängerung des Pilotprojektes 'Einführung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen (Deutsch/Englisch)' um weitere drei Jahre und einer Ausweitung auf drei weitere Pilotschulen soll das Projekt auf der Grundlage der externen Evaluationsergebnisse weiterentwickelt werden.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Die Weiterentwicklung des Projektes betrifft insbesondere die Zulassungsbedingungen zum zweisprachigen Ausbildungsgang sowie die kantonalen Rahmenbedingungen zur Einführung der zweisprachigen Maturität (Deutsch/Englisch). Diese sind anzupassen und zu optimieren.</p> <p>Die Anforderungen an die Qualifikation der Immersionslehrpersonen und die damit verbundenen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind zu überprüfen. Bezüglich der Anforderungen an die Erteilung von Immersionsunterricht bzw. der Beurteilung der Sprachkompetenzen von Immersionslehrpersonen sind Standards und Assessment-Verfahren zu entwickeln.</p> <p>Das Ziel des Projekts ist die Weiterentwicklung im Sinne der Empfehlungen des Evaluationsberichtes. Auch für die Pilotverlängerung ist eine externe wissenschaftliche Evaluation vorzusehen. Die Ergebnisse sollen die Grundlage liefern für den Entscheid bezüglich einer allgemeinen Einführung.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Per Schuljahr 2007/08 starten drei neue Pilotschulen mit zweisprachigen Ausbildungsgängen.</p> <p>Es wird eine externe wissenschaftliche Evaluation durchgeführt.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-0.85	-0.36	-0.30	-0.10			
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 154	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Die Pilotphase wird um 3 Jahre verlängert.
2006	- Der Bildungsrat teilt drei weiteren Mittelschulen zweisprachige Ausbildungsgänge Deutsch/Englisch zu.
2007	- Der Zwischenbericht der externen wissenschaftlichen Evaluation liegt vor, ebenso die Expertise 'Immersion und Assessment'.
2007	- Gestützt auf die Expertise wird ein Auftrag an das Institut für Gymnasial- und Berufsschulpädagogik vorbereitet.
2008	- Der Regierungsrat bewilligt das revidierte Aufnahmereglement.
2008	- Der Schlussbericht der externen wissenschaftlichen Evaluation liegt vor.
2009	- Die dreijährige Verlängerung Pilotphase endet mit dem Frühlingsemester 2009.

Bemerkungen
Der Bildungsrat hat 2007 vom Schlussbericht der Expertise 'Immersion und Assessment' zustimmend Kenntnis genommen.



Projekt-Nr. 153	Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen (ZAP)
Bildungsdirektion / Mittelschulen	

Kurzumschreibung Projekt
Die bisher dezentral erarbeiteten und durchgeführten Aufnahmeprüfungen an die kantonalen Mittelschulen werden vereinheitlicht. Zuständigkeiten, Kompetenzen, Abläufe und Zeitpläne werden angepasst und gegebenenfalls neu entwickelt. Mit externer wissenschaftlicher Begleitung wird die Qualität der traditionellen, zu vereinheitlichenden Aufnahmeprüfung optimiert.
Wirkungsziel:
Das Ziel des Projekts ist die Erhöhung der Qualität der Aufnahmeprüfungen. Dabei soll die Begabung einen grösseren Einfluss haben als ein kurzfristiges Prüfungstraining.
Leistungsziel:
2007: Vereinheitlichte Aufnahmeprüfungen an den Langgymnasien
2008: Vereinheitlichte Aufnahmeprüfungen bei den Kurzgymnasien und den übrigen Mittelschulen
In einer zweiten Phase, beginnend 2008 bei den Langgymnasien, sollen neue Prüfungselemente mit wissenschaftlicher Unterstützung erprobt werden. Angestrebt wird ein fachfreier Testteil, der das Potenzial für das Bestehen der Probezeit und der ersten Jahre der Mittelschule prüft (Test der allgemeinen kognitiven Fähigkeiten, abgekürzt AKF-Test).

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-0.45	-0.10	-0.15	-0.11	-0.08		
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 153	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2005	- Start des Projektes
2006	- Zwischenbericht an die Direktion
2007	- Erstmals vereinheitlichte Aufnahmeprüfungen bei Langgymnasien und Fachmittelschulen inkl. Auswertung
2008	- Erstmals vereinheitlichte Aufnahmeprüfungen bei Kurzgymnasien und den übrigen Mittelschulen inkl. Auswertung
2008	- Erstmalige Erprobung neuer Prüfungselemente (AKF-Test) bei Langgymnasien inkl. Auswertung
2009	- Erstmalige Erprobung neuer Prüfungselemente (AKF-Test) bei Kurzgymnasien und den übrigen Mittelschulen inkl. Auswertung
2010	- Entscheid über den definitiven Einsatz neuer Prüfungselemente (AKF-Test)

Bemerkungen
Bezug zu weiteren Projekten: HarmoS-Projekt; Evaluation der Maturitätsreform (EVAMAR); Bildungsrätlicher Bericht 'Stand und Entwicklung der Mittelschulen im Kanton Zürich'; MH06



Projekt-Nr. 158	Selbst organisiertes Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen
------------------------	--

Bildungsdirektion / Mittelschulen**Kurzumschreibung Projekt**

Der Bericht 'Aktueller Stand und Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der gymnasialen Mittelschulen des Kantons Zürich' hat nebst den Resultaten der Ehemaligenbefragungen der vergangenen Jahre Bedarf an zusätzlicher Vermittlung von überfachlichen Kompetenzen ergeben. Es sollen besondere Unterrichtsformen erhoben und ausgewertet werden, die zur Stärkung des selbständigen Lernens beitragen, die Mitverantwortung der Schüler/innen für den Lernprozess fördern und den Erwerb von Lernstrategien und -techniken ermöglichen. Einen zentralen Teil der Umsetzung werden Fortbildungsmassnahmen für Mittelschullehrpersonen darstellen.

Wirkungsziel:

Förderung von SOL-Projekten an allen Mittelschulen im Kanton Zürich

Koordination der SOL-Projekte an Mittelschulen in Zusammenarbeit mit Forschungs- und Ausbildungsinstitutionen

Leistungsziel:

Erhebung und Auswertung bereits bestehender SOL-Unterrichtsformen an Zürcher Mittelschulen

Dokumentation von Good Practice-Beispielen von SOL-Unterrichtsformen an Zürcher Mittelschulen

Aufbau von spezifischen Aus- und Weiterbildungsangeboten für Lehrpersonen an Mittelschulen

Planung, Durchführung und Auswertung von SOL-Projekten an allen Zürcher Mittelschulen

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-1.98	-0.03	-0.20	-0.41	-0.80	-0.54	
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 158

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Erhebung zu bereits bestehenden Formen von selbst organisiertem Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen
2008	- Entwicklung von Instrumenten für die Beurteilung und Entwicklung von SOL-Projekten (Kriterienkatalog und Kompetenzraster)
2009	- Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsangeboten; Dokumentation von Good Practice-Beispielen
2009	- Durchführung von Aus- und Weiterbildungen für die Lehrpersonen
2009	- Beginn der Entwicklung von SOL-Projekten an allen Mittelschulen
2010	- Durchführung von Aus- und Weiterbildungsangeboten für die Lehrpersonen
2010	- Beginn Durchführung von SOL-Projekten an allen Mittelschulen inklusive Evaluation
2011	- Weiterführung von SOL-Projekten an allen Mittelschulen als Vorstufe für die definitive Einführung inklusive Evaluation

Bemerkungen

--



Projekt-Nr. 148	Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (ohne Reformen der Gesundheitsberufe)
Bildungsdirektion / Berufsfachschulen / Lehrabschlussprüfungen	

<p>Kurzumschreibung Projekt</p> <p>Das eidg. Berufsbildungsgesetz (BBG) ist seit 1.1. 2004 in Kraft. Dieses ist die Basis für die Modernisierung der Berufsbildung. Da der Kanton für den Vollzug des BBG zuständig ist, werden die entsprechenden Rechtsgrundlagen (EG BBG und VEG) angepasst.</p> <p>Umsetzung des Masterplans Berufsbildung 2008 - 2011 des Bundesamtes für Berufsbildung (BBT) und der Schweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK) im Kanton Zürich, insbesondere Revisionen der beruflichen Grundbildungen, der Revision der Berufsmaturität und der Positionierung der höheren Berufsbildung.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einbezug der Berufe in den Bereichen Soziales und Kunst • Differenzierte berufliche Bildung: 3- oder 4-jährige Grundbildungen mit hohem Schulanteil sowie 2-jährige Grundbildungen mit eigenem Qualifikationsprofil für Schwächere (Grundbildung mit Attest) • Klar definierte höhere Berufsbildung im Nicht-Hochschulbereich • Mehr Verantwortung der Akteure vor Ort • Pflicht zur Qualitätsentwicklung an allen Lernorten • Neue Qualifikationsverfahren (z.B. Modulabschlüsse) • Verbesserte Durchlässigkeiten • Leistungsorientierte Finanzierung über Pauschalen <p>Leistungsziel:</p> <p>Integration der Ausbildungen im Sozial- und Kunstbereich in die Bildungssystematik des Bundes</p> <ul style="list-style-type: none"> • Etablierung der Grundbildung Fachfrau / Fachmann Betreuung sowie der additiven BM Gesundheit/Soziales • Etablierung der Grundbildungen Kunst, z.B. Bühnentanz. In Absprache mit den andern Kantonen, Festlegen des Schulortes. • Überführung der Diplomausbildungen im Bereich Soziales und Kunst in die Höheren Fachschulen • Definieren der Kriterien und des Begriffs "Öffentliches Interesse" für die Ausrichtung von Staatsbeiträgen an die Höhere Berufsbildung, im Speziellen auch für die Bereiche Kunst und Soziales. • Bereinigung der Strukturen bei den Diplomausbildungen HF Soziales • Validierung von Bildungsleistungen <p>Umsetzung der Reformen der beruflichen Grundbildung (neue Bildungsverordnungen) in der betrieblichen und schulischen Grundbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Projektorganisationen in einzelnen Berufsfeldern (Elektroberufe, Autoberufe, Maschinenbau) • Überarbeitung von Schullehrplänen • Zusatzaufwand in der Begleitung und Unterstützung der an der Berufsbildung Beteiligten • Erarbeitung von Leistungsaufträgen (z.B. üK-Organisationen) • Umsetzung von zusätzlichen Massnahmen für schulisch und sozial Benachteiligte (Nahtstelle obligatorische Schule - Sekundarstufe II, individuelle Begleitung, Case Management innerhalb Berufsbildungssystem) <p>Revision der Berufsmaturität: Mit dem Übergang von der heutigen Amts- zu einer Bundesratsverordnung soll gemäss BBT eine Neukonzeption im Hinblick auf die Positionierung der Berufsmaturität zur allgemeinen Maturität verbunden werden. Anschliessend erfolgt die Überarbeitung des heutigen Rahmenlehrpläne Berufsmaturität mit dem entsprechenden Vollzug in den Kantonen.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-4.04	-0.15	-0.38	-1.13	-0.95	-0.83	-0.6
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-20.6	-2.5	-2.7	-3.5	-3.9	-4.0	-4.0
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 148	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2004	- Bundesgesetz über die Berufsbildung und Verordnung per 1.1.2004 in Kraft
2008	- Beratung und Entscheid Einführungsgesetz Berufsbildung im Kantonsrat
2008 - 2011	- Umsetzung Masterplan Berufsbildung (BBT und SBBK), Umsetzung im Kanton Zürich

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 148**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009	- Voraussichtliche Inkraftsetzung des Einführungsgesetzes zum BBG im Kanton Zürich per 1.1.2009
2009	- Abschlüsse von Leistungsvereinbarungen (überbetriebliche Kurse)
2011	- Entscheid der Bildungsdirektion zur zukünftigen strukturellen und inhaltlichen Ausrichtung der Bildung im Bereich Soziales

Bemerkungen

- Die Entwicklungen werden durch den Bund bzw. das neue Berufsbildungsgesetz und die entsprechenden Verordnungen bestimmt.
- Bei nur leicht steigenden Schülerzahlen erhöht sich der Schulanteil verhältnismässig stärker wegen steigendem Anteil von BMS-Absolventen, Einführung Eidg. Berufsattest, den an die erweiterten Lehr- und Lernformen angepassten Lehrplänen, neuen Bildungsverordnungen und dem Ausschöpfen der möglichen maximalen Lektionenzahl.
- Ab 2008 ist aufgrund des Neuen Finanzausgleiches (NFA) mit weiteren Kosten zu rechnen: Übernahme der Finanzierung von Ausbildungen im Sozialbereich und von bisher durch die IV finanzierten Grundbildungen.

**Projekt-Nr. 152** | **Konzept Weiterbildung im Kanton Zürich****Bildungsdirektion / Berufsfachschulen / Lehrabschlussprüfungen****Kurzumschreibung Projekt**

Im Rahmen der Weiterbildungs-Strategie des Kantons Zürich:

Bestandesaufnahme der Weiterbildungsangebote an den Berufsfachschulen und Institutionen der beruflichen Weiterbildung im Kanton Zürich.

Entwicklung von Grundlagen zur Umsetzung des Service Public im Sinne des neuen Einführungsgesetzes (nEG) zum neuen Berufsbildungsgesetz (Kostenrechnung, Statistiken usw.).

Überprüfung des Verwaltungsaufwandes an den Weiterbildungsabteilungen der Berufsfachschulen und Entwicklung eines Overheadquotienten.

Prüfung der Möglichkeiten zur engeren Zusammenarbeit mit den privaten Anbietern sowie allfällige Vergabe von Leistungsaufträgen an diese unter Berücksichtigung der Marktproblematik.

Analyse der Weiterbildungsbeteiligung der Bevölkerung im Kanton Zürich.

Prüfung der Auswirkungen des Weiterbildungsartikels in der Bildungsverfassung.

Wirkungsziel:

- Festlegen der Strategie des Kantons Zürich in der Weiterbildung
- Definition der Service-Public-Angebote in den Bereichen Höhere Berufsbildung, Berufsorientierte- und Allgemeine Weiterbildung nach Vorgabe nEG.
- Rollenklärung staatliche Schulen vs. private Schulen.
- Aufbau/Entwicklung einer aussagefähigen Kostenrechnung für die Berufsfachschulen.
- Entwicklung einer Weiterbildungs-Statistik auch unter Einbezug/Berücksichtigung der privaten Anbieter.
- Klärung der staatlichen Ressourcen (personell und finanziell)
- Verbesserung der gezielten und individuellen Weiterbildungsbeteiligung

Leistungsziel:

Im Projekt wird ein Konzept erstellt, das als Grundlage dienen soll für die Definition der Service-Public-Angebote im Weiterbildungsbereich, für die Bestimmung des bedarfsgerechten Angebotes an Weiterbildung, welches für die anvisierten bildungspolitischen Zielgruppen erschwinglich ist, für die Festlegung der kantonalen Finanzierung von Angeboten der Höheren Berufsbildung, der berufsorientierten und allgemeinen Weiterbildung und für die Klärung des Verhältnisses des Kantons Zürich zu privaten Anbietern.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-1.0		-0.4	-0.3	-0.3		
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-8.0			-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 152

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Lehrpersonenlöhne/Kursgeldeinnahmen/Anzahl Teilnehmende sind für das Herbstsemester 2005 erfasst.
2006	- Grafiken zu obigen Daten erstellt
2007	- Kostenrechnung operativ
06.2008	- Projektstart
2008	- WB-Statistik aufgebaut, Service Public Angebote definiert, Weiterbildungsstrategie festgelegt
2009	- EG BBG in Kraft

Bemerkungen



Projekt-Nr. 140	Reform der Brückenangebote Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung (BAVbG)
Bildungsdirektion / Nichtstaatliche / ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten / Kurse	

Kurzumschreibung Projekt
Der Kanton definiert ein konsistentes, flexibles System der berufsvorbereitenden Bildungsangebote nach Art.12 BBG und Art. 7 BBV (Brückenangebote) im Kanton Zürich sowie die Harmonisierung der finanziellen Belastung von Eltern, Kanton und Gemeinden. Die Trägerschaft, die Finanzierung und das Controlling dieser Angebote werden geregelt.
Wirkungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • Kostenbelastung für die Eltern und Kantonsbeiträge sind einheitlich. • Rahmenlehrpläne für das Projekt BAVbG liegen vor und werden zielgerichtet umgesetzt. • Die Übergänge von den BAVbG in die Berufsbildung sind geregelt.
Leistungsziel:

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	0.47		-0.17	-0.3			
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	82.3		-10.0	-15.0	-19.1	-19.1	-19.1
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 140	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2004	- Start des Projektes
2005	- Konzept der BAVbG und Entwurf der Rechtsgrundlagen liegen vor
2008	- Erarbeiten der Rechtsgrundlagen im Rahmen neues Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz abgeschlossen
2008	- Rahmenlehrplan erstellt
2009	- Inkraftsetzung des Einführungsgesetzes BBG im Kanton Zürich
2008	- Auf Schuljahr 2008/09 Umsetzung des Konzeptes
2009	- Erstmalige Finanzierung nach neuer Regelung (ab Schuljahr 2009/10)

Bemerkungen
Die Nettobelastung der Umsetzung des Projektes auf den Staatshaushalt beginnt 2009 mit 11 Mio. Fr. und beträgt über die KEF-Periode 33 Mio. Fr. Bereits heute entrichtet der Kanton Beiträge von 8.1 Mio. Fr. an die Brückenangebote. 6.6 Mio. Fr. stammen von der Volksschule (LG 7200; Beiträge an 10. Schuljahr, Werkjahr und Integrationskurse) und ab 2008 kommen noch Beiträge von 1.5 Mio. Fr. von den Hauswirtschaftlichen Jahreskursen der Leistungsgruppe 7305 diesem Projekt zu Gute.
Diese neue Struktur und Aufgabenteilung basiert auf den Rechtsgrundlagen für die BAVbG, die im Rahmen des Projektes "Neues Berufsbildungsrecht im Kanton Zürich" geschaffen werden.
Die Mehrkosten basieren auf einem Kantonsanteil von max. 50% an die Vollkosten nach Abzug eines Schulgeldes von ungefähr 2400 Fr. Diese schliessen auch die Personalkosten für die neu zu schaffende Fachstelle Brückenangebote im MBA ein.
Legende: BAVbG: Reform der Brückenangebote Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung.



Projekt-Nr. 149	Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung (Leistungsgruppen 7501 und 7502)
Bildungsdirektion / Jugend- und Familienhilfe	

<p>Kurzumschreibung Projekt</p> <p>Das Jugendhilfegesetz (Gesetz über die Jugendhilfe) wird revidiert.</p> <p>Es werden folgende Ziele angestrebt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung des Geltungsbereiches des JHG um die Bereiche: Schulsozialarbeit, Familienergänzende Betreuung. • Überarbeitung der Bestimmungen zu den Finanziellen Leistungen (Alimentenbevorschussung, Überbrückungshilfen und Kleinkindbetreuungsbeiträge). • Aufnahme von Bestimmungen zum Datenschutz. • Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Erhebung von Gebühren. • Bestimmungen zur Bildung regionaler Strukturen. • Regelung der Aufgaben und Kompetenzen der Jugendkommissionen. • Neuregelung der Mandantenverwaltung. <p>Die Erkenntnisse der Reformprojekte (ehemals wifl-Projekt 31) werden weiterhin umgesetzt. In der Region Ost (Oberland) und der Region Süd (Bezirke Affoltern, Dietikon, Horgen) werden neue Organisationsformen, bzw. Kooperationsmodelle sowie Planungs- und Steuerungsgrundsätze in der Praxis erprobt. Basis dazu bildet bis zur Einführung des teilrevidierten Jugendhilfegesetzes die Verordnung zur Erprobung neuer Strukturen der Jugendhilfe vom 4.7.2007 (VOJHG; LS 852.15).</p> <p>Gleichzeitig werden weitere Kooperationsräume definiert und die neuen Strukturen in Absprache und Zusammenarbeit mit den zuständigen Jugendkommissionen eingeführt.</p> <p>In den Regionen und Kooperationsräumen werden Modelle zur Leistungserbringung erprobt. Es geht um die bezirksübergreifende, interdisziplinäre und interinstitutionelle Erbringung von Leistungen der Jugendhilfe und Berufsberatung sowie um Bündelung zentraler Dienstleistungen und um die Durchlässigkeit der Angebote.</p> <p>Im Hinblick auf die Erweiterung des Geltungsbereiches des Jugendhilfegesetzes werden die entsprechenden Vorarbeiten weitergeführt.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherstellung eines bedarfsorientierten Leistungsangebots der Jugendhilfe und Berufsberatung zur Verwirklichung der politischen Zielvorgaben. • Verbesserung der Berufseinstiegschancen von Jugendlichen. <p>Leistungsziel:</p> <p>Leitbild Jugend- und Familienhilfe / Interdisziplinäre und interinstitutionelle Zusammenarbeit erhalten und fördern / Umsetzung des Konzeptes für die "Zusammenarbeit von Berufsberatung und Schule".</p>
--

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-3.6	-0.4	-0.6	-1.2	-1.0	-0.2	-0.2
Netto-Investitionen	-1.6		-0.4	-0.4	-0.4	-0.2	-0.2

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-13.1					-6.2	-6.9
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 149	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009	<ul style="list-style-type: none"> - Vernehmlassung des teilrevidierten Jugendhilfegesetzes. - Reorganisation der Information/Dokumentation der kantonalen Berufsberatung. - Umsetzung der Erkenntnisse aus den Reformprojekten bis voraussichtlich Ende 2012. - Erarbeitung von kantonalen Richtlinien zur Schulsozialarbeit. Betrieb der Fachstelle.
2011	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung des revidierten Gesetzes.

Bemerkungen



Baudirektion

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Organigramm
- 2.2 Aufgaben
 - 2.2.1 ARV Amt für Raumordnung und Vermessung
 - 2.2.2 ALN Amt für Landschaft und Natur
 - 2.2.3 AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft
 - 2.2.4 IMA Immobilienamt
 - 2.2.5 HBA Hochbauamt
 - 2.2.6 TBA Tiefbauamt
 - 2.2.7 GS Generalsekretariat
- 2.3 Umfeldanalyse

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Gegenüber der KEF Periode 2008-2011 ergeben sich folgende organisatorische Veränderungen:

Die Bereinigung der Schnittstelle im Politikfeld Strasse zwischen der Volkswirtschaftsdirektion und der Baudirektion hat zu einem Rücktransfer von Aufgaben und Personal (29 Stellen) sowie von allen Investitionen in den Strassenbau geführt. Neu ist die Baudirektion wieder sowohl für die Projektierung als auch für die Realisierung aller Projekte im Strassenbau zuständig.

Die Liegenschaften des Finanzvermögens wurden von der Finanzdirektion in die Baudirektion transferiert. In der Baudirektion wird neu eine Leistungsgruppe - Liegenschaftenerfolg, Leistungsgruppennummer 8710 - geschaffen, die organisatorisch der Leistungsgruppe 8700 Immobilienamt zugeordnet ist. Der Transfer erfolgt saldoneutral. Zusammen mit dem Transfer der Leistungsgruppe wechselten auch fünf Mitarbeiter von der Finanzdirektion in die Baudirektion.

Die Leistungsgruppen Nr. 8800, Amt für Landschaft und Natur, und Nr. 8910, Natur- und Heimatschutzfonds erfahren eine Änderung. Der KEF der Fachstelle Natur wird nicht mehr über die Leistungsgruppe Nr. 8800 sondern direkt in der Leistungsgruppe Nr. 8910, Natur- und Heimatschutzfonds, abgebildet.

Eine Mitarbeiterin, welche die Lohnadministration der BD betreute, wechselte per 1.1.2008 von der Personalabteilung der Baudirektion in das Personalamt der Finanzdirektion, Personalamt.

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2009	2010	2011	2012
Erfolgsrechnung:				
KEF 2008-2011	-207	-256	-271	-
KEF 2009-2012	-264	-236	-276	-277
Veränderung	-57	+20	-5	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2008-2011	-229	-181	-163	-
KEF 2009-2012	-341	-330	-316	-303
Veränderung	-112	-149	-153	-

Gegenüber dem KEF vom Vorjahr hat sich der Saldo der Erfolgsrechnung im Jahr 2009 um 57 Mio. Franken verschlechtert, im Jahr 2010 um 20 Mio. Franken verbessert und im Jahr 2011 wieder um 5 Mio. Franken verschlechtert. Bei der Analyse der Veränderungen ist zu beachten, dass die beiden KEF-Planungen mit unterschiedlichen Rechnungslegungsstandards (HRM/IPSAS) erstellt worden sind. Die wichtigsten Veränderungen sind:

- Höherer saldorelevanter Aufwand für Abschreibungen und Zinsen von 41 Mio. Franken (2009), 24 Mio. Franken (2010) und 17 Mio. Franken (2011). Diese Erhöhung ergibt sich im Wesentlichen aus der Anwendung der IPSAS-Regeln im neuen KEF, die zu höheren Anlagewerten geführt hat. Die Kapitalfolgekosten des Tiefbauamtes und der Fonds im Fremdkapital sind ebenfalls aufgrund von IPSAS verändert, sind aber in dieser Betrachtung nicht eingeschlossen, weil diese keinen Effekt auf den Saldo der Erfolgsrechnung haben.



- Höherer saldorelevanter Personalaufwand von 4 Mio. (2009), 4 Mio. (2010) und 5 Mio. (2011) im Wesentlichen wegen des Teuerungsausgleichs, des Stufenanstiegs und der Beförderungen. Die Veränderungen des Personalaufwandes im Tiefbauamt inklusive der Übernahme von 29 Mitarbeitern aus der Volkswirtschaftsdirektion (Schnittstellenbereinigung) sind saldoneutral, weil dieser Mehraufwand durch einen höheren Übertrag vom Strassenfonds ausgeglichen wird.
- Geringerer Aufwand für die Sanierung von Altlasten insbesondere der SMDK (Sondermülldeponie Kölliken) von 28 Mio. Franken (2009), 21 Mio. Franken (2010) und 20 Mio. Franken (2011). Diese Verringerung ergibt sich hauptsächlich aus der Anwendung von IPSAS, denn für die Sanierung der SMDK sind in der IPSAS-Bilanz bereits Rückstellungen zur Deckung des gesamten Sanierungsaufwandes enthalten. Dies bedeutet, dass für die SMDK in Zukunft kein Sanierungsaufwand mehr geplant werden muss, weil dieser Aufwand durch Auflösung der entsprechenden Rückstellungen ausgeglichen wird.
- Der verzögerte Baubeginn des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) führt zu einer Verschiebung des Aktivierungserlöses für die Planungs- und Projektierungskosten vom Jahr 2009 auf das Jahr 2010. Dies führt im Jahr 2009 zu einer Saldoverschlechterung von 32 Mio. Franken und im Jahr 2010 zu einer Saldoverbesserung von 28 Mio. Franken.
- Die Schnittstellenbereinigung im Politikfeld Strasse zwischen der Baudirektion und der Volkswirtschaftsdirektion (siehe Kap. 1.1.) hat keinen Effekt auf den Saldo der Erfolgsrechnung, da der Nettoaufwand durch einen entsprechenden Übertrag vom Strassenfonds neutralisiert wird.

Gegenüber dem KEF vom Vorjahr hat sich der Saldo der Investitionsrechnung im Jahr 2009 um 112 Mio. Franken, im Jahr 2010 um 149 Mio. Franken verbessert und im Jahr 2011 um 153 Mio. Franken verschlechtert. Bei der Analyse der Veränderungen ist zu beachten, dass die beiden KEF-Planungen mit unterschiedlichen Rechnungslegungsstandards (HRM/IPSAS) erstellt worden sind. Die wichtigsten Veränderungen sind:

- Die Übernahme der Strassenbauinvestitionen im Zuge der Schnittstellenbereinigung im Politikfeld Strasse zwischen der Volkswirtschaftsdirektion und der Baudirektion. Sie führt zu einer Verschlechterung des Saldos von 150 Mio. Franken im Jahr 2009, 142 Mio. Franken im Jahr 2010 und 118 Mio. Franken im Jahr 2011.
- Ein weiterer wichtiger Effekt ergibt sich aus dem verzögerten Baubeginn des Polizei- und Justizzentrums (PJZ), welches den Saldo in den Jahren 2009 und 2010 um 50 Mio. Franken und um 5 Mio. Franken verbessert und im Jahr 2011 um 24 Mio. Franken verschlechtert.

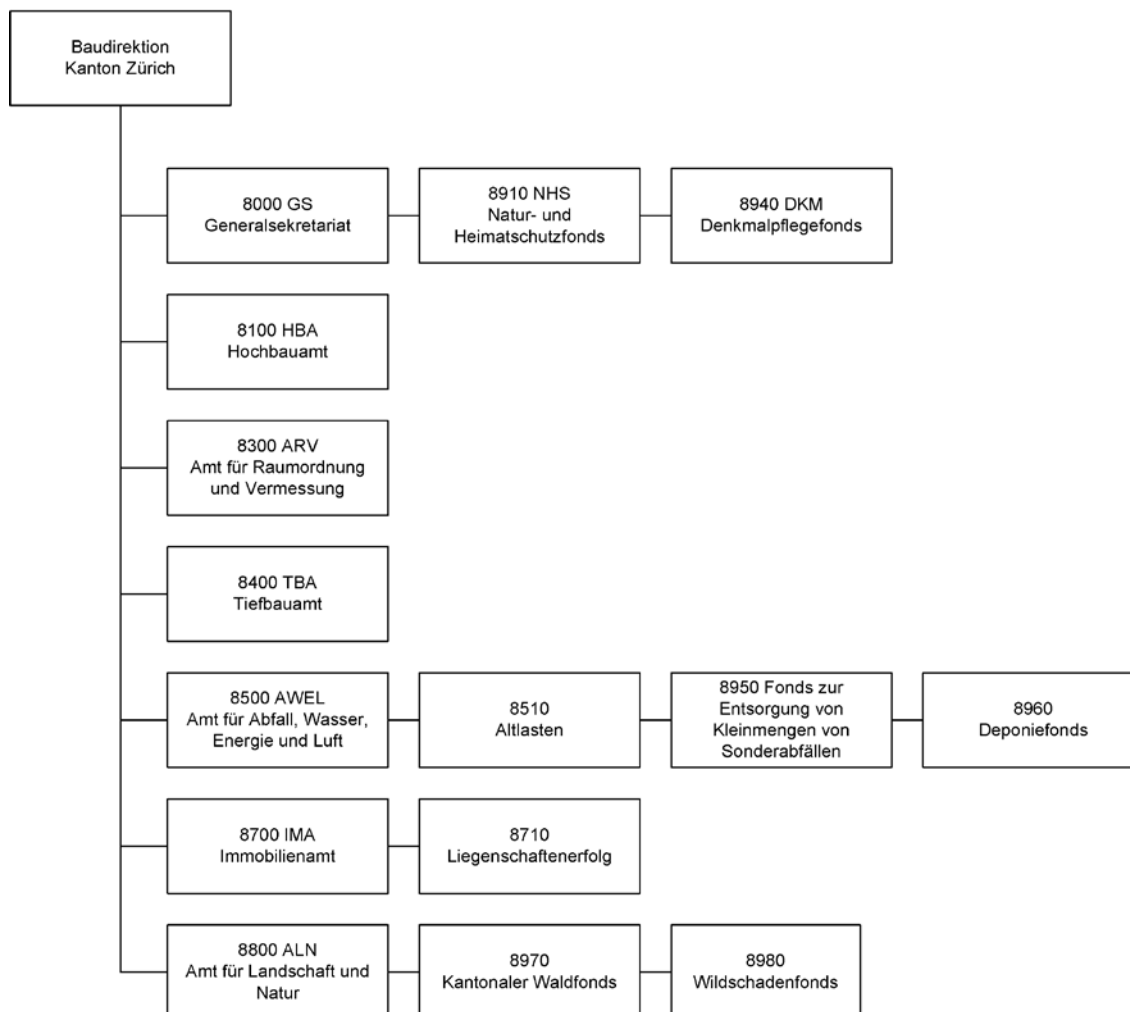
2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

Die Baudirektion gliedert sich in 15 Leistungsgruppen. Diese setzen sich zusammen aus sechs Amtsstellen und dem Generalsekretariat, den Altlasten und dem Liegenschaftenerfolg, sowie 6 Fonds. Die Leitung der Fonds mit den Leistungsgruppennummern 8950 und 8960, 8970 und 8980 obliegt den sachlich verantwortlichen Ämtern, jene der Fonds mit den Leistungsgruppennummern 8910 und 8940 dem Generalsekretariat.

Die Baudirektion ist in den Geschäftsfeldern Raumordnung, Infrastruktur (Hoch- und Tiefbau), Umwelt, Energie, Landschaft und Natur sowie Land- und Forstwirtschaft tätig.



2.1 Organigramm



2.2 Aufgaben

Die Baudirektion Kanton Zürich engagiert sich für eine nachhaltige Entwicklung. Der Kanton Zürich soll attraktiv und lebenswert sein. Im Zentrum der Leistungen der Baudirektion steht der Nutzen für Wirtschaft und Bevölkerung. Um in effizienter Weise möglichst viel Wirkung zu erzielen, arbeiten die verschiedenen Fachbereiche interdisziplinär und partnerschaftlich.

Die Baudirektion nimmt in den Bereichen Raumordnung, Landschaft, Kulturgüter, Umwelt, Energie, Land- und Forstwirtschaft sowie Planung, Bau und Betrieb von Infrastruktur und Immobilien wichtige gesetzliche Aufgaben wahr und erbringt vielfältige Dienstleistungen für Bevölkerung, Wirtschaft und andere Direktionen. Mit wirtschaftlich tragbaren, sozial gerechten und ökologisch verträglichen Konzeptionen fördert sie eine nachhaltige Entwicklung des Kantons und reduziert die Umweltbelastungen.

2.2.1 ARV Amt für Raumordnung und Vermessung

- Raumplanung: Sicherstellung der zweckmässigen, haushälterischen, umweltgerechten und nachhaltigen Nutzung von Siedlung und Landschaft im Lebens- und Wirtschaftsraum Zürich. Grundgeneralarbeitung, Koordination und Aufsicht über die raumwirksamen Tätigkeiten und die räumliche Entwicklung
- Vermessung und Geoinformation: Leitung, Überwachung und Verifikation der amtlichen Vermessung. Bereitstellung und Erneuerung des Lage- und Höhenfixpunktnetzes



- Aktualisierung und Vertrieb der Übersichts- und Spezialpläne. Betrieb Geografisches Informationssystem und Datentransportsystem. Bewirtschaftung und Koordination raumbezogener Daten
- Kulturelles Erbe: Schutz, Erhaltung, Pflege, nachhaltige Nutzung und wissenschaftliche Untersuchung / Dokumentation des architektonischen und archäologischen Erbes

2.2.2 ALN Amt für Landschaft und Natur

- Vollzug der land- und forstwirtschaftlichen Gesetzgebung
- Optimierung und Koordination bei der Umsetzung des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Erholungs- und Freizeitnutzungen im ländlichen Raum
- Förderung einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
- Schutz und Pflege des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle, naturnahe Lebensgemeinschaft und Erholungsraum
- Schutz, Erhaltung und Förderung der heimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume und angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- Schutz des Bodens: Überwachung, Gefährdung abschätzen und abwehren
- Waldfonds: Finanzierung von Walderhaltungsmassnahmen
- Wildschadenfonds: Vergütung und Verhütung von Wildschäden

2.2.3 AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

- Sicherstellung einer einwandfreien Trinkwasserversorgung und zunehmend besserer Luft
- Sorge für den haushälterischen Umgang mit Energie, Wasser und Rohstoffen
- Verbesserung der Wasser- und Luftqualität sowie Minimierung der Belastung durch Abfälle
- Vermehrung attraktiver Erholungsräume am Wasser und Vernetzung vielfältiger aquatischer Lebensräume
- Schutz vor Hochwasser, Schadenereignissen im Bereich Biologie, Chemie und Elektromog
- Sicherstellen einer kostengünstigen, sicheren, ausreichenden und benutzeroptimierten Energie- und Wasserversorgung sowie Abfall- und Abwasserentsorgung
- Kompetente Beratung und rasche Bewilligungsverfahren mit angemessenen Entscheiden
- Gewährleistung von Rechtssicherheit
- Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen: Finanzierung der Kosten des Staates für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen
- Deponiefonds: Finanzierung der Kosten für die Nachsorge und die Sanierung von Deponien

2.2.4 IMA Immobilienamt

- Eigentümervertretung für Bauten des Verwaltungsvermögens
- Gesamtverantwortung für die Umsetzung der Vorgaben des Regierungsrates bezüglich Immobilienstrategie und Standards
- Gewährleistung des Immobilienbetriebs in der Zentralverwaltung, in den Bezirksverwaltungen sowie im Auftragsverhältnis in weiteren kantonalen Institutionen
- Prozessführung bei Immissions-Entschädigungsforderungen Privater aus Fluglärm

2.2.5 HBA Hochbauamt

- Als zentrales Baufachorgan: Wahrnehmung der Verantwortung für Planung und Realisierung von Neu- und Umbauten sowie Instandhaltung der Bauten von kantonalen Institutionen in Zusammenarbeit mit dem Immobilienamt und den Nutzern/ Bewirtschaftern
- Wahrnehmung baufachlicher Interessen bei subventionsberechtigten Bauten
- Bewirtschaftung der kantonalen Kunstsammlung

2.2.6 TBA Tiefbauamt

- Projektierung, Submission, Erstellung und Anpassung von Tiefbauten des Kantons und seiner Betriebe, insbesondere der Staatsstrassen im Rahmen der Gesamtverkehrskonzeption. Die genann-



ten Aufgaben gelten für die Nationalstrassen für die Netzzollendung sowie die Fertigstellung der Westumfahrung Zürich.

- Bewirtschaftung des Staatsstrassennetzes zur Gewährleistung optimaler Verkehrsflüsse (Sicherung des Betriebes) und des baulichen Unterhalts (langfristige Werterhaltung der Strasseninfrastrukturanlagen). Die Bewirtschaftung für die Nationalstrassen wird im Auftragsverhältnis für das Bundesamt für Strassen (ASTRA) wahrgenommen.

2.2.7 GS Generalsekretariat

- Managementsupport für die Unternehmensstufe und Unterstützungsleistungen für die Ämter der Baudirektion (insbesondere Controlling, Finanzen, Informatik, Kommunikation, Organisationsentwicklung, Personal, Politik und Recht)
- Querschnittsdienstleistungen für die Baudirektion und andere Direktionen (insbesondere Leitung Baubewilligungs- und UVP-Verfahren, Koordination Umweltschutz, Submissionswesen)
- Gesetzgebung insbesondere in den Bereichen Planung, Bau, Umwelt und Beschaffungswesen
- Leitung des Natur- und Heimatschutzfonds sowie des Denkmalpflegefonds

2.3 Umfeldanalyse

Grundlagen

- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung im Bereich Raumplanung- und Bau
- Enteignungsrecht und Beschaffungsrecht
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung sowie Europaratskonventionen im Bereich Natur- und Heimatschutz
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung im Bereich Vermessung und Geoinformation
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung im Bereich Strassen, Strassenverkehr und Strassenfinanzierung
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung in den Bereichen Umwelt, Wasser und Energie
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz, Fischerei und Jagd

Trends

Bevölkerung und Siedlung

- Die Bevölkerung wächst weiterhin, wird urbaner, multikultureller, mobiler und älter.
- Die Ansprüche an Verkehrsinfrastruktur, Einkaufsmöglichkeiten, Ver- und Entsorgung sowie Erholungsmöglichkeiten steigen.
- Die Ansprüche an die Bildungsinfrastruktur steigen infolge erhöhtem Bedarf an Hoch- und Mittelschulbildung, Neustrukturierung der Bildungsangebote sowie verstärkter Diversifikation (Struktur und Angebote).
- Anspruchshaltung und Beanspruchung von Ressourcen nehmen in allen Lebensbereichen (Wohnen, Arbeiten, Bildung, Freizeit, Erholung) zu.
- Zunahme der Sicherheits- und Gesundheitsbedürfnisse (Klimawandel, Lärm, Elektrosmog, Biosicherheit, Hochwasserschutz usw.).
- Bauliche Entwicklung erfolgt massgeblich in bereits überbauten Bauzonen.
- Zunahme des Schadenspotentials aus Ereignissen durch Konzentration von Sachwerten.
- Zunahme des Sanierungsbedarfes:
 - von Hochbauten aufgrund der Alterung der in den 70er-Jahren erstellten grossen Bauvolumen sowie Anpassung an die heutigen, veränderten Ansprüche.
 - von Verkehrsinfrastrukturen hinsichtlich der Lärmbelastung in städtischen Gebieten.



Umwelt und Landschaft

- Unausgewogene Niederschlagsentwicklung mit Zunahme im Winter und Abnahme im Sommer verbunden mit vermehrten Naturereignissen wie Hochwasser.
- Nutzungsdruck durch Siedlung, Verkehr und Freizeitansprüche weitet sich stetig auf die freie Landschaft aus und beeinträchtigt zunehmend die natürlichen Ressourcen (Boden, Grundwasser usw.).
- Abnahme der Lebensräume und Artenvielfalt. Zunehmende Fragmentierung von Lebensräumen.
- Zunehmende Bodenversauerung im Wald mit Auswirkungen auf die Standfestigkeit der Bäume.
- Zunehmende Zahl von Stoffen (u.a. Nanopartikel) und Organismen (genetisch veränderte Organismen und Neobiota) mit unklaren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt.
- Gesundheitliche Risiken durch Luftbelastung (Feinstaub, Ozon und Stickoxyde) bleiben hoch.
- Der Energieverbrauch steigt weiterhin bei knapper werdenden Ressourcen.
- Erneuerbare Energien gewinnen an Bedeutung und führen zu Nutzungskonflikten (Lärm, Ortsbild, Landschaftsschutz, Gewässer).

Verkehr

- Die Mobilitätsansprüche nehmen zu, speziell aufgrund des Freizeitverhaltens.
- Der Sanierungsbedarf von Verkehrsinfrastrukturen nimmt stetig zu (wachsende Zahl von Infrastrukturanlagen, zunehmende Beanspruchung derselben, Lärmschutz).
- Zunahme von Umweltbelastung und Energieverbrauch durch Verkehrswachstum und stärkere Motoren.
- Wenig Fortschritte bei der Umlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene

Politik und Verwaltung

- Bisherige politische Grenzen (Gemeinde, Bezirk, Planungsregionen, Kanton, Bund) verlieren angesichts der grossräumigen Aufgabestellungen an Bedeutung.
- Die Aufgaben der öffentlichen Hand werden komplexer, stellen die heutigen Strukturen in Frage und sind zunehmend nur noch durch flexible Zusammenarbeitsformen lösbar.
- Das Bedürfnis nach aktuellen Daten und permanenter Information nimmt zu.
- Personalknappheit und Personalabwanderung auf Grund demografischer Entwicklung und Wirtschaftsaufschwung
- Zunehmende Angleichung von öffentlichem und privatem Handeln führt zu Neupositionierung von Aufgaben.
- Vorreiterrolle des Kantons Zürich wird von anderen Kantonen zunehmend akzeptiert und erwartet.
- Abnehmende Einflussmöglichkeiten auf Gemeinden durch Aufgabendelegation und Reduktion von Staatsbeiträgen

Wirtschaft

- Die produzierenden Betriebe wenden zunehmend komplexere Technologien an.
- Verschärfter Strukturwandel in der Landwirtschaft - je nach Ergebnis der Verhandlungen bzgl. WTO und Freihandelsabkommen mit der EU - mit ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen.
- Weiterhin stark geforderte Forstwirtschaft (instabile Märkte, Trockenheit, Borkenkäfer). Steigende Holzpreise erhöhen den Anreiz zur Nutzung.
- Die Bereitschaft der Land- und Forstwirtschaft, unbezahlte Ökoleistungen zu erbringen, nimmt ab; Akzeptanz gegenüber Einschränkungen der Land- und Forstwirtschaft sinkt.
- Der weitere Handlungsbedarf in den Bereichen Energieversorgung und Energieeffizienz wird erkannt.
- Ruhige, insbesondere gut mit dem öffentlichen und dem privaten Verkehrsmittel erreichbare Lagen werden zum massgebenden Standortfaktor für die Ansiedlung von Firmen mit hoch qualifizierten Arbeitskräften.
- Zunehmende Wirtschaftsdynamik und Standardwettbewerb verlangen nach schnelleren und flexibleren Bewilligungs- und Entscheidungsverfahren der öffentlichen Hand.



Planungsannahmen

Bevölkerung und Siedlung

- Wohnbevölkerungsentwicklung 2005-2025: +12% (durchschnittlich +0.6% pro Jahr, abflachende Tendenz) (Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich: <http://www.statistik.zh.ch>, Stand 12/2007)
- Steigerung des Anteils der über 64-Jährigen: 2005-2025 von 15.7% auf 20.1% (Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich: <http://www.statistik.zh.ch>, Stand 12/2007)
- Jährliche Zunahme der Wohnfläche pro Person bis 2025: 1.2% (Quelle: ARV: Raumbbeobachtung Kanton Zürich, Heft 24 vom Dezember 2004)
- Jährliche Zunahme der Beschäftigten bis 2025: 0.6% (Annahme: Bei abnehmendem Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, dürften sowohl die Erwerbsquote als auch die Zupendler weiter zunehmen, sodass sich die Beschäftigtenzahl im selben Mass wie die Einwohnerzahl erhöhen dürfte.)
- Jährliche Zunahme der Geschossflächen bis 2025: 1.45 Mio. m² (durchschnittlich +1.3% pro Jahr) (Quelle: ARV: Datenlogistik ZH, Fortschreibung der Entwicklung 1996-2005)

Umwelt und Landschaft

- Jährliche Abnahme des CO₂-Ausstosses pro Kopf um 1.7% (2005-2050). (Quelle: Energieplanungsbericht Kanton Zürich 2006)
- Abnahme des Bevölkerungsanteils mit übermässiger Luftbelastung (PM₁₀) um 1% pro Jahr bis 2015. Jährliche Abnahme der NO_x-Emissionen um 2% und der Partikel-Emissionen um 1%. (Quelle: Luft-Programm 2007)
- Regionales Klimaszenario für die Alpennordseite 2050 (Quelle: OcCC, 2007 Klimaänderung und die Schweiz 2050):
 - Zunahme Luftdurchschnittstemperaturen im Sommer +2.7 oC (Bandbreite +1.4 bis 4.7o C)
 - Zunahme Luftdurchschnittstemperaturen im Winter +1.8 oC (Bandbreite +0.9 bis 3.4o C)
 - Niederschlagsabnahme im Sommer um 17% (Bandbreite -7 bis -31%)
 - Niederschlagszunahme im Winter um 8% (Bandbreite -1 bis 21%)
- Neuüberbauungen im Kt. ZH von 150 Hektaren Land pro Jahr (Quelle: Nachhaltigkeitsbericht Kanton Zürich 2007)
- Stickstoffeintrag aus der Luft in den Boden von 25kg/ha - mit Auswirkung auf Bodenversauerung (Quelle: Nachhaltigkeitsbericht Kanton Zürich 2007)
- Jährlich 1400 Baugesuche für Bauten ausserhalb von Bauzonen – mit Auswirkungen auf das Landschaftsbild (Quelle: Kofu/SK: Umfeldanalyse im Bereich „Umwelt“, 2007)
- Jährliche Zunahme des Anteils geschützter Lebensräume von 2.5% (Zielwert gemäss NSGK: 3600 ha; Stand 2006 78%)

Verkehr

- Jährliche Zunahme der zurückgelegten Distanz pro Person bis 2025: 0.8% (Quelle: eigene Annahme auf Basis des Mikrozensus Verkehr 2000-2005)
- Jährliche Zunahme der Verkehrsleistung bis 2025 beim MIV = 0.5% und beim ÖV = 1.4%; MIV 2005-2025: +12%; ÖV 2005-2025: +30%; MIV+ÖV 2005-2025: +17% (durchschnittlich +0.8% pro Jahr) (Basis bildet Szenario "Richtplan" des Amtes für Verkehr, gemäss Leitlinie 2, soll Verkehrszuwachs ÖV = MIV sein, d.h. Berechnungsgrundlage: Verkehrszuwachs ÖV = MIV)
- Jährliche Zunahme der Sanierungskosten für Infrastrukturanlagen bis 2025: 1.5% (Die durchschnittliche Zunahme der Sanierungskosten dürfte in verschiedenen Bereichen von Infrastrukturanlagen höher als 1.5% sein.)

Wirtschaft

- Anzahl Arbeitsplätze bleibt konstant oder steigt leicht (Konjunktur, Teilzeitarbeit)

(Quelle: Statistisches Amt Kt. ZH)

- Jährliche Abnahme der Anzahl Landwirtschaftsbetriebe um 2.5%
- Jährliche Zunahme Energieverbrauch um 0.3% bis 2020 (Quelle: Energieplanungsbericht Kanton Zürich 2006)
- Jährliche Zunahme Stromverbrauch um 0.9% bis 2020 (Quelle: Energieplanungsbericht Kanton Zürich 2006)



- Ohne neue Investitionen in Kraftwerkpark entsteht eine Selbstversorgungslücke Strom ab dem Jahr 2050 (Quelle. Energieplanungsbericht Kanton Zürich 2006)



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Baudirektion tragen mit ihrer Arbeit in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton Zürich für Bevölkerung und Wirtschaft ein nachhaltig attraktiver Standort ist.

Ziel 1: Attraktive Siedlungs- und Landschaftsräume als wesentliche Faktoren einer hohen Lebensqualität erhalten und fördern (LZ RR 8)

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des Kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen (LZ RR 8.1)
- Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf erarbeiten und entsprechende Rahmenbedingungen festsetzen (LZ RR 8.2.)
- Renaturierung von Gewässern fördern (LZ RR 8.3)
- Sanierung von Altlasten vorantreiben (LZ RR 8.4)
- Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung einer nachhaltigen Grünraumnutzung (LZ RR 8.5)
- Erarbeitung von Strategien für die Bewilligung von Golfanlagen und ggf. anderer Freizeitanlagen im Grünraum
- Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an den Staatsstrassen rasch umsetzen (LZ RR 8.6)
- Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten (HBA: Kantonsschule Uster, Polizei- und Justizzentrum; TBA: Fertigstellung Westumfahrung) (LZ RR 8.7)
- Fruchtfolgefleichen sichern (KEF-Erklärung)
- Hochwasserschutz verbessern: Projekte: Sihl - Limmat, Linth

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 8100 Hochbauamt (HBA)
- 8300 Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV)
- 8400 Tiefbauamt (TBA)
- 8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)
- 8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)

Ziel 2: Die CO2 Emissionen durch Substitution fossiler Energieträger senken (LZ RR 9)

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Verbrauch fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich senken (LZ RR 9.2)
- Minergiestandards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen (LZ RR 9.3)
- Programm zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten / Investitionsstrategie erarbeiten (KEF Erklärung)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 8100 Hochbauamt (HBA)
- 8500 Amt für Abfall, Energie und Luft (AWEL)
- 8700 Immobilienamt (IMA)

Ziel 3: Die Energieeffizienz und erneuerbare Energien verstärkt fördern und die zukünftige Stromversorgung sicherstellen (LZ RR 10)

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Umfassenden Rahmenkredit für die Förderung der Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien beantragen (LZ RR 10.1)



- Eigentümerstrategie Strom neu festlegen (LZ RR 10.2)
- Einführungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten (LZ RR 10.3)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 8000 Generalsekretariat (GS)
- 8100 Hochbauamt (HBA)
- 8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)
- 8700 Immobilienamt (IMA)

Ziel 4: Die Mobilität steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abstimmen

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen
- Kantonalen Richtplan Verkehr zielgerichtet umsetzen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 8300 Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV)

Ziel 5: Das strukturelle Defizit im Finanzhaushalt beseitigen

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Entwicklung und Umsetzung der Strategie für ein zielgerichtetes Immobilienmanagement
- Erstellung einer Gesamtsicht der Hochbauinvestitionen für die Steuerung durch den Regierungsrat

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 8700 Immobilienamt (IMA)

Ziel 6: Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern (LZ RR 6)

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren (LZ RR 6.1)
- Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens durch interne Prozessoptimierungen, verstärkter Einsatz von elektronischen Hilfsmitteln und besserer Information der Gesuchsteller
- Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern (LZ RR 6.5)
- Umsetzung der Personalmanagement-Strategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber
- Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe und aktueller demographischer Aspekte einführen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 8000 Generalsekretariat (GS)
- 8700 Immobilienamt (IMA)

Ziel 7: Umsetzen der Strategie Nachhaltige Entwicklung im Kanton Zürich

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Nachhaltigkeitskompass einführen
- Anlaufstelle für Gemeinden schaffen
- Nachhaltigkeitsbericht weiterführen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 8000 Generalsekretariat (GS)



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
8700 IMA Projekt 10630 Bezirksgebäude Dietikon; Neubau	-53.6	2002	2004	2010
8700 IMA Projekt 11529 Bezirksgebäude Meilen, Erweiterung	-7.3	2004	2005*	2009
8700 IMA Projekt 20184 Rechberg Hauptgebäude, Umsetzung Sanierung	-23.6	2003	2003	2011
8700 IMA Projekt 11900 PJZ / Polizei- und Justizzentrum Hard, Zürich	-521	2004	2007	2009-2024
8700 IMA Projekt 12404 Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich	-12.5		2008	2010-2011
8500 AWEL Projekt 85 W-700 Thurmündung / Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft	-53.6 (Brutto)	1998	2005/2006**	2008-2019
8500 AWEL Projekt 85W-372 Eulach, W'thur, Hochwasserschutz (Hochwasserrückhaltebecken Hegmaten)	-32.4		2006	2009-2013
8500 AWEL Projekt 85W-525 Linthkanal, Lintebene (Beitrag Kanton Zürich)	-8.3	2002	2002	2008-2018
8400 TBA Projekt 415 Westumfahrung Zürich	-594.8		1996	1996-2009
8400 TBA Projekt 416 N4 Knonauer Amt	-215		1970	2001-2009
8400 TBA Projekt 144 Einhausung Schwamendingen	-51.4	2001	2005	2010-2013
8400 TBA Projekt 533 Ausführungsprojekt Oberlandautobahn, Umfahrung Wetzikon	-3.2	2001	2003	2003-2009

* Kreditentscheid

** Kreditbeschluss



4.2 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Total Nettoinvestitionen	-238.2	-63.7	-183.2	-175.1	-156.8	-150.4

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung (Mio. Fr.)
8000 GS / 8910 NHS Umsetzung Naturschutzgesamtkonzept gemäss 10 Jahre Naturschutzgesamtkonzept	2000	2005-2025	- 11.8*
8500 AWEL Projekt 85P-500 Kataster der belasteten Standorte	2000	2001-2012	-1.7 bis -2.1
8500 AWEL Projekt Gefahrenkartierung	2003	2006-2012	-0.6
* Diese Massnahme widerspiegelt den Teil, der im Rahmen der laufenden Tätigkeiten für Naturschutzleistungen aus dem NHS aufgewendet wird.			

4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	532.2	523.1	666.6	692.3	626.3	629.6
Aufwand	-769.3	-787.7	-930.8	-928.0	-902.5	-906.1
Saldo	-237.0	-264.6	-264.2	-235.8	-276.2	-276.5
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	18.7	12.9	163.6	136.7	25.6	25.0
Ausgaben	-80.2	-100.3	-504.9	-466.4	-342.0	-328.4
Nettoinvestitionen	-61.5	-87.4	-341.3	-329.7	-316.3	-303.4

4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2009 der Baudirektion mit dem beschlossenen Budget 2008 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2009-2012 mit dem Niveau des Budgets 2008 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)	Veränderungen zu B 2008 (Mio.)	Veränderungen zu B 2008 (%)	Veränderungen zu B 2008 (%)
	B 2009	Schnitt 2009-2012	B 2009	Schnitt 2009-2012
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	+143.5	+130.5	+27.4%	25.0%
Aufwand	-143.1	-129.2	-18.2%	-16.4%
Saldo	+0.4	+1.4	+0.1%	+0.5%
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	+150.7	+74.8	+1165.9%	+578.7%
Ausgaben	-404.6	-310.1	-403.5%	-309.3%
Nettoinvestitionen	-254.0	-235.3	-290.7%	-269.4%

Wichtigste Veränderungen Erfolgsrechnung B 2009 / Schnitt 2009 - 2012 (Mio. Franken)

- Übertrag von Aufwand aus der Volkswirtschaftsdirektion infolge Schnittstellenbereinigung im Politikfeld Strasse: -140.3 / -115.8
- Geringere Kapitalfolgekosten (Zinsen und Abschreibungen) infolge Investitionsplanung (ohne Übertrag aus der Volkswirtschaftsdirektion): +5.2 / -2.5
- Höhere Personalkosten hauptsächlich infolge Teuerungsausgleich, Stufenanstieg und Beförderung (ohne Übertrag aus der Volkswirtschaftsdirektion): -6.9 / -11.7
- Übertrag von Ertrag aus der Volkswirtschaftsdirektion als Folge der Schnittstellenbereinigung im Politikfeld Strasse +138.0 / +114.5
- Aktivierungserlös von 28.4 Mio Franken für die Planungs- und Projektierungskosten des Polizei- und Justizzentrums im Jahr 2010: 0.0 / +7.1

Wichtigste Investitionsrechnung B 2009 / Schnitt 2009 - 2012 (Mio. Franken)

- Übertrag von Investitionsausgaben aus der Volkswirtschaftsdirektion als Folge der Schnittstellenbereinigung im Politikfeld Strasse: -296.1 / -205.5
- Grundstückerwerb für das Polizei- und Justizzentrum (PJZ) im Jahr 2009: -100.0 / -25.0
- Aktivierung der Planungs- und Projektkosten und Bauinvestitionen für das Polizei- und Justizzentrum (PJZ) ab dem Jahr 2010: 0.0 / -88.4
- Bauinvestitionen für das Bezirksgebäude Dietikon: -1.5 / +8.5
- Übertrag von Investitionseinnahmen aus der Volkswirtschaftsdirektion als Folge der Schnittstellenbereinigung im Politikfeld Strasse: +149.7.7 / +76.4



5. Leistungsgruppen

- 8000 Generalsekretariat (GS)**
- 8100 Hochbauamt (HBA)**
- 8300 Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV)**
- 8400 Tiefbauamt (TBA)**
- 8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)**
- 8510 Altlasten**
- 8700 Immobilienamt**
- 8710 Liegenschaftenerfolg**
- 8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	15.8	15.5	0.0	15.2	0.0	14.9	0.0	15.5	15.7	-0.8
Aufwand	-45.6	-49.1	0.0	-53.9	0.0	-48.2	0.0	-49.1	-49.5	8.4
- Übertrag in den NHS-Fonds (8910)		-18.0		-25.0		-19.5		-19.5	-19.5	
Saldo	-29.8	-33.6	0.0	-38.7	0.0	-33.3	0.0	-33.6	-33.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.9	-1.0	0.0	-2.6	0.0	-5.0	0.0	-1.0	-1.0	-1.9
Nettoinvestitionen	-0.9	-1.0	0.0	-2.6	0.0	-5.0	0.0	-1.0	-1.0	-1.9
Personal (Beschäftigungsumfang)	86.6	92.6	0.0	91.2	0.0	91.2	0.0	91.2	91.2	

Aufgaben

- A1 Managementsupport für die Direktion und die Leistungsgruppen der Baudirektion (insbesondere Controlling, Finanzen, Informatik, Kommunikation, Organisationsentwicklung, Personal, Politik, Recht und Beschaffungswesen)
- A2 Leitung und Koordination des Natur- und Heimatschutzfonds sowie des Denkmalpflegefonds
- A3 Rechtssetzung insbesondere in den Bereichen Planung, Bau und Umwelt
- A4 Bauverfahren und Koordination Umweltschutz: Leitung Baubewilligungsverfahren, formelle/materielle Koordination Baubewilligungen, Beratung von Gemeinden und Bauherren bezüglich Bauverfahren; Erbringung von Querschnittsleistungen im Bereich Umwelt, Mitberichtsverfahren UVP, Umweltberichterstattung, vollzugsunterstützende Information, Ökologische Beschaffung, Beratung, Dokumentation

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Konzentration auf die Kerngeschäfte / Effizienzsteigerungen / straffes Kostenmanagement	2012	5
E2 Teilrevisionen Planungs- und Baurechte	2009	1
E3 Umsetzung Personalpolitik und Personalmanagement-Strategie	2011	6
E4 Umsetzung Controllingkonzept / Indikatorenbewirtschaftungssystem	2009	5
E5 Erarbeitung und Umsetzung Strategie Nachhaltige Entwicklung	2012	7

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Kundenzufriedenheit aller Dienstleistungen (Kundenbefragung alle 3 Jahre)	min.	77%	-	-	75%	-	-
W2 Arbeitnehmerzufriedenheit ganze Baudirektion (Personalbefragung alle 3 Jahre)	min.	-	-	70%	-	-	70%
W3 Standard Service und Helpdesk erfüllt (Vereinbarung mit den Ämtern)	min.	79%	80%	80%	80%	80%	80%
Leistungen							
L1 Einhaltung der gesetzlichen Behandlungsfrist von 60 Tagen für Rekurse und Aufsichtsbeschwerden	min.	82%	90%	90%	90%	90%	90%
L2 Controllingunterstützung der Ämter (Anteil der Arbeitsstunden für die Unterstützung der Leistungsgruppen)	min.	72%	75%	-	-	-	-
L3 Anzahl betreute Mitarbeitende in der Baudirektion pro HR-Stelle (HR-Administration / Benchmark: schlanke Organisation >100)		117	115-120	115-120	115-120	115-120	115-120
L4 Anzahl betreuter Informatik-Arbeitsplätze pro Supporter-Stelle (Helpdesk, First- und Second-Level-Support; Benchmark: gut > 150)	min.	183	180	180	180	180	180
L5 Einhaltung der internen kantonalen Fristen für Baugesuche	min.	81%	85%	80%	80%	80%	80%
L6 Einhaltung der gesetzlichen Fristen für Umweltverträglichkeitsprüfungen	min.	96%	90%	90%	90%	90%	90%
L7 Verhältnis der Ausbildungskosten zu den Bruttolohnkosten für die gesamte Baudirektion (Benchmark: 1-3%)	min.	1.0%	1.3%	1.3%	1.3%	1.3%	1.3%

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 8000 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-38.703
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.600

Budget	Leistungsgruppe 8000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- L2 Anteil der Controllingstunden aller GS-Controlling-Mitarbeiter, welche direkt zugunsten der Unterstützung von BD-Ämtern und GS aufgewendet werden. Dieser Indikator wurde von verschiedener Seite kritisiert, da er nur bedingt aussagefähig ist. Aus diesem Grund wird er nicht weitergeführt.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- +0.6 Geringere Kapitalfolgekosten aufgrund geringerer Informatikinvestitionen im Vorjahr (Abschreibungen und Zinsen)
- +0.5 Geringere Informatikanschaffungen unter der Aktivierungsgrenze
- +0.4 Geringerer Nutzungsaufwand Informatik durch Neuverhandlung von Lieferantenverträgen
- +0.5 Geringere Bezüge von Dienstleistungen Dritter aufgrund von vorsichtigeren Annahmen betreffend Projektfortschritten
- +0.2 Geringerer Informatikunterhalt
- 0.3 Höhere Lohnkosten durch Stufenanstieg, Teuerung und Beförderungen
- 7.0 Höhere Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds

Investitionsrechnung

- 1.6 Höhere Informatik-Investitionen durch Leasing von Multifunktionsdruckern (Financial Leasing)

Personal (Beschäftigungsumfang)

- 1.0 Verschiebung einer Stelle in das Personalamt (Lohnadministration)

Indikatoren

- L5: Die Praxis hat gezeigt, dass der Zielwert zu hoch angesetzt wurde. Ausserdem haben die Baugesuche ausserhalb der Bauzone um 10% zugenommen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Für das Jahr 2009 wird mit einem Übertrag in den Natur- und Heimatschutzfonds von 25.0 Mio. Franken geplant, um den Fondsbestand nach der Neubewertung gemäss IPSAS in den positiven Bereich zu bringen. In den Folgejahren 2010 - 2012 wird mit einem Übertrag von 19.5 Mio. Franken pro Jahr geplant, so dass das Naturschutzgesamtkonzept umgesetzt und gleichzeitig der geplante Fondsbestand konstant gehalten werden kann.

Investitionsrechnung

- Informatikinvestitionen steigen in P10 auf 5.0 Mio. wegen geplanter Client-Migration (Hardware und Software) die ca. alle 5 Jahre notwendig wird. Ab P11 sinken die Informatikinvestitionen wieder auf das übliche Niveau.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der KEF 2008 - 2011 ist nach altem Rechnungslegungsstandard (HRM) erstellt worden und ist nicht direkt vergleichbar mit dem KEF 2009 - 2012, der nach IPSAS (International Public Sector Accounting Standard) erstellt worden ist. Die Unterschiede der beiden Rechnungslegungsstandards führen im Generalsekretariat im Bereich der Investitionen, Abschreibungen und Zinsen zu leicht unterschiedlichen Werten.
- Im KEF 2008 - 2011 wurde mit einem Übertrag in den Natur- und Heimatschutzfonds von 18.0 Mio. pro Jahr für alle Planperioden geplant. Im KEF 2009 - 2012 wird für das Jahr 2009 mit einem Übertrag in den Natur- und Heimatschutzfonds von 25.0 Mio. Franken geplant, um den Fondsbestand nach der Neubewertung gemäss IPSAS in den positiven Bereich zu bringen. In den Folgejahren 2010 - 2012 wird mit einem Übertrag von 19.5 Mio. Franken pro Jahr geplant, so dass das Naturschutzgesamtkonzept umgesetzt und gleichzeitig der geplante Fondsbestand konstant gehalten werden kann.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	8.5	5.0	0.0	4.8	0.0	4.8	0.0	4.8	4.8	-43.7
Aufwand	-31.7	-20.2	0.0	-20.8	0.0	-21.0	0.0	-21.4	-21.8	-31.2
Saldo	-23.1	-15.2	0.0	-16.0	0.0	-16.2	0.0	-16.6	-17.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen	0.3									0.0
Ausgaben	-16.4									-2.7
Nettoinvestitionen	-16.2									-2.7
Personal (Beschäftigungsumfang)	100.8	108.8	0.0	108.8	0.0	109.5	0.0	109.5	109.5	

Aufgaben

- A1 Gesamtes Hochbauamt: Zentrales Baufachorgan für kantonale Hochbauten, staatsbeitragsberechtigte Bauten und Kunstsammlung Kanton Zürich
- A2 Planung und Bau: Projektmanagement / Bauherrschaft für Neu- und Umbauten, Erneuerungen im Auftrag der Fachdirektionen
- A3 Werterhaltung: Unterhaltsplanung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens im Auftrag der für die Bewirtschaftung zuständigen Organisationseinheiten
- A4 Begutachtung: Beurteilung der staatsbeitragsberechtigten Vorhaben aus baulicher Sicht im Auftrag der Fachdirektionen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Bereitstellung staatlicher Hochbauten zu angemessenen Kosten, unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, städtebaulicher, architektonischer und ökologischer Anliegen	laufend	1
E2 Erstellen von Neubauten nach Minergie-Standard oder höherwertigem Standard, Umbauten entsprechend den Möglichkeiten nach Minergie-Standard (LZ RR 9.3)	2011	2
E3 Umsetzen der Grossverbraucher-Vereinbarungen bezüglich Energieeffizienz	laufend	3
E4 Steigern des Anteils von Recycling-Baustoffen	laufend	7
E5 Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, Investitionsstrategie	laufend	2
E6 Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten (LZ RR 8.7)	2011	1

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Anzahl abgeschlossener Bauprojekte > 1 Mio. Fr.		9 *)	20 *)	20	20	20	20
W2 Volumen abgeschlossener Bauprojekte > 1 Mio. Fr.		86.6 *)	100 *)	100	100	100	100
W3 Abweichung Baukosten vs. Kreditsumme (Unterschreitung) Mio. Fr.		1.5 *)	2 *)	2	2	2	2
W4 Unterschreitung Bauabrechnung vs. Kreditsumme in %		1.75 *)	3 *)	3	3	3	3

Leistungen

L1 Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Realisierung) Total	587 *)	710 *)	650	650	650	650
L2 Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Realisierung) 50'000 - 3 Mio. Fr. (Anlagekosten)	510	650	580	580	580	580
L3 Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Realisierung): > 3 Mio. - 20 Mio. Fr. (Anlagekosten)	53	40	45	45	45	45
L4 Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Realisierung) > 20 Mio. Fr. (Anlagekosten)	24	20	25	25	25	25
L5 Umsatz Bauvolumen Total Mio. Fr.	363 *)	350 *)	350	400	400	400
L6 Anzahl abgeschlossener Verträge (Dienstleistungs- und Werkverträge)	2'846 *)	3'000 *)	3'000	3'000	3'000	3'000
L7 Anzahl bearbeiteter Rechnungen	18'800 *)	20'000 *)	20'000	20'000	20'000	20'000
L8 Anzahl bearbeiteter Planerwettbewerbe	7 *)	7 *)	6	6	6	6
L9 Beiträge und Beratungen, Anzahl bearbeiteter Staatsbeitragsgesuche	400	550	450	450	450	450

Wirtschaftlichkeit**Leistungsgruppe 8100 Budgetentwurf 2009**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.) -15.985
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 8100

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Aufgrund verbesserter Nutzung vorhandener Daten sind neue Indikatoren (mit *) bezeichnet) festgelegt worden. Diese wurden rückwirkend ermittelt und waren im KEF Vorjahr nicht ersichtlich.

Sonstige Bemerkungen

- Gemäss interner Leistungserfassung entfallen auf Kernleistungen des Hochbauamts für:
Planung und Bau 92 %
Begutachtungen und Beratung 5 %
Kunstsammlung 2.5 %

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

-0.6 Mehraufwände an Personalkosten infolge Teuerungsausgleich, Stufenanstieg und Beförderungen

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Geringe Steigerung der Aufwandüberschüsse, hauptsächlich in Abhängigkeit der Personalkosten, Beschäftigungsumfang, Teuerung und Beförderung.

Personal (Beschäftigungsumfang)

+ 0.7 Erhöhung Beschäftigungsumfang innerhalb des Stellenplans ab 2010 zur Abdeckung von Kapazitätsengpässen bei Grossprojekten

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Bedingt durch die Einführung der neuen Rechnungslegung ist die Vergleichbarkeit mit dem KEF Vorjahr nicht mehr gegeben. Durch die IPSAS-konforme Immobilienbewertung sind neue Erträge für aktivierbare Planerleistungen des Hochbauamts im geplanten Umfang von Fr. 4.8 Mio. eingestellt worden. Diese Planerleistungen sind als Anlagekosten zu aktivieren, in den Kostenvoranschlägen zu berücksichtigen und sind in den Projektierungs- und Objektkrediten enthalten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	5.5	5.1	0.0	4.4	0.0	4.4	0.0	4.3	4.4	-20.5
Aufwand	-23.1	-23.5	0.0	-24.1	0.0	-23.8	0.0	-24.1	-24.6	6.7
- Abschreibungen und Zinsen		-1.6		-1.6		-1.6		-1.7	-1.7	
- Staatsbeiträge		-0.3		-0.3		-0.3		-0.3	-0.3	
Saldo	-17.6	-18.4	0.0	-19.7	0.0	-19.4	0.0	-19.8	-20.2	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen	1.0	0.7	0.0	0.6	0.0	0.6	0.0	0.6	0.5	0.7
Ausgaben	-2.1	-2.5	0.0	-2.3	0.0	-2.2	0.0	-2.0	-2.1	-2.2
Nettoinvestitionen	-1.1	-1.8	0.0	-1.7	0.0	-1.6	0.0	-1.4	-1.6	-1.5
Personal (Beschäftigungsumfang)	101.1	102.5	0.0	102.3	0.0	102.3	0.0	102.3	102.3	

Aufgaben

- A1 Raumplanung (Orts-, Regional- und Kantonalplanung): Sach-, Richt- und Nutzungsplanung, Ortsbild- und Landschaftsschutz; Raubeobachtung und -controlling
- A2 Vermessung / Geoinformation (Vermessung, GIS-Zentrum und Datenlogistik ZH): Amtliche Vermessung, Lage- und Höhenfixpunktnetz, Übersichts- und Spezialpläne, Geografisches Informationssystem, Datentransportsystem, Geodaten, Datenlogistik
- A3 Kulturelles Erbe (Archäologie und Denkmalpflege): Inventarisierung, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit, Schutzmassnahmen, Bauberatung, Untersuchungen, Begutachtungen, Studiensammlung / Bauteilelager

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des Kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen (LZ RR 8.1)	2012	1
E2 Erarbeitung Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf und Festsetzung entsprechender Rahmenbedingungen (LZ RR 8.2)	2012	1
E3 Langfristige Erhaltung der Fruchtfolgefläche von 44'000 ha als Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft	2012	1
E4 Revision Bauordnungsrecht, Gesetzesvorlage an Kantonsrat	2009	1

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Bauzonenbeanspruchung in m2	max.	123.7	117	117	117	117	117
W2 Bauzonenmanagement in ha	max.	17.9	<10	<10	<10	<10	<10
W3 Bauzonenverbrauch in ha	max.	157.9	135	135	130	130	130
W4 Kundenbeziehungen Datenmanagement	min.	53	50	55	60	65	70
W5 Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Anschlüsse	min.	172	75	85	95	100	105
W6 Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Datentransfers	min.	234'000	300'000	370'000	420'000	440'000	500'000
W7 Dienstleistungen Datentransport: Transfervolumen in Gigabytes	min.	234	250	300	370	450	500
W8 Anzahl Abfragen im Intranet bezüglich GIS-Daten	min.	1'277'000	1'100'000	1'300'000	1'400'000	1'500'000	1'600'000
W9 Anzahl Gemeinden Vermessungswerk abgeschlossen / in Arbeit	min.	129 / 37	139 / 31	148 / 23	156 / 15	164 / 7	169 / 2
W10 Geschützter oder untersuchter Flächenanteil bei geplanten / ungeplanten Rettungsgrabungen an archäologischen Objekten (in %)	min.	66 / 41	65 / 15	65 / 15	65 / 15	65 / 15	65 / 15
W11 Kundenzufriedenheit GIS-Zentrum; Anteil Bewertung "gut oder sehr gut" in %	min.	-	>80	-	>80	-	>80
W12 Kundenzufriedenheit Denkmalpflege: Anteil Bewertung "gut oder sehr gut" in %	min.	88	>65	>70	>75	>80	>80
W13 Kundenzufriedenheit Archäologie: Anteil Bewertung "gut oder sehr gut" in %	min.	95	>65	>70	>75	>80	>80
W14 Fruchtfolgefläche gemäss Sachplan des Bundes in ha	min.	1)	1)	1)	1)	1)	1)
Leistungen							
L1 Anzahl Beteiligungen an Kooperationsprojekten	min.	8	8	8	8	8	8
L2 Vollnumerisch vermessene Kantonsfläche in Bauzonen / gesamthaft (in %)	min.	93 / 77	94 / 80	96 / 85	100 / 90	100 / 95	100 / 97
L3 Stand Erneuerung Fixpunktnetz: aufgearbeitete Fläche in % (Lagefixpunktnetz / Höhenfixpunktnetz)	min.	100 / 42	100 / 60	100 / 80	100 / 100	100 / 100	100 / 100
L4 Anzahl laufende Archäologie-Projekte: nach Aufwandgruppen	min.	50 / 64 / 71	55 / 70 / 50	55 / 70 / 50	55 / 70 / 50	55 / 70 / 50	55 / 70 / 50
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kostendeckungsgrad GIS-Zentrum in %	min.	104.6	100	100	100	100	100
B2 Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH in %	min.	100.9	100	100	100	100	100

Leistungsgruppe 8300 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-19.674
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.340

Budget Leistungsgruppe 8300	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- W1/W2/W3: Diese Indikatorenwerte sind gemeinsam zu berücksichtigen, um die Entwicklung beurteilen zu können. Die gesamte Bauzone im Kanton Zürich beträgt rund 30'000 ha. Ziel: Die Ausweitung der Bauzonen zu Lasten der Landschaft ist einzuschränken und durch die Förderung der inneren Verdichtung zu kompensieren. Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich um den Wert per Ende des Vorjahres. Ein positiver Saldo der Ein- und Auszonungen bedeutet, dass Flächen zur Überbauung freigegeben werden und somit die Gesamtbauzonenfläche im Kanton Zürich erweitert wird (Bauzonenmanagement). Neue Überbauungen innerhalb der nicht überbauten Bauzonen reduzieren die Bauzonenreserven und weisen den Bauzonenverbrauch aus. Die Bauzonenbeanspruchung beschreibt die Nutzungsdichte der überbauten Bauzone pro Person. Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich um eine annäherungsweise Ermittlung. Die Bauzonenbeanspruchung im Kanton Zug betrug 88 m² im Jahr 2006 (Benchmark).
- W4: Summe der individuellen Datenabgaben, Datenabonnemente, Internetdienstleistungen, Beratung, Projektmitarbeit
- W9: In §5 der Vermessungsverordnung (VVO) sind die kantonalen Mehranforderungen beschrieben, wie Nutzungszonen, Grundwasserschutzzonen, Baulinien usw. Der Indikator weist die Anzahl der Gemeinden aus, welche "vermessen" wurden, wobei der Grad der Vermessung sich nach Bundesrecht richtet. Das einheitliche Vermessungswerk wird im Jahr 2012 flächendeckend im Kanton Zürich abgeschlossen sein.
- W11: Diese Kundenbefragung wird alle zwei Jahre durchgeführt.
- W12: Die Kunden sind neben den bei Renovationen und Umbauten betreuten Bauherren (Beitragsempfänger) auch die Nutzer (Einzelpersonen und Institutionen) unserer Dokumentationsstelle und die Besucher unserer Veranstaltungen. Erhebung erfolgt mit normiertem Fragebogen.
- W13: Die Kunden sind neben den Bauherren (Erbewegungen in archäologischen Zonen) auch die Nutzer (Einzelpersonen und Institutionen) unserer Dokumentationsstelle und die Besucher unserer Veranstaltungen. Erhebung erfolgt mit normierten Fragebogen.
- W14: 1) Aktualisierung des Umfangs der Fruchtfolgeflächen im Kanton Zürich ist in Arbeit. Die Abstimmung mit dem Bund ist bis Ende 2008 vorgesehen.
- L1: Beispiele für Kooperationsprojekte = DACH+, Metropolitankonferenz, Plattform Aargau/Zürich PAZ, Geoportal, Spatz, Agglo-Obersee, Modellvorhaben RZU, Schweiz. Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren Konferenz BPUK
- L2: Die Kantonsfläche beträgt 165'644 ha (100%). Der Indikator beziffert den Prozentsatz der bereits vollnumerisch vermessenen und somit aufgearbeiteten Bauzonenfläche. Die Vermessung der Bauzonenfläche hat Priorität.
- L3: Der Indikator beziffert den Prozentsatz der bereits erneuerten und somit aufgearbeiteten Kantonsfläche. Mit der Erneuerung und Aufarbeitung des Höhenfixpunktnetzes wurde im Jahr 2006 begonnen.
- L4: Aufwandgruppen: Gross = > 1'000 Std. Leistungsaufwand bzw. > 100'000 Fr. Kostenaufwand; mittel = > 50 Std. bzw. > 5'000 Fr.; klein = < 50 Std.
- B2: Massnahme aus Sanierungsprogramm: Vollständige Kostendeckung Abteilung Datenlogistik ZH seit 2005.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 0.4 Personalkosten: Stufenanstieg, Beförderungen und Teuerungsausgleich 2009 (inkl. Sozialversicherungsbeiträge)
- 0.5 Sachaufwand extern: höhere Dienstleistungen und Honorare Dritter, Projekt Raumentwicklung Flugplatzareal Dübendorf (RRB 24 vom 9. Januar 2008)
- +0.3 Sachaufwand intern: tiefere Informatikkosten
- 0.2 Erträge extern: geringere IT-Dienstleistungserträge sowie weniger Benützungsgebühren
- 0.5 Erträge intern: tiefere Erträge Datenlogistik ZH durch Wegfall Ertrag Statistisches Amt für GWR-ZH gem. RRB 1766 vom 28. November 2007

Investitionsrechnung

Keine wesentlichen Änderungen

Indikatoren

- W8: Anzahl Abfragen im Intranet bezüglich GIS-Daten: Die Nachfrage nach GIS-Daten hat sich in den letzten Jahren sehr erfreulich entwickelt. Der prognostizierte Budgetwert für 2008 wurde bereits im Jahr 2007 überschritten (Budget 2008: 1'100'000).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

Keine wesentlichen Änderungen

Investitionsrechnung

Keine wesentlichen Änderungen

Indikatoren

Keine wesentlichen Änderungen

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 0.3 Personalkosten: Stufenanstieg, Beförderungen und Teuerungsausgleich 2009 (inkl. Sozialversicherungsbeiträge)
- 0.7 Sachaufwand extern: höhere Dienstleistungen und Honorare Dritter, Projekt Raumentwicklung Flugplatzareal Dübendorf (RRB 24 vom 9. Januar 2008)
- +0.5 Sachaufwand intern: tiefere Informatikkosten, weniger Abschreibungen und Zinsen
- 0.4 Erträge intern: tiefere Erträge Datenlogistik ZH durch Wegfall Ertrag Statistisches Amt für GWR-ZH gem. RRB 1766 vom 28. November 2007

Investitionsrechnung

- +0.2 Anschaffungen Informatik GIS ZH: Verlagerung der Kosten aus Investitionsrechnung in Erfolgsrechnung

Indikatoren

Keine wesentlichen Änderungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	200.8	186.4	0.0	330.0	0.0	329.8	0.0	292.3	289.4	44.1
- Beiträge vom Bund		34.2		45.4		54.0		49.3	44.0	
- Übertrag aus Strassenfonds		131.3		244.2		247.3		216.6	218.9	
- Übrige Erträge		20.9		40.4		28.5		26.5	26.5	
Aufwand	-200.8	-186.4	0.0	-330.0	0.0	-329.8	0.0	-292.3	-289.4	44.1
- Abschreibungen und Zinsen		-8.4		-106.9		-105.5		-82.7	-86.8	
- Betriebsaufwand		-178.0		-223.2		-224.3		-209.6	-202.6	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen			0.0	149.7	0.0	125.6	0.0	16.2	14.0	50.9
Ausgaben	-1.9	-3.6	0.0	-306.3	0.0	-266.7	0.0	-134.1	-134.9	-141.2
Nettoinvestitionen	-1.9	-3.6	0.0	-156.6	0.0	-141.1	0.0	-117.9	-120.9	-90.3
Personal (Beschäftigungsumfang)	391.5	426.4	0.0	452.5	0.0	451.2	0.0	449.2	447.2	

Aufgaben

- A1 Bau: Projektierung und Bauausführung von National-, Haupt- und Staatsstrassenneu- und ausbauen, einschliesslich Brücken.
A2 Unterhalt und Betrieb: National- und Staatsstrassen, einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen.
A3 Querschnittsaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutz-Sanierungen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Bau: Vervollständigen des beschlossenen Autobahnnetzes zur Entlastung der Bevölkerung in den grösseren Siedlungsräumen.	2020	1
E2 Bau: Vervollständigen des Velowegnetzes zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen.	2020	1
E3 Bau: Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen (Einhaltung der eidg. Lärmschutzvorschriften). (LZ RR 8.6)	2018	1
E4 Bau: Erneuerung nicht mehr genügend tragfähiger Strassenoberbauten, besonders innerorts u. an Kreuzungen (Unfallschwerpunkte).	2010	1
E5 Unterhalt: Keine Zustandsverschlechterung bei Staatsstrassen ausserorts sowie bei Einrichtungen zur Regelung des Verkehrs.	dauernd	1

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Zustand Kunstbauten, max. Anteil in schlechtem Zustand (Ziel: 2.5 %)	max.	1.7 %	2.5 %	2.5 %	2.5 %	2.0 %	1.8 %
W2 Entwässerungsleitungen, max. Anteil in mangelhaftem oder schlechtem Zustand (Ziel: 1.5 %)	max.	1.5 %	1.5 %	1.5 %	1.5 %	1.5 %	1.5 %
W3 Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, max. Anteil in schlechtem oder kritischem Zustand (Ziel: 3.5 %)	max.	4.28 %	2.5 %	4.1 %	3.9 %	3.7 %	3.5 %
W4 Mitteleinsatz für baulichen Unterhalt und Erneuerungen (zur Bauwerks-Erhaltung), Soll: rund 50 Mio. für Strassen sowie 9 Mio. für Kunstbauten (TBA + VIS)	P	62.5	73.8	88.1	81.0	70.6	68.2

Leistungen**Wirtschaftlichkeit**

- B1 Rund 92 % der Ausgaben des Tiefbauamtes sind Fremdleistungen, die unter Konkurrenz offeriert und nach den Vergabekriterien normalerweise an den wirtschaftlich günstigsten Bewerber in Auftrag gegeben werden.

Leistungsgruppe 8400 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-244.189
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-306.280

Budget Leistungsgruppe 8400

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Ab 2008 übernimmt der Bund sämtliche Nationalstrassen in sein Eigentum (NFA) und finanziert den Nationalstrassenunterhalt zu 100 %.
- Per 15. Mai 2006 wurde der strategisch/planerische Teil des Tiefbauamtes (inkl. den dazugehörigen finanziellen Mitteln) in die Volkswirtschaftsdirektion / VIS transferiert.
- Im November 2007 ist der RR auf seinen Entscheid vom 15. Mai 2006 zurückgekommen und hat entschieden, die Schnittstelle zwischen der Volkswirtschaftsdirektion und der Baudirektion anzupassen. Per 1. Juli 2008 erfolgt die Umsetzung der Rückführung von Teilen des VIS (inkl. den dazugehörigen finanziellen Mitteln) in die BD / TBA.

Indikatoren

- W1: In den Jahren 2008 bis 2010 werden weitere Kunstbauten (Stützmauern/Absetzbecken/Oelabscheider etc.) in die Zustandsbewertung aufgenommen. Der Zustand dieser Bauten ist unklar. Die Zielvorgabe wird daher für die Jahre 2008 bis 2010 auf 2.5% festgelegt.
- W3: Die Zustands-Aufnahme wurde bisher durch eigene Mitarbeiter visuell erfasst. Seit 2007 wird der Zustand maschinell mittels Laser erfasst und auf 100m-Abschnitte umgerechnet.
- W4: In den vergangenen Jahren wurden tendenziell zu wenig Mittel in den baulichen Strassenunterhalt investiert um den Strassenfonds zu sanieren. Der dadurch entstandene Sanierungsbedarf wird nun in den nächsten Jahren abgebaut.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Aufwand:
- 12.2 Zunahme baulicher Nationalstrassen-Unterhalt (in gleicher Höhe steigen auch die Bundesbeiträge, da seit 1.1.2008 der Bund 100% der Kosten trägt)
- +1.0 Wegfall projektbezogener betrieblicher Nationalstrassen-Unterhalt
- 1.9 Mehraufwand Besoldung für Teuerung und Beförderungen (gem. RRB-Beschluss)
- +6.9 Abnahme projektbezogener baulicher Staatsstrassen-Unterhalt
- +1.7 Abnahme Studien Umweltschutz
 - Ertrag:
- +0.2 Leicht höhere Eigenleistungen auf Investitionen und Unterhalt
- +0.3 Höhere Erträge aus Konzessionen
- +0.8 Höhere Rückerstattungen durch andere Kantone/Gemeinden/Dritte
- +11.2 Höhere Betriebsbeiträge des Bundes für den Nationalstrassen-Unterhalt
- 7.0 Geringerer Übertrag aus dem Strassenfonds
 -
 - ÜBERNAHME VON VIS / VD
 - Aufwand:
 - 4.2 Personalaufwand
 - 37.1 Baulicher Unterhalt Staatsstrassen
 - 69.3 Abschreibungen Verwaltungsvermögen
 - 29.6 Zinsen Verwaltungsvermögen
 - Ertrag:
- +18.0 Aktivierbare Eigenleistungen und Projektierungskosten
- +120.0 Übertrag aus dem Strassenfonds

Investitionsrechnung

- Ausgaben:
- 5.3 Umbau Werkhof Wila, Sanierung Werkhof Glattbrugg
- 1.2 Anpassung Beschaffung Mobilien (Fahrzeuge)
 -
 - ÜBERNAHME VON VIS / VD
 - Ausgaben:
- 12.8 Neubau Fussgängeranlagen
- 49.6 Neubau Staatsstrassen
- 25.7 Erneuerungsunterhalt Staatsstrassen
 - 5.6 Lärmschutzsanierungen
- 16.3 Neubau Fahrradanlagen
- 186 Neubau Nationalstrassen (Netzvollendung, Westumfahrung Zürich)
 - Einnahmen:
 - +7.7 Rückerstattungen von Gemeinden und Dritten für Strassen, Fahrrad- und Fussgängeranlagen
- +142.0 Investitionsbeiträge des Bundes und Dritter für National- und Staatsstrassen sowie Fahrrad- und Fussgängeranlagen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Übernahme von 29 Stellen von VIS/VD; Abbau 1 Stelle; Nettoübernahme 28 Stellen

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Aufwand:
- Jährlicher Mehraufwand Besoldung für Teuerung und Beförderungen gem. RRB-Beschluss
- Mehraufwand für projektbezogenen baulichen Nationalstrassen-Unterhalt
- Ertrag:
- Höhere projektbezogene Bundesbeiträge baulicher Nationalstrassen-Unterhalt
-
- ÜBERNAHME VON VIS / VD
- Aufwand:
- Jährlicher Mehraufwand Besoldung für Teuerung und Beförderungen gem. RRB-Beschluss
- Tieferer projektbezogener Aufwand baulicher Staatsstrassen-Unterhalt
- Tiefere Abschreibungen Verwaltungsvermögen (aufgrund geringerer Sonderabschreibungen Nationalstrassen im Zusammenhang mit IPSAS)

- Zunahme Zinsen Verwaltungsvermögen
- Ertrag:
- Tiefere aktivierbare Projektierungskosten
- Tieferer Saldo des Übertrages aus dem Strassenfonds

Investitionsrechnung

- Ausgaben:
- Jährliche Anpassung Beschaffung Fahrzeuge/Mobilien
-
- ÜBERNAHME VON VIS / VD
- Ausgaben:
- Abnahme Neubau Staatsstrassen, Anteil ÖV
- Zunahme Lärmschutzsanierungen
- Abnahme Neubau Nationalstrassen
- Einnahmen:
- Abnahme Rückerstattungen von Gemeinden und Dritten für Strassen, Fahrrad- und Fussgängeranlagen
- Abnahme Investitionsbeiträge des Bundes und Dritter für National- und Staatsstrassen sowie Fahrrad- und Fussgängeranlagen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Stellenreduktion 2011 und 2012 infolge Abschluss Westumfahrung Zürich und NFA

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Zunahme baulicher Nationalstrassen-Unterhalt (Aufwand + Ertrag)
- Im November 2007 ist der RR auf seine Entscheidung vom 15. Mai 2006 zurückgekommen und hat entschieden, die Schnittstelle zwischen der Volkswirtschaftsdirektion und der Baudirektion anzupassen. Per 1. Juli 2008 erfolgt die Umsetzung der Rückführung von Teilen des VIS (inkl. den dazugehörigen finanziellen Mitteln) in die BD / TBA.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Diverse kleine Stellenanpassungen (Beschäftigungsgrad)
- Stellenreduktion 2011 und 2012 infolge Abschluss Westumfahrung Zürich und NFA
- Übernahme von 29 Stellen von VIS/VD per 1.7.2008; Abbau 1 Stelle; Nettoübernahme 28 Stellen

Indikatoren

- W1: Name des Indikators wurde von "Zustand Brücken" auf "Zustand Kunstbauten" geändert.
- W3: Ziel des Indikators wurde von 2.5% auf 3.5% erhöht.
- W5: Indikator "Baustellentage mit Fahrstreifenreduktion" wird nicht mehr durch TBA erhoben, da ab 1.1.2008 das ASTRA dafür zuständig ist.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	20.9	22.3	0.0	20.1	0.0	19.0	0.0	18.5	18.6	-10.8
Aufwand	-86.9	-116.5	0.0	-120.2	0.0	-121.1	0.0	-121.1	-121.4	39.6
- Abschreibungen und Zinsen		-58.2		-60.5		-61.7		-60.9	-61.1	
Saldo	-66.1	-94.2	0.0	-100.1	0.0	-102.1	0.0	-102.6	-102.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen	10.7	9.4	0.0	10.9	0.0	8.1	0.0	6.4	8.1	8.9
Ausgaben	-33.8	-31.6	0.0	-38.4	0.0	-36.8	0.0	-35.8	-33.5	-35.0
Nettoinvestitionen	-23.1	-22.2	0.0	-27.5	0.0	-28.7	0.0	-29.5	-25.5	-26.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	228.7	222.5	0.0	228.2	0.0	228.4	0.0	228.2	228.2	

Aufgaben

A1 Das AWEL strebt einen nachhaltigen Umgang mit Abfall sowie mit den natürlichen Ressourcen, Wasser, Energie und Luft an und trägt dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung. Es vollzieht seine Aufgaben im öffentlichen Interesse gemäss dem gesetzlichen Auftrag, dem Stand der Technik und dem Verhältnismässigkeitsgebot. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind kundenorientiert und bieten kompetente Auskunft.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Eigentümerstrategie Strom neu festlegen (LZ RR 10.2)	2009	3
E2 Neuregelung Beteiligung Tankanlage Rümliang	2009	5
E3 Umfassenderen Rahmenkredit für die Förderung der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beantragen (LZ RR 10.1)	2009	3
E4 Anpassung Verordnung und Vollzugsordner Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) 2008	2009	3
E5 Einführungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten (LZ RR 10.3)	2009	3
E6 Energet. Vorschriften anpassen zur Senkung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich (LZ RR 9.2)	2009	2
E7 Energieplanungsbericht 2010	2010	3
E8 Kostentransparenz in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	2010	1
E9 Festlegung der kantonalen Fahrzeugflottenpolitik	2010	2
E10 Festlegung der Anforderungen an den kantonalen Trinkwasserverbund	2010	1
E11 Vision Zürichsee 2050	2010	1
E12 Hochwassermanagement Zürichsee - Sihl - Limmat	2010	1
E13 Gewässerraumsicherung	2011	1
E14 Renaturierung von Gewässern fördern: Revision Wasserwirtschaftsgesetz WWG (LZ RR 8.3)	2011	1
E15 Kataster der belasteten Standorte	2012	1
E16 Definition und Festsetzung der kantonalen und regionalen Grundwasserschutzareale	2013	1
E17 Naturgefahrenkarten	2013	1
E18 Neuausrichtung der Klärschlamm Entsorgung	2014	1

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Die Anforderungen an oberirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt.	min.	72%	71%	73%	74%	76%	77%
W2 Die Anforderungen an unterirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt.	min.	79%	81%	82%	83%	84%	85%
W3 % der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem generellen Entwässerungsplan (GEP)	min.	75%	76%	78%	80%	82%	84%
W4 % der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem generellen Wasserversorgungsprojekt (GWP)	min.	94%	95%	95%	95%	95%	95%
W5 Anteil Trinkwasser mit rechtskräftigen Schutzzonen (Ziel 2020=100%)	min.	96%	96%	96%	96%	97%	97%
W6 Aufwert. nicht natürl. Fluss-, Bachabschnitte u. Seeufer	min.	6,9 km	4 km	4 km	4 km	4 km	4 km
W7 % der Bevölkerung mit Gefahrenkartierung	min.	*)	*)	83%	88%	93%	96%
W8 Jährlicher Zuwachs an Mineralfleichen (Ist 31.12.03 = 1'170'000m2)	min.	481'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000
W9 % der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigter Energieplanung (EP)	min.	61%	62%	63%	64%	65%	66%
W10 Die Anforderungen an luftschadstoffemitt. Anlagen sind bis 2010 zu 85% erfüllt.	min.	73%	83%	83%	85%	85%	85%
W11 Die Anforderungen an Strahlung emitt. Funkanlagen sind bis 2010 zu 98% erfüllt.	min.	*)	93%	97%	98%	98%	98%
W12 Anteil übermässig belasteter Bevölk. bezügl. NO2 **)	max.	*)	5%	11%	9%	8%	6%
W13 Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezügl. PM10	max.	*)	*)	12%	10%	9%	8%

Leistungen

L1 Überprüfte Verdachtsflächen Altlasten aufsummiert (Ziel 13'000)	min.	9'250	9'825	10'775	11'725	12'675	13'000
L2 Flächenrecycling (ha/J)	min.	*)	25	25	25	25	25
L3 Anzahl genehmigte GEP	min.	21	6	6	6	1	1
L4 Anzahl genehmigte GWP	min.	12	10	10	10	10	10

Leistungsgruppe 8500 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-100.133
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-38.361
Gesperrter Kredit Investitionsrechnung (§ 16 Abs. 1 CRG) für Wasserbauinvestitionen (in Mio. Fr.)	-2.313

Budget Leistungsgruppe 8500

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Leistungen							
L5 Anzahl genehmigte Grundwasser-Schutzzonen	min.	*)	*)	15	15	15	15
L6 Produktive Stunden Gewässerunterhalt	min.	83'770 h	89'500h	89'500h	89'500h	89'500h	89'500h
L7 Realisierte Hochwasserschutzprojekte (Anzahl pro Jahr)	min.	2	2	2	2	2	2
L8 Anzahl neue Minergie-Labels jährlich	min.	509	400	400	400	400	400
L9 Anzahl genehmigte EP	min.	2	3	3	3	3	3
L10 Anz. Einsätze des AWEL-Piketts bei B-/C-Schadenfällen		*) / 159	*) / 130	10 / 160	10 / 160	10 / 160	10 / 160
L11 BVV-Verfahren: Einhaltung der Behandlungsfristen	min.	90%	>95%	>95%	>95%	>95%	>95%
Wirtschaftlichkeit							
B1 Energetische Wirkung pro Fr. Subventionen aus dem Förderprogramm Energie (kWh/Fr.)	min.	330	>300	>200	>200	>200	>200
B2 Förderprogramm Energie: eingesetzte Fr. pro EinwohnerIn (Durchschn. der Kantone 2002 = 4,93 Fr./EW)	min.	Fr. 2,62	Fr. 3,85	Fr. 4,90	Fr. 4,90	Fr. 4,90	Fr. 4,90
B3 Kostenentwicklung Luftschadstoffüberwachung ("OSTLUFT") in Fr./Einw. und Jahr		*)	Fr. 0,94	Fr. 1,05	Fr. 1,05	Fr. 1,06	Fr. 1,08

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- *) Neuer Indikator (keine Daten in der Rechnung 2007 / im Budget 2008).
- **) Zur Verbesserung der Aussagekraft wurde der Indikator neu berechnet (ab P 09).

Sonstige Bemerkungen

- Bisher wurden Stellen, die fremd- oder über einen Verpflichtungskredit finanziert sind oder die über den Sozialstellenplan laufen, nur in Franken budgetiert und nicht im Beschäftigungsumfang eingerechnet (analog den Aushilfen). Aufgrund einer Vorgabe des Personalamtes wurde dies nun ab dem Planjahr 2009 geändert. Der im Jahr 2008 budgetierte Beschäftigungsumfang ist noch nicht nach diesen Vorgaben ausgewiesen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 1.1 Höherer Personalaufwand: Teuerungsausgleich, Stufenanstieg, Lohnerhöhungen/Beförderungen von 4,0%.
- 2.3 Veränderung der Abschreibungen/Zuschreibungen/Zinsen auf der Basis des Investitionsvolumens.
- +0.3 Geringere Beiträge ABC-Wehr aufgrund des neuen Kostenteilers.
- 2.1 Reduktion der Heimfallverzichtsentschädigung Kraftwerk Eglisau: Entsprechend des Projektfortschritts des Wasserbauprojekts Thurauen 1. Etappe (Projekt 85W-700, siehe Projektblatt) wird die Heimfallverzichtsentschädigung jährlich in der Höhe der Nettoinvestitionen vereinnahmt.
- 0.4 Budgetierung der Gewässer-Konzessionen auf der Basis der Ist-Werte 2006 und 2007.

Investitionsrechnung

- 5.0 Höhere Wasserbauinvestitionen ausgabenseitig: Die bereits vorliegenden Gefahrenkarten zeigen, welche Hochwasserschutzprojekte prioritär angegangen werden müssen. Entsprechende Investitionen sind notwendig.
- +0.6 Mehreinnahmen im Zusammenhang mit Wasserbauinvestitionen (Rückerstattungen, Bundesbeiträge).
- 1.5 Höhere Energiesubventionen (Förderprogramm Energie, Ausrichtung gemäss Rahmenkredit).
- +1.5 Geringere Investitionsbeiträge an Abwasseranlagen.
- 0.7 Höhere Investitionsbeiträge an Wasserversorgungsanlagen.

Indikatoren

- W12 Um mit der Klassierung des Bundes (und auch der anderen Kantone) kompatibel zu sein, wird der Indikator neu berechnet (ohne die bisher eingerechnete "Sicherheitsmarge"), weshalb sich ein Sprung vom Jahr 2008 auf das Jahr 2009 ergibt.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Steigender Personalaufwand aufgrund des jährlich budgetierten Teuerungsausgleichs sowie für Lohnerhöhungen/Beförderungen von 1,0 bis 1,5 % jährlich gegenüber dem Vorjahr.
- Steigender Sachaufwand aufgrund der budgetierten Teuerung von jährlich 1,0 bis 1,5%.
- Schwankungen bei den Abschreibungen/Zuschreibungen/Zinsen.
- Unterschiedliche jährliche Höhe der Heimfallverzichtsentschädigung Kraftwerk Eglisau (abhängig vom Projektfortschritt Thurauen-Projekt; 2008: 3,13 Mio. Franken; 2009: 1,10 Mio. Franken; ab 2010: 0 Franken; siehe Projektblatt '85W-700/85W-718 Thurauen').
- Ab dem Jahr 2010 erfolgt keine Heimfallverzichtsentschädigung vom Kraftwerk Eglisau mehr.
- Ab dem Jahr 2011 entfallen die für die Erstellung des Katasters der belasteten Standorte ausgerichteten Bundesbeiträge (2007 bis 2010 jährlich 0,5 Mio. Franken).

Investitionsrechnung

- Von Jahr zu Jahr werden geringere Investitionsbeiträge an Abwasseranlagen ausgerichtet (Massnahme aus Sanierungsprogramm San04).
- Die Differenzen bei den Nettoinvestitionen sind vorwiegend auf Veränderungen bei den Wasserbauinvestitionen zurückzuführen (finanzielle Schwankungen aufgrund der einzelnen Projektfortschritte).

Indikatoren

- L3 Die GEP-Erstbearbeitungen in den Gemeinden sind zu einem grossen Teil gemacht, weshalb die Anzahl der Genehmigungen rückläufig ist. Ab dem Jahr 2015 wird ein Anstieg der Genehmigungen zu GEP-Revisionen erwartet.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der KEF Vorjahr wurde nach bisheriger Rechnungslegung HRM erstellt, weshalb sich zum neuen KEF (nach IPSAS) v.a. grosse Differenzen bei den Abschreibungen/Zuschreibungen/Zinsen ergeben.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-72.8
Aufwand	-41.5	-1.5	0.0	-1.4	0.0	-1.2	0.0	-1.2	-1.2	-97.2
Saldo	-41.4	-1.4	0.0	-1.4	0.0	-1.1	0.0	-1.1	-1.1	0.0

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

- A1 In dieser Leistungsgruppe werden die Verpflichtungen des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Untersuchung und Sanierung von Altlasten im Sinne der Umweltschutzgesetzgebung aufgeführt. Mit der Revision des Umweltschutzgesetzes sind auf den 1. November 2006 neue Bestimmungen in Kraft getreten, wonach der Kanton unter bestimmten Bedingungen nicht nur als Verhaltens- oder Zustandsstörer Kosten zu tragen hat. Neu fallen für den Kanton auch so genannte Ausfallkosten an, wenn die Verursacher nicht ermittelt werden können oder zahlungsunfähig sind. In der Leistungsgruppe Altlasten werden neben den Verpflichtungen für die Sanierung der Altlast in Kölliken auch die Verpflichtungen des Kantons aus der USG-Revision geführt. Beide Bereiche werden separat ausgewiesen.
- A2 Die Sondermülldeponie Kölliken (SMKD) stellt eine Altlast dar, die auf Grund des Umwelt- und des Gewässerschutzgesetzes sowie der Altlasten-Verordnung des Bundes zu sanieren ist. Der Kanton Zürich bildet zusammen mit dem Kanton Aargau, der Stadt Zürich und der Basler Chemischen Industrie das Konsortium SMDK. Mit Beschluss Nr. 5154/1977 hat der Regierungsrat der Gründung dieses Konsortiums zugestimmt. Die Beteiligung von 41,67 % an der einfachen Gesellschaft SMDK ist massgeblich für den Anteil, den der Kanton Zürich an die Kosten zur Sanierung der Deponie zu tragen hat.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Sondermülldeponie Kölliken: Sanierung (LZ RR 8.4)	2012	1
E2 Sondermülldeponie Kölliken: Nachsorge ab 2012	2020	1
E3 Altlasten: Durchführung der Voruntersuchungen	2017	1
E4 Altlasten: Detailuntersuchungen ab 2011	2022	1
E5 Altlasten: Sanierungsprojekte ab 2011 (LZ RR 8.4)	2024	1
E6 Altlasten: Untersuchungen und Sanierungen bei Zustandsänderungen oder Schutzgutbeeinträchtigungen	2024	1

Indikatoren

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12

Leistungsgruppe 8510 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.390
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 8510
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Aufgaben der Leistungsgruppe wurden per 1.1.2007 erweitert, so dass die Leistungsgruppe nicht nur die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken, sondern auch die Aufgaben gemäss Aufgaben A1 (siehe oben) umfasst. Aus diesem Grund wurde auch der Name der Leistungsgruppe von "Sondermülldeponie Kölliken" zu "Altlasten" geändert.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gemäss IPSAS wird der gesamte Aufwand zur Sanierung einer Altlast sofort bei Feststellung als Rückstellung gebucht. Dies bedeutet, dass im betreffenden Jahr der gesamte Aufwand der Sanierung in der Erfolgsrechnung erscheint. Der Sanierungsfortschritt selber erscheint in der Erfolgsrechnung nicht mehr (und wird daher auch nicht budgetiert), weil diese Rückstellung im Gleichschritt mit dem Sanierungsfortschritt aufgelöst wird und die dadurch entstehende Aufwandminderung den Sanierungsaufwand neutralisiert.
- Für die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken sowie weiterer bekannter Altlasten wurden deshalb in der IPSAS-Bilanz Rückstellungen gebildet. Die jährlichen Zahlungen im Zusammenhang mit der Sanierung werden nicht mehr über die Erfolgsrechnung als Aufwand gebucht, sondern als Auflösung dieser Rückstellungen in der Bilanz.
- Der im KEF eingestellte Aufwand betrifft u.a. die Untersuchungs-/Überwachungskosten sowie Ersatzvornahmen, für die keine Rückstellungen gebildet werden.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Keine wesentlichen Veränderungen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die KEF-Planung des Vorjahres wurde nach HRM erstellt und ist nicht mehr mit der neuen KEF-Planung nach IPSAS vergleichbar (siehe auch Erklärung zur Erfolgsrechnung).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	54.2	52.0	0.0	52.5	0.0	82.4	0.0	50.7	53.7	-0.9
- Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten		34.7		35.8		36.2		36.2	36.2	
Aufwand	-60.7	-87.5	0.0	-80.0	0.0	-79.2	0.0	-85.5	-88.1	45.3
- Abschreibungen und Zinsen		-35.9		-30.9		-35.2		-41.5	-44.0	
Saldo	-6.4	-35.5	0.0	-27.5	0.0	3.2	0.0	-34.8	-34.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben		-29.9	0.0	-125.8	0.0	-129.7	0.0	-145.1	-133.7	-94.0
Nettoinvestitionen		-29.9	0.0	-125.8	0.0	-129.7	0.0	-145.1	-133.7	-94.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	117.6	113.5	0.0	118.3	0.0	119.1	0.0	119.1	119.1	

Aufgaben

- A1 Strategieentwicklung, Steuerung und Führungsunterstützung: Als Eigentümerversammlung steuert das Immobilienamt im Auftrag des Regierungsrates die Immobilieninvestitionen und Fremdmieten. Es erarbeitet Strategien, Standards und Controllinggrundlagen und betreibt zusammen mit Fachdirektionen den Standardprozess für Immobilieninvestitionen.
- A2 Die Abteilung Bewirtschaftung erbringt nachhaltige Dienstleistungen als Bewirtschafter: Betriebsführung und Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, kaufmännisches Gebäudemanagement und infrastrukturelle Dienstleistungen.
- A3 Die Abteilung Landerwerb bildet ein Kompetenzzentrum für Enteignungsrecht und unterstützt die Amtstellen in juristischen Fragen.
- A4 Das Controlling unterstützt die Abteilungen beim Benchmarking, koordiniert das Reporting mit den Fachdirektionen und erstattet dem Regierungsrat Bericht.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen (LZ RR 9.3)	2011	2
E2 Immobilienstrategie erarbeiten und implementieren	2009	5
E3 Projektentwicklungseinheit aufbauen und erste Projekte entwickeln	2009	5
E4 Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren (LZ RR 6.1)	2015	6
E5 Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern (LZ RR 6.5)	2010	6

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Verhandlungserfolg Landerwerbsgeschäfte (Prozentualer Anteil an Freihandgeschäften in Enteignungsverfahren)	min.	99%	>90%	>90%	>90%	>90%	>90
W2 Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung	min.	75.4%	78%	83%	83%	83%	83%
W3 Grad der Kundenzufriedenheit Portfoliobetreuung	min.		75%	85%	85%	90%	90%

Leistungen

Wirtschaftlichkeit							
B1 Werterhaltungsindex (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau : Gesamtinvestitionen Hochbau)	P	55%	65%	60%	60%	65%	65%
B2 Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung	P	21.6%	19.0 m2	18.0 m2	17.0 m2	17.0 m2	17.0 m2
B3 Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung	P	19.0 %	17.0 m2	15.5 m2	14.5 m2	14.5 m2	14.5 m2
B4 Baulicher Zustandswert				0.82	0.85	0.85	0.85

Leistungsgruppe 8700 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-27.502
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-125.753
Gesperrter Kredit Investitionsrechnung (§ 16 Abs. 1 CRG) für	
- Ersatz/Neubau Stampfenbachstr. 28/30 (-12.5 Mio.)	-3.800

Budget	Leistungsgruppe 8700
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- W3 Neuer Indikator ab 2008
- B4 Neuer Indikator ab 2009

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- +3.0 Transfer Fluglärmliegenschaften in BK 8710: Aufwand
- 3.9 Transfer Fluglärmliegenschaften in BK 8710: Ertrag
- +1.3 Transfer Verwaltungsvermögen vom BK 8710: Pacht- und Mietzinsen
- +3.5 Weniger Abschreibungen und Zinsen
- +1.7 Abnehmender Planungs- und Projektierungsaufwand infolge Ende der Projektierungsphase PJZ
- +1.3 Geringerer baulicher Unterhalt infolge Abschluss verschiedener Projekte im Jahr 2008
- 1.6 Mehr Mobiliareinkauf infolge Mehrverkauf an die Direktionen
- +1.7 Mehrertrag Mobiliarverkauf infolge Mehrverkauf an die Direktionen
- +0.5 Höhere Mieterträge im Verwaltungsvermögen

Investitionsrechnung

- 100 Landerwerb für das PJZ

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Beim Reinigungspersonal hat eine Umwandlung der Anstellungsverhältnisse vom Stundenlohn in Festanstellungen stattgefunden. Ausserdem wird neu die Projektentwicklung aufgebaut und mit Inbetriebnahme des BG Dietikon eine neue Hauswartstelle geschaffen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Im Jahr 2010 ist der Baubeginn des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) geplant. In diesem Jahr werden die angefallenen Planungs- und Projektierungskosten aktiviert, was einen Aktivierungsertrag von 31.3 Mio. Franken zur Folge hat und im entsprechenden Jahr für das gesamte Immobilienamt zu einem Ertragsüberschuss führt.
- Mit dem Erwerb des Landes und dem Baubeginn des PJZ steigen die Investitionen ab 2009 markant an, was in der Folge zu erheblichen kalkulatorischen Zinsen führt. Die Abschreibungen setzen erst mit der Nutzung des PJZ ein (geplant im Jahr 2013).

Investitionsrechnung

- Im Jahr 2009 ist der Landerwerb und ab dem Jahr 2010 ist der Baubeginn für das Polizei- und Justizzentrum (PJZ) geplant. Aus diesem Grund steigen die Investitionen ab 2009 markant an.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der KEF vom Vorjahr ist gemäss dem alten Rechnungslegungsstandard (HRM) erstellt worden, während der KEF 2009 - 2012 gemäss International Public Sector Accounting Standard (IPSAS) erstellt worden ist. Diese Umstellung führt vor allem im Bereich der Investitionen und der Abschreibungen und Zinsen zu erheblichen Unterschieden, was eine direkte Vergleichbarkeit unmöglich macht.
- Aus dem verzögerten Projektfortschritt für das Polizei- und Justizzentrum (PJZ) ergeben sich sehr grosse Abweichungen gegenüber dem letztjährigen KEF.
- Es hat eine Verschiebung der Fluglärmliegenschaften (Liegenschaften im Finanzvermögen) vom Buchungskreis 8700 in den Buchungskreis 8710 und eine gleichzeitige Verschiebung von Kulturgütern (Liegenschaften im Verwaltungsvermögen) in der Gegenrichtung stattgefunden.

Investitionsrechnung

- Verschiebung der Investitionen beim Projekt PJZ

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Veränderung von 9.8 Stellen widerspiegelt die Integration der Liegenschaftsverwaltung in das IMA, Umwandlung Stundenlohn in Festanstellung beim Reinigungspersonal, weniger Outsourcing des Reinigungspersonals als angenommen und Aufbau einer Projektentwicklung.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	65.7	17.1	0.0	19.1	0.0	19.8	0.0	20.4	20.9	-68.1
- Mietzinsertrag		4.9	0.0	3.8	0.0	3.9	0.0	3.9	3.9	
Aufwand	-16.2	-18.8	0.0	-19.7	0.0	-19.3	0.0	-19.3	-20.0	23.6
- Kalkulatorischer Zinsaufwand		-12.2	0.0	-13.9	0.0	-13.3	0.0	-13.5	-14.2	
Saldo	49.5	-1.7	0.0	-0.6	0.0	0.5	0.0	1.1	0.9	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 - 12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

- A1 Sicherstellung des staatlichen Liegenschaftenverkehrs
- A2 Operative Liegenschaftsbewirtschaftung, inkl. Betreuung Bauvorhaben FV
- A3 Strategisches Portfoliomanagement FV

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Portfoliobereinigung Liegenschaften VV/FV	2009	5
E2 Projekt Neunutzung Klosterinsel Rheinau	2012	5
E3 Umsetzung touristisches Gesamtkonzept Schloss Laufen	2010	5
E4 Periodische Neubewertung FV		5
E5 Zustandsbewertung FV	2009	5
E6 Überarbeitung Immobilienstrategie FV	2009	5
E7 Einführung Immobilien-Management-System	2009	5

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

W1 Nettorendite aller Liegenschaften des FV	P			2.36%	2.48%	2.60%	2.56%
---	---	--	--	-------	-------	-------	-------

Leistungen

L1 Bilanzwert Liegenschaften FV (in Mio. Fr.)	P			367	369	384	409
L2 Anzahl Liegenschaften FV	P			321	315	310	305
L3 Anzahl betreuter Bauvorhaben Liegenschaften des FV	P			5	7	9	11
L4 Anzahl betreuter Mietverhältnisse in nichtstaatlichen Liegenschaften	P			410	430	450	470
L5 Anzahl neuer Mietverhältnisse in nichtstaatlichen Liegenschaften	P			20	20	20	20

Wirtschaftlichkeit

B1 Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%)	P			3.24	2.90	2.93	2.83
---	---	--	--	------	------	------	------

Leistungsgruppe 8710	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.590
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 8710
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Sämtliche Indikatoren sind neu und werden erstmals ab 2009 aufgrund der Finanzkennzahlen nach IPSAS ermittelt.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 3.0 Transfer Fluglärmliegenschaften vom BK 8700: Aufwand
- +3.9 Transfer Fluglärmliegenschaften vom BK 8700: Ertrag
- +3.4 Transfer Verwaltungsvermögen in BK 8700: Aufwand
- 1.3 Transfer Verwaltungsvermögen in BK 8700: Ertrag
- 1.0 Höhere kalkulatorische Zinsen wegen höherem Bestand an Finanzvermögen (Neuzugänge bzw. Nicht-Abgänge)
- 1.0 Tiefere Mieterträge (Korrektur/Anpassung an Rechnung 07)

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Keine wesentlichen Veränderungen

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gemäss der neuen Rechnungslegung nach IPSAS wird für Liegenschaften im Finanzvermögen der Verkehrswert bilanziert, was eine Anpassung des Buchwertes um rund 180'000'000 Franken bewirkt, weshalb die Zinsbelastung entsprechend höher ausfällt und auch keine Buchgewinne mehr anfallen.
- Darüber hinaus sind gegenüber dem KEF 2008 - 2011 folgende weitere Änderungen vorgenommen worden:
 - Ab dem Rechnungsjahr 2009 werden Fluglärmliegenschaften vom Buchungskreis 8700 übernommen.
 - Ab dem Rechnungsjahr 2008 wird die Leistungsgruppe Liegenschaftenerfolg durch die Baudirektion übernommen und als Buchungskreis 8710 geführt.
 - Ab dem Rechnungsjahr 2009 werden Liegenschaften, die wegen IPSAS vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen wechseln, in den Buchungskreis 8700 transferiert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	190.3	187.5	0.0	172.2	0.0	174.3	0.0	176.6	178.9	-6.0
- Durchlaufende Bundesbeiträge		154.5		152.4		154.4		156.5	158.5	
Aufwand	-243.4	-251.7	0.0	-238.1	0.0	-242.0	0.0	-245.5	-247.0	1.5
- Durchlaufende Bundesbeiträge		-154.5		-152.4		-154.4		-156.5	-158.5	
Saldo	-53.1	-64.2	0.0	-65.9	0.0	-67.7	0.0	-68.9	-68.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen	6.5	2.8	0.0	2.4	0.0	2.4	0.0	2.4	2.4	3.1
- Durchlaufende Bundesbeiträge		2.5		2.2		2.2		2.2	2.2	
Ausgaben	-19.3	-18.6	0.0	-16.3	0.0	-12.6	0.0	-10.6	-9.9	-14.6
- Durchlaufende Bundesbeiträge		-2.5		-2.2		-2.2		-2.2	-2.2	
Nettoinvestitionen	-12.8	-15.8	0.0	-13.9	0.0	-10.2	0.0	-8.2	-7.5	-11.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	239.4	245.1	0.0	251.2	0.0	253.6	0.0	255.6	257.0	

Aufgaben

- A1 Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
- A2 Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
- A3 Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- A4 Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung und Weiterentwicklung der Ergebnisse aus dem Projekt Kompetenzzentrum Strickhof (RRB 40/2006)	2010	1
E2 Anpassung der Infrastrukturen am Strickhof an die Ausbildungsbedürfnisse und Tierhaltungsbestimmungen	2010	1
E3 Langfristige und verbindliche Sicherung der Fruchtfolgeflächen von 44'000 ha (KEF-Erklärungen Nr. 22 & 23; RRB 503/2008)	2012	1
E4 Umsetzung der Ökoqualitätsverordnung (ÖKV) sowie der Landschaftsentwicklungskonzepte (LEK)	2009	1
E5 Umsetzung der E-Government-Lösung für die Direktzahlungen bei Landwirten	2010	1
E6 Entwickeln und umsetzen der Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung	2015	1
E7 Erstellen des Waldentwicklungsplanes für den Kanton Zürich (gem. Kt. Waldgesetz vom 7.07.1998)	2011	1
E8 Förderung der eigentümerübergreifenden Holznutzung im Privatwald	2011	1
E9 Langfristige und verbindliche Sicherung der bezüglich Artenvielfalt wertvollsten Lebensräume (ca. 3'600 ha)	2012	1
E10 Umsetzung der Massnahmen aus dem Naturschutzgesamtkonzept (NSGK)	2025	1
E11 Festlegen der neuen Pachtbedingungen und der Kalkulation der Jagd- und Fischereierevierpreise	2009	1
E12 Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft (LZ RR 8.5)	2015	1

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschl. landwirtsch. Ausbildung am Strickhof	min.	68%	-	-	-	> 70%	-
W2 Landwirtschaft: Hochbausubventionen; Kostensenkungseffekt je kg produzierte Milch	P	3.70%	3.75%	3.75%	3.75%	3.75%	3.75%
W3 Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen	min.	91%	90%	93%	93%	93%	93%
W4 Wald: Holznutzung im Privatwald (Vergleich z. Zuwachs)	min.	115%	100%	100%	100%	100%	100%
W5 Wald: Holznutzung im öff. Wald (Vergleich z. Zuwachs)	min.	103%	100%	100%	100%	100%	100%
W6 Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten	min.	1.55	> 1	> 1	> 1	> 1	> 1
W7 Bodenschutz: Bodenbeeinträchtiger Flächenanteil bei Bodenrekultivierungen mit weniger als 5'000m2 Fläche	max.	19%	20%	15%	15%	15%	10%
W8 Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände; Anz. Rehwild	P	12'000	12'000	12'000	12'000	12'000	12'000

Leistungen

L1 Strickhof: Anzahl Schülertage (Grundausbildung)	P	65'286	55'000	65'000	60'000	60'000	60'000
L2 Strickhof: Anzahl Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung)	P	47'862	27'000	35'000	35'000	35'000	35'000
L3 Naturschutz: Anteil durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume	P	78%	81%	83%	85%	87%	89%
L4 Naturschutz: Anz. Bewirtschafter von Naturschutzflächen	P	1'671	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700
L5 Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial	min.	70%	75%	75%	75%	75%	80%
L6 Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischerei-Berechtigungen	P	9'584	9'200	9'200	9'200	9'200	9'200

Wirtschaftlichkeit

B1 Landwirtschaft: Mittlere Arbeitsstunden (Median) pro landwirtsch. Hochbauprojekt	P	37	40	42	45	45	45
B2 Wald: Kostendeckungsgrad im Staatswald	min.	57%	50%	50%	50%	50%	50%
B3 Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad	min.	83%	88%	69%	60%	60%	60%

Leistungsgruppe 8800	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-65.922
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-16.312

Budget	Leistungsgruppe 8800
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- E4: Umsetzung durch die Abteilung Landwirtschaft und Fachstelle Naturschutz.
- E6: Umsetzung durch die Abteilungen Landwirtschaft und Wald sowie Fachstelle Bodenschutz.

Indikatoren

- W1: Erhoben per Umfrage alle 4 Jahre an alle Betriebsleiter von Haupterwerbsbetrieben im Kanton Zürich (erstmalig 2003), zusammen mit der Ermittlung der Angaben, welche die Abt. Landwirtschaft für die Ausrichtung der Direktzahlungen benötigt.
- W2: Zeigt die Wirkung der kantonalen Subventionen an Milchviehställen auf die Produktionskosten der Betriebe.
- W6: Entwicklung der Bestände bedrohter Pflanzenarten mit Artenschutzmassnahmen der Fachstelle Naturschutz im Vergleich zur Entwicklung der Bestände bedrohter Arten ohne Schutzmassnahmen.
- W8: Zeigt die Wirkung der Massnahme für einen ausgewogenen und gesunden Nutzwildbestand.
- L3: Zielwert 100% entspricht 3'600 ha gemäss Inventar überkommunaler Schutzgebiete und Naturschutzgesamtkonzept.
- B2: Der Indikator entspricht dem Quotient zwischen Ertrag und Aufwand im Staatswald.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 2.1 Höhere Personalausgaben infolge neuen Stellen, Beförderungen, Stufenanstieg und Teuerung
- 0.3 Höherer Sachaufwand (Kabo-Analytik, Aufwände im Zusammenhang mit dem Holzerlös etc.)
- +1.1 Tiefere Staatsbeiträge (Auswirkung NFA)
- 1.9 Höhere Durchlaufende Beiträge
- 1.3 Höhere interne Aufwände (EDV, ALN-interne Verrechnungen etc.)
- +18.8 Transfer der projektbezogenen Aufwände im Bereich Naturschutz in den Natur- und Heimatschutzfonds
- 0.7 Weniger Erträge aus dem Jagd- und Fischerei-Regal
- +1.2 Höhere Verkäufe, Gebühren und Dienstleistungen
- 0.7 Tiefere Bundesbeiträge
- +1.9 Höhere Durchlaufende Beiträge
- +1.1 Höhere interne Erträge (Pauschalbeitrag Landwirte, Beitrag "Ausbildung Fachangestellte Gesundheit" etc.)
- 18.8 Transfer der projektbezogenen Erträge im Bereich Naturschutz in den Natur- und Heimatschutzfonds

Investitionsrechnung

- +2.1 Tiefere Investitionen für die Hochbauten am Strickhof
- +0.9 Transfer Investitionen im Bereich Naturschutz in den Natur- und Heimatschutzfonds

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Für den Leistungsauftrag "Ausbildung Fachangestellte Gesundheit" sowie die erhöhten Beratungs- und Ausbildungsbedürfnisse am Strickhof werden 5.1 Stellen benötigt, welche im Stellenplan vorhanden sind und im Budget 2009 eingestellt werden. Der Abteilung Wald wurde per 1.01.08 zudem 1 Stelle aus dem Sozialstellenpool zugewiesen.

Indikatoren

- L1: Zunahme der Schülertage um 10'000 bedingt einerseits durch die Ausbildung Fachangestellte Gesundheit - Leistungsauftrag der Bildungsdirektion - und andererseits durch die erhöhte Nachfrage nach den landwirtschaftlichen Ausbildungen.
- L2: Zunahme der Kursteilnehmerstunden bedingt durch die erwartete erhöhte Nachfrage nach den Weiterbildungskursen am Strickhof.
- B1: Zunahme des Arbeitsaufwandes bedingt durch die steigende Komplexität der landwirtschaftlichen Bauvorhaben.
- B3: Die tieferen Erträge aus den Jagdrevierverpachtungen verschlechtern die Wirtschaftlichkeit der Fischerei- und Jagdverwaltung.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Personalausgaben erhöhen sich durch die zusätzlichen Stellen sowie die Personalaufwandentwicklung um Fr. 2.6 Mio. in der Planperiode.

Investitionsrechnung

- Die Investitionsbeiträge für landwirtschaftliche Tiefbauprojekte verringern sich um Fr. 1.5 Mio. bis zum Jahr 2012.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Mit dem geplanten Ausbau des Strickhofes als interkantonales Kompetenzzentrum für die landwirtschaftliche Bildung und Beratung sowie mit dem Leistungsauftrag "Ausbildung Fachangestellte Gesundheit" der Bildungsdirektion steigt der Beschäftigungsumfang im ALN von 251.2 Stellen im Jahr 2009 auf 257.0 Stellen im Jahr 2012 an.

Indikatoren

- B3: Die rückläufigen Einnahmen aus den Patentverkäufen wie die zu erwartenden tieferen Erträge aus den Verpachtungen lassen den Kostendeckungsgrad der Fischerei- und Jagdverwaltung bis zum Jahr 2012 auf 60% sinken.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Beim Vergleich der Erfolgsrechnung mit dem KEF Vorjahr ist folgendes zu berücksichtigen:
 - Transfer der projektbezogenen Aufwände und Erträge im Bereich Naturschutz in den Natur- und Heimatschutzfonds
 - Die neuen Rechnungslegungsnormen IPSAS führen zu neuen Werten bei den Abschreibungen und Zinsen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Durch den Anstieg der Schüler- und Weiterbildungstage sowie der steigenden Komplexität der Ausbildungen am Strickhof sind 5.0 Stellen zusätzlich zu besetzen.



6. Fonds

- 8910 Natur- und Heimatschutzfonds**
- 8940 Denkmalpflegefonds**
- 8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen**
- 8960 Deponiefonds**
- 8970 Kantonaler Waldfonds**
- 8980 Wildschadenfonds**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	20.9	18.8	0.0	35.5	0.0	29.9	0.0	30.1	30.2	44.6
- Übertrag vom GS (8000)		18.0		25.0		19.5		19.5	19.5	
Aufwand	-20.9	-19.2	0.0	-29.9	0.0	-29.6	0.0	-30.1	-30.3	45.3
- Abschreibungen und Zinsen		-3.2		-3.6		-3.7		-3.5	-3.6	
- Übertrag an ALN (8800) / Fachstelle Naturschutz		-9.8								
Saldo	0.0	-0.4	0.0	5.6	0.0	0.2	0.0	-0.0	-0.1	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen	0.1									0.0
Ausgaben	-0.6	-2.9	0.0	-3.8	0.0	-4.0	0.0	-3.8	-3.8	-3.1
Nettoinvestitionen	-0.5	-2.9	0.0	-3.8	0.0	-4.0	0.0	-3.8	-3.8	-3.1
Fondsbestand			0.0	0.8	0.0	1.0	0.0	1.0	0.9	0.0

Aufgaben

- A1 Ausrichtung von Beiträgen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen
A2 Erwerb von Grundstücken (z.B. Wiesen, Moore, Erholungsgebiete mit Infrastruktur) zu Schutzzwecken
A3 Ausrichtung von Entschädigungen für Eigentumsbeschränkungen infolge von Schutzmassnahmen

EntwicklungsschwerpunkteDirektions-
bis
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
Leistungen							
L1 Anzahl Beiträgsempfänger Naturschutz		1671	1700	1700	1700	1700	1700
L2 Anzahl Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte		1	5	5	5	5	5
L3 Anzahl archäologische Projekte		192	175	175	175	175	175
L4 Anzahl Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte		3	5	5	5	5	5
Wirtschaftlichkeit							

Fonds 8910	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	5.610
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-3.760

Budget	Fonds 8910
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Natur- und Heimatschutzfonds basiert auf dem Gesetz zur Finanzierung von Massnahmen zur Schaffung, Erhaltung und Pflege von Natur- und Heimatschutzobjekten sowie von Erholungsgebieten.
- Die Finanzierung des Fonds erfolgt über die allgemeinen Staatsmittel.
- Die administrativen Leistungen des Fonds werden an folgenden Orten erbracht und finanziert: Generalsekretariat, Amt für Raumordnung und Vermessung, Immobilienamt sowie Amt für Landschaft und Natur

Sonstige Bemerkungen

- Durch die erheblichen Umbewertungen der Investitionsbeiträge an Kulturgüter sowie der materiellen Enteignungen infolge der neuen Rechnungslegung nach IPSAS wird das Fondskapital per 01.01.2009 negativ. Um das Fondskapital auszugleichen, wird im Jahr 2009 mit einer Einlage von 5.6 Mio geplant, um in den Folgejahren 2010-2012 ein konstant positives Fondskapital zu halten.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 18.8 Übernahme der Aufwandspositionen Naturschutz vom ALN (Budget 08)
- +9.8 Wegfall des Saldoübertrages an den Naturschutz im ALN (Budget 08)
- 2.1 Mehrkosten Naturschutz infolge Umsetzung Naturschutzgesamtkonzept (NSGK)
- +0.6 Weniger materielle Enteignungen
- +9.0 Übernahme der Ertragspositionen Naturschutz vom ALN (Budget 08)
- +7.0 Höherer Übertrag aus dem Generalsekretariat in den Natur- und Heimatschutzfonds
- +0.7 Mehrertrag infolge Umsetzung Naturschutzgesamtkonzept (NSGK) / Bundesbeiträge

Investitionsrechnung

- 0.9 Übernahme der Nettoinvestitionen Naturschutz vom ALN (Budget 08)

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Für das Jahr 2009 wird mit einem Übertrag in den Natur- und Heimatschutzfonds von 25.0 Mio. Franken geplant, um den Fondsbestand nach der Neubewertung gemäss IPSAS in den positiven Bereich zu bringen. In den Folgejahren 2010 - 2012 wird mit einem Übertrag von 19.5 Mio. Franken pro Jahr geplant, so dass das Naturschutzgesamtkonzept (NSGK) umgesetzt und gleichzeitig der geplante Fondsbestand konstant gehalten werden kann. Die Umsetzung des Naturschutzgesamtkonzepts führt zu zusätzlichem Nettoaufwand von ca. 1.5 Mio. Franken pro Jahr.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der KEF 2008 - 2011 ist nach altem Rechnungslegungsstandard (HRM) erstellt worden und damit nicht direkt vergleichbar mit dem KEF 2009 - 2012, der nach IPSAS (International Public Sector Accounting Standard) erstellt worden ist. Die Unterschiede der beiden Rechnungslegungsstandards führen im Bereich der Investitionen, Abschreibungen und Zinsen zu erheblich unterschiedlichen Werten, die letztlich auch den Fondsbestand beeinflussen.
- Im KEF 2008 - 2011 sind die Aufwands- und Ertragspositionen für den Naturschutz im Amt für Landschaft und Natur (8800) geplant und mittels Saldoübertrag vom Natur- und Heimatschutzfonds verrechnet worden. Im KEF 2009 - 2012 sind nun alle Aufwands- und Ertragspositionen des Naturschutzes direkt im Natur- und Heimatschutzfonds enthalten, was zu erheblich erhöhten Aufwänden und Erträgen führt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	9.6	10.3	0.0	9.6	0.0	9.6	0.0	9.6	9.6	-0.0
- Übertrag vom Lotteriefonds		7.5		8.5		8.5		8.5	8.5	
- Entnahme aus Bestandeskonto		2.2		0.4		0.4		0.4	0.4	
Aufwand	-9.6	-10.3	0.0	-9.6	0.0	-9.6	0.0	-9.6	-9.6	-0.0
- Staatsbeiträge		-0.1		-0.1		-0.1		-0.1	-0.1	
- Abschreibungen und Zinsen		-10.2		-9.5		-9.5		-9.5	-9.5	
- Einlage in Bestandeskonto				0.0		0.0		0.0	0.0	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen	0.1									0.0
Ausgaben	-5.2	-10.2	0.0	-9.5	0.0	-9.5	0.0	-9.5	-9.5	-8.9
Nettoinvestitionen	-5.0	-10.2	0.0	-9.5	0.0	-9.5	0.0	-9.5	-9.5	-8.9
Fondsbestand			0.0	21.8	0.0	21.4	0.0	21.0	20.6	0.0

Aufgaben

A1 Das Auftragschwergewicht liegt bei der Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Basis von Subventionen

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12	Direktions- ziel Nr.
Wirkungen								
Leistungen								
L1 Anzahl Zusicherungen von Beiträgen	P	35	50	50	50	50	50	
Wirtschaftlichkeit								

Fonds 8940	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.378
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-9.500

Budget	Fonds 8940
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Fonds wird aus dem Lotteriefonds dotiert, der seinerseits aus der Landeslotterie finanziert wird und basiert auf dem KRB vom 12. Februar 1973.
- Das Auftragschwergewicht bildet die Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf der Basis von Subventionen.
- Die administrativen Leistungen des Fonds werden im Amt für Raumordnung und Vermessung und im Generalsekretariat erbracht und finanziert.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- +1.0 Höherer Übertrag des Lotteriefonds in die Erfolgsrechnung
- +0.7 Weniger Sofortabschreibungen infolge geringerer geplanter Investitionsbeiträge
- 1.8 Geringere Entnahme aus dem Fondskapital (=Ertrag) infolge kleinerem Aufwandsüberschuss
- +0.1 Wenig höhere Ertragszinsen auf dem Fondskapital

Investitionsrechnung

- +0.7 Geringere Investitionsbeiträge geplant

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Keine wesentlichen Änderungen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Fondsbestand

- Der KEF 2008 - 2011 ist nach altem Rechnungslegungsstandard (HRM) erstellt worden, während der KEF 2009 - 2012 nach dem Rechnungslegungsstandard IPSAS (International Public Sector Accounting Standard) erstellt worden ist. Es ergeben sich dadurch erhebliche Veränderungen vor allem in Bezug auf die Bilanz und auf die Abschreibungen und Zinsen in der Erfolgsrechnung, was letztlich auch einen grossen Einfluss auf das Fondskapital hat.
- Im KEF 2008 - 2011 ist mit einem jährlichen Übertrag aus dem Lotteriefonds von 7.5 Mio. gerechnet worden, während im KEF 2009 - 2012 mit einem Übertrag von 8.5 Mio. pro Jahr gerechnet wird.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	3.8	1.6	0.0	1.6	0.0	1.6	0.0	1.7	1.7	-56.3
- Abgaben von Gemeinden		1.5		1.6		1.6		1.6	1.6	
Aufwand	-3.8	-1.3	0.0	-1.3	0.0	-1.4	0.0	-1.4	-1.4	-63.4
- Beiträge an Betriebe		-0.7		-0.7		-0.7		-0.7	-0.7	
- Abschreibungen und Zinsen										
Saldo	0.0	0.2	0.0	0.3	0.0	0.3	0.0	0.3	0.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand			0.0	1.8	0.0	2.0	0.0	2.3	2.6	0.0

Aufgaben

A1 Zur Finanzierung seiner Aufwendungen für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen führt der Staat einen Fonds, der durch eine jährliche Abgabe der Gemeinden je Einwohnerin und Einwohner gespeist wird. Dabei handelt es sich um die Aufwendungen für den Betrieb der kantonalen Sonderabfallsammelstelle in Zürich, in welche die aus Haushaltungen und Kleingewerbe anfallenden Kleinmengen von Sonderabfällen gesammelt, triagiert und zur Entsorgung weitergeleitet werden, sowie um die Aufwendungen für mobile Sammlungen in den Gemeinden.

Entwicklungsschwerpunkte

E1 Optimierung Sammlung Kleinmengen Sonderabfall; Reduktion der Kosten Direktions-
ziel Nr. 1

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Gesammelte Abfallmenge in t	P	266	220	250	250	250	250
W2 Abgeber bei Sonderabfallsammlungen:	P	22'045	22'300	22'300	22'300	22'300	22'300
W3 - davon bei der stationären Sammelstelle Hagenholz	P	2'443	2'600	2'600	2'600	2'600	2'600
W4 - davon bei mobilen Sammlungen in den Städten Zürich und Winterthur	P	4'159	4'700	4'700	4'700	4'700	4'700
W5 - davon bei mobilen Sammlungen im restlichen Kantonsgebiet (d.h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	15'443	15'000	15'000	15'000	15'000	15'000
Leistungen							
L1 Anzahl mobile Sammlungen jährlich:	P	268	260	260	260	260	260
L2 - davon in den Städten Zürich und Winterthur	P	42	40	40	40	40	40
L3 - davon im restlichen Kantonsgebiet (d.h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	226	220	220	220	220	220
Wirtschaftlichkeit							
B1 Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin	P	Fr. 3.-	Fr. 1,20	Fr. 1,20	Fr. 1,20	Fr. 1,20	Fr. 1,20

Fonds 8950	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.278
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 8950
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

Mit RRB vom Mai 2007 wurde gestützt auf § 4 Abs. 4 der Sonderabfallabgabeverordnung die jährliche Abgabe der Gemeinden ab 1. Januar 2008 auf Fr. 1.20 je Einwohnerin und Einwohner festgesetzt.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Indikatoren

W1 Die Anpassung des Budgets 2009 (Erhöhung auf 250t gegenüber 220t im Budget 2008) erfolgte aufgrund des Ist-Wertes 2007.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	1.8	1.0	0.0	1.2	0.0	1.2	0.0	1.2	1.3	-28.0
- Beiträge von Deponiebetreibern		0.6		0.7		0.7		0.7	0.7	
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand		0.5		0.5		0.5		0.6	0.6	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
Aufwand	-1.8	-1.0	0.0	-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	-1.3	-28.0
- Einlage in Bestandeskonto		-1.0		-1.1		-1.2		-1.2	-1.3	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand			0.0	16.8	0.0	17.9	0.0	19.1	20.2	0.0

Aufgaben

A1 Der Staat übernimmt gemäss Abfallgesetz nach dem Abschluss der aktuell betriebenen Deponien einen Teil der Nachsorgekosten und der Kosten der allfälligen Sanierung. Dazu äufnen die Deponiebetreiber den Deponiefonds mit einer jeweiligen deponierisikoabhängigen Abgabe auf das abgelagerte Material.

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12	Direktions- ziel Nr.
Wirkungen								
Leistungen								
Wirtschaftlichkeit								

Fonds 8960	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	1.140
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 8960
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Zurzeit sind 10 Deponien dem Fonds angeschlossen. Zwei davon, Chalen/Maur und Chühalden/Eglisau, sind bereits in der Nachsorge. Der Fonds hat bei diesen beiden Deponien das Risiko allfälliger Kosten zur Sanierung bereits übernommen. Die Kosten zur eigentlichen Nachsorge (Überwachung, Unterhalt, Klärggebühr) übernimmt der Fonds im Jahr 2016 für die Chalen und 2019 für die Chühalden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Deponiebetreiber öffnen den Deponiefonds mit einer jeweiligen deponierisikoabhängigen Abgabe auf das im Vorjahr abgelagerte Material. Entsprechend werden die Beiträge von Deponiebetreibern budgetiert.
- Die Einlage in das Bestandeskonto ergibt sich aus der Differenz zwischen Aufwand und Ertrag. Der Saldo der Erfolgsrechnung des Fonds im Fremdkapital muss ausgeglichen sein.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.7
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand		0.0		0.0		0.0		0.0	0.0	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
Aufwand	-0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	2.7
- Einlage in Bestandeskonto		-0.0		-0.0		-0.0		-0.0	-0.0	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand			0.0	0.8	0.0	0.8	0.0	0.9	0.9	0.0

Aufgaben

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Fonds 8970	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.025
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 8970
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

Falls bei Waldrodungen keine Ersatzaufforstung möglich ist, muss der Waldbesitzer eine Ersatzabgabe leisten (Art. 8 des Bundesgesetzes über den Wald). Diese Beiträge fliessen in den kantonalen Waldfonds und werden für Walderhaltungsmassnahmen (z.B. spätere freiwillige Aufforstungen) verwendet.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.5	0.5	0.0	0.4	0.0	0.4	0.0	0.4	0.4	-14.2
- Erträge aus Regalien		0.1		0.1		0.1		0.1	0.1	
- Interne Zinsen und weitere interne Erträge		0.0		0.1		0.1		0.1	0.1	
- Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung		0.4		0.2		0.3		0.3	0.3	
Aufwand	-0.5	-0.6	0.0	-0.6	0.0	-0.6	0.0	-0.6	-0.6	6.8
- Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen		-0.6		-0.5		-0.5		-0.5	-0.5	
- Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)		-0.1		-0.1		-0.1		-0.1	-0.1	
Saldo	0.0	-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.1	-0.1	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand			0.0	1.4	0.0	1.2	0.0	1.1	1.0	0.0

Aufgaben

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Entwicklungsschwerpunkte

bis Direktionsziel Nr.

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Vergütung von Wildschäden an Waldbäumen, Feldern und Wiesen sowie Obstbäumen und Reben in Fr.	P	69'361	300'000	305'000	305'000	305'000	305'000
Leistungen							
L1 Anzahl vergütete Wildschadensfälle (inkl. Schäden durch Wildschweine)	P	185	450	350	350	350	350
L2 Anzahl bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen	P	96	100	75	75	75	75
L3 Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume	P	54	60	60	60	60	60
Wirtschaftlichkeit							
B1 Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen im Verhältnis zu den Erträgen aus Jagdpachtzinsen und Jagdpässen	P	13.5%	35%	52%	52%	52%	52%

Fonds 8980	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.195
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 8980
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- A1 Mit dem kantonalen Wildschadenfonds werden einerseits Wildschäden vergütet und andererseits Wildschadenverhütungsmassnahmen (z.B. Zäune und Lebensraumverbesserungsprojekte) finanziert. Er wird durch Beiträge der Jäger (siehe § 8bis des kant. Gesetzes über Jagd und Vogelschutz) und aus der Erfolgsrechnung des Amtes für Landschaft und Natur, Fischerei- und Jagdverwaltung geüfnet.

Indikatoren

- B1 Der Indikator zeigt das Verhältnis zwischen den Beiträgen aus dem Wildschadenfonds und den Einnahmen des Jagdpachtzinses sowie der Jagdpassgebühren in der Erfolgsrechnung des ALN, Fischerei- und Jagdverwaltung.
-

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- +0.1 Weniger Staatsbeiträge für Vorsorge und Behebung von Wildschäden
- 0.2 Kleinerer Übertrag aus der Erfolgsrechnung des ALN, Fischerei- und Jagdverwaltung
- +0.1 Höherer Übertrag aus der Erfolgsrechnung des ALN, Abt. Landwirtschaft, für die Auszahlung der Folgeschäden Schwarzwild

Indikatoren

- L1: Anhand der aktuellen Prognosen und den Ergebnissen des Jahres 2007 ist ein Rückgang auf 350 Fälle zu erwarten.
 - L2: Anhand der aktuellen Vorhersagen und den Fällen des Jahres 2007 ist ein Rückgang auf 75 Verhütungsmassnahmen anzunehmen.
 - B1: Der erhebliche Rückgang der Erträge aus den Jagdpachtzinsen erhöht den Anteil der Wildschäden an den Einnahmen der Fischerei- und Jagdverwaltung aus der Jagd.
-

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- keine wesentlichen Veränderungen
-

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr



7. Projekte

Immobilienamt

- Projekt-Nr. 87H-10630: Bezirksgebäude Dietikon
- Projekt-Nr. 87B-12404: Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich
- Projekt-Nr. 87H-11529: Bezirksgebäude Meilen
- Projekt-Nr. 87H-20184: Rechberg, Umnutzung und Erneuerung Hauptgebäude
- Projekt-Nr. 87H-11900: PJZ / Polizei- und Justizzentrum Hard, Zürich

Tiefbau

- Projekt-Nr. 144: SN 1.4.4 Einhausung Autobahn Schwamendingen
- Projekt-Nr. 533: Ausführungsprojekt Oberlandautobahn, Umfahrung Wetzikon
- Projekt-Nr. 416: N 4 im Knonauer Amt
- Projekt-Nr. 415: N 4 / N 20, Zürich Westumfahrung

AWEL

- Projekt-Nr. 85W-525: Linthkanal, Linthebene (Beitrag Kanton ZH)
- Projekt-Nr. 85W-700 / 85W-718: Thurmündung / Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft / Ausführung (Erste und Folgeetappen)
- Projekt-Nr. 85P-0500: Kataster der belasteten Standorte (KbS)
- Projekt-Nr. 85W-372: Eulach, Winterthur, Hochwasserschutz (Hochwasserrückhalteraum Hegmatten)



Projekt-Nr. 87H-10630	Bezirksgebäude Dietikon
Baudirektion / Immobilienamt	

Kurzumschreibung Projekt
Die Stimmberechtigten des Kantons beschlossen 1985 den Bezirk Dietikon mit dem Bezirkshauptort Dietikon zu gründen. Für die Behörden soll ein geeigneter Bau erstellt werden, um alle Verwaltungseinheiten, die derzeit noch von verschiedenen Stellen aus arbeiten, in Dietikon zusammenzufassen. Das Gebäude beinhaltet Räume für die Rechtspflege, die Staatsanwaltschaft, die Jugendanwaltschaft, das Gefängnis, der Bezirksposten und die Regionalabteilung der Kantonspolizei, das Statthalteramt und den Bezirksrat.
Wirkungsziel:
Räumliche Zusammenfassung und Einrichtung einer Bezirksverwaltung in Dietikon.
Leistungsziel:
Erstellung eines schlüsselfertigen Gebäudes für die Nutzung der Bezirksverwaltung

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-53.6	-7.2	-14.7	-15.5	-7.1		

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 87H-10630	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2002	- Beschluss RR
2004	- Kreditbeschluss KR
2007	- Ausführungsbeginn
2010	- Fertigstellung

Bemerkungen
Ein Rekursverfahren, das erst im März 2005 erledigt werden konnte, führte zu einer Verzögerung des Baubeginns.



Projekt-Nr. 87B-12404	Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich
Baudirektion / Immobilienamt	

Kurzumschreibung Projekt

Zeitgemässer Ersatzneubau anstelle der leerstehenden Liegenschaft, welche einen grossen Instandsetzungsbedarf aufweist, die Anforderungen an moderne Arbeitsflächen nicht mehr erfüllt und das bestehende Flächenpotential nur zu etwa 60% nutzt.

Wirkungsziel:

Aufgabe von Fremdmieten und Ermöglichung von Synergiegewinnen durch die Konzentration von Verwaltungseinheiten in der engeren Zentralverwaltung.

Leistungsziel:

Realisierung eines Ersatzneubaus, welcher die bestehenden Nutzungsreserven an zentralster Lage optimal nutzt und ausschöpft. Der Neubau soll den heutigen Anforderungen an moderne Publikums- (Erdgeschoss) und Büroflächen (Obergeschosse) gerecht werden.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung			-0.20	-0.60	+0.80		
Netto-Investitionen	-12.50			-3.80	-3.40	-5.30	

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 87B-12404

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Genehmigung Projektantrag und Freigabe der Phase Vorstudie nach Standardprozess ImV
2009	- Auswahlverfahren, Projektierungskredit, Projektausarbeitung und Kostenvoranschlag, - Kantonsratsbeschlüsse Eigentumsübertragung der Liegenschaft vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen - sowie Beschluss Objektkredit
2010	- Baubeginn
2011	- Baufertigstellung

Bemerkungen

Kosten (Planungsstand April 2008):

- 2008/09: Laufende Rechnung; Aufwand für Wettbewerb, Planung und Projektierung: 0.80 Mio. Fr.
- 2009: Investition Eigentumsübertragung Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen: 3.80 Mio. Fr.
- 2010: Aktivierung aufgelaufene Planungskosten (0.80 Mio.) und Investitionen Bau (2.60 Mio.): 3.40 Mio. Fr.
- 2011: Investitionen Bau: 5.30 Mio. Fr.

Massnahmen

- Abbruch Liegenschaft Stampfenbachstrasse 28/30, Hauptnutzfläche total ca. 1520 m²
- Ersatzneubau, Hauptnutzfläche total ca. 2450 m² / Nutzungskonzept: Erdgeschoss: publikumsorientierte Nutzung, Obergeschosse: Büronutzung



Projekt-Nr. 87H-11529	Bezirksgebäude Meilen
Baudirektion / Immobilienamt	

Kurzumschreibung Projekt
Erweiterungsbau/Anbau an das bestehende Bezirksgebäude (Erstellungsjahr 1955) sowie Umbau des Altbau.
Wirkungsziel:
Räumliche Zusammenlegung des Bezirksgerichts. Behindertengerechte Erschliessung des Gebäudes (Einbau Lift). Erfüllung feuerpolizeilicher Auflagen im Altbau, Umsetzung des Sicherheitsstandards für die Bezirksverwaltung
Leistungsziel:
Erstellung eines schlüsselfertigen Erweiterungsbaus für die Nutzung des Bezirksgerichts.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-7.315	-2.609	-4.198	-0.508			

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 87H-11529	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2004	- Beschluss RR
2005	- Kreditbeschluss KR
2007	- Beschluss RR Zusatzkredit (Mai/Juni)
2007	- Ausführungsbeginn
2009	- Fertigstellung

Bemerkungen
Da die Rekursverfahren erst im Frühling 2007 abgeschlossen werden konnten, führte dies zu einer Verzögerung des Baubeginns.



Projekt-Nr. 87H-20184	Rechberg, Umnutzung und Erneuerung Hauptgebäude
Baudirektion / Immobilienamt	

Kurzumschreibung Projekt
Erneuerung des Hauptgebäudes unter Einbezug denkmalpflegerischer sowie feuerpolizeilicher Rahmenbedingungen. Umnutzung der Räumlichkeiten für repräsentative Aufgaben des Regierungsrates, des Kantonsrates, aber auch anderer Institutionen des Kantons wie Gerichte, selbstständige öffentlichrechtliche Anstalten usw.
Wirkungsziel:
Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für repräsentative Anlässe (Veranstaltungen, Bankette, Sitzungen, Konferenzen). Beseitigung der aktuellen Leerstände und der damit zusammenhängenden Risiken (Leerstandsschäden, Vandalenakte, Besetzungsrisiko).
Leistungsziel:
Totalsanierung des Gebäudes. Restaurierung Innenausstattung. Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten durch Schaffung eines zusätzlichen Saales. Behindertengerechte Erschliessung (Zugänge, Lifteinbau). Erfüllung Brandschutzauflagen

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	0	-0.10	-1.30	-0.70	+2.10		
Netto-Investitionen	-23.60				-10.00	-13.60	

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 87H-20184	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2003	- Nr. 1191/2003; Projektierungskredit 0.45 Mio. Fr. (Architekturwettbewerb, Projektierung)
2004	- Architekturwettbewerb
2006/07	- Vorprojekt
2008	- Erhöhung Projektierungskredit, Projektausarbeitung und Kostenvoranschlag, Antrag Kantonsrat
2009	- Kantonsratsbeschluss Objektkredit, Submission, Ausführungsplanung
2010	- Baubeginn
2011	- Baufertigstellung

Bemerkungen
Kosten (Planungsstand April 2008):
<ul style="list-style-type: none"> • 2007-2010: Laufende Rechnung; Aufwand für Planung und Projektierung: 2.10 Mio. Fr. • 2010: Aktivierung der aufgelaufenen Planungskosten (2.10 Mio.) und Investition Bau (7.90 Mio.) 10.00 Mio. Fr. • 2011: Investition Bau 13.60 Mio. Fr.
Baumassnahmen
<ul style="list-style-type: none"> • Sanierung und Erneuerung Rechberg: Massnahmen = Umfassende Innenrestaurationen, Sanierung Fenster, Reparaturen Fassade und Dach, Erneuerung Haustechnik, Lifteinbau, Gastroküche, Ausstattung, Audio-Visuelle Anlagen, Feuerpolizeiliche Auflagen; Total 14.20 Mio. Fr. • Einbau Sitzungssaal im Untergeschoss: Massnahmen = Umlegung Werkleitungen, Bodenabsenkung, Baumassnahmen, Ausstattung; Total 9.40 Mio. Fr.
Aktuelle Risiken:
<ul style="list-style-type: none"> • Bau- und Planungsrecht: Einspracherisiken seitens privater Heimatschutzvereine (Projektanpassungen, zeitliche Verzögerungen)



Projekt-Nr. 87H-11900	PJZ / Polizei- und Justizzentrum Hard, Zürich
----------------------------------	--

Baudirektion / Immobilienamt**Kurzumschreibung Projekt**

Neubau eines Polizei- und Justizzentrums auf dem Areal des Güterbahnhofs SBB an der Hohlstrasse in Zürich-Aussersihl.

Wirkungsziel:

Bereitstellung des zukünftigen Raumbedarfs und Zusammenführung der zentralen Abteilungen sowie der Einsatzzentrale der Kantonspolizei, der polizeilichen Ausbildungseinrichtungen, der Besonderen Staatsanwaltschaften sowie der Oberstaatsanwaltschaft und eines zweiten Bezirksgefängnisses für Zürich, unter Einbezug der Polizeihaft. Zusätzliche Integration von Teilen der Jugendstaatsanwaltschaft und des Haftrichteramts sowie eines neuen Rechenzentrums für die Justizdirektion. Anbindung einer Aussenstation des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Zürich. Bereitstellen von Mietflächen für die Aussenstelle Zürich der Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalpolizei des EJPD.

Leistungsziel:

Erstellung eines Neubaus für genannte Nutzungen. (KAPO, StA, JuStA, BGZ, IT/RZ, IRMZ, EJPD)

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-14.1	-9.3	-4.0	+28.4		
Netto-Investitionen	-521.0			-100.0	-103.4	-125.0	-125.0

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 87H-11900

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2001/02	- Testprojekt
2003/04	- Volksabstimmung
2004/05	- Städtebauwettbewerb (Masterplan), Vorbereitung Gestaltungsplan mit UVP
2005/06	- Projektwettbewerb 1. und 2. Etappe (Baufeld I)
2006	- Projektierungskredit RRB 1686/2006
2006/07	- Ausarbeitung Vorprojekte 1 + 2
2007	- Erhöhung Projektierungskredit RRB 1190/2007 - Verabschiedung Vorprojekt 2, November 2007
2007/08	- Festsetzung und Verfahren zum Gestaltungsplan (BD, RR, VG, BG)
2008	- Ausarbeitung und Vernehmlassung Vorprojekt 3, Bauprojekt, Ausschreibung mit Kostenvoranschlag - Präqualifikation GU-Submission, baurechtliches Verfahren 1.Etappe
2009	- Objektkredit (RR,KR) Landkauf Teilfläche 1 (ca. 85%, ca. 54'300 m2) - Durchführung GU-Submission - Abbruch- und Baubewilligung, Baufreigabe
2010	- Baubeginn 1. Etappe (Erweiterungsoption Gefängnis noch unbestimmt)
2012	- Fertigstellung 1. Etappe (Baufeld I)
2013	- Bezug 1. Etappe PJZ
2015/20	- Landkauf Teilfläche 2, (ca. 15%, ca. 9'300 m2) frühestens 2015, spätestens 2020

Bemerkungen

Kostenübersicht 1. Etappe*:

Der vom Stimmvolk genehmigte Rahmenkredit beträgt Fr. 490 Mio., davon entfallen Fr. 110 Mio. auf den Landerwerb.

**Bemerkungen**

* Zum Zeitpunkt der Volksabstimmung umfasste der Rahmenkredit noch zwei Neubauetappen. In der Projektüberarbeitung wurde aus städtebaulichen Überlegungen und aus Kostengründen eine Zusammenlegung der beiden Etappen vorgenommen.

Investitionsbetrag gemäss Gesetz PJZ (Kosten Bau 380 Mio. Fr.; Landkosten Teilflächen 1 und 2: 110 Mio. Fr.) 490 Mio. Fr.

- Teuerung seit Abstimmung (Kosten Bau und Land) 31 Mio. Fr.
- Nettoinvestitionen PJZ, teuerungsbereinigt (Index 2007) 521 Mio. Fr.
- zuzüglich nutzerspezifische Investitionen (gebundene Kosten, Budgetierung durch jeweilige Nutzer) ca. 50 Mio. Fr.

Zu den Zahlen:

- 2007: -14.1 Mio. Fr. Planungskosten kumuliert bis und mit 2007
- 2009: -100.0 Mio. Fr. Investition Landkosten Teilfläche 1 (100 Mio.)
- 2010: -103.4 Mio. Fr. Investition Bau 2010 (75.0 Mio.) und Aktivierung der aufgelaufenen Planungskosten (28.4 Mio.)
- 2013: - 50.6 Mio. Fr. Kostenanfall 2013 (ausserhalb KEF 2009-12)
- 2015-20: -16.9 Mio. Fr. Investition Landkosten Teilfläche 2 (Indexstand 1.2.08)

Anhand der Kostenschätzung des Generalplaners vom März 2007 sind im Rahmen der Investitionsüberprüfung MH06 gemäss RRB 702/2006 aktuell keine Einsparungen möglich. Durch den geplanten Bauablauf werden Fr. 50.6 Mio. der Netto-Investition erst im Jahr 2013 aktiv. Die Gesamtinvestition innerhalb KEF 2009-2012 beträgt Fr. 453.4 Mio.

Objektkreditantrag 2009:

Der für die Realisierung des Polizei- und Justizzentrums Zürich PJZ notwendige Objektkredit der 1. Etappe wird voraussichtlich im März 2009 beim Kantonsrat beantragt.

Der Objektkreditantrag erfolgt gemäss Kostenvoranschlag Dezember 2008.

Kostenzusammenstellung Stand März 2008:

- Auftrag gemäss Gesetz PJZ (Rahmenkredit für KAPO, StA, BGZ) 490.0 Mio. Fr.
- Abzüglich inzwischen auf Zeitpunkt 2015-2020 zurückgestellter Landkauf Teilfläche 2 (Indexstand 1.2.08) - 16.9 Mio. Fr.
- Zwischenzeitlich Aufgelaufene Teuerung (Bau und Landkauf Teilfläche 1, aufindexiert) 30.9 Mio. Fr.
- Total Objektkredit (Netto-Investition, exkl. Land Teilfläche 2, zuzüglich allfällige Zusatzinvest. durch neue Nutzer) 504.0 Mio. Fr.

Allgemein:

Das Baufeld I beinhaltet ca. 60 % des Areals. Das Baufeld II mit ca. 40 % Arealfläche steht aus heutiger Sicht mindestens für die nächsten 15 - 20 Jahre einer einstweiligen kommerziellen Nutzung offen und soll erst später für Polizei- oder Justizaufgaben genutzt werden. Die Anlagen des PJZ auf dem Baufeld I sowie das gesamte Grundstück werden im Verwaltungsvermögen eingestellt.

Die einstweilen kommerziell genutzten Gebäude auf dem Baufeld II sollen frühestens ab 2015 im Finanzvermögen erstellt werden. Für dessen Verwendung ist der Regierungsrat zuständig. Der dafür in Anspruch genommene Landanteil soll zu Gunsten des Verwaltungsvermögens entschädigt werden. Die Gebäude sollen so konzipiert werden, dass sie ohne grössere Umbauten in späterer Zukunft als Erweiterung des PJZ, verwendet werden können.

Aktuelle Risiken:

- Zeitpunkt Rechtskraft Gestaltungsplan (Terminrisiken, Kostenrisiken durch Vorinvestitionen)



Projekt-Nr. 144	SN 1.4.4 Einhausung Autobahn Schwamendingen
Baudirektion / Tiefbau	

Kurzumschreibung Projekt
Mit der Einhausung der Autobahn wird das an die meistbefahrene Verkehrsachse Zürichs angrenzende dicht besiedelte Gebiet Schwamendingen von den hohen Lärmmissionen entlastet. Dies, und der Gewinn an Grünraum, eröffnen dem Quartier neue Entwicklungsperspektiven.
Wirkungsziel:
Lärmschutz, städtebauliche Neugestaltung und Aufwertung des Quarties um die Nationalstrasse SN 1.4.4 Zürich-Nordost in Schwamendingen.
Leistungsziel:
Bau einer Lärmschutzüberdeckung auf bestehendem Niveau (Einhausung), im Trasse der heutigen Nationalstrasse. Deckelnutzung als Grünraum (Parkanlage). Koordination mit privaten Arealüberbauungen der Anrainer.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	-51.4	0	-0.8	-1.3	-1.0	-5.8	-14.0

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 144	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2001	- KR erteilt RR den Auftrag zur Erarbeitung einer Kreditvorlage für eine Einhausung (Motion KR Nr. 225/2001)
2005	- Kreditbeschluss KR vom November 2005 über 50.6 Mio. Fr. Dagegen wurde kein Referendum ergriffen
2006	- Volksabstimmung Stadt Zürich über Beitrag von 39.8 Mio. Fr. wurde am 26.9.2006 angenommen
2008 / 2009	- Definitives Projekt mit Kostenvoranschlag - Plangenehmigungsverfahren (NSG)
2010	- Baubeginn
2013	- Bauende - Inbetriebnahme

Bemerkungen
Kostenanteile: 56% Bund, 25% Kanton, 19% Stadt Zürich
Risiko: Allfällige Beschwerdeverfahren zur Projektfestsetzung UVEK / BAV



Projekt-Nr. 533	Ausführungsprojekt Oberlandautobahn, Umfahrung Wetzikon
Baudirektion / Tiefbau	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Der Wirtschaftsraum Kanton Zürich ist bezüglich Standortattraktivität auf schnelle und durchgängige Verkehrswege angewiesen. Die Umfahrung Wetzikon soll die Lücke im Zürcher Oberland zwischen dem Anschluss Uster Ost (Autobahnende) und dem Kreisell Betzholz schliessen. Damit können die regionalen und nationalen Verkehrsströme kanalisiert und das Siedlungsgebiet von Wetzikon und den anliegenden Gemeinden vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Zusammen mit Massnahmen des ÖV wird die wirtschaftliche Entwicklung des Gebiets gefördert.</p> <p>Die Oberlandautobahn ist im Sachplan Verkehr des Bundes, Teil Massnahmen, im Grundnetz als Nationalstrasse vorgesehen.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Lückenschliessung im kantonalen Hochleistungsstrassennetz.</p> <p>Entlastung der anliegenden Gemeinden vom Durchgangsverkehr.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Der Bau des noch fehlenden Autobahnabschnittes nimmt in hohem Masse Rücksicht auf die Umwelt, der Streckenabschnitt ist zur Hälfte in Tunnels geführt.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	-3.2	-2.0	-0.8	-0.3	0	0	0

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 533	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2001	- Genehmigung des generellen Projektes durch RR
2003	- Genehmigung am 5.5.2003 durch KR des Projektierungskredites von 9 Mio. Fr. für die Ausarbeitung eines Ausführungsprojektes samt Umweltverträglichkeitsbericht
2005 - 2007	- Projektpräsentation mit anschliessender öffentlicher Planaufgabe, Einsprachenbehandlung und Projektänderungen
2008	- Projektfestsetzung am 5.3.2008 durch RR. Öffentliche Auflage RRB und UVB

Bemerkungen

**Projekt-Nr. 416** | **N 4 im Knonauer Amt****Baudirektion / Tiefbau****Kurzumschreibung Projekt**

Der Wirtschaftsraum Kanton Zürich ist bezüglich Standortattraktivität auf schnelle und durchgängige Verkehrswege angewiesen. Die A4 im Knonauer Amt ermöglicht eine schnelle Verbindung zum Wirtschaftsraum Innerschweiz. Sie entlastet die anliegenden Siedlungen vom Durchgangsverkehr.

Wirkungsziel:

Verbinden der Wirtschaftsräume Kanton Zürich und Innerschweiz.

Entlasten der Siedlungen im Knonauer Amt vom Durchgangsverkehr.

Leistungsziel:

Bau einer Nationalstrasse 1. Klasse im Knonauer Amt bestehend aus der offenen Strecke, dem Islisbergtunnel und dem Anschluss Zürich West (Filderen).

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	-215.00	-32.5	-21.4	-17.5	-9.8	-5.1	-2.4

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 416**Jahr** | **Meilensteine / Ergebnisse**

1970	- Genehmigung des Detailprojektes Abschnitt N 4.1.7, Knonau bis Kantonsgrenze Zug
1997	- Rückzug des Teileröffnungsentscheides (N 4.1.7)
1998	- Zustimmung RR zum Ausführungsprojekt (N 4.1.6)
1999	- Entscheid des Verwaltungsgerichtes
2001	- Entscheid des Bundesgerichtes; Genehmigung des Ausführungsprojektes durch das UVEK
2001	- Baubeginn
2009	- Eröffnung der A4 im Knonaueramt

Bemerkungen

Mit den beiden Projekten N 4.1.6 Fildern bis Knonau, und der Fertigstellung der N 4.1.7 Knonau bis Kantonsgrenze Zug, setzt der Kanton den beschlossenen Bau des Bundes im Nationalstrassenbereich um. Das Projekt steht im Zusammenhang mit der Westumfahrung Zürich (Projekt Nr. 415).

Das Projekt befindet sich im Bau, die Inbetriebnahme ist für November 2009 vorgesehen. Bis Ende 2007 sind Bruttoinvestitionen von 637 Mio. Franken aufgelaufen.



Projekt-Nr. 415	N 4 / N 20, Zürich Westumfahrung
Baudirektion / Tiefbau	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Der Wirtschaftsraum Kanton Zürich ist bezüglich Standortattraktivität auf schnelle und durchgängige Verkehrswege angewiesen. Die Westumfahrung Zürich verbindet die Nationalstrassen A1 (Zürich Richtung Bern-Basel) mit der A3 (Zürich Richtung Chur) und schafft die Voraussetzung für den Anschluss der A4 (Zürich Richtung Innerschweiz). Sie knüpft an die bestehende Nordumfahrung an und entlastet die Stadt Zürich vom überregionalen Verkehr.</p> <p>Die flankierenden Massnahmen in Zürich West sind integrierender Bestandteil dieses Projektes.</p> <p>Wirkungsziel: Zusammenschluss der bedeutenden Verkehrswege im Wirtschaftsraum Zürich. Entlastung der Stadt Zürich vom Durchgangsverkehr der A1 (Zürich West) zur A3 (Zürich Brunau).</p> <p>Leistungsziel: Bau einer Nationalstrasse 1. Klasse mit der Umfahrung Birmensdorf (N 20.1.4), dem Üetlibergtunnel (N 4.1.5) und dem Verkehrsdreieck Zürich Süd (Brunau: N 4.1.4). Umsetzung der flankierenden Massnahmen zur Eindämmung des Durchgangsverkehrs in Zürich West.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	-594.8	-39.9	-24.6	-12.0	-6.4	-2.8	-0.9

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 415	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
1996	- Kreditbeschluss RR vom 28. August 1996
1996	- Spatenstich in der Filderen, Baubeginn (September)
1999	- Vergaben/Baubeginn der Eggrain-, Hafnerberg-, Aeschertunnel
2001	- Vergaben/Baubeginn des Üetlibergtunnels
2006	- Teileröffnung Abschnitt Urdorf Süd bis Lunnerntal (Anschluss Birmensdorf)
2008	- Projektfestsetzung und Einsprachenentscheid StR und RR zu den flankierenden Massnahmen
2009	- Eröffnung der Westumfahrung Zürich (Mai)
2011	- Fertigstellung der flankierenden Massnahmen

Bemerkungen
<p>Mit dem Projekt setzt der Kanton den beschlossenen Bau des Bundes im Nationalstrassenbereich um. Dabei übernimmt der Bund Kosten in der Höhe von 80%. Der Objektkredit stellt für den Kanton eine gebundene Ausgabe in der Kompetenz der Regierung dar.</p> <p>Die Gesamtkosten der flankierenden Massnahmen von 61.5 Mio. Fr. werden zu 60% vom Bund, 24% vom Kanton und 16% von der Stadt Zürich übernommen.</p> <p>Das Projekt befindet sich im Bau. Bis Ende 2007 sind Bruttoinvestitionen von rund 2'732 Mio. Fr. aufgelaufen.</p>



Projekt-Nr. 85W-525	Linthkanal, Linthebene (Beitrag Kanton ZH)
Baudirektion / AWEL	

Kurzumschreibung Projekt
Sanierung und Ausbau des Escher- und Linthkanals
Wirkungsziel: Verbesserter Hochwasserschutz der Linthebene mit den für den Kanton Zürich wichtigen Infrastrukturanlagen (Stromleitungen, Strassen) und Erhaltung des Walensees als Rückhalteraum (günstige Wirkung für Zürichsee).
Leistungsziel: Sanierung des Escher- und Linthkanals mit den erforderlichen Sicherheitsstandards und unter Beachtung der Umweltbelange.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-8.30	-0.66	-0.56	-0.53	-0.48	-0.85	-0.95

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-0.13	-0.19	-0.10**)	-0.12**)	-0.14**)	-0.18**)
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 85W-525	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2002	- KR-Beschluss Nr. 3839a/2002 (Interkantonale Vereinbarung über das Linthwerk)
2006	- Planaufgabe (150 Einsprachen)
2007	- Projektfestsetzung
2008	- Baubeginn Escherkanal
.	- Bau Linthkanal ist noch blockiert wegen ausstehendem Bundesgerichtsentscheid.
2018	- Projektende

Bemerkungen
Der Kanton Zürich ist mit 10% der Nettoinvestitionen (abzüglich Bundesbeiträge) beteiligt.
Die Auswirkungen der Umsetzung auf die Finanzen des Staatshaushalts beinhalten Zinsen und Abschreibungen. Entlastung der Rechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich und von Privaten auf Grund der Durchführung des Projekts (Vermeidung von Schäden und Haftungsansprüchen) ist hingegen nicht berücksichtigt.
**) Neuer Abschreibungsmodus nach IPSAS, weshalb sich ab dem Jahr 2009 die Höhe der Abschreibungen und Zinsen verändert.



Projekt-Nr. 85W-700 / 85W-718	Thurmündung / Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft / Ausführung (Erste und Folgetappen)
--	--

Baudirektion / AWEL

Kurzumschreibung Projekt

Der Hochwasserschutz für Ellikon am Rhein und das Flaacherfeld sind nicht gewährleistet. Die Abflusskapazität der kanalisierten Thur ist zu klein. Das Projekt soll den Hochwasserschutz verbessern und das Auengebiet der Thurmündung revitalisieren. Das Auengebiet von nationaler Bedeutung ist das grösste im schweizerischen Mittelland.

Wirkungsziel:

Verbesserter Hochwasserschutz der anliegenden Siedlungen und Landwirtschaftsgebiete; Erhaltung und Revitalisierung des Thur-Auengebiets.

Leistungsziel:

Verbesserungen und Verstärkungen an den Hochwasserdämmen; Revitalisierung des Auengebiets.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		+0.62 *)	+3.13 *)	+1.10 *)	0.00 *)	0.00 *)	0.00 *)
Netto-Investitionen	-25.98 **)	-0.08	-3.13	-4.48	-4.56	-3.01	-3.24

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung			-0.01	-0.17 ***)	-0.37 ***)	-0.56 ***)	-0.69 ***)
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 85W-700 / 85W-718

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2005	- Projektfestsetzung RRB Nr. 370/2005
2006	- Kreditbeschluss KR vom 04.12.2006
2007	- Landerwerb
2008	- Baubeginn
2019	- Bauende

Bemerkungen

Das Projekt steht im Zusammenhang mit der Konzession für das Kraftwerk Eglisau.

Die Revitalisierung der Auenlandschaft stützt sich auf die Auenverordnung des Bundes.

Die Auswirkungen der Umsetzung auf den Staatshaushalt beinhalten Zinsen und Abschreibungen. Entlastung der Rechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich und von Privaten auf Grund der Durchführung des Projekts (Vermeidung von Schäden und Haftungsansprüchen) ist hingegen nicht berücksichtigt.

Mit Beschluss vom 04.12.2006 bewilligte der Kantonsrat einen Rahmenkredit von 42,482 Mio. Franken.

*) Die Heimfallverzichtsentschädigung des Kraftwerks Eglisau wird gemäss dem Projektfortschritts beim Thurauen-Projekt 1. Etappe (85W-700) vereinnahmt. Ab dem Jahr 2010 ist keine Heimfallverzichtsentschädigung mehr geschuldet.

***) Gemäss Kreditbeschluss KR vom 04.12.2006.

****) Neuer Abschreibungsmodus nach IPSAS, weshalb sich die Höher der Abschreibungen/Zinsen ab 2009 verändert.



Projekt-Nr. 85P-0500	Kataster der belasteten Standorte (KbS)
Baudirektion / AWEL	

Kurzumschreibung Projekt
Erstellung des Katasters der belasteten Standorte (KbS) nach Bundesrecht (Altlastenverordnung/AltIV vom 26. August 1998). Überprüfen aller Standorte aus dem Altlastenverdachtsflächen-Kataster (VFK) und Eintrag im KbS / Löschung im VFK.
Wirkungsziel:
Mit dem KbS sollen die von Altlasten ausgehenden Gefahren minimiert, Grundlagen für das Flächenrecycling geschaffen und Planungssicherheit für die Standortinhaber gewährt werden. Der Kataster ist öffentlich.
Leistungsziel:
Bis 2012 sollen die 13'000 Standorte aus dem VFK überprüft und sofern notwendig in den KbS aufgenommen werden.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung	-27.0	-2.26	-2.19	-1.73	-1.62	-1.86	-0.81 *)
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-0.10 **)	-0.10 **)	-0.10 **)	-0.10 **)	-0.10 **)	-0.10 **)
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 85P-0500	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
	- Summe abgeklärter Standorte kumulativ:
2007	- 9'250 (Ist)
2009	- 10'775 (Budget)
2012	- 13'000 (Ziel)

Bemerkungen
*) Die Beträge der einzelnen Jahre 2007 bis 2012 setzen sich zusammen aus:
Aufwand
<ul style="list-style-type: none"> • Fachgruppe Betriebsstandorte KbS (Gehälter, Sozialbeiträge Arbeitgeber, Infrastruktur) • Informatik O+I (Abschreibungen/Zinsen für die Applikation "al-Informatik") • Dienstleistungen Dritter • Entschädigung Temporäre
Ertrag
<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsbeiträge Bund gemäss USG-Revision vom 01.11.2006 (in den Jahren 2007 bis 2010 von je 0,5 Mio. Franken, total 2 Mio. Franken)
***) Aufwendungen für die Nachführung KbS.



Projekt-Nr. 85W-372	Eulach, Winterthur, Hochwasserschutz (Hochwasserrückhalteraum Hegmatten)
Baudirektion / AWEL	

Kurzumschreibung Projekt
Hochwasserrückhalteraum mit einem wirksamen Rückhaltevolumen von rund 550'000 m ³ . Maximale Höhe des Abschlussdamms rund 3,5 m ab Terrain. Unterirdischer Zufluss aus dem Entlastungskanal Hegi.
Wirkungsziel:
Verbesserter Hochwasserschutz für Winterthur. Reduktion des Schadenpotentials um 400 Mio. Franken.
Leistungsziel:
Bau des Zuflusskanals und des Rückhalteraaumes mit den erforderlichen Sicherheitsstandards.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung		-0.04	-0.05	-0.05	-0.05	-0.05	+1.07 *)
Netto-Investitionen	-32.40					-0.09	-5.00 *)

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saldo Erfolgsrechnung						-0.09	-0.03
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 85W-372	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Vernehmlassung / Planaufgabe
2008	- Projektfestsetzung
2012	- Baubeginn

Bemerkungen
*) Übertrag der aufgelaufenen Planungs-/Projektierungskosten von der Erfolgsrechnung in die Investitionsrechnung.
Die Auswirkungen der Umsetzung auf die Finanzen des Staatshaushalts beinhalten Zinsen und Abschreibungen. Entlastung der Rechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich und von Privaten auf Grund der Durchführung des Projekts (Vermeidung von Schäden und Haftungsansprüchen) ist hingegen nicht berücksichtigt.



Entwicklungen der Funktionsbereiche



Einleitung zu den Funktionsbereichen

Die Funktionsbereiche dienen der Planung und Steuerung von direktionsübergreifenden, verwaltungs-internen Aufgabenbereichen. Aus einer Querschnittsperspektive heraus wird dargelegt, welche Mittel der Staat als Input für die Erfüllung der Staatstätigkeit benötigt und welche strategischen Ziele er betreffend dieser Ressourcen verfolgt.

Die Planung der Funktionsbereiche bestimmt die Rahmenordnung respektive die Leitplanken, innerhalb welcher die Verwaltung ihre Hauptleistungen erbringt. Direktionsübergreifende Standards legen die Entwicklung in den Potentialbereichen fest, definieren, welche Ressourcen der Verwaltung insgesamt zur Verfügung stehen und welche Restriktionen zu beachten sind. Somit konzentriert sich die Planung der Funktionsbereiche auf die Innenwirkung (auf die Verwaltung) und verzichtet auf die Betrachtung der Aussenwirkung (Wirkung der Verwaltungstätigkeit auf gesellschaftliche Anliegen, wie z.B. Vollzug des Umweltrechts oder Förderung der Gleichstellung ausserhalb der kantonalen Verwaltung; dieser Output ist in den einzelnen Leistungsgruppen umschrieben).

Zur Planung und Steuerung der entsprechenden Funktionsbereiche werden ein Personalcontrolling, ein Ökocontrolling (betrieblicher Umweltschutz), ein Immobiliencontrolling sowie ein IT-Controlling aufgebaut. Direktionsübergreifend geltende Ziele wie z.B. die Personalförderung oder die Erhöhung des Recyclinganteils sind nicht in jeder Leistungsgruppe aufgeführt, sondern im jeweiligen Funktionsbereich erwähnt. Sie gelten gleichwohl für alle Ämter.

Aufbau

Nach einer kurzen Information über die seit dem letzten KEF eingetretenen Veränderungen (Abschnitt 1) zeigt ein Überblick, wie der Funktionsbereich organisiert ist und welche allgemeinen Trends ihn prägen (Abschnitt 2). Der erkannte Handlungsbedarf bestimmt die in Abschnitt 3 dargelegten strategischen Ziele, bei denen jeweils angegeben wird, mit welchen Projekten und Massnahmen sie verfolgt werden. Dieser Ressourceneinsatz setzt finanzielle Mittel voraus, deren Entwicklung in Abschnitt 4 dargestellt wird. Der Zielerreichungsgrad wird sodann mittels Indikatoren erhoben (Abschnitt 5), wo diese bereits vorliegen. Bei ungenügender Zielerreichung sollen entweder Steuerungsmassnahmen ergriffen oder - bei markanten Umfeldveränderungen - die strategischen Ziele angepasst werden.

Immobilien

Entwicklungsplanung

- 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres**
- 2. Organisation**
- 3. Liegenschaften im Finanz- und Verwaltungsvermögen**
- 4. Leitsätze für die strategische Führung**
- 5. Strategische Ziele**
- 6. Projektplan Immobilienmanagement Kanton Zürich**



1. Veränderung gegenüber dem KEF des Vorjahres

Der Regierungsrat hat im Rahmen des Sanierungsprogramms San04 erkannt, dass ihm die notwendigen Informationen und Instrumente fehlen, um den Immobilienbereich strategisch führen zu können. Das im Jahre 2003 eingeleitete Projekt „Immobilien“ hatte zum Ziel, diesen Missstand zu beseitigen. Aufgrund dessen wurden mit dem Regierungsratsbeschluss vom 30. November 2005 das Leitbild und die strategischen Ziele für die Betriebsliegenschaften (Verwaltungsvermögen) festgelegt. Weiter wurde beschlossen, dass ein Immobilienamt innerhalb der Baudirektion zu schaffen sei.

Der Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 beinhaltet auch das Projekt Strukturbereinigung in der Zentralverwaltung. Mit Beschluss Nr. 1295 entschied der Regierungsrat am 29. August 2007 die - bislang in der Finanzdirektion angeordnete - Abteilung Liegenschaftsverwaltung neu in das Immobilienamt der Baudirektion zu überführen. Damit sollen Schnittstellen beseitigt und effiziente Prozesse ermöglicht werden.

2. Organisation

Im Rahmen des oben erwähnten Sanierungsprogramms wurde das Immobilienamt per 1. Juli 2006 geschaffen. Auf diesen Zeitpunkt wurden die Abteilungen Landerwerb aus dem Generalsekretariat und Bewirtschaftung aus dem Hochbauamt ins neue Amt überführt. Die dritte und direktionsübergreifende Abteilung Steuerung & Portfoliomanagement wurde vollständig neu rekrutiert. Ende 2006 war der Soll-Bestand bis auf wenige Mitarbeitende erreicht. Die Grundlage für die Tätigkeit des Immobilienamtes bildet die Immobilienverordnung (ImV), die am 24. Januar 2007 durch den Regierungsrat genehmigt wurde.

Per 1. Oktober 2007 wurden die Mitarbeiter und Aufgaben der Liegenschaftsverwaltung (FD) operativ ins Immobilienamt (BD) eingegliedert. Die Grundbuchgeschäfte wurden dabei der Abteilung Landerwerb, die Eigentümerversetzung für die Liegenschaften des Finanzvermögens sowie die Mietgeschäfte der Abteilung Steuerung & Portfoliomanagement übertragen.

3. Liegenschaften im Finanz- und Verwaltungsvermögen

Definition Finanz- und Verwaltungsvermögen

Ausgehend von der Definition der Ausgabe werden die Aktiven in Finanz- und Verwaltungsvermögen unterschieden. Das Finanzvermögen bestehend aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen.

4. Leitsätze für die strategische Führung

4.1. Liegenschaften des Verwaltungsvermögens

Die strategische Führung im Immobilienbereich, mit Fokus auf die Abteilung Steuerung & Portfoliomanagement, umfasst sämtliche Liegenschaften, die der Staat für die Erfüllung der Kernaufgaben benötigt. Sie werden als Betriebsliegenschaften bezeichnet und umfassen Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sowie Mietverhältnisse mit Dritteigentümern. Die strategische Führung erstreckt sich zudem auch auf die Liegenschaften der Spezialfonds des Finanzvermögens (Strassenfonds, Natur- und Heimatschutzfonds und ehemaliger Fluglärmsfonds), weil die entsprechenden Liegenschaften ausschliesslich zum Zweck der Unterstützung des entsprechenden Kerngeschäfts beschafft und bewirtschaftet werden.



Mit dem Leitbild und den strategischen Zielen für die Betriebsliegenschaften schafft der Regierungsrat die Grundlage für alle Aktivitäten in diesem Bereich. Damit soll eine zeitgerechte Steuerung und die Reaktionsfähigkeit bei sich verändernden Verhältnissen ermöglicht werden. Ebenso wichtig sind die Kontinuität in den Entscheidungen und die Schaffung von Transparenz.

Die organisatorischen Grundlagen hat der Regierungsrat in drei Leitsätzen definiert:

1. Leitsatz: Besitzverhältnisse

Zur Sicherstellung der optimalen Erfüllung seiner dauernden Kernaufgaben besitzt der Staat die dafür notwendigen Immobilien im Verwaltungsvermögen. Die Interessenwahrung der Eigentümerschaft für die Betriebsliegenschaften wird im Auftrag des Regierungsrates durch das Immobilienamt wahrgenommen.

2. Leitsatz: Organisationsvorgaben Immobilienmanagement

Diese Interessenwahrung erfolgt über ein Immobilienmanagement (Steuerung & Portfoliomanagement). Die verschiedenen Rollen der Beteiligten Nutzer/Eigentümer/Bewirtschafter/zentrales Bau-fachorgan sind organisatorisch konsequent auseinander zu halten.

3. Leitsatz: Zielsetzungen Immobilienmanagement

Das Immobilienmanagement gewährleistet optimale infrastrukturelle Voraussetzungen für die Erfüllung der Kernaufgaben der Nutzer. Es hat sich dabei an den Kriterien Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu orientieren und angemessen Rücksicht auf soziale, architektonisch-städtebauliche und ökologische Anliegen zu nehmen.

4.2. Liegenschaften des Finanzvermögens

Die Bilanzierung wie auch die finanzrechtliche Zuteilung der Liegenschaften zum Finanz- und Verwaltungsvermögen werden durch das Gesetz über Controlling und Rechnungswesen (CRG) geändert. Der Begriff der öffentlichen Aufgabenerfüllung bleibt Abgrenzungskriterium für das Finanz- und Verwaltungsvermögen. Das Halten von Kulturgütern wie auch der Liegenschaften des Natur- und Denkmalschutzes wird als staatliche Aufgabe aufgefasst, weshalb diese Liegenschaften neu dem Verwaltungsvermögen zuzuordnen sein werden.

Die durch den Regierungsrat seit den Neunzigerjahren befolgte Politik, Liegenschaften des Finanzvermögens zu veräussern, wenn für sie künftig keine Verwendung für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder für Tauschgeschäfte besteht und wenn ein interessanter Kaufpreis erzielt werden kann (RRB1037/2006), wird neu durch das Immobilienamt unter Berücksichtigung der Immobilienstrategie überarbeitet.

Solange keine Überschussliquidität anzulegen ist, besteht kein Bedarf an Liegenschaftskäufen als Kapitalanlage für das Finanzvermögen. Obwohl die Liegenschaften im Finanzvermögen keine direkte Kapitalanlage bedeuten, stellen sie einen beträchtlichen finanziellen Vermögenswert dar und sollten demzufolge vermehrt nach Renditeüberlegungen bewirtschaftet werden. Dies setzt voraus, dass sie ab 2009 einerseits einer baulichen Zustandbeurteilung und andererseits einer neuen Einzelbewertung unterzogen werden. Die zum Teil aus dem Marktwert abzuleitenden Mieterträge sowie Betriebs- und Unterhaltskosten werden zugunsten einer angemessenen Rendite neu angepasst.



5. Strategische Ziele Immobilienmanagement

Die Umsetzung der Immobilien-Strategie erfolgt in drei strategischen Schwerpunkten:

1. Planung

Die Bedarfsplanung der Ressource Immobilie erfolgt zukunftsbezogen und ganzheitlich.

Grundsätze:

- Vor Inangriffnahme von Neubauten oder Umbauten an bestehenden Immobilien oder vor Zuminierung zusätzlicher Flächen müssen – im Sinn von Alternativen – sämtliche organisatorischen Massnahmen (Aufgabenänderung, Aufgabenverzicht, Nutzungstausch, Nutzungsverdichtung oder Nutzungsverlegung) geprüft worden sein.
- Alle immobilienrelevanten Massnahmen sind auf das Leitbild und die Erfüllung der strategischen Immobilienziele ausgerichtet. Sie werden beurteilt nach: Wichtigkeit (strategische Bedeutung), Dringlichkeit (zeitliche Priorität) und Wirtschaftlichkeit (Finanzierbarkeit/Folgekosten/Einsparungen)
- Mit zielgerichteter Planung soll/en der Kapitaleinsatz möglichst gering gehalten, die Werterhaltung gesichert, Folgeschäden vermieden und Bewirtschaftungskosten optimiert werden.

2. Bereitstellung

Die Bereitstellung der Ressource Immobilie erfolgt in angemessener Qualität und zu angemessenen Kosten.

Grundsätze:

- Eine hohe Funktionalität der Immobilie soll die Sicherstellung der Infrastrukturvoraussetzungen für die Leistungserbringung der Nutzer gewährleisten. Es sind bauliche Standardlösungen mit grosser Flexibilität zu realisieren. Abweichungen davon sind dort vorzusehen, wo eine Standardlösung die wirtschaftlich schlechtere Wahl ist. Die Ausbauqualität orientiert sich neben den betrieblichen Anforderungen nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer und nicht nach der Lebensdauer der Immobilie.

3. Bewirtschaftung

Die Bewirtschaftung der Ressource Immobilie erfolgt nutzergerecht nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit.

Grundsätze:

- Die Bewirtschaftung der Immobilien erfolgt im Rahmen der ganzheitlichen Betrachtung der baulichen und gebäudetechnischen Anlagen, betrieblichen Einrichtungen sowie personenbezogenen Dienstleistungen zur Schaffung förderlicher Arbeits- und Aufenthaltsverhältnisse.
- Die dynamische und auf die unterschiedlichen Anforderungen abgestimmte Erbringung von Dienstleistungen unterstützt die langfristige Werterhaltung und Verfügbarkeit der Immobilie sowie die Kernprozesse der Nutzer.
- Die Bewirtschaftung entspricht wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen und erfolgt zu marktgerechten Kosten. Zur Schaffung von Anreizen für einen sparsamen und effizienten Umgang



mit Ressourcen werden die Kosten den Nutzern transparent ausgewiesen.

6. Projektplan Immobilienmanagement Kanton Zürich

Der Aufbau der erforderlichen Grundlagen für das kantonale Immobilienmanagement erfolgt in einzelnen, planbaren Handlungsfeldern bzw. Teilschritten.

Nr.	Thema/Projekt	Ziel/Nutzen	Realisierungszeitraum
1	Zustandsbewertung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	Basis für Projekt 2 (Einzelbewertung) sowie Unterhalts- und Investitionsplanung Durchführung und Nachführung: Hochbauamt	2008 abgeschlossen Nachführung laufend
2	Einzelbewertung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	Grundlage für Anlagenbuchhaltung (IPSAS) sowie Unterhalts- und Investitionsplanung/-strategie	2008 abgeschlossen
3	Bewertung der Liegenschaften des Natur- und Heimatschutzfonds	Grundlage für Anlagenbuchhaltung (IPSAS) sowie Unterhalts- und Investitionsplanung/-strategie	2008 abgeschlossen
4	Zustandsbewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens	Grundlage für Unterhalts- und Investitionsplanung	2008-2009 Nachführung laufend
5	Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens	Grundlage für Anlagenbuchhaltung (IPSAS) sowie Unterhalts- und Investitionsplanung/-strategie	2009
6	Überarbeitung der Immobilienstrategie	Der Kanton Zürich verfügt für seine Liegenschaften (Verwaltungs-, Finanzvermögen, Fonds) über spezifische Immobilienstrategien. Die Strategie unterstützt den Kanton bei der langfristigen Erfüllung seiner Aufgaben, der Effizienz der Verwaltung und der Sicherung einer nachhaltigen Rentabilität.	2009
7	Immobilienorganisation	Definierte und abgestimmte Rollen und Schnittstellen für alle Akteure des Immobilienmanagement	2009-2010
8	Liegenschafts- und Raumkostenrechnung	Transparente Liegenschafts- und Raumkostenrechnung nach immobilienwirtschaftlichen Kriterien; Grundlage für spezifische Nutzervereinbarungen (Serviceleistungen, -standard, -verrechnung)	2009-2010
9	Nutzervereinbarungen	Langfristige Vereinbarungen betreffend räumlichen und baulichen Bedürfnissen und Nutzerstrategien; Definition Serviceleistungen, -standard, -kosten und Verrechnung	2009-2011



Informatik

Entwicklungsplanung

- 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres**
- 2. Organisation**
- 3. Strategische Ziele**
- 4. Finanzielle Entwicklungen**



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

Die seit einigen Jahren in Arbeit befindliche Informatikstrategie wurde Mitte 2007 vom KITT verabschiedet und seither ergänzt. Sie ist vom Regierungsrat noch nicht für verbindlich erklärt worden. Insbesondere wurde bei den strategischen Schwerpunkten in Übereinstimmung mit dem Umsetzungsplan der Schwerpunkt ‚Vereinheitlichung und Zentralisierung der Kollaborationsplattform‘ ersetzt durch den Schwerpunkt ‚Schaffung einer einheitlichen Benützeroberfläche‘. Der ersetzte Schwerpunkt ist in der Umsetzung und daher kein Schwerpunkt des KEF-Zeitraums 2009–2012 mehr.

Der Abschnitt ‚Finanzielle Entwicklung‘ wird um den neuen Indikator ‚Arbeitsplatzkosten‘ ergänzt.

2. Organisation

Für die strategische Führung der **direktionsübergreifenden Informatik** ist seit Anfang 2005 das Kantonale IT-Team (KITT) verantwortlich. Das KITT setzt sich aus je einem Vertreter der Direktionen und der Staatskanzlei zusammen. Das KITT ist die fachlich vorgesetzte Stelle der KITT-Geschäftsstelle, welche die Entscheide des KITT umsetzt und für die Geschäftsführung zuständig ist. Die KITT-Geschäftsstelle ist eine Amtsstelle der Finanzdirektion.

Weitere Elemente der KITT-Organisation sind sogenannte Kompetenzzentren (CC) und Servicezentren (SC). CC sind verwaltungsinterne Einheiten, welche den Betrieb von direktionsübergreifenden Diensten koordinieren. SC sind interne oder externe Stellen, welche den Betrieb sicherstellen und unter der Führung eines CC die Leistungen erbringen. Seit 2005 tätig ist das CC Netzwerkdienste, welches der KITT-Geschäftsstelle angeschlossen ist und für die direktionsübergreifenden Netzwerkdienste (*LEUnet*, Verzeichnisdienste, Domain Name System DNS, Internet-Zugriff) zuständig ist. 2005 wurde das CC IT-Sicherheit eingeführt. Es ist in der Direktion der Justiz und des Inneren eingegliedert und Mitte 2008 noch im Aufbau. Die Schaffung und Weiterentwicklung von Kompetenz- und Servicezentren ist eine der Schwerpunktaufgaben im Bereich Organisation im KEF-Zeitraum.

Das Informatikcontrolling wird durch die Informatikcontroller auf Direktionsebene und durch die KITT-Geschäftsstelle auf Verwaltungsebene durchgeführt.

Die **bereichsinterne Informatik**, d. h. die Realisierung der Informatikvorgaben und der Betrieb der Informatik in den Amtsstellen und Direktionen ist Aufgabe der Amtsstellen und Direktionen. Sie müssen sich einerseits an die im KITT gefällten Strategieentscheide halten, können andererseits durch ihr KITT-Mitglied die Strategieentscheide beeinflussen und ihre Interessen einbringen. Der weitaus grösste Teil der Informatikausgaben erfolgt in der bereichsinternen Informatik.

3. Strategische Ziele

Die strategischen Ziele werden in drei Unterlagen festgelegt: dem Leitbild, der Informatikstrategie und der Umsetzungsplanung der Informatikstrategie.

Das Leitbild wurde vom Regierungsrat im Dezember 2006 festgelegt. Das KITT hat die Informatikstrategie und die Umsetzungsplanung im Juni 2007 verabschiedet und im Zeitraum November 2007 bis Mai 2008 im Auftrag der Finanzdirektion überarbeitet und ergänzt.

Die **Umsetzung der Informatik-Strategie** erfolgt in vier strategischen Schwerpunkten:

1. Verstärkung der strategischen Ausrichtung
2. Verbesserung der Informatiksicherheit
3. Verbesserung und Vereinheitlichung des Dokumentenmanagements
4. Schaffung einer einheitlichen Benützeroberfläche für die Mitarbeitenden (Portal)

1. Verstärkung der strategischen Ausrichtung

Die Informatik soll auf die neue Informatikstrategie ausgerichtet und es sollen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung geschaffen werden.



Stand: Parallel zur Erarbeitung der Informatikstrategie ist auch deren Umsetzung geplant worden. Zur Umsetzung des Ziels ‚Verstärkung der strategischen Ausrichtung‘ sind sechs Vorhaben geplant: Erarbeitung von technischen Standards und Architekturen sowie Aufbau des strategischen Informatikcontrollings, Zentralisierung auf Direktionsstufe, Zentralisierung der Betriebsstandorte, Schaffung eines Kompetenzzentrums ‚Projektmanagement‘, Pflege und Erweiterung der bestehenden KITT-Leistungen und die strategische Ausrichtung bestehender direktionsübergreifender Leistungen.

Umsetzung: Alle Vorhaben sollen im Zeitraum bis 2011 umgesetzt werden. Die ersten vier der sechs Vorhaben wurden als Vorhaben mit hoher Priorität eingestuft und es sind Vorarbeiten geleistet worden. Federführend bei der Umsetzung ist das KITT.

2. Verbesserung der Informatiksicherheit

Es soll sichergestellt werden, dass beim Einsatz der Informatik die Vorschriften betreffend Datenschutz, Sicherheit und Umgang mit Informationen und Personendaten eingehalten werden. Es sollen Rollen und Verantwortlichkeiten zugewiesen werden.

Stand: Auch zu diesem Ziel sind Vorhaben zu dessen Umsetzung geplant. Es sind dies: der Ausbau des erst in Ansätzen bestehenden Kompetenzzentrums IT-Sicherheit und die Erarbeitung eines Identity- & Access-Managements (IAM). Das Kompetenzzentrum soll die zentrale Anlaufstelle für Sicherheitsfragen in der Informatik werden und Aufgaben in der Beratung, der Beschaffung und dem Betrieb der direktionsübergreifenden Sicherheitsinfrastruktur wahrnehmen. Beim IAM geht es um eine direktionsübergreifende Lösung für die Benutzerverwaltung und die Vergabe von Zugriffsrechten.

Umsetzung: Beide Vorhaben sollen im Zeitraum bis 2011 unter Federführung des KITT umgesetzt werden, das erste mit hoher, das zweite mit mittlerer Priorität.

3. Verbesserung und Vereinheitlichung des Dokumentenmanagements

Angestrebt wird eine geordnete und nachvollziehbare Verwaltung der Dokumente, die in der kantonalen Verwaltung anfallen, sowie eine Standardisierung der Archivierung, damit die Übergabe von Dokumenten an das Staatsarchiv zur Langzeitarchivierung erleichtert wird.

Stand: Auch für dieses Ziel sind Vorhaben vorgesehen, die in den nächsten vier Jahren umgesetzt werden sollen: Mit dem Vorhaben ‚Dokumentenmanagementsystem (DMS)‘ sollen Softwarelösungen als Standards definiert und bereitgestellt werden. Das Vorhaben ‚elektronische Archivierung‘ soll die mittelfristige Archivierung von Dokumenten unterstützen. Das Vorhaben ‚Workflowmanagement‘ soll die elektronische Ausföhrung von Geschäftsprozessen unterstützen.

Umsetzung: Auch diese drei Vorhaben sollen im KEF-Zeitraum unter Federführung des KITT umgesetzt werden. Das Vorhaben ‚DMS‘ wird mit hoher Priorität behandelt.

4. Schaffung einer einheitlichen Benützeroberfläche für die Mitarbeitenden (Portal)

Ziel ist, dass von diesem einheitlichen Portal sämtliche Programme, Datenbanken und Informationen angesteuert werden können. Damit wird das in den Leitlinien zur Information und Kommunikation des Regierungsrates geforderte Ziel übernommen.

Stand: Für diesen Schwerpunkt ist nur das Vorhaben ‚Umsetzung Portal‘ vorgesehen. Die Planung beginnt nach der Festsetzung der Informatikstrategie durch den Regierungsrat.



4. Finanzielle Entwicklung

Informatikinvestitionen sind in der Regel über die Amtsstellen zu finanzieren und unterliegen den Investitionsplafonds der Direktionen. Zur Vermeidung einer doppelten Steuerung - einerseits über den Funktionsbereich Informatik, andererseits über die Direktionen - werden an dieser Stelle nur die direktionsübergreifenden Projekte im Sinne einer Übersicht aufgeführt.

Informatikquerschnittsprojekte mit strategischer Bedeutung im Zeitraum 2009 – 2012

Projekte	Volumen in Mio. Fr.	Jahr Entscheidung	Realisierungszeitraum
Vereinheitlichung und Zentralisierung der Kollaborationsplattform		2007	2007 - 2009
Strategie, Standards und Architekturen	0.9		2009 - 2012
Zentralisierung auf Direktionsstufe	0.1		2009 - 2012
Zentralisierung der Betriebsstandorte	1.5		2009 - 2012
KITT - Kompetenzzentrum Projektmanagement	0.3		2009 - 2012
KITT - Servicezentrum Beschaffung	0.0		2009 - 2012
Strategische Ausrichtung bestehender direktionsübergreifender Leistungen	offen		2009 - 2012
KITT - Kompetenzzentrum Informatik-Sicherheit	1.0		2009 - 2012
Identity & Access-Management	0.3		2009 - 2012
Dokumenten-Managementsystem (DMS)	3.7		2009 - 2012
Elektronische Archivierung	offen		2009 - 2012
Workflowmanagement	offen		2009 - 2012
Umsetzung Portal	1.4		2009 - 2012

Mit Ausnahme des ersten Projekts handelt es sich um Vorhaben zur Umsetzung der Informatikstrategie. Mit der genaueren Planung der einzelnen Vorhaben wird nach der Behandlung der Informatikstrategie im Regierungsrat begonnen.

Entwicklung der Informatik – Arbeitsplatzkosten pro Direktion

Mit den ‚Arbeitsplatzkosten pro Direktion‘ wird ein neuer Indikator eingeführt. Er ist das Ergebnis einer KEF-Erklärung des Kantonsrats (KR-Nr. 25/2008, KEF-Erklärung Nr. 10).

Die Entwicklung wird in zwei Zahlenreihen wiedergegeben: Die erste (A.) enthält alle Informatikkosten und zeigt die unterschiedliche Informatikintensität der Direktionen. Die zweite (B.) enthält die Basisarbeitsplatzkosten und erlaubt einen Vergleich zwischen den Direktionen. Der Vergleich der beiden Tabellen zeigt, dass die Basisarbeitsplatzkosten etwa 25 - 30% der Informatikkosten ausmachen.

A. Informatikgesamtaufwand pro Arbeitsplatz

	Beträge in Fr. Direktion	Rechnung 2007	Budget- jahr 2009	Planjahr 2010	Planjahr 2011	Planjahr 2012
1	Regierungsrat + Staatskanzlei	18'221	7'430	7'400	6'760	6'330
2	Direktion der Justiz und des Innern	9'235	7'960	7'960	7'960	7'960
3	Sicherheitsdirektion	12'761	13'000	13'000	13'000	13'000
4	Finanzdirektion	49'105	41'610	46'140	53'090	61'480
5	Volkswirtschaftsdirektion	4'825	6'400	6'200	6'000	6'100
6	Gesundheitsdirektion	6'095	9'000	9'000	9'000	9'000
7	Bildungsdirektion	8'308	7'920	7'800	7'780	7'850
8	Baudirektion	11'596	11'100	11'000	11'700	11'900
	Durchschnitt Verwaltung	13'289	13'131	13'466	14'119	14'882



Die Zahlen zeigen einerseits die unterschiedliche Informatikintensität einer Direktion (wie stark wird die Informatik für die Leistungserstellung eingesetzt; wie stark ist Informatik anwendbar, werden zentrale Anwendungen betrieben) und andererseits grössere Beschaffungen (z.B. Erneuerung Arbeitsplatzausrüstung) und Projekte (z.B. ZüriPrimo des Steueramtes) im betreffenden Jahr.

Diese Unterschiede werden fortbestehen, jedoch beeinflusst durch Beginn und Abschluss von Projekten, Erneuerungen für grössere Bereiche, die Zentralisierung der Leistungserstellung und die technische Entwicklung.

Berechnung des Indikators:

Die ausgewiesene Zahl ist das Verhältnis **(geplanter) Informatikgesamtaufwand durch (geplante) Anzahl Arbeitsplätze**. Die Zahl 'Durchschnitt Verwaltung' enthält neben den Ausgaben der Direktionen jene der direktionsübergreifenden Informatik (KITT-Geschäftsstelle).

Der **Informatikgesamtaufwand** ist Bestandteil der jährlich erhobenen Informatikkennzahlen. Er enthält vier Ausgabengruppen: die Investitionsausgaben (Konto 5064)(ab 2009 Abschreibungen und Zinsen anstelle der Investitionsausgaben), den Personalaufwand (bis 2008 Fr. 130'000, ab 2009 Fr. 150'000 pro Informatikstelle), den Sachaufwand (Konti 3113, 3151, 3162, 3908) und die internen Verrechnungen für Informatikleistungen (Konto 3911) plus den Mehraufwand der weiterverrechnenden Informatikabteilungen.

Die **Anzahl Arbeitsplätze** wird jährlich in einer Umfrage bei den Informatikcontrollern erhoben.

Die Zahlen für die Planjahre basieren auf einer Abschätzung der Entwicklung im Planungszeitraum.

B. Basis-Arbeitsplatzkosten

	Beträge in Fr. Direktion	Rechnung 2007	Budget- jahr 2009	Planjahr 2010	Planjahr 2011	Planjahr 2012
1	Regierungsrat + Staatskanzlei		3'600	3'600	3'600	3'600
2	Direktion der Justiz und des Innern		1'750	1'750	1'750	1'750
3	Sicherheitsdirektion		3'600	3'600	3'600	3'600
4	Finanzdirektion		3'600	3'600	3'600	3'600
5	Volkswirtschaftsdirektion		3'000	3'000	3'000	3'000
6	Gesundheitsdirektion		3'600	3'600	3'600	3'600
7	Bildungsdirektion		3'600	3'600	3'600	3'600
8	Baudirektion	3'636	3'100	2'700	2'700	2'700
	Durchschnitt Verwaltung	3'636	3'258	3'218	3'218	3'218

Die Zahlen zur Berechnung dieses Indikators wurden bisher in dieser Form nicht erhoben, da deren Erhebung einen grossen Aufwand erfordert und hohe methodische Anforderungen stellt. Die Baudirektion hat 2007 eine Berechnung durchgeführt. Die dabei errechnete Zahl wird durch die meisten Direktionen als Zielwert für 2009 - 2012 verwendet. Die Zielwerte sollen jährlich aufgrund neuer Erkenntnisse aktualisiert werden.

Berechnung des Indikators:

Folgende Kosten werden einbezogen:

Helpdesk und Support: Personalaufwand (angewendet wird ein Einheitspersonalaufwand von Fr. 180'000 pro Jahr, der Sozialleistungs-, Raum- und Ausbildungskosten einschliesst)

Helpdeskinfrastruktur: Tools für Ticketverwaltung und Softwareverteilung (anteilig, falls für weitere Software verwendet), Telefonkosten

Arbeitsplatzausrüstung: Personalcomputer + Laptop, Drucker: Jahreskosten bei 5 Jahren Nutzungsdauer; Multifunktionsdrucker werden einbezogen, wenn sie ans Netz angeschlossen sind; Software: Betriebssystem, MS-Office-Produkte, Lotus-Notes; E-Mail (Nutzungslizenzen)

File- und Print-Server: Beschaffungs-/Amortisationskosten, Betriebskosten (Klimatisierung, Strom, USV, Standkosten): anteilmässig, wenn der Server auch für andere Anwendungen genutzt wird; Datensicherungskosten, Fileaccess-Kosten

Netzwerk: Portkosten des LAN



Personal

Entwicklungsplanung

- 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres**
- 2. Überblick**
- 3. Strategische Ziele**
- 4. Finanzielle Entwicklungen**



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

Das 4. Kapitel Finanzielle Entwicklung wurde infolge der erstmaligen finanziellen Planung nach den Grundsätzen von IPSAS angepasst.

2. Überblick

2.1 Organisation

Für den Kanton Zürich arbeiteten am 31. Dezember 2007 rund 31'300 Angestellte, davon rund 17'000 mit einem Teilzeitpensum. Auf volle Personaleinheiten umgerechnet betrug der Beschäftigungsumfang in der kantonalen Verwaltung im Jahr 2007 mit Anstellungen in Ausbildungsfunktionen und Magistratspersonen 24'162 Stellen¹; davon entfallen 9'666 Stellen auf Lehrpersonen, 1'317 Stellen auf Spitalberufe (inkl. Ärzte) und 2'758 Stellen auf das Personal der Polizei (ohne Zivilangestellte). Der Lohnaufwand betrug im Rechnungsjahr 2007 rund 2.6 Mrd. Franken.

Das strategische Personalmanagement wird federführend vom Personalamt (s. Leistungsgruppe Nr. 4500) wahrgenommen – zusammen mit den Personalbeauftragten der Direktionen und der Staatskanzlei. Das Personalamt ist verantwortlich für die Umsetzung der Personalmanagement-Strategie des Regierungsrates. Die Planung und Steuerung der Umsetzung der Personalpolitik und der Personalmanagement-Strategie des Regierungsrates erfolgen durch das Personalcontrolling.

Das Personalamt fördert die Personal- und Kaderentwicklung und ist verantwortlich für die Anstellung und Betreuung der Lernenden als Kauffrau / Kaufmann sowie der Informatik-Lernenden. Es erarbeitet zudem die rechtlichen Grundlagen und stellt deren Auslegung und Anwendung nach den Grundsätzen der Rechtsgleichheit und der Wirtschaftlichkeit sicher. Im Rahmen des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06 setzt das Personalamt seine Unterstützung für eine sozialverträgliche und faire Umsetzung des festgelegten Stellenabbaus fort. Die Abteilung Personalcontrolling des Personalamtes plant und evaluiert strategische Projekte im Personalmanagement und unterstützt Führungskräfte und Personalverantwortliche bei der Beurteilung, Gestaltung und Optimierung des Personalmanagements.

Die Abteilung Lohnadministration des Personalamtes ist verantwortlich für die Prozesse und Abläufe der Lohnverarbeitung und Datenerfassung. Sie führt die Lohnverarbeitung durch und ist für die Abrechnung mit den Sozialversicherungen und die Weitererarbeitung der Daten (Schnittstellen) besorgt. Sie unterstützt und überwacht die weitgehend dezentrale Datenerfassung und übernimmt die (manuelle) Berechnung und Auslösung von fachlich anspruchsvollen Lohnzahlungen. Die Abteilung ist ausserdem für die Wartung und Weiterentwicklung der Applikation PALAS verantwortlich.

Die Personalbeauftragten der Direktionen und der Staatskanzlei erarbeiten zusammen mit dem Personalamt die strategischen Personalmanagement-Projekte. Ausserdem sind sie zusammen mit den Personaldiensten in den Ämtern und den Betrieben für das operative Personalmanagement verantwortlich. Die Personalbeauftragte der Finanzdirektion ist seit 2007 beim Personalamt angesiedelt.

2.2 Umfeldentwicklung im Personalmanagement

Gemäss der vom Regierungsrat beschlossenen Personalmanagementstrategie 2007-2011 bilden in den kommenden Jahren die folgenden Trends die zentralen Herausforderungen für das Personalmanagement:

- **Finanzlage bleibt angespannt** Trotz positiver Konjunktorentwicklung bleibt die Finanzlage des Kantons in den nächsten Jahren angespannt. Davon ist auch der Personalaufwand betroffen.
- **Der Arbeitsmarkt ist zunehmend segmentiert** Die kürzeren Konjunkturzyklen beeinflussen den Arbeitsmarkt, sodass generell für wenig anspruchsvolle Funktionen ein Überangebot besteht und höchstqualifizierte Spezialistinnen und Spezialisten intensiv gesucht werden müssen.
- **Zunehmend anspruchsvolle Berufe – zunehmend qualifizierte Mitarbeitende** Auf Grund der hohen Anforderungen an den Staat und infolge der Technologisierung und Akademisierung der

¹ Der Beschäftigungsumfang wird in Personaleinheiten ausgewiesen. Als volle Personaleinheit (Wert 1.0) gilt eine Anstellung vom 1. Januar bis 31. Dezember bei einem Beschäftigungsgrad von 100%.



Arbeitswelt entstehen zunehmend anspruchsvolle Berufe. Daher steigt auch das Qualifikationsniveau der Mitarbeitenden des Kantons.

- **Alternde Gesellschaft – ältere Mitarbeitende** Durch den demographischen Wandel resultiert auf dem Arbeitsmarkt eine generelle Verknappung der Personalressourcen. Dieser Trend akzentuiert sich bei jüngeren Arbeitnehmenden. Das Durchschnittsalter der kantonalen Mitarbeitenden wird sich erhöhen.
- **Loyalitäten und Motivationen im Wandel** Die Veränderungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat sich unter anderem durch die Sanierungsprogramme erhöht. Gleichzeitig wandelt sich die Einstellung zur beruflichen Karriere: es werden nicht nur höher bezahlte vertikale Laufbahnen, sondern auch eine work-life-balance angestrebt.

Auf Grund dieser Trends ist davon auszugehen, dass die Bedeutung des Personalmanagements zunimmt. Entsprechend steigen auch die Anforderungen an ein professionelles Personalmanagement.

3. Strategische Ziele

Die Grundlage für die strategischen Ziele bilden zwei Legislaturziele (s. 3.1), die Ziele und Stossrichtungen der Personalmanagement-Strategie 2007-2011 (s. 3.2) sowie Projekte aus verschiedenen Aufträgen des Regierungsrates (s. 3.3).

3.1 Legislaturziele und Massnahmen

Zum Legislaturziel „Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern“ wurden folgende Massnahmen, welche das Personalmanagement betreffen, festgelegt:

- Personalmanagement-Strategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber erarbeiten und umsetzen (s. 3.2).
- Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten.

Zum Legislaturziel „Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern“ wurden folgende Massnahmen, welche das Personalmanagement betreffen, festgelegt:

- Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren.
- Flexible Arbeitsmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern.
- Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen.



3.2 Stossrichtungen der Personalmanagement-Strategie 2007-2011

Bis 2011 will der Kanton über eines der professionellsten Personalmanagements aller öffentlicher Arbeitgeber mit vergleichbarer Komplexität verfügen. Dazu werden vier Stossrichtungen festgelegt und Programme zur Umsetzung dieser Stossrichtungen erarbeitet.

Wirksame Unterstützung der Personalführung

- Personalmanagement wird als zentrale Führungsaufgabe anerkannt und gelebt.
- Die Gewinnung, Erhaltung und Motivation von qualifizierten Mitarbeitenden durch eine professionelle Führung.
- Der Kanton erbringt sehr gute Leistungen mit knappen Personal-Ressourcen - ohne Risiken für die Gesundheit des Personals.

Prioritäres Programm: Personalgewinnung standardisieren und professionalisieren

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Legislaturziel 6, Massnahme 6.3 Personalmanagement-Strategie erarbeiten und umsetzen

Ausbau der Personalentwicklung

- Gezielte Förderung aller Mitarbeitenden zur Bewältigung ihrer bestehenden und künftigen Aufgaben.
- Erarbeitung von individuellen beruflichen Perspektiven für Vorgesetzte und Mitarbeitende.
- Erstellung einer gezielten Nachwuchsplanung für Schlüsselpositionen.

Prioritäres Programm: Direktionsübergreifende Führungskräfte-Entwicklung aller Stufen weiterentwickeln

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Projekte Nr. 4500/03 Programm zur Führungskräfte-Entwicklung OptimoFit

Stärkung der Personalbereiche

- Personalmanagement wird zum zentralen Erfolgsfaktor für den Kanton.
- Die Personalbereiche sind Dienstleister und Partner für die Erfüllung des Leistungsauftrages und die Erreichung der strategischen Ziele.
- Es wird ein substantieller Mehrwert für die Linie und den Kanton geschaffen.

Prioritäres Programm: Steuerungsinstrumente für das Personalmanagement / Personalcontrolling flächendeckend einführen

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Leistungsgruppe Personalamt 4500 Entwicklungsschwerpunkt „Einführung Personalcontrolling“

Marktpositionierung

- Steigerung der Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber gegen aussen und innen.
- Anreize schaffen zur Gewinnung und Erhaltung qualifizierter und motivierter Mitarbeitender.
- Der Kanton orientiert sich an marktüblichen Anstellungsbedingungen auch im Lohnbereich.

Prioritäres Programme: Stärkung der Leistungsorientierung (Projekt Teilrevision Lohnsystem) und Mitarbeiterbindung.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Legislaturziel 6, Massnahme 6.2 Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten sowie Projekt Nr. 4500/02 Teilrevision Lohnsystem



3.3 Projekte aus Aufträgen des Regierungsrates

Teilrevision Lohnsystem

Im Rahmen der Teilrevision des bestehenden Lohnsystems soll ein flexibleres und verstärkt leistungsorientiertes Konzept der individuellen Lohnentwicklung erarbeitet werden. Ausserdem ist die Bewertung einzelner Richtpositionen zu überprüfen und Richtpositionsumschreibungen sind bei Bedarf nachzuführen. Das bestehende System der Arbeitsbewertung, die Lohnklassen und die Lohnkurve bleiben hingegen bestehen. Schliesslich ist ein Gremium für die laufende Nachführung des Lohnsystems zu definieren und einzusetzen.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Legislaturziel 6, Massnahme 6.2 Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten sowie Projekt Nr. 4500/02 Teilrevision Lohnsystem

Weiterbildungsprogramm für das oberste Kader

Die direktionsübergreifende Weiterbildung für das oberste Kader besteht aus zwei Elementen: Einerseits wird eine jährliche Kaderkonferenz für das oberste Kader mit den Mitgliedern des Regierungsrates unter dem Titel „Kaderforum“ durchgeführt. Andererseits werden für das oberste Kader ein- bis zweitägige Seminare und Workshops zu verwaltungsrelevanten Themen und Fragestellungen angeboten. Dieses Weiterbildungsprogramm läuft zurzeit als Pilot. Über die definitive Einführung wird nach einer Evaluation entschieden.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Projekt Nr. 4500/03 Programm zur Führungsentwicklung, OptimoFit

Einführung Case Management und Neuregelung Lohnfortzahlung

Im Oktober 2007 hat der Regierungsrat die Einführung des Case Managements in der ganzen kantonalen Verwaltung per April 2008 beschlossen. Die Ziele des Case Managements sind die rasche Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit von arbeitsunfähigen Mitarbeitenden sowie die Verhinderung von Invalidisierungen. Mit Case Management sollen längere Krankheitsabsenzen und Neuinvalidisierungen um 10 bis 15% reduziert werden.

Ausserdem soll mit einer Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall unter Berücksichtigung der Prüfung einer Versicherungslösung (Taggeldversicherung) der soziale Schutz der Mitarbeitenden klarer geregelt und die Abgrenzung der Leistungspflichten zwischen der Beamtenversicherungskasse und dem Arbeitgeber vorgenommen werden.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Projekt Nr. 4500/06 Einführung Case Management und Neuregelung Lohnfortzahlung

Einführung eines flächendeckenden Personalcontrolling

Nach dem erfolgreich durchgeführten Pilotprojekt in der Direktion der Justiz und des Innern, der Bau- und der Finanzdirektion ist das Personalcontrolling in der kantonalen Verwaltung flächendeckend einzuführen. Mit Unterstützung des Personalcontrollings sollen Projekte des Personalmanagements bedarfsorientiert geplant, die Qualität der Projekte und ihre Wirkung evaluiert, sowie für das Personalmanagement relevante Trends und Personalrisiken frühzeitig dokumentiert, interpretiert und bei Bedarf Massnahmen vorgeschlagen werden. Bei der Einführung des Personalcontrollings sind insbesondere die relevanten Indikatoren Schritt für Schritt festzulegen, die Informatik-Tools zu spezifizieren sowie das Reporting und die Integration des Personalcontrollings in die übrigen Prozesse des Personalmanagements festzulegen.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Leistungsgruppe Personalamt 4500 Entwicklungsschwerpunkt „Einführung Personalcontrolling“

**Projekt PALAS II – Weiterentwicklung des Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystems PALAS**

Mit PALAS II sollen die Betriebskosten von PALAS gesenkt und eine moderne HR-Applikation für das Personalcontrolling sowie die Personal- und Lohnadministration implementiert werden. Das bestehende Personalmanagement und Lohnabrechnungssystem PALAS ist seit 2003 in der Verwaltung in Betrieb. Auf der Grundlage einer Organisationsstudie beauftragte der Regierungsrat Ende 2007 die Finanzdirektion, ein Pflichtenheft zu erarbeiten und den Ersatz des Systems PALAS öffentlich auszu-schreiben. Dabei soll die Frage: Ablösung oder Modernisierung? auf Grund konkreter Offerten ent-schieden werden. Nach dem Vergabe-Entscheid und der damit verbundenen Bewilligung eines Objektkredites ist das neue System unter dem Arbeitstitel „PALAS II“ zu implementieren.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen
→ Projekt Nr. 4500/07 PALAS II

Projekt Massnahmen zur Verbesserung der familienergänzenden Kinderbetreuung für das kantonale Personal

Ziel des Projektes ist es, die familienergänzende Kinderbetreuung für Kinder bis ins Kindergartenalter direktionsübergreifend zu koordinieren, auszubauen und flächendeckend zu gewährleisten. Dazu wird zunächst der Bedarf der kantonalen Angestellten mit Kindern an Leistungen der familienergän-zenden Kinderbetreuung mittels einer Umfrage erhoben. Auf der Grundlage der Umfrageergebnisse werden Konzepte zu Koordination, Vermittlung und eventuell finanzieller Unterstützung erarbeitet. Schliesslich ist eine Regelung der entsprechenden Leistungen der kantonalen Verwaltung als Arbeit-geberin auszuarbeiten und festzulegen.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen
→ Legislaturziel 12, Massnahme 12.4 Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und An-gebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren

Kader-Nachwuchsförderung

Ziel dieses Projektes ist es, ein systematisiertes, direktionsübergreifendes Management-Development-System aufzubauen. Dieses soll gewährleisten, dass die Hälfte bis zwei Drittel der be-nötigten Kader-Nachwuchskräfte innerhalb der kantonalen Verwaltung identifiziert und entwickelt wer-den können. Um eine angemessene Vertretung von Frauen in Führungspositionen zu erreichen, sollen Mitarbeiterinnen zur Übernahme von Schlüsselpositionen besonders motiviert werden. Vor-schläge zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch in Führungspositionen werden dabei berücksichtigt.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen
→ Leistungsgruppe 4500 Personalamt Entwicklungsschwerpunkt „Umsetzung Personalmanagement-strategie“



4. Finanzielle Entwicklung

4.1 Entwicklung des Personalaufwandes in der KEF-Periode

Tabelle 1: Personalaufwand und Personalstellen: Direktionen, Staatskanzlei, Rechtspflege, Behörden und Anstalten (in Mio. Franken bzw. Stellen)

	B 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Laufende Rechnung					
Personalaufwand	-4'295.4*	-4'508.3	-4'576.4	-4'683.5	-4'780.4
- davon Lohnsumme	-3'626.6*	-3'854.4	-3'916.2	-4'011.7	-4'096.2
- davon Lohnnebenkosten	-668.8	-653.9	-660.2	-671.8	-684.2
Personalstellen ²	*	38'320.4	38'766.5	38'969.1	39'079.8

* Inkl. zentral eingestellter Mehraufwand für Teuerungszulage 2007 von 0.9% (41 Mio. Fr.)

** Kein Ausweis von Personalstellen im Budget 08, da die Stellen von einigen Anstalten (Fachhochschulen) erstmals im Rahmen des KEF 2009-2012 in die Planung miteinbezogen werden.

Tabelle 2: Personalaufwand und Personalstellen: Direktionen und Staatskanzlei (in Mio. Franken bzw. Stellen)

	B 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Laufende Rechnung					
Personalaufwand	-2'366.8*	-2'440.5	-2'454.0	-2'506.6	-2'553.6
- davon Lohnsumme	-1'979.6*	-2'031.7	-2'043.6	-2'088.8	-2'128.3
- davon Lohnnebenkosten	-387.2	-408.8	-410.4	-417.8	-425.3
Personalstellen ³	23'294.2	23'987.2	24'281.8	24'370.4	24'386.1

* Inkl. zentral eingestellter Mehraufwand für Teuerungszulage 2007 von 0.9% (41 Mio. Fr.)

Gesamte KEF-Periode

Im KEF wurden folgende Vorgaben zur Lohnsummenentwicklung festgelegt:

Budgetentwurf 2009: + 3.1% (Teuerungsausgleich 1.6%, Stufenaufstieg 1.5%)
 Planjahr 2010: + 1.4% (Teuerungsausgleich 1.0%, Beförderungen 0.4%)
 Planjahre 2011/2012: + 1.9% pro Jahr (Teuerungsausgleich 1.5%, Beförderungen 0.4%)

In den Jahren 2009-2012 ist jeweils der volle Teuerungsausgleich geplant. Im Budgetentwurf 2009 ist zudem ein Stufenaufstieg von 1.5% eingestellt. Die Beförderungsquote beträgt 0.4% und wird in diesem Umfang aus Rotationsgewinnen finanziert. In den Jahren 2010-2012 entwickelt sich die Lohnsumme auf Grund von Beförderungen um 0.4%. Die Beförderungsquote beträgt jedoch 0.8%. Davon werden 0.4% aus Rotationsgewinnen finanziert.

² Die Personalstellen werden auf der Basis des Beschäftigungsumfanges ausgewiesen. Es handelt sich um das Total der Leistungsgruppen. Dabei werden u.a. Ausbildungsfunktionen und die Pfarrerschaft nicht ausgewiesen.

³ Die Personalstellen werden auf der Basis des Beschäftigungsumfanges ausgewiesen. Es handelt sich um das Total der Leistungsgruppen. Dabei werden u.a. Ausbildungsfunktionen und die Pfarrerschaft nicht ausgewiesen.



Budgetentwurf 2009

a) Personalaufwand

Der gesamte Personalaufwand der Direktionen, der Staatskanzlei, der Rechtspflege, Behörden und Anstalten (vgl. Tabelle 1) erhöhte sich gegenüber dem Voranschlag 2008 um 4.9% (213 Mio. Fr.). Die Lohnsumme steigt um 6.3% (228 Mio. Fr.). Da im Budget 2008 nicht alle gemäss IPSAS neu zu konsolidierenden Einheiten ihre Lohnsumme ausweisen, ist von der Entwicklung des Personalaufwandes als aussagekräftigem Wert auszugehen. Die Entwicklung des Personalaufwandes liegt um 1.8% über den Vorgaben zur Entwicklung der Lohnsumme. Dies ist auf die geplante Zunahme von Personalstellen zurückzuführen.

Die Lohnsumme der Direktionen und der Staatskanzlei (vgl. Tabelle 2) erhöht sich gegenüber dem Budget 2008 um 2.6% (52 Mio. Fr.). Ohne den zentral eingestellten Mehraufwand für die Teuerungszulage 2007 von 0.9% (41 Mio. Fr.) erhöht sich die Lohnsumme der Direktionen und Staatskanzlei um 4.7%. Somit liegt diese Entwicklung der Lohnsumme 0.7% über den gemäss Vorgaben maximal zulässigen 4.0% (3.1% gem. Richtlinien KEF + 0.9% für zentral eingestellten Mehraufwand Teuerungszulage 2007). Dies ist auf die insgesamt 693 neu geplanten Personalstellen in den Direktionen und der Staatskanzlei zurückzuführen.

b) Personalstellen

In den Direktionen und der Staatskanzlei werden im Budgetentwurf 2009 693 zusätzliche Personalstellen eingeplant. Davon plant die Bildungsdirektion einen Aufbau um 361 Personalstellen (321 Stellen bei den Volksschulen für diverse Massnahmen wie die Reduktion der Klassengrössen u.a.m) und die Sicherheitsdirektion einen saldoneutralen Aufbau um 191 Personalstellen (144 Stellen durch zusätzliche von der Unique finanzierte Sicherheitsbeauftragte) (vgl. Tabellen 3 und 4).

Ausserdem plant die Rechtspflege eine Erhöhung um rund 28 Personalstellen. Zusätzlich wird bei den Anstalten ein Aufbau um 400 Personalstellen eingeplant (davon 129 Personalstellen im Universitätsspital Zürich und 75 Stellen für das Kantonsspital Winterthur zur Leistungsentwicklung sowie 196 Personalstellen zur Stabilisierung der Betreuungsverhältnisse in der Universität). **Im Planjahr 2009 werden somit insgesamt 1'123 zusätzliche Stellen eingestellt** (ohne Fachhochschulen, welche im Budget 2008 noch keine Stellen einplanten).

Planjahre 2010-2012

Im Planjahr 2010 entwickelt sich der geplante Personalaufwand (Tabelle 1) um 1,5% und bleibt damit knapp über den Vorgaben. Der geplante Personalaufwand der Direktionen und der Staatskanzlei (Tabelle 2) erhöht sich um lediglich 0.6%. Die Direktionen und die Staatskanzlei planen wiederum rund 295 zusätzliche Personalstellen ein, davon 238 zusätzliche Stellen in der Bildungsdirektion, insbesondere bei den Volksschulen. Die Anstalten planen 157 zusätzliche Stellen ein, davon 76 Stellen in der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften.

Auch in den Jahren 2011 und 2012 werden die Vorgaben zur Entwicklung der Lohnsumme auf Grund zusätzlich eingeplanter Personalstellen tendenziell überschritten.

**4.2 Entwicklung der Personalstellen in der KEF-Periode**Tabelle 3: Personalstellen (Beschäftigungsumfang)⁴ nach Direktionen

Personalstellen	RE 2007	B 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Regierungsrat und Staatskanzlei	60.7	66.5	71.8	71.8	73.3	68.8
Direktion der Justiz und des Innern	1'424.4	1'471.4	1'540.4	1'562.4	1'565.6	1'566.8
davon Strafverfolgung Erwachsene	309.6	317.5	315.1	322.1	324.1	325.1
davon Amt für Justizvollzug	721.6	731.2	794.3	794.6	795.6	798.6
Sicherheitsdirektion	3'729.2	3'780.0	3'971.0	4'009.5	4'011.4	4'014.0
davon Generalsekretariat	44.1	46.5	55.8	74.5	74.5	74.5
davon Kantonspolizei	2'991.1	3'028.0	3'205.2	3'219.0	3'217.9	3'221.5
davon Strassenverkehrsamt	335.6	337.0	339.0	339.0	339.0	339.0
Finanzdirektion	810.8	787.6	824.1	824.1	824.1	824.1
davon Steueramt	667.0	632.5	667.0	667.0	667.0	667.0
Volkswirtschaftsdirektion	668.9	730.3	697.0	700.3	700.3	700.3
davon Amt für Verkehr	68.5	91.5	59.1	59.1	59.1	59.1
davon Amt für Wirtschaft und Arbeit	565.2	600.3	602.4	606.2	606.2	606.2
Gesundheitsdirektion	2'390.2	2'458.6	2'480.9	2'470.9	2'471.9	2'472.9
davon Somatische Akutversorgung	252.8	243.0	253.0	243.0	243.0	243.0
davon Psychiatrische Versorgung	1'957.8	2'035.9	2'033.1	2'034.1	2'035.1	2'036.1
Bildungsdirektion	11'048.4	12'688.6	13'049.5	13'287.6	13'368.8	13'384.8
davon Bildungsverw.	280.9	312.9	324.8	328.7	327.5	321.0
davon Volksschulen	7'066.0	8'585.0	8906.0	9110.0	9163.0	9178.0
davon Mittelschulen	1'755.9	1'770.0	1'794.0	1'796.0	1'795.0	1'791.0
Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen	1'293.8	1'319.0	1'335.0	1'350.0	1'350.0	1'350.0
davon Jugend- & Familienhilfe	443.0	453.6	437.5	443.7	476.1	484.6
Baudirektion	1'265.7	1'311.2	1'352.5	1'355.3	1'355.1	1'354.5
davon Tiefbauamt	391.5	426.4	452.5	451.2	449.2	447.2
davon AWEL	228.7	222.5	228.2	228.4	228.2	228.2
davon Amt für Landschaft und Natur	239.4	245.1	251.2	253.6	255.6	257.0
Total Direktionen und Staatskanzlei	21'398.4	23'294.2	23'987.2	24'281.8	24'370.4	24'386.1
Behörden	47.2	48.9	49.6	49.6	49.6	49.6

⁴ Die Personalstellen werden auf der Basis des Beschäftigungsumfanges ausgewiesen. Es handelt sich um das Total der Leistungsgruppen. Dabei werden u.a. Ausbildungsfunktionen und die Pfarrerschaft nicht ausgewiesen.



Personalstellen	RE 2007	B 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012
Rechtspflege	1'377.4	1'386.3	1'414.6	1'409.1	1'409.1	1'409.1
davon Bezirksgerichte	682.1	669.0	688.5	683.0	683.0	683.0
Anstalten						
davon Universitätsspital Zürich		4'781.0	4'910.0	4'930.0	4'950.0	4'970.0
davon Kantonsspital Winterthur		1'456.1	1'531.0	1'537.0	1'541.0	1'545.0
davon Universität Zürich		3'600.0	3'796.0	3'837.0	3'846.0	3'869.0
davon Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften			1'501.0	1'577.0	1'644.0	1'683.0
davon Zürcher Hochschule der Künste			590.0	600.0	610.0	620.0
Total Behörden, Rechtspflege und Anstalten			14'333.2	14'484.7	14'598.7	14'693.7
Gesamtergebnis			38'320.4	38'766.5	38'969.1	39'079.8

Wesentliche Veränderungen bei den Personalstellen in der KEF-Periode sind nachfolgend aufgeführt. Als wesentliche Veränderungen werden Abweichungen ab +/- 2% im Verhältnis zu den Personalstellen der jeweiligen Direktion/Ämter, jedoch von mindestens +/- 15 Stellen aufgeführt. Diese Messgrößen werden einerseits für den Budgetentwurf 2009 im Vergleich zum Budget 2008 gewählt und andererseits auch für die Entwicklung der Personalstellen in den Planjahren 2010-2012 zum Personalbestand der Direktionen des Planjahres 2009.

Direktion der Justiz und des Innern

Die Stellenerhöhung in der LG 2206 *Amt für Justizvollzug* im Planjahr 2009 erfolgt auf Grund der Eröffnung des Gefängnisses Limmattal/Dietikon, den Um- und Erweiterungsbau im Massnahmenzentrum Uitikon und der Inbetriebnahme der Abteilung „Stationäre Massnahmen“ in der Strafanstalt Pöschwies.

Sicherheitsdirektion

Die Stellenerhöhung in der LG 3000 *Generalsekretariat* ab Planjahr 2009 ist auf die flächendeckende Einführung biometrischer Daten in Pässen und Identitätskarten zurückzuführen.

Die Stellenerhöhung in der LG 3100 *Kantonspolizei* im Planjahr 2009 erfolgt auf Grund zusätzlicher Sicherheitsbeauftragten der Flughafenpolizei, welche vom Flughafen Unique finanziert werden. Der Ausbau der Sicherheitsbeauftragten wird begründet mit erhöhten Sicherheitsmassnahmen im Flugverkehr. Zudem wird der Unterbestand des Polizeikorps reduziert. In den Folgejahren 2010-2012 erhöhen sich die Personalstellen aus denselben Gründen wie 2009.

Finanzdirektion

In der Leistungsgruppe 4400 *Steuern Betriebsteil* kann der Stellenabbau nicht in dem Umfang erfolgen, wie er in den Sanierungsprogrammen San04 und MH06 geplant war. Insbesondere ist eine weitere Reduktion der Stellen in den Aktenkanzleien nicht möglich, da nicht sämtliche Papier-Dossiers durch elektronische Dossiers ersetzt werden können.

Volkswirtschaftsdirektion

In der LG 5205 *Amt für Verkehr* im Planjahr 2009 ergibt sich eine Stellenverminderung, da Personalstellen an die LG 8400 *Tiefbauamt* der Baudirektion übertragen werden.



Bildungsdirektion

Die Stellenerhöhung in der LG 7000 *Bildungsverwaltung* ist auf einen Leistungsausbau im Amt für Jugend und Berufsberatung, im Mittelschulamt sowie in den Fachstellen Schulbeurteilung und Gewaltprävention zurückzuführen.

In der LG 7200 *Volksschulen* erfolgt eine Stellenerhöhung auf Grund der Initiativen Handarbeitsunterricht und Klassengrössen, des Gestaltungspools und zusätzlicher Personalstellen für Schulleitungen.

In der LG 7501 *Jugend- & Familienhilfe* reduzieren sich die Personalstellen durch die Verselbstständigung des Zentrums für Gehör und Sprache. Die Stellenreduktion wird durch die Erhöhung von Personalstellen in den Bezirksjugendsekretariaten und zusätzliche Leistungsaufträge im Bereich der Schulsozialarbeit nahezu kompensiert. Auch die Erhöhung der Personalstellen in den Planjahren 2011 und 2012 ist auf die zunehmende Anzahl von Leistungsaufträgen im Bereich Schulsozialarbeit zurückzuführen.

Baudirektion

Die LG 8400 *Tiefbauamt* übernimmt im Planjahr 2009 Stellen von der LG 5205 *Verkehr und Infrastruktur Strassen* der Volkswirtschaftsdirektion. Dies führt zu einer Stellenerhöhung.

Rechtspflege und Behörden

Der Stellenausbau in der LG 9040 *Bezirksgerichte* im Planjahr 2009 ist auf die Integration von Personalstellen ausserhalb des Stellenplans in die Personalstellenplanung und auf die Inbetriebnahme des Bezirksgerichts Dietikon (Vollbetrieb ab 2009) zurückzuführen.

Anstalten

LG 9510 *Universitätsspital*: Im Rahmen der Umsetzung der Unterstellung der Oberärzte unter das Arbeitsgesetz im Planjahr 2009, des Ausbaus der IPS-Bereiche, der Mehrleistungen im medizinischen Bereich sowie der Übernahme von zusätzlichen Aufgaben wegen der Verselbstständigung des Spitals erhöhen sich die Personalstellen.

In der LG 9520 *Kantonsspital Winterthur* erfolgt ab Planjahr 2009 eine Stellenerhöhung auf Grund von Mehrleistungen im ambulanten und stationären Bereich und der Umsetzung der Unterstellung der Oberärzte unter das Arbeitsgesetz.

In der LG 9600 *Universität Zürich* erfolgt ab Planjahr 2009 ein Stellenausbau, da im Bereich der Fakultäten (im Rahmen der Bologna-Reform) 5 neue Lehrstühle geschaffen, in der medizinischen Fakultät befristete Verträge in unbefristete umgewandelt sowie die universitären Forschungsschwerpunkte ausgebaut werden.

Die Anzahl der Personalstellen in der LG 9720 *Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften* steigt in den Planjahren 2009 bis 2012 als Folge des prognostizierten Anstiegs der Studierendenzahlen im Bachelorstudium sowie der Einführung von Masterstudiengängen in allen Fachbereichen.

LG 9720 *Zürcher Hochschule der Künste*: Erhöhung der Personalstellen in den Planjahren 2010 bis 2012 für den Aufbau der Masterstudiengänge.

4.3 Veränderungen beim Personalaufwand und bei den Personalstellen zum KEF Vorjahr

Personalaufwand

Auf die Darstellung von Abweichungen beim Personalaufwand gegenüber dem KEF Vorjahr wird verzichtet, da der KEF Vorjahr noch nicht nach den Grundsätzen von IPSAS erstellt wurde.

Personalstellen

In den Jahren 2009 bis 2011 werden deutlich mehr Stellen eingeplant als im KEF Vorjahr, woraus eine Erhöhung des Personalaufwandes resultiert. Allein in der Bildungsdirektion werden in den Planjahren 2009 bis 2011 1'690 zusätzliche Stellen eingestellt. Diese deutliche Abweichung gegenüber dem KEF



Vorjahr beruht insbesondere auf der Planung der Volksschulen, die im Jahr 2009 von 277, im Jahr 2010 von 502 und im 2011 von 592 zusätzlichen Stellen ausgehen.

In den andern Direktionen ist der geplante Stellenaufbau weniger ausgeprägt als in der Bildungsdirektion. Im Jahr 2009 werden in der Sicherheitsdirektion bei der Kantonspolizei rund 148 zusätzliche Stellen für die Sicherheitsbeauftragten der Flughafenpolizei eingeplant. Grund dafür sind die verstärkten Sicherheitsmassnahmen am Flughafen Unique. In der Finanzdirektion kann im Steueramt im Planjahr 2009 der in den Sanierungsprogrammen San04 und MH06 geplante Abbau von 55 Stellen nicht vollumfänglich erreicht werden. Durch die Übertragung von rund 35 Personalstellen von der Volkswirtschaftsdirektion in die Baudirektion reduzieren bzw. erhöhen sich in den beiden Direktionen die Personalstellen. Im KEF Vorjahr wurden bei einigen Anstalten keine Stellen ausgewiesen, da sie erst ab dem Planjahr 2009 Stellen planen. Eine Stellenbeurteilung gegenüber dem KEF Vorjahr kann deshalb nicht vorgenommen werden



Umwelt

Entwicklungsplanung

- 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres**
- 2. Überblick**
- 3. Strategische Ziele**
- 4. Finanzielle Entwicklungen**
- 5. Umweltkennzahlen**



1. Veränderung gegenüber dem KEF des Vorjahres

Kapitel 5 wurde aktualisiert.

2. Überblick

2.1. Betriebsökologie

Die kantonale Verwaltung hat zwei verschiedene Aufgabenbereiche im Umweltschutz:

- erstens die Gesetzgebung und den Vollzug;
- zweitens als grosser „Konzern“ die Betriebsökologie (sowohl beim „Alltagsverbrauch“ als auch bei der Realisierung von Infrastruktur).

Die vorliegende „Entwicklungsplanung Umwelt“ fokussiert auf den zweiten Teil.

Für den in der Betriebsökologie wichtigen Bereich Hochbau ist der Wärme- und Elektrizitätsverbrauch in den Gebäuden aufgeführt.

2.2. Organisation

Basis der Betriebsökologie in der kantonalen Verwaltung bildet das Programm „Ökologische Beschaffung, vorbildliches Verhalten der öffentlichen Hand“ (RRB Nr. 2935/1991) und darauf aufbauend das „Schliessen von Stoffkreisläufen“ (RRB Nr. 2043/1998). Die Betriebsökologie stützt sich auf eine direktionsübergreifende Organisationsstruktur. Die Direktionen und die Staatskanzlei sind im Fachausschuss vertreten oder haben als Anlaufstelle eine(n) Direktionsbeauftragte(n) bezeichnet. Die Gesamtkoordination obliegt der Koordinationsstelle für Umweltschutz in der Baudirektion. In den wichtigsten Beschaffungsbereichen (Büro, Fahrzeuge, Hochbau, Gebäudeunterhalt) erarbeiten Trägergruppen Massnahmenvorschläge für die Betriebsökologie. Sie stehen unter der Leitung des jeweils hauptinteressierten Amtes (z.B. Büro: KDMZ). Aufgabe dieser Organisationsstruktur ist es, Übersicht und eine übergeordnete zentrale Koordination für die Verwaltung als ganzes zu gewährleisten.

3. Strategische Ziele

Die Betriebsökologie orientiert sich an folgenden übergeordneten, längerfristigen Zielen:

Die Verwaltungstätigkeit der kantonalen Verwaltung...

- ... soll mit geringsten Emissionen von Schadstoffen in Luft, Wasser und Boden verbunden sein.
- ... soll möglichst energie- und ressourcenschonend erfolgen.
- ... soll keine durch Umweltbelastung ausgelösten Gesundheitsprobleme verursachen.

Mit der Betriebsökologie will man...

- ... die Umsetzung von Art. 6 (Nachhaltigkeitsprinzip) der Kantonsverfassung unterstützen.
- ... Rio 1992 (Agenda 21, Kap. 4: umweltverträgliche Einkaufspolitik) und die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 des Bundesrates (Handlungsfeld 2, Massnahme 4: Einführung einer integrierten Produktpolitik) umsetzen.
- Vorbildfunktion erreichen und den Umweltschutzvollzug unterstützen.

Diese übergeordneten, langfristigen Ziele werden mit folgenden Anstrengungen und Massnahmen angestrebt:

**Umweltbewusste Beschaffung**

Das Beschaffungsvolumen (Güter, Fahrzeuge, Verbrauchsmaterialien, etc.), für welches ökologische Kriterien angewandt werden könnten, entspricht einem jährlichen Aufwand von ungefähr 1 Mrd. Franken und Bruttoinvestitionen (insbesondere Bauleistungen) von nochmals ca. 1 Mrd. Franken. Es ist deshalb relevant, wie umweltbewusst die kantonale Verwaltung beschafft. Das Kriterium Ökologie ist jeweils in die Entscheidung mit einzubeziehen. Bei Investitionen soll auf einen minimierten Energie- und Ressourcenverbrauch und auf den Gesundheitsschutz geachtet werden. Die Stoffkreisläufe sind zu schliessen und der Stoffumsatz ist zu minimieren. Investitionsprojekte des Kantons sind möglichst ökologisch zu realisieren.

Massnahmen:

- Hilfsmittel bereitstellen
- Information, Beratung, Schulung
- Motivieren, überzeugen, sensibilisieren
- Erlass von Weisungen und Beschaffungsvorgaben

Stand: Für die umweltbewusste Beschaffung sind in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Produktgruppen (Bürogeräte, Fahrzeuge, Papier, Reinigungsmittel, Baubereich etc.) Hilfsmittel erarbeitet worden. Die Hilfsmittel werden den Direktionen durch die Koordinationsstelle für Umweltschutz respektive das Hochbauamt zur Verfügung gestellt. Die Anwendung dieser Hilfsmittel in den Direktionen ist teilweise noch nicht befriedigend. Die Koordinationsstelle für Umweltschutz hat in verschiedenen Bereichen Beratungen zur umweltbewussten Beschaffung durchgeführt.

Handlungsbedarf: Die Umsetzung respektive der Einsatz dieser Hilfsmittel hat durch die Beschaffungsstellen in den Direktionen konsequent zu erfolgen. Sie werden seitens der Koordinationsstelle für Umweltschutz bei Bedarf unterstützt. Bei Ausschreibungen sind ökologische Kriterien unter Beachtung des Submissionsrechtes einzubeziehen. Die Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens (RRB Nr. 48/2007) bildet diesbezüglich eine gute Ausgangsbasis.

Förderung des Umweltbewusstseins in der kantonalen Verwaltung

Die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung werden wirkungsvoll auf die sich im praktischen Alltag bietenden Möglichkeiten der Reduzierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs sowie der Verminderung der Abfallmenge aufmerksam gemacht.

Massnahmen:

- Hilfsmittel bereitstellen
- Information, Beratung, Schulung
- Motivieren, überzeugen, sensibilisieren
- Erlass von Weisungen

Stand: Die Sensibilisierung und Beratung der Mitarbeitenden ist eine Daueraufgabe. Es werden sowohl einzelne Personengruppen gezielt geschult (z.B. Reinigungs-, Energiemanagementkurse für Hauswarte) als auch allen Mitarbeitenden via Printprodukt oder in Zukunft via Intranet Informationen angeboten.

Handlungsbedarf: Die Beratungstätigkeit ist aufrecht zu erhalten. RRB Nr. 4272/2005 „Verwendung von Recyclingpapier in der Kantonalen Verwaltung“ und RRB Nr. 4311/2006 „Verzicht auf Holz aus Raubbau“ sind umzusetzen.

**Öko-Controlling**

Die ökologische Beschaffung und der betriebliche Umweltschutz sollen stärker systematisiert werden. Hingegen ist die Einführung von Umweltmanagementsystemen den Organisationseinheiten freigestellt. Mittels Kennzahlen soll eine Erfolgskontrolle durchgeführt werden.

Massnahmen:

- Praktikables Kennzahlenset, mit minimalem Aufwand erhebbar
- Kennzahlen von Bereichen, die mittels Massnahmen direkt beeinflusst werden können
- Kommunikation und Benchmarking

Stand: Es existiert ein Kennzahlenset (siehe Kapitel Umweltkennzahlen). Die Daten werden jährlich erfasst und publiziert. Das Kennzahlenset muss noch weiterentwickelt und optimiert werden.

Handlungsbedarf: Zur Steigerung des Umweltbewusstseins ist die Kommunikation der Kennzahlen an die Direktionen zu verbessern. Insbesondere sind vermehrt geeignete Empfehlungen abzugeben, wie die direktionseigene Umweltbilanz verbessert werden könnte.

4. Finanzielle Entwicklung

Direkte wesentliche Umweltkosten im betrieblichen Bereich der kantonalen Verwaltung sind die Ausgaben für Energie-, Treibstoff- und Wasserverbrauch sowie für die Entsorgung von Abfall resp. Abwasser. Die finanzielle Entwicklung ist stark abhängig von der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise. Weil ein verminderter Energie- und Ressourcenverbrauch mit tieferen Kosten verbunden ist, decken sich ökologische und ökonomische Interessen.

5. Umweltkennzahlen

Für eine zielgerichtete Betriebsökologie der kantonalen Verwaltung besteht ein Satz von betrieblichen Umweltkennzahlen. Diese sind ein Mass für das ökologische Wirtschaften der kantonalen Verwaltung oder von Teilen davon und dienen intern dem kontinuierlichen Verbesserungsprozess sowie der Erkennung von Schwachstellen. Die Zielwerte für Recyclingpapier entsprechen den in RRB Nr. 4272/2005 und RRB Nr. 4311/2006 enthaltenen Vorgaben. Die Umsetzung dieser Beschlüsse ist in Vorbereitung.

		RE 2007	Ziel 2008	Ziel 2009	Ziel 2010	Ziel 2011	Ziel 2012
Anteil Recyclingfasern Gesamtverwaltung (Ziele inkl. Fremdbezug)	[% des Kopierpapierverbrauches]	22.9% ¹	47.1%	>50%	> 50%	> 50%	> 50%
Kopierpapierverbrauch (Ziele inkl. Fremdbezug)	[Blatt A4 pro Vollzeitstelle]	8092 ²	7200	7000	6800	6600	6600
Wärmeverbrauch	[GWh]	189.2 ³					
Elektrizitätsverbrauch	[GWh]	123.1 ³					
Treibhausgas-Ausstoss	[t]	35'488 ⁴					
Umweltrelevante Kennzahlen ohne Zielvorgaben							
Abfall	[t]	925.2 ⁵	-	-	-	-	-
Wieder verwertbarer Anteil	[%]	66	-	-	-	-	-

¹ Nur Bezug via KDMZ

² Ausgewiesen durch die KDMZ

³ Der Wärme- und Elektrizitätsverbrauch bezieht sich auf das Jahr 2006 und auf rund 75% der kantonseigenen Gebäude. Verglichen mit 2005 sind rund 100'000 m² EBF an der Universität mehr erfasst worden. Die Energieverbrauchsziele in den kantonseigenen Liegenschaften werden durch die Energiegrossverbraucher-Vereinbarung vorgegeben.

⁴ Die ausgewiesenen Treibhausgas-Emissionen beziehen sich auf den Energie- und Treibstoffverbrauch im Jahr 2006 (75% der Gebäude, 80% der Fahrzeuge). Der verglichen mit 2005 massiv tiefere Wert lässt sich durch den ab 1. Oktober 2006 neu CO₂-neutralen naturemade Ökostrom und eine Neubewertung des Strommixes (CH-Mix anstelle des UCTE-Mixes) für die Zeit vom 1.1.-30.9.2006 erklären.

⁵ Zentral- und Bezirksverwaltung



Anhang 1:

Konsolidierungskreis 2

- Planungen der Behörden
- Planungen der Rechtspflege

Konsolidierungskreis 3

- Planungen der zu konsolidierenden Anstalten

Übrige nicht zu konsolidierende Organisationen

- Planung der Beamtenversicherungskasse
- Planung der Arbeitslosenkasse



Einleitung Anhang 1

Der KEF 2009-2012 und das Budget 2009 wurden nach der neuen Rechnungslegung gemäss dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) und seinen Ausführungserlassen erstellt. Als Regelwerk bestimmt die Rechnungslegungsverordnung (RLV) die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS).

Die IPSAS verlangen eine Konsolidierung. Nach § 54 Abs. 2 CRG legt der Regierungsrat den Kreis der zu konsolidierenden Einheiten fest. Die konsolidierte Planung umfasst die Planungen der folgenden Einheiten:

- Direktionen des Regierungsrates und Staatskanzlei mit ihren nachgeordneten Verwaltungseinheiten im ersten Konsolidierungskreis
- Kantonsrat; Finanzkontrolle; Obergericht; Bezirksgerichte; Notariate, Grundbuch- und Konkursämter; Kassationsgericht; Landwirtschaftsgericht; Verwaltungsgericht; Sozialversicherungsgericht; Ombudsmann und Datenschutzbeauftragter im zweiten Konsolidierungskreis
- Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Universität Zürich, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürcher Hochschule der Künste, Pädagogische Hochschule Zürich, Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation) und Zentralbibliothek Zürich im dritten Konsolidierungskreis

Im folgenden Anhang 1 werden die Planungen der Einheiten des zweiten und dritten Konsolidierungskreises aufgeführt. Zudem werden die Einheiten aufgeführt, die zwar die Konsolidierungskriterien nicht erfüllen, aber trotzdem im KEF aufgeführt werden. Dabei handelt es sich um die Planungen der Beamtenversicherungskasse und der Arbeitslosenkasse.



Konsolidierungskreis 2, Teil 1 -> Planungen der Behörden

Die finanzielle Entwicklung der Behörden im zweiten Konsolidierungskreis umfasst die folgenden Leistungsgruppen:

9000 Kantonsrat

9020 Finanzkontrolle

9070 Ombudsmann

9071 Datenschutzbeauftragter

Die folgende Tabelle weist die finanziellen Werte der Erfolgs- und Investitionsrechnung der oben stehenden Leistungsgruppen aus.

(in Mio. Franken)	R 2007	B 2008 restated	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	1.5	1.1	1.2	1.1	0.9	0.9
Aufwand	-16.3	-16.9	-17.1	-17.4	-17.5	-17.6
Saldo	-14.8	-15.8	-15.9	-16.3	-16.6	-16.7
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	-	-	-	-	-	-
Ausgaben	-0.3	-	-	-0.1	-	-
Saldo	-0.3	-	-	-0.1	-	-

Zu Vergleichszwecken wird das Ergebnis der Rechnung 2007 einschliesslich den Werte des Datenschutzbeauftragten ausgewiesen, der erst seit 2008 administrativ der Geschäftsleitung des Kantonsrates zugeordnet ist.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.0		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-90.0
Aufwand	-8.9	-8.9	0.0	-8.8	0.0	-8.8	0.0	-8.9	-8.9	0.3
Saldo	-8.8	-8.9	0.0	-8.8	0.0	-8.8	0.0	-8.9	-8.9	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	12.8	12.9	0.0	13.0	0.0	13.0	0.0	13.0	13.0
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

Aufgaben

A1 Der Kantonsrat (KR) bildet als gewählte Volksvertretung das politische Forum, in welchem alle Bevölkerungsteile ihre Interessen in geordnetem Rahmen artikulieren können. Er ist gemäss Kantonsverfassung zusätzlich für die Verfassungs- und Gesetzgebung, übt Finanzkompetenzen und die Kontrolle über Exekutive und Judikative aus und nimmt Wahlen und Begnadigungen vor.

A2 Die Kommissionen (K) sind zuständig für die Vorberatung der Geschäfte.

A3 Die Parlamentsdienste (PD) unterstützen Kantonsrat und Kommissionen.

Entwicklungsschwerpunkte

E1 --

bis
Direktions-
ziel Nr.

0

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

W1 K: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Geschäftsvorbereitung durch die Kommissionen	min.	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
W2 PD: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5.2	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5
W3 PD: Zufriedenheit der Kommissionspräsidien mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5.7	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5

Leistungen

L1 KR: Zahl behandelter Vorlagen	P	115	110	110	110	110	110
L2 KR: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	max.	1.1	0.75	0.75	0.75	0.75	0.75
L3 K: Zahl behandelter Vorlagen	P	118	90	90	110	120	90
L4 K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer in Tagen	max.	179	90	90	90	90	90
L5 K: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	max.	3.75	3.7	3.7	3.7	3.7	3.7
L6 K: Erfüllungsgrad des Jahresprogramms GPK	P	90%	90%	90%	90%	90%	90%
L7 PD: Zahl der Protokolle	P	385	350	350	360	380	350

Wirtschaftlichkeit

B1 PD: Kosten pro Mitarbeiter/in der Parlamentsdienste	max.	146965	147829	154269	155731	159962	162115
B2 PD: Durchschn. Kosten je Ratsprotokoll (MA Protokollführungsdienste)	max.	2742	2738	2867	2894	2972	3012
B3 PD: Durchschn. Kosten je Kommissionsprotokoll	max.	827	1051	864	872	896	908

Leistungsgruppe 9000 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.) -8.779
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 9000

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Wegfall der Kosten für die Erneuerung des Ratsinformationssystems

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang wurde im Jahr 2008 von 12,9 auf 13,0 erhöht.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Zurzeit keine Besonderheiten absehbar.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Keine Personalaufstockung vorgesehen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	1.3	1.0	0.0	1.0	0.0	1.0	0.0	0.9	0.9	-29.9
Aufwand	-4.9	-5.0	0.0	-5.1	0.0	-5.3	0.0	-5.3	-5.3	9.8
Saldo	-3.6	-4.1	0.0	-4.1	0.0	-4.3	0.0	-4.4	-4.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben	-0.1				0.0	-0.1				-0.0
Nettoinvestitionen	-0.1				0.0	-0.1				-0.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	24.2	24.7	0.0	24.5	0.0	24.5	0.0	24.5	24.5	

Aufgaben

A1 Ausübung der Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz (FKG) d.h. prüfen der Ordnungsmässigkeit, der Rechtmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Zweckmässigkeit und der Sparsamkeit der Haushaltsführung sowie der Wirksamkeitskontrollen.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Erhöhung des Anteils an Wirtschaftlichkeits-, Zweckmässigkeits- und Wirksamkeitsprüfungen	2009	0
E2 Vermehrte Durchführung von Querschnittsprüfungen	2010	0
E3		0

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

W1 Anteil der umgesetzten Empfehlungen (aufgrund Stellungnahmen)	min.	90%	90%	90%	90%	90%	90%
--	------	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Leistungen

L1 Anteil der Feststellungen/Empfehlungen aufgrund Prüfungskriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit	min.	20%	20%	25%	25%	30%	30%
L2 Prüfintervall in Jahren	max.	5	5	5	5	5	5
L3 Anzahl Revisionen pro Jahr	P	350	350	350	330	320	320
L4 Verhältnis durchgeführte zu geplante Revisionen (in Tagen)	min.	90%	93%	93%	93%	93%	93%

Wirtschaftlichkeit

B1 Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG zur Soll-Arbeitszeit	min.	63%	64%	64%	64%	65%	65%
---	------	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Leistungsgruppe 9020 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -4.056
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 9020

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- W1: Dieser Indikator wird von den wesentlichen Prüfungsfeststellungen berechnet (ohne übrige Feststellungen).
- L1: Dieser Indikator wird von den wesentlichen Prüfungsfeststellungen berechnet (ohne übrige Feststellungen).
- L2: Innerhalb des Prüfintervalls soll bei jeder Organisationseinheit mindestens eine Revision durchgeführt werden.
- B1: In der Soll-Arbeitszeit sind die Abwesenheiten (Ferien, Krankheit, Militärdienst usw.) enthalten.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: +Fr. 0,075 Mio. Erhöhung des Tagesansatzes von Fr. 1400 auf Fr. 1500. Mehreinnahmen werden zum Teil kompensiert durch geringere Einnahmen aus Revisionen im Bereich Nationalstrassen (NFA) und von EU-Projekten (Interne Revision bei der Universität).
- Aufwand: + Fr. 0,1 Mio. Die budgetierte Zunahme ist hauptsächlich durch die generelle Lohnentwicklung verursacht. Positiv wirken sich die unter IPSAS tieferen Abschreibungen und Zinsen aus.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Reduktion einer 80% Stelle auf 60% im Sekretariat.

Indikatoren

- L1 Geplante Erhöhung um 1% gemäss Entwicklungsziel 1

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Ab 2010 wird mit Mindereinnahmen gerechnet (Wegfall Mandat BVK). Ab 2011 wirkt sich die NFA bei den Revisionsleistungen im Bereich Nationalstrassen aus (weniger Baurevisionen wegen Fertigstellung NS-Netz).
- Aufwand: Die Aufwandentwicklung entspricht der Lohnsummenentwicklung und der Teuerung gemäss Richtlinien. 2010 und 2011 fallen zusätzlich höhere Informatikkosten für den Ersatz der Software und eines Teils der Hardware an (unter IPSAS nicht aktivierbar).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: 2010 erfolgt die Ersatzbeschaffung der Hard- und Standardsoftware der Arbeitsplatzrechner (Betriebssysteme, Microsoft Office). Die restliche Ersatzbeschaffung wird unter IPSAS über die Erfolgsrechnung abgewickelt.

Indikatoren

- L1 ab 2011 Erhöhung um 5%
- B1 ab 2001 Erhöhung um 1%

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ausgaben: + Fr. 0.2 Mio. 2010 Ein wesentlicher Teil der Ersatzbeschaffung Hard- und Software erfolgt über die Erfolgsrechnung (unter IPSAS nicht aktivierbar).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: - Fr. 0,2 Mio. 2010 und -Fr. 0,1 Mio. 2011 Ein wesentlicher Teil der Ersatzbeschaffung Hard- und Software erfolgt über die Erfolgsrechnung (unter IPSAS nicht aktivierbar).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag										-100.0
Aufwand	-0.9	-1.1	0.0	-1.1	0.0	-1.2	0.0	-1.2	-1.2	30.7
Saldo	-0.9	-1.1	0.0	-1.1	0.0	-1.2	0.0	-1.2	-1.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	3.0	4.1	0.0	3.9	0.0	3.9	0.0	3.9	3.9	

Aufgaben

A1 Der Ombudsmann nimmt Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegen Behörden und Arbeitsstellen entgegen, prüft sie und bemüht sich durch Vermittlung um eine einvernehmliche Lösung. Die Rechtsgrundlage für die Institution Ombudsmann findet sich im Verwaltungsrechtspflegegesetz § 87 ff.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkte	bis		Direktionsziel Nr.
E1 --			0

Indikatoren

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 --							

Leistungen

L1 Zahl der eingegangenen Geschäfte	P	667	700	700	700	700	700
L2 Zahl der erledigten Geschäfte	P	697	700	700	700	700	700

Wirtschaftlichkeit

B1 --							
-------	--	--	--	--	--	--	--

Leistungsgruppe 9070	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.142
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 9070
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.2	0.2	0.0	0.2	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	-83.4
Aufwand	-1.7	-1.9	0.0	-2.1	0.0	-2.2	0.0	-2.2	-2.2	32.7
- Personalaufwand		-1.2		-1.4		-1.4		-1.5	-1.5	
Saldo	-1.5	-1.8	0.0	-1.9	0.0	-2.0	0.0	-2.2	-2.2	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen										
Ausgaben	-0.3		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0
Nettoinvestitionen	-0.3		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	7.2	7.2	0.0	8.2	0.0	8.2	0.0	8.2	8.2	

Aufgaben

- A1 Der Datenschutzbeauftragte beaufsichtigt die Datenbearbeitungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden und der übrigen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Kanton. Er stellt sicher, dass die Privatheit der Bürgerinnen und Bürger respektiert wird.
- A2 Er führt Kontrollen durch, beurteilt datenschutzrelevante Vorhaben und Erlasse, berät die verantwortlichen Organe und fördert den Einsatz datenschutzfreundlicher Technologien. Dabei kann er verbindliche Empfehlungen abgeben.
- A3 Der Datenschutzbeauftragte informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Anliegen des Datenschutzes und der Informationssicherheit. Er berät Privatpersonen und vermittelt in Konfliktfällen.
- A4 Alle Aufgaben nimmt der Datenschutzbeauftragte in vollständiger Unabhängigkeit wahr.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Vorabkontrolle: Detailkonzeption und Aufbau	2009	0
E2 Aufsicht: Verstärkung durch Aufbau eines Monitorings (konzeptionelle Weiterentwicklung und Standardisierung der Prozesse)	2011	0
E3 Besondere Personendaten: Verstärkung von Aufsicht und Kontrolle im Gesundheitswesen sowie im Bereich Polizei und Strafuntersuchung	2009	0
E4 Datenschutzfreundliche Technologien: Förderung der Entwicklung und des Einsatzes von datenschutzfreundlichen Technologien	2011	0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Anteil umgesetzter Empfehlungen	P			60 %			
W2 Kundenbeurteilung der Qualität der Leistungen	min.			gut			
W3 Anteil umgesetzter Hinweise	P			60 %			
Leistungen							
L1 Anteil komplexer Beratungen von öffentlichen Organen	P			33 %			
L2 Anteil aufwändiger Beratungen von Privatpersonen	P			15 %			
L3 Anzahl Grundsatzfragen u. Stellungnahmen				25			
L4 Anzahl Datenschutz-Reviews				20			
L5 Zuwachs Besuche auf Internetangeboten	P			5 %			
L6 Anzahl Teilnehmerstunden an Weiterbildungsangeboten				600			
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 9071 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.940
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	0.000

Budget Leistungsgruppe 9071	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr



Konsolidierungskreis 2, Teil 2 -> Planungen der Rechtspflege

Die finanzielle Entwicklung der Rechtspflege im zweiten Konsolidierungskreis umfasst die folgenden Leistungsgruppen:

- 9030 Obergericht und angegliederte Gerichte**
- 9040 Bezirksgerichte**
- 9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter**
- 9061 Kassationsgericht**
- 9062 Landwirtschaftsgericht**
- 9063 Verwaltungsgericht**
- 9064 Sozialversicherungsgericht**

Die folgende Tabelle weist die finanziellen Werte der Erfolgs- und Investitionsrechnung der oben stehenden Leistungsgruppen aus.

(in Mio. Franken)	R 2007	B 2008 restated	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	174.0	165.8	161.2	160.7	162.4	164.0
Aufwand	-278.2	-284.4	-293.7	-293.9	-300.9	-307.3
Saldo	-104.2	-118.6	-132.5	-133.2	-138.5	-143.2
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	-	-	-	-	-	-
Ausgaben	-9.0	-18.4	-26.0	-25.3	-26.3	-12.9
Saldo	-9.0	-18.4	-26.0	-25.3	-26.3	-12.9

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	12.4	15.6	0.0	12.6	0.0	12.4	0.0	12.4	12.4	0.4
Aufwand	-53.4	-56.9	0.0	-57.7	0.0	-58.5	0.0	-59.9	-63.1	18.3
Saldo	-41.0	-41.3	0.0	-45.1	0.0	-46.1	0.0	-47.5	-50.7	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen										
Ausgaben	-0.8	-10.6	0.0	-18.9	0.0	-18.4	0.0	-19.8	-10.1	-13.1
Nettoinvestitionen	-0.8	-10.6	0.0	-18.9	0.0	-18.4	0.0	-19.8	-10.1	-13.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	191.7	195.0	0.0	197.0	0.0	197.0	0.0	197.0	197.0	

Aufgaben

A1 Beförderliche Erledigung der hängigen erst- und zweitinstanzlichen Verfahren und Prozesse auf der Grundlage des geltenden Rechts

Entwicklungsschwerpunktebis
Direktions-
ziel Nr.

E1 Um- und Erweiterungsbau Obergericht	ab 2008	0
E2 Personalförderungsmaßnahmen auf allen Stufen	2009	0
E3 Aufbau und Weiterentwicklung von Controlling-Mechanismen	2009	0
E4 Einführung von IPSAS und Entwicklung der Kostenrechnung	2009	0
E5 Umsetzung von Massnahmen im Hinblick auf die Inkraftsetzung von eidg. Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung	ab 2010	0

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

W1 70% der Berufungsverfahren sind innert 6 Monaten erledigt unter Berücksichtigung der Qualität und gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	72.6%	>= 70%	>70%	>70%	>70%	>70%
W2 80% der Rekursverfahren sind innert 6 Monaten erledigt unter Berücksichtigung der Qualität und gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	83.5%	>=80%	>80%	>80%	>80%	>80%
W3 Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in CHF	P	2'635'382	2'100'000	2'700'000	2'700'000	2'700'000	2'700'000
W4 Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in CHF	P	1'378'221	1'725'000	1'700'000	1'700'000	1'700'000	1'700'000
W5 Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in CHF	P	571'608	600'000	600'000	600'000	600'000	600'000

Leistungen

L1 Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren	P	570	498	521	521	521	521
L2 Erledigung von Berufungen	P	1'089	1'112	1'123	1'123	1'123	1'123
L3 Erledigung von Rekursen und Beschwerden	P	1'506	1'468	1'469	1'469	1'469	1'469
L4 Erledigung von anderen Verfahren	P	1'314	1'445	1'390	1'390	1'390	1'390
L5 Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	P	7'764	7'856	7'734	7'734	7'734	7'734
L6 Anzahl Eingänge	P	7'992	7'856	7'734	7'734	7'734	7'734
L7 Anzahl hängige Verfahren Ende Jahr	P	4'167	</=3'900	</=3'900	</=3'900	</=3'900	</=3'900
L8 Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1 : 1	P	0.97 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1

Wirtschaftlichkeit

B1 durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	P	5'276	5'385	5'837	5'964	6'138	6'552
---	---	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Leistungsgruppe 9030 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-45.140
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-18.872

Budget Leistungsgruppe 9030

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- E1: Im Herbst 2008 werden die Bauarbeiten im Hinblick auf den Um- und Erweiterungsbau des Obergerichts in Angriff genommen. Während der Bauphase wird das Obergericht seinen Betrieb in Mieträumlichkeiten an der Klausstrasse aufrecht erhalten. Planung und Logistik sind während dem Umbau stark gefordert, damit der Einzug ins neue Obergerichtsgebäude wie vorgesehen im Herbst 2011 stattfinden kann.
- E2: Die auf 2008 geplante Mitarbeiterbefragung wird auf 2009 verschoben. Im Übrigen wird die stufengerechte Aus- und Weiterbildung weiterhin gefördert.
- E3: Weiterentwicklung von Controllingmechanismen und –instrumenten (Finanzen, Personal, Leistung, Logistik)
- E4: Bestmögliche Umsetzung der für die Rechtspflege relevanten Bestimmungen im CRG, in der Verordnung über die Rechnungslegung sowie in der Controllingverordnung.
- Entwicklung und Einführung der Anlagebuchhaltung und einer für die Rechtspflege aussagekräftigen Kosten- und Leistungsrechnung.
- E5: Rechtzeitige Planung der notwendigen organisatorischen Massnahmen im Hinblick auf die Inkraftsetzung der Änderungen der eidg. Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung im Jahre 2011. Die Folgen dieser Änderungen auf die kantonalzürcherische Gerichtsbarkeit kurz zusammengefasst: Abschaffung Geschworenen- und Kassationsgericht, Verschiebung von Zuständigkeiten von und an Bezirksgerichte.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Planung ab 2009 geht davon aus, dass die arbeitsintensiven Verfahren beim Handelsgericht und der I. Zivilkammer (Urheberrechtsprozesse) bis Ende 2008 erledigt sind und sich die Geschäftslast entspannt (+0.4 Mio.). Die Verbesserung beim Sachaufwand ist auf die einmaligen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Umzug an die Klausstrasse und dort notwendige Anpassungsarbeiten (Sicherheitsmassnahmen, Gerichtssäle) im Jahre 2008 zurückzuführen (+1.5 Mio.).
- Die Neubewertung der Liegenschaften führt zu einer Verschlechterung bei den Abschreibungen und Zinsen von total rund 0.6 Mio.
- Beim Gebührenertrag dürfte durch die Einführung der Pauschalgebühr per 1.1.2007 und aufgrund der Jahresrechnung 2007 und der ersten Hochrechnung 2008 eine Zunahme (+0.7 Mio.) erwartet werden. 2009 fällt jedoch die Aktivierung der Planungs- und Projektierungskosten für den Um- und Erweiterungsbau des Obergerichts als Ertrag aus der Rechnung (-3.8 Mio.).

Investitionsrechnung

- Die Investitionen werden im Wesentlichen vom Um- und Erweiterungsbau geprägt. Im Jahr 2009 geht die Planung von Investitionsausgaben - inkl. IT - im Umfang von 18.9 Mio. aus (-8.2 Mio.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Vorjahres-KEF wurden irrtümlich zwei Vollzeitstellen ausserhalb des Stellenplanes geführt. Dies wurde in der vorliegenden Planung nun korrigiert, sodass dieser ein Beschäftigungsumfang von 197 Stellen zugrunde liegt.
- Infolge neu zugewiesener Geschäfte ab 2008 wird eine Verwaltungs-Stelle zu den juristischen Sekretären-Stellen verschoben.

Indikatoren

- W3/4: Das Ergebnis aus der RE2007 hat gezeigt, dass die Zahlungen für amtliche Verteidigung und unentgeltliche Rechtsvertretung mit der Anpassung des Anwaltsgebührentarifes stärker gestiegen sind als erwartet. Die Planung wurde entsprechend angepasst.
- L1-6: Die Prognose wird aufgrund des Durchschnitts der letzten drei Jahre bestimmt.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Entwicklung der Erfolgsrechnungen in den Jahren 2010-2012 weicht von den Vorgaben wegen der Investitionstätigkeit im Zusammenhang mit dem Um- und Erweiterungsbau des Obergerichts ab. So steigen die kalkulatorischen Zinsen gegenüber dem Vorjahr jeweils um 0.6, 0.7 bzw. um 0.2 Mio. Die Abschreibungen auf Immobilien wachsen 2010 um 0.2, 2011 um 0.2 und 2012 – nach Inbetriebnahme (Nutzung) des neuen Obergerichtsgebäudes um 2.4 Mio.

Investitionsrechnung

- Gemäss Kostenvoranschlag und Planung des Hochbauamtes werden in den Jahren 2009-2011 jährlich Ausgaben im Umfang von gut 17 Mio. anfallen; im Jahr 2012 sind bauliche Investitionen von 9 Mio. vorgesehen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Verbesserung gegenüber dem KEF des Vorjahres ist auf die neuen Abschreibungsgrundsätze nach IPSAS (lineare Abschreibung während der Nutzungsdauer; bisher 10% des Bilanzwertes) zurückzuführen. Auf der Ertragsseite wird seit der Einführung der neuen Gebührenverordnung von höheren Gebührenerträgen ausgegangen. Saldoverbesserung 2010: 2.3 Mio. und 2011: 3.9Mio.

Investitionsrechnung

- Der Kantonsrat hat das Gesamtinvestitionsvolumen um 2.5 Mio. erhöht, damit Minergie-Standards beim Um- und Erweiterungsbau des Obergerichts berücksichtigt werden.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Vorjahres-KEF wurden irrtümlich zwei Vollzeitstellen ausserhalb des Stellenplanes geführt. Dies wurde in der vorliegenden Planung nun korrigiert, sodass dieser ein Beschäftigungsumfang von 197 Stellen zugrunde liegt.

Indikatoren

- Prognosen gemäss Budgetentwurf

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	39.8	38.6	0.0	40.3	0.0	39.4	0.0	39.5	39.5	-0.9
Aufwand	-135.8	-135.5	0.0	-141.2	0.0	-140.5	0.0	-144.5	-146.7	8.1
Saldo	-96.0	-96.9	0.0	-100.9	0.0	-101.1	0.0	-105.1	-107.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-3.9	-3.8	0.0	-5.1	0.0	-4.6	0.0	-4.3	-0.5	-3.7
Nettoinvestitionen	-3.9	-3.8	0.0	-5.1	0.0	-4.6	0.0	-4.3	-0.5	-3.7
Personal (Beschäftigungsumfang)	682.1	669.0	0.0	688.5	0.0	683.0	0.0	683.0	683.0	

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der Verfahren und Prozesse
- A2 Ausbildung junger Juristen am Gericht (Auditoren)

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Personalförderungsmaßnahmen auf allen Stufen	2010	0
E2 Umgliederung von Liegenschaften ins Verwaltungsvermögen der Bezirksgerichte (Alleinnutzung).	2009	0
E3 Projekte im Rechnungswesen der Gerichte (IPSAS)	2009	0
E4 Umsetzung von Massnahmen im Hinblick auf die Inkraftsetzung von eidg. Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung	ab 2010	0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 80% der Zivil- und Strafprozesse sind unter Berücksichtigung der Qualität innert 6 Monaten erledigt	P	77.8%	>/=80%	>/=80%	>/=80%	>/=80%	>/=80%
W2 Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in CHF	P	11'389'067	12'500'000	12'500'000	12'500'000	12'500'000	12'500'000
W3 Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in CHF	P	9'790'351	11'000'000	11'400'000	11'400'000	11'400'000	11'400'000
W4 Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in CHF	P	3'346'958	1'365'000	1'200'000	1'200'000	1'200'000	1'200'000

Leistungen

L1 Summarische Verfahren	P	33'176	35'210	34'500	34'500	34'500	34'500
L2 Zivilprozesse	P	10'009	10'745	10'600	10'600	10'600	10'600
L3 Strafprozesse	P	3'178	3'513	3'322	3'322	3'322	3'322
L4 Haftrichtersachen	P	3'390	3'833	3'564	3'564	3'564	3'564
L5 Mietschlichtungen	P	5'168	4'502	4'721	4'721	4'721	4'721
L6 Erledigungen der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	P	72'368	80'127	77161	77161	77161	77161
L7 Anzahl Eingänge	P	74374	80'127	77161	77161	77161	77161
L8 Anzahl hängiger Verfahren Ende Jahr	P	11'979	</=12'000	</=12'000	</=12'000	</=12'000	</=12'000
L9 Verhältnis Erledigungen : Eingänge	P	0.97 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1
L10 Verhältnis Auditoren : jur. Sekretäre	P	0.7 : 1	> 0.8 : 1	> 0.8 : 1	> 0.8 : 1	> 0.8 : 1	> 0.8 : 1

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	P	1'326	1'250	1'308	1'310	1'362	1'390
---	---	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Leistungsgruppe 9040 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-100.895
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-5.080

Budget Leistungsgruppe 9040	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- E1: Einen Schwerpunkt der Personalförderungsmassnahmen wird eine Mitarbeiterbefragung im Jahr 2009 bilden. Im Übrigen wird die stufengerechte Aus- und Weiterbildung weiterhin gefördert.
- E2: Aufgrund der Regionalisierung durch die Staatsanwaltschaften stehen den Bezirksgerichten Liegenschaften zur alleinigen Nutzung zur Verfügung. Es ist zu prüfen, ob im Laufe der Planperiode eine entsprechende Umgliederung von solchen Liegenschaften vom Hochbauamt zu den Bezirksgerichten zu vollziehen sein wird.
- E3: Die geplante Einführung des CRG sowie der Rechnungslegungsstandards in Anlehnung an IPSAS wurde vom Regierungsrat im Dezember 2006 auf Anfang 2009 verschoben. Das CRG, welchem auch die Rechtspflege unterstellt ist, verlangt die Führung einer Kosten-Leistungsrechnung (Entwicklung KLR). Im Weiteren werden die Mechanismen im Personal-Controlling weiterentwickelt.
- E4: Rechtzeitige Planung der notwendigen organisatorischen Massnahmen im Hinblick auf die Inkraftsetzung der Änderungen der eidg. Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung im Jahre 2011. Die Folgen dieser Änderungen auf die kantonalzürcherische Gerichtsbarkeit kurz zusammengefasst: Abschaffung Geschworenen- und Kassationsgericht, Verschiebung von Zuständigkeiten von und an Bezirksgerichte.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Personalaufwand steigt gegenüber dem Budget 2008 um rund 4 Mio. Neben der Lohnentwicklung gemäss Vorgaben des Regierungsrates ist in diesen Werten der Vollbetrieb des neuen Bezirksgerichtes Dietikon enthalten, welcher im Jahr 2009 zu einer zeitweisen Doppelbesetzung von Stellen führt.
- Die Forderungsverluste (Abschreibungen von Debitorenguthaben) werden gemäss Hochrechnung 2008 zunehmen. Die prognostizierte Verschlechterung beträgt hier rund 1.2 Mio. Eine weitere Aufwandsteigerung wird durch höhere Abschreibungen und Zinsen im Zusammenhang mit dem Umbau des Bezirksgerichtes Winterthur verursacht. Demgegenüber stehen Minderbelastungen des Immobilienamts für kalkulatorische Zinsen und Nebenkosten.
- Ab 2009 wird mit einem um ca. 0.8 Mio. höheren Gebührenertrag gerechnet. Auch die Aktivierung von Planungskosten (BG Bülach) führt zu einem Mehrertrag von rund 0.5 Mio gegenüber dem Budget 08.

Investitionsrechnung

- Die eingestellten Beträge erfolgen in Absprache mit dem Hochbauamt und betreffen hauptsächlich den Umbau der Bezirksgerichte Bülach und Winterthur.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Für den Beschäftigungsumfang bei der Leistungsgruppe 9040 sind die bewilligten Stellenpunkte massgebend.
- Aufgrund der seit Jahren zur Bewältigung der Geschäftslast bestehenden Beschäftigung von Personal ausserhalb des Stellenplans wird der Totalbeschäftigungsumfang bei den Bezirksgerichten um 14 Vollzeitstellen erhöht.
- Zudem wird für 2009 mit einer zeitweisen Doppelbesetzung von ca. 5 Stellen gerechnet, was in der Planung für das Bezirksgericht Dietikon (Vollbetrieb ab 2009) begründet ist.

Indikatoren

- Die Leistungsindikatoren berechnen sich aufgrund des Durchschnitts über die letzten drei Rechnungsjahre.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Aufwand und Ertrag werden für die Planjahre 2010-2012 gemäss den Vorgaben des Regierungsrates weitergeschrieben. Bei den Personalkosten fallen ab 2010 die Überschneidungen infolge der Betriebsaufnahme BG Dietikon weg.
- Auf der Ertragsseite ist keine Rückerstattung von Planungs- und Projektierungskosten zu erwarten.

Investitionsrechnung

- Die Investitionsplanung der Bezirksgerichte wird in den Jahren 2010-2012 vom Um- und Erweiterungsbau in Bülach geprägt (2009: 2 Mio., 2010: 4.3 Mio., 2011: 4.3 Mio. und 2012: 0.5 Mio.). Die Realisierung dieses Projektes verzögerte sich zuletzt wegen hängiger Einsprachen in der Planungsphase.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Ab 2010 fallen die personellen Überschneidungen infolge der Betriebsaufnahme BG Dietikon weg.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Veränderung gegenüber dem Vorjahres-KEF ist einerseits auf die neue Planung nach IPSAS zurückzuführen; andererseits auf die voerwähnte Erhöhung der Personalkosten.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Für den Beschäftigungsumfang bei der Leistungsgruppe 9040 sind die bewilligten Stellenpunkte massgebend.
- Aufgrund der seit Jahren zur Bewältigung der Geschäftslast bestehenden Beschäftigung von Personal ausserhalb des Stellenplans wird der Totalbeschäftigungsumfang bei den Bezirksgerichten um 14 Vollzeitstellen erhöht.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	118.1	108.9	0.0	105.1	0.0	105.7	0.0	107.3	108.9	-7.8
Aufwand	-66.7	-67.7	0.0	-69.0	0.0	-68.9	0.0	-70.1	-70.7	5.9
Saldo	51.3	41.2	0.0	36.1	0.0	36.7	0.0	37.2	38.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-4.3	-3.6	0.0	-1.8	0.0	-2.2	0.0	-2.2	-2.3	-2.7
Nettoinvestitionen	-4.3	-3.6	0.0	-1.8	0.0	-2.2	0.0	-2.2	-2.3	-2.7
Personal (Beschäftigungsumfang)	416.6	417.0	0.0	421.0	0.0	421.0	0.0	421.0	421.0	

Aufgaben

- A1 Errichtung öffentlicher Urkunden, Vornahme amtlicher Beglaubigungen, Aufbewahrung von Verfügungen von Todes wegen, Mitwirkung in erbrechtlichen Angelegenheiten und Erledigung von weiteren dem Notariat übertragenen Aufgaben im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung.
- A2 Führen der Grundbucheinrichtungen und Anlegung des eidg. Grundbuchs nach den Vorgaben der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung.
- A3 Erledigung der dem Konkursamt durch die eidgenössische Gesetzgebung übertragenen Aufgaben.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Fristgerechte Erledigung der Notariats-, Grundbuch- und Konkursgeschäfte	laufend	0
E2 Aufnahme der Grundstückbeschriebe in das EDV-System, Neuaufnahme alter Servituten	2010	0
E3 Einführung des EDV-Grundbuchs	2014	0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit in %	P	90%	90%	90%	90%	90%	90%
W2 Realisierung des Vermögens des Schuldners und Befriedigung der Forderungen der Gläubiger im Konkursverfahren (Erledigungsquote innert eines Jahres)	P	75.5%	> 75%	> 75%	> 75%	> 75%	> 75%

Leistungen

L1 Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspektes im Notariats- und Grundbuchbereich: >80% der als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle innerhalb der gesetzten Standards sind erledigt	P	90%	100%	100%	100%	100%	100%
L2 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 4 Mte.	P	74.2%	80%	90%	90%	90%	90%
L3 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 6 Mte.	P	85.9%	100%	100%	100%	100%	100%
L4 Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: Anzahl abgeschlossener Verfahren	P	3	2	2	3	3	3
L5 Anzahl Beurkundungen	P	54'650	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
L6 Anzahl Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	P	71'102	65'000	70'000	70'000	70'000	70'000
L7 Anzahl Konkurs erledigungen		1'679	1'600	1'600	1'600	1'600	1'600

Wirtschaftlichkeit

B1 Deckungsgrad	P	177%	155%	130%	130%	130%	130%
-----------------	---	------	------	------	------	------	------

Leistungsgruppe 9060 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	36.135
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.775

Budget Leistungsgruppe 9060	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Aufgabenbereich der Notariate, Grundbuch- und Konkursämter ist gesetzlich festgelegt. Schwerpunkt in der Entwicklung ist der Beginn der Einführung des EDV-Grundbuchs in der Planungsperiode. In der Planperiode sind grosse Anstrengungen zur Aufnahme der Rechte an den Grundstücken in das EDV-Grundbuch zu unternehmen. Dies trifft bis 2011 auch für die Neuaufnahme alter Servituten zu.

Indikatoren

- Die Notariate müssen mit dem zur Verfügung stehenden Personal in der Lage sein, die Kundenwünsche zeitgerecht und mit hoher Qualität zu erfüllen.

Sonstige Bemerkungen

- Der Förderung der Grundbucheinführungsverfahren und der Meliorationsverfahren ist besondere Bedeutung beizumessen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Bei den nicht aktivierbaren Anlagen werden weniger Bauten realisiert bzw. Telefonanlagen neu der Investitionsrechnung belastet.
- Die bevorstehende Revision der Notariatsgebührenverordnung wird zu einer Ertragsverminderung führen, sofern nur schon den Anträgen der Fachkommission gefolgt wird.

Investitionsrechnung

- Weitere Reduktion der Investitionen im Bereich der 44 Amtsräume als Folge eines mehrjährigen Verlegungs- und Umbaumatoriums.
- Tiefere Ausgaben bei den Informatikinvestitionen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Per 1.1.08 wurde der Beschäftigungsumfang aufgrund der unverändert hohen Geschäftslast um 4 Stellen erhöht (ohne 97 Lehrlinge und 3 Praktikanten).
- Dieser Beschäftigungsumfang bleibt für 2009 unverändert. Es werden nach wie vor ca. 30 Lernende pro Lehrjahr ausgebildet. Da die reorganisierte KV-Lehre immer anspruchsvoller wird und immer weniger Zeit für die praktische Vertiefung der Berufskennnisse bleibt, werden die Absolventen der Lehrabschlussprüfungen während eines Jahres weiterbeschäftigt.

Indikatoren

- W1: Die Kundenzufriedenheit soll durch periodische Umfragen in einzelnen Segmenten erhoben werden (ab 2009).
- L2: Es werden zusätzliche organisatorische Massnahmen ergriffen, um die Rückstände in der Grundbuchnachführung im Hinblick auf die Einführung des EDV-Grundbuches ab 2010 weiter zu reduzieren, weshalb der Prozentsatz auf 90% erhöht werden kann.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Planung erfolgt gemäss den Vorgaben.

Investitionsrechnung

- Tiefere Ausgaben bei den Informatikinvestitionen infolge Projektverzögerung im Jahr 2009. Ab 2010 ist wieder mit erhöhten Investitionen zu rechnen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Es ist mit keiner wesentlichen Veränderung auf der Ertragsseite aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen. Je nach Entscheid des Kantonsrates in der bevorstehenden Gebührenrevision und der Behandlung der parlamentarischen Initiative über die Notariats- und Grundbuchgebühren ergibt sich jedoch ein Ertragsrückgang mit dem Inkrafttreten der Änderung der Notariatsgebührenverordnung im Laufe des Jahres 2009.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Per 1.1.08 wurde der Beschäftigungsumfang aufgrund der unverändert hohen Geschäftslast um 4 Stellen erhöht (ohne 97 Lehrlinge und 3 Praktikanten).
- Der seit mehr als 20 Jahren unveränderte Stellenplan muss dringend überarbeitet werden, weil er den betrieblichen Gegebenheiten auf den einzelnen Notariaten nicht mehr entspricht. Der heutige Personalbestand ist vor allem im mittleren und oberen Kaderbereich zu knapp, um den heutigen anspruchsvollen Kundenwünschen im Immobilienbereich gerecht zu werden.
- Es ist zu erwarten, dass sich dies auf die Gesamtlohnsumme nur marginal auswirkt (anderweitige Kompensation, Rotationsgewinn).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	1.3	0.6	0.0	0.7	0.0	0.7	0.0	0.7	0.7	-43.0
Aufwand	-4.2	-4.7	0.0	-4.6	0.0	-4.6	0.0	-4.7	-4.7	12.3
Saldo	-2.9	-4.1	0.0	-3.9	0.0	-3.8	0.0	-4.0	-4.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	14.0	14.0	0.0	14.0	0.0	14.0	0.0	14.0	14.0
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

Aufgaben

A1 Beurteilung von Nichtigkeitsbeschwerden gegen Entscheide des Obergerichtes, des Geschworenengerichtes, des Handelsgerichtes, des obergerichtlichen- und des handelsgerichtlichen Einzelrichters. Grundlagen: Insbesondere GVG, ZPO StPO

EntwicklungsschwerpunkteDirektions-
ziel Nr.

E1 Tiefe Pendenzenzahl	laufend	0
E2 Verfahrensdauer gemäss Indikator Wirkung		0

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

W1 Anteil der erledigten Geschäfte innert 6 Monaten	P	46%	46%	46%	46%	46%	46%
W2 Anteil der erledigten Geschäfte, welche mehr als 1 Jahr beanspruchen	P	5%	3%	3%	3%	3%	3%
W3 Zahlungen des Staates an amtliche Verteidigungen in CHF	P	108'412	189'000	112'000	114'000	115'800	117'500
W4 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände in CHF	P	41'072	66'000	67'000	68'000	69'000	70'000
W5 Zahlungen des Staates an Entschädigungen an Parteien in CHF	P	3'100	34'000	33'000	33'500	34'000	34'500

Leistungen

L1 Anzahl Erledigungen	P	202	250	250	250	250	250
L2 Anzahl Eingänge	P	223	225	250	250	250	250
L3 Anzahl Pendenzen Ende Jahr	P	114	81	114	114	114	114
L4 Verhältnis Erledigungen / Eingänge laufendes Jahr (EQ I)	P	0.50	0.65	0.56	0.56	0.56	0.56
L5 Verhältnis Erledigungen / Eingänge Vorjahre (EQ II)	P	0.97	0.97	0.97	0.97	0.97	0.97
L6 Verhältnis Erledigungen / Eingänge Total (EQ III)	P	0.91	1.11	1.0	1.0	1.0	1.0

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Prozess	P	14'524	16'224	15'562	15'670	16'183	16'299
---	---	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Leistungsgruppe 9061 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -3.899
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 9061

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Einführung der eidgenössischen Prozessgesetze (eidgenössische Zivilprozessordnung und eidgenössische Strafprozessordnung) wird Auswirkungen auf den Aufgabenbereich und die künftige Ausgestaltung des Kassationsgerichts haben. Da momentan aber weder der genaue Zeitpunkt der Einführung noch im Fall der eidgenössischen Zivilprozessordnung deren endgültige Ausgestaltung absehbar ist, wird einstweilen in den Planjahren 2010 bis 2012 auf der Grundlage der bisherigen Aufgaben geplant.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Tieferer Saldo im Jahr 2009 als gemäss VA08, da einerseits mit höheren Einnahmen zufolge der neuen Gerichtsgebühren-Verordnung gerechnet wird, andererseits mit einer besseren Zahlungsfähigkeit der Debitoren. Zudem fällt im Jahr 2009 die Reduktion der Mietfläche per 1.4.2008 erstmals ganzjährig ins Gewicht.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Zu L1: die tiefe Erledigungszahl im Jahr 2007 resultierte unter anderem daraus, dass überdurchschnittlich gewichtige Fälle zu behandeln waren; ab 2008 wird mit durchschnittlich gewichtigen Fällen gerechnet.
- Zu L2: gemäss gedrucktem Voranschlag 08: 225; neueste Hochrechnungen (per 31.3.08) zeigen, dass ab 2008 mit einer höheren Eingangszahl (ca. 250) gerechnet werden muss.
- Zu L3: gemäss gedrucktem Voranschlag 08 per Ende 2008: 81, auf Grund der höheren Pendenzanzahl Ende 2007 und der voraussichtlich höheren Eingangszahl im Jahr 2008 (vgl. zu L2) muss ab Ende 2008 und für die folgenden Planjahre 2009 bis 2012 mit einer höheren Pendenzanzahl von 114 gerechnet werden.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-36.7
Aufwand	-0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	-21.6
Saldo	-0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen	
Ausgaben	
Nettoinvestitionen	
Personal (Beschäftigungsumfang)	

Aufgaben

A1 Erledigung von Meliorationsstreitigkeiten im Kanton Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-
bis
ziel Nr.

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 9062 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.016
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 9062
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Das Landwirtschaftsgericht behandelt jährlich zwischen 1 und 5 Verfahren. Leistungsindikatoren sind - mit Ausnahme der Verfahrensdauer - wenig aussagekräftig, weshalb auf solche verzichtet wird.

Sonstige Bemerkungen

- Aufgrund der geringen finanziellen Mittel (Aufwand / Ertrag < CHF 20'000) wird auf Bemerkungen verzichtet.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	1.9	1.9	0.0	2.0	0.0	2.0	0.0	2.0	2.0	10.3
Aufwand	-6.8	-7.1	0.0	-8.2	0.0	-8.2	0.0	-8.4	-8.5	24.9
Saldo	-4.9	-5.2	0.0	-6.2	0.0	-6.2	0.0	-6.3	-6.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.1	-0.1	0.0	-0.2	0.0	-0.1	0.0	-0.1	-0.1	-0.1
Nettoinvestitionen	-0.1	-0.1	0.0	-0.2	0.0	-0.1	0.0	-0.1	-0.1	-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	25.0	30.0	0.0	31.2	0.0	31.2	0.0	31.2	31.2	

Aufgaben

- A1 Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Grundlage ist das Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959, revidierte Fassung vom 8. Juni 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998.
- A2 Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rechtswidrigem Verwaltungshandeln.
- A3 Gewährleistung rechtmässigen Verwaltungshandelns auch unter Berücksichtigung öffentlicher Interessen.
- A4 Erledigung verwaltungsrechtlicher Streitigkeiten als oberste kantonale Instanz auf der Grundlage des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 24. Mai 1959, revidierte Fassung vom 8. Juni 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Bewältigung der künftig zu erwartenden höheren Geschäftslast unter Erhöhung des Budgets nur im Umfang der angenommenen Teuerung und der dem Gericht neu überbundenen Aufgaben.	2012	0
E2 Bewältigung der künftig zu erwartenden höheren Geschäftslast unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität.	2012	0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Anzahl abgeschlossener Prozesse nach maximal 6 Monaten	P	640	640	760	760	760	760
W2 Anzahl abgeschlossener Prozesse nach über 12 Monaten	P	39	40	50	50	50	50
W3 Anteil Erledigungen innert 6 Monaten	P	83%	80%	80%	80%	80%	80%
W4 Anteil Erledigungen innert 12 Monaten	P	12%	15%	15%	15%	15%	15%
W5 Anteil Erledigungen über 12 Monate	P	5%	5%	5%	5%	5%	5%
W6 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	P	26'138	30'000	35'000	35'000	35'000	35'000
Leistungen							
L1 Anzahl der erledigten Prozesse	P	772	800	950	950	950	950
L2 Anzahl Eingänge		799	800	950	950	950	950
L3 Anzahl Pendenzen		269	255	255	255	255	255
Wirtschaftlichkeit							
B1 durchschnittl. Nettoaufwand pro erledigtem Prozess	P	6'344	6'679	6'491	6'521	6'663	6'775

Leistungsgruppe 9063 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-6.166
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.170

Budget Leistungsgruppe 9063	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Im Hinblick auf die Zunahme der Geschäftslast infolge der Rechtsweggarantie wird mit einer Erhöhung der Personalkosten gerechnet.

Investitionsrechnung

- Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Hinblick auf die Erhöhung des Personalbestandes.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Erhöhung des Personalbestandes im Hinblick auf die Zunahme der Geschäftslast ab 1.1.2009 (Rechtsweggarantie).
-

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Erhöhung des Personalbestandes je nach Zunahme der Geschäftslast infolge der Rechtsweggarantie.

Investitionsrechnung

- Je nach Zunahme der Geschäftslast Schaffung weiterer Arbeitsplätze.
-

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Berücksichtigung der Auswirkungen der Rechtsweggarantie.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Personalaufstockung von 1.2 Stellen erfolgt aufgrund der Zunahme der Geschäftslast (Rechtsweggarantie)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	0.6	0.2	0.0	0.4	0.0	0.5	0.0	0.5	0.5	-16.3
Aufwand	-11.3	-12.5	0.0	-13.0	0.0	-13.1	0.0	-13.3	-13.5	19.7
Saldo	-10.7	-12.3	0.0	-12.5	0.0	-12.6	0.0	-12.9	-13.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen										
Ausgaben		-0.3	0.0	-0.2						-0.1
Nettoinvestitionen		-0.3	0.0	-0.2						-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	48.0	61.3	0.0	62.9	0.0	62.9	0.0	62.9	62.9	

Aufgaben

A1 Beförderliche und qualitativ einwandfreie Erledigung der kantonalen Verfahren im Bereich des Sozialversicherungsrechts (Grundlage: Gesetz über das Sozialversicherungsgericht und die einschlägigen Bundesgesetze).

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die Zahl der Pendenzen bleibt in etwa auf dem heutigen Stand	2008	0
E2 Der Anteil der Erledigungen innert 6 Monaten beträgt ca. 35%	2011	0
E3 Der Anteil der Erledigungen, die über ein Jahr beanspruchen, beträgt höchstens 35 %	2011	0

Indikatoren

Indikatoren	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen innert 6 Monaten	P	38%	35%	35%	35%	35%	35%
W2 Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen nach über 1 Jahr	P	41%	35%	40%	40%	40%	40%
W3 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	P	206'460	330'000	330'000	330'000	330'000	330'000
W4 Zahlungen des Staates an Parteien	P	6'625	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000

Leistungen

L1 Anzahl Erledigungen	P	2'514	3'000	2'800	2'800	2'800	2'800
L2 Anzahl Eingänge	P	3'073	3'200	2'800	2'800	2'800	2'800
L3 Anzahl Pendenzen	P	2'827	2'641	2'800	2'800	2'800	2'800
L4 Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	P	0.82	0.94	1.00	1.00	1.00	1.00

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	P	4'276	4'072	4'479	4'516	4'590	4'666
---	---	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Leistungsgruppe 9064 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-12.541
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.150

Budget	Leistungsgruppe 9064
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Bei der Erhöhung des Beschäftigungsumfanges um 1.6 Stellen handelt es sich nicht um eine Personalvermehrung, sondern um jene vier mit einem Fixum von je 40 Stellenprozenten eingesetzten ordentlichen Ersatzrichterinnen, welche bisher nicht im Stellenplan des Sozialversicherungsgerichts enthalten und daher im KEF bisher nie aufgeführt worden sind. In der Personalstatistik des Personalamtes werden sie aber jeweils mitgezählt, weshalb diese 1.6 Stellen neu im KEF ebenfalls aufgeführt werden. Dies hat keinerlei Mehrkosten zur Folge.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Bei der Erhöhung des Beschäftigungsumfanges um 1.6 Stellen handelt es sich nicht um eine Personalvermehrung, sondern um jene vier mit einem Fixum von je 40 Stellenprozenten eingesetzten ordentlichen Ersatzrichterinnen, welche bisher nicht im Stellenplan des Sozialversicherungsgerichts enthalten und daher im KEF bisher nie aufgeführt worden sind. In der Personalstatistik des Personalamtes werden sie aber jeweils mitgezählt, weshalb diese 1.6 Stellen neu im KEF ebenfalls aufgeführt werden. Dies hat keinerlei Mehrkosten zur Folge.



Konsolidierungskreis 3 -> Planungen der zu konsolidierenden Anstalten

Die finanzielle Entwicklung der Anstalten im dritten Konsolidierungskreises umfasst die folgenden Leistungsgruppen:

- 9300 Zürcher Verkehrsverbund
- 9510 Universitätsspital Zürich
- 9520 Kantonsspital Winterthur
- 9600 Universität
- 9690 Zentralbibliothek
- 9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften
- 9720 Zürcher Hochschule der Künste
- 9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Die folgende Tabelle weist die finanziellen Werte der Erfolgs- und Investitionsrechnung der oben stehenden Leistungsgruppen aus.

(in Mio. Franken)	R 2007	B 2008 restated	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	-	3'647.8	3'892.4	4'016.3	4'124.9	4'220.7
Aufwand	-	-3'681.3	-3'892.4	-4'016.3	-4'124.9	-4'220.7
Saldo	-	-33.5	0	0	0	0
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	-	15.3	1.5	2.5	3.5	1.5
Ausgaben	-	-89.5	-103.5	-104.4	-103.1	-97.3
Saldo	-	-74.2	-101.5	-101.9	-99.6	-95.8

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag		825.8	0.0	878.7	0.0	920.8	0.0	959.3	980.9	
- Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion		171.6		173.4		185.9		191.0	194.8	
Aufwand		-854.6	0.0	-878.7	0.0	-920.8	0.0	-959.3	-980.9	
Saldo		-28.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	29.4	31.0	0.0	32.0	0.0	32.0	0.0	32.0	32.0
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

Aufgaben

- A1 Sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur Leistung: Planung Verkehrsangebot, Tarifstruktur, Controlling Verkehrsunternehmungen, Interessenwahrung Kanton Zürich im nationalen und internationalen öffentlichen Verkehr

EntwicklungsschwerpunkteDirektions-
ziel Nr.

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Die aufgrund der Siedlungs- und Arbeitsplatzentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage von 20% (Basis 2004) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr wird abgedeckt.	2012	1
E2 Das Angebot wird dort angepasst, wo bereits heute oder in absehbarer Zeit Kapazitätsengpässe auftreten und wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist.	2012	1
E3 Die Kundenzufriedenheit wird auf dem Niveau von 77 Punkten gehalten.	2012	1
E4 Die Kostenunterdeckung entwickelt sich teuerungsbereinigt im Rahmen der Angebotsanpassungen gemäss den Stossrichtungen.	2012	1
E5 Ziele gestützt auf die Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr 2009 - 2012 (KR 4335a vom 26.2.2007)		1

Indikatoren

Art

		R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Personenkilometer (in Mio.)	P	2610	2674	2850	2930	3010	3090
W2 Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren, Indexpunkte)	min.	76	77	77	77	77	77

Leistungen

L1 Zugskilometer S-Bahn (in Mio.)	P	19.500	19.600	20.300	20.300	20.700	20.700
L2 Zugskilometer Tram (in Mio.)	P	10.750	10.800	11.100	11.100	11.900	12.200
L3 Wagenkilometer Bus (in Mio.)	P	41.600	41.300	43.600	44.000	45.700	45.900
L4 Kilometer Schiffe und Bergbahnen (in Mio.)	P	0.550	0.550	0.550	0.550	0.550	0.550
L5 Gesamtkosten/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in CHF)		10.71	11.43	11.63	12.12	12.17	12.36

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in CHF)		4.36	4.75	4.59	4.90	4.84	4.91
B2 Kostenunterdeckung Verbund (in Mio. CHF)		315.9	343.1	346.7	371.8	381.9	389.7

Leistungsgruppe 9300 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.) -173.373
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 9300

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Vom Ertrag entfällt auf: Beitrag des Kantons (aus LG 5210) an den ZVV (9300) in Mio. CHF: 158.0 (IST 2007), 171.6 (2008), 173.4 (2009), 185.9 (2010), 191.0 (2011), 194.8 (2012)
- Vom Aufwand entfällt auf: Rückerstattungen aus Vorjahren an Kanton und Gemeinden in Mio. Fr: 41.1 (IST 2007), 28.8 (2008)
- Der Saldo ergibt sich durch die Rückerstattung von zuviel eingeforderten Beiträgen von Kanton und Gemeinden aus den Vorjahren sowie durch die Abweichung zwischen Voranschlag und Rechnung des laufenden Jahres. Ab 2009 wird der Saldo immer 0 betragen, weil die Rückerstattung im Jahr der Entstehung verbucht werden, bzw. nur die effektiv zur Abdeckung des Defizits nötigen "Netto-Beiträge" als Ertrag verbucht werden.
- Ab 2008 27 Mio. CHF Mehrbelastung durch NFA (je zur Hälfte z.L. Kanton und Gemeinden)
- Nur Personalstellen ZVV-Management-Holding
- Auf 2007 Tarifierhöhung von durchschnittlich 2.8%, auf 2009 weitere Tarifierhöhung von 3,0% geplant.
- Umsetzung Massnahmenplan MH 06 521010 und 51020: 2007, -8.6 Mio. CHF, 2008 -10.6 Mio. CHF, 2009 -10.6 Mio. CHF
- Gemeldete Verbesserungen Entlastungsprogramm E08 2008-2010 min. je 6 Mio. CHF

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Mehrbelastung Personal- und Sachkostenteuerung sowie der Angebotsausbau, wird weitgehend durch Mehrerträge kompensiert.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Der Anstieg der Kostenunterdeckung ist im Einklang mit den Finanzierungsgrundsätzen in KRB 4335a " Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr 2009-2012"

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Dank höheren Erträgen und einem geringeren Anstieg der Kosten liegt das durch den Kanton und die Gemeinden zu deckende Defizit in allen Planjahren 20-40 Mio. CHF tiefer.

Indikatoren

- Ziel B2: Dank der höheren Verkehrserträge liegt die Kostenunterdeckung in den Jahren 2008-2010 insgesamt um 60.2 Mio. CHF unter dem KEF des Vorjahres.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag		922.0	0.0	974.5	0.0	990.8	0.0	1,002.4	1,016.3	
- Staatsbeiträge		329.8		296.8		307.1		312.2	320.7	
Aufwand		-922.0	0.0	-974.5	0.0	-990.8	0.0	-1,002.4	-1,016.3	
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen										
Ausgaben		-33.0	0.0	-38.8	0.0	-41.6	0.0	-42.7	-43.3	-33.2
Nettoinvestitionen		-33.0	0.0	-38.8	0.0	-41.6	0.0	-42.7	-43.3	-33.2
Personal (Beschäftigungsumfang)		4,781.0	0.0	4,910.0	0.0	4,930.0	0.0	4,950.0	4,970.0	

Aufgaben

- A1 Das USZ dient der überregionalen medizinischen Versorgung.
- A2 Das USZ unterstützt die Forschung und Lehre der Hochschulen.
- A3 Das USZ unterstützt die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Bedarfsermittlung, Projektplanung und Umsetzung der baulichen Infrastruktur, gestützt auf den Masterplan des Kantons	2009-2012	1
E2 Patientenversorgung: Ausbau einer führenden Stellung bei der Einführung und Anwendung innovativer medizinischer Leistungen (Hochspezialisierte Medizin-HSM)	2009-2012	2
E3 Forschung und Lehre: Verbesserung der Leistungsvereinbarung mit der Universität, d.h. verbesserte Leistungsparameter und leistungsgerechtere Abgeltung	2009-2010	3
E4 Forschung und Lehre: Ausbau einer führenden Stellung bei der Entwicklung und klinischen Erprobung neuer innovativer medizinischer Leistungen (HSM)	2009-2012	4
E5 Weiterentwicklung der finanziellen Führungsinstrumente im Hinblick auf IPSAS, REKOLE und DRG (u.a. Kostenträgerrechnung, interne Leistungsverrechnung)	2009-2010	5
E6 Vorbereitung der Einführung von SwissDRG	2009-2011	6
E7 Umsetzung: Anwendung Arbeitsgesetz für Oberärzte	2009	7

Indikatoren

Wirkungen

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
W1 Beurteilung der Spitalbetreuung insgesamt: Anteil Problemmeldungen	max.	n.a.	<4%	<4%	<4%	<4%	<4%
W2 Ungeplante Rehospitalisationen	max.	n.a.	<5%	<5%	<5%	<5%	<5%

Leistungen

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
L1 Stationäre Patientenaustritte total (inkl. Säuglinge)	P	33 774	33 839	34 007	34 433	34 710	34 985
L2 - davon Grundversicherte (GV)	P	26 728	26 772	26 906	27 271	27 487	27 702
L3 - davon Zusatzversicherte (ZV)	P	7 046	7 067	7 101	7 162	7 223	7 283
L4 Ambulante Taxpunkte in Mio.	P	149.8	148.3	151.2	154.2	157.3	160.5

Wirtschaftlichkeit

B1 Kosten je APDRG-Normalfall in CHF, Fallschwere bereinigt (nur somatische Akutversorgung)	9 905	10185	10430	10560	10745	10930
---	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Leistungsgruppe 9510 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-296.836
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-38.800

Budget Leistungsgruppe 9510	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen**Sonstige Bemerkungen**

- Die Position Staatsbeiträge im Budget 08 beinhaltet nicht nur CHF 250'046'700 als Beitrag der GD ans USZ, sondern auch das Entgelt für Forschung und Lehre von CHF 64'900'000 der Universität Zürich. Ab 2009 wird allein der Globalbeitrag der GD ausgewiesen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Der Voranschlag 2009 verändert sich gegenüber dem Budget 2008 wie folgt:
- Mehrertrag:
- Mehrerträge, v.a. medizinischer Mehrertrag 19.0
- Globalbeitrag der GD 46.9
- Aufwand:
- Personalkosten: nachträgliche Erhöhung für Teuerung 2008..... -4.4
- Personalkosten: Teuerungsausgleich, Stufenanstieg 2009 -19.8
- Personalkosten: u.a. Oberärzte (Arbeitsgesetz), höherer Bedarf für Fort- und Weiterbildung....-10.8
- Mehraufwand Arzthonorare -2.0
- Medizinischer Aufwand -4.0
- Diverse Sachkosten, Teuerung Sachkosten, Prozessverbesserungen..... -6.0
- Abschreibungen/Zinsen Immobilien (verursacht durch Neubewertung)-18.9
- .
- Saldo 0.0

Investitionsrechnung

- Investitionen für medizinische Geräte und übrige Mobilien um 2.8 Mio. höher. Ausserdem 3 Mio. für mobile Anlagen (medizinische Geräte und Mobiliar), welche bisher bei den Immobilien-Investitionen budgetiert worden waren.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang (Personal) berücksichtigt ab 2009 u.a. die Anwendung des Arbeitsgesetzes bei Oberärzten (26 Stellen) und Mehrstellen durch den Ausbau der IPS-Bereiche (40 Stellen), übrige: Mehrleistungen im medizinischen Bereich, Übernahme von Aufgaben wegen Verselbständigung.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Investitionsrechnung**

- Bei den Investitionen sind in den Folgejahren jeweils +1.25 Mio. Fr. (2010), +1.15 Mio. Fr. (2011) und +0.55 Mio. (2012) mehr eingestellt worden.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Folgejahre 2009 bis 2012: je +20 Stellen für Mehrleistungen im medizinischen Bereich, Übernahme von neuen Aufgaben.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Der Voranschlag 2009 verändert sich gegenüber dem KEF Vorjahr wie folgt:
- Mehrertrag:
- Mehrerträge, v.a. beim medizinischen Ertrag 10.7
- Globalbeitrag der GD 40.5
- .
- Mehraufwand:
- Personalkosten: Veränderung für Teuerung, Stufenanstieg -9.0
- Personalkosten: Mehrstellen wegen Leistungszunahme, Oberärzte (Arbeitsgesetz) -7.6
- Mehraufwand Arzthonorare -2.0
- Medizinischer Aufwand -6.8
- Höhere Abschreibungen / Zinsen für Anlagen -2.4
- Zusätzliche Abschreibungen/Zinsen Immobilien (durch Neubewertung) -18.9
- Übrige Sachkosten -4.5
- .
- Saldo 0.0

Investitionsrechnung

- Investitionen für medizinische Geräte und übrige Mobilien um 2.8 Mio. höher. Ausserdem 3 Mio. für mobile Anlagen (medizinische Geräte und Mobiliar), welche bisher bei den Immobilien-Investitionen budgetiert worden waren.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag		283.2	0.0	301.1	0.0	305.8	0.0	311.0	316.5	
- Staatsbeiträge		96.4		102.2		106.6		111.7	117.3	
Aufwand		-283.2	0.0	-301.1	0.0	-305.8	0.0	-311.0	-316.5	
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen										
Ausgaben		-12.1	0.0	-12.1	0.0	-12.1	0.0	-12.1	-12.1	-10.1
Nettoinvestitionen		-12.1	0.0	-12.1	0.0	-12.1	0.0	-12.1	-12.1	-10.1
Personal (Beschäftigungsumfang)		1,456.1	0.0	1,531.0	0.0	1,537.0	0.0	1,541.0	1,545.0	

Aufgaben

- A1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung im Raum Winterthur für die Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen mittels einer bedarfsgerechten Planung sowie Festlegung der Leistungserbringer und des jeweiligen Leistungsspektrums.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Sanierung Hochhaus	2012	1
E2 Elektronische Patientendokumentation (PATIS) und Elektronisches Archivsystem	2009	2
E3 Aufbau und Betrieb eines modernen Personalmanagements	2009	3
E4 Kompetenzzentrum Palliative Care	2009	4

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Ungeplante Rehospitalisationen	P	3.8%	3.8%	3.8%	3.8%	3.8%	3.8%
Leistungen							
L1 stationäre Patientenaustritte Total	P	21 696	21 275	21 884	22124	22368	22614
L2 stationäre Patientenaustritte, davon Grundversicherte	P	17 670	17 310	17 858	18054	18253	18454
L3 stationäre Patientenaustritte, davon Zusatzversicherte	P	4 026	3 965	4 026	4070	4115	4160
Wirtschaftlichkeit							
B1 Rang im Bench-Mark der bereinigten Fallkosten Kt. ZH	P	2.	1. bis 3.	1. bis 3.	1. bis 3.	1. bis 3.	1. bis 3

Leistungsgruppe 9520 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-102.184
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-12.100

Budget Leistungsgruppe 9520

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Kennzahl "Personal (Beschäftigungsumfang)" beinhaltet durchschnittlicher Personalbestand ohne Personal in Ausbildung und Personal in Nebenbetrieben.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- in Mio. Fr.
- 19.0 Veränderung Aufwand
- +12.0 Veränderung Ertrag (exkl. Staatsbeitrag)
- +7.0 Veränderung Staatsbeitrag
 - Veränderungen detailliert:
 - 1.5 Veränderung Anlagenutzung (Abschreibungen/Zinsen und Nutzungskosten Liegenschaft)
 - 5.3 Veränderung Personalkosten (Teuerung, Beförderungen, Stufenanstieg)
 - 0.9 Sachteuerung
 - 3.1 Unterstellung KSW-Personal unter Arbeitsgesetz

Investitionsrechnung

- +1.4 IT-Investitionen, Verschiebung in Erfolgsrechnung aufgrund IPSAS

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Benötigtes Personal für Mehrleistungen im ambulanten und stationären Bereich.

Indikatoren

- stationäre Patientenaustritte VA 2009: moderate Fortschreibung der vergangenen Jahre

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- KEF 10 zu VA 09:
- 4.7 Veränderung Aufwand (Veränderung Lohnfaktoren, Anpassung Sachkostenfaktoren, Anlagenutzung)
- +0.3 Veränderung Ertrag
- +4.4 Veränderung Staatsbeitrag
 - KEF 11 zu KEF 10
- 5.2 Veränderung Aufwand (Veränderung Lohnfaktoren, Anpassung Sachkostenfaktoren, Anlagenutzung)
- +5.2 Veränderung Staatsbeitrag
 - KEF 12 zu KEF 11
- 5.5 Veränderung Aufwand (Veränderung Lohnfaktoren, Anpassung Sachkostenfaktoren, Anlagenutzung)
- +5.5 Veränderung Staatsbeitrag.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Stellenaufbau um 8.0 Stellen von 2010 bis 2012 wird für diverse kostendeckende Projekte eingesetzt.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Aufwand:
- 4.5 Veränderung Lohnsummenparameter gegenüber KEF Vorjahr (Teuerung, Beförderungen, Stufenanstieg)
- +1.9 Veränderung Anlagenutzung und Nutzungsgebühr Liegenschaft
- 3.1 Unterstellung KSW-Personal dem Arbeitsgesetz
- 1.4 Investitionen IT, Verschiebung in laufende Rechnung wegen IPSAS Aktivierungsregeln
 - Ertrag:
- +5.8 Ertragssteigerung aus Mehrleistungen Kliniken 2007 und 2008
- 1.3 = Total VA 2009 zu KEF 2009 Vorjahr

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die zusätzlichen Stellen gegenüber KEF Vorjahr ergeben sich zum einen aus der Unterstellung unter das Arbeitsgesetz (rund 21 Stellen) und zum anderen aus Mehrleistungen im ambulanten und stationären Bereich.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag		1,081.7	0.0	1,138.4	0.0	1,168.0	0.0	1,190.9	1,221.9	
- Beiträge Bund		201.1		203.9		205.4		206.1	206.6	
- Beiträge anderer Kantone		121.5		125.0		126.0		127.1	128.1	
- Kostenbeiträge des Kantons Zürich		533.2		572.8		590.6		612.8	640.7	
Aufwand		-1,083.7	0.0	-1,138.4	0.0	-1,168.0	0.0	-1,190.9	-1,221.9	
Saldo		-2.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (07 -12)									
Einnahmen		2.5	0.0	1.5	0.0	2.5	0.0	3.5	1.5	1.9
Ausgaben		-31.6	0.0	-35.0	0.0	-34.4	0.0	-34.6	-33.6	-28.2
Nettoinvestitionen		-29.1	0.0	-33.5	0.0	-31.9	0.0	-31.1	-32.1	-26.3
Personal (Beschäftigungsumfang)		3,600.0	0.0	3,796.0	0.0	3,837.0	0.0	3,846.0	3,869.0	

Aufgaben

A1 Wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, Lehre und weitere Leistungen auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Stärkung der nationalen und internationalen Kooperation, Schaffung von Forschungs- und Lehrschwerpunkten, Gleichstellung der Geschlechter, Pflege der Kommunikation mit der Öffentlichkeit.

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren (LZ RR 1.4)	2012	1
E2 Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte UFSP (LZ RR 1.4)	2012	1
E3 Weitere Erhöhung der Drittmittel	2012	4
E4 Weitere Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den stark nachgefragten Fächern	2012	3
E5 Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lehre (E-Learning)	2012	3
E6 Entwicklung spezialisierter Masterprogramme und Förderung der Doktoratsstufe (LZ RR 1.4)	2012	3
E7 Zusammenarbeit mit der ETH Zürich: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw (LZ RR 1.4)	2012	4
E8 Erstellung und Umsetzung einer Immobilienstrategie	2025	0

Indikatoren

Wirkungen	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
W1 Anzahl laufende Evaluationen	P	30	29	15	21	29	29
W2 Anzahl laufende SNF-Projekte (Stichtag 1.7.)	P	350	355	360	365	370	375
W3 Anzahl laufende EU-Projekte	P	88	124	150	165	175	200
W4 Anzahl Erstabschlüsse	P	2'108	2'000	2'700	3'000	3'300	3'500
W5 Anzahl Doktorate Medizin/Veterinärmedizin	P	285	300	300	300	300	300
W6 Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss	P	-	91%	-	91%	-	91%
W7 Durch Drittmittel finanzierte Stellen (Vollzeitequivalente per 31.12.)	P	1'172	1'140	1'206	1'219	1'227	1'236

Leistungen

L1 Anzahl Doktorate (ohne Medizin/Veterinärmedizin)	P	280	400	406	414	426	427
L2 Anzahl Habilitationen	P	63	70	70	70	70	70
L3 Anzahl Studierende (inkl. Doktorierende und MAS-Studierende)	P	24'231	24'460	24'343	24'651	24'918	25'160
L4 Anzahl Professuren (in Vollzeitäquivalente per 31.12.)	P	462	486	500	505	510	512
L5 Anzahl Mittelbaustellen (in Vollzeitäquivalente per 31.12.)	P	1'633	1'620	1'770	1'790	1'790	1'801
L6 Hauptnutzflächen in m2	P	302'600	304'000	308'000	309'000	309'000	309'000
L7 Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaften (inkl. Doktorierende)	P	94.0	93.5	86.9	86.5	83.5	83.6
L8 Hauptfachstudierende pro Professur Wirtschaftswissenschaften (inkl. Doktorierende)	P	65.6	50.5	55.7	57.7	58.6	58.8
L9 Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (inkl. Doktorierende)	P	93.0	89.0	87.3	88.3	86.7	86.8

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Forschung, Lehre und Dienstleistung pro Student/in (Fr.)	P		21'635	23'367	23'798	24'426	25'296
---	---	--	--------	--------	--------	--------	--------

Leistungsgruppe 9600 Budgetentwurf 2009	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-572.835
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-35.000

Budget	Leistungsgruppe 9600
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Entwicklungsschwerpunkt 'Einführung der gestuften Studiengänge und des Kreditpunktesystems gemäss Bologna-Deklaration in der Medizin und der Veterinärmedizin' wird im HS 2008 umgesetzt. Der Entwicklungsschwerpunkt 'Saldoneutrale Etablierung der Hausarztmedizin als gleichwertigen Fachbereich an der Medizinischen Fakultät' wurde bereits umgesetzt.

Indikatoren

- Zu W4: Anzahl Erstabschlüsse inkl. Konkordatsprüfungen Theologie exkl. Eidgenössische Fachprüfungen Medizin und Veterinärmedizin; ab 2005 Bachelor- und ab 2006 auch Masterabschlüsse der nichtmedizinischen Fakultäten / Daten basierend auf einer BFS Studie vom 25.10.2007; ergänzt um interne Erkenntnisse.
- Zu W6: Die Erhebung wird alle zwei Jahre durchgeführt. Zu beachten ist, dass die Beschäftigungssituation der Hochschulabgängerinnen und -abgänger weniger durch ihre Zahl als durch den Verlauf der wirtschaftlichen Konjunktur bestimmt wird.
- Zu L3: Ausgangsbasis - Prognosedaten: Bundesamt für Statistik, Hochschulprognosen 2007-2016, 25.10.2007.

Sonstige Bemerkungen

- Die Kostenbeiträge des Kantons an die Universität bestehen aus Beiträgen von der Bildungsdirektion und der Gesundheitsdirektion. Der Kostenbeitrag der Bildungsdirektion beträgt für 2009: 568.8 Mio., für 2010: 586.6 Mio., für 2011: 608.6 Mio. und für 2012: 636.5 Mio. und wird jeweils im Globalbudget 7401 "Universität (Beiträge & Liegenschaften)" bewilligt.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Ertragszunahme von +56.7 Mio. setzt sich wie folgt zusammen: Erhöhung der Beiträge des Bundes (+2.8 Mio.), Erhöhung der IUV Beiträge (+1.5 Mio.), höhere Einnahmen aus Studiengebühren (+0.2 Mio.), höhere Dienstleistungserträge der Fakultäten (+0.2 Mio.), Wegfall der erfolgswirksamen Auflösung von Prüfungsgebühren aus den Drittmitteln (-1.5 Mio.), höhere Dienstleistungserträge in der Verwaltung und Logistik (+5.0 Mio.), höhere Erträge aus strategischen Programmen/Overhead (+5.3 Mio.), höhere Ertragsgenerierung aus Drittmitteln (+3.4 Mio.), höhere Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen/Mobilien (+0.2 Mio.), Erhöhung des Kostenbeitrags der Bildungsdirektion (+39.6 Mio.).
- Die zusätzlichen Mittel finanzieren: Teuerung und Beförderungen (-23.2 Mio.), strategische Programme (-10.2 Mio.; davon universitäre Forschungsschwerpunkte/UFSP -3.7 Mio., Bologna II/III -3.2 Mio., Forschungskredit -1.0 Mio., sonstige -2.3 Mio.), neu aufgenommene Aufwandskomponenten gemäss den kantonalen KEF Richtlinien (-2.5 Mio., Kinderzulagen und Case Management), höhere Mittelverwendung der Fakultäten (-5.3 Mio., neue Lehrstühle zwecks Verbesserung der Betreuungsverhältnisse) und Ausbau der Logistik (-2.0 Mio., Unterhalt Liegenschaften, zusätzliche Drittmieten, Informatik, Masterzulassungsadministration, Fundraising), Erhöhung Rückstellungsbedarf Einkauf BVK (-1.3 Mio.), höhere Beiträge an Universitätsspitaler (-3.7 Mio., inklusive Teuerung und Beförderungen -5.2 Mio., die Teuerung und Beförderungen in Höhe von -1.5 Mio. sind bereits in den oben ausgewiesenen -23.2 Mio. enthalten), höhere Aufwandsgenerierung Drittmittel (-3.4 Mio., Gegenbuchung zur Ertragsgenerierung), höhere Raumnutzungskosten der kantonalen Liegenschaften (-0.7 Mio.) sowie höhere Abschreibung Mobilien/ohne UFSP (-2.4 Mio.).
- Im Rahmen der Anwendung von IPSAS wurden Drittmittel im Gesamtvolumen von 191.7 Mio. saldoneutral in die Rechnung integriert.

Investitionsrechnung

- Höhere Ausstattungskosten für die zusätzlichen Berufungen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die gemäss Richtlinien zum KEF 2009-12 berechneten Teuerungs- und Beförderungsquoten führen zu einem Anstieg der Personalkosten.
- Entsprechend der letztjährigen Planung werden zusätzliche Mittel für die strategischen Instrumente (Bologna-Projekte, Universitäre Forschungsschwerpunkte) bereitgestellt. Für die weitere Profilierung und Verbesserung der Master- und Doktoratsprogramme (Bologna III) werden bis in das Jahr 2012 jährlich zusätzlich 3.0 Mio. eingesetzt. Für die Besetzung von bewilligten Professuren inkl. Folgestellen (zur Stabilisierung der Betreuungsverhältnisse) werden weitere finanzielle Mittel geplant. Höhere Nutzungskosten für Abschreibungen und Zinsen für kantonale Liegenschaften der Universität ergeben sich aus der Investitionsplanung des Kantons. Die höheren Abschreibungen auf Mobilien resultieren aus der Investitionsplanung der Universität. Bei den Beiträgen an die Universitätskliniken wurde von einer Plafonierung des Betrags in Höhe von rund 79.0 Mio. (zzgl. Teuerung und Beförderung) ab dem Jahr 2009 ausgegangen.

Investitionsrechnung

- Um den hohen Standard in Lehre und Forschung beibehalten zu können, müssen in den kommenden Jahren weiterhin Geräte ersetzt oder neu angeschafft werden. Es wird mit einem gleichbleibenden Investitionsvolumen gerechnet.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zusätzliche Professuren und Folgestellen zur Stabilisierung der Betreuungsverhältnisse.

Indikatoren

- Zu W4: Der Anstieg ab 2009 ist auf die gestuften Studiengänge zurückzuführen, die einen Bachelor- und Master-Abschluss ermöglichen.
- Zu W2/3: Die Zunahme der durch den SNF und die EU finanzierten Forschungsprojekte spiegelt die Anstrengungen der Universität wider, mittels erweiterter Einwerbung von kompetitiven Forschungsgeldern die strategische Forschungskompetenz zu steigern

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF Vorjahr erhöht sich der Kostenbeitrag des Kantons Zürich einerseits durch die höheren vom Kanton als Nutzungskosten in Rechnung gestellten Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen auf den kantonalen Liegenschaften und andererseits durch höhere Personalkosten. Ersteres ergibt sich aus der mit der IPSAS-Einführung zusammenhängenden Liegenschaften-Neubewertung. Die gemäss Richtlinien zum KEF gewährten höheren Teuerungs- und Beförderungsquoten führen zu einem Anstieg der Lohnkosten gegenüber dem letztjährigen KEF. Die Auswirkung der Teuerungs und Beförderungsquoten auf die Lohnkosten wurden in die zu leistenden Beiträge an die Unispitäler (GD-Umlage) miteinbezogen. Mit der Einführung des Bologna-Modells steigt der administrativ-technische Aufwand stärker als bisher angenommen. Es sind ab 2009 zusätzliche Mittel für das Projekt Bologna III geplant, welches die weitere Profilierung und Verbesserung der Master- und Doktoratsprogramme anstrebt. Zur nachhaltigen Verbesserung der Betreuungsverhältnisse wurden weitere Professuren inkl. Folgestellen geplant. Zusätzliche Dienstleistungen im Bereich der Verwaltung und Logistik, höhere Raummieten und Amortisationen sowie eine Erhöhung des Unterhaltsbudgets für Liegenschaften erhöhen den Aufwand gegenüber dem letztjährigen KEF weiter.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag		30.9	0.0	34.2	0.0	34.5	0.0	34.9	35.3	
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion		24.3		27.0		27.2		27.5	27.8	
Aufwand		-33.6	0.0	-34.2	0.0	-34.5	0.0	-34.9	-35.3	
Saldo		-2.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (07 -12)

Einnahmen	
Ausgaben	
Nettoinvestitionen	
Personal (Beschäftigungsumfang)	

Aufgaben

- A1 Die Zentralbibliothek Zürich ist die zentrale öffentliche wissenschaftliche Allgemeinbibliothek für Kanton, Stadt und Universität Zürich. Als solche erbringt sie Informationsdienstleistungen für die Bedürfnisse von Lehre und Forschung sowie für die allgemeine Öffentlichkeit. Sie sorgt für die möglichst vollständige Dokumentation und Archivierung publizierter und unpublizierter zürcherischer Informationsträger.
- A2 Sie sammelt, erschliesst und vermittelt Material zu Information, Ausbildung, Forschung, Berufstätigkeit und Bildung und bewahrt es für die Zukunft. Sie stimmt sich dabei mit anderen zürcherischen und schweizerischen Bibliotheken ab.
- A3 Sie erweitert ihre Dienstleistungen durch Mitwirkung im lokalen, nationalen und internationalen Informationsaustausch.
- A4 Sie zielt auf benutzerorientierte Dienstleistung bei ökonomischem Einsatz der Mittel. Für die verschiedenen Aufgaben gewinnt sie kompetentes Personal, dessen Fähigkeiten und Kenntnisse für den Betrieb sie fördert. Sie setzt zur Bewältigung ihrer Aufgaben moderne Technik ein.
- A5 Sie erweitert die Kenntnis über ihre Sammlungen und fördert die Nutzung ihrer Dienste. Sie pflegt ihre Beziehungen zur Öffentlichkeit und unterstützt - auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen - wissenschaftliche und kulturelle Bestrebungen.
- A6 Sie ist Ausbildungsbibliothek für den beruflichen Nachwuchs.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Festigung und Ausbau der Dienstleistungen auf dem Bibliotheksplatz Zürich, vermehrt auch im Bereich e-media	2009	0
E2 Zusammenführung der Kataloge von NEBIS und IDS Universität Zürich	2010	0
E3 Rekatalogisierung des Alphabetischen Zentralkatalogs (AZK)	2011	0
E4 Erhaltung/Instandstellung/Verbesserung im Bereich Bau/Haustechnik	2011	0
E5 Ausrüstung der Freihandbestände mit RFID(Radiofrequenz-Identifikation)	2012	0

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 9690	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-26.962
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 9690
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Aussagefähige Indikatoren sind noch zu entwickeln.

Sonstige Bemerkungen

- Die Finanzierung der Zentralbibliothek erfolgt im Verhältnis 80% Kanton Zürich / 20% Stadt Zürich. Das Leistungsgruppenblatt 9690 wird im KEF 2009-12 erstmals erstellt. Personalplanstellen werden ab KEF 2010-13 ausgewiesen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Im Staatsbeitrag des Kantons ist ab 2009 ein Infrastrukturbeitrag von jährlich 1,4 Mio. integriert, welcher nur unter der Bedingung ausgeschüttet wird, dass die Stadt Zürich den entsprechenden Anteil ebenfalls genehmigt.
- Von 2009 bis 2012 sind folgende Projekte geplant: Für die Re katalogisierung des Alphabetischen Zentralkatalogs (AZK, ca. 1,8 Mio. Katalogkarten) und die Ausrüstung des Freihandbestandes (1,7 Mio. Medien) mit RFID fallen Aufwendungen von 3,8 Mio. (AZK) bzw. 1,1 Mio. (RFID) an. IT-Zusatzkosten werden notwendig für den Ausbau von Speicherplatz für Digitalisierungsprojekte, für die Weiterentwicklung des Bibliothekssystems, für eine neue Suchmaschine und für die Entwicklung eines Zürcher Portals (insgesamt rund 1,1 Mio.). Zuzüglich Ausbaus der Dienstleistungen in den Bereichen IT und Digitalisierungszentrum ist ein Ausbau des Dachstocks im Altbau geplant (ca. 0.9 Mio.).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Der Anstieg der Personalkosten entspricht den regierungsrätlichen Vorgaben (Anwendung kantonalen Personalrechts).
- Der Erwerb wissenschaftlicher Literatur unterliegt einer stetigen Teuerung von minimal 6,5% jährlich. Im Budget 2009 ist sie enthalten. Um das bestehende Niveau an Informationsversorgung aufrechterhalten zu können, müsste dieser Kostenanstieg auch für die Folgejahre geltend gemacht werden. Diese Mehrkosten sind im KEF ab 2010 noch nicht enthalten.
- Der 1994 fertig gestellte Bibliotheksneubau bedarf ständiger Renovation. Nach nunmehr 13 Jahren zeichnen sich grössere Unterhalts- und Renovationsarbeiten ab. Weil diese Kosten noch nicht bezifferbar sind, sind sie nicht in der Planung enthalten.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag		264.7	0.0	324.5	0.0	346.7	0.0	369.5	380.9	
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion		97.6		138.5		145.3		158.6	163.9	
Aufwand		-264.6	0.0	-324.5	0.0	-346.7	0.0	-369.5	-380.9	
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (07 -12)									
Einnahmen	6.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.0
Ausgaben	-6.0	0.0	-10.3	0.0	-9.5	0.0	-9.2	-7.8	-7.8	-7.1
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	-10.3	0.0	-9.5	0.0	-9.2	-7.8	-7.8	-6.1
Personal (Beschäftigungsumfang)		0.0	1,501.0	0.0	1,577.0	0.0	1,644.0	1,683.0		

Aufgaben

A1 Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik, Architektur-/ Bau-/Planungswesen, Life Sciences, Gesundheit, Linguistik, Soziale Arbeit und angewandte Psychologie an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen. Die Qualität der Lehre wird mit dem Wissenstransfer aus der anwendungsorientierten Forschung und weiteren Dienstleistungsangeboten sichergestellt. Die ZHAW fördert den Aufbau von regionalen Kompetenzzentren und beteiligt sich an nationalen Kompetenz-Netzwerken. Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sollen von den Leistungsangeboten der ZHAW nachhaltig profitieren.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Fortsetzung Aufbau Masterstudiengänge (LZ RR 1.4)	2010	3
E2 Umsetzung der Zusammenführung der vier Teilschulen zur ZHAW	2009	3
E3 Umsetzung der Bologna-Deklaration (Modularisierung der Studiengänge, Bachelor- und Masterausbildung, Einführung von ECTS) (LZ RR 1.4)	2010	1
E4 Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards mit Ausbau von Netzwerken und Kooperationen (LZ RR 1.4)	2010	1
E5 Schaffung von Schwerpunkten in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung (Kernkompetenzfelder) (LZ RR 1.4)	2010	1
E6 Umsetzung neue Standortstrategie (Standortkonzentration Winterthur, Toni-Areal)	2012	3
E7 Integration Hochschule für Technik, Zürich, in ZHAW	2012	3

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Anzahl FH-Diplomabschlüsse	P		344	105	0	0	0
W2 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P		1'267	1'397	1'603	1'843	1'928
W3 Anzahl Master- Diplomabschlüsse	P		22	102	291	392	553
Leistungen							
L1 Total Studierende	P		5'400	7'300	8'460	8'900	9'055
L2 davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P		5'000	6'981	7'733	7'895	7'916
L3 davon Studierende in den Masterstudiengängen	P		165	319	727	1'005	1'139
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P		28.0%	26.2%	25.9%	26.5%	26.7%
L5 davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P		8.1%	6.6%	6.6%	6.3%	6.2%
L6 davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung	P		12.7%	14.1%	14.1%	14.9%	15.4%
L7 davon Anteil Dienstleistungen	P		7.2%	5.5%	5.2%	5.3%	5.1%
Wirtschaftlichkeit							
B1 Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplomausbildung (ohne Infrastruktur)	P		29%	29%	30%	30%	30%
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P		79%	73%	75%	74%	74%

Leistungsgruppe 9710 Budgetentwurf 2009

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-138.525
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-10.300

Budget Leistungsgruppe 9710

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Sämtliche Entwicklungsschwerpunkte sind aus den Vorgaben des Bundes und den strategischen Leitlinien des FHR abgeleitet.

Sonstige Bemerkungen

- Die ZHAW wird ab 2008 als eigene Leistungsgruppe geführt. Bis zum Rechnungsjahr 2007 waren die Teilschulen Bestandteil der Leistungsgruppe 9700 'Zürcher Fachhochschule'. Deshalb sind für das Jahr 2007 keine Zahlen angegeben.
- Die in der Investitionsrechnung enthaltenen Beiträge umfassen die Neu- und Ersatzanschaffungen von Mobilien (inkl. IT). Die baulichen Investitionen und die Erstausrüstungen sind in der Leistungsgruppe 7406 enthalten.
- BBT: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie; FHV: Fachhochschulvereinbarung; FHR: Fachhochschulrat; ECTS: European Credit Transfer System; BFS: Bundesamt für Statistik; CAS: Certificate of Advanced Studies; DAS: Diploma of Advanced Studies; MAS: Master of Advanced Studies; ZHW: Zürcher Hochschule Winterthur; HSW: Hochschule Wädenswil; HSSAZ: Hochschule für Soziale Arbeit Zürich; HAP: Hochschule für Angewandte Psychologie Zürich; HSZ-T: Hochschule für Technik Zürich.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Entwicklungs- und Finanzplanung 2009 – 2012 ist wesentlich geprägt von den veränderten Rahmenbedingungen im Bereich Lehre. Einen massiven Einfluss auf den Umsatz haben die stark steigenden Studierendenzahlen im Bachelorstudium und der Aufbau der bewilligten Masterstudiengänge. Auswirkungen haben auch die unter Berücksichtigung der Richtlinien zur Teuerungszulage und Beförderungsquoten höheren Personalkosten und die Reduktion der BBT- und FHV-Studierendenpauschalen.
- Die Rechnung 2009 ist zudem noch beeinflusst von ZHAW-Umsetzungskosten und Vorbereitungsarbeiten zur Integration der HSZ-T.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der massive Anstieg der Studierendenzahlen bedingt eine Erhöhung der Personalstellen.

Indikatoren

- L1: Die Gesamtstudierendenzahl zeigt 2009 eine Zunahme von 35% gegenüber dem Vorjahr. Dieses starke Wachstum im Lehrbereich führt zu einem anteilmässigen Rückgang des erweiterten Leistungsauftrags.
- B2: Rückgang der Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen aufgrund sinkender Studierendepauschalen und höherer Kapitalfolgekosten im Rahmen der mit der IPSAS-Einführung verbundenen Anlagenneubewertung.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Folgende Entwicklungen in der grundständigen Lehre ziehen im wesentlichen Aufwand- und Ertragsteigerungen nach sich:
- Die seit der Einführung der Fachhochschulausbildung im Fachbereich Gesundheit im Herbst 2006 geführten Studiengänge Ergotherapie, Pflege, Physiotherapie werden erstmals im Jahr 2008 alle drei Studienjahre führen. Der Studiengang Hebammen startete im Herbst 2008 und wird erstmals im Herbst 2010 drei Studienjahre führen.
- Einige Fachbereiche - allen voran der Fachbereich Wirtschaft - weisen eine starke Zunahme der Bachelorstudierendenzahl auf.
- Spätestens ab 2009 sind in allen Fachbereichen Masterstudiengänge geplant. Neben den ordentlichen Kosten wird die Erfolgsrechnung zusätzlich durch die Aufbau- und Einführungskosten belastet.
- Die Erfolgsrechnungen 2008 und 2009 weisen zusätzliche Projektkosten als Folge des Zusammenschlusses der vier Teilschulen ZHW, HSW, HSSAZ und HAP zur ZHAW auf. Voraussichtlich ab 2010 zeigen sich im Bereich Verwaltung und Rektorat erste positive Skaleneffekte.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Zahl der Personalstellen steigt in den Jahren 2009 bis 2012 als Folge des prognostizierten Anstiegs der Studierendenzahlen im Bachelorstudium sowie der Einführung von Masterstudiengängen in allen Fachbereichen.

Indikatoren

- Leistung/Effizienz: Im Fachbereich Wirtschaft (Betriebsökonomie, Wirtschaftsrecht, exkl. Journalismus und Organisationskommunikation) ist ein Plafond von 2'700 Ausbildungsplätzen berücksichtigt, welcher in der Planung ab dem Jahr 2011 seine Wirkung zeigt. Flankierende Massnahmen bzw. Instrumente für das Einhalten dieser Beschränkungen sind voraussichtlich ab 2011 notwendig.
- Wirtschaftlichkeit: Kosteneinsparungen aufgrund von Skalenerträgen und günstigerer Leistungserbringung sind eingerechnet und führen ab dem Jahr 2010 zu einer leicht zunehmenden Kostendeckung. Die Beitragsrückgänge durch sinkende BBT- und FHV-Pauschalen können dadurch aber nicht vollständig aufgefangen werden.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der oben beschriebene Volumenausbau im Lehrbereich führt zu einer markanten Umsatzzunahme gegenüber dem KEF Vorjahr. Von der Zunahme ist neben dem Aufwand und den übrigen Erträgen auch die Höhe der Kostenbeteiligung der Bildungsdirektion betroffen. Neben den leistungsbezogenen Mitteln für den Kapazitätsausbau im Lehrbereich tragen auch die durch den Teuerungsausgleich ansteigenden Personalkosten und die höhere Belastung für kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen im Rahmen der IPSAS-Anlagenneubewertung zu den höheren Staatsbeiträgen bei.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Angaben zu den geplanten Personalstellen sind in diesem KEF erstmals enthalten.

Indikatoren

- L4: Der starke Ausbau im Lehrbereich führt trotz eines Wachstums des Bereichs angewandte Forschung & Entwicklung zu einem anteilmässigen Rückgang des erweiterten Leistungsauftrags im Vergleich zum gesamten FH-Leistungsauftrag.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag		119.1	0.0	126.5	0.0	132.7	0.0	137.5	145.2	
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion		73.1		79.3		83.8		87.8	94.8	
Aufwand		-119.1	0.0	-126.5	0.0	-132.7	0.0	-137.5	-145.2	
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07-12)
Einnahmen		4.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.7
Ausgaben		-4.3	0.0	-4.3	0.0	-4.3	0.0	-2.0	-0.5	-2.6
Nettoinvestitionen		0.0	0.0	-4.3	0.0	-4.3	0.0	-2.0	-0.5	-1.9
Personal (Beschäftigungsumfang)			0.0	590.0	0.0	600.0	0.0	610.0	620.0	

Aufgaben

- A1 Die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) bietet Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Design sowie Musik, Theater und andere Künste auf Hochschulniveau an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen. Sie ist eine regional verankerte, international ausgerichtete und höchster Qualität verpflichtete Ausbildungs-, Forschungs- und Produktionsstätte. Die hohe Eintrittskompetenz der Studierenden, der qualifizierte Lehrkörper, optimale Infrastrukturen und anerkannte Produktionsplattformen garantieren den nachhaltigen Nutzen der Leistungsangebote der ZHdK für Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Aufbau und Festigung der departementsübergreifenden ZHdK-Lehrangebote	2009	3
E2 Festigung der Bachelor-Studiengänge und Implementierung Masterstudiengänge (LZ RR 1.4)	2009	3
E3 Etablierung, Festigung und Optimierung der ZHdK-Strukturen und Betriebsprozesse	2009	3
E4 Positionierung der ZHdK in der Hochschullandschaft Schweiz und im europäischen Hochschulraum (LZ RR 1.4)	2010	1
E5 Sicherstellung der an die ZHdK heranführenden Vorbildungswege und -angebote	2010	0
E6 Bereinigung und Umsetzung Standortstrategie Toni-Areal	2012	3

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Anzahl FH-Diplomabschlüsse	P		365	195	26	25	0
W2 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P		326	247	277	301	255
W3 Anzahl Master- Diplomabschlüsse	P		18	2	310	243	488

Leistungen

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
L1 Total Studierende	P		1'695	1'720	1'850	1'890	1920
L2 - davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P		999	1190	1120	1130	1140
L3 - davon Studierende in den Masterstudiengängen	P		197	530	730	760	780
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P		16.9%	16.6%	16.3%	15.7%	15.5 %
L5 - davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P		2.6%	2.5%	2.4%	2.4%	2.3%
L6 - davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung	P		11.0%	10.9%	10.8%	10.3%	10.2%
L7 - davon Anteil Dienstleistungen	P		3.3%	3.2%	3.1%	3.0%	3.0%

Wirtschaftlichkeit

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
B1 Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur)	P		24.1%	24.0%	23.5%	23.0%	22.6%
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P		67.0%	61.2%	61.8%	60.7%	59.7%

Leistungsgruppe 9720	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-79.348
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-4.300

Budget	Leistungsgruppe 9720
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Die Leistungsgruppe 9720 war bis Rechnungsjahr 2007 Bestandteil der Leistungsgruppe 9700 Zürcher Fachhochschule. Deshalb sind für das Jahr 2007 keine Werte angegeben.
- Die in der Investitionsrechnung enthaltenen Beiträge umfassen die Neu- und Ersatzanschaffungen von Mobilien (inkl. IT). Die baulichen Investitionen und die Erstausrüstungen sind in der Leistungsgruppe 7406 enthalten.
- FHV: Fachhochschulvereinbarung; CAS: Certificate of Advanced Studies; DAS: Diploma of Advanced Studies; MAS: Master of Advanced Studies; ECTS: European Credit Transfer System.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Aufwandssteigerung ist hauptsächlich auf höhere Personalkosten, verursacht durch die Teuerungszulage und Beförderungsquoten gemäss den Richtlinien zum KEF und die geplante Personalstellenerhöhung, zurückzuführen. Wegen den gegenüber dem Vorjahr teilweise abnehmenden Studierendenpauschalen wird die Ertragssteigerung vor allem durch den höheren Kostenbeitrag des Kantons Zürich bewirkt.

Indikatoren

- Leichter Rückgang der Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen als Folge rückläufiger Bundes- und FHV-Pauschalen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Erfolgsrechnung zeigt folgende nennenswerte Entwicklungen in der Periode 2009 bis 2012:
- Der Anstieg im Jahr 2010 wird mit dem Vollausbau der Studiengänge im Bachelor- und Masterbereich begründet und steht in direkter Beziehung zum geplanten moderaten Anstieg der Studierendenzahlen. Ab 2011/2012 ist bei den Studierenden der Vollbestand weitgehend erreicht. Der Anstieg in den Planjahren 2011/2012 ist zusätzlich durch Zinsen im Rahmen der Investitionen für das Toni-Areal begründet.

Investitionsrechnung

- In den Jahren 2008 - 2011 sind Erneuerungen der IT-Infrastruktur geplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Erhöhung der geplanten Personalstellen für den Aufbau der Masterstudiengänge.

Indikatoren

- Wirkung / Effektivität: Die Anzahl FH-Diplomabschlüsse reflektiert den in den nächsten Jahren anstehenden Abschluss der Umstellungsphase auf das Bologna-Modell.
- Leistung / Effizienz: Die prognostizierten Studierendenzahlen entsprechen weitgehend den Prognosen des KEF 2008-2011. Die Aktivitäten im erweiterten Leistungsauftrag bleiben in den nächsten Jahren konstant. Dieser wurde in den letzten Jahren gut ausgebaut und es ist von einer Konsolidierung auszugehen. Der leichte anteilmässige Rückgang ist auf die Zunahme der Lehre durch die Einführung und Umsetzung der Master-Studiengänge zurückzuführen.
- Wirtschaftlichkeit: Mit den sinkenden Bundesbeiträgen - nebst den reduzierten FHV-Ansätzen - nimmt auch der Anteil der Bundesfinanzierung weiterhin deutlich ab. Die leistungsbezogene Kostendeckung sinkt dementsprechend.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die in dieser Planungsperiode auf den nach IPSAS-Vorgaben berechneten kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen auf den neu bewerteten staatlichen Liegenschaften, welche der ZHdK als Nutzungskosten in Rechnung gestellt werden, führen zu einer Erhöhung des Staatsbeitrags und des Gesamtumsatzes gegenüber dem KEF Vorjahr.

Investitionsrechnung

- Die gegenüber dem KEF Vorjahr wesentlich tiefer budgetierten Investitionsausgaben 2011/12 sind damit zu erklären, dass die Kosten für den Mieterausbau und die Erstausrüstung des Toni-Areals ab diesem KEF in der Leistungsgruppe 7406 budgetiert sind.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Angaben zu den geplanten Personalstellen sind in diesem KEF erstmals enthalten.

Indikatoren

- Das verzögerte Auslaufen der FH-Diplomabschlüsse - letzte Abschlüsse 2011 und nicht wie im letzten Jahr prognostiziert bereits im Jahr 2009 - entsteht dadurch, dass die Umstellung resp. der Anschluss von FH-Diplomstudien an das Bachelor- und Master-Modell teilweise (wie im Departement Musik) nicht nahtlos möglich ist. Weiter führen die neuen Master-Studiengänge mit unterschiedlicher Dauer (90 oder 120 ECTS-Punkten) zu einer schwankenden Anzahl Diplomabschlüsse.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag		120.3	0.0	114.5	0.0	117.0	0.0	119.5	123.8	
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion		96.6		95.4		97.2		98.9	101.8	
Aufwand		-120.3	0.0	-114.5	0.0	-117.0	0.0	-119.5	-123.8	
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (07 -12)
Einnahmen		2.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.4
Ausgaben		-2.5	0.0	-2.5	0.0	-2.5	0.0	-2.5	0.0	-1.7
Nettoinvestitionen		0.0	0.0	-2.5	0.0	-2.5	0.0	-2.5	0.0	-1.3
Personal (Beschäftigungsumfang)			0.0	509.0	0.0	513.0	0.0	517.0	516.0	

Aufgaben

A1 Die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge im Fachbereich Lehrkräfteausbildung auf Hochschulniveau an, die dem kantonalen Recht unterstehen. Die Qualität der Lehre wird mit dem Wissenstransfer aus der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung und weiteren Dienstleistungsangeboten sichergestellt. Die PHZH fördert den Aufbau von regionalen Kompetenzzentren und beteiligt sich an nationalen Kompetenz-Netzwerken. Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft sollen von den Leistungsangeboten der PHZH nachhaltig profitieren.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung der Bologna-Deklaration (Modularisierung der Studiengänge, Bachelor- und Masterausbildung, Einführung von ECTS)	2010	3
E2 Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards mit Ausbau von Netzwerken und Kooperationen	2010	1
E3 Schaffung von Schwerpunkten in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung (Kernkompetenzfelder)	2010	1
E4 Umsetzung neue Standortstrategie (Sihlpost)	2012	3

Indikatoren

	Art	R 07	B 08	P 09	P 10	P 11	P 12
Wirkungen							
W1 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P		556	499	456	398	410
W2 Anzahl Master- Diplomabschlüsse	P			23	37	98	70
Leistungen							
L1 Total Studierende	P		1'850	1'500	1'570	1'660	1'700
L2 - davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P		1'750	1'458	1'442	1'524	1'572
L3 - davon Studierende in den Masterstudiengängen	P		100	42	128	136	128
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P		30%	37%	36%	35%	36%
L5 - davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P		5%	7%	7%	6%	6%
L6 - davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung	P		7%	8%	8%	8%	9%
L7 - davon Anteil Dienstleistungen	P		3%	3%	3%	3%	3%
L8 - davon Anteil Kantonaler Leistungsauftrag	P		15%	19%	18%	18%	18%
L9 Anteil Nicht-FH-Bereich	P			7%	7%	7%	7%
Wirtschaftlichkeit							
B1 - Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P		61%	51%	52%	52%	54%

Leistungsgruppe 9740	Budgetentwurf 2009
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-95.376
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.500

Budget	Leistungsgruppe 9740
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Die Leistungsgruppe 9740 war bis Rechnungsjahr 2007 Bestandteil der Leistungsgruppe 9700. Für die Pädagogischen Hochschulen bleiben die Kantone weiterhin vollumfänglich für die Regelung und Finanzierung zuständig.
- Der im Ertrag ausgewiesene 'Kostenbeitrag der Bildungsdirektion' enthält den leistungsbezogenen Beitrag des Volksschulamtes (2009/2010: 3.95 Mio., 2011: 3.75 Mio., 2012: 3.05 Mio.).
- Die in der Investitionsrechnung enthaltenen Beiträge umfassen die Neu- und Ersatzanschaffungen von Mobilien (inkl. IT). Die baulichen Investitionen und die Erstausrüstungen sind in der Leistungsgruppe 7406 enthalten.
- ECTS: European Credit Transfer System; CAS: Certificate of Advanced Studies; DAS: Diploma of Advanced Studies; MAS: Master of Advanced Studies.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Budgetentwurf 2009 geht von einem Rückgang der Studierendenzahl gegenüber dem Budget 2008 aus.
- Im Aufwand ist die in den Richtlinien zum KEF vorgegebene Teuerung für die Personalkosten sowie ein Rückgang des Personalbestandes eingerechnet (geplante Personalstellen 2008: 515). Der Budgetentwurf enthält neu den laufenden Unterhalt für die Liegenschaft Schloss Au in der Höhe von jährlich 0.3 Mio. Franken. Dieser war bisher in der Leistungsgruppe 7406 enthalten.

Investitionsrechnung

- Der Betrag von 2.5 Mio. beschränkt sich weitgehend auf die notwendigen Erneuerungen der IT-Infrastruktur.

Indikatoren

- L4: Der Rückgang im Diplomstudium führt zu einem höheren Anteil des erweiterten Leistungsauftrags (inklusive kantonaler Leistungsauftrag) ab 2009 (Anstieg auf 37%). In der Planung wird davon ausgegangen, den erweiterten Leistungsauftrag auf diesem Niveau halten zu können.
- B1: Aufgrund der Verschiebungen zwischen Diplomstudium und erweitertem Leistungsauftrag nimmt die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen gegenüber dem Vorjahr deutlich ab.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Planjahre 2010 bis 2012 gehen wieder von einem leichten Wachstum der Studierendenzahlen aus, welches mit der Einführung des neuen Masterstudiengangs Sek I und der mutmasslichen Wirtschaftsentwicklung begründet wird.
- Die Personalkosten berücksichtigen lediglich die in den Richtlinien zum KEF enthaltenen Teuerungs- und Beförderungsquoten. Das Wachstum der Studierendenzahl von über 10% gegenüber dem Stand 2009 soll durch eine Effizienzsteigerung in der Leistungserbringung weitgehend kostenneutral umgesetzt werden.

Investitionsrechnung

- Der Betrag von 2.5 Mio. pro Jahr bis 2011 beschränkt sich weitgehend auf die notwendigen Erneuerungen der IT-Infrastruktur. Die Ausstattungsinvestitionen enthalten die Mietausstattung in der Liegenschaft Neue Sihlpost, Baufeld A (vgl. RRB 1088, Sitzung vom 19.07.2006, bewilligter Kredit Fr. 44.6 Mio.) nicht.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Leichter Personalanstieg von 2009 bis 2011 auf das Niveau 2008. In diesen Zahlen ist eine etwaige Umwandlung von Lehrbeauftragten in Festanstellungen - wie dies die zukünftige Personalverordnung der Zürcher Fachhochschule vorsieht - noch nicht berücksichtigt; ebenso fehlt der damit verbundene Mehraufwand in den Personalkosten.

Indikatoren

- W1: Der Rückgang der Studierendenzahlen in den letzten Jahren wirkt sich in den nächsten drei Jahren auf die Anzahl Diplomabschlüsse aus.
- L1: Die Planung geht davon aus, dass bei den Studierendenzahlen die Talsohle 2009 erreicht ist und danach wieder mit einem leichten Wachstum gerechnet werden kann.
- B1: Ab 2009 kann die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen trotz Teuerung bei den Personal- und Sachkosten dank einer geplanten Effizienzsteigerung leicht erhöht werden.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die geplante Reduktion des Ertrags und des Aufwands gegenüber dem KEF 2008-11 resultiert aus dem Rückgang der Studierendenzahlen (Wegfall der Jahrgänge mit doppelter Matura, Studienbeginn nur noch zum Herbstsemester möglich, allgemein gute Wirtschaftslage). Der Anstieg des Staatsbeitrags 2009 gegenüber dem KEF 2008-11 begründet sich neben dem Anstieg der Abschreibungen auf Mobilien als Folge des Wechsels zur IPSAS-Rechnungslegung mit dem zusätzlichen Teuerungsausgleich (-0.7 Mio.) und der Übernahme des laufenden Unterhalts für das Schloss Au ab 2009 (-0.3 Mio.). Dem Anstieg steht mit dem Transfer des Budgets für eine Professur an die Universität eine Abnahme gegenüber (+0.4 Mio.).

Investitionsrechnung

- Die Ausstattungsinvestitionen 2011 für den neuen Standort Sihlpost/Campus sind im vorliegenden KEF in dieser Leistungsgruppe nicht mehr enthalten (vgl. Allg. Bemerkungen: in Leistungsgruppe 7406 enthalten).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der geplante Beschäftigungsumfang ist in diesem KEF erstmals angegeben.



Planungen der übrigen nicht zu konsolidierenden Organisationen

In diesem Kapitel werden die Organisationen aufgeführt, die zwar die Konsolidierungskriterien nicht erfüllen, aber trotzdem im KEF aufgeführt werden. Die finanzielle Entwicklung der übrigen nicht zu konsolidierenden Organisationen umfasst die folgenden Leistungsgruppen:

9100 Beamtenversicherungskasse

9200 Arbeitslosenkasse

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)		R 07	B 08	B 09
A	Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen			
	Beiträge Arbeitnehmer	333.2	330.6	357.0
	Beiträge Arbeitgeber	498.7	494.1	534.0
	Einmaleinlagen und Einkaufssummen	73.4	51.0	71.2
	Einlagen in kollektive Reserven	0.1	0.0	0.0
	Zuschüsse Sicherheitsfonds	0.0	0.0	0.0
	Total ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	905.5	875.7	962.2
B	Eintrittsleistungen			
	Freizügigkeitseinlagen	364.0	400.0	450.0
	Einzahlung WEF-Vorbezüge/Scheidung	10.1	7.0	8.0
	Total Eintrittsleistungen	374.2	407.0	458.0
C	(A+B) Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen	1'279.6	1'282.7	1'420.2
D	Reglementarische Leistungen			
	Altersrenten	-619.9	-612.0	-650.0
	Hinterlassenenrenten	-79.4	-80.5	-82.5
	Invalidenrenten	-61.8	-64.2	-64.1
	Übrige reglementarische Leistungen	-5.2	-6.0	-5.5
	Kapitalleistungen bei Pensionierung	-53.3	-41.0	-47.0
	Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität	-1.0	-3.0	-1.7
	Total Reglementarische Leistungen	-820.6	-806.7	-850.8
E	Austrittsleistungen			
	Freizügigkeitsleistungen bei Austritt	-376.1	-350.0	-400.0
	Vorbezüge WEF / Scheidung	-68.3	-70.0	-70.0
	Total Austrittsleistungen	-444.5	-420.0	-470.0
F	(D+E) Abfluss für Leistungen und Vorbezüge	-1'265.1	-1'226.7	-1'320.8
G	Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, techn. Rückstellungen u. Beitragsreserven			
	Auflösung und Bildung Vorsorgekapital Aktive Versicherte	52.2	-20.0	-180.5
	Auflösung und Bildung von Vorsorgekapital Renten	-400.1	-417.0	-220.0
	Auflösung und Bildung technischer Rückstellungen	-83.0	-100.0	-100.0
	Verzinsung des Vorsorgekapitals Aktive	-276.1	-312.7	-290.2
	Total Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, techn. Rückstellungen u. Beitragsreserven	-707.1	-849.7	-790.7
H	Versicherungsaufwand			
	Beiträge an Sicherheitsfonds	-6.8	-7.0	-7.0
	Total Versicherungsaufwand	-6.8	-7.0	-7.0
I	(C+F+G+H) Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil	-699.3	-800.7	-698.3

	R 07	B 08	B 09
J Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen			
Ergebnis aus Finanzanlagen			
Geld und Geldmarktanlagen	103.3	66.5	63.5
Obligationen in CHF	5.0	55.0	60.3
Fremdwährungsobligationen	66.5	100.0	91.0
Wandelanleihen	44.9	70.0	15.0
Hypotheken	24.5	30.0	30.0
Aktien Schweiz	65.3	455.0	156.0
Aktien Ausland	72.6	55.0	45.0
Commodities	67.1	0.0	100.0
Hedge Funds	29.5	0.0	0.0
Private Equity	9.9	0.0	20.0
Immobilien Schweiz	167.8	203.5	225.7
Immobilien Ausland	-1.2	0.0	0.0
Total Ergebnis aus Finanzanlagen	655.1	1'035.0	806.5
K Ergebnis sonstige Aktiven			
Anlagen beim Arbeitgeber	3.2	1.2	4.0
Übriges Vermögen	1.2	0.0	1.4
Total Ergebnis sonstige Aktiven	4.4	1.2	5.4
L Aufwand für Kapitalbewirtschaftung			
Aufwand Asset Management	-41.7	-39.5	-42.3
Aufwand Real Estate Management	-0.7	-1.4	-3.6
Aufwand Facility Management	-49.2	-46.6	-54.5
Aufwand Hypothekarverwaltung	-0.5	-0.7	-0.6
Total Aufwand für Kapitalbewirtschaftung	-92.2	-88.3	-101.0
M (J+K+L) Total Nettoergebnis aus Vermögensanlagen	567.3	947.9	711.0
N Sonstiger Ertrag			
Ertrag aus erbrachten Dienstleistungen	0.2	0.2	0.2
Übriger Ertrag	0.7	0.0	0.0
Total Sonstiger Ertrag	0.9	0.2	0.2
O Total Sonstiger Aufwand	0.0	0.0	0.0
P Total Aufwand Versichertenverwaltung	-8.7	-8.9	-9.7
Q (I+M+N+O+P) Ertragsüberschuss vor Auflösung/Bildung Wertschwankungsreserven	-139.8	138.5	3.2
R Auflösung/Bildung Wertschwankungsreserve	139.8	0.0	0.0
Z (Q+R) Ertragsüberschuss	0.0	138.5	3.2

Allgemeine Bemerkungen

Im Berichtsjahr 2007 wurde die Aktivseite der Bilanz an die Struktur der vom Regierungsrat beschlossenen Anlagestrategie 2007 - 2011 angepasst. Eine analoge Anpassung erfolgte im Abschnitt "Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage" der Betriebsrechnung und des Budgets.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 07	B 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	P 12	Δ%(07-12)
Ertrag	295.6	338.7		349.3		359.4		369.5	379.7	
Aufwand	-291.5	-338.7		-349.3		-359.4		-369.5	-379.7	
Saldo	4.1	0		0		0		0	0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (07 -12)

Einnahmen	0	0		0		0		0	0	
Ausgaben	0	0		0		0		0	0	
Nettoinvestitionen	0	0		0		0		0	0	
Personal (Beschäftigungsumfang)	65.4	68.0		68.0		68.0		68.0	68.0	

Aufgaben

A1 -

Entwicklungsschwerpunkte

E1 Mehr Nähe zu den Kunden bis 2010 Direktionsziel Nr. -

Indikatoren

Art R 07 B 08 P 09 P 10 P 11 P 12

Wirkungen

W1 -

Leistungen

L1 Anzahl Abrechnungen Arbeitslosenentschädigung P 95'454 95'000-115'000 95'000-115'000 95'000-115'000 95'000-115'000 95'000-115'000

Wirtschaftlichkeit

B1 Verhältnis Verwaltungskosten/ausbezahlte Leistungen Max. 2.96 % 2.6 % 2.7 % 2.7% 2.7% 2.6%

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Temporär entsteht in der Rechnung ein Saldo, da der Zahlungseingang (Rückvergütung des Aufwandes ALK) des Bundes nicht zum gleichen Zeitpunkt wie der Jahresabschluss erfolgt. Dieser Saldo wird zu 100 % ausgeglichen.

Indikatoren

- -

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- -

Personal (Beschäftigungsumfang)

- -

Indikatoren

- -

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- -

Personal (Beschäftigungsumfang)

- -

Indikatoren

- -

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- -

Personal (Beschäftigungsumfang)

- -

Indikatoren

- -



Anhang 2: Entwurf Budget 2009

**Entwurf Budget 2009****1. Übersicht Entwurf Budget 2009**

in Franken

Rechnung 2007	Budget 2008	VERWALTUNGSRECHNUNG (FHG)		
		Erfolgsrechnung		
9 874 968 792-	10 806 507 227-	Aufwand ohne Verrechnungen		
<u>1 265 130 064-</u>	<u>1 391 663 333-</u>	Verrechnungen		
11 140 098 856-	12 198 170 560-	Aufwand Total		
10 313 260 399	10 777 927 990	Ertrag ohne Verrechnungen		
<u>1 265 130 064</u>	<u>1 391 663 333</u>	Verrechnungen		
11 578 390 463	12 169 591 323	Ertrag Total		
	28 579 237-	Aufwandüberschuss		
438 291 607		Ertragsüberschuss		
		Investitionsrechnung		
1 145 771 688-	1 383 291 100-	Total der Ausgaben		
<u>440 777 833</u>	<u>412 963 100</u>	Total der Einnahmen		
704 993 855-	970 328 000-	Nettoinvestition		
	Budget 2008 restated	KONSOLIDIERTE RECHNUNG* (CRG)	Entwurf Budget 2009	Abweichung vom Vorjahr
		Erfolgsrechnung		
	11 676 010 341-	Betrieblicher Aufwand	12 127 153 024-	451 142 683-
	<u>11 491 868 166</u>	Betrieblicher Ertrag	<u>11 822 937 065</u>	331 068 899+
	184 142 175-	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	304 215 959-	120 073 784-
	213 398 678-	Finanzaufwand	183 521 000-	29 877 678+
	<u>392 434 622</u>	Finanzertrag	<u>397 794 000</u>	5 359 378+
	179 035 944	Finanzergebnis	214 273 000	35 237 056+
	-	Ausserordentlicher Aufwand	-	
	-	Ausserordentlicher Ertrag	-	
	-	Ausserordentliches Ergebnis	-	
	5 106 231-	Jahresergebnis	89 942 959-	84 836 728-
		Investitionsrechnung		
	1 453 303 700-	Total der Ausgaben	1 385 844 400-	67 459 300+
	<u>417 589 100</u>	Total der Einnahmen	<u>202 699 496</u>	214 889 604-
	1 035 714 600-	Nettoinvestition	1 183 144 904-	147 430 304-
		Finanzierung		
	5 106 231-	Aufwandüberschuss Erfolgsrechnung	89 942 959-	84 836 728-
		Ertragsüberschuss Erfolgsrechnung		
	735 959 892+	Abschreibungen	660 272 961+	75 686 931-
	25 665 607-	Auflösung passivierte Investitionsbeiträge	25 665 607-	+
	28 222 000+	Einlagen in Bestandeskonten von Fonds im Eigenkapital**	17 331 000+	10 891 000-
	-	Entnahmen aus Bestandeskonten von Fonds im Eigenkapital**	-	
	733 410 054+	Selbstfinanzierung	561 995 395+	171 414 659-
	828 571 680-	Nettoinvestition (80%)*	946 515 923-	117 944 243-
		Finanzierungsüberschuss***		
	95 161 626-	Finanzierungsfehlbetrag***	384 520 528-	289 358 902-
	88.5%	Selbstfinanzierungsgrad***	59.4%	

BESSER +
SCHLECHTER -

**Bemerkungen:**

- * Die Konsolidierung wird nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung erstellt. Dies bedeutet, dass die Positionen der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (Aufwand, Ertrag, Ausgaben und Einnahmen der konsolidierten Einheiten).
- ** Unter CRG werden Fonds entweder im Fremdkapital oder im Eigenkapital geführt. Der Verkehrsfonds wird als einziger Eigenkapitalfonds mit Einlagen oder Entnahmen erfolgswirksam ausgeglichen. Die Berechnung der Selbstfinanzierung wird deshalb um die Einlage oder Entnahme des Verkehrsfonds korrigiert.
- *** Für die Berechnung des Finanzierungsüberschuss/-fehlbetrages und des Selbstfinanzierungsgrades wird von einer Ausschöpfung der Investitionen von 80% ausgegangen.

2. Budgetkredite der Leistungsgruppen

Mit dem Budget werden die Leistungen des Kantons und deren Finanzierung für ein Kalenderjahr festgelegt (§ 14 Abs. 1 CRG). Der Budgetentwurf entspricht dem ersten Planjahr des KEF (§ 14 Abs. 2 CRG). Er wird vom Regierungsrat erstellt und dem Kantonsrat vorgelegt (§ 17 CRG).

Der KEF 2009-2012 und das Budget 2009 werden nach der neuen Rechnungslegung gemäss dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) und seinen Ausführungserlassen Rechnungslegungsverordnung (RLV) und Finanzcontrollingverordnung (FCV) erstellt.

Die Budgetkredite werden neu wie folgt ausgewiesen:

- In den Leistungsgruppen werden für das Budgetjahr 2009 die Budgetkredite der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie Kredite mit Sperrvermerk hervorgehoben.
- Die Budgetkredite der Erfolgsrechnung werden als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag angegeben. Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung werden neu nicht mehr in die Budgetkredite der Erfolgsrechnung eingerechnet (§ 15 Abs. 2 CRG).
Zu beachten ist, dass in der Rubrik „Finanzierung“ auf dem Leistungsgruppenblatt für Fonds im Eigenkapital (mit Ausnahme des Verkehrsfonds) neu Einlagen und Entnahmen nicht mehr aufgeführt sind, so dass die Saldi der Erfolgsrechnung den Budgetkrediten entsprechen. Dagegen werden auf dem Leistungsgruppenblatt für Fonds im Fremdkapital (und für den Verkehrsfonds) wie bisher Einlagen und Entnahmen eingerechnet, so dass sich unabhängig von den Budgetkrediten in der Erfolgsrechnung immer Saldi von Null ergeben.
- Die Budgetkredite der Investitionsrechnung umfassen die Investitionsausgaben.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die Budgetkredite im Kästchen der Leistungsgruppen auf tausend Franken auf- und abgerundet.

Die Budgetkredite 2009 aller Leistungsgruppen sind in der folgenden Tabelle zusammen mit den Sperrvermerken frankengenau aufgelistet. Gemäss § 15 CRG Abs. 1 sind sie für den Budgetbeschluss des Kantonsrates massgebend, zusammen mit den Leistungsindikatoren mit Zielwerten der Leistungsgruppen für das Budgetjahr 2009 (§ 9 Abs. 2 FCV). Diese Tabelle wird nachgeführt, wenn der Regierungsrat Nachträge zum Budget (Novemberbrief) vorlegt und wenn der Kantonsrat mit seinem Budgetbeschluss Änderungen gegenüber dem Budgetentwurf des Regierungsrates festlegt.



Auszug Budget 2009

in Franken

KEF	Entwurf	Veränderungen	Veränderungen	Budget definitiv
Seite	Regierungsrat	Nachträge	Kantonsrat	Kantonsrat
	(10.09.2008)	Regierungsrat		

Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)**1 Regierungsrat und Staatskanzlei****1000 Regierungsrat und Staatskanzlei**

94

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-20'857'300
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2 Direktion der Justiz und des Inneren**2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen**

112

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7'710'900
Budgetkredit Investitionsrechnung	-600'000

2204 Strafverfolgung Erwachsene

114

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-66'725'300
Budgetkredit Investitionsrechnung	-150'000

2205 Jugendstrafrechtspflege

116

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-35'633'500
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2206 Amt für Justizvollzug

118

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-144'617'900
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10'680'000

2207 Amt für Gemeinden

122

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-5'164'000
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2215 Finanz- und Lastenausgleich

124

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-163'086'000
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2221 Handelsregister

126

Budgetkredit Erfolgsrechnung	2'087'400
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2223 Statistisches Amt

128

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8'071'100
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2224 Staatsarchiv

130

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6'885'900
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen

132

Budgetkredit Erfolgsrechnung	297'600
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2232 Fachstelle Opferhilfe

134

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-9'023'100
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich

136

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1'296'400
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2234 Fachstelle Kultur

138

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-89'583'000
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2'000'000

2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen

142

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1'684'200
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2251 Bezirksräte

144

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7'916'300
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2262 Baurekurskommissionen

146

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4'558'100
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2263 Steuerrekurskommissionen

148

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2'926'400
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

2271 Evangelisch-reformierte Landeskirche

150

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-47'393'200
Budgetkredit Investitionsrechnung	0

Legende

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Auszug Budget 2009

in Franken	KEF Seite	Entwurf Regierungsrat (10.09.2008)	Veränderungen Nachträge Regierungsrat	Veränderungen Kantonsrat	Budget definitiv Kantonsrat
2272 Römisch-katholische Körperschaft	152				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-8'974'600			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-800'000			
2273 Christkatholische Kirchgemeinde	154				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-256'500			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
2291 Investitionsfonds (Fonds im Eigenkapital)	158				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-3'995'600			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-1'200'000			
2292 Ausgleichsfonds (Fonds im Fremdkapital)	160				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		1'193'200			
Einlagen in Fonds des Fremdkapitals		-1'193'200			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
3 Sicherheitsdirektion					
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben	184				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-3'421'900			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-2'314'000			
3100 Kantonspolizei	186				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-340'710'100			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-24'863'000			
3200 Strassenverkehrsamt	188				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		18'767'300			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-3'480'000			
3300 Migrationsamt	190				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-8'613'486			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-100'000			
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	192				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-14'755'833			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-7'008'450			
3500 Sozialamt	194				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-610'617'800			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-21'300'000			
3600 Statthalterämter	196				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		5'405'900			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-600'000			
3910 Sportfonds (Fonds im Fremdkapital)	200				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-1'952'800			
Entnahmen aus Fonds des Fremdkapitals		1'952'800			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-2'500'000			
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	202	302'000			
Einlagen in Fonds des Fremdkapitals		-302'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4 Finanzdirektion					
4000 Generalsekretariat FD	220				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-1'951'300			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4100 Finanzverwaltung	222				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-8'202'200			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-480'000			
4300 Amt für Tresorerie	224				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-801'200			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4400 Steuern Betriebsteil	226				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-147'314'800			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-10'264'000			
4500 Personalamt	228				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-21'440'885			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-5'000'000			

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Auszug Budget 2009

in Franken	KEF Seite	Entwurf Regierungsrat (10.09.2008)	Veränderungen Nachträge Regierungsrat	Veränderungen Kantonsrat	Budget definitiv Kantonsrat
4600 Direktionsübergreifende Informatik	230				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-6'702'100			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4700 Drucksachen und Material	232				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		253'800			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-300'000			
4910 Steuererträge	234				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		5'902'713'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4921 Schadenausgleich	236				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-2'200'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat	238				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		425'408'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-20'000'000			
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	240	310'487'705			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4960 Interkantonaler Finanzausgleich	242				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-525'385'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	248	-11'953'000			
Entnahmen aus Fonds des Fremdkapitals		11'953'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
5 Volkswirtschaftsdirektion					
5000 Generalsekretariat (GS)	276				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-5'525'500			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-400'000			
5205 Amt für Verkehr (AFV)	278				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-112'765'900			
Übertrag aus Fonds zum Ausgleich		108'048'500			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-49'200'000			
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr	280				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-249'273'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	282				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-42'066'900			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-11'630'000			
5920 Verkehrsfonds (Fonds im Eigenkapital)	286				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		17'331'000			
Einlagen in Fonds des Eigenkapitals		-17'331'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-260'238'000			
5921 Flughafenfonds (Fonds im Eigenkapital)	288				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		17'789'100			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
5925 Strassenfonds (Fonds im Eigenkapital)	290				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		47'562'300			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
6 Gesundheitsdirektion					
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	318				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-23'713'400			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-900'000			
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	320	-18'801'600			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-2'000'000			
6200 Prävention und Gesundheitsförderung	322				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-6'985'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben

Auszug Budget 2009

in Franken	KEF Seite	Entwurf Regierungsrat (10.09.2008)	Veränderungen Nachträge Regierungsrat	Veränderungen Kantonsrat	Budget definitiv Kantonsrat
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	324				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-684'705'500			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-127'820'000			
6400 Psychiatrische Versorgung	326				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-248'680'400			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-21'800'000			
6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen	328				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-35'865'800			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-9'000'000			
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien	330				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-318'450'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
6900 Tierseuchenfonds (Fonds im Eigenkapital)	334				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-621'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
7 Bildungsdirektion					
7000 Bildungsverwaltung	362				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-82'616'099			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-2'790'000			
7100 Lehrmittelverlag	364				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		2'619'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
7200 Volksschulen	366				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-542'023'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-21'691'000			
7301 Mittelschulen	368				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-333'874'800			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-38'602'000			
<i>Kredit mit Sperrvermerk Investitionsrechnung</i>					
<i>(§ 16 Abs. 1 CRG) für:</i>					
KS Wiedikon, San. 3.OG (Gesamtkredit -3.5 Mio)		-2'600'000			
KS im Lee, Innensanierung (Gesamtkredit -3.0 Mio)		-1'650'000			
KS Rychenberg, Innensan. Aula (Gesamtkredit -7.6 Mio)		-4'600'000			
7302 Schulen im Gesundheitswesen	370				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-47'600'700			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen	372				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-266'110'200			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-10'080'000			
7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	374	-47'645'600			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-2'800'000			
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	376				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-568'835'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-52'870'000			
7402 Sonstige universitäre Leistungen	378				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-53'126'600			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
7403 Fonds Teilverlegung der Universität (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	390	0			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	380	-318'849'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-19'599'000			
<i>Kredit mit Sperrvermerk Investitionsrechnung</i>					
<i>(§ 16 Abs. 1 CRG) für:</i>					
Projekt Toniareal		-2'000'000			
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	382	-48'200'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Auszug Budget 2009

in Franken	KEF Seite	Entwurf Regierungsrat (10.09.2008)	Veränderungen Nachträge Regierungsrat	Veränderungen Kantonsrat	Budget definitiv Kantonsrat
7501 Jugend- und Familienhilfe	384				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-116'033'100			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-6'482'000			
7502 Berufs- und Studienberatung	386				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-17'894'300			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-350'000			
8 Baudirektion					
8000 Generalsekretariat (GS)	424				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-38'703'300			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-2'600'000			
8100 Hochbauamt (HBA)	426				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-15'985'003			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
8300 Amt für Raumplanung und Vermessung (ARV)	428				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-19'673'900			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-2'340'000			
8400 Tiefbauamt (TBA)	430				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-244'188'700			
Übertrag aus Fonds zum Ausgleich		244'188'700			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-306'280'000			
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	434				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-100'132'787			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-38'360'950			
<i>Kredit mit Sperrvermerk Investitionsrechnung</i> (§ 16 Abs. 1 CRG) für: Wasserbauinvestitionen		-2'313'000			
8510 Altlasten	436				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-1'390'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
8700 Immobilienamt	438				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-27'501'537			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-125'753'000			
<i>Kredit mit Sperrvermerk Investitionsrechnung</i> (§ 16 Abs. 1 CRG) für: Ersatz/Neubau Stampfenbachstr. 28/30 (-12.5 Mio.)		-3'800'000			
8710 Liegenschaftenerfolg	440				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-589'600			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)	442				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-65'921'700			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-16'312'000			
8910 Natur- und Heimatschutzfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	446	5'609'700			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-3'760'000			
8940 Denkmalpflegefonds (Fonds im Fremdkapital)	448				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-378'417			
Entnahmen aus Fonds des Fremdkapitals		378'417			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-9'500'000			
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	450	277'700			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
8960 Deponiefonds (Fonds im Fremdkapital)	452				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		1'140'000			
Einlagen in Fonds des Fremdkapitals		-1'140'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
8970 Kantonaler Waldfonds (Fonds im Fremdkapital)	454				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		25'400			
Einlagen in Fonds des Fremdkapitals		-25'400			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
8980 Wildschadenfonds (Fonds im Eigenkapital)	456				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-194'500			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Auszug Budget 2009

in Franken

KEF	Entwurf	Veränderungen	Veränderungen	Budget definitiv
Seite	Regierungsrat	Nachträge	Kantonsrat	Kantonsrat
	(10.09.2008)	Regierungsrat		

Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)

9000 Kantonsrat	1-4		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-8'779'100	
Budgetkredit Investitionsrechnung		0	
9020 Finanzkontrolle	1-6		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-4'056'400	
Budgetkredit Investitionsrechnung		0	
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte	1-14		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-45'140'200	
Budgetkredit Investitionsrechnung		-18'872'000	
9040 Bezirksgerichte	1-16		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-100'895'300	
Budgetkredit Investitionsrechnung		-5'080'000	
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	1-18		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		36'135'300	
Budgetkredit Investitionsrechnung		-1'775'000	
9061 Kassationsgericht	1-20		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-3'898'600	
Budgetkredit Investitionsrechnung		0	
9062 Landwirtschaftsgericht	1-22		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-15'500	
Budgetkredit Investitionsrechnung		0	
9063 Verwaltungsgericht	1-24		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-6'166'200	
Budgetkredit Investitionsrechnung		-170'000	
9064 Sozialversicherungsgericht	1-26		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-12'541'400	
Budgetkredit Investitionsrechnung		-150'000	
9070 Ombudsmann	1-8		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-1'141'700	
Budgetkredit Investitionsrechnung		0	
9071 Datenschutzbeauftragter	1-10		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-1'940'234	
Budgetkredit Investitionsrechnung		0	

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Auszug Budget 2009

in Franken	KEF Seite	Entwurf Regierungsrat (10.09.2008)	Veränderungen Nachträge Regierungsrat	Veränderungen Kantonsrat	Budget definitiv Kantonsrat
------------	--------------	--	---	-----------------------------	--------------------------------

Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)

9300 Zürcher Verkehrsverbund	1-30				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-173'373'000			
Staatsbeiträge zum Ausgleich		173'373'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
9510 Universitätsspital Zürich	1-32				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-296'836'000			
Staatsbeiträge zum Ausgleich		296'836'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-38'800'000			
9520 Kantonsspital Winterthur	1-34				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-102'184'000			
Staatsbeiträge zum Ausgleich		102'184'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-12'100'000			
9600 Universität	1-36				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-572'835'000			
Staatsbeiträge zum Ausgleich		572'835'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-35'000'000			
9690 Zentralbibliothek	1-38				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-26'962'000			
Staatsbeiträge zum Ausgleich		26'962'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1-40	-138'525'000			
Staatsbeiträge zum Ausgleich		138'525'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-10'300'000			
9720 Zürcher Hochschule der Künste	1-42				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-79'348'000			
Staatsbeiträge zum Ausgleich		79'348'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-4'300'000			
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	1-44				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-95'376'000			
Staatsbeiträge zum Ausgleich		95'376'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-2'500'000			

Total (Konsolidierungskreise 1-3)

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1'921'911'776
+ Staatsbeiträge zum Ausgleich	1'485'439'000
+ Übertrag aus Fonds zum Ausgleich	352'237'200
+ Entnahmen aus Fonds des Fremdkapitals	14'284'217
+ Entnahmen aus Fonds des Eigenkapitals	0
- Einlagen in Fonds des Fremdkapitals	-2'660'600
- Einlagen in Fonds des Eigenkapitals	-17'331'000
= Saldo Erfolgsrechnung	-89'942'959
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1'385'844'400
+ Investitionseinnahmen	202'699'496
= Nettoinvestitionen	-1'183'144'904

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben

**Auszug Budget 2009**

in Franken	KEF Seite	Entwurf Regierungsrat (10.09.2008)	Veränderungen Nachträge Regierungsrat	Veränderungen Kantonsrat	Budget definitiv Kantonsrat
------------	--------------	--	---	-----------------------------	--------------------------------

Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)**9100 Beamtenversicherungskasse**

1-48

Budgetkredit Erfolgsrechnung

3'189'300

Budgetkredit Investitionsrechnung

0

9200 Arbeitslosenkasse

1-50

Budgetkredit Erfolgsrechnung

0

Budgetkredit Investitionsrechnung

0



Anhang 3:

- Parlamentarische Vorstösse
und strategische Planung
des Regierungsrates
- Übersicht zu den
Erklärungen zum KEF



**Anhang 3:
Parlamentarische Vorstösse und Initiativen
mit Bezug zur strategischen Planung des Regierungsrates**

Staatskanzlei

Direktion für Justiz und Inneres

Sicherheitsdirektion

Finanzdirektion

Volkswirtschaftsdirektion

Gesundheitsdirektion

Bildungsdirektion

Baudirektion

**Staatskanzlei**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
372/2004 (Postulat)	Aufhebung oder Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten	Der Regierungsrat erstattete dem Kantonsrat am 21. März 2008 Bericht (Vorlage 4387) und beantragte, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Die Vorlage ist im Kantonsrat pendent.
85/2005 (Postulat)	Risikobericht für den Kanton Zürich	Bericht und Antrag sind in Vorbereitung.

**Direktion für Justiz und Inneres**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
147/2004 (Motion)	<p>Freiwillige Versicherung der beruflichen Vorsorge von Milizbehörden</p> <p>5. September 2005 (Motion Benedikt Gschwind, Zürich, Jacqueline Gübeli, Horgen und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird aufgefordert, die nötigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um nebenamtliche Behördenmitglieder im Kanton Zürich auf deren Wunsch in der 2. Säule zu versichern, auch wenn deren Entschädigung unter dem BVG-Minimum von zur Zeit 25'320 Franken liegt.</p> <p>Umwandlung von einer Motion in ein Postulat. Mit Bericht vom 11. Juli 2007 (Vorlage 4417) beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Die Vorlage ist im Kantonsrat ausstehend.</p>	
83/2005 (Postulat)	<p>Keine wirtschaftliche Besserstellung von straffälligen Ausländerinnen/Ausländern in deren Heimatland durch den Strafvollzug - Auszahlung des Arbeitsentgeltes nach Kaufkraft</p> <p>5. September 2005 (Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, Barbara Steinemann, Regensdorf und Regula Thalmann-Meyer, Uster). Der Regierungsrat wird ersucht, allenfalls durch Antrag im Ostschweizer Strafvollzugskonkordat, die von ausländischen Straftäterinnen/-täter durch Arbeitsentgelt (Pekulium) während des Strafvollzuges erwirtschaftete Rücklage bei Entlassung aus dem Strafvollzug gemäss Kaufkraft im Heimatland umzurechnen und auszubezahlen.</p> <p>Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 15. August 2007 seinen Bericht und seinen Antrag auf Abschreibung des Postulats unterbreitet (Vorlage Nr. 4424).</p> <p>Die Vorlage ist im Kantonsrat ausstehend.</p>	
240/2005 (Einzelinitiative)	<p>Beiblatt bei Gemeindewahlen</p> <p>31. Oktober 2005 (Einzelinitiative Peter S. Weiller). Im Gesetz über die politischen Rechte (GPR) sei der bestehende § 61 zu ergänzen mit dem folgenden Absatz 2: „Für Gemeindewahlen kann die Gemeindeordnung ein Beiblatt vorschreiben, sofern es weder zu einer stillen Wahl noch zum Einsatz gedruckter Wahlvorschläge kommt.“</p> <p>Der Vorstoss wird im Rahmen der Anpassung des Gesetzes über die politischen Rechte an die neue Kantonsverfassung bearbeitet.</p>	
325/2005 (Motion)	<p>Stimmabgabe an der Urne § 68 GPR</p> <p>27. Februar 2006 (Motion Hans Heinrich Raths, Pfäffikon, Werner Bosshard, Rümlang, und Bruno Walliser, Volketswil). Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen und die Verordnung (§ 68 GPR, §§ 34 und 35 VPR) so zu ändern, dass alle Stimmrechtsausweise zu unterzeichnen sind.</p> <p>Der Vorstoss wird im Rahmen der Anpassung des Gesetzes über die politischen Rechte an die neue Kantonsverfassung bearbeitet.</p>	
293/2005 (Motion)	<p>Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte</p> <p>29. Mai 2006 (Motion Robert Brunner, Steinmaur, und Esther Hildebrand, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird beauftragt, den Paragraphen 61 des Gesetzes über die politischen Rechte so</p>	



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
336/2005 (Postulat)	<p>abzuändern, dass die Beilage eines Beiblattes gemäss Paragraph 60 bei Mehrheitswahlen ohne Vorverfahren obligatorisch wird.</p> <p>Der Vorstoss wird im Rahmen der Anpassung des Gesetzes über die politischen Rechte an die neue Kantonsverfassung bearbeitet.</p> <p>Pilotprojekt „Zusammenarbeit statt Zentralisierung“ im Rahmen der Agglomerationsprogramme</p> <p>19. Juni 2006 (Postulat Carmen Walker Späh, Zürich, Dr. Dieter Kläy, Winterthur, und Thomas Vogel, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen der Agglomerationsprogramme ein Pilotprojekt „Zusammenarbeit statt Zentralisierung“ zu lancieren.</p> <p>Wird geprüft.</p>	
61/2006 (Motion)	<p>Abschaffung der prozentualen Wahlhürde für die Kantonsratswahlen</p> <p>19. Juni 2006 (Motion Peter Reinhard, Kloten, Esther Guyer, Zürich, und Lucius Dürr, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Abschaffung der prozentualen Wahlhürde für die Kantonsratswahlen in § 102 Abs. 3 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) vorzulegen. Eine Listengruppe soll an der Sitzverteilung ungeachtet der Zahl der erreichten Parteistimmen in den einzelnen Wahlkreisen teilnehmen können.</p> <p>Der Vorstoss wird im Rahmen der Anpassung des Gesetzes über die politischen Rechte an die neue Kantonsverfassung bearbeitet.</p>	
62/2006 (Postulat)	<p>Korrekturfaktoren im Finanzausgleich des Kantons Zürich</p> <p>19. Juni 2006 (Postulat Martin Arnold, Oberrieden, und Rolf Jenny, Herrliberg). Der Regierungsrat wird eingeladen, im Zusammenhang mit den Anpassungen am Finanzausgleichsgesetz die Korrekturfaktoren so festzusetzen, dass die Bezügergemeinden des Finanzausgleichs keine Schlechterstellung erleiden müssen. Weiter wird der Regierungsrat eingeladen, dem Parlament aufzuzeigen, wie er künftig diese Korrekturfaktoren transparent und – sowohl für Geber- wie auch Nehmergemeinden – nachvollziehbar festlegen will.</p> <p>Wird geprüft.</p>	
63/2006 (Postulat)	<p>Wiederaufnahme der Investitionsbeiträge</p> <p>19. Juni 2006 (Postulat Martin Arnold, Oberrieden, und Rolf Jenny, Herrliberg). Der Regierungsrat wird eingeladen, im Hinblick auf das Budget 2007 Investitionsbeiträge an finanzschwache Gemeinden wieder aufzunehmen. Der entsprechende Fond ist so zu speisen, dass Gesuche von finanzschwachen Gemeinden wieder vermehrt geprüft und bewilligt werden können.</p> <p>Wird geprüft.</p>	
183/2006 (Postulat)	<p>Massnahmenplan für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf</p> <p>6. November 2006 (Postulat Lucius Dürr, Zürich, Lisette Müller-Jaag, Knonau, und Cécile Krebs, Winterthur). Der Regierungsrat wird ersucht, einen umfassenden Massnahmenplan für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erarbeiten. Dabei sind die Gemeinden und Fachstellen einzubeziehen.</p>	



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
215/2006 (Einzelinitiative)	<p>Wird geprüft.</p> <p>betreffend Behandlung komplexer Wirtschaftsstrafrechtsfälle</p> <p>6. November 2006 (Einzelinitiative Hans-Jacob Heitz, Männedorf). Es seien die Gesetze für Strafuntersuchung, Strafprozess und Gerichtsorganisation derart anzupassen, dass auch die Bewältigung besonders komplexer und aufwändiger Wirtschaftsstrafrechtsfälle über alle Verfahrensstufen hinweg fachkundig und innert nützlicher Rechtsfristen gewährleistet ist.</p> <p>Wird geprüft.</p>	
257/2006 (Postulat)	<p>Bericht zur Situation der muslimischen Bevölkerung im Kanton Zürich</p> <p>11. Dezember 2006 (Postulat Dr. Beat Walti, Zollikon, Carmen Walker Späh, Zürich, und Prof. Dr. Richard Hirt, Fällanden). Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Bericht zur Situation der muslimischen Bevölkerung im Kanton Zürich zu verfassen. Dabei ist auch auf die Stellung von muslimischen Familien, Frauen und Jugendlichen einzugehen. Im Bericht sollen zudem nebst statistischen Angaben v.a. auch die Stellung und das Verhältnis der Muslime zu anderen Glaubensgemeinschaften und zum Staat dargestellt und bei Identifikation allfälliger Problembereiche Massnahmenvorschläge skizziert werden.</p> <p>Wird geprüft.</p>	
270/2006 (Postulat)	<p>Online-Zugriff der Gerichte auf die Datenbanken der Personenmeldeämter</p> <p>18. Dezember 2006 (Postulat Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, und Beat Badertscher, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, eine gesetzliche Grundlage für einen auf einen zu bestimmenden Kreis von Mitarbeitenden eingeschränkten Online-Zugriff der Gerichte auf die Daten der kommunalen Personenmeldeämter zu schaffen.</p> <p>Wird geprüft.</p>	
10/2007 (Postulat)	<p>Opernhaus der Zukunft</p> <p>16. April 2007 (Postulat Ueli Annen, Illnau-Effretikon, Romana Leuzinger, Zürich, und Ursula Braunschweig-Lütolf, Winterthur). Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Bericht zu erstellen, in welchem er Entwicklungsvarianten für das Zürcher Opernhaus skizziert, die jeweils zu erwartenden Folgen für den Kultur- und Wirtschaftsstandort aufzeigt und seine eigenen Vorstellungen für die Weiterführung des Hauses in der mittelfristigen Zukunft darlegt.</p> <p>Wird geprüft.</p>	
156/2007 (Postulat)	<p>Integrationsvereinbarung</p> <p>29. Oktober 2007 (Postulat Thomas Ziegler, Elgg, Thomas Weibel, Horgen, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen für eine noch bessere Integration der bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer zu schaffen. Insbesondere soll dabei auch die Möglichkeit von so genannten Integrationsvereinbarungen vorgesehen werden, die bei der Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen mit berücksichtigt werden können.</p> <p>Wird geprüft.</p>	
244/2007 (Postulat)	<p>Stärkung der behördlichen Zusammenarbeit</p>	



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
	<p>26. November 2007 (Postulat Christoph Holenstein, Zürich, Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, und Thomas Maier, Dübendorf). Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, für welche notwendigen und sinnvollen im öffentlichen Interesse liegenden Datenflüsse zwischen Behörden rechtliche Grundlagen noch fehlen bzw. ungenügend sind und gegebenenfalls dem Kantonsrat entsprechende Gesetzesanpassungen zu beantragen oder in seinem Kompetenzbereich selber zu erlassen.</p> <p>Wird geprüft.</p>	

**Sicherheitsdirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
Polizei		
37/2005 (Postulat)	Neuregelung der Kosten für die Erteilung der Verkehrserziehung durch die Kapo → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	4474
110/2005 (Postulat)	Kosteneinsparungen bei der Kapo ohne Beeinträchtigung der Sicherheit → Strateg. Ziele: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, Laufende Anpassung der Organisation der Kantonspolizei mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeien zu optimieren; interkantonale Polizeizusammenarbeit, soweit sinnvoll	4464
226/2005 (Motion)	Aktualisierung von Daten im Polizeiorganisationssystem (POLIS) → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	
351/2006 (Postulat)	Differenzierte Datensysteme im POLIS → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	
352/2006 (Motion)	Kontrolle der POLIS-Nachführung → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	
199/2007 (Postulat)	Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine gemeinsame Trägerschaft für die kriminaltechnischen Dienste der Stadt- und Kantonspolizei → Strateg. Ziele: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, Laufende Anpassung der Organisation der Kantonspolizei mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeien zu optimieren; interkantonale Polizeizusammenarbeit, soweit sinnvoll	
Strassenverkehr		
204/2003 (Postulat)	Lastwagen-Transitverkehr bei Ortschaften mit Umfahrungen → Strateg. Ziel: Optimierung der Verkehrssicherheit	4390
207/2004 (Postulat)	Sperrung von Strassenstücken für Freizeit Zwecke → Strateg. Ziel: Optimierung der Verkehrssicherheit	4418
119/2005 (Motion)	Reduktion von Feinstaubemissionen (PM10) durch Einführung eines Bonussystems bei Verkehrsabgaben dieselbetriebener Fahrzeuge mit Feinstaubpartikelfiltern → Strateg. Ziel: Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen	
176/2005 (Postulat)	Einführung einer reduzierten Motorfahrzeugsteuer für Erdgas-/Kompogasbetriebene Fahrzeuge → Strateg. Ziel: Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen	
Militär		
367/2007 (Postulat)	Kostenlose Lagerung der Armeewaffen im Zeughaus → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	
17/2008 (Postulat)	Wache mit geladener Waffe → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
Soziales		
451/2004 (Postulat)	Schuldenberatung und -prävention → Strateg. Ziel: Zielgerichtete Ausrichtung der finanziellen Mittel im Sozialbereich	4468
84/2005 (Postulat)	Finanzierung Asylwesen → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	4382
242/2005 (Postulat)	Bezeichnung einer Direktion für Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	
Sport		
416/2004 (Postulat)	Fan-Betreuung an der Euro 2008 → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	4473
Übriges		
229/2004 (Postulat)	Erschwerung des Waffenerwerbs bei für den Waffenbesitz ungeeigneten Personen → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	4450

**Finanzdirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
320/2005 (Postulat)	Zeitgemässe Abgangsleistungen für Mitglieder des Regierungsrates → Haushaltsgleichgewicht	4475
337/2005 (Postulat)	Periodische Überprüfung der Staatsbeiträge bzw. Leistungsaufträge an Private und öffentlichrechtliche Institutionen → Haushaltsgleichgewicht	4466
146/2006 (Dringliches Postulat)	Kostenpflichtige Tests in der Lehrlingsselektion der kantonalen Verwaltung und kantonalen Betriebe → Standortattraktivität	4425
184/2006 (Postulat)	Familienergänzende Kinderbetreuung für das kantonale Personal → Standortattraktivität	
200/2006 (Postulat)	Massnahmen gegen Missbrauch des steuerrechtlichen Wochenaufenthaltsstatus im Kanton Zürich → Haushaltsgleichgewicht	
246/2006 (Postulat)	Auszeit für frische Väter → Standortattraktivität	
399/2006 (Dringliches Postulat)	Massnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Lohnsituation der Staatsangestellten ab 2007/2008 → Standortattraktivität	4467
101/2007 (Dringliches Postulat)	Zürcher Steuerbelastungsindex: Transparente Grundlagen für eine wettbewerbsorientierte Steuerstrategie → Steuerstrategie	4486

**Volkswirtschaftsdirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
Wirtschaft und Arbeit		
266/2004 (Motion)	Ganzheitliche Politik für Wirtschaft und Arbeit (Wirkung) → VD-Ziel 4: Stärkung der Standortattraktivität des Wirtschaftsraums Zürich, LG Amt für Wirtschaft und Arbeit	4525
392/2004 (Postulat)	Ausbau und Finanzierung von Berufs- und Sozialintegrationsprojekten für arbeitslose junge Erwachsene nach der Lehre (Leistung) → VD-Ziel 5: Flexibilität der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden bzw. -suchenden durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützen sowie Missbräuche bekämpfen, LG Amt für Wirtschaft und Arbeit	4469
393/2004 (Postulat)	Praktikumsplätze und Anreize für die Beschäftigung von Lehrlinginnen und Lehrlingen (Leistung) → VD-Ziel 5, LG Amt für Wirtschaft und Arbeit	4469
198/2006 (Postulat)	Besenbeizen → LG Amt für Wirtschaft und Arbeit	
264/2007 (Dringliches Postulat)	Gesamtkonzept für die Tourismusförderung und Investitionsplanung im Areal Schloss Laufen (Rheinfall) → VD-Ziel 4, LG Generalsekretariat	
4419/2007 (Volksinitiative)	Schutz vor Passivrauchen → LG Amt für Wirtschaft und Arbeit, Ziel der Gesundheitsdirektion (Ziel 3, Prävention und Gesundheitsförderung)	
4454/2007 (Volksinitiative)	KMU-Entlastungsinitiative; Kantonale Volksinitiative zum Abbau von Vorschriften und administrativer Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen → VD-Ziel 4: LG Amt für Wirtschaft und Arbeit	
Verkehr		
150/2002 (Postulat)	Massnahme gegen die Verkehrsüberlastung des Limmattals (Leistung) → VD-Ziel 1: Sicherstellen der Erreichbarkeit innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich und der Vernetzung mit anderen Wirtschaftsräumen durch leistungsfähige, raum- und umweltverträgliche Verkehrssysteme, LG Amt für Verkehr	4343
315/2004 (Postulat)	Bau einer dritten Tunnelröhre beim Gubrist (Leistung) → VD-Ziel 1, LG Amt für Verkehr	4471
29/2005 (Postulat)	Projektierungs- und Vorbereitungsarbeiten für die Ostumfahrung (Stadtunnel Brunau-Neugut, Ostast und Waidhaldetunnel) → VD-Ziel 1, LG Amt für Verkehr	
112/2005 (Postulat)	Elektronik vor Beton → VD Ziel 1, LG Amt für Verkehr	
178/2005 (Postulat)	Verwendung der LSVA-Gelder (Leistung) → VD-Ziel 3: Verkehrsträgerübergreifende politische Steuerung im Bereich Verkehr (Umsetzung Gesamtverkehrskonzept), LG Amt für Verkehr	4461 / 4461a



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
185/2005 (Postulat)	Flankierende Massnahmen zum Gateway Limmattal → VD-Ziel 1, LG Amt für Verkehr	
43/2006 (Postulat)	Stand der Technik bei der Reinigung von Tunnelabluft (Leistung) → VD Ziel 1, LG Amt für Verkehr	4488
110/2006 (Postulat)	Realisation des Radwegnetzes im Kanton Zürich → VD-Ziel 1, Amt für Verkehr, Wiederaufnahme (Überweisung als Postulat)	RRB 1081/2006
124/2006 (Postulat)	Busbeschleunigung Maur-Fällanden-S-Bahnhof Stettbach (Linie 743) → Ziel 3, Amt für Verkehr	
144/2006 (Behördeninitiative)	Änderung des Einführungsgesetzes zum Nationalstrassengesetz → VD-Ziel 3, LG Amt für Verkehr	4493
145/2006 (Behördeninitiative)	Änderung des Strassengesetzes → VD-Ziel 3, LG Amt für Verkehr	4494
205/2006 (Parlamentarische Initiative)	Umladekonzept kombinierter Güterverkehr mit Standortalternative zu Dietikon Niderfeld → LG Amt für Verkehr	RRB 175/2008
173/2006 (Postulat)	Überlebensstrategien für unbediente Bahnhöfe → LG Amt für Verkehr	
8/2007 (Dringliches Postulat)	Westumfahrung/N4 und Verkehrskonzept öffentlicher Verkehr → VD-Ziel 1, LG Zürcher Verkehrsverbund (ZVV)	4470
190/2007 (Dringliches Postulat)	Erstellung eines Massnahmenplans für den öffentlichen Verkehr in und um Affoltern am Albis → VD-Ziel 1, LG Amt für Verkehr und LG Zürcher Verkehrsverbund (ZVV)	
327/2007 (Dringliches Postulat)	Photovoltaikpanels auf Lärmschutzwänden → LG Amt für Verkehr	
390/2007 (Dringliches Postulat)	Buslinien durch den Uetlibergtunnel → VD-Ziel 3, LG Amt für Verkehr	
2007 Volksinitiative	Mit dem Tram direkt zum Zoo; Rahmenkredit für die Verlängerung der Tramlinie direkt zum Haupteingang des Zoo Zürich und zur Masoala-Halle → LG Amt für Verkehr und Zürcher Verkehrsverbund (ZVV)	4455
2007 Volksinitiative	Halbstündliche S-Bahn für Alle	
2008 Volksinitiative	Für mehr Veloverkehr (Förderung des Veloverkehrs im Kanton Zürich) → VD Ziel 1, LG Amt für Verkehr	4487
Luftverkehr		
195/2006 (Behördeninitiative)	Änderung des Gesetzes über den Flughafen Zürich (Begrenzung der Flugbewegungen und 8 Stunden Nachtruhe) → VD-Ziel 2: Schaffen von Rahmenbedingungen für eine sowohl raum- und umweltverträglich als auch wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Zürich, LG Amt für Verkehr	
382/2006 (Behördeninitiative)	Änderung des Gesetzes über den Flughafen Zürich (<<Keine Neu- und Ausbauten von Pisten>>)	



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
4459/2007 (Volksinitiative)	→ VD-Ziel 2, LG Amt für Verkehr Für eine faire und ausgewogene Verteilung des Fluglärms um den Flughafen Zürich (Verteilungsinitiative)	4459
18/2008 (Dringliches Postulat)	→ VD-Ziel 2, Amt für Verkehr Lockerung des Nachtflugverbots → LG Amt für Verkehr	

**Gesundheitsdirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
9/05 (Postulat)	Mehr Wettbewerb für die Zentralwäscherei	21.10.09
90/06 (Postulat)	Bewilligungspflicht und Qualitätssicherung für Beihilfe zum Suizid	21.10.09
202/06 (Postulat)	Abgabe von Psychopharmaka in Kinder- und Jugendtherapien	23.6.10
265/06 (Postulat)	Qualitätsüberprüfung für die medizinische, pflegerische und therapeutische Leistung in der Psychiatrie	23.6.10
312/06 (Postulat)	Interkantonale Zusammenarbeit im Bereich von grenzüberschreitenden Spitalregionen wie auch des kantonsübergreifenden Rettungsdienstes	21.1.09
402/06 (Postulat)	Arbeitsstellen und deren Ausgestaltung der Fachangestellten Gesundheit	25.3.09
55/07 (Motion)	Änderung Tierseuchengesetz	6.6.07
71/07 (Dringl. Postulat)	Versicherungslücke im KVG bei nicht bezahlten Prämien	30.4.08
251/07 (Dringl. Postulat)	Reservebildung der Krankenversicherungen	1.10.08
259/07 (Dringl. Postulat)	Verrechnung der Reserven von Zürcher Prämienzahlenden bei den Krankenversicherungen	1.10.08
266/07 (Postulat)	Einheitliches patientenorientiertes Qualitätssystem für die Listenspitäler des Kantons Zürich sowie Veröffentlichung der Ergebnisqualität	9.12.09
180/08 (Postulat)	Meldepflicht von minderjährigen Rauschtrinkern	-
190/08 (Dringl. Postulat)	Richtlinien zu Rück-, bzw. Nachzahlungen von Investitionsbeiträgen, ausgelöst durch die Neuzuteilungen von Gemeinden in den Spitalregionen	2.7.08

**Bildungsdirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
Generalsekretariat der Bildungsdirektion		
179/2005	Senkung des Schuleintrittsalters im Kanton Zürich, Strategieziel 3: "Herausforderungen für Schul- und Unterrichtsqualität annehmen"	Änderung Volksschulgesetz, Harmos-Konkordat
181/2006	Familienergänzende Kinderbetreuung in den Gemeinden des Kantons Zürich, Strategieziel 2: "Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen" und Strategieziel 4: "Partnerschaft für Bildung stärken"	VSR
201/2006	Kompetenzenbilanz als Zulassungskriterium zu einer verkürzten Ausbildung als Kleinkind- und Schülerbetreuende für Quer- und Wiedereinsteigende, Strategieziel 2 : "Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen" und Strategieziel 4: "Partnerschaft für Bildung stärken"	Verordnung zum EG BBG
243/2007	Frühe Sprachförderung Deutsch (Strategieziel 2: Grundlagen für den sozialen Zusammenhang schaffen)	Frühförderung

**Baudirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
Planung und Bau		
131/2003 (Postulat)	Bauwerkskategorien und Ausbaustandards für kantonale Hochbauten	4452
94/2004 (Postulat)	Förderung der Siedlungsentwicklung im Einzugsbereich der S-Bahn	4429
253/2004 (Postulat)	Entwicklungskonzept für den Üetliberg	4465
269/2004 (Postulat)	Befreiung von Bauvorschriften für Liftanbauten zur behindertengerechten Erschliessung	4367
298/2004 (Motion)	Beschwerdelegitimation der Verbände	
314/2004 (Postulat)	Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende (Zigeunerinnen/Zigeuner)	4478
370/2004 (Postulat)	Schaffung gesetzlicher Grundlagen für rauchfreie Räume in öffentlichen Gebäuden	4485
383/2004 (Postulat)	Wegleitung zur Regelung des Parkplatz-Bedarfs in kommunalen Erlassen	4490
356/2005 (Postulat)	Bewirtschaftung der kantonalen Kunstsammlung	
366/2005 (Postulat)	Zeitgemässe Stadtentwicklung am Beispiel Glattal	
198/2006 (Postulat)	"Besenbeizen"	
247/2006 (Postulat)	Künftige Nutzung des Militärflugplatzes Dübendorf	
364/2006 (Postulat)	Einbezug der externen Kosten bei allen öffentlichen Bauvorhaben	
327/2007 (Dring. Postulat)	Photovoltaikpanels auf Lärmschutzwänden	
96/2008 (Dring. Postulat)	Änderung des kantonalen Siedlungsrichtplanes	
Energie, Verkehr und Umwelt		
267/2004 (Motion)	Förderung der erneuerbaren Energien im Kanton Zürich	
395/2004 (Postulat)	Machbarkeitsstudie zur Förderung der geothermischen Energienutzung	4491
18/2005 (Postulat)	Nachkontrollen bei Mobilfunkantennen	
157/2005 (Postulat)	Augen auf beim Holzkauf (nur FSC zertifiziertes Holz zulassen)	
243/2005 (Postulat)	Kantonale Fahrzeuge mit Erdgas-/Naturgas-Antrieb	
264/2005 (Postulat)	Kantonale Fahrzeuge mit Gas-Antrieb	
45/2006 (Postulat)	Massnahmenplan bei hohen Ozonwerten wie bei den Feinstaubkonzentrationen	
185/2006 (Postulat)	Klimaneutrale Verwaltungstätigkeit innert 15 Jahren	
306/2006 (Postulat)	Vermehrte Nutzung von Biomasse für die Energieversorgung	
67/2007 (Postulat)	100% Ökostrom durch den Kanton Zürich	
123/2007 (Dring. Postulat)	Sofortmassnahmen Borkenkäferbekämpfung	



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
325/2007 (Postulat)	Einrichtung eines Frühwarnsystems bei Hochwassergefahr	
355/2007 (Postulat)	Abbau von Hürden für umweltgerechtes Bauen	

**Anhang 3:****Übersicht zu den Erklärungen zum KEF**

Gemäss § 13 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG) kann der Kantonsrat zum KEF Erklärungen beschliessen. Diese Bestimmungen traten am 1. November 2007 in Kraft und entfalten daher erstmals im vorliegenden KEF ihre Wirkung. Die KEF-Erklärungen, die vom Kantonsrat am 29. Januar 2008 überwiesen (KR-Nr. 25/2008) und vom Regierungsrat bis Ende April 2008 nicht abgelehnt wurden, werden in der folgenden Tabelle aufgelistet. Es wird aufgezeigt, wo die Erklärungen im KEF umgesetzt sind.

Nr.	Erklärung	Umsetzung im KEF 2009-2012
1	Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan	Kapitel B. Finanzentwicklung des Kantons Zürich: Ziffer 8.2 und Anhang VII
5	Transparenz bei den Ausgaben für Dienstleistungen Dritter	Kapitel B. Finanzentwicklung des Kantons Zürich: Anhang VIII
7	Staatssteuererträge	Kapitel C. Finanzdirektion: Leistungsgruppe Nr. 4910, Steuererträge
10	Neuer Indikator für IT-Kosten	Kapitel D. Planungen der Funktionsbereiche: Funktionsbereich Informatik, Kapitel 4.
16	Fachangestellte Betreuung (FaBe), Lehrstellen	Bildungsdirektion: Massnahmen werden zurzeit geprüft.
17	Neuer Indikator Wirtschaftlichkeit	Bildungsdirektion: Aufgrund der Komplexität und damit verbunden, dass es vergleichbare und aussagekräftige Zahlen sowohl für die Universität als auch für die Zürcher Fachhochschule geben soll, ist die Umsetzung erst mit dem KEF 2010 - 2013 möglich.
18	Angebotskoordination der Zürcher Fachhochschulen	Bildungsdirektion: Dauernde Aufgabe des Fachhochschulrats.
22 & 23	Sicherung der Produktionsfläche für die Land- und Forstwirtschaft	Kapitel C. Baudirektion: Leistungsgruppe Nr. 8300, Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV) - Aufnahme des Entwicklungsschwerpunktes E3 "Langfristige Erhaltung der Fruchtfolgefläche von 44'000 ha als Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft"; - Implementierung eines Wirkungsindikators W14 "Fruchtfolgefläche gemäss Sachplan des Bundes in ha"
31	Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, Investitionsstrategie	Kapitel C. Baudirektion: Leistungsgruppe Nr. 8100, Hochbauamt Entwicklungsschwerpunkte E5



Anhang 4: Richtlinien und Konventionen KEF



Richtlinien und Konventionen KEF

Die Planung für den vorliegenden KEF 2009-2012 basieren auf den nachfolgend aufgeführten Richtlinien und Konventionen

Allgemeine Konventionen

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Gesetzliche Grundlagen	Der KEF 2009-2012 und das Budget 2009 werden nach der neuen Rechnungslegung gemäss dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) und seinen Ausführungserlassen Rechnungslegungsverordnung (RLV) und Finanzcontrollingverordnung (FCV) erstellt. Als Regelwerk bestimmt die Rechnungslegungsverordnung (RLV) die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS).
Konsolidierung	Das CRG verlangt eine Konsolidierung. Nach § 54 Abs. 2 CRG legt der Regierungsrat den Kreis der zu konsolidierenden Einheiten fest. Die konsolidierte Planung umfasst die Planungen der folgenden Organisationen: <ul style="list-style-type: none"> • Direktionen des Regierungsrates und Staatskanzlei mit ihren nachgeordneten Verwaltungseinheiten im ersten Konsolidierungskreis • Kantonsrat; Finanzkontrolle; Obergericht; Bezirksgerichte; Notariate, Grundbuch- und Konkursämter; Kassationsgericht; Landwirtschaftsgericht; Verwaltungsgericht; Sozialversicherungsgericht; Ombudsmann und Datenschutzbeauftragter im zweiten Konsolidierungskreis • Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Universität Zürich, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürcher Hochschule der Künste, Pädagogische Hochschule Zürich, Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation) und Zentralbibliothek Zürich im dritten Konsolidierungskreis Die Konsolidierung erfolgt nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung. Dies bedeutet, dass die Positionen der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (gegenseitige Forderungen, Verbindlichkeiten, Aufwand, Ertrag, etc. der konsolidierten Einheiten). In der Planung wird lediglich die Erfolgs- und die Investitionsrechnung konsolidiert, aber keine konsolidierte Planbilanz erstellt.
Vorzeichen (allgemein)	Ertrag, Einnahmen: positives Vorzeichen (wird in der Regel nicht geschrieben) Aufwand, Ausgaben: negatives Vorzeichen (wird geschrieben) Saldo: negatives Vorzeichen, falls negativer Saldo

Entwicklungsplanungen

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres	Wesentliche Veränderungen gegenüber dem KEF 2008-2011 (KEF Vorjahr) wie die Veränderung eines strategischen Ziels oder finanzielle Planänderungen werden aufgezeigt. Insbesondere werden bisherige Projekte, die im vorliegenden KEF nicht mehr enthalten sind, erwähnt.
Langfristige Ziele und Legislaturziele	Einzelne Ziele der Direktionen werden als strategische Ziele aufgeführt, wenn vor allem eines der folgenden Kriterien erfüllt ist: Hohe politische Bedeutung; erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Für den Regierungsrat soll zudem ein Handlungsspielraum vorhanden sein.



Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
	<p>Die strategischen Ziele sind in der Regel durch eine lange Wirkungsdauer gekennzeichnet.</p> <p>Der Regierungsrat hat die Legislaturziele 2007–2011 festgelegt (17 Ziele, umgesetzt in 80 Massnahmen). Gemäss §§3 und 34 OG RR sowie §12 VOG RR sind die während der Legislaturperiode erstellten Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzpläne KEF nach den Legislaturzielen auszurichten und auf diese abzustimmen.</p>
Bedeutende Investitionen	<p>Einzelne Investitionen werden als „Bedeutende Investitionen“ aufgeführt, wenn vor allem eines der folgenden Kriterien erfüllt ist: Bezug zu strategischen Zielen und zu Projekten, die im KEF aufgeführt sind; referendumsfähiger Kantonsratsbeschluss geplant; finanziell bedeutende Investition.</p> <p>Die bedeutenden Investitionen werden als Nettoinvestitionen aufgeführt. Ausnahmen davon sind speziell gekennzeichnet.</p>
Übrige Investitionen: Geplant / In Realisierung	<p>Eine Investition gilt als „Geplant“, wenn die Realisierung des Investitionsvorhabens zum Zeitpunkt der Planung des KEF 2009-2012 noch nicht rechtskräftig bewilligt ist. Die anderen Vorhaben werden als Investition „In Realisierung“ aufgeführt.</p>
Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung	<p>Einzelne Vorhaben werden in der entsprechenden Tabelle aufgeführt, wenn vor allem eines der folgenden Kriterien erfüllt ist: Bezug zu strategischen Zielen und zu Projekten, die im KEF aufgeführt sind; erhebliche finanzielle Auswirkungen, die aus der Umsetzung des Vorhabens resultieren.</p> <p>Die finanziellen Angaben geben die jährlich wiederkehrenden Auswirkungen auf den Staatshaushalt an (Positives Vorzeichen: Minderbelastung; Negatives Vorzeichen: Mehrbelastung)</p>

Leistungsgruppen

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Funktionale Gliederung	<p>Eine Leistungsgruppe wird in der Regel genau einer Rubrik gemäss (einstelliger) funktionaler Gliederung zugeteilt.</p> <p>0: Allgemeine Verwaltung 1: Öffentliche Sicherheit 2: Bildung 3: Kultur und Freizeit 4: Gesundheit 5: Soziale Wohlfahrt 6: Verkehr 7: Umwelt und Raumordnung 8: Volkswirtschaft 9: Finanzen und Steuern</p> <p>Massgebend für die Zuordnung ist der Aufgabenbereich, der bei der einzelnen Leistungsgruppe überwiegt. In Ausnahmefällen wird bei den Bemerkungen auf weitere Zuordnungen hingewiesen.</p>
Finanzierung	<p>In der Erfolgsrechnung werden teilweise die wichtigsten Aufwand- und Ertragspositionen als "Davon"-Grössen aufgeführt. Diese Positionen erleichtern die finanzielle Beurteilung der Leistungsgruppe.</p>
Spalte "R 07" und "B 08"	<p>Die finanziellen Werte für das Jahr 2007 (Rechnung) sind noch nach den Grundsätzen des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) erstellt. Die Umstellung der Rechnungslegung ab 2009 erschwert den Vergleich. Um die Planungen für 2009-2012 mit dem Budget 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei (erster Konsolidierungskreis), die Behörden und Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden</p>



Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
	Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Budgets 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepassten Budgets 2008 gemäss CRG weichen von dem vom Kantonsrat beschlossenen Budget 2008 ab.
Personalstellen (Beschäftigungsumfang)	Bei den Personalstellen ist die tatsächlich geplante Beschäftigung während des jeweiligen Planjahres aufgeführt. (Der Wert 1.0 entspricht einem Beschäftigungsumfang von 100%)
Entwicklungsschwerpunkte	Bei den Entwicklungsschwerpunkten werden gezielte Entwicklungen der Leistungsgruppe aufgeführt, mit Angabe des jeweiligen Endtermins. Allgemeine Ziele mit einem permanenten Charakter werden in dieser Rubrik in der Regel nicht erwähnt.
Bemerkungen / Begründungen von Entwicklungen	Wesentliche Entwicklungen müssen kommentiert werden. Dazu erfolgt eine Aufteilung in die Rubriken: <ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Bemerkungen • Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr • Entwicklung in den weiteren Planjahren • Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Fonds

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Finanzierung	In der Erfolgsrechnung werden die wichtigsten Aufwand- und Ertragspositionen als "Davon"-Grössen aufgeführt. Insbesondere die Einlagen in bzw. Entnahmen aus dem Fonds sind gesondert ausgewiesen. Diese Positionen erleichtern die finanzielle Beurteilung des Fonds.
Indikatoren	Angaben zu Indikatoren beziehen sich bei den Fonds ausschliesslich auf Leistungen und Ausgaben, die Folge direkter Zahlungen der Fonds an Dritte sind. Wirkungen und Leistungen können allerdings auch bei andern Leistungsgruppen ausgewiesen werden, sofern sich die Aufgabengebiete entsprechen. Im Falle von finanziellen Übertragungen an andere Leistungsgruppen werden Wirkungen, Leistungen und Wirtschaftlichkeit in jenen Leistungsgruppen ausgewiesen, die von den Fonds mitfinanziert werden, und nicht bei den Fonds.

Entwicklungsplanung Projekte

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Projekte	Einzelne Projekte der Direktionen sind im KEF aufgeführt, wenn sie einen Zusammenhang zu den strategischen Zielen aufweisen, von politischer Tragweite sind oder erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben. Neu in die Planung aufgenommene Projekte sind mit der Bemerkung „Neu“ in Klammern hinter den Projektbezeichnungen gekennzeichnet.
Projektaufwand / Netto-Investition	In dieser Rubrik werden die Netto-Investitionen aufgeführt, die im Rahmen des Projektes getätigt werden. Leere Felder bedeuten, dass die finanzielle Werte im aktuellen Planungsstadium nicht genügend präzise angegeben werden könnten. Ergänzende Erläuterungen dazu werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.



Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Projektaufwand / Saldo Erfolgsrechnung	<p>In dieser Rubrik wird der jährliche Nettoaufwand aufgeführt, der während der Durchführung des Projektes für den Staatshaushalt resultiert. Dazu zählen unter anderem die Anstellung von zusätzlichem Personal oder Dienstleistungen Dritter.</p> <p>In dieser Rubrik nicht berücksichtigt sind Abschreibungen und Zinsen, die aus Projektinvestitionen resultieren.</p> <p>In dieser Rubrik nicht berücksichtigt sind die internen Ressourcen der jeweiligen Amtsstellen, welche für das Projekt eingesetzt werden. Dies betrifft insbesondere auch den internen Personalaufwand. Aussagen über den internen Aufwand werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p> <p>Leere Felder bedeuten, dass die finanziellen Werte im aktuellen Planungsstadium nicht genügend präzise angegeben werden könnten. Ergänzende Erläuterungen dazu werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p>
Auswirkungen der Umsetzung auf Staatshaushalt / Saldo Erfolgsrechnung	<p>In dieser Rubrik wird die jährliche Nettobelastung aufgeführt, die nach Abschluss des gesamten Projektes (oder nach Abschluss von Teilen des Projektes) für die Erfolgsrechnung resultiert.</p> <p>Bezugspunkt für die finanziellen Werte ist die Entwicklung des Staatshaushaltes, die eintreten würde, falls das Projekt nicht durchgeführt würde.</p> <p>In dieser Rubrik sind insbesondere auch die Abschreibungen und Zinsen berücksichtigt, die aus den Nettoinvestitionen (siehe Rubrik Projektaufwand / Nettoinvestition) für das Projekt resultieren.</p> <p>Leere Felder bedeuten, dass die finanzielle Werte im aktuellen Planungsstadium nicht genügend präzise angegeben werden könnten. Ergänzende Erläuterungen dazu werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p>
Auswirkungen der Umsetzung auf Staatshaushalt / Netto-Investitionen	<p>In dieser Rubrik ist die jährliche Nettobelastung aufgeführt, die nach Abschluss des gesamten Projektes (oder nach Abschluss von Teilen des Projektes) für die Investitionsrechnung resultiert.</p> <p>Leere Felder bedeuten, dass die finanzielle Werte im aktuellen Planungsstadium nicht genügend präzise angegeben werden könnten. Ergänzende Erläuterungen dazu werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p>
Meilensteinplanung	Bei der Meilensteinplanung werden vor allem die Entscheide von Regierungsrat, Kantonsrat oder Volk aufgeführt.
Bemerkungen	In diesem Feld werden ergänzende Informationen aufgeführt, um das Projekt möglichst aussagekräftig und nachvollziehbar zu umschreiben. Fallweise werden ergänzende Erläuterungen zum Projektaufwand und zu den finanziellen Auswirkungen des Projektes sowie wesentliche Planänderungen aufgeführt.

Funktionsbereiche

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres	Wesentliche Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres wie die Veränderung eines strategischen Ziels oder finanzielle Planänderungen werden aufgezeigt.
Strategisches Ziel	Einzelne Ziele werden als strategische Ziele aufgeführt, wenn vor allem eines der folgenden Kriterien erfüllt ist: Hohe politische Bedeutung; erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Für den Regierungsrat soll zudem ein Handlungsspielraum vorhanden sein. Die strategischen Ziele sind in der Regel durch eine lange Wirkungsdauer gekennzeichnet. Der Bezug zu Direktionen, Leistungsgruppen, Projekten und/oder Massnahmen wird aufgezeigt.